

# Schriften zum Strafvollzug, Jugendstrafrecht und zur Kriminologie

Herausgegeben von Prof. Dr. Frieder Dünkel  
Lehrstuhl für Kriminologie an der  
Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

Band 31



Frieder Dünkel, Dirk Gebauer,  
Bernd Geng

## Jugendgewalt und Möglichkeiten der Prävention

Gewalterfahrungen, Risikofaktoren und gesellschaftliche  
Orientierungen von Jugendlichen in der Hansestadt  
Greifswald und auf der Insel Usedom  
Ergebnisse einer Langzeitstudie 1998 bis 2006

Forum Verlag Godesberg

# **Schriften zum Strafvollzug, Jugendstrafrecht und zur Kriminologie**

Herausgegeben von Prof. Dr. Frieder Dünkel  
Lehrstuhl für Kriminologie an der  
Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

**Band 31**



Frieder Dünkel, Dirk Gebauer,  
Bernd Geng

# **Jugendgewalt und Möglichkeiten der Prävention**

**Gewalterfahrungen, Risikofaktoren und gesellschaftliche  
Orientierungen von Jugendlichen in der Hansestadt  
Greifswald und auf der Insel Usedom**

**Ergebnisse einer Langzeitstudie 1998 bis 2006**

*Forschungsförderung:*  
Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung  
Mecklenburg-Vorpommern (Schwerin)

MG 2008  
Forum Verlag Godesberg

Bibliographische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© Forum Verlag Godesberg GmbH, Mönchengladbach

Alle Rechte vorbehalten.

Mönchengladbach 2008

DTP-Satz, Layout, Tabellen: Bernd Geng

Institutslogo: Bernd Geng, M.A., Lehrstuhl für Kriminologie

Gesamtherstellung: Altstadt-Druck, D-18057 Rostock

Printed in Germany

ISBN 978-3-936999-48-8

ISSN 0949-8354

---

## Inhaltsübersicht

Vorbemerkung.....	1
1. Kurzdarstellung des Forschungsprojektes.....	3
2. Fragestellungen und Ziele der Studie.....	5
<b>A. Ergebnisse der Greifswalder Schülerbefragungen 1998, 2002 und 2006</b>	
1. Methodik, Akzeptanz und Basisdaten der Studie.....	7
2. Allgemeines Bedrohungsempfinden.....	18
3. Opfererfahrungen durch Gewalt.....	21
3.1 Lebens- und Jahresprävalenzraten im Überblick.....	21
3.2 Mehrfachopferbelastung.....	24
3.3 Art der Gewaltviktimsierung.....	25
3.4 Interregionaler Vergleich.....	27
3.5 Entwicklung im interregionalen Vergleich.....	28
4. Selbstberichtete Delinquenz.....	30
4.1 Lebens- und Jahresprävalenzraten im Überblick.....	30
4.2 Lebens- und Jahresprävalenzraten im Längsschnitt- vergleich 1998 - 2006.....	31
4.3 Mehrfachauffällige Gewalttäter.....	33
4.4 Interregionaler Vergleich.....	34
4.5 Trendanalysen.....	36
4.6 Einfluss von Bildung, Geschlecht und Alter.....	42
4.7 Entwicklung der Jugendgewalt im interregionalen Vergleich.....	47

5. Gewaltakzeptanz .....	50
6. Fremdenfeindliche/rechtsextreme Einstellungen und allgemeine gesellschaftspolitische Korrelate.....	58
6.1 Fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen.....	58
6.2 Einstellungen gegenüber verschiedenen Gruppen.....	70
6.3 Politisches Interesse und Parteipräferenz .....	75
6.4 Einstellungen gegenüber Polen.....	80
7. Innerfamiliäre Gewalterfahrungen.....	90
8. Multivariate Analysen zur Jugendgewalt .....	101
9. Zusammenfassung der Ergebnisse.....	104
9.1 Anmerkung zu den Greifswalder Befunden .....	123

## **B. Ergebnisse der Schülerbefragungen auf der Insel Usedom 2002 und 2006**

1. Methodik, Akzeptanz und Basisdaten der Studie .....	127
2. Allgemeines Bedrohungsempfinden.....	135
3. Opfererfahrungen durch Gewalt .....	139
3.1 Lebens- und Jahresprävalenzraten im Überblick.....	139
3.2 Mehrfachopferbelastung .....	143
3.3 Art der Gewaltviktimsierung .....	145
3.4 Gewaltviktimsierungen nach Geschlecht und Bildung.....	146
3.5 Interregionaler Vergleich.....	149
3.6 Entwicklung im interregionalen Vergleich.....	153
4. Selbstberichtete Delinquenz.....	156

---

4.1	Lebens- und Jahresprävalenzraten im Überblick.....	156
4.2	Lebens- und Jahresprävalenzraten im Längsschnitt- vergleich 2002 - 2006 .....	159
4.3	Mehrfach auffällige Gewalttäter .....	163
4.4	Interregionaler Vergleich .....	164
4.5	Trendanalysen .....	167
4.6	Einfluss von Geschlecht, Bildung und Alter .....	176
4.7	Entwicklung der Jugendgewalt im interregionalen Vergleich .....	180
5.	Gewaltakzeptanz .....	185
6.	Fremdenfeindliche/rechtsextreme Einstellungen und allgemeine gesellschaftspolitische Korrelate .....	195
6.1	Fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen.....	195
6.2	Einstellungen gegenüber verschiedenen Gruppen.....	209
6.3	Politisches Interesse und Parteipräferenz .....	214
6.4	Einstellungen gegenüber Polen.....	219
7.	Innerfamiliäre Gewalterfahrungen.....	234
8.	Multivariate Analysen zur Jugendgewalt .....	248
9.	Zusammenfassung der Ergebnisse .....	274

## **C. Übergreifende Befunde und Folgerungen**

1.	Veränderungen im Hell- und Dunkelfeld .....	300
2.	Folgerungen für die Prävention .....	315
2.1	Allgemeine Grundsätze.....	316
2.2	Die Bedeutung von Frühprävention und -intervention.....	320



2.3 Familienorientierte Präventionsmaßnahmen .....	320
2.4 Präventionsmaßnahmen im Elementarbereich .....	324
2.5 Präventionsstrategien in der Schule.....	329
2.6 Äußere Schulentwicklung und sozialraumverankerte Kooperation mit außerschulischen Akteuren.....	337
2.7 Kommunale Präventionsstrategien .....	344
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>349</b>

## Vorbemerkung

Die bisher im vier Jahres-Rhythmus vom Lehrstuhl für Kriminologie durchgeführten Schülerbefragungen in der Hansestadt Greifswald 1998, 2002 und 2006 wurden ebenso wie die beiden Schülerbefragungen auf der Insel Usedom (Landkreis Ostvorpommern) erstmals im Jahr 2002 als auch die aktuelle Replikationserhebung 2006 finanziell und inhaltlich vom *Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern* in Schwerin (vertreten durch Herrn *Armin Schlender*)<sup>1</sup> gefördert bzw. unterstützt.<sup>2</sup> Hierfür möchten wir uns beim Zuwendungsgeber herzlich bedanken.

Bedanken möchten wir uns auch beim *Präventionsrat der Hansestadt Greifswald* (vertreten durch Herrn Oberbürgermeister *Dr. Arthur König* und Frau *Dr. Christine Dembski*) und dem *Präventionsrat des Landkreises Ostvorpommern* in Anklam (vertreten durch Herrn *Eckhard Behnke*) sowie dem Bürgermeister der drei Kaiserbäder Ahlbeck, Heringsdorf und Bansin auf der Insel Usedom (Herrn *Klaus Kottwittenborg*) für die Empfehlung der Studie beim Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern. Ferner möchten wir uns bedanken beim zuständigen *staatlichen Schulamt* in Greifswald (vertreten durch Schulamtsleiterin Frau *Jutta Paprott*) sowie den beteiligten Schulen und deren Schulleiter/innen für die freundliche und verbindliche Unterstützung der Studie und natürlich bei allen beteiligten Eltern und Schülern, ohne deren Mitwirkung die Studie nicht hätte realisiert werden können.

Bei den Befragungen der Schüler im Klassenverband wurden wir von eigens hierfür geschulten studentischen und wissenschaftlichen Honorarmitarbeitern unterstützt, die hier aufgrund der großen Zahl namentlich nicht aufgeführt werden können. Für ihr großes Engagement, ihre Zuverlässigkeit und Flexibilität hinsichtlich der nicht immer einfachen Termin- und Erhebungssituationen möchten wir uns an dieser Stelle besonders bedanken. Gleiches gilt für die fast genau so große Zahl der Honorarkräfte, die uns bei der elektronischen Erfassung der Fragebögen, d. h. die Kodierung der geschlossenen und offenen Fragen in statistisch auswertbare Zahlen und deren Dateneingabe am Computer, geholfen haben. Diese Arbeit erfordert in hohem Maße Konzentration und Gewissenhaftigkeit, um nennenswerte Fehler auszuschließen. Ihnen allen gebührt unser besonderer Dank.

Dank schulden wir auch den Kolleginnen und Kollegen des *Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen* (KFN, Hannover) für die anfängliche Anregung der Untersuchung 1997/98 in der Hansestadt Greifswald und 2001/02 erstmals auf der Insel Usedom auf Grundlage des vom KFN ursprünglich entwickelten Erhebungsinstrumentes und die Überlassung von umfangreichen

---

1 Vgl. <http://www.kriminalpraevention-mv.de>.

2 Zu den Ergebnissen der Schülerbefragungen in der Hansestadt Greifswald 1998 und 2002 sowie auf der Insel Usedom im Jahr 2002 vgl. ausführlich *Dünkel/Geng* 2003.

Materialien und Ergebnissen der vom KFN durchgeführten Studien seit 1998 in anderen bundesdeutschen Landkreisen und Kommunen (aktuell 2005/06), die uns wichtige Vergleichsperspektiven ermöglicht haben.

Nachstehend möchten wir aufgrund des großen Interesses von kommunalpolitisch verantwortlicher Seite, Vertretern der Schulbehörde und Schulen, Praktikern der kommunalen Jugendsozial- und Präventionsarbeit, der Jugendforschung und auch der Öffentlichkeit an unserer Jugendstudie in der Hansestadt Greifswald und auf der Insel Usedom einige der wesentlichen Ergebnisse bezüglich zentraler Dimensionen der Erhebung im längsschnittlichen Kohortenvergleich vorstellen. Hierbei handelt es sich schwerpunktmäßig um Befunde zur selbstberichteten Delinquenz und zur Opferbelastung durch Gewaltdelikte bei Jugendlichen im Querschnittsvergleich als auch über den gesamten Referenzzeitraum hinweg im Längsschnittvergleich der drei Erhebungen 1998, 2002 und 2006 in der Hansestadt Greifswald sowie der beiden Erhebungen 2002 und 2006 auf der Insel Usedom. Ferner werden ausgewählte Analysen mit Blick auf spezifische Risikofaktoren im Kontext von sozio-ökonomischer Lage der Familie und den Bildungsniveaus der Jugendlichen für die von ihnen berichteten delinquenten und abweichenden Verhaltensweisen dargestellt. Auf der personalen Ebene der befragten Jugendlichen handelt es sich hierbei um Befunde zu gewaltbefürwortenden Einstellungen und fremdenfeindlichen/rechtsextremen Orientierungen einerseits sowie allgemeinen gesellschaftspolitischen Einstellungsfragen und spezifischen Ansichten gegenüber dem unmittelbaren Nachbarland Polen und dessen Bürgern andererseits. Darüber hinaus sind im familiären Sozialisationsbereich vor allem Gewalterfahrungen durch die Eltern bzw. Elternersatzpersonen, die von den Schülern berichtet wurden, ein besonders – je nach Schweregrad und Andauer – gravierender Risikofaktor für die eigene (Gewalt-) Delinquenz der befragten Jugendlichen.

Die nachfolgend dargestellten Befunde basieren überwiegend auf statistisch-deskriptiven Analysen, denen noch keine erweiterten sozialräumlichen und – mit wenigen Ausnahmen – zusätzlich vertiefenden multivariaten Analysen zugrunde liegen. Diesbezüglich ergänzende Forschungsbefunde werden im Rahmen von Dissertationen, die substantiell auch weitere Aspekte zur Lebenssituation der befragten Jugendlichen aus psychologischer und sozialwissenschaftlicher Perspektive einbeziehen, im Anschluss an diese Publikation vorgelegt werden.

Soweit möglich und zweckmäßig, werden die Ergebnisse der Usedomer Schülerbefragungen 2002 und 2006 (Teil B) mit den Befunden der Greifswalder Erhebungen (Teil A) und Ergebnissen der Schülerbefragungen des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN, Hannover) in anderen bundesdeutschen Kommunen und Landkreisen vergleichend dargestellt. Hierdurch sich teilweise ergebende Wiederholungen sind der besseren Lesbarkeit geschuldet.

*Frieder Dünkel, Dirk Gebauer und Bernd Geng  
Greifswald im Juni 2008*

## 1. Kurzdarstellung des Forschungsprojektes

Unvermindert erfährt das Problem der Jugendgewalt eine außerordentlich große Aufmerksamkeit in den Medien, der Bevölkerung, der Fachöffentlichkeit und der kommunalpolitischen Auseinandersetzung. Dies um so mehr, als verbal-aggressive Bekundungen und physische Gewaltakte in der Vergangenheit und jüngsten Zeit nicht selten mit ausländerfeindlichen und rechtsextremen Übergriffen von Jugendlichen verknüpft waren und sind.

Aus diesem Grund hat der kommunale Präventionsrat der Universitäts- und Hansestadt Greifswald mit Unterstützung des Landesrats für Kriminalitätsvermeidung Mecklenburg-Vorpommern (Schwerin) den Lehrstuhl für Kriminologie an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald bereits 1998 gebeten, eine empirische Sozialraumanalyse hinsichtlich der Erscheinungsformen, der Epidemiologie und der Hintergründe der Jugendgewalt sowohl aus der Opfer- als auch der Täterperspektive in den 16 Stadtteilen der Hansestadt durchzuführen. In der als multizentrischen Dunkelfeldstudie angelegten Untersuchung wurden darüber hinaus, neben dem allgemeinen Sicherheitsgefühl, der sozialen und der personalen Kriminalitätsfurcht, u. a. auch gewaltkorrespondierende Einstellungen, extremistische, insbesondere fremdenfeindliche und rechtsextreme Haltungen sowie jugend(sub-)kulturelle Orientierungen (Freizeit, Konsum, Medien, Politik etc.) und Sozialisationsbedingungen (Familie, Schule, Gleichaltrigengruppe) erhoben.

Trauriger Höhepunkt in der regionalen Entwicklung rechtsextremer Gewalt und Anlass für die erste Greifswalder Folgestudie im Jahr 2002 waren zwei Tötungsdelikte, die von rechtsextrem eingestellten jungen Menschen in der Hansestadt Greifswald an zwei obdachlosen Mitbürgern der Stadt begangen wurden und an die an dieser Stelle in mahndem Gedenken erinnert werden soll: *Klaus-Dieter Gerecke* (47 Jahre alt, ermordet am 24. Juni 2000) und *Eckhard Rütz* (42 Jahre alt, ermordet am 25. November 2000).

Aus den Ergebnissen der ersten beiden Greifswalder Studien konnten einige wichtige Empfehlungen, Anregungen und Hinweise für die jugendgewalt- und extremismuspräventive Arbeit in der Hansestadt Greifswald abgeleitet werden,<sup>3</sup> die, über den Präventionsrat der Stadt koordiniert und vermittelt, in die kommunale Jugend- und Kulturpolitik, die sozialpädagogische Praxis und die schulische Bildung Eingang fanden.<sup>4</sup> Mit Blick auf die vielfältigen präventiven Anstrengungen und Interventionen der seit der ersten Studie 1998 vergangenen acht Jahre in der Hansestadt Greifswald sind die Fragen nach der Wirksamkeit dieser Maßnahmen und nach dem Ausmaß einer Sensibilisierung für die Problematik von Gewalt und Extremismus unter den Jugendlichen nach wie vor von besonderer Bedeutung für die zukünftige Ausrichtung und Ausgestaltung der kommu-

---

3 Vgl. *Dünkel/Geng* 1999, S. 367 ff.; *Dünkel/Geng* 2003, S. 1 ff.

4 Vgl. *Dembski* 2003, S. 57 ff.

nenalen Jugend- und Präventionsarbeit. Der Präventionsrat der Hansestadt Greifswald hat daher im November 2005 den Lehrstuhl für Kriminologie erneut und zum dritten Mal gebeten, diesen Fragen empirisch auf den Grund zu gehen. Unter methodischen Gesichtspunkten haben wir dies mittels einer Replikation der 1998 und 2002 durchgeführten Schülerbefragung im Zeitraum zwischen Juni und November 2006 realisiert, so dass, basierend auf weitgehend vergleichbar erhobenen Konstrukten und Skalen über drei statistisch aussagefähige Querschnitterhebungen, Veränderungen und Verschiebungen zwischen den jeweiligen Jahrgangs-Kohorten in den uns interessierenden Verhaltens- und Einstellungsdimensionen, empirisch ermittelbar sind (sogenannte Trendanalysen).

Die Schülerbefragungen auf der Insel Usedom waren ähnlich motiviert wie die Greifswalder Untersuchungen. Diesbezüglich trauriger Beweggrund für die erste Schülerbefragung auf der Insel Usedom im Jahr 2002 war die Ermordung des 51 Jahre alten Obdachlosen *Norbert Plath* am 27. Juli 2000 im Seebad Ahlbeck, der von vier jungen Rechtsextremisten zu Tode geprügelt wurde. In den Vernehmungen bei der Polizei nannten die Täter als Motiv: „Hass auf Obdachlose“. Einer sagte: „Asoziale und Landstreicher gehören nicht ins schöne Ahlbeck.“ Unter dem Eindruck dieser Tat, aber auch aufgrund verstärkter Aktivitäten rechtsextremer Gruppierungen und Kameradschaften auf der Insel Usedom und in anderen Teilen Vorpommerns, hat der kommunale Präventionsrat der drei „Kaiserbäder“ Ahlbeck, Heringsdorf und Bansin mit Unterstützung des Landesrats für Kriminalitätsvorbeugung den Lehrstuhl für Kriminologie 2001 gebeten, eine empirische Studie analog der Greifswalder Studie von 1998 auf der Insel Usedom durchzuführen. Aufgrund der unmittelbaren Nachbarschaft zu Polen und der bevorstehenden Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union im Jahr 2004, wurde die erste Studie im Jahr 2002 auch um Einstellungsfragen gegenüber Polen ergänzt, die auch in der zweiten Greifswalder Studie im selben Jahr erstmals miterhoben wurden.

Entsprechend den Greifswalder Befunden und Folgerungen konnten auch aus der ersten Usedom-Studie einige wichtige Empfehlungen und Anregungen für die Präventionsarbeit der beteiligten Gemeinden auf der Insel Usedom gewonnen werden, die gleichfalls über den Präventionsrat der drei Kaiserbäder Eingang in die kommunale Jugendarbeit fanden.<sup>5</sup> Hinsichtlich der Auswirkungen der verschiedenen präventiven Bemühungen und Maßnahmen seit der ersten Studie 2002 hat der Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern im November 2005 eine Wiederholungsbefragung auf der Insel Usedom angeregt. Parallel zur dritten Greifswalder Schülerbefragung haben wir diese Replikationsstudie im Zeitraum zwischen Juni und November 2006 in zwei Wellen erhoben, so dass für die Insel Usedom nunmehr zwei statistisch aussagefähige Querschnitterhebungen vorliegen.

---

5 vgl. *Geng/Dünkel* 2003, S. 207 ff.; *Brandt* 2003, S. 217 ff.

## 2. Fragestellungen und Ziele der Studie

Mit dem Forschungsprojekt werden folgende Fragestellungen untersucht und Ziele angestrebt:

- Eine umfassende und aussagefähige empirische Sozialraumanalyse zu den Erscheinungsformen und der Verbreitung von Gewalterfahrungen und extremistischen Orientierungen unter Jugendlichen sowie die Erfassung differenzieller Sozialisationsbedingungen und möglicher Risikofaktoren für Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen in Form einer multizentrischen Dunkelfeldstudie;

hierzu gehören u. a. folgende Teile:

- Eine empirische Dunkelfelderhebung zu Epidemiologie von Gewalterfahrungen Jugendlicher in der Hansestadt Greifswald und auf der Insel Usedom als Opfer und/oder Täter (Art, Schwere und psychosoziale Folgen von Gewalterfahrungen),
- Erhebung der Sicherheitsbedürfnisse Jugendlicher (allgemeines Sicherheitsgefühl, soziale, personale und verhaltensorientierte Kriminalitätsfurcht in verschiedenen Sozialräumen),
- vertiefende Erfassung von Gewalteinstellungen (Gewaltakzeptanz und gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen),
- Erhebung von mit Gewalt assoziierten Orientierungen (insbesondere Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, ab 2002 auch Einstellungen gegenüber dem Nachbarland Polen),
- Erhebung von korrespondierenden Persönlichkeitsmerkmalen (Aggressivität, Hostilität [Feindseligkeit aus dem Gefühl des Angegriffenwerdens], Selbstwert, Kontrollüberzeugungen und Attribuerungsstile [Ursachen- (Schuld-)Zuschreibungen], Bildungsaspirationen, Anomia [Gefühle der sozialen Bindungs-/Orientierungslosigkeit und der Ohnmacht], Pro-Soziale-Einstellungen, Empathie etc.),
- Erfassung von Sozialisationsbedingungen bzgl. der damit verbundenen Ressourcen unter sozial(des-)integrativen Gesichtspunkten (Familie, Schule, Gleichaltrigengruppe),
- Freizeit- und Kulturverhalten (Vereins-, Organisations- und Gruppenbindungen usw.), Konsumorientierungen (insbesondere Medien-/Computernutzung, Alkohol- und Drogenkonsum),
- allgemeine gesellschaftspolitische Orientierungen (Parteipräferenzen, Legitimationen sozialer Ungleichheit und Einstellungen gegenüber bestimmten gesellschaftlichen Gruppen),
- Einbeziehung relevanter Sozialstrukturdaten der kommunalen Behörden und Ämter in die Sozialkontextanalysen.

- Eine differenzierte Untersuchung der Einstellungs- und Verhaltensänderungen auf der Grundlage einer Kohorten-Vergleichsanalyse mit den Daten der Untersuchungen von 1998, 2002 und 2006 in Greifswald bzw. 2002 und 2006 auf der Insel Usedom, die neben einer gegenstandsbezogenen Sensibilitätseinschätzung u. E. auch Rückschlüsse hinsichtlich einer Beurteilung der Wirksamkeit der bisherigen Präventionsarbeit erlauben.<sup>6</sup>
- Eine Ableitung von Empfehlungen für die weitere kommunale, sozial-räumliche Präventionsarbeit im Bereich der Gewalt- und Extremismusprävention in der Hansestadt Greifswald und auf der Insel Usedom auf der Basis der Untersuchungsergebnisse.

---

6 Hierbei geht es nicht um individuelle Einstellungs- und Verhaltensänderungen *derselben* Personen im Rahmen einer Längsschnittstudie (echten Panelstudie), sondern um die nach einem Zeitraum von jeweils vier Jahren erneute Befragung derselben Altersgruppen mit dem Ziel eines Vergleichs der statistischen Parameter von erhobenen Merkmalen in den jeweiligen Alterskohorten (Trendstudie). Es kann demnach beispielsweise gesagt werden: „Die im Jahr 2006 resp. 2002 befragten durchschnittlich 15-Jährigen in der Hansestadt Greifswald unterscheiden sich signifikant von den 1998 befragten Jugendlichen in den Prävalenz- und Inzidenzraten etwa bei Gewaltviktimsierungen oder den Mittelwerten bzgl. fremdenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen“ etc.

## A. Ergebnisse der Greifswalder Schülerbefragungen

### 1. Methodik, Akzeptanz und Basisdaten der Studie

Datengrundlage der Greifswalder Untersuchungen 1998, 2002 und 2006 bilden jeweils schriftliche Befragungen von allen Schülern der 9. Klassenstufe an all-gemeinbildenden öffentlichen Schulen im Klassenverband (Totalerhebungen) mittels eines standardisierten Fragebogens mit weitgehend geschlossenen Fragen.<sup>7</sup> Die Erhebungen erfolgten vollständig anonym, i. d. R. über zwei Schulstunden und wurden in den Klassen von jeweils mindestens zwei, in schwierigen Fällen (Förder-/Hauptschulklassen) von bis zu sechs besonders geschulten Mitarbeitern des Lehrstuhls für Kriminologie betreut. Um die Vollständigkeit, Reliabilität und Validität der Schülerangaben zu maximieren, wurde das Ausfüllen der Fragebögen durch die Schüler von den Erhebungsteams intensiv begleitet und unterstützt (in Einzelfällen, etwa bei Förderschülern oder ausländischen Jugendlichen mit geringen Deutschkenntnissen wurden mit den Jugendlichen „face to face“-Interviews durchgeführt).

Im Jahr 1998 haben wir zwei 9. Jahrgangsklassen erhoben (zum Ende des Schuljahres 1997/98 und zum Beginn des neuen Schuljahres 1998/99), um für die nach 16 Stadtteilen gegliederten Sozialraumanalysen möglichst große Fallzahlen zu erreichen. 2002 wurde ein 9. Schuljahrgang komplett befragt. Aufgrund der enorm gesunkenen Schülerzahlen in den zurückliegenden fünf Jahren, haben wir 2006 wiederum zwei 9. Jahrgänge in zwei Erhebungswellen (vor den Sommerferien und nach den Sommerferien), analog der 1998er Studie, total erfasst, so dass ein statistisch aussagefähiger Datenpool auch für 2006 vorliegt.<sup>8</sup>

---

7 Der ursprünglich 1998 verwendete Fragebogen basiert auf einer Entwicklung und Zusammenstellung von theoretisch geleiteten Themenstellungen des Kriminologischen Forschungsinstituts (KFN) in Hannover (vgl. *Wetzels u. a.* 2001). Der Erhebungsbogen wurde von uns an die Verhältnisse in Greifswald adaptiert, modifiziert und um einige relevante Themen (insbesondere jugend(sub)kulturelle Freizeitstile und gesellschaftspolitische Orientierungen) erweitert.

8 Die Schullandschaft in der Hansestadt Greifswald hat im Studienzeitraum seit 1997 bedingt durch den demografischen und sozialen Wandel eine geradezu dramatische Veränderung erfahren. Waren in der ersten Erhebung 1998 (Schuljahr 1997/98) noch 16 Schulen mit 893 Schülern der 9. Jahrgangsstufe in der Studie einbezogen und im darauf folgenden Schuljahr 1998/99 noch 15 Schulen (867 Schüler), konnte der Bestand mit 15 Schulstandorten 2002 – bei weiter sinkenden Schülerzahlen – noch gehalten werden (824). Im Schuljahr 2005/06 reduzierte sich aber die Zahl der Schulen drastisch auf 9 Schulen (573 Schüler) und verringerte sich im aktuellen Schuljahr 2006/07 weiter auf 7 (446 Schüler) bzw. sogar nur noch 6 Schulstandorte (wenn die Fusion des Johann-Gottfried-Herder- und Ludwig-Jahn-Gymnasiums mitberücksichtigt wird). Was die Entwicklung der Schülerzahlen in Greifswald insgesamt anbetrifft, so scheint aber die Talsohle bei wieder ansteigenden Schülerzahlen in den Grundschulklassen durchschritten.

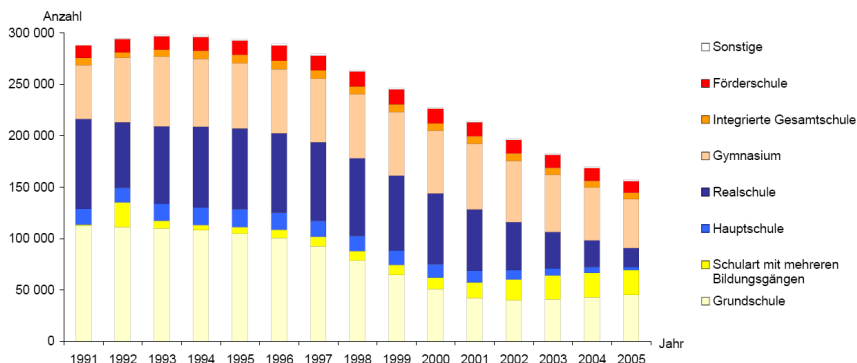


Somit liegen nun für die Hansestadt Greifswald insgesamt 3.085 fehlerbereinigte Analysedatensätze von allen Jugendlichen der 9. Klassenstufe an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen vor.

Die Akzeptanz aller drei Greifswalder Schülerbefragungen, der beiden Erhebungen 1998 (1. und 2. Welle), 2002 und der beiden Erhebungen 2006 (1. und 2. Welle), sowohl seitens der Erziehungsberechtigten als auch der Befragten kann aufgrund der erreichten Netto-Ausschöpfungsquoten als überdurchschnittlich gut bewertet werden. In der ersten Erhebung 1998 konnten von 1.769 Schülern insgesamt 1.529 Schüler (mit auswertbaren Fragebögen) erfasst werden, was einer Ausschöpfungsquote von 86,4% entspricht. 2002 wurden 724 von 824 Schülern befragt (Ausschöpfungsquote = 87,9%). In der aktuellen Studie 2006 konnten 832 Schüler von 1.019 Schülern erreicht werden, was einer etwas niedrigeren aber vergleichsweise dennoch guten Ausschöpfungsquote von 81,7% entspricht (vgl. nachstehende Tabelle 1.1).

Diese Trendwende trifft auch für ganz Mecklenburg-Vorpommern zu (vgl. nachstehende Entwicklungsgrafik).

Schüler/-innen 1991 bis 2005 nach Schularten



Quelle: *Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern* (30.11.2006): Allgemeinbildende Schulen in Mecklenburg-Vorpommern, Schuljahr 2005/06; B113 2005 00.

Tabelle 1.1: Ausschöpfungs-Statistik der Greifswalder Studien (1998 - 2006)

<b>Greifswald 1998 (1. und 2. Erhebung zusammengefasst)</b>					
	<b>Total</b>		<b>Befragte</b>		
Spalte (1)	<b>N</b> (2)	<b>%</b> (3) bez. (2)	<b>n</b> (4)	<b>%</b> (5) bez. (4)	<b>%</b> (6) bez. (2)
Förderschüler	61	3,5	39	2,6	63,9
Hauptschüler	196	11,1	164	10,7	83,7
Realschüler	976	55,2	829	54,2	84,9
Gymnasiasten	536	30,3	497	32,5	92,7
	<b>1.769</b>	<b>100,0</b>	<b>1.529</b>	<b>100,0</b>	<b>86,4</b>

<b>Greifswald 2002</b>					
	<b>Total</b>		<b>Befragte</b>		
Spalte (1)	<b>N</b> (2)	<b>%</b> (3) bez. (2)	<b>n</b> (4)	<b>%</b> (5) bez. (4)	<b>%</b> (6) bez. (2)
Förderschüler	42	5,1	26	3,6	61,9
Hauptschüler	101	12,2	85	11,7	84,2
Realschüler	443	53,8	392	54,1	88,5
Gymnasiasten	238	28,9	221	30,5	92,9
	<b>824</b>	<b>100,0</b>	<b>724</b>	<b>100,0</b>	<b>87,9</b>

<b>Greifswald 2006 (1. und 2. Erhebung zusammengefasst)</b>					
	<b>Total*</b>		<b>Befragte**</b>		
Spalte (1)	<b>N</b> (2)	<b>%</b> (3) bez. (2)	<b>n</b> (4)	<b>%</b> (5) bez. (4)	<b>%</b> (6) bez. (2)
Förderschüler	103	10,1	83	10,0	80,6
Hauptschüler	(115)	(11,3)	66	7,9	79,3
Realschüler	(451)	(44,3)	383	46,0	
Gymnasiasten	350	34,3	300	36,1	85,7
	<b>1.019</b>	<b>100,0</b>	<b>832</b>	<b>100,0</b>	<b>81,7</b>

\* Seit dem Schuljahr 2005/2006 wurde in Mecklenburg-Vorpommern das dreigliedrige Schulsystem schrittweise aufgehoben. Die bis dahin bestehenden Haupt- und Realschulen wurden zu Regionalschulen (überwiegend mit Gesamtschulcharakter) zusammengefasst. Eine Differenzierung nach Haupt- und Realschulen ist aus diesem Grund nicht mehr möglich.

\*\* Die Unterscheidung zwischen Hauptschüler und Realschüler bezieht sich auf die Angaben der Schüler zum angestrebten Schulabschluss. Die Zahlenangaben in Klammern sind aufgrund der Abgangsstatistik 2005/06 ermittelt.

Für die Aussagekraft der Daten (und damit die Validität der Ergebnisse bzw. der ermittelten statistischen Maßzahlen) sind zwei weitere Faktoren von entscheidender Bedeutung: Die Größe der Stichprobe und die Struktur bzw. Charakteristik der Ausfälle (damit zusammenhängend natürlich die Verteilung zentraler Populationsmerkmale, insb. Geschlecht, Alter und Bildungsniveau).

Da es sich bei den Greifswalder Erhebungen jeweils um eine Totalerhebung aller Jugendlichen der 9. Klassenstufe an allgemeinbildenden öffentlichen Schulen handelt, sind Überlegungen, die sich auf die Konfidenzbereiche der Stichprobenparameter bzgl. der (regional eingegrenzten) Grundgesamtheit<sup>9</sup> beziehen, im Grunde ohne (größeren) Belang.<sup>10</sup>

Demgegenüber sind allerdings die *Ausfälle* und deren Besonderheiten zu berücksichtigen (vgl. Tabelle 1.2). Mit Blick auf die zum Befragungstermin fehlenden Schüler sind zunächst die neutralen Ausfälle quantitativ als auch fehlerinduzierend relativ unproblematisch, da davon ausgegangen werden kann, dass sich die wegen Erkrankung, anderen Terminen bzw. Umständen entschuldigt absenten Schülern von den befragten Jugendlichen bzgl. der relevanten statistischen Kenngrößen nicht wesentlich unterscheiden (selbst wenn davon ausgegangen werden kann, dass der eine oder andere Schüler in dieser Kategorie den Unterricht tatsächlich „schwänzte“).

- 
- 9 Sieht man davon ab, dass wir die beiden Greifswalder Schulen in freier Trägerschaft (Ostseegymnasium und Freie Waldorf-Schule) nicht einbezogen haben. Da aber im Ostseegymnasium und der Waldorfschule nur etwa insgesamt 25-30 Schüler in der 9. Klassenstufe im Schuljahr 2005/06 beschult wurden, und ein nicht unerheblicher Teil dieser Schüler selbst nicht aus Greifswald stammt, wurde auf eine Erhebung dieser beiden Privatschulen verzichtet.
- 10 Würde es sich bei der Erhebung nicht um eine Totalerhebung sondern um eine Stichprobe handeln, so wären die erhobenen Parameter und Maßzahlen (z. B. Skalen-Mittelwerte, Delinquenz- oder Viktimisierungsprävalenzraten), als Schätzungen einer „unbekannten“ Grundgesamtheit, von der Größe der Stichprobe abhängig. Unterstellt man beispielsweise, die vorliegenden Daten (2006) wären eine Zufallsstichprobe aus einer größeren „unbekannten“ Population von Schülern der 9. Jahrgangsstufe und hätte eine Gewaltviktimsierungsrate von 20% ermittelt, so läge die „wahre“ Opferbelastungsrate in der Grundgesamtheit der Schüler bei einer statistischen Irrtumswahrscheinlichkeit von 5% im Konfidenz-Intervall (also dem Wertebereich, in dem man den interessierenden Parameter der Grundgesamtheit mit einer 95%-Wahrscheinlichkeit erwartet) zwischen 17,3% und 22,7%. Veränderungen - etwa bei einer Stichprobenerhebung im Folgejahr - könnten demnach nur dann als statistisch abgesichert gelten, wenn sich die Konfidenzbereiche nicht überschneiden. Im Quer- und Längsschnitt-Vergleich der erhobenen Jahrgänge wird daher die Bedeutung der vorliegenden Totalerhebungen für die Aussagekraft der statistischen Befunde besonders deutlich.

Tabelle 1.2: Ausfall-Statistik: Greifswald-Erhebung 2006

<b>Greifswald 2006</b>	1. Welle 08.06.-05.07.	(%)	2. Welle 28.09.-01.11.	(%)	Insgesamt (1. + 2. Welle)	(%)
<b>regulär beschult (Brutto)</b>	<b>573</b>	<b>100</b>	<b>446</b>	<b>100</b>	<b>1.019</b>	<b>100</b>
<b>anwesend</b>	<b>483</b>	<b>84,3</b>	<b>356</b>	<b>79,9</b>	<b>839</b>	<b>82,3</b>
<b>absent</b>	<b>90</b>	<b>15,7</b>	<b>90</b>	<b>20,2</b>	<b>180</b>	<b>17,7</b>
<i>entschuldigt</i>	52	9,1	44	9,9	96	9,4
<i>unentschuldigt</i>	5	0,9	13	2,9	18	1,8
<i>Eltern verweigert</i>	33	5,8	32	7,2	65	6,4
<i>Schüler verweigert</i>	0	---	1	0,2	1	0,1
FB nicht verwendbar*	5	0,9	2	0,5	7	0,7
<b>FB verwendbar (Netto)</b>	<b>478</b>	<b>83,4</b>	<b>354</b>	<b>79,4</b>	<b>832</b>	<b>81,7</b>

\* aufgrund erkennbarer „Antwortmuster“ und/oder unglaublicher Angaben.

Problematischer in dieser Hinsicht verhält es sich bei den Verweigerern und den unentschuldigt Fehlenden. Bei den gehäuft schulmeidenden Jugendlichen handelt es sich nach Auskünften der Lehrer und der befragten Mitschüler, um überwiegend „schwierige“ und „problematische“ Jugendliche, so dass tendenziell von einer Unterschätzung der kriminologisch relevanten Sachverhalte ausgegangen werden kann (im Übrigen auch ein wesentlicher Befund dieser und anderer Studien zum Thema „Schulschwänzen“, vgl. etwa Löber/Farrington 2001; Wilmers u. a. 2002; Wagner/Dunkake/Weiß 2004; Fuchs u. a. 2005; Baier u. a. 2006). Da die Rate der unentschuldigt fehlenden Schüler zum Erhebungstermin erfreulicherweise nur 1,8% betrug, kann diesbezüglich von einer statistisch sehr geringen Größenordnung in der Verzerrung der hier berichteten Befunde ausgegangen werden.

Bei den Verweigerungen durch die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten lag die Quote bei 6,4% und damit in einer verzerrungsrelevanten Größenordnung, zumal eine Analyse der Elternverweigerungen ein deutliches Bildungsgefälle der deshalb nicht an der Studie teilnehmenden Jugendlichen erkennbar werden lässt. Die Verweigerungsrate unter den Eltern deren Kinder an Regionalschulen beschult wurden liegt um mehr als das 3-fache über derjenigen der Eltern von Gymnasiasten (21,5% vs. 67,7%, bezogen auf die Zahl der Eltern-Verweige-

rungen insgesamt).<sup>11</sup> In Anbetracht dessen, ist von einer tendenziellen – in der Größenordnung aber sehr gering ausfallenden – Unterschätzung der interessierenden statistischen Kenngrößen auszugehen.

Eine sehr konservative Schätzung der *Gesamtgröße* dieser Unterschätzung liegt bei den vorliegenden Verhältnissen – also für die im Vergleich mit den Studien von 1998 und 2002 ungünstigere Ausschöpfungsquote der aktuellen Erhebung 2006 bzgl. *aller* „Ausfälle“ – allenfalls bei maximal 0,5%-Punkten.<sup>12</sup>

Ebenso verhält es sich – als ein weiteres Validitätskriterium – bei Betrachtung der teilweise unterschiedlich ausfallenden Anteile der befragten Jugendlichen nach der jeweiligen Schulform bzw. dem angestrebten Schulabschluss im Vergleich mit der Grundgesamtheit (vgl. Tabelle 1.1). Da das Bildungsniveau der Jugendlichen mit so gut wie allen kriminologisch relevanten Einflussfaktoren für abweichendes Verhalten korrespondiert, ist die selektive Teilnahmebereitschaft – je stärker diese ausfällt – eine relevante Fehlerquelle. Eine Möglichkeit, diese Disproportionalität im erhobenen Datensatz gegenüber der Grundgesamtheit zu kompensieren, besteht in einer Gewichtung der Daten nach der Schulform.<sup>13</sup> Umfangreiche Vergleichsanalysen mit gewichteten und ungewichteten Datensätzen haben allerdings keine nennenswerten Unterschiede in den kriminologisch interessierenden Maßzahlen und relevanten Befunden ergeben,

- 
- 11 Die Verweigerungsrate unter den Eltern bzw. Erziehungsberechtigten von Förderschülern ist außerordentlich niedrig ( $n = 7 = 0,69\%$ , was 10,8% aller Eltern-Verweigerungen ausmacht). Erfreulich ist, dass nur eine Schülerin, trotz vorliegender Elterneinwilligung, nach der Erläuterung zum Forschungsvorhaben und der Instruktion für das Ausfüllen des Fragebogens zu Beginn der beiden Unterrichtsstunden, die Bearbeitung des Fragebogens verweigert hat.
  - 12 Diese Schätzung beruht auf folgender Überlegung. Nimmt man für die *fraglichen Ausfälle* (Eltern- und Schülerverweigerungen, unentschuldig Fehlende) der Studie von 2006 beispielsweise eine um 10%-Punkte höhere Jahresprävalenzrate bei Viktimisierungen durch Körperverletzungen ohne Waffengebrauch an (also 21,4% statt 11,4%, was einer extrem hohen Opferbelastung entsprechen würde – daher eine sehr „konservative“ Schätzung), so führt dies bei Berücksichtigung der berechneten Prävalenzrate für die erfassten Fälle und unter Einbeziehung der neutralen Ausfälle zu einer Unterschätzung der Viktimisierungsrate von rd. 0,7%-Punkten. Andererseits sind aber ca. 25-30 Jugendliche der 9. Klassenstufe der beiden Schulen in freier Trägerschaft (Waldorfschule und Ostseegymnasium) nicht befragt worden (s. o.), für die eine unterdurchschnittliche Belastung angenommen werden kann (empirisch belegt, vgl. *Baier u. a.* 2006). Mit einiger Plausibilität dürfte daher die „reale“ Verzerrung der ausgewiesenen statistischen Kenngrößen (nach unten) im Dezimalstellenbereich bei maximal 0,3%-Punkten liegen, also letztlich eine nicht sehr bedeutsam ins Gewicht fallende Größenordnung.
  - 13 Die Gewichtung wurde so vorgenommen, dass die Fallzahlen im Analysedatensatz konstant gehalten werden und das Verhältnis der Schulformen genau der Grundgesamtheit entspricht. Der Gewichtungsfaktor bzgl. der jeweiligen Schulform wird berechnet aus dem Quotient des Anteils der jeweiligen Schulform in der Grundgesamtheit und dem jeweils entsprechenden Anteil im Analysedatensatz.

so dass wir auf eine Gewichtung der Analysedatensätze der Erhebungsjahre verzichtet haben. Alle nachfolgend berichteten Ergebnisse basieren damit auf den nach der Schulart ungewichteten Daten.<sup>14</sup>

Hinsichtlich der sozio-demografischen Grundmerkmale der in den drei Erhebungen befragten Jugendlichen ergeben sich zunächst für das Geschlecht und das Alter die in den nachstehenden Tabellen 1.3 und 1.4 aufgeführten Verteilungen:

Tabelle 1.3: Geschlecht

Geschlecht:	1998 (n = 1.592)	2002 (n = 724)	2006 (n = 832)
männlich	49,2%	49,4%	48,2%
weiblich	50,8%	50,6%	51,8%

Die Geschlechtsverteilung entspricht mit einer um knapp 2%-Punkte höheren Beteiligung der weiblichen Schüler über alle Erhebungswellen hinweg im Wesentlichen den vom Statistischen Amt Mecklenburg-Vorpommern ausgewiesenen Anteilen in den entsprechenden Schuljahresstatistiken über die öffentlichen allgemeinbildenden Schulen der 9. Jahrgangsstufe in der Hansestadt Greifswald. So liegt etwa der Anteil der weiblichen Schüler in der *ersten Erhebungswelle* 2006 bei 54,4%. Die amtliche Statistik weißt für die 9. Klassenstufe für alle allgemeinbildenden Schulen in Greifswald (öffentliche und freie Träger) einen Anteil von 52,1% aus. In der zweiten Erhebung 2006 liegt der Anteil der Schülerinnen bei 48,3%, während die amtlichen Zahlen einen Anteil von 46,7% ergeben. Die erhobene Geschlechtsverteilung liefert damit einen weiteren Anhaltspunkt für die gute Repräsentation der erhobenen Daten bzgl. der eingangs definierten Grundgesamtheit.<sup>15</sup>

Mit Blick auf die „Ausfallstatistik“ und die diesbezüglich berichtete tendenzielle Unterschätzung der kriminologisch interessierenden statistischen Befunde führt der durchgängig etwas höhere Anteil der Schülerinnen in allen drei Erhebungen allerdings nur zu einer unbedeutlichen Verzerrung (in Richtung einer geringen Unterschätzung) der kriminologischen Befunde, wie eine zusätzliche Vergleichsanalyse mit entsprechender Gewichtung nach dem Geschlecht (ana-

14 Unterschiede ergeben sich hierbei insbesondere bei den Haupt- und Förderschülern (so etwa bei den Prävalenzraten zur selbstberichteten Delinquenz oder Viktimisierung) mit einer (je nach untersuchtem Aspekt) wechselnden Verschiebung zwischen beiden Gruppen, deren Betrag zwischen 0,2 und maximal 0,5%-Punkten variiert.

15 Vgl. *Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern*, Statistische Schuljahres-Berichte, Allgemeinbildende Schulen in Mecklenburg-Vorpommern, 1997/1998, 2001/02 und 2005/06, sowie umfangreiche Angaben des Staatlichen Schulamts Greifswald zur Zusammensetzung der Erhebungsjahrgänge.

log der Gewichtungszurprozedur nach der Schulform, s. o.) ergab.<sup>16</sup> Daher haben wir auch auf eine Kompensation mittels Datengewichtung dieser sehr gering ausfallenden Geschlechtsdisproportionalität verzichtet.

Mit einem Anteil von jeweils über 50% wies die Altersstruktur erwartbar einen Schwerpunkt bei den 15-Jährigen aus (vgl. Tabelle 1.4).

Tabelle 1.4: Alter

Alter	1998 (n = 1.592)	2002 (n = 724)	2006 (n = 832)
13 Jahre	0,1%	-	0,4%
14 Jahre	21,0%	8,9%	17,2%
15 Jahre	57,7%	63,8%	51,2%
16 Jahre	18,6%	21,6%	24,4%
17 Jahre	2,6%	5,4%	6,4%
18 Jahre	-	0,4%	0,5%
Statistik:	MW: 15,03 SD: 0,708	MW: 15,25 SD: 0,705	MW: 15,21 SD: 0,829

Die größere Altersvarianz 1998 und insbesondere 2006 erklärt sich zunächst durch die in diesen Jahren erhobenen beiden Schüler-Jahrgänge zum Ende des alten und Beginn des neuen Schuljahres. Allerdings, und das ist bedeutsam, fallen auch die prozentualen Anteile der verschiedenen Altersgruppen in der 9. Klassenstufe (unter 15 Jahre, 15 und über 15 Jahre) über alle Erhebungszeiträume hinweg unterschiedlich groß aus.

Aus der nachstehenden Tabelle 1.5 wird ersichtlich, dass sich eine Verschiebung in den Anteilen von den jüngeren hin zu den älteren Schülern der 9. Jahrgangsstufe über den gesamten Erhebungszeitraum ergibt. Diese signifikante Zunahme in der Altersgruppe der über 15-jährigen Schüler (+ 47,6%) ist für die weiteren Analysen von Bedeutung, da die Opferbelastung, Delinquenzintensität und damit in Verbindung stehenden anderen Einflussfaktoren bei den älteren Schülern erwartbar höher ausfallen bzw. stärker ausgeprägt sein dürften als bei den jüngeren Jahrgängen.

Daher wird außerdem zu überprüfen sein, welchen Einfluss die Altersdispersion auf die berichteten kriminologischen Befunde (insbesondere die Opfer-

16 So erhöht sich etwa die geschlechtssensible Jahresprävalenzrate bei den Gewalt-Mehrfachtätern (s. u.) in der Analyse mit den nach dem Geschlecht gewichteten Daten im Vergleich mit den ungewichteten Daten um lediglich 0,2%-Punkte. Dies trifft auch für die Prävalenzraten anderer Delinquenzformen zu.

prävalenz- und Täterprävalenzraten) hat und inwieweit sich diesbezüglich möglicherweise unterschiedliche Entwicklungsverläufe in den einzelnen Altersgruppen (unter 15 Jahre, 15 Jahre und über 15 Jahre) über den Gesamtanalysezeitraum ergeben (s. u. Kapitel A.3 und A.4).

Tabelle 1.5: Altersverteilung (gruppiert) nach Erhebungsjahr

Erhebungsjahr/Altersgruppe		Häufigkeit	Prozent	Kumulierte Prozente
1998	< 15 Jahre	322	21,1	21,1
	= 15 Jahre	883	57,8	78,8
	> 15 Jahre	324	21,2	100,0
	Gesamt	1.529	100,0	
2002	< 15 Jahre	64	8,8	8,8
	= 15 Jahre	462	63,8	72,7
	> 15 Jahre	198	27,3	100,0
	Gesamt	724	100,0	
2006	< 15 Jahre	146	17,5	17,5
	= 15 Jahre	426	51,2	68,8
	> 15 Jahre	260	31,3	100,0
	Gesamt	832	100,0	

Ein weiteres wichtiges sozio-demografisches Grundmerkmal der Schülerschaft betrifft deren nationale bzw. ethnische (regionale) Herkunft. Der Anteil nichtdeutscher war wie der Anteil westdeutscher Schüler unter den Befragten der drei Erhebungen sehr gering, allerdings mit steigender Tendenz (vgl. nachstehende Tabelle 1.6).

Wiederum ein Vergleich mit den amtlichen Statistiken bestätigt die überdurchschnittlich gute Erfassung der Schüler in der Studie. Sowohl die Anteile der ausländischen Schüler als auch der Jugendlichen, deren Eltern mit deutschen Vorfahren überwiegend aus den ehemaligen GU-Staaten stammen, entsprechen den schulbehördlich registrierten Verhältnissen. In den allgemeinbildenden Schulen Greifswalds liegt der Ausländeranteil in der Schülerpopulation der Sekundarstufe I (Klassenstufe 5 bis 10) im Schuljahr 2005/06 bei 1,6% und der von Aussiedlern bei 2,3%.<sup>17</sup>

17 Vergleicht man die angegebenen Verhältnisse (Greifswald/Mecklenburg-Vorpommern) demgegenüber mit denen in anderen westdeutschen Städten und Regionen, bilden die



Tabelle 1.6: Staatsbürgerschaft und Herkunft der Jugendlichen

Staatsbürgerschaft	1998 (n = 1.592)	2002 (n = 724)	2006 (n = 832)
deutsch	99,5%	99,3%	98,4%
andere	0,5%	0,7%	1,6% <sup>18</sup>
Herkunft (geboren in) Deutschland	98,6%	98,9%	95,8%
anderswo*	1,4%	1,1%	4,2%
*darunter Aussiedler (überw. GUS)	1,1% (n = 17)	0,4% (n = 3)	2,3% (n = 19)
Ostdeutschland	97,3%	97,2%	90,0%
Westdeutschland	1,3%	1,7%	5,8%

Im Vergleich mit den entsprechenden Anteilen der gesamten Schülerpopulation Mecklenburg-Vorpommerns (2005/06: 1,4% nichtdeutsche Schüler und gleichfalls 1,4% Aussiedlerkinder) liegen die Quoten in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald erwartbar (größere wirtschaftlich prosperierende kreisfreie Universitätsstadt) über dem Landesdurchschnitt.

Gleichfalls erwartbar stammt die überwiegende Mehrzahl der befragten Greifswalder Schüler aus den neuen Bundesländern (90%, vgl. Tabelle 1.6). Allerdings ergibt sich zwischen der Erhebung 2002 und 2006 doch ein beachtlicher Zuwachs der westdeutschen Schüler an der Greifswalder Schülerschaft insgesamt, von 1,7% auf 5,8%. Diese Zuwanderungssteigerung westdeutscher Eltern in den vergangenen Jahren beruht überwiegend auf der parallel hierzu erfolgten Erweiterung und Modernisierung der Universität und der günstigen Entwicklung einiger mittelständischer Unternehmen mit entsprechend attraktiven Arbeitsplätzen. Da gleichwohl der Anteil Jugendlicher mit maximal 1,6% Ausländern bzw. 2,3% Aussiedlern (2006) eine sehr kleine Fallzahl ausmacht,

---

Schüler mit Migrationshintergrund zahlenmäßig eine extrem kleine Gruppe (was – noch immer – auf den überwiegenden Teil der Gemeinden und Städte in den neuen Bundesländern zutrifft). Insgesamt stagniert die Zahl der Ausländer in Mecklenburg-Vorpommern auf niedrigem Niveau. Ende 2006 lebten im Bundesland 30.914 Ausländer. Der Anteil von 1,8 Prozent an der Gesamtbevölkerung ist nach wie vor der niedrigste bundesweit (vgl. *Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern: Ausländische Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern 2006; A143 2006 00*).

- 18 In der aktuellen Studie 2006: Drei Schüler aus Russland, zwei aus Albanien, zwei aus Vietnam, zwei aus Griechenland und jeweils ein Schüler aus Jugoslawien, Irak, Finnland.

---

können gesonderte statistische Analysen dieser Gruppe nicht bzw. nur in einem sehr eingeschränkten Umfang vorgenommen werden.

Insgesamt ergeben die unterschiedlichen Betrachtungen der erhobenen Schülerdaten unter fehleranalytischen Gesichtspunkten ein mehr als zufriedenstellendes Ergebnis. Die fehlerbereinigten Datensätze der drei Erhebungen in der Hansestadt Greifswald bilden demnach eine sehr aussagefähige Analysegrundlage für die Beantwortung der oben genannten Fragestellungen und Ziele des Forschungsprojektes.

## 2. Allgemeines Bedrohungsempfinden

Mit Blick auf die in den nachfolgenden Punkten erfolgende Konzentration auf Befunde zum Gewalterleben möchten wir zunächst in relativierender Absicht auf das allgemeine Sicherheitsgefühl der befragten Greifswalder Jugendlichen eingehen.

Das allgemeine Sicherheits- bzw. Bedrohungsgefühl ist nicht nur auf die Wahrnehmung subjektiver Bedrohung durch Gewalt und andere Formen von Kriminalität beschränkt, sondern es umfasst die Bewertung der Gesamtheit von potenziellen Sorgen, Nöten, existentiellen Problemlagen und Lebensrisiken. Unter dieser erweiterten Perspektive sind wir in der Untersuchung 2006, wie in den Jahren 1998 und 2002 auch, der Frage nachgegangen, welchen Stellenwert Kriminalität – insbesondere gegen Jugendliche gerichtete Gewalt – als möglicher Bedrohungsfaktor im Vergleich mit anderen lebensnahen Bedrohungsszenarien, Problemen, Ängsten und Sorgen in der subjektiven Wahrnehmung der Jugendlichen hat.

Hierzu hatten wir den Jugendlichen eine Liste mit insgesamt 17 möglichen individuellen und sozialen Bedrohungen vorgelegt, die jeweils auf einer vierstufigen Ratingskala von 1 = „ich fühle mich gar nicht bedroht“ bis 4 = „ich fühle mich sehr bedroht“ eingeschätzt werden sollten.<sup>19</sup>

---

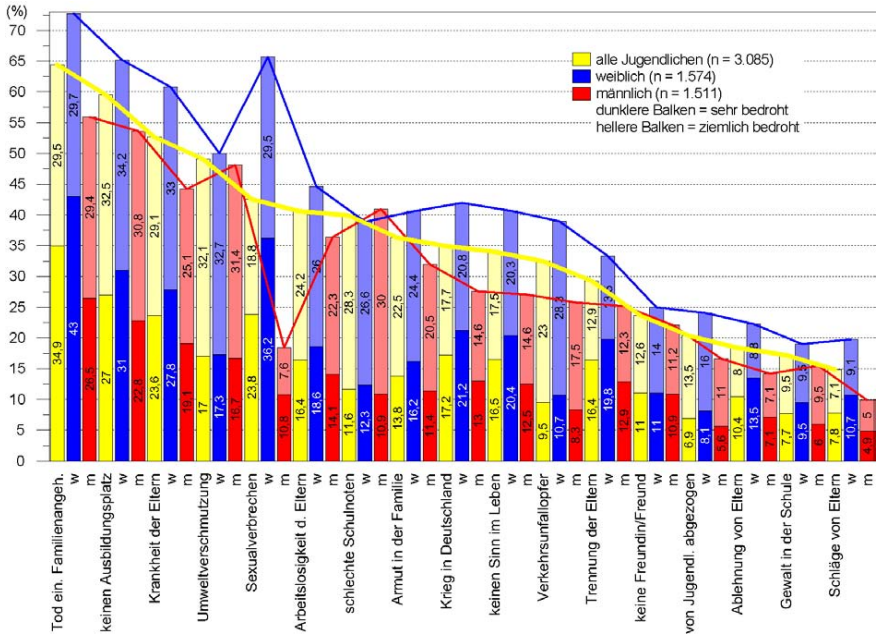
19 Hierbei handelt es sich um die nachstehenden möglichen Bedrohungsszenarien, die mit folgender Frage eingeleitet wurden: *„Bitte gib für jedes der unten genannten Ereignisse und Probleme an, wie sehr dir das persönlich Sorgen bereitet und wie stark du dich dadurch persönlich bedroht fühlst.“*

1. Opfer eines schlimmen Verkehrsunfalls zu werden, ...
2. Dass es in Deutschland Krieg geben könnte, ...
3. Dass ich Opfer eines Sexualverbrechens werden könnte, ...
4. Schwere Krankheit der Eltern, ...
5. Keine Freundin bzw. keinen Freund zu finden, ...
6. Schlechte Schulnoten zu bekommen, ...
7. Dass meine Eltern mich schlagen, ...
8. Die Verschmutzung unserer Umwelt, ...
9. Dass plötzlich jemand aus meiner Familie sterben könnte, ...
10. Im Leben keinen Sinn zu finden, ...
11. Dass meine Eltern mich ablehnen oder schlecht behandeln, ...
12. Dass ich von anderen Jugendlichen abgezogen werden könnte, ...
13. Dass meine Eltern sich trennen (oder schon getrennt haben), ...
14. Dass mein Vater/meine Mutter arbeitslos sind oder werden, ...
15. Dass meine Familie nicht genug Geld hat, ...
16. Dass ich in der Schule verprügelt werden könnte, ...
17. Keinen Ausbildungsplatz zu bekommen, ...

Für jedes vorgegebene potenzielle Bedrohungsszenario wurde als Antwortalternative vorgegeben; „... davon fühle ich mich ...“ „gar nicht bedroht“, „wenig bedroht“, „ziemlich bedroht“ und „sehr bedroht“.

Da sich die Gesamtstruktur der Antworten in allen drei Erhebungen nicht verändert und allenfalls eine Verschiebung von zwei Rangplätzen im Paarvergleich der einzelnen Erhebungen ergibt, sind in der nachstehenden Abbildung für die 17 möglichen Bedrohungsszenarien die prozentualen Zustimmungsanteile für die beiden Bedrohungskategorien („sehr bedroht“ und „ziemlich bedroht“) absteigend ranggeordnet für alle 3.085 im Zeitraum 1998 bis 2006 befragten Greifswalder Jugendlichen und nach dem Geschlecht dargestellt.

Abb. 2.1: Bedrohungsempfinden gegenüber Gewalt im Vergleich mit anderen potenziellen Bedrohungsszenarien bei Greifswalder Jugendlichen insgesamt und nach Geschlecht (gepoolter Datensatz 1998 - 2006)



Eine Analyse der Beziehungen dieser 17 möglichen Bedrohungen ergab eine Struktur von fünf unterschiedlichen subjektiven Dimensionen des Bedrohungserlebens: Verlust von Angehörigen, familiäre Sorgen und Problemlagen, persönliche Ängste und Nöte, allgemeine Ängste und Ohnmachtgefühle sowie die Befürchtung Opfer von Gewalt zu werden. Wobei in den ersten drei Dimensionen die damit verbundenen existentiellen Sorgen und Ängste mitkonnotiert werden.

Über alle drei Erhebungsjahre zusammengefasst wird deutlich, dass die Befürchtungen der Jugendlichen, Opfer eines Gewaltdelikts zu werden, im Vergleich mit anderen Problemen eher gering ausfallen. So sind etwa die räuberi-

sche Erpressung in Form des „Abziehens“ durch andere Jugendliche, Opfer von Gewalt in der Schule oder Schläge von den Eltern unter den letzten vier Rangplätzen mit den niedrigsten Bedrohungsraten (Kategorie: „sehr bedroht“: zwischen 6,9% und 7,8%). Interessant ist ferner, dass, abgesehen von der erwartbar höher ausgeprägten Angst, Opfer eines Sexualverbrechens zu werden, bis auf eine Sorge (Erhalt schlechter Schulnoten) die Bedrohungsanteile der weiblichen Jugendlichen generell um bis zu 15%-Punkte über denjenigen der männlichen Befragten liegen. Inwieweit hier geschlechtsspezifisch differenzielle Wahrnehmungs-, Verarbeitungs- und Bewertungsprozesse, wie sie etwa in der Sozialisationsforschung im Hinblick auf unterschiedliche Erziehungs- und Wertvermittlungsprozesse (emotionale Sozialisation) berichtet werden, ausschlaggebend sind, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden, obgleich mit Blick auf die Forschungslage einiges darauf hindeutet.<sup>20</sup>

Trotz dieser geschlechtsspezifischen Anteilsunterschiede sind gleichwohl auf Gewalt bezogene Opferbefürchtungen im Vergleich mit anderen Bedrohungen bei allen Jugendlichen von eher untergeordneter Bedeutung. Sehr viel stärker – geradezu dominierend – sind demgegenüber unter den Jugendlichen familiäre und existentielle Befürchtungen verbreitet, vor allem hinsichtlich gesellschaftlicher und ökonomischer Krisenentwicklungen, mit denen ein hohes Exklusions- bzw. Beeinträchtigungsrisiko der Eltern an der sozialen und ökonomischen Teilhabe, aber auch der eigenen beruflichen Zukunftschancen, verbunden sind (vgl. übereinstimmend *Shell Jugendstudie 2006*, S. 74).<sup>21</sup>

Dieser zentrale und gesellschaftspolitisch äußerst wichtige Befund sollte bei der Bewertung der nachstehenden Ergebnisteile mit einer der Fragestellung gemäßen Zentrierung auf Gewalterfahrungen unter Jugendlichen immer relativierend berücksichtigt werden.

---

20 Vgl. zusammenfassend: *Bilden 1991*; *Bilden/Dausien 2006*.

21 Dieser Befund trifft im Übrigen auch auf die deutsche Gesamtbevölkerung zu, vgl. *BMI/BMJ: 2. Periodischer Sicherheitsbericht 2006*, S. 521 f. Vgl. ergänzend hierzu auch Kapitel B.2.

### 3. Opfererfahrungen durch Gewalt

#### 3.1 Lebens- und Jahresprävalenzraten im Überblick

In einem größeren Abschnitt des Erhebungsbogens wurden die Greifswalder Jugendlichen als Einstieg in den Bereich der Jugenddelinquenz zu ihren realen Opfererfahrungen im Hinblick auf fünf jugendtypische, strafrechtlich relevante Gewalterfahrungen (sogenannte Gewaltviktimsierungen) befragt: Raub, Erpressung, sexuelle Gewalt, Körperverletzung mit und Körperverletzung ohne Waffengebrauch. Diese sind auch in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) wesentliche Delikte der Kategorie der Gewaltkriminalität. Für die Befragung der Jugendlichen wurden diese Gewaltdelikte im Fragebogen phänomenologisch verständlich umschrieben.<sup>22</sup>

Gefragt wurde zum einen jeweils nach der Lebensprävalenz, d. h., ob der Jugendliche überhaupt schon einmal Opfer einer entsprechenden Gewalttat wurde (relativiert auf alle befragten Jugendlichen), und zum anderen (aus Gründen der Vergleichbarkeit) nach der Jahresprävalenz und der -inzidenz (= Häufigkeit) innerhalb des zurückliegenden Kalenderjahres, also in der aktuellen Erhebung 2006 für das Jahr 2005. Hierbei wurde wiederum jeweils nach Örtlichkeiten differenziert: im Wohnort und außerhalb des Wohnortes.

Für das jeweils letzte Opfererlebnis wurden darüber hinaus eine Reihe vertiefter Fragen zum Hergang der Tat, den Tätern, der Örtlichkeit, der Anzeigebereitschaft und zu den physischen Verletzungen und psychischen Folgen für das Opfer angeschlossen.

---

22 Der Einstieg mit Fragen zu den Opfererfahrungen der Jugendlichen wurde deshalb gewählt, um den Einfluss der „sozialen Erwünschtheit“ auf das Antwortverhalten zu minimieren und, in einstimmiger Hinsicht, auf Fragen der selbstberichteten Delinquenz vorzubereiten. Die erfragten Gewaltdelikte haben folgenden Wortlaut:

Raub: *Jemand hat dir mit Gewalt etwas entrissen oder dir unter Androhung von Gewalt etwas weggenommen, z. B. deine Tasche, dein Fahrrad oder Geld.*

Erpressung: *Jemand verlangt von dir, dass du ihm Geld oder Sachen (z. B. Jacke, Uhr, Schuhe) gibst und droht dir ernsthaft Gewalt an, falls du die Sachen nicht hergibst oder nicht zahlst.*

Sexuelle Gewalt: *Jemand zwingt dich mit Gewalt oder durch ernsthafte Androhung von Gewalt zu sexuellen Handlungen oder zur Duldung von sexuellen Handlungen, die du nicht willst (z. B. eine Vergewaltigung oder dir wird gegen deinen Willen zwischen die Beine gefasst).*

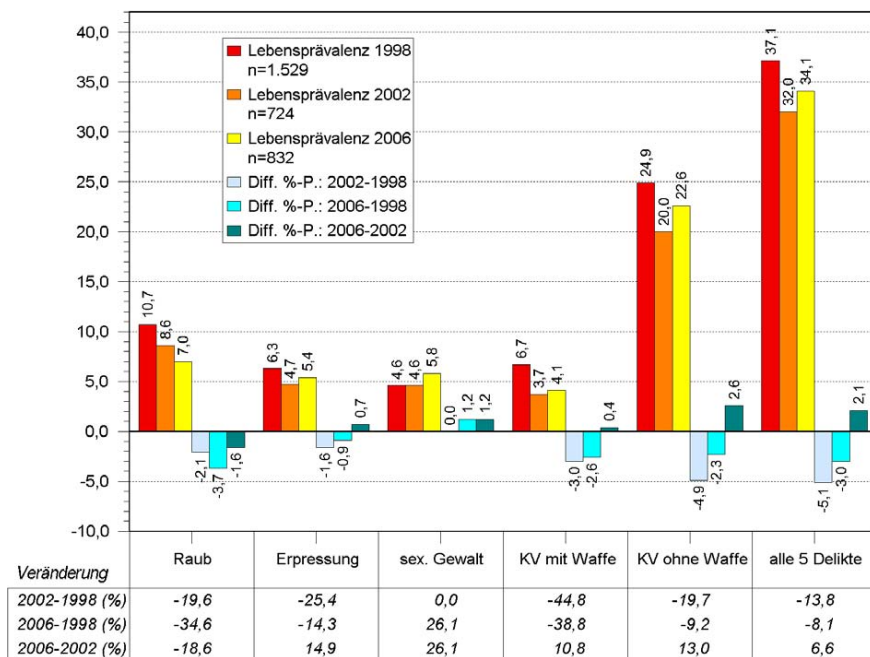
Körperverletzung mit Waffen (= gefährliche Körperverletzung gem. § 224 StGB): *Jemand verletzt dich absichtlich mit einer Waffe (Messer, Schlagring o. ä.) oder mit einem Gegenstand (z. B. Kette) oder durch schlimme Tritte mit schweren Schuhen/Stiefeln.*

Körperverletzung ohne Waffen (= einfache Körperverletzung gem. § 223 StGB): *Jemand schlägt dich so stark, dass du verletzt wirst (z. B. eine blutende Wunde oder ein blaues Auge). Dabei wird aber keine Waffe und auch kein Gegenstand verwendet.*

Da die Fragen aus der Opferperspektive formuliert waren, kann davon ausgegangen werden, dass die Betroffenen einschätzen konnten, ob es sich bei dem Vorfall noch um Spaß oder aber um eine ernsthafte Gewalttat handelte. Die diesbezüglich einleitende Instruktion lautete: „Bei den folgenden Fragen geht es aber nicht um Situationen, in denen Du freiwillig mit anderen, etwa gleich starken Jugendlichen wirklich nur aus Spaß gekämpft hast.“ Es wurden nur vollendete Delikte erfragt, um den Interpretationsspielraum so gering wie möglich zu halten.

In der folgenden Abbildung 3.1 sind zunächst die Opferraten in Form der ermittelten *Lebensprävalenzraten* für die fünf Gewaltdelikte und deren Veränderungen nach den drei Erhebungszeiträumen wiedergegeben.

Abb. 3.1: Lebensprävalenzraten bei Gewaltviktimisierungen von Jugendlichen in Greifswald (Erhebungen 1998, 2002 und 2006)



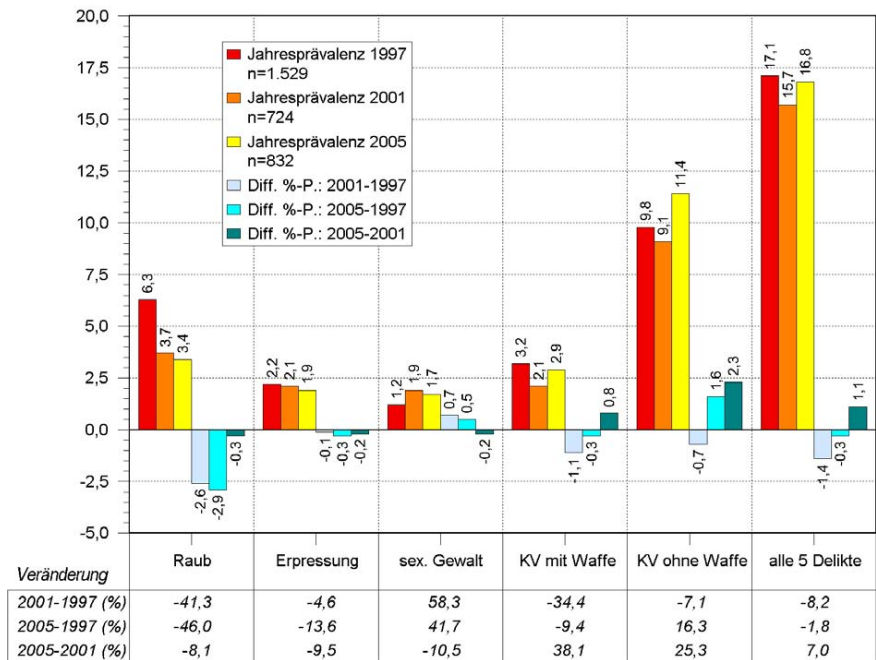
In der aktuellen Erhebung 2006 gaben insgesamt 284 der 832 befragten Jugendlichen an, in ihrem bisherigen Leben mindestens einmal Opfer eines der fünf Gewaltdelikte geworden zu sein. Dies entspricht einer Lebensprävalenzrate von 34,1%. Die Lebensprävalenzrate von allen 3.085 befragten Jugendlichen beträgt 35,1%. D. h., mindestens jeder dritte Jugendliche wurde schon einmal Opfer einer der fünf vorgegebenen Gewalttaten.

Im Vergleich von 1998 gegenüber 2002 zeigt sich ein recht ausgeprägter Rückgang um 13,8%, dem ein schwächerer Anstieg (6,6%) im Jahr 2006 folgt. Gegenüber der ersten Erhebung (1998) sinkt aber die Lebensprävalenzrate um 8,1%. Insgesamt gesehen zeigt sich ein doch relativ stabiles Bild über die drei Erhebungen hinweg: ein trichterförmiger „Zick-Zack-Verlauf“ mit tendenziell abnehmenden Lebensprävalenzraten über den Gesamtanalysezeitraum hinweg.

Auf der Ebene der Einzeldelikte findet sich dieses Verlaufsmuster nur bei den Opfern von Raub und sexuellen Übergriffen nicht. Bei den Raubopfern fällt die Rate kontinuierlich von 10,7% über 8,6% auf 7%, was auf eine erfreuliche Entwicklung hindeutet. Bei sexualisierter Gewalt ergibt sich demgegenüber ein Anstieg von 4,6% auf 5,8%, wobei hierbei allerdings das relativ niedrige Niveau zu beachten ist. Diese Schwankung liegt im Zufallsbereich und ist statistisch nicht signifikant.

Berücksichtigt man in der Betrachtung zusätzlich die *Jahresprävalenzraten* der Gewalt-Viktimisierungen, so ergibt sich ein sehr ähnliches Bild – natürlich auf geringerem Niveau –, da diese eine Teilmenge der Lebensprävalenz sind (vgl. Abbildung 3.2).

Abb. 3.2: Jahresprävalenzraten bei Gewaltviktimisierungen von Jugendlichen in Greifswald (Erhebungen 1998, 2002 und 2006)





Wie die Grafik ausweist, lag die Jahresprävalenzrate der Viktimisierungen bezüglich aller fünf Gewaltdelikte im Jahr 2005 bei insgesamt 16,8%, das entspricht einer Anzahl von 140 Jugendlichen, die mindestens einmal Gewaltopfer wurden. Mit Blick auf die Veränderungen in den Opferraten der drei Greifswalder Erhebungen ergibt sich gegenüber der Ersterhebung eine sehr geringe (statistisch unbedeutende) Abnahme der Gewaltopferrate (17,1% auf 16,8%), die Gesamt-Viktimisierungsrate über alle drei Erhebungen liegt bei 16,7%; insgesamt also eine sehr stabile Entwicklung der Jahresprävalenzraten. Damit war im rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum des jeweiligen Erhebungsjahres mindestens jeder sechste Jugendliche ein Gewaltopfer.

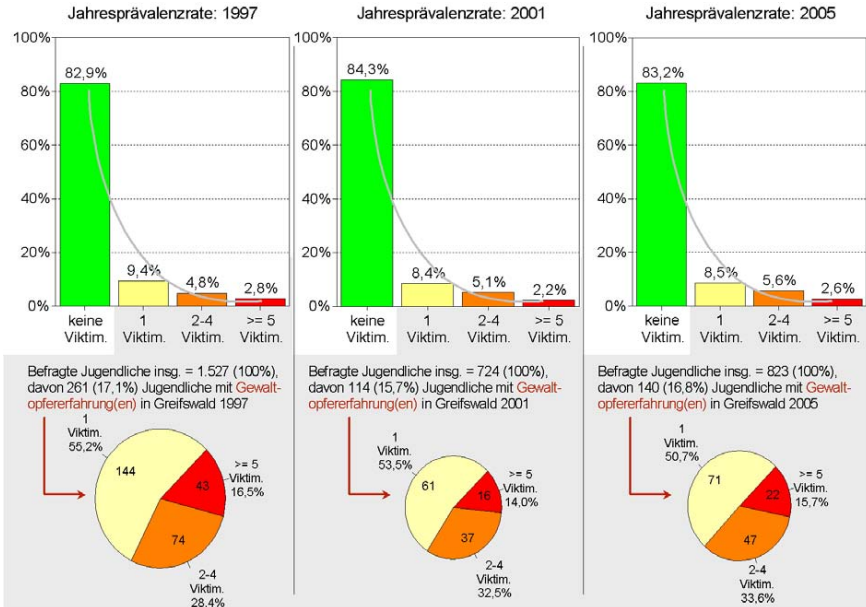
In der Einzelbetrachtung bestätigt sich zunächst das allgemeine Verlaufsmuster analog der Lebensprävalenzraten auch hinsichtlich des deutlichen Rückgangs der Jahresprävalenzraten bei den Raubdelikten (-46%). Eine Ausnahme bilden hierbei allerdings die einfachen Körperverletzungsdelikte (ohne Waffenverwendung). Hier ist 2005 ein Anstieg in den Jahresprävalenzraten gegenüber 1997 um 16,3% festzustellen. Inwieweit diesbezüglich unterschiedliche Sensibilisierungen und Bewertungen der realen Ereignisse und deren Folgen über die Zeit hinweg eine Rolle spielen, wird noch näher zu untersuchen sein (s. u. Kapitel C.1). Opfererfahrungen durch Erpressung, sexuelle Gewalt oder schwerere Körperverletzungen (mit Verwendung einer Waffe) waren unter den Jugendlichen demgegenüber gleichbleibend bzw. mit rückläufiger Tendenz vergleichsweise selten.

### **3.2 Mehrfachopferbelastung**

Hinsichtlich der Gewaltmehrfachopfer-Belastungen ergeben sich über den Studienzeitraum folgende Verhältnisse: Wurden im Jahr 1997 von 261 viktimisierten Jugendlichen insgesamt 779 Gewaltdelikte angegeben, d. h. pro Opfer drei Delikte, waren es im Jahr 2001 zusammen 366 Gewaltdelikte, die von 114 jugendlichen Opfern berichtet wurden, was einer mittleren Viktimisierungshäufigkeit von 3,2 Delikten je Opfer entspricht. In der aktuellen Erhebung 2006 wurden für das Jahr 2005 von 140 viktimisierten Jugendlichen insgesamt 436 Gewaltdelikte angegeben, also pro Opfer 3,1. Damit ergeben sich auch auf der Ebene der durchschnittlichen Gewaltopferhäufigkeiten in allen drei Erhebungen ausgesprochen beständige Belastungsverhältnisse.

Fasst man die Anzahl der angegebenen Viktimisierungen in vier Häufigkeitsklassen zusammen (keine Viktimisierung, eine Viktimisierung, zwei bis vier sowie fünf und mehr Viktimisierungen) so zeigt sich, dass auch bei den Mehrfachopfern die Anteilsunterschiede in allen drei Studien nur sehr gering ausfallen (vgl. nachstehende Abbildung 3.3).

Abb. 3.3: Jahresprävalenzraten bei Gewaltviktimisierungen von Jugendlichen in Greifswald nach Häufigkeitsklassen (Erhebungen 1998, 2002 und 2006)



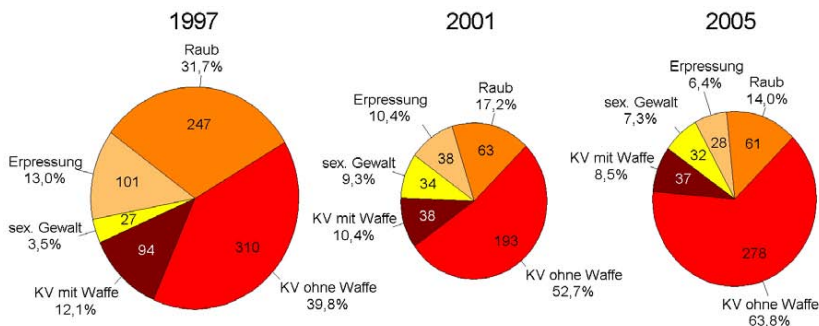
Nach wie vor bleibt der Befund, dass die meisten Jugendlichen (über alle drei Erhebungen zusammen: 83,3%) nicht Opfer eines Gewaltdelikts wurden. Andererseits zeigen aber die stabilen Verhältnisse in den Raten der Mehrfachopfer, dass von den relativ wenigen Opfern nahezu die Hälfte (46,4%) mehr als einmal im Berichtsjahr viktimisiert wurde und sich darunter eine kleine Anzahl Jugendlicher befindet (15,7%), die im Jahreszeitraum sogar mehr als viermal Opfer einer Gewalttat wurden. Anders ausgedrückt: Jeder 13. Jugendliche in der Untersuchung war von Gewaltdelikten mehrfach betroffen, etwa jeder 38. sogar mindestens fünfmal. Dies unterstreicht die Bedeutung präventiver Strategien im Sinne einer Arbeit mit Opfern von Gewaltdelikten und des Schutzes hochgradig gefährdeter Jugendlicher (z. B. Opferberatungsstellen, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen), um multiple Viktimisierungen zu reduzieren bzw. ganz zu verhindern.

### 3.3 Art der Gewaltviktimisierungen

In der Deliktsstruktur ergeben sich allerdings einige interessante Unterschiede zwischen den drei Greifswalder Erhebungen, wie dies aus den nachstehenden Kreisdiagrammen (Abbildung 3.4) zu entnehmen ist. Es zeigte sich über alle

drei Erhebungen hinweg eine deutliche Verschiebung in der Deliktsstruktur gegenüber 1998 hin zu einer kontinuierlichen Zunahme bei den einfachen Körperverletzungsdelikten und einem ebenso stetigen Rückgang bei den Raubtaten.

Abb. 3.4: Gewaltviktimsierungen bei Jugendlichen in Greifswald nach der Deliktsstruktur bzgl. aller fünf erfassten Delikte (Erhebungen 1998, 2002 und 2006)



Von 1.529 im Jahr 1998 befragten Greifswalder Jugendlichen waren im Jahr 1997 261 Gewaltopfer (= 17,1%), von diesen wurden insgesamt 779 Gewaltdelikte angegeben.

Von 724 im Jahr 2002 befragten Greifswalder Jugendlichen waren im Jahr 2001 114 Gewaltopfer (= 15,7%), von diesen wurden insgesamt 366 Gewaltdelikte angegeben.

Von 832 im Jahr 2006 befragten Greifswalder Jugendlichen waren im Jahr 2005 140 Gewaltopfer (= 16,8%), von diesen wurden insgesamt 436 Gewaltdelikte angegeben.

Der Anteil von Raubdelikten an den insgesamt berichteten Gewalterlebnissen als Opfer hat sich 2005 (14%, 2001: 17,2%) gegenüber 1997 (31,7%) mehr als halbiert. Da auch die Körperverletzungen mit Waffengebrauch rückläufig waren (1997: 12,1%, 2005: 8,5%), kann man davon ausgehen, dass die *schwereren Formen der Gewaltdelinquenz im beobachteten Zeitraum 1997 bis 2006 rückläufig waren*. Auffällig war andererseits ein anteilmäßiger Anstieg bei den sexuellen Gewaltdelikten, wengleich die nach wie vor relativ niedrigen Prävalenzraten zu berücksichtigen sind. Mit zusammen rd. 72% (2005) nahmen die Körperverletzungsdelikte den größten Teil des Gewaltaufkommens ein. Dabei dominierten mit nahezu 64% die (ernsthaften) Körperverletzungen *ohne* Waffeneinsatz gegenüber den schweren Körperverletzungen mit Waffenverwendung von 8,5%. Mit rd. 14% waren Raubdelikte noch vergleichsweise häufig (wengleich seltener als in den früheren Erhebungen, s. o.) vertreten. Sexuelle Gewalt und Erpressung waren mit einem Anteil von rd. 7% bzw. rd. 6% relativ seltener, aber dennoch nicht unerheblich verbreitet. Da wir die Opferereignisse insoweit allerdings nicht genauer erfassen konnten, muss allerdings offen bleiben, welche Eingriffsintensität bei sexuellen Übergriffen oder erpresserischen Handlungen gegeben war. Insgesamt bleibt aber der Befund bemerkenswert, dass – entgegen medial vermittelter Vorurteile – die vorliegende Untersuchung keine Anhalts-

punkte dafür liefert, dass die „Brutalität“ der Jugendgewalt zugenommen hat. Eher das Gegenteil ist der Fall (vgl. hierzu auch Kapitel C.1).

### 3.4 Interregionaler Vergleich

Hinsichtlich der Prävalenzraten haben wir zum Vergleich der in unseren Greifswalder Untersuchungen 1998, 2002 und 2006 ermittelten Befunde Ergebnisse aus Untersuchungen in anderen bundesdeutschen Städten herangezogen. Auch wenn ein unmittelbarer Vergleich der Prävalenzraten aus inhaltlichen und teilweise methodischen Gründen nicht unproblematisch ist, bietet eine solche Gegenüberstellung aber doch hinsichtlich der Größenordnungen eine gewisse Orientierung. Herangezogen haben wir Untersuchungen des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen (KFN) in Hannover. Bereits im Vergleich mit früheren Untersuchungen des KFN 1997/1998 und 2001/02 u. a. in den Städten Kiel, Delmenhorst, Hamburg, Hannover, Rostock und Leipzig (vgl. *Wetzels u. a. 2001; Wilmers u. a. 2002*) hat sich gezeigt, dass die Gewaltviktimisierungsraten bei Jugendlichen in der Hansestadt Greifswald in den Erhebungen 1998 und 2002 das mit Abstand niedrigste Niveau aufwiesen (vgl. *Dünkel/Geng 2003*). So lag etwa die Jahresprävalenzrate in Kiel 1997 bei 20,4%, in Hannover bei 28,1%, in Hamburg bei 26,9% und in den beiden ostdeutschen Städten Leipzig und Rostock bei 22,9% resp. 21,2% (Greifswald 1997: 17,1%; 2001: 15,7%).

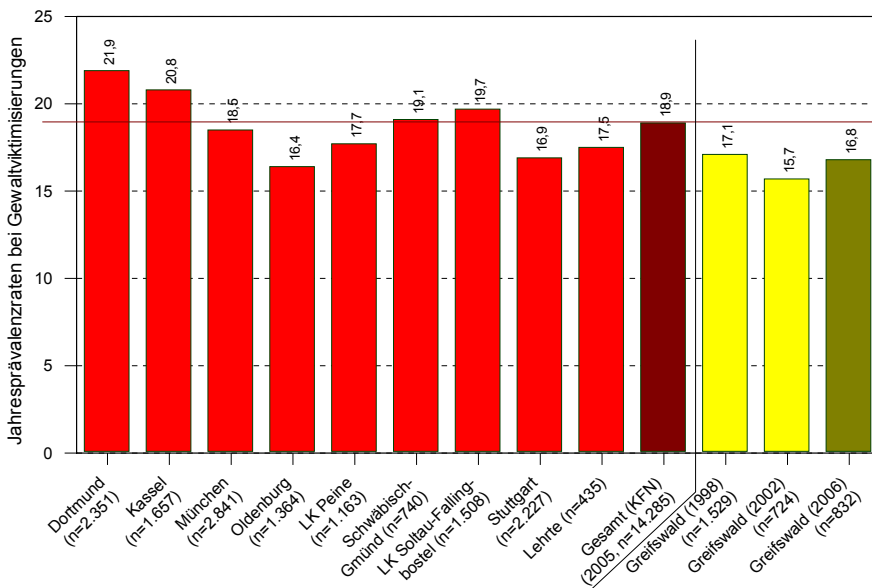
Für unsere aktuelle Erhebung 2006 können wir neuere Vergleichsdaten des KFN für insgesamt sieben westdeutsche Städte und zwei Landkreise 2005 (vgl. *Baier u. a. 2006*) sowie Daten für Hannover 2006 heranziehen (vgl. *Baier/Windzio 2007*).<sup>23</sup> In nachstehender Abbildung 3.5 sind die Jahresprävalenzraten von Gewaltviktimisierungen bzgl. der fünf vergleichbar erhobenen Gewaltdelikte der KFN-Untersuchungen 2005 mit denen aus Greifswald 2006 dargestellt. Es zeigt sich, dass die Viktimisierungsbelastung in Greifswald bezüglich aller untersuchten fünf Gewaltdelikte auch 2005 im Vergleich mit den anderen Städten und Landkreisen mit am niedrigsten ausfällt.<sup>24</sup>

---

23 Die Ergebnisse unserer Schülerbefragung auf der Insel Usedom 2006 werden unten in Teil B ausführlich – auch im Vergleich mit den Greifswalder Befunden – dargestellt. Die Gewaltopferaten der Schüler auf der Insel Usedom lagen in der Erhebung 2002 insgesamt um ca. 2 bis 4%-Punkte höher als die der Greifswalder Jugendlichen (vgl. *Dünkel/Geng 2003*). Weitere neuere Vergleichsdaten des KFN aus anderen ostdeutschen Städten und Landkreisen in Thüringen (2005) haben wir ebenfalls in Teil B einbezogen.

24 Die entsprechende Rate für Hannover 2006 beträgt 21,2%. Hannover ist nicht abgebildet, da die Ergebnisse dieser jüngsten Schülerbefragung des KFN bisher noch nicht bzw. nur in Teilen veröffentlicht sind und die Angabe hierzu aus einem noch unveröffentlichten Text stammt (vgl. *Baier/Windzio 2007*). Berücksichtigt man, dass in den KFN-Erhebungen 2005 keine Förderschüler befragt wurden, reduziert sich die Gewaltopferate der Greifswalder Jugendlichen 2005 um 1,3%-Punkte und läge damit noch bei 15,5%; mithin auf dem niedrigsten Niveau aller dargestellten Städte und Landkreise.

Abb. 3.5: Jahresprävalenzraten bei Gewaltviktimisierungen von Jugendlichen in Greifswald (Erhebungen 1998, 2002 und 2006) im Vergleich mit Ergebnissen der KFN-Schülerbefragungen 2005

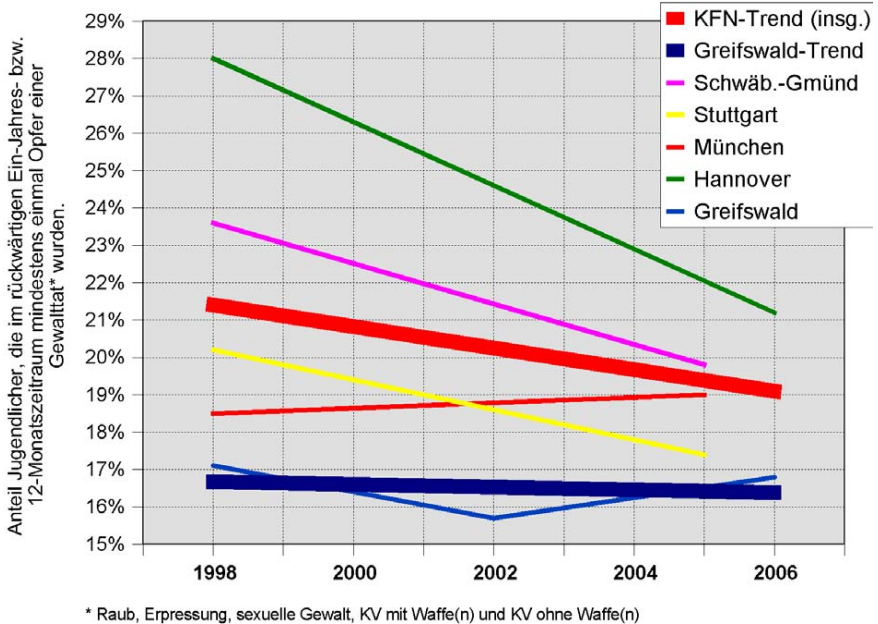


### 3.5 Entwicklung im interregionalen Vergleich

Das insgesamt niedrigere Niveau der Gewaltopferaten unter Greifswalder Jugendlichen wird auch in der Entwicklungsperspektive über den Gesamtbeobachtungszeitraum aller drei Erhebungen im Vergleich mit den Opferaten ausgewählter Städte der KFN-Schülerbefragungen deutlich (vgl. nachstehende Abbildung 3.6; *Baier/Windzio 2007*).

Die Entwicklung der Jugendgewalt aus der Opferperspektive zeigt – mit einer Ausnahme (München) – einen kontinuierlichen Rückgang der Jahresprävalenzraten. Waren über alle einbezogenen Erhebungsgebiete der KFN-Studie 1998 noch 21,4% der Jugendlichen Opfer einer Gewalttat, so waren dies sieben bzw. acht Jahre später (trotz der beinahe konstanten Entwicklung in München, 18,5% auf 19,0%) nur noch 19,1%. Der dargestellte lineare Trend der westdeutschen Städte zusammengenommen zeigt diese rückläufige Entwicklung der Jugendgewalt (pro Jahr etwa -0,3%). In Greifswald ergibt sich tendenziell gleichfalls – wenn auch sehr gering ausfallend – eine rückläufige Entwicklung (Steigungsparameter des linearen Trends: -0,15%), die sich erfreulicherweise auf vergleichsweise deutlich niedrigerem Niveau bewegt.

Abb. 3.6: Entwicklung der Jahresprävalenzraten bei Gewaltviktimisierungen von Jugendlichen in Greifswald (Erhebungen 1998, 2002 und 2006) im Vergleich mit Ergebnissen der KFN-Schülerbefragungen 1998 und 2005/2006



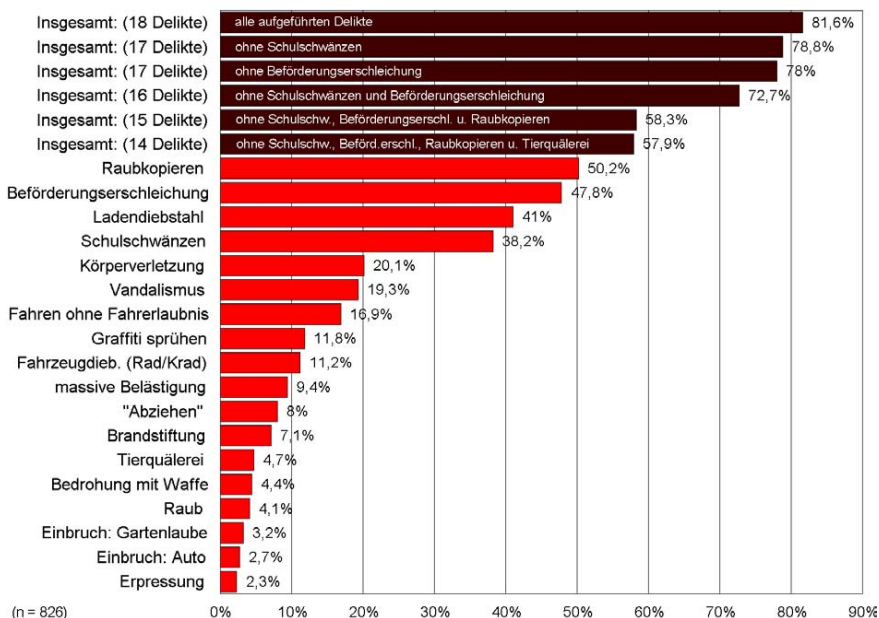
Dieser weitestgehend konsistente Befund, steht gerade in Bezug auf die Entwicklung der Jugendgewalt im Widerspruch zu den Hellfelddaten. Inwieweit hier die naheliegende Überlegung einer Veränderung des Anzeigeverhaltens als Erklärung dieses Widerspruchs eine Rolle spielt (vgl. Pfeiffer/Wetzels 2006; Baier/Windzio 2007; BMI/BMJ: 2. Periodischer Sicherheitsbericht 2006, S. 397 f.), ist auf Basis unserer Daten empirisch noch zu überprüfen (s. u. Kapitel C.1).

## 4. Selbstberichtete Delinquenz

### 4.1 Lebens- und Jahresprävalenzraten im Überblick

In komplementärer Perspektive haben wir die Jugendlichen auch gebeten, uns Angaben zu ihrem eigenen delinquenten Verhalten zu machen (sogenannte selbstberichtete Delinquenz). Hierbei wurde den Jugendlichen eine Liste mit Delikten vorgelegt, mit der Bitte uns anzugeben, ob sie überhaupt schon einmal eine solche Handlung begangen haben und, wenn ja, ob und wie oft sie ein solches Delikt im vergangenen Jahr begangen haben. Relativiert auf hundert Befragte und bezogen auf den entsprechenden Referenzzeitraum erhält man wiederum die sogenannte *Lebensprävalenz-* bzw. die *Jahresprävalenzrate*. Bezogen auf die Anzahl der Delikte im 12 Monats- bzw. Ein-Jahreszeitraum erhält man die sogenannte *Jahresinzidenzrate*.

Abb. 4.1: Lebensprävalenzraten bei selbstberichteter Delinquenz und sozial deviantem Verhalten von Jugendlichen in Greifswald (Erhebung 2006)



Neben Eigentumsdelikten, wie beispielsweise Laden- oder Fahrraddiebstahl und anderen Nichtgewaltdelikten, wie „Schwarzfahren“, Vandalismus oder massiver Belästigung, galt bei den erfragten Delikten unser besonderes Interesse fünf Gewaltdelikten: Raub, „jemanden allein oder in der Gruppe abziehen“ als

zusätzliche jugendtypische Variante einer Erpressung, Erpressung in anderer Form, Körperverletzung und Bedrohung mit einer Waffe. Für die im Jahr 2006 erhobenen 18 Delikte bzw. (sozial) devianten Verhaltensformen (nimmt man Schulschwänzen und Tierquälerei hinzu) ergaben sich erhebliche Lebensprävalenzraten bei den Greifswalder Jugendlichen, die die vielfach berichtete These der „Normalität“ der Jugenddelinquenz bestätigen. Wie aus der Abbildung 4.1 zu entnehmen ist, haben etwas über 80% der befragten Jugendlichen schon einmal mindestens eines der aufgeführten Delikte begangen bzw. sozial deviante Verhaltensweisen gezeigt. Neben Raubkopieren (50%) und Beförderungsererschleichung (48%) liegt die Prävalenzrate bei den Ladendiebstählen mit 41% erwartbar am höchsten. Bei den Gewaltdelikten sind die Prävalenzraten bei den Körperverletzungsdelikten mit rd. 20% am höchsten.

## **4.2 Lebens- und Jahresprävalenzraten im Längsschnittvergleich 1998 - 2006**

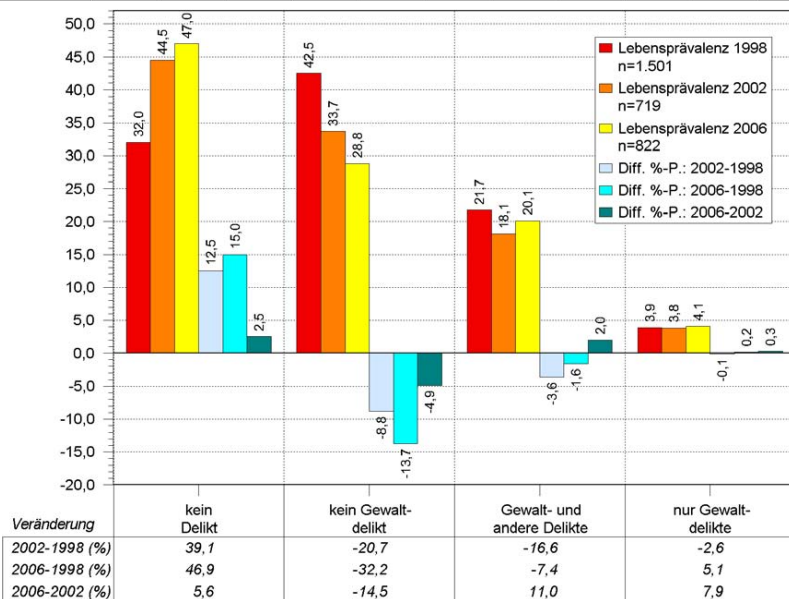
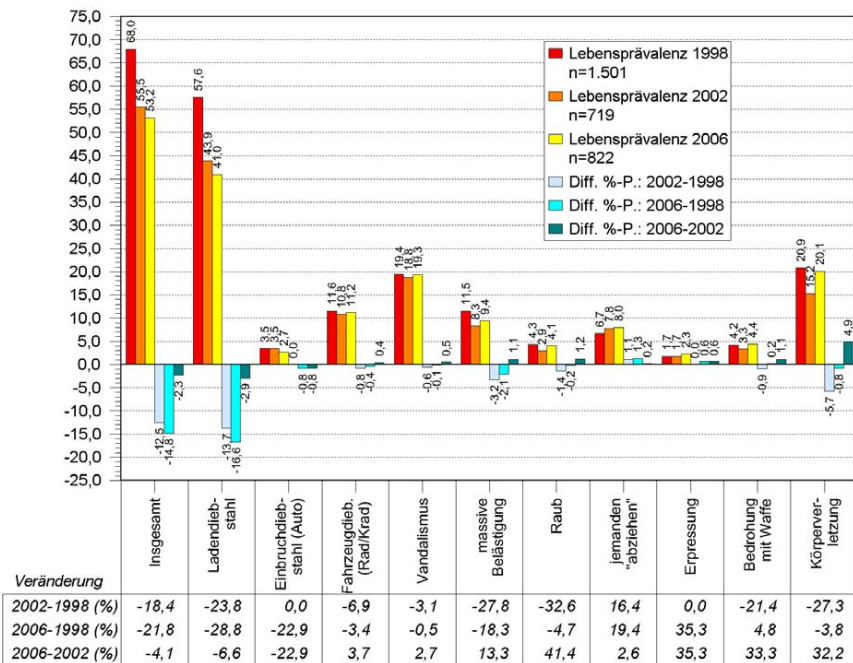
Von besonderem Interesse ist wiederum der Vergleich zwischen den drei Greifswalder Erhebungen 1998, 2002 und 2006. In allen drei Erhebungen haben wir identisch fünf Nichtgewaltdelikte (Ladendiebstahl, Einbruchdiebstahl in/aus Kraftfahrzeugen, Fahrzeugdiebstahl (Fahrrad, Mofa, Krad), massive Belästigung und Vandalismus) sowie fünf Gewaltdelikte (Raub, jemanden „abziehen“, Erpressung, Bedrohung mit einer Waffe und die Körperverletzung) erhoben, so dass über den Referenzzeitraum eine Vergleichsmöglichkeit gegeben ist. Hierbei ergeben sich die in nachstehender Abbildung 4.2 dargestellten Unterschiede.

Für alle zehn identisch erhobenen Delikte ergibt sich eine beachtliche Abnahme in den Lebensprävalenzraten zwischen dem ersten und letzten Befragungszeitpunkt von insgesamt rd. 22%. Der größte Unterschied ergibt sich bei den Ladendiebstahlsdelikten, ein Rückgang von rd. 29% gegenüber 1998. Auch bei den massiven Belästigungen ist eine deutlich rückläufige Täterrate erkennbar (rd. 18% Abnahme). Demgegenüber ergeben sich für Vandalismus und für Fahrzeugdiebstähle (überwiegend Fahrraddiebstähle) so gut wie keine Veränderungen. Im Bereich der Gewaltdelikte ist vor allem bei den Raubdelikten und den Körperverletzungsdelikten ein leichter Rückgang um rd. 5% bzw. rd. 4% feststellbar. Zunahmen ergeben sich demgegenüber bei Erpressungshandlungen (rd. 35%), bei der jugendtypischen Erpressungsvariante des „Abziehens“ (rd. 19%) und bei den Bedrohungen mit einer Waffe (rd. 5%), wobei hier allerdings wiederum die niedrigen Fallzahlen zu berücksichtigen sind. Über den Gesamtzeitraum hinweg präsentieren sich für den Bereich der Gewaltdelikte zusammengekommen recht stabile Verhältnisse in den Lebensprävalenzraten.

Fasst man die befragten Jugendlichen nach Deliktskategorien „kein Delikt“, „keine Gewaltdelikte“, „Gewalt- und andere Delikte“ sowie „nur Gewaltdelikte“ zusammen, ergeben sich die in der übernächsten Abbildung 4.3 dargestellten Lebensprävalenzraten in und Anteilsveränderungen zwischen den Erhebungen.



Abb. 4.2/4.3: Lebensprävalenzraten bei selbstberichteter Delinquenz von Jugendlichen in Greifswald (Erhebungen 1998, 2002 und 2006)

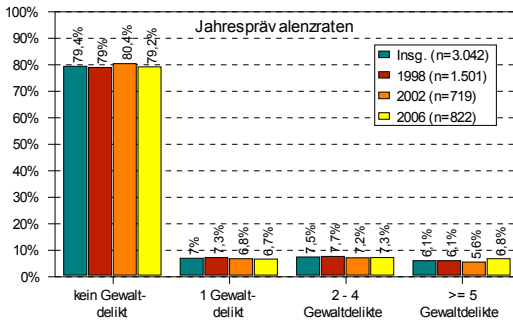


Insgesamt zeigt sich hierbei für die Jugendlichen, die bisher keine Gewaltdelikte begingen, die größte Abnahme (32,2%), im Wesentlichen im Austausch mit der Gruppe derjenigen, die überhaupt kein Delikt im Referenzzeitraum angaben (+46,9%). Bei den Tätern, die neben anderen Delikten auch Gewalttaten verübten, ist nur nominell eine Abnahme der Prävalenzraten (-7,4%) feststellbar, die statistisch nicht signifikant ist. Gleichfalls nur gering und statistisch unerheblich differieren die Prävalenzraten bei den ausschließlichen Gewalttätern, bei denen es sich unverändert um eine sehr kleine Gruppe von rd. 4% der befragten Jugendlichen handelt, so dass von sehr stabilen Gesamtverhältnissen unter den Greifswalder Jugendlichen ausgegangen werden kann.

### 4.3 Mehrfachauffällige Gewalttäter

Auch bei einer Betrachtung der Jahresprävalenz- und der nach Häufigkeitsklassen gruppierten Inzidenzraten für 1997, 2001 und 2005 ergibt sich im Vergleich aller Erhebungen ein sehr ähnliches Bild (vgl. Abbildung 4.4).

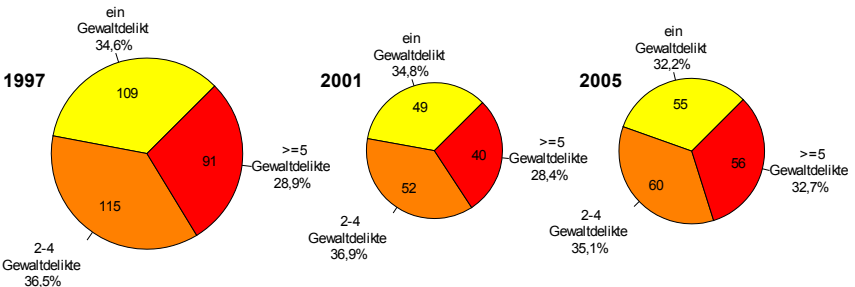
Abb. 4.4: Jahresprävalenzraten bei selbstberichteter Gewaltdelinquenz von Jugendlichen in Greifswald nach Häufigkeitsklassen (Erhebungen 1998, 2002 und 2006)



Von 1.501 im Jahr 1998 befragten Greifswalder Jugendlichen berichteten 315 (21,0%) im Jahr 1997 mindestens ein Gewaltdelikt begangen zu haben.

Von 719 im Jahr 2002 befragten Greifswalder Jugendlichen berichteten 141 (19,6%) im Jahr 2001 mindestens ein Gewaltdelikt begangen zu haben.

Von 822 im Jahr 2006 befragten Greifswalder Jugendlichen berichteten 171 (20,8%) im Jahr 2005 mindestens ein Gewaltdelikt begangen zu haben.



So findet sich ein nahezu konstantes Niveau der Gewalttäterraten in den jeweiligen Häufigkeitsklassen über alle Erhebungsphasen hinweg. Jeweils rd. ein Drittel der erfassten Gewalttäter sind nach eigenen Angaben einmal, zwei- bis viermal bzw. mehr als viermal auffällig geworden.

Erneut ergibt sich der durchgängig stabile Befund, dass von den wenigen als Gewalttäter identifizierten Jugendlichen etwa zwei Drittel als Mehrfachtäter, in Erscheinung treten, dies sind über alle drei Erhebungen 13,6% der Greifswalder Jugendlichen. Darunter befindet sich eine kleine Gruppe von etwa 6%, auf die rd. 30% des Gewaltaufkommens mit fünf und mehr Gewalttaten entfallen, was unter Gesichtspunkten gewaltpräventiver Interventionen und Projekte besondere Beachtung verdient.

#### 4.4 Interregionaler Vergleich

Um die Größenordnungen der Greifswalder Untersuchungsbefunde zur selbstberichteten Gewaltdelinquenz der Jugendlichen einordnen zu können, hatten wir bereits in den beiden ersten Erhebungen die Jahresprävalenzraten aus anderen Untersuchungen für einen Vergleich herangezogen (vgl. *Dünkel/Geng* 2003, S. 23). Lag Greifswald 1997 noch auf einem interregional vergleichsweise hohen Jugendgewaltdelinquenzniveau, so hat sich dieses insbesondere aufgrund des Rückgangs bei den Körperverletzungsdelikten im Jahr 2001 auf ein niedrigeres Belastungsniveau als in allen anderen größeren Städten in Westdeutschland und vergleichbar Rostock eingependelt. Für den interregionalen Vergleich unserer aktuellen Erhebung 2006 können wir wiederum auf die neueren Vergleichsdaten des KFN für insgesamt sieben Städte und zwei Landkreise 2005 zurückgreifen (s. o. Kapitel A.3, vgl. *Baier u. a.* 2006). Die jeweiligen Gewalttäterraten sind in der nachstehenden Abbildung 4.5 dargestellt.<sup>25</sup>

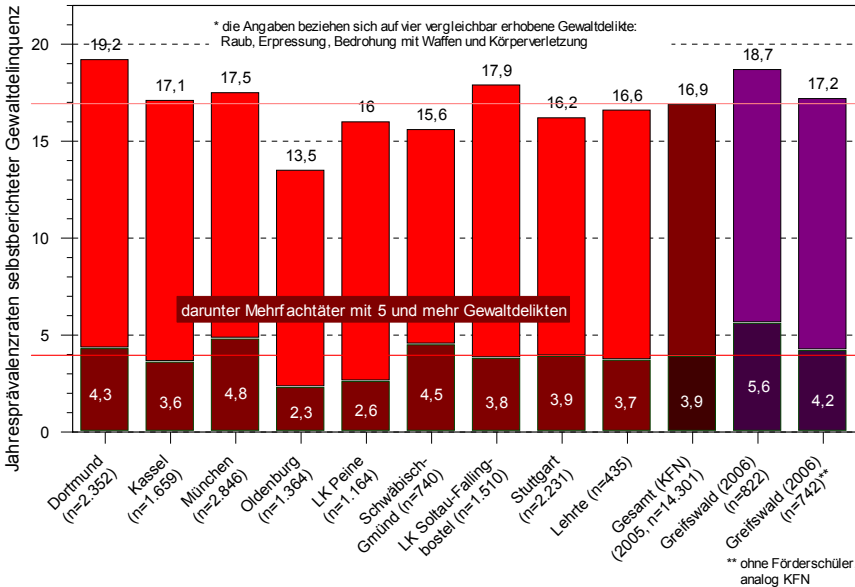
Hinsichtlich der vergleichbar berechneten Gewalttäterraten ergeben sich für Greifswald nahezu durchschnittliche Verhältnisse. Sowohl die Jahresprävalenzrate als auch die Mehrfachtäterrate entsprechen – mit einer jeweils sehr geringen Abweichung nach oben – den Gewalttäterraten aller in den Vergleich einbezogenen Städte und Landkreise. Die Stadt Oldenburg erreicht das niedrigste Niveau. 13,5% der Jugendlichen gaben an, in den letzten 12 Monaten

---

25 Hinsichtlich des Vergleichs ist anzumerken, dass es sich bei den zugrundeliegenden Delikten nicht um fünf, sondern nunmehr nur um vier in allen Regionen vergleichbar erhobene Gewalttaten handelt (Raub, Erpressung, Körperverletzung mit und ohne Waffengebrauch). Daher fallen die Jahresprävalenzraten für Greifswald im Vergleich mit den oben erörterten Raten etwas niedriger aus. Ferner ist zu berücksichtigen, dass in den Schülerbefragungen des KFN 2005 Förderschüler nicht mehr befragt wurden. Um einen interregionalen Vergleich zu ermöglichen, haben wir die Gewalttäterraten entsprechend ebenfalls mit vier Gewaltdelikten und zusätzlich ohne Förderschüler berechnet. Die Prävalenzrate für Greifswalder Jugendliche beträgt deshalb nur 17,2% (anstatt 18,7%, vgl. Abbildung 4.5).

mindestens eine Gewalttat begangen zu haben. Schwäbisch Gmünd erreicht das zweitniedrigste Niveau mit 15,6%. Demgegenüber liegt Dortmund auf dem höchsten Niveau (19,2%), gefolgt von Soltau-Fallingbostal (17,9%), München (17,5%) und Kassel (17,1%).

Abb. 4.5: Jahresprävalenzraten bei selbstberichteter Gewaltdelinquenz von Jugendlichen in Greifswald (Erhebung 2006) im Vergleich mit anderen Städten und Landkreisen 2005



Bemerkenswert ist allerdings, dass die Jahresprävalenzrate in Greifswald höher ausfällt als etwa in den Städten Oldenburg und Schwäbisch Gmünd mit den niedrigsten Gewalttätterraten, die nach ihrer Größe am ehesten mit Greifswald vergleichbar sind. Allerdings trifft dies in Schwäbisch Gmünd bzgl. der Mehrfachtäterrate nicht zu, die im Vergleich mit anderen Städten eine überdurchschnittlich hohe Belastungsquote ausweist.<sup>26</sup> Interessant ist auch der

26 Gründe für die relativ gesehen hohe Gewalt-Mehrfachtäterrate (etwa in Schwäbisch Gmünd) wird von den Studien-Autoren u. a. in der unterschiedlichen ethnischen Zusammensetzung und der divergenten Bildungsstruktur der jeweiligen Bevölkerung gesehen. So zeigt sich, dass die einheimischen Deutschen (ausschließlich Deutsche ohne Migrationshintergrund) über alle Erhebungsgebiete hinweg, bezogen auf den befragten Schüleranteil von durchschnittlich 63,9% (in Schwäbisch Gmünd 61,3%) bei den Gewalt-Opfern geringfügig unterrepräsentiert sind (insgesamt 61,9%, Schwäbisch Gmünd 54,5%). Demgegenüber erreichen sie bei den von den Opfern angegebenen Tätern nur einen An-

Befund, dass eine Einbeziehung der Greifswalder Förderschüler in die Gewalttäterraten-Berechnung, sowohl die Jahresprävalenzrate als auch die Mehrfachtäterrate deutlich steigert, was auf eine entsprechend höhere Gewaltdelinquenz-Belastung dieser Jugendlichen hinweist (s. u.).

## 4.5 Trendanalysen

In einem nächsten Schritt, möchten wir in der Entwicklungsperspektive (mittels Trendanalysen) die Jugendkriminalität in Greifswald aus der Täterperspektive für Nichtgewalt- und Gewaltdelikte einerseits sowie für Mehrfachtäter (mindestens fünf Delikte im rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum) andererseits nach unterschiedlichen Merkmalen der befragten Jugendlichen (Geschlecht und Bildungsniveau) genauer untersuchen.

In der ersten Trendbetrachtung sind die Täterraten bzgl. aller zehn erhobenen Delikte mit der Entwicklung der Teilmenen bei Gewalt- und Nicht-Gewaltdelikten sowie den entsprechenden Mehrfachtäterraten für alle hierzu Auskunft gebenden Jugendlichen dargestellt (vgl. nachstehende Abbildung 4.6).

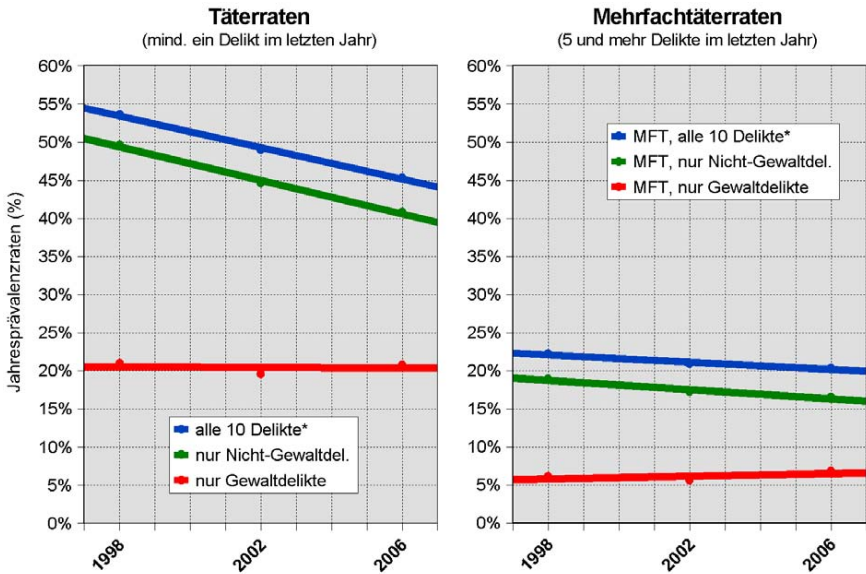
In der Entwicklung der Gesamttäterrate (mindestens ein Delikt) ergibt sich ein hoch signifikanter Rückgang über den Referenzzeitraum von 53,6% auf 45,3%, was einer Abnahme der Täterrate um 16% entspricht.<sup>27</sup> Beinahe parallel hierzu nehmen die Nicht-Gewalttäterraten gleichfalls hoch signifikant etwas stärker ab (-17,7%), während sich die Gewalttäterraten auf nahezu konstant hohem Niveau bewegen (21%; 19,6%; 20,8%).

---

teil von 44,3% aller Jugendlichen (Schwäbisch Gmünd 41,5%), also eine deutliche Unterrepräsentation der deutschen Gewalttäter als dies ihr Anteil unter allen Jugendlichen erwarten ließe. Auf der anderen Seite stellen beispielsweise die jungen Türken nur 9,5% aller befragten Jugendlichen (Schwäbisch Gmünd 9,1%) und 9,3% der Opfer (Schwäbisch Gmünd 6,3%). Bei den Gewalttätern sind aber die türkischen Jugendlichen mit 34,7% (Schwäbisch Gmünd 35,1%) deutlich überrepräsentiert. Ferner ergeben Indikatoren zum Bildungsniveau, zur Arbeitslosigkeit und zum Sozialhilfebezug der Eltern regional deutliche Unterschiede. So lag etwa der Anteil der Eltern mit geringem Bildungsniveau (unterhalb der Realschule) in Oldenburg (13,2%) am niedrigsten (Schwäbisch Gmünd 19,8%) und in Dortmund mit fast 30% am höchsten (vgl. *Baier u. a.* 2006).

27 Die Angaben zur Signifikanz der möglichen Unterschiede in den Täterraten über die drei Erhebungszeiträume hinweg basieren auf der  $\chi^2$ -Teststatistik (geprüft wird also die Abweichung von der statistischen Unabhängigkeit und die Linearität, Mantel-Haenszel-Test) sowie den darauf basierenden Assoziationskoeffizienten ( $\phi$ , Cramer-V). Mit den Graduierungen der Signifikanz im Text ist gemeint: Hoch signifikant:  $p < .001$  (\*\*\*), signifikant  $p < .01$  (\*\*), und schwach bzw. noch signifikant auf dem 5%-Level:  $p < .05$  (\*); nicht signifikant: n. s.

Abb. 4.6: Entwicklung der Jugendkriminalität in Greifswald, Jahresprävalenzraten bei selbstberichteter Delinquenz von Jugendlichen (Erhebungen 1998, 2002 und 2006)



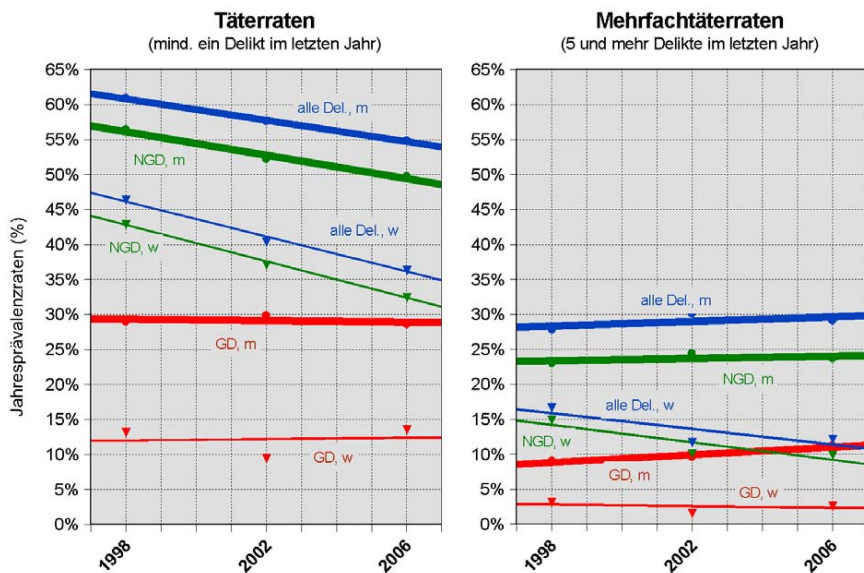
\* Alle 10 in den Erhebungszeiträumen 1998, 2002 und 2006 identisch erhobenen Delikte, darunter:  
5 Nicht-Gewaltdelikte (NGD): = Ladendiebstahl, Rad-/Krad-Diebstahl, Diebstahl aus KFZ, Vandalismus und massive Belästigung;  
5 Gewaltdelikte (GD): = Körperverletzung, Raub, "Abziehen", Erpressung und Bedrohung mit Waffe(n).

Auf der Ebene der Mehrfachtäter insgesamt ergibt sich bzgl. der Täterrate eine signifikante Reduzierung allerdings in deutlich abgeschwächter Form (22,2%; 20,9%; 20,3%: -8,6%\*\*\*) deren Entwicklungsverlauf bedingt wird durch einen moderaten, hoch signifikanten Rückgang bei den Nicht-Gewalttätern (-12,7%\*\*\*) einerseits und einem moderaten – allerdings *nicht* signifikanten – Anstieg der Gewalttäterrate, wobei hier natürlich das fallzahlenmäßig insgesamt niedrigere Aufkommen der jugendlichen Gewalt-Mehrfachtäter zu berücksichtigen ist (2006: = 56 Jugendliche, s. o.). Eine dementsprechend stabile Entwicklung spiegelt sich auch in den mittleren Inzidenzhäufigkeiten pro Gewalttäter wider: 1997: 4,73; 2001: 4,77; 2005: 4,83.

Die Täterraten auf Basis der Jahresprävalenzen nach dem Geschlecht differenziert, ergeben die in der nachstehenden Abbildung 4.7 dargestellten Trendverläufe. Es ergibt sich der bekannte Befund, dass die weiblichen Jugendlichen insgesamt weniger belastet sind. Dieser Unterschied ist bei den Gewalttäterraten besonders ausgeprägt. Interessant im Verlauf der Täterraten insgesamt (linke Hälfte der Grafik) ist der stärkere Rückgang bei den Schülerinnen (46,5% auf

36,5%, -21,5%\*\*\*; männlich: 60,9% auf 54,8%, -10,0%\*\*\*), der auf einem entsprechenden Rückgang bei den Nicht-Gewaltdelikten beruht. Demgegenüber liegen die Gewalttäterinnenraten auf konstant niedrigem Niveau (mittlere Rate = 12,6%), was für die männlichen Jugendlichen gleichfalls, wenn auch um mehr als das Doppelte darüber liegend, zutrifft (mittlere Rate = 29,1%).

Abb. 4.7: Entwicklung der Jugendkriminalität in Greifswald, Jahresprävalenzraten bei selbstberichteter Delinquenz von Jugendlichen nach dem Geschlecht (Erhebungen 1998, 2002 und 2006)



Bzgl. 10 in den Erhebungszeiträumen 1998, 2002 und 2006 identisch erhobenen Delikten, darunter:  
 5 Nicht-Gewaltdelikte (NGD): = Ladendiebstahl, Rad-/Krad-Diebstahl, Diebstahl aus KFZ, Vandalismus und massive Belästigung;  
 5 Gewaltdelikte (GD): = Körperverletzung, Raub, "Abziehen", Erpressung und Bedrohung mit Waffe(n).

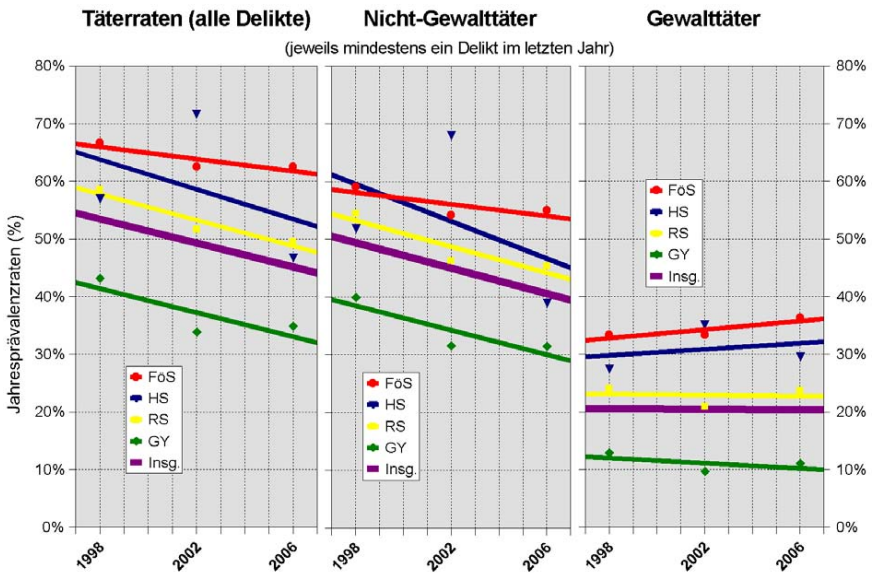
Bei den Mehrfachtäterraten (rechte Hälfte der Abbildung) zeigt sich der allgemeine Trend leicht zunehmender Täterraten bei den männlichen und eine tendenziell stärkere Abnahme der Täterraten bei den weiblichen Jugendlichen. Allerdings sind diese Zuwächse bei den Jungen nur für den Bereich der Nicht-Gewaltdelikten noch signifikant (23,0% auf 23,7%, +3,1%\*)<sup>28</sup> nicht aber bei den Gewaltdelikten (auch wenn hier ein geringer Zuwachs von 9,0% auf 11,2% zu verzeichnen ist), womit entsprechend die Täterraten bzgl. aller 10 Delikte noch signifikant ansteigen: 27,8% auf 29,1% (+4,7%\*).

<sup>28</sup> Inhaltlich ist dieser Zusammenhang bedeutungslos, denn der Zuwachs von 0,7 Prozentpunkten belegt auch hier eher eine bemerkenswerte Konstanz als interpretationsbedürftige Veränderungen.

Nur bei den Mädchen ergeben sich wiederum bei den Nicht-Gewaltdelikten signifikante Abnahmen der Raten (15% auf 10%, -33,3%\*\*\*), während sich die Gewalttäterraten auf stationär niedrigem Niveau befinden (mittlere Rate = 2,8%). D. h. der absinkende Gesamttrend in den Mehrfachtäterraten bei den Mädchen (16,8% auf 12,3%, -26,8%\*\*\*) wird bestimmt durch den hoch signifikanten Rückgang bei den Nicht-Gewaltdelikten.

In einem nächsten Schritt der Trendanalysen haben wir das Bildungsniveau der befragten Jugendlichen in die Betrachtung der Delinquenzentwicklung – zunächst für Jugendliche, die mindestens ein Delikt im rückwärtigen Jahreszeitraum angegeben haben – einbezogen (vgl. Abbildung 4.8).

Abb. 4.8: Entwicklung der Jugendkriminalität in Greifswald, Jahresprävalenzraten bei selbstberichteter Delinquenz von Jugendlichen nach dem Bildungsniveau (Erhebungen 1998, 2002 und 2006)



Bzgl. 10 in den Erhebungszeiträumen 1998, 2002 und 2006 identisch erhobenen Delikten, darunter:  
 5 Nicht-Gewaltdelikte (NGD): = Ladendiebstahl, Rad-/Krad-Diebstahl, Diebstahl aus KFZ, Vandalismus und massive Belästigung,  
 5 Gewaltdelikte (GD): = Körperverletzung, Raub, "Abziehen", Erpressung und Bedrohung mit Waffe(n).

In der Gesamtbetrachtung fällt ausnahmslos der besonders ausgeprägte, hoch signifikante Unterschied zwischen den Gymnasiasten und den Schülern aller anderen Schulformen auf. Die Täterraten der Gymnasiasten (43,1% auf 34,8%: -19,3%\*\*\*) verlaufen allesamt etwas stärker abnehmend mit großem Abstand unterhalb der gleichfalls signifikant abnehmenden Gesamtrate aller Schüler (53,6% auf 45,3%: -15,5%\*\*\*) über den gesamten Referenzzeitraum hinweg.



Während sich bei den Nicht-Gewalttätern – mit Ausnahme der Förderschüler – für alle übrigen Bildungsstufen hoch signifikant bis signifikant abnehmende Raten ergeben (Förderschüler: 59,0% auf 55,0%: -6,8%, n. s.; Hauptschüler: 52,0% auf 39,1%: -24,8%\*\*\*<sup>29</sup>; Realschüler: 54,5% auf 45,4%: -16,7%\*\*\*; Gymnasiasten: 39,9% auf 31,4%: -21,3%\*\*\*), trifft dies allerdings für die Entwicklung der Gewalttäterraten nicht zu.

Bei unverändert ähnlichen Unterschieden und einer konstanten Gesamtgewalttätterrate (mittlere Tätterrate: 20,6%) zeigt sich tendenziell eine „Aufspreizung“ der einzelnen Raten zwischen den Bildungsstufen über die Zeit hinweg. So ergeben sich tendenziell abnehmende Raten bei den Gymnasiasten (12,8% auf 11,0%: -14,1%) einerseits und zunehmende Raten bei Förder- und Hauptschülern (33,3% auf 36,3%: +9% bzw. 27,6% auf 29,7%: +7,6) andererseits, während die Realschüler eine beinahe konstant hohe Belastung (im Mittel 23,3%) aufweisen. Allerdings sind die hier in ihrer Tendenz angegebenen Zu- bzw. Abnahmen in den Trendverläufen der Gewalttäterraten nach den einzelnen Bildungsstufen allesamt *nicht* signifikant.

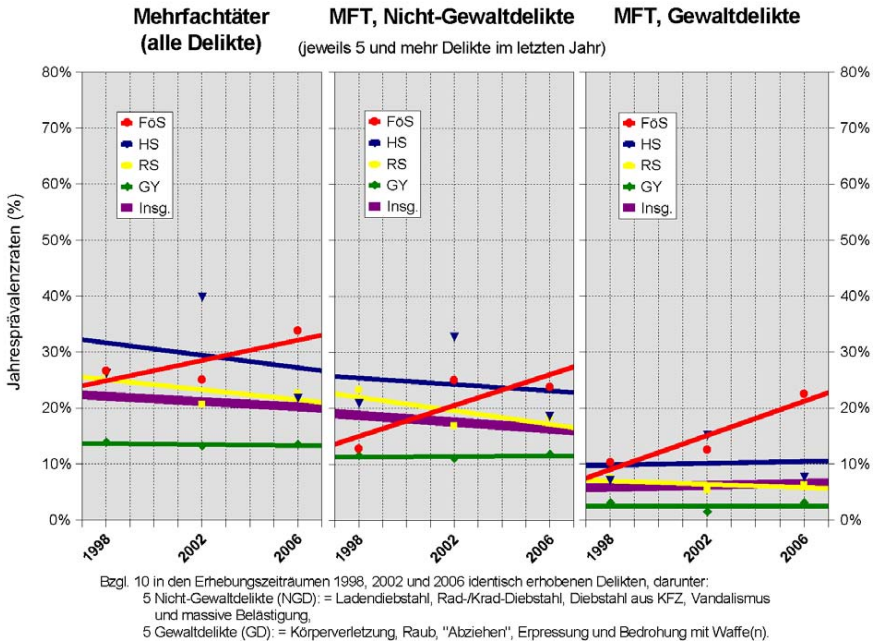
D. h., es kann hinsichtlich der Jahresprävalenzraten bei jugendlichen Gewalttätern insgesamt von einer sehr stabilen Entwicklung – bei relativ konstant ausfallenden Unterschieden in den Bildungsniveaus – ausgegangen werden, wobei sich insbesondere die Gymnasiasten deutlich von den anderen Schülern unterscheiden. Dieser Kontrast fällt insbesondere zwischen Haupt- und Förderschülern auf der einen und den Gymnasiasten auf der anderen Seite außerordentlich ausgeprägt aus.

Inwieweit sich diese Verhältnisse auch in den Mehrfachtäterraten reproduzieren, darüber gibt die nachstehende Abbildung 4.9 einen ersten Überblick. In der Gesamtschau ergibt sich ein ähnliches Entwicklungsmuster auf entsprechend niedrigerem Niveau nach den Deliktsformen einerseits und – mit Ausnahme der Förderschüler – auch hinsichtlich der schulischen Bildungsstufen andererseits. Wiederum sind die Gymnasiasten auch bei den Mehrfachtätern am geringsten belastet und unterscheiden sich auf jeweils konstant verlaufendem Niveau bei den Nicht- und Gewalttätern von den Jugendlichen aus anderen Schulbildungsgängen. Gibt es bei den Nicht-Gewalttätern auch einen signifikanten Gesamtrückgang in den Mehrfachtäterraten (18,9% auf 16,5%, -12,7%\*\*\*), so ist dies bei den Gewalttätern nicht der Fall, deren Raten sich auf beinahe konstantem Niveau über die Zeit kaum verändern (6,1%, 5,6%, 6,8%, mittlere Rate 6,1%). Dem entsprechend sind die Mehrfachtäterraten bzgl. aller zehn Delikte signifikant rückläufig (22,2% auf 20,3%, -8,6%\*\*\*).

---

29 Bezogen auf den Anfangs- und Endanteilswert der Tätterrate. Berücksichtigt man in der Analyse bei den Hauptschülern den extrem hoch ausfallenden Anteilswert für 2002 mit 68,2%, ergibt sich bzgl. der Linearitätsprüfung natürlich kein signifikanter Befund. Für die (in approximativ-heuristischer Absicht) dargestellte Trendgerade über die drei Erhebungszeitpunkte hinweg ist die abnehmende Ratenentwicklung aber signifikant. Eine nichtlineare Betrachtung führt letztlich für den Gesamtzeitraum zum selben Ergebnis.

Abb. 4.9: Entwicklung der Jugendkriminalität in Greifswald, Jahresprävalenzraten bei selbstberichteter Delinquenz von jugendlichen Mehrfachtätern nach dem Bildungsniveau (Erhebungen 1998, 2002 und 2006)



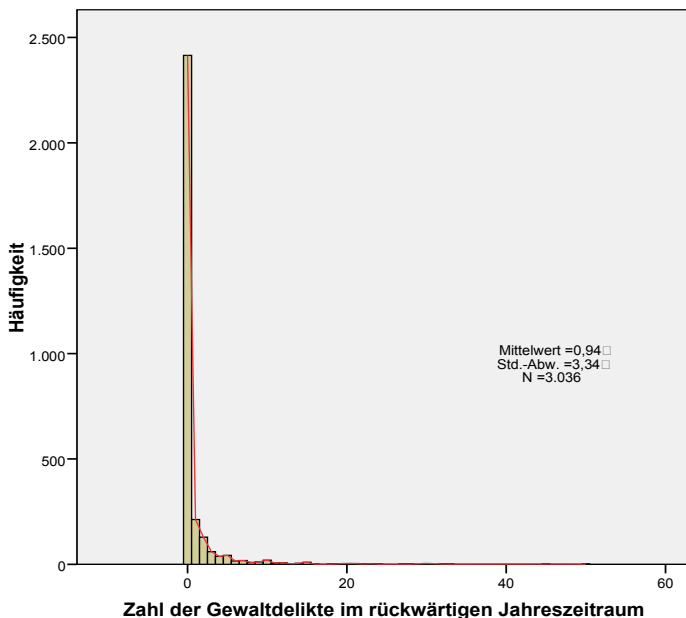
Auffallend ist in der Übersicht, dass die Förderschüler von diesem allgemeinen Verlaufsmuster durch einen gegenläufigen Trend abweichen. Sowohl bei den Nicht-Gewalttätern als auch, und das noch stärker ausgeprägt, bei den Gewalttätern steigt der Anteil der Mehrfachtäter unter den Förderschülern im Referenzzeitraum an (12,8% auf 23,5%: +84% bzw. 10,3% auf 22,5%: +119%).<sup>30</sup> Dieser Anstieg ist aber aufgrund der geringen Fallzahlen statistisch ohne Belang. Da die Fallzahlen der Mehrfachtäter heruntergebrochen auf die Stufen der einzelnen Erhebungsjahre, Deliktstypen und Bildungsniveaus relativ klein ausfallen, ist eine statistische Beurteilung der Täterraten auf der Basis der Chi-Quadrat-Teststatistik nicht mehr adäquat. Eine diesbezüglich differenzierte Analyse der nach dem Bildungsniveau unterschiedlich verlaufenden Mehrfachtäterraten – insbesondere die von Gewalttätern – stößt vor allem aufgrund größerer fallzahlbedingter Anteilsschwankungen bei den Haupt- und Förderschülern, wie auch in Abbildung 4.9 erkennbar, an ihre Grenzen.

30 Fallzahlen der Förderschüler (Nicht-Gewalttäter): n = 5 (1997) auf n = 19 (2005); (Gewalttäter): n = 5 (1997) auf n = 19 (2005).

## 4.6 Einfluss von Bildung, Geschlecht und Alter

Um dennoch statistisch abgesicherte Aussagen über mögliche differentielle Effekte des Bildungsniveaus bei den hier besonders interessierenden Gewalttätern treffen zu können, haben wir die konkret angegebenen Häufigkeiten (Inzidenz) der Jugendlichen für den jeweiligen rückwärtigen Jahreszeitraum herangezogen und deren Verteilung mittels eines geeigneten Regressionsverfahrens untersucht. In diesem Verfahren wird die Verteilung der Inzidenz (= abhängige Variable oder Regressand) unter Einbeziehung relevanter Merkmale (z. B. Geschlecht, Alter = unabhängige Variablen/Faktoren oder Regressoren) nach deren Bedeutung (Einfluss) mittels statistischer Testverfahren bestmöglich repliziert. Hierbei können neben der Bildung gleichzeitig auch der Einfluss u. a. des Geschlechtes und des Alters mitberücksichtigt werden.<sup>31</sup>

- 31 Da die Inzidenzen von Gewaltdelikten (Zählraten) eine extrem linkssteile (rechtsschiefe) Verteilung aufweisen (typisch für seltene Ereignisse), sind z. B. Regressions-Verfahren, die eine Normalverteilung des Regressanden voraussetzen, nicht anwendbar (vgl. Grafik).



Neben der Poisson-Regression stellt in unserem speziellen Fall, bei Vorliegen einer sogenannten „zero-inflated“ und „overdispersed“ Zählraten-Verteilung, die negative Binominal-Regression ein adäquates Verfahren dar (vgl. *Cohen u. a. 2003*). Vorteil dieses multivariaten Verfahrens ist u. a. auch, dass alle Informationen bzgl. der angegebenen Gewaltdelikte berücksichtigt werden und nicht wie im Fall etwa der binär logistischen Regression untersucht wird, ob mindestens ein Gewaltdelikt im untersuchten Zeitraum

Da wir eine zunehmende „Altersspreizung“ einerseits und eine stärkere Anteilsverschiebung hin zu den über 15-Jährigen andererseits über die drei Erhebungszeiträume der befragten Jugendlichen der 9. Klassenstufe festgestellt haben (s. o. Kapitel A.1), ist die statistische Überprüfung des Alterseinflusses auf die Gewalttäterraten von besonderer substantieller Bedeutung. Ferner haben wir auch das jeweilige Erhebungsjahr in die Analysen einbezogen, um zu überprüfen, inwieweit ein eigenständiger Effekt – bei gemeinsamer Berücksichtigung des Geschlechts, der Bildung und des Alters – auf die Gewalttäterraten vorhanden ist. Im Ergebnis zeigt sich (vgl. Tabelle 4.1), dass in diesem Modell das Geschlecht und das Bildungsniveau (in dieser Folge, Wald-Chi-Quadrat-Statistik) den größten (hochsignifikanten) globalen Einfluss auf die Gewalttäterrate ausüben.

Tabelle 4.1: Parameterschätzer der negativen Binominal-Regression: Jahresinzidenz von Gewaltdelikten mit den Einflussfaktoren Geschlecht, Bildung, Alter und Erhebungsjahr<sup>32</sup>

Parameter	B	Standardfehler	95% Wald-Konfidenzintervall		Hypothesentest		
			Minimum	Maximum	Wald-Chi-Quadrat	df	Sig.
			(Konstanter Term)	-1,930	1,3038	-4,486	,625
männlich	1,325	,1240	1,082	1,568	114,198	1	,000
weiblich	0 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.
Förderschüler	1,772	,2968	1,190	2,354	35,652	1	,000
Hauptschüler	1,481	,2395	1,011	1,950	38,225	1	,000
Realschüler	1,149	,1437	,867	1,431	63,945	1	,000
Gymnasium	0 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.
[Erhebung=1998]	,138	,1494	-,154	,431	,859	1	,354
[Erhebung=2002]	-,178	,1766	-,524	,168	1,016	1	,313
[Erhebung=2006]	0 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.
Alter	-,001	,0873	-,172	,170	,000	1	,993
(Skala)	1,125 <sup>b</sup>						

Abhängige Variable: SRD: Inzidenz, Gewaltdelikte

Modell: (Konstanter Term), Geschlecht, Bildung, Erhebung, Alter

a. Auf 0 gesetzt, da dieser Parameter redundant ist.

b. Anhand des Pearson-Chi-Quadrats berechnet.

angegeben wurde, also zwischen Einzel- und Mehrfachtätern nicht unterschieden wird. Die der negativen Binominal-Regression zugrundeliegenden Zählraten der Gewaltdelikte im Ein-Jahreszeitraum wurden von Fällen mit Extremwerten über 50 bereinigt, d. h., diese Fälle (n = 6) wurden in den Analysen ausgeschlossen.

32 Link Funktion = log. Gütekriterien des Modells: Abweichung/df = 0,482, Pearson-Chi-Quadrat/df = 1,125, Log-Likelihood = -2859,158, AIC = 5734,317, BIC = 5782,463. Lagrange-Multiplikator-Test bzgl. Hilfsparameter a = 8, n. s.

Für die unabhängige Variable Erhebungsjahr ergeben sich die bisher erörterten Zu-/Abnahmen der Raten, die aber auf globalem Niveau nicht signifikant ausfallen. Das Alter bzw. die Altersvarianz der befragten Jugendlichen spielt demgegenüber überhaupt keine Rolle bzw. übt keinen eigenständigen Einfluss (als Haupteffekt) aus.

Aus den ermittelten Regressionsparametern ( $B = \text{Beta}$ ) lassen sich die Unterschiede der jeweiligen Faktorstufe für jedes Merkmal im Vergleich mit der Referenzkategorie ablesen. So haben die Realschüler eine signifikant höhere Gewalttäterrate im Vergleich mit den Gymnasiasten, die Hauptschüler eine noch höhere und die Förderschüler die höchste Belastung. Analog hierzu ist die hoch signifikant ausfallende höhere Rate der Jungen im Vergleich mit den Mädchen zu sehen.<sup>33</sup>

Zieht man die Paarvergleiche der einzelnen Faktorstufen auf der Ebene der *ursprünglichen Gewalt-Inzidenz Skalierung* bzgl. der geschätzten Randmittel ( $R_m$ ) und deren Differenzen heran, so ergibt sich für das Geschlecht (unter Berücksichtigung der übrigen Einflussfaktoren Bildung, Alter, Erhebungsjahr) eine hoch signifikante mittlere Differenz von +1,17 Gewalttaten zuungunsten der Jungen gegenüber den Mädchen ( $R_m$ : männlich 1,6; weiblich 0,43 Gewaltdelikte/Jahr).

Trotz des hoch signifikanten (globalen) Einflusses der Bildung insgesamt ergibt der Paarvergleich der einzelnen Bildungsstufen einen bemerkenswerten Befund, der sich allerdings schon in den Trendbetrachtungen (s. o.) angedeutet hat. Zwar ergeben die geschätzten Mittelwerte für die einzelnen Bildungsstufen von den Gymnasiasten mit 0,27 Gewaltdelikten/Jahr beginnend über Real- ( $R_m$ : 0,87), Haupt- ( $R_m$ : 1,21) bis zu den Förderschülern ( $R_m$ : 1,61) ansteigend höhere Mittelwerte der verübten Gewaltdelikte im Jahreszeitraum, die aber in der paarweisen Vergleichsanalyse der geschätzten Mittelwertunterschiede zum überwiegenden Teil nicht signifikant ausfallen.

Wie Tabelle 4.2 ausweist, unterscheiden sich nur die Gymnasiasten hochsignifikant von jeder anderen Bildungsstufe, nicht aber die übrigen Bildungsstufen untereinander. D. h., trotz der bestehenden Unterschiede zwischen den Real-, Haupt- und Förderschülern in den Inzidenzraten bei Gewaltdelikten sind diese statistisch wenig bedeutsam. Der Einfluss des Bildungsniveaus auf die Gewalttäterschaft besteht letztlich in einer deutlich kontrastierten Risikolage: diejeni-

---

33 Da die Parameter über eine logarithmische Verknüpfung in der Regressionsgleichung enthalten sind, können die Beta-Werte nicht wie in der linearen Regression, in der die vorhergesagten Werte die gleiche Einheit (Skalierung) wie die beobachteten Werte haben, entsprechend einfach gedeutet werden. Eine Interpretation auf der Ebene der durch das Modell bestimmten Randverteilungen der ursprünglichen Skalierung der Daten ist hier nicht nur anschaulicher, sondern auch hinsichtlich der Paarvergleiche und den darauf bezogenen Signifikanztests mit mehreren Kontrasten geradezu zwingend (hier verwendete  $\alpha$ -Korrekturmethode bei Mehrfachvergleichen: sequentielles *Sidak*-Verfahren).

gen Jugendlichen mit hoher Bildung und einer niedrigen Gewalttäterbelastung auf der einen und diejenigen Jugendlichen mit niedrigerem Bildungsniveau zusammen genommen mit einer deutlich höheren Belastung auf der anderen Seite.

Tabelle 4.2: Paarvergleiche der Faktorstufen der Einfluss-Variablen Bildung bzgl. der abhängigen Variable Gewaltinzidenz/Jahr

**Paarweise Vergleiche**

(I) Bildung	(J) Bildung	Mittlere Differenz (I-J)	Standard- fehler	df	Sidak-Sig. (sequen- ziell)	95% Wald-Konfidenzintervall für die Differenz	
						Minimum	Maximum
1 Förderschüler	1 Förderschüler						
	2 Hauptschüler	,41	,491	1	,407	-,56	1,37
	3 Realschüler	,75	,441	1	,245	-,12	1,61
	4 Gymnasiasten	1,34 <sup>a</sup>	,436	1	,008	,49	2,19
2 Hauptschüler	1 Förderschüler	-,41	,491	1	,407	-1,37	,56
	2 Hauptschüler						
	3 Realschüler	,34	,249	1	,314	-,15	,83
	4 Gymnasiasten	,93 <sup>a</sup>	,244	1	,001	,45	1,41
3 Realschüler	1 Förderschüler	-,75	,441	1	,245	-1,61	,12
	2 Hauptschüler	-,34	,249	1	,314	-,83	,15
	3 Realschüler						
	4 Gymnasiasten	,59 <sup>a</sup>	,079	1	,000	,44	,75
4 Gymnasiasten	1 Förderschüler	-1,34 <sup>a</sup>	,436	1	,008	-2,19	-,49
	2 Hauptschüler	-,93 <sup>a</sup>	,244	1	,001	-1,41	-,45
	3 Realschüler	-,59 <sup>a</sup>	,079	1	,000	-,75	-,44
	4 Gymnasiasten						

Paarweise Vergleiche der geschätzten Randmittel auf der Grundlage der ursprünglichen Skala der abhängigen Variablen SRD\_5G\_NBReg SRD: Inzidenz, Gewaltdelikte

a. Die mittlere Differenz ist auf dem ,05-Niveau signifikant.

Mit Blick auf die Erhebungsjahre, die über den Gesamtzeitraum betrachtet keine signifikanten Unterschiede in den Gewalttäterraten aufweisen, finden sich allerdings in den Paarvergleichen (vgl. nachstehende Tabelle 4.3) der Mittelwertdifferenzen tendenziell ähnliche Verhältnisse wie auf der Ebene der Jahresprävalenzraten von Gewaltdelikten.

Lagen die Gewalttäterraten (mindestens eine Gewalttat) für 1997 bei 21%, 2001 bei 19,6% und 2005 bei 20,8%, liegen die im negativen Binominal-Regressionsmodell geschätzten *Mittelwerte* der Gewaltdelikte (unter Berücksichtigung von Geschlecht, Bildung und Alter) für 1997 bei 0,96, für 2001 bei 0,70 und für 2005 bei 0,84 Gewalttaten.

Im Paarvergleich zeigt sich nun nur für die Erhebung 2002 ein tendenziell eigenständiger signifikanter Rückgang der mittleren Raten gegenüber 1998 (ca.

11% Irrtumswahrscheinlichkeit), nicht aber eine Zunahme von 2001 nach 2005, ebenso keine signifikante Abnahme 2005 gegenüber 1997 (vgl. Tabelle 4.3).<sup>34</sup>

Tabelle 4.3: Paarvergleiche der Faktorstufen von Erhebungsjahr bzgl. der abhängigen Variable Gewaltinzidenz/Jahr

Paarweise Vergleiche							
(I) Erhe- bungs- jahr	(J) Erhe- bungs- jahr	Mittlere Differenz (I-J)	Standard- fehler	df	Sidak-Sig. (sequen- ziell)	95% Wald-Konfidenzintervall für die Differenz	
						Minimum	Maximum
1998	1998						
	2002	,26	,126	1	,110	,01	,51
	2006	,12	,133	1	,527	-,14	,38
2002	1998	-,26	,126	1	,110	-,51	-,01
	2002						
	2006	-,14	,135	1	,527	-,40	,13
2006	1998	-,12	,133	1	,527	-,38	,14
	2002	,14	,135	1	,527	-,13	,40
	2006						

Paarweise Vergleiche der geschätzten Randmittel auf der Grundlage der ursprünglichen Skala der abhängigen Variablen SRD\_5G\_NBReg SRD: Inzidenz, Gewaltdelikte

Dieser Befund erweist sich auch für die Täterraten insgesamt stabil. Ob es sich bei den in der Erhebung 2002 ermittelten niedrigeren Täterraten um einen Kohorten- oder Periodeneffekt (ein differenzieller Alterseffekt scheidet aus) handelt, kann an dieser Stelle empirisch nicht ausreichend beantwortet werden.<sup>35</sup>

- 34 Die *Sidak*  $\alpha$ -Korrektur des Signifikanztests ist wie die nach *Bonferroni* „konservativ“ zugunsten der Null-Hypothese (= es besteht kein Unterschied). Die selbe negative Binominal-Regression mit der weniger „konservativ“ ausfallenden  $\alpha$ -Korrektur-Methode der geringsten signifikanten Differenz in den Mehrfachvergleichen (als Standardmethode) ergibt demgegenüber einen signifikanten Rückgang der geschätzten mittleren Gewalttäterrate im Jahr 2005 gegenüber 1997.
- 35 Der Begriff *Alterseffekt* (auch Lebenslauf- bzw. Lebenszykluseffekt genannt) bezeichnet Veränderungen, die mit dem chronologischen Lebensalter korrelieren (z. B. die vergleichsweise hohen Kriminalitätsraten männlicher Heranwachsender, die mit zunehmendem Alter wieder absinken, oder die mit dem Begriff „Alterskonservatismus“ bezeichnete lebenszyklische Zunahme konservativer Werthaltungen). *Kohorten* sind Jahrgänge oder Gruppen von Jahrgängen, die durch ein zeitlich gemeinsames, längerfristig prägendes Startereignis definiert werden (z. B. Alters- oder Geburtenkohorten, Eheschließungskohorten oder Berufseintrittskohorten). Unterschiede, die zwischen verschiedenen Kohorten gleichen Alters bestehen und sich somit auf das Vorhandensein unterschiedlicher sozialer und umweltbedingter Einflüsse zurückführen lassen, werden *Kohorteneffekte* genannt. Ein Spezialfall von Kohorten sind Generationen. Als historische Generation wird eine Großgruppe bezeichnet, die derselben Kohortengruppe angehört und als kollektiver Akteur mit einem spezifischen Erfahrungshintergrund und einer spezifischen Identität in Erscheinung tritt (z. B. die Nachkriegsgeneration oder die 68er). Solche historischen Gene-

Aufgrund eigener umfänglicher Feldbeobachtungen und einer Zusammenchau der kommunalen- und regionalpolitischen Ereignisse und Hintergründe zum Thema über den Gesamtstudienzeitraum von fast 10 Jahren (1997 bis 2007) spricht aber einiges für einen Periodeneffekt. Da im Zeitraum zwischen 2000 und 2003 – in der Folge der bereits erwähnten Ermordungen mehrerer Obdachloser in Greifswald und auf der Insel Usedom durch rechtsgerichtete Jugendliche sowie anderer Aktivitäten rechtsgerichteter Gruppen in Greifswald und Umgebung – eine ungewöhnlich intensive und breit gefächerte Präventionstätigkeit in der Hansestadt Greifswald entfaltet wurde (vgl. ausführlich *Dembski* 2003).

Vor dem Hintergrund dieser Ereignisse und in Verbindung mit den intensivierte präventiven Anstrengungen erfolgte in diesem Zeitraum eine eindringlich und ernsthaft geführte Auseinandersetzung mit dem Thema Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in der Bürgerschaft, den Schulen, Jugendeinrichtungen und den lokalen Medien der Hansestadt Greifswald, die u. E. zu einer erhöhten Sensibilisierung gegenüber Gewalt und Rechtsextremismus auch unter den Jugendlichen geführt hat. Es erscheint von daher nicht unplausibel, dass diese Ereignisse und die vielfältigen präventiven Reaktionen darauf durchaus ihren Niederschlag im Antwortverhalten bei einer statistisch relevanten Zahl von Jugendlichen in der Erhebung 2002 fanden (vgl. hierzu ausführlich Kapitel A.9.1).

## 4.7 Entwicklung der Jugendgewalt im interregionalen Vergleich

Hinsichtlich der Gesamtbeurteilung der Entwicklung der Jugendgewalt in der Hansestadt Greifswald haben wir wiederum zum Vergleich die Daten der KFN-Schülerbefragungen von 1998 und 2005/06 herangezogen (s. o. Kapitel A.3). In der nachstehenden Abbildung 4.10 sind die Jahresprävalenzraten für Körperverletzung, Raub, Erpressung und Bedrohung mit einer Waffe zusammengefasst für die vom KFN untersuchten Städte (vgl. *Baier/Windzio* 2007) und für Greifswald im Zeitraum 1997/98 bis 2006 dargestellt.

Im Städtevergleich wird deutlich, dass insgesamt eine rückläufige Entwicklung der Jugendgewalt erkennbar ist. Allerdings gilt dies für Greifswald nur eingeschränkt, da die obigen Analysen gezeigt haben, dass nur der Rückgang in der Erhebung 2002 noch signifikant ausfällt. Unter Berücksichtigung dieser Analysen mit einem anzunehmenden Periodeneffekt im Jahr 2002 kann in der Ten-

---

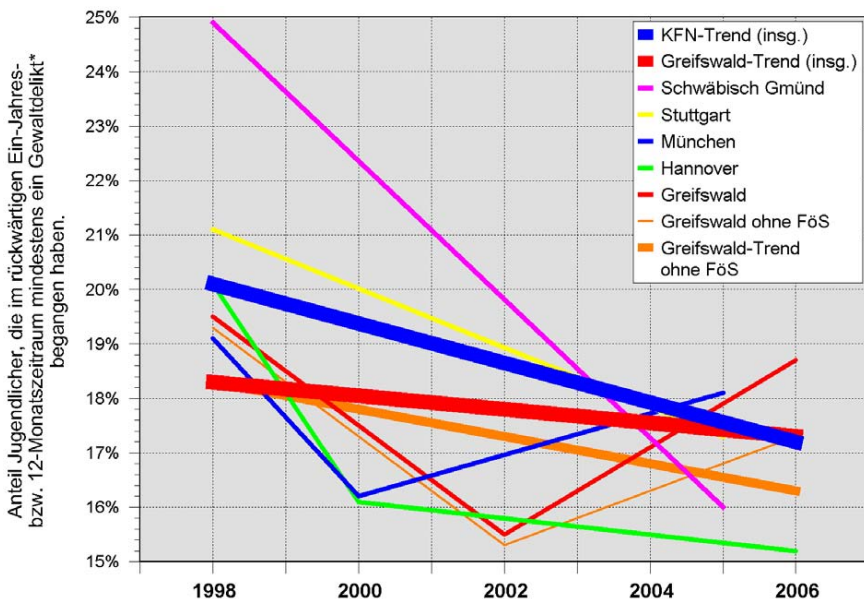
rationen sind von familialen Generationen, die sich auf Filiationsfolgen beziehen, zu unterscheiden. Kohorteneffekte können im Zuge der natürlichen Kohortenersetzung zu dauerhaftem sozialen Wandel in der Gesamtgesellschaft führen, was bei Alterseffekten nur möglich ist, wenn sich die Altersstruktur verändert. Ein *Periodeneffekt* liegt bei Veränderungen vor, die mit der kalendarischen Zeit kovariieren und altersunabhängig wirksam werden (z. B. die Wende 1989 oder Katastrophen). Wenn Periodeneffekte aber nachhaltig und differenziert auf verschiedene Altersgruppen einwirken, konstituieren sie zugleich Kohorteneffekte (vgl. *Diekmann* 2006).



denz von einer eher konstant hohen Gewalttäterrate unter Greifswalder Jugendlichen ausgegangen werden.

Ferner ist in diesem Städtevergleich zu berücksichtigen, dass in den dargestellten KFN-Trendlinien die Förderschüler, die noch 1998, nicht aber im Jahr 2005/06 erhoben wurden, nicht miteinbezogen sind. Berücksichtigt man diesen Umstand, so ergibt sich ein recht ähnlicher tendenziell rückläufiger Trendverlauf der Gewalttäterraten in Greifswald im Vergleich mit dem Gesamttrend der vier einbezogenen Städte.

Abb. 4.10: Entwicklung der Jahresprävalenzraten von Gewaltdelikten bei Jugendlichen in Greifswald (Erhebungen 1998, 2002 und 2006) im Vergleich mit Ergebnissen der KFN-Schülerbefragungen 1998 und 2005/2006



\* Körperverletzung, Raub, Erpressung und Bedrohung mit Waffe(n)

Als Zwischenergebnis der vorstehenden Analysen zur selbstberichteten Delinquenz bei durchschnittlich 15-jährigen Jugendlichen in der Hansestadt Greifswald lassen sich folgende zentralen Entwicklungen benennen:

Im Referenzzeitraum ist ein deutlicher Rückgang der Jugenddelinquenz zu verzeichnen. Dieser signifikante Rückgang der Täterraten insgesamt beruht allerdings auf einer Abnahme der Delinquenz im Bereich der Nicht-Gewaltdelikte, insbesondere einem erheblichen Rückgang bei den Ladendiebstählen und Diebstählen an/aus Kraftfahrzeugen. Gründe hierfür liegen vor allem in der zuneh-

---

menden Verbreitung von verbesserten Sicherheitsmaßnahmen und Überwachungstechniken in den vergangenen Jahren, die die Möglichkeiten der Begehung solcher Delikte verringert haben.

Die Gewalttäterraten bleiben demgegenüber auf relativ stabilem Niveau. Ein ähnliches Verlaufsmuster findet sich bei den Mehrfachtätern, allerdings auf deutlich niedrigerem Level: ein tendenzieller Rückgang in den Raten bei den Nichtgewaltdelikten und eine stabile Entwicklung in den Gewalttäterraten. In dieser anteilmäßig ca. 4 bis 5% umfassenden Gruppe der jugendlichen Gewaltmehrfachtäter sind hoch signifikant mehr männliche Jugendliche mit geringerem Bildungsniveau vertreten. Auffällig hierbei ist ein besonderer Anstieg der Gewaltmehrfachtäterrate unter den Förderschülern in der Erhebung 2006 gegenüber 2002, der allerdings bei Berücksichtigung der unkatégorisierten Inzidenzangaben statistisch nicht signifikant ausfällt und daher relativiert werden muss.

## 5. Gewaltakzeptanz

Im Bereich der Persönlichkeit sind auf der kognitiven und emotiv-affektiven Ebene gewaltbefürwortende und -legitimierende Einstellungen für die Gewaltbereitschaft von besonderer Bedeutung, die als bewertende und vermittelnde Instanzen bzw. Größen einen bahnnenden oder hemmenden Faktor für das aktuelle Gewaltverhalten darstellen können. Zur Messung des Konstruktes „Gewaltakzeptanz“ bzw. „Gewaltaffinität“ haben wir 1998, 2002 und 2006 einen identischen Katalog mit 14 trennscharfen Aussagen zur Gewalt verwendet. Jedes einzelne Item konnten die Jugendlichen auf einer vierstufigen Rating-Skala nach dem jeweils für sie am ehesten zutreffenden Grad der Zustimmung oder Ablehnung („1 = stimmt völlig“, „2 = stimmt eher“, „3 = stimmt eher nicht“ und „4 = stimmt gar nicht“) bewerten.<sup>36</sup> Nachfolgend sind die Ergebnisse zunächst auf der Ebene der einzelnen Aussagen nach den prozentualen Zustimmungsteilen und den Item-Mittelwerten im Vergleich der Greifswalder Erhebungen 1998 bis 2006 in grafischer Darstellung wiedergegeben (Abbildung 5.1 und 5.2).

In Betrachtung der einzelnen Items ergeben sich die höchsten Zustimmungsteile für Gewaltanwendung bei der „Notwehr“ (> 50%) und der „Selbstjustiz“ (> 45%) sowie beachtliche Anteile mit mehr als 25% für Gewalt als Mittel des männlichen Selbstbeweises, zur Schaffung klarer Verhältnisse, als Problemlösungsstrategie und der alttestamentarischen „Vergeltungsauffassung“.

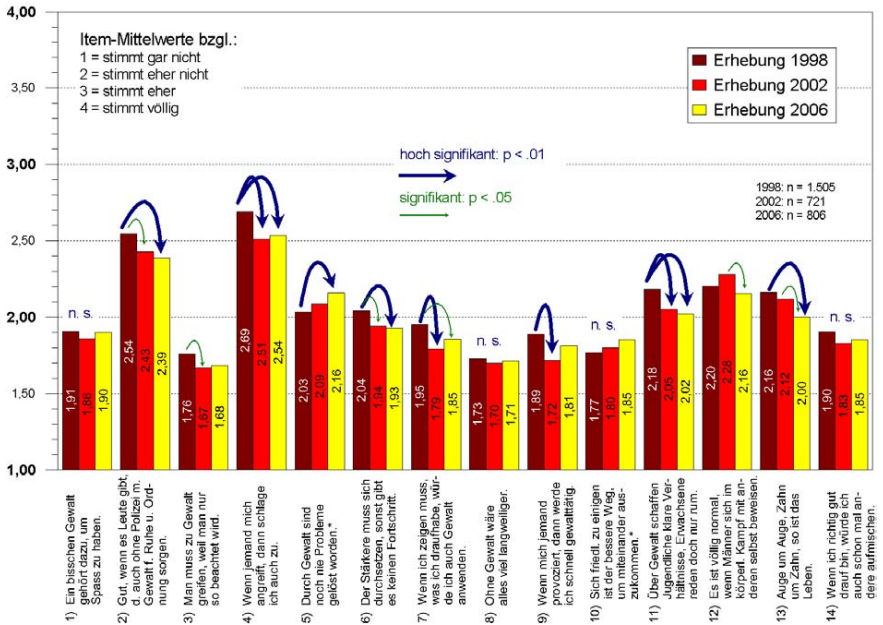
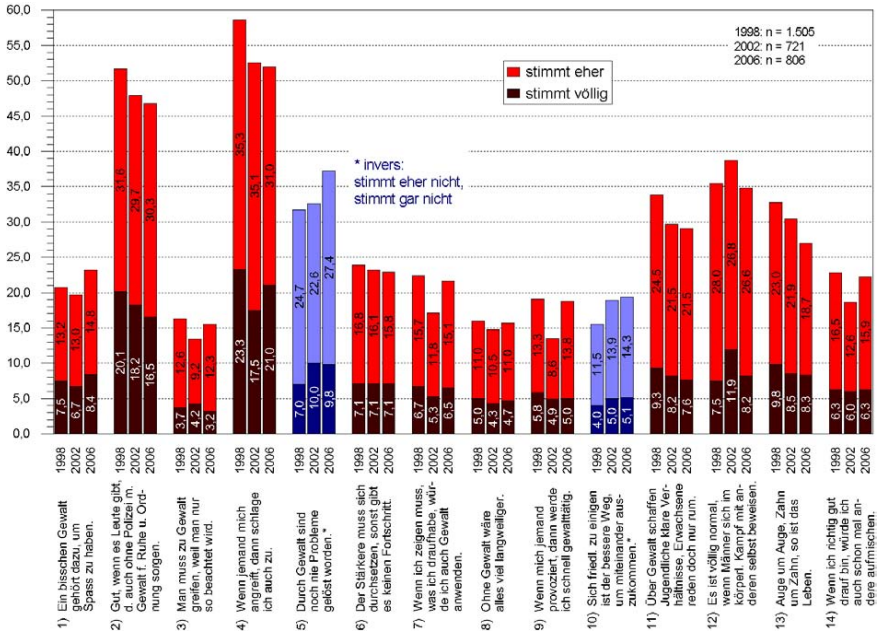
---

36 Aus diesem 14-Item umfassenden Aussagenkatalog konnte schließlich nach einer entsprechenden Umkodierung in Richtung des Kriteriums „Gewaltakzeptanz“ eine hochreliable Summen-Index-Skala (additiver Index) gebildet werden (Likert-Skalierung). Das verwendete Aussageninventar besteht aus den folgenden 14 Items:

1. Ein bisschen Gewalt gehört einfach dazu, um Spaß zu haben.
2. Ich finde es gut, wenn es Leute gibt, die auch ohne die Polizei selbst mit Gewalt für Ruhe und Ordnung sorgen.
3. Man muss zu Gewalt greifen, weil man nur so beachtet wird.
4. Wenn jemand mich angreift, dann schlage ich auch zu.
5. Durch Gewalt sind noch nie Probleme gelöst worden.\*
6. Der Stärkere muss sich durchsetzen, sonst gibt es keinen Fortschritt.
7. Wenn ich zeigen muss, was ich draufhabe, würde ich auch Gewalt anwenden.
8. Ohne Gewalt wäre alles viel langweiliger.
9. Wenn mich jemand provoziert, dann werde ich schnell gewalttätig.
10. Sich friedlich zu einigen, ist auf Dauer der bessere Weg, um miteinander auszukommen.\*
11. Über Gewalt schaffen Jugendliche klare Verhältnisse, Erwachsene reden doch nur rum.
12. Es ist völlig normal, wenn Männer sich im körperlichen Kampf mit anderen selbst beweisen wollen.
13. Auge um Auge, Zahn um Zahn, so ist nun mal das Leben.
14. Wenn ich richtig gut drauf bin, würde ich mich auch schon mal daran beteiligen, andere aufzumischen.

Cronbachs  $\alpha = .89$  (2006) bis  $.90$  (1998 und 2002). Die mit \* gekennzeichneten Items wurden umgepolt.

Abb. 5.1/5.2: Gewaltakzeptanz der Greifswalder Jugendlichen (1998, 2002 und 2006); Zustimmungsanteile (%) und Mittelwertvergleiche

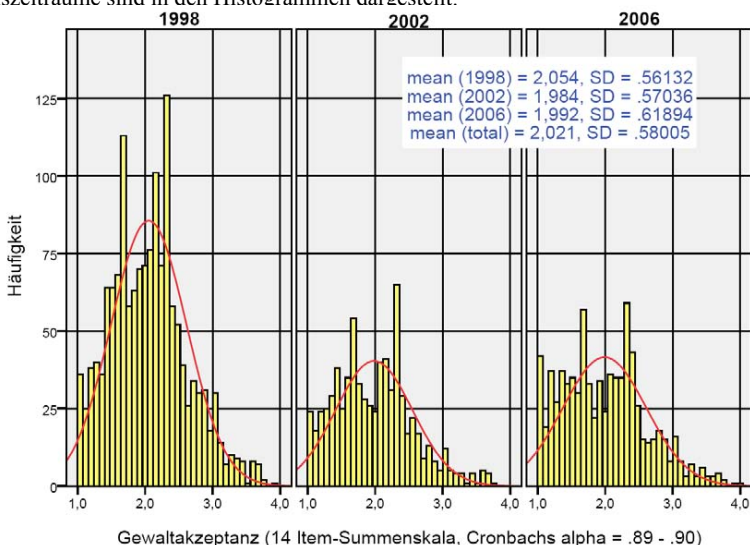


Um für die einzelnen Aussagen Veränderungen über die drei Erhebungen hinweg feststellen zu können, haben wir die Items bzgl. ihrer Mittelwerte und Streuung varianzanalytisch untersucht (vgl. Abbildung 5.2).<sup>37</sup> Wie die Grafik zeigt, ergeben sich von den 14 Items für 8 Items deutliche Veränderungen in den Mittelwerten über den Referenzzeitraum. In 7 Items sind gegenüber 1998 hochsignifikante Rückgänge im Jahr 2002 bzw. 2006 feststellbar. Nur ein Item, die *Machiavelli'sche* Variante von Gewalt als probates „Mittel der Problemlösung“ hat im Jahr 2006 deutlich mehr Zustimmung als 1998 unter den Jugendlichen erfahren.

Hinsichtlich der zusammengefassten Gesamtskala-Summenindizes gewaltaffiner Einstellungen müsste sich daher im Trendverlauf über den Referenzzeitraum eine Abnahme in den Mittelwerten gegenüber 1998 ergeben.<sup>38</sup> Eine ent-

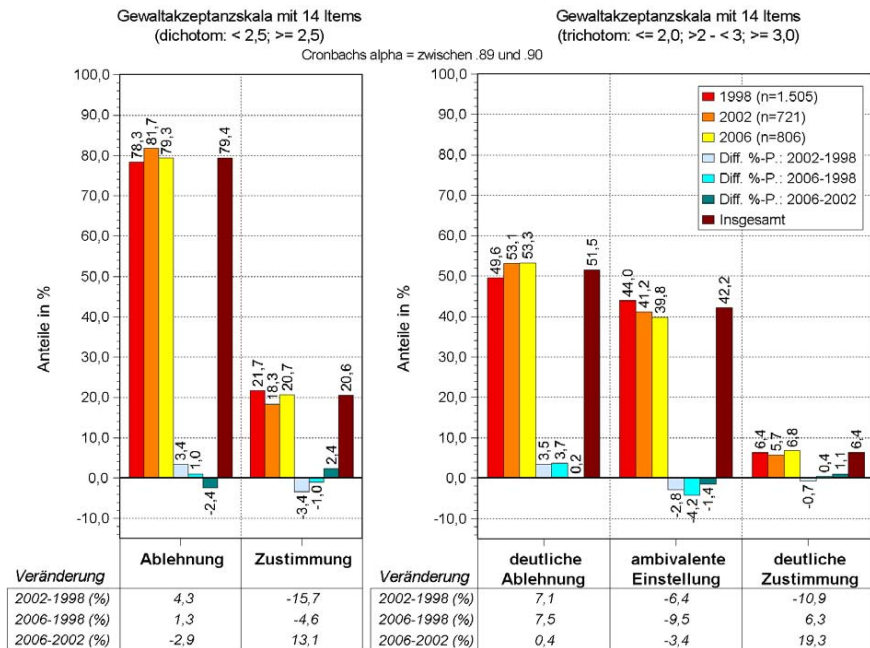
37 Die Varianzanalyse ist sehr robust gegenüber einer Verletzung der Normalverteilungsannahme (wie dies eine Überprüfung mittels *Kolmogorov-Smirnov*-Test mit Signifikanzkorrektur nach *Lilliefors* für alle 14 Items zeigt), empfindlich aber bei Abweichung von der Varianz-Homogenität (*Levené*-Test). Dementsprechend haben wir für die sechs Items, für die eine Verletzung der Varianz-Homogenität vorliegt, die Signifikanz der post-hoc Kontraste nach *Tamhane-T2* berechnet, ansonsten nach dem *Scheffé*-Verfahren. Für die Überprüfung der Gleichheit der Gruppen-Mittelwerte wurde anstatt der *Fischer*-Statistik das robuste Testverfahren nach *Welch* und *Brown-Forsythe* herangezogen. Zudem haben wir die Irrtumswahrscheinlichkeit (das Signifikanzniveau) auf 1% verringert, um die Paarvergleiche abzusichern. Ferner haben wir in die Analysen eine Überprüfung des (linearen bzw. nichtlinearen) Trends über die geordneten Stufen der Faktorvariablen (Erhebungsjahr) einbezogen.

38 Die jeweilige Häufigkeitsverteilung der Gewaltakzeptanz-Skalenwerte für die drei Erhebungszeiträume sind in den Histogrammen dargestellt.



sprechende Varianzanalyse der Gesamtskala „Gewaltakzeptanz“ bestätigt dies. So ergibt die einfaktorielle Varianzanalyse eine statistisch signifikante Mittelwertdifferenz (bei Berücksichtigung der Varianz-Ungleichheit) zwischen 1998 und 2002 bzw. 2006, nicht aber zwischen 2002 und 2006, d. h., einen geringen aber statistisch bedeutsamen Rückgang der gewaltaffinen Einstellungen im Jahr 2006 und 2002 gegenüber 1998. Zur besseren Veranschaulichung haben wir diese Verhältnisse in Prozentanteile umgerechnet, indem die Skalenindexwerte der aus allen 14 Items gebildeten Summenskala des Konstrukts „Gewaltakzeptanz“ einerseits am theoretischen Skalenmittelwert (2,5) geteilt (dichotomisiert) und andererseits in drei Gruppen ( $\leq 2$ ,  $> 2 - < 3$ ,  $\geq 3$ ) unterteilt (trichotomisiert) wurden, um so die tendenziell gewaltbefürwortenden von den eher ablehnenden Jugendlichen bzw. die überwiegend gewaltaffinen von eher ambivalent eingestellten und deutlich Gewalt ablehnenden Jugendlichen zu unterscheiden. In der nachstehenden Abbildung 5.3 sind die entsprechenden prozentualen Anteile und Anteilsunterschiede dieser nach dem Grad der Gewaltaffinität unterschiedenen Gruppen für die drei Erhebungen dargestellt.

Abb. 5.3: Gewaltaffine Einstellungen bei Jugendlichen in Greifswald nach unterschiedlichen Akzeptanzgruppen (1998, 2002 und 2006)

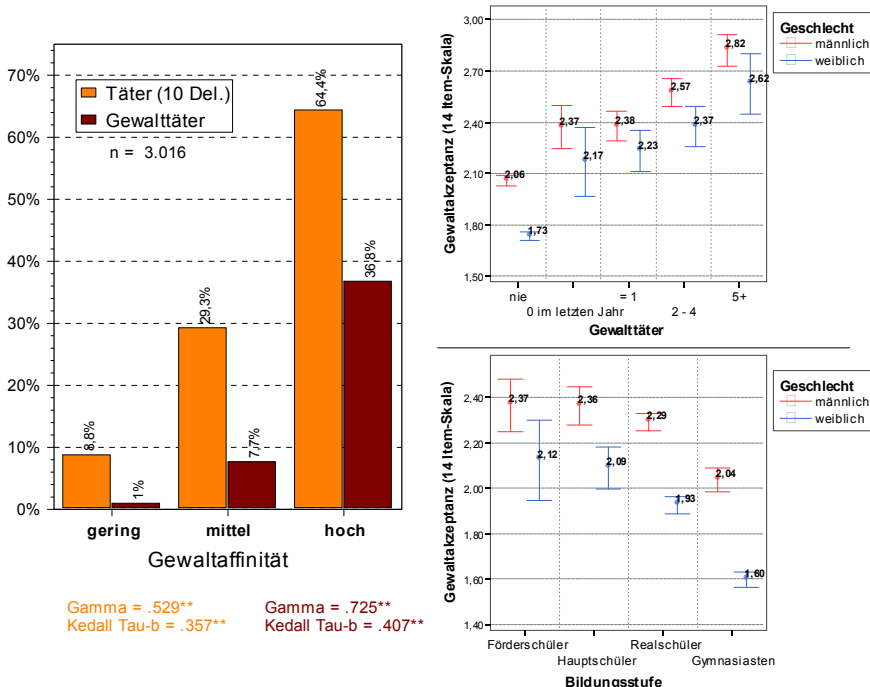


Für die gruppierten Einstellungen nach den dichotomisierten Gewaltakzeptanz-Werten ergeben sich bei den eher gewaltaffinen Jugendlichen sehr stabile

Anteilswerte über die drei Erhebungen hinweg (mittlere Rate 20,6%). Auch bzgl. der dreigeteilten Gewaltakzeptanz-Skala zeigen sich keine signifikanten Anteilsunterschiede zwischen den Messungen im Referenzzeitraum. Die größte Verschiebung der Anteilswerte ergibt sich im Austausch der Jugendlichen mit deutlicher Ablehnung und eher ambivalenten Einstellungen gegenüber Gewalt, wobei erfreulicherweise tendenziell die Mehrheit der Gewalt ablehnenden Jugendlichen zunimmt (1998: 49,6%, 2002: 53,1%, 2006: 53,3%; +7,5%). Dementsprechend bilden die Jugendlichen mit deutlich gewaltaffinen Einstellungen eine relativ konstant bleibende kleine Gruppe, ohne statistisch bedeutsame Veränderungen im Referenzzeitraum (mittlere Rate: 6,4%). D. h., etwa jeder 15. Greifswalder Jugendliche im Alter von durchschnittlich 15-Jahren verfügt über ein Einstellungsmuster, für das ein ausgesprochen hohes Gewaltakzeptanzniveau charakteristisch ist.

Im Hinblick auf diese Gruppe wären präventive Bemühungen fortzuführen und zu intensivieren, dies um so mehr, als entsprechende Einstellungen der Jugendlichen aufgrund ihrer Spezifität mit aktivem delinquenten Verhalten, insbesondere Gewaltdelinquenz, deutlich korrespondieren, was sich bei jugendlichen Mehrfachtätern besonders augenscheinlich zeigt (vgl. Abbildung 5.4.).

Abb. 5.4: Zusammenhang zwischen Mehrfachtäterraten und gewaltaffinen Einstellungen bei Jugendlichen in Greifswald (1998, 2002 und 2006)



So werden mit zunehmender Gewaltaffinität alle delinquenten Verhaltensweisen häufiger ausgeführt. Dieser Zusammenhang ist bei den jugendlichen Mehrfachtätern besonders ausgeprägt. Die Täterrate bzgl. aller 10 erhobenen Delikte steigt mit zunehmender Gewaltakzeptanz um mehr als das 7-fache an (von 8,8% auf 64,4%). Bei den jungen Gewalt-Mehrfachtätern ergibt sich die stärkste Korrespondenz. Während nur 1% der Jugendlichen, die gegenüber Gewalt eine deutlich distanzierte Einstellung aufweisen, im rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum fünf und mehr Gewalttaten angaben, sind es von den hoch gewaltaffin eingestellten Jugendlichen rd. 37%. Das Gewalttäter-Risiko in dieser Gruppe liegt also um das 36-fache höher.

Unter präventiven Gesichtspunkten ist bedeutsam, dass auch im Hinblick auf andere problematische Verhaltensweisen (beispielsweise fremdenfeindliche und rechtsextreme Äußerungen, s. u. Kapitel A.6) hochsignifikante Zusammenhänge zwischen der Gewaltakzeptanz und anderen kritischen Einstellungen und Werthaltungen im Bereich der Persönlichkeitseigenschaften bestehen, etwa gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen (GLMN, vgl. *Baier u. a.* 2006; *Wilmers u. a.* 2002; *Enzmann/Brettfeld/Wetzels* 2004), egoistische Werthaltungen auf der Basis gesellschaftlicher Dominanzideologien (etwa: hierarchisches Selbstinteresse, HSI, *Hadjar* 2004, vgl. *Baier* 2006) oder Subdimensionen der Selbstkontrolle (Impulsivität, Risikosuche, Temperament, *Grasmik u. a.* 1993), auf die wir an dieser Stelle nicht eingehen können.<sup>39</sup> In diesem Gesamtkontext ist wiederum das Bildungsniveau eine äußerst wichtige und zentrale Hintergrundgröße, die entsprechende Einstellungssyndrome und Werthaltungen auf der individuellen Ebene mit beeinflusst (vgl. Abbildung 5.4).

Für eine Einschätzung der Entwicklung bzgl. der Gewaltaffinitätsskala haben wir wiederum zum Vergleich Ergebnisse der KFN-Studie herangezogen (vgl. Abbildung 5.5, *Baier u. a.* 2006). Allerdings ist zu berücksichtigen, dass diesbezüglich Vergleichswerte nur für 2005 vorliegen und in der KFN-Gewaltakzeptanz-Skala von den 14 in der Greifswalder Untersuchung einbezogenen Gewaltaffinität-Items nur 11 Items identisch erhoben wurden (vgl. nachstehende Abbildung 5.5).<sup>40</sup>

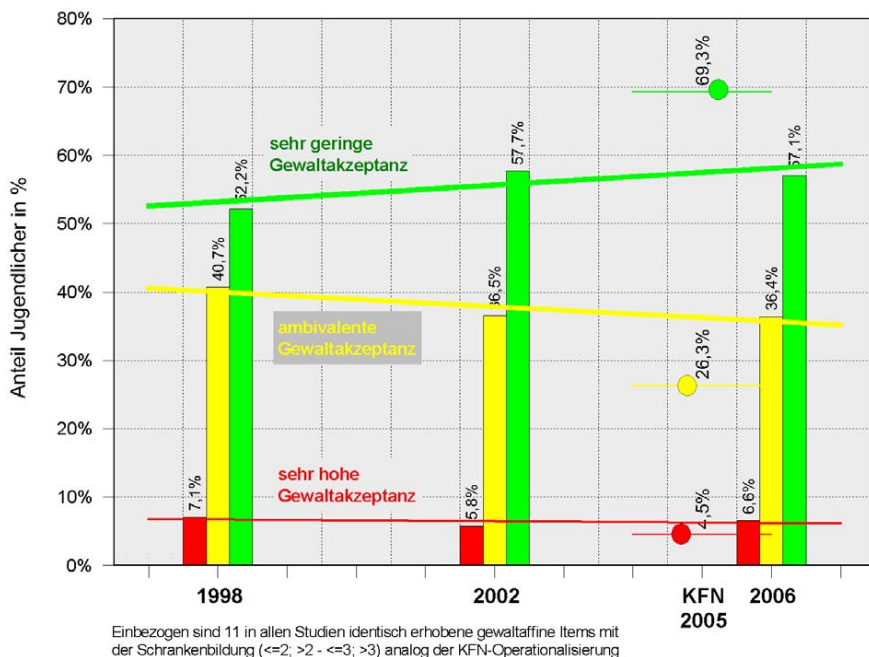
---

39 Eine Erörterung und empirische Überprüfung dieser Zusammenhänge wird in den noch ausstehenden ausführlichen Forschungsberichten dargestellt werden.

40 Diesbezüglich haben wir die Gewaltakzeptanz-Skala analog der KFN-Untersuchung im Jahr 2005 mit den dort identisch erhobenen 11 Items berechnet. Ferner ist zu berücksichtigen, dass das KFN eine etwas „restriktivere“ Schrankenbildung hinsichtlich der beiden Extrem-Gruppen (geringe vs. hohe Gewaltaffinität) vorgenommen hat. Auch diese Schrankenbildung haben wir für den Vergleich der unterschiedlichen Gewalt-Akzeptanzgruppen angewendet.



Abb. 5.5: Entwicklung gewaltaffiner Einstellungen bei Jugendlichen in Greifswald (1998, 2002 und 2006) im Vergleich mit der KFN-Studie 2005 nach unterschiedlichen Akzeptanzgruppen



Im Trendvergleich der drei Gewaltakzeptanz-Einstellungsgruppen unter Greifswalder Jugendlichen sind – auch wenn wir keine Trendverläufe anderer Regionen heranziehen können – zwei Besonderheiten besonders auffällig: Zum einen ergeben sich über den Untersuchungszeitraum hinweg relativ konstant große Gruppen Greifswalder Jugendlicher mit einer ausgeprägt hohen Gewaltakzeptanz (7,1%, 5,8% und 6,6%, n. s.). Zum anderen weichen die prozentualen Anteile jeder Akzeptanzgruppe im Jahr 2006 deutlich von den Anteilswerten der KFN-Studie für den Erhebungszeitraum 2005 ab. Insbesondere sind die Unterschiede zwischen den Greifswalder Jugendlichen und den vom KFN befragten Schülern mit mittleren und sehr geringen Gewaltakzeptanz-Werten besonders groß (36,4% gegenüber 26,3% bzw. 57,1% gegenüber 69,3% im Jahr 2005 bzw. 2006).

Auch wenn sich in der Entwicklung zwischen den Greifswalder Alterskohorten eine schwach signifikante Anteilsverschiebung zwischen den Jugendlichen mit einer gegenüber Gewalt ambivalenten Einstellung zugunsten derjenigen, die eine sehr niedrige Gewaltaffinität aufweisen, abzeichnet, fallen die verbleibenden Unterschiede zum Ende des Referenzzeitraumes im Vergleich mit Jugend-

---

lichen aus anderen (westdeutschen) Städten und Landkreisen dennoch ausgesprochen hoch aus.

Eine Erklärung dieser Ost-West Unterschiede in den gewaltaffinen Einstellungen, die aber nicht in gleichem Maße mit einer entsprechend höheren Gewaltdelinquenz der Jugendlichen verknüpft ist, wird von vielen Studienautoren in den Auswirkungen der gesellschaftlichen Transformationsprozesse seit der Wende und einer damit verbundenen höheren (Des-)Integrationsbelastung der ostdeutschen Bevölkerung gesehen. Diese Unterschiede sind in den fremdenfeindlichen/rechtsextremen Einstellungsmustern noch sehr viel stärker ausgeprägt vorhanden (vgl. diesbezüglich ausführlich Kapitel A.6)

Vor dem bisher beschriebenen Hintergrund und im Anschluss an die dem Bereich der persönlichkeitsbezogenen Orientierungen zurechenbaren Einstellungen zur Gewaltaffinität, haben wir auch in der Schülerbefragung 2006 fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen mit demselben Frageninventar wie in den Untersuchungen 1998 und 2002 erhoben, um das Ausmaß und die Entwicklung dieser sehr problematischen und beunruhigenden polymorphen Orientierungen unter jungen Menschen in Greifswald zu erfassen.

## 6. Fremdenfeindliche/rechtsextreme Einstellungen und allgemeine gesellschaftspolitische Korrelate

### 6.1 Fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen

Ein herausragendes Problem, das seit der Wiedervereinigung in Deutschland besonders virulent ist und nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland eine große Beachtung erfährt, betrifft die Verbreitung rechtsextremer und ausländerfeindlicher Einstellungen und entsprechender Verhaltensaüßerungen in der Bevölkerung. Dieses Problem erscheint vor allem in den neuen Bundesländern besonders ausgeprägt im Zusammenhang mit Gewaltdelikten gegen Menschen anderer ethnischer Herkunft und gegen Angehörige gesellschaftlicher Minoritäten sowie bestimmter religiöser, sexueller oder kultureller Minderheiten.

Diesbezüglich sind in der Region – aber auch in der Hansestadt Greifswald – jüngere Personen mit entsprechenden Äußerungen und Verhaltensweisen in der jüngsten Vergangenheit gehäuft in Erscheinung getreten, wobei sich mit der Ermordung zweier Obdachloser in Greifswald und einem Obdachlosen in Ahlbeck im Jahr 2000 besonders gravierende Gewalttaten von rechtsextrem eingestellten jungen Personen ereignet haben (s. o. Kapitel 1). Eine besondere Problemlage bei rechtsextremen jungen Menschen liegt gerade darin, dass diese Einstellungen häufig mit einer hohen Gewaltbereitschaft verknüpft sind und in Verbindung mit besonderen situativen Umständen nicht selten zu einem Gewaltausbruch führen. Darüber hinaus zeigen auch die jüngsten Landtags-Wahlerfolge rechtsextremer Parteien, der NPD in Sachsen (19.9.2004: 9,2%), der DVU in Brandenburg (30.9.2004: 6,1%) und zuletzt der NPD in Mecklenburg-Vorpommern (17.9.2006: 7,3%, Fraktion mit 6 Sitzen), dass das Problem fremdenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen nicht nur ein jugendtypisches Phänomen ist, sondern derartige Orientierungen auch in größeren Bevölkerungsteilen verbreitet sind.<sup>41</sup> So konnte die NPD auch auf regionaler Ebene bei den letzten

---

41 In einzelnen kleineren Gemeinden des Landkreises Ostvorpommern erzielte die NPD in der letzten Landtagswahl M.-V., 2006 mehr als 30% (!) der Stimmen (z. B. Neuenkirchen 30,1% oder Postlow 38,2%). Anzumerken sei an dieser Stelle aber auch, dass das Phänomen „Rechtsextremismus“ nicht ein neues oder ausschließlich ostdeutsches Problem darstellt, auch wenn bezogen auf die Bevölkerungszahlen in den neuen Bundesländern im Vergleich mit den alten eine größere Belastung mit rechtsmotivierten Straftaten und Gewaltdelikten vorliegt. Dieses Problem ist in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte bis heute immer virulent gewesen. Erinnerung sei hier nur an die vielen Studien im Anschluss an das von *Adorno* und seinen Mitarbeitern in den 1940er Jahren beschriebene Autoritarismus-Syndrom. Stellvertretend seien hier etwa die Studien von *Freyhold* (1971) (Frankfurter Autoritarismus-Skala), die soziologische Untersuchung von *Scheuch/Klingemann* (1967) und die Studie von *Gessenharter/Fröchling/Krupp* (1978) oder die von *Hennig* (1980) genannt, in der im Grunde die Desintegrationsthese von *Heitmeyer* mit dem Begriff der „provinziellen Ungleichzeitigkeit“ bereits formuliert wurde und schließlich (und

Landkreis- und Kommunalwahlen am 13.6.2004 einige Erfolge erzielen. So gelang 10 NPD-Vertretern der Einzug in die Gemeinde- und Kreisparlamente (Anklam, Stralsund, LK Ostvorpommern, LK Müritz und LK Ludwigslust; zur kommunalen Praxis der NPD und den regionalen Verhältnissen vgl. *Beier u. a. 2006; Müller 2006; Fischer 2006; Barkow 2007*).

Vor diesem Hintergrund erscheint von besonderem Interesse, inwieweit fremdenfeindliche und rechtsextreme Orientierungen unter den Jugendlichen in Greifswald verbreitet sind und inwieweit sich innerhalb des Referenzzeitraums 1998 bis 2006 Veränderungen in den fraglichen Einstellungen vollzogen haben. Zu diesem Einstellungskomplex haben wir den Jugendlichen in allen Erhebungen den selben Katalog mit insgesamt 13 Aussagen vorgelegt, die auf einer vierstufigen Rating-Skala – entsprechend dem Verfahren der oben beschriebenen Gewalteinstellungen – beurteilt werden konnten.<sup>42</sup> Die sich dabei ergebenden Zustimmungssanteile sind in der Abbildung 6.1 dargestellt.

---

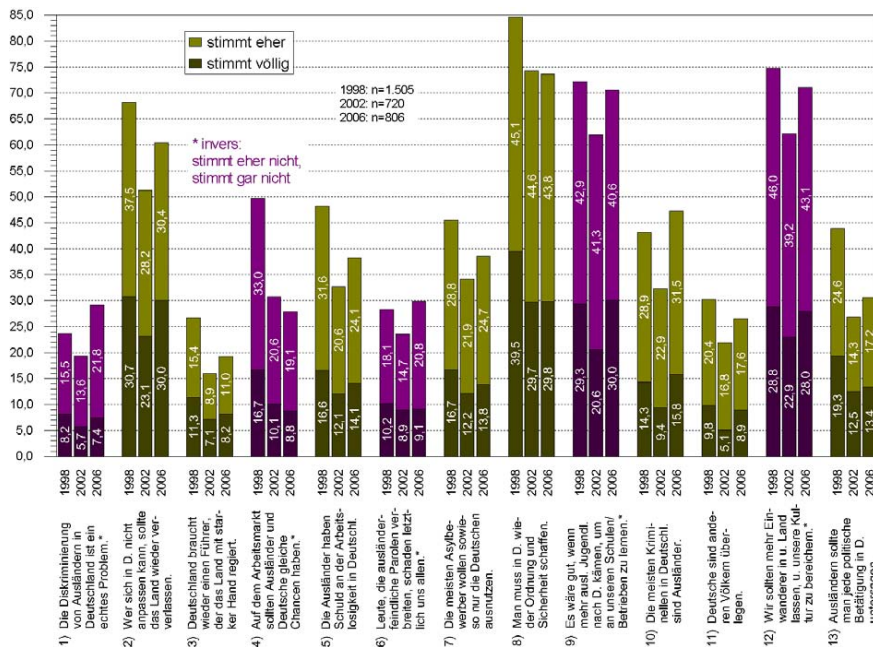
hier abschließend) sei erinnert an die *SINUS*-Studie von 1981: „5 Millionen Deutsche: Wir sollten wieder einen Führer haben...“, in der die Studienautoren festgestellt haben, dass 13% der (west-)deutschen Wähler über ein rechtsextremes Weltbild verfügt. Ferner ist bekannt, dass ein Großteil der Führungspersonen rechtsextremer Parteien in den neuen Bundesländern aus den alten Bundesländern stammt.

42 Aus diesem Aussagenkatalog konnte schließlich eine hochreliable Summenratingskala (additiver Index) gebildet werden (Likert-Skalierung). Das verwendete Aussageninventar besteht aus den folgenden 13 Items:

1. Die Diskriminierung von Ausländern in Deutschland ist ein echtes Problem.\*
2. Wer sich in Deutschland nicht anpassen kann, sollte das Land wieder verlassen.
3. Deutschland braucht wieder einen Führer, der mit starker Hand regiert.
4. Auf dem Arbeitsmarkt sollten Ausländer und Deutsche gleiche Chancen haben.\*
5. Die Ausländer haben Schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland.
6. Leute, die ausländerfeindliche Parolen verbreiten, schaden letztlich uns allen.\*
7. Die meisten Asylbewerber wollen sowieso nur die Deutschen ausnutzen.
8. Man muss in Deutschland wieder Ordnung und Sicherheit schaffen.
9. Es wäre gut, wenn mehr ausländische Jugendliche nach Deutschland kämen, um an unseren Schulen und Betrieben zu lernen.\*
10. Die meisten Kriminellen in Deutschland sind Ausländer.
11. Deutsche sind anderen Völkern überlegen.
12. Wir sollten mehr Einwanderer in unser Land lassen, um unsere Kultur zu bereichern.\*
13. Ausländern sollte man jede politische Betätigung in Deutschland untersagen.

Die mit \* gekennzeichneten Items wurden für die Skalenbildung umgepolt, ansonsten in der Weise recodiert, so dass (ordinal) zunehmende Skalenwerte einen stärkeren Zustimmungsgang bedeuten (d. h.: „1 = stimmt gar nicht“, „2 = stimmt eher nicht“, „3 = stimmt eher“ und „4 = stimmt völlig“). Im strengen Sinne wird mit den Items überwiegend Ausländerfeindlichkeit (Immigranten) indiziert und nicht das sehr viel umfassendere Konzept Fremdenfeindlichkeit. Da aber von den befragten Jugendlichen so gut wie keine Differenzierung zwischen beiden Begriffen vorgenommen wird, d. h. letzterer Ausländerfeindlichkeit einschließt bzw. synonym gebraucht wird, wird im Text der allgemeinere Begriff Fremdenfeindlichkeit verwendet. Bei rechtsextrem orientierten Jugendlichen –

Abb. 6.1: Fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen bei Greifswalder Jugendlichen (1998, 2002 und 2006); Zustimmungsanteile in Prozent bzgl. der 13 Items der Xenophobie/Rechtsextremismus-Skala



Im Vergleich mit der Gewaltakzeptanz ergeben sich für alle fremdenfeindlichen/rechtsextremen Items deutlich höhere Zustimmungsanteile. Besonders hoch ist die Zustimmung bei der Aussage „Man muss in Deutschland wieder Ordnung und Sicherheit schaffen“, was von drei Viertel der Jugendlichen gewünscht wird. Ebenfalls hoch ist die Ablehnung gegenüber ausländischen Jugendlichen, die in Deutschland eine Ausbildung erhalten (ca. 70%). Gleichfalls werden Einwanderer nicht als kulturelle Bereicherung betrachtet (ca. 70%). Kor-

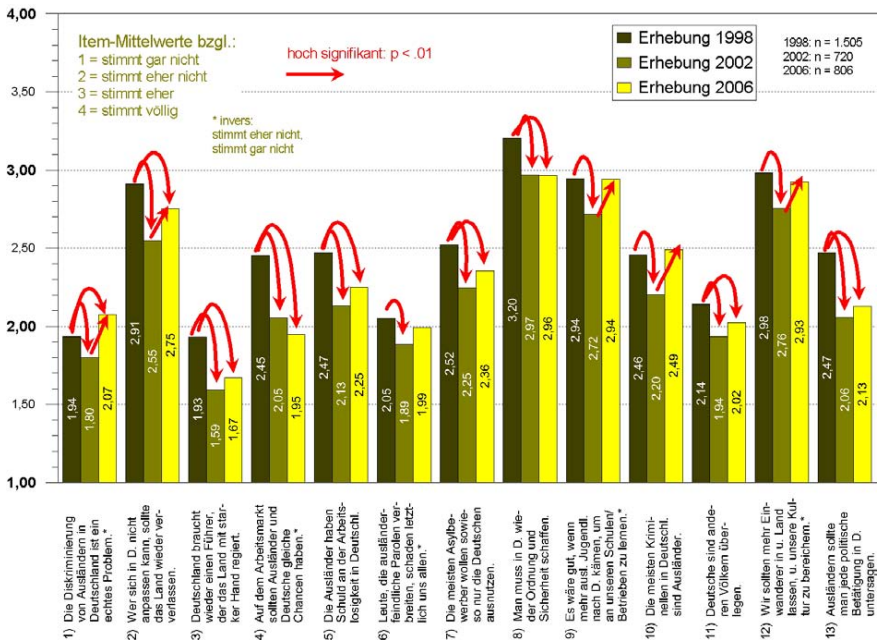
etwa Neo-Nazis oder Skinheads – umfasst Fremdenfeindlichkeit auch ablehnende (rassistische) Einstellungen gegenüber Minderheiten, wie z. B. Homosexuellen, geistig und körperlich Behinderten, Obdachlosen etc., aber auch politisch Andersdenkenden, die als „minderwertig“, „abartig“, „undeutsch“, „nicht arisch“ usw., d. h. aus ihrer Sicht im allgemeinen Sinne als „fremd“ (nicht dazugehörig), charakterisiert werden.

Eine Faktoren-Hauptkomponenten-Analyse ergab *keine* eindeutige fremdenfeindliche und rechtsextreme Substruktur, d. h., es ergaben sich zwischen allen Items und den beiden Hauptfaktoren sehr starke Korrelationen. Daher wurde im Weiteren mit einer Skala gearbeitet, die fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen umfasst. Die interne Reliabilität dieser Skala ist mit Cronbachs  $\alpha = .88$  (1998),  $.87$  (2002) und  $.88$  (2006) als gut bis sehr gut zu bewerten.

respondierend hierzu ist die hohe Zustimmung gegenüber der Forderung, dass die Ausländer bei Nichtanpassung Deutschland wieder verlassen sollten (ca. 60%) und, dass die meisten Kriminellen in Deutschland Ausländer seien (über 40%). Etwa ein Viertel der Greifswalder Jugendlichen ist der ethnozentristischen bzw. chauvinistischen Ansicht, dass Deutschland anderen Völkern überlegen sei und ca. jeder fünfte Jugendliche meint, dass Deutschland wieder einen Führer brauche, der mit starker Hand regiert. Diese sehr hohen Zustimmungswerte verweisen auf ein äußerst prekäres Welt- und Menschenbild einerseits und auf ein ebenso zweifelhaftes Demokratieverständnis andererseits.

Um die Veränderungen zwischen den drei Erhebungen zunächst auf der Ebene der einzelnen Einstellungen zu untersuchen, haben wir die vorhandenen Mittelwertunterschiede der jeweiligen Aussagen varianzanalytisch genauer betrachtet (Abbildung 6.2).<sup>43</sup>

Abb. 6.2: Fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen bei Greifswalder Jugendlichen (1998, 2002 und 2006); Mittelwertvergleiche bzgl. der 13 Items der Xenophobie/Rechtsextremismus-Skala



43 Bei den einfaktoriellem Varianzanalysen sind wir genauso verfahren, wie bei den Analysen der Items zur Gewaltakzeptanz (vgl. Kapitel A.5).

Wie aus Abbildung 6.2 ersichtlich ist, bestätigt sich zunächst auch in den Mittelwertanalysen, dass bei den vier zuvor angesprochenen Items (Nr. 2, 8, 9 und 12) die Mittelwerte über dem theoretischen Mittelwert der Skala (2,5) liegen, d. h. bzgl. dieser Aussagen stimmen die Jugendlichen mehrheitlich zu. Des Weiteren ergeben sich für alle erhobenen fremdenfeindlichen/rechtsextremen Items hochsignifikante Unterschiede zwischen den Erhebungen. In der Mehrzahl davon ist eine Verringerung der Mittelwerte über die drei Erhebungszeiträume hinweg feststellbar.

Diese Mittelwertunterschiede sind zwischen dem Jahr 1998 und 2002 durchgängig für alle Items in Richtung eines niedrigeren Wertes im Jahr 2002 hoch signifikant. Demgegenüber sind nur in acht Items signifikant niedrigere Mittelwerte im Jahr 2006 gegenüber 1998 feststellbar. Bei sechs Items erfolgt wieder ein signifikanter Anstieg der Mittelwerte im Jahr 2006 gegenüber der Erhebung 2002. Dabei handelt es sich ausschließlich um ressentimentbehaftete Aussagen gegenüber Ausländern und Ursachen-Zuschreibungen wie, Ausländer haben Schuld an der Kriminalität und der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland. Interessant ist, dass in zwei Fällen die Zunahme in den Mittelwerten das hohe Niveau der im Jahr 1998 ermittelten Werte übersteigt. So wird die Aussage, dass die Diskriminierung von Ausländern in Deutschland ein echtes Problem darstellt, in der Erhebung 2006 deutlich stärker verneint als dies 1998 und 2002 der Fall war. Ein ähnliches Muster zeigen die Antworten bzgl. der Aussage, die meisten Kriminellen in Deutschland seien Ausländer.

Hochsignifikante Zuwächse in den Mittelwerten im Jahr 2006 gegenüber 2002 ergeben sich darüber hinaus in der ablehnenden Haltung eines Zuzuges von Ausländern, weder in der Perspektive einer kulturellen Bereicherung durch Immigranten noch einer schulischen oder beruflichen Qualifizierung junger Ausländer. Dem entsprechend wird auch von den befragten Jugendlichen im Jahr 2006 eine Abschiebung von Ausländern bei Nichtanpassung häufiger gefordert als im Jahr 2002, wobei allerdings bei diesen drei Einstellungen die hohen Mittelwerte von 1998 nicht mehr erreicht werden.

Für die drei rechtsextremistischen Items („law-and-order“ Mentalität, Ethnozentrismus/Chauvinismus und despotischer Führerstaat) sind signifikant niedrigere Werte im Jahr 2002 und 2006 gegenüber 1998 feststellbar, wobei letztere beiden Einstellungen aber immer noch von jedem vierten bzw. fünften Jugendlichen geteilt werden.

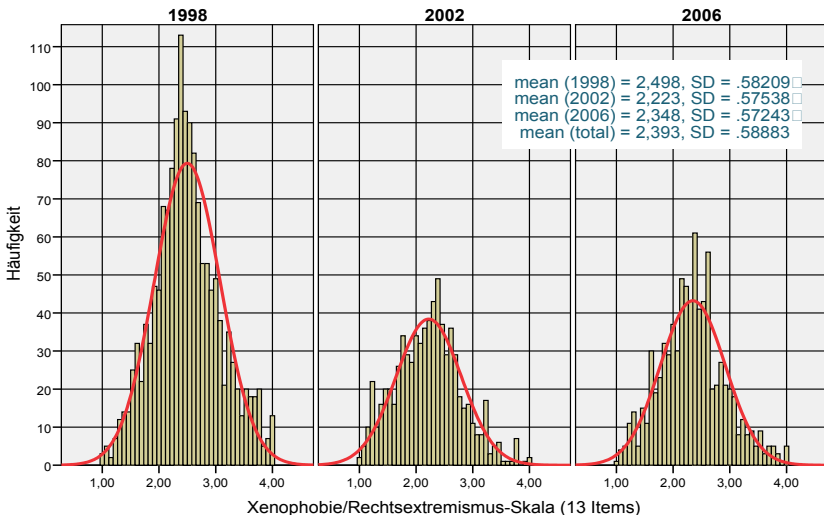
Zieht man die jeweiligen Skalenwerte für alle 13 fremdenfeindlichen und rechtsextremen Items zusammengefasst heran, spiegeln sich die auf der Einzel-Item-Ebene beschriebenen Verhältnisse in den Mittelwertunterschieden der Gesamtskala zwischen den drei Erhebungen wider. Im Jahr 1998 wurde das höchste Niveau fremdenfeindlicher/rechtsextremer Einstellungen unter Greifswalder Jugendlichen festgestellt (MW = 2,50), gefolgt von einem deutlichen hochsignifikanten Rückgang im Jahr 2002 (MW = 2,22), dem allerdings wieder ein ebenfalls hochsignifikanter Anstieg im Jahr 2006 folgt (MW: 2,35), wobei

der hohe Ausgangswert von 1998 nicht mehr erreicht wird. Der Gesamt-Skalenmittelwert für alle hierzu Stellung nehmenden 3.031 Greifswalder Jugendlichen beträgt 2,39.<sup>44</sup>

Um die Verbreitung fremdenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen unter den Jugendlichen zu veranschaulichen, haben wir wiederum – analog der Gruppenbildung der Gewaltakzeptanzskala – die Werte der Gesamtskala in prozentuale Anteilswerte umgerechnet, um verschiedene Akzeptanzgruppen voneinander zu unterscheiden. Die erste Kategorisierung fasst alle fremdenfeindlich/rechtsextrem eingestellten Jugendlichen zusammen, die Skalenwerte ab dem theoretischen Mittelwert der Skala (2,5) erreichen (Dichotomisierung), also im Durchschnitt häufiger zustimmen. In einer zweiten Kategorisierung wird vorausgesetzt, dass die Jugendlichen über alle 13 Items hinweg eine zustimmende Einstellung geäußert haben, wodurch extrem fremdenfeindliche und rechtsextrem eingestellte Jugendliche zusammengefasst werden. Entsprechend hierzu haben wir die Gruppe der besonders ablehnenden Jugendlichen und eine mittlere Kategorie mit eher ambivalenten Einstellungen gebildet (Trichotomisierung). Die so ermittelten Akzeptanzgruppen bzgl. fremdenfeindlicher/rechtsextremer Einstellungen sind in der nachstehenden Abbildung 6.3 dargestellt.

Wie die Grafik zeigt, sind die Zustimmungsanteile nach einem niedrigen Niveau im Jahr 2002 wieder etwas angestiegen. Insbesondere zeigt sich in der Gruppe der Schüler mit extremen fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen (Skalenwert  $\geq 3$ : „stimme voll zu“) nach einem deutlichen Rück-

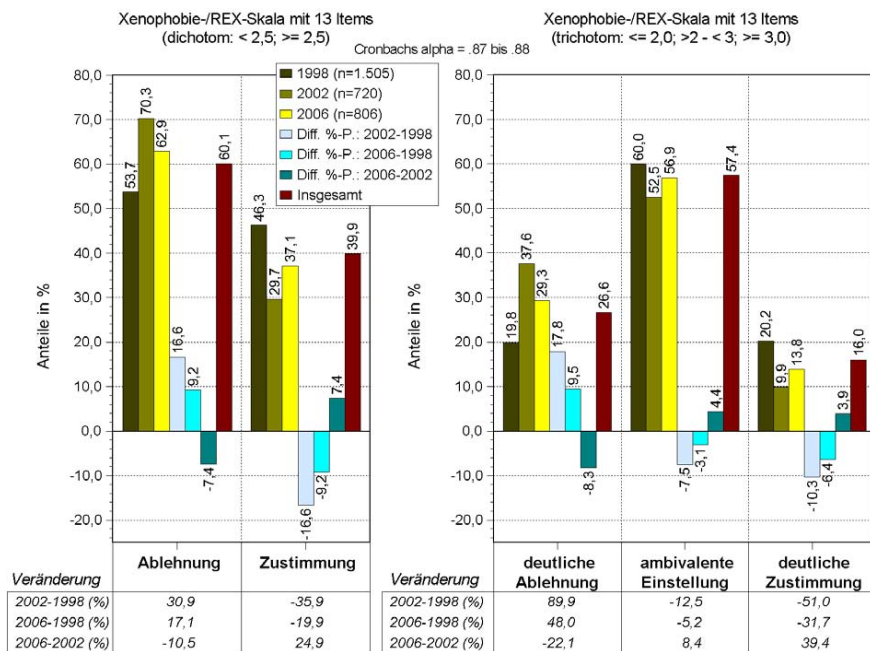
44 Vgl. die in den Histogrammen für 1998, 2002 und 2006 dargestellte Häufigkeitsverteilung der Gesamt-Skalenwerte fremdenfeindlicher/rechtsextremer Einstellungen.





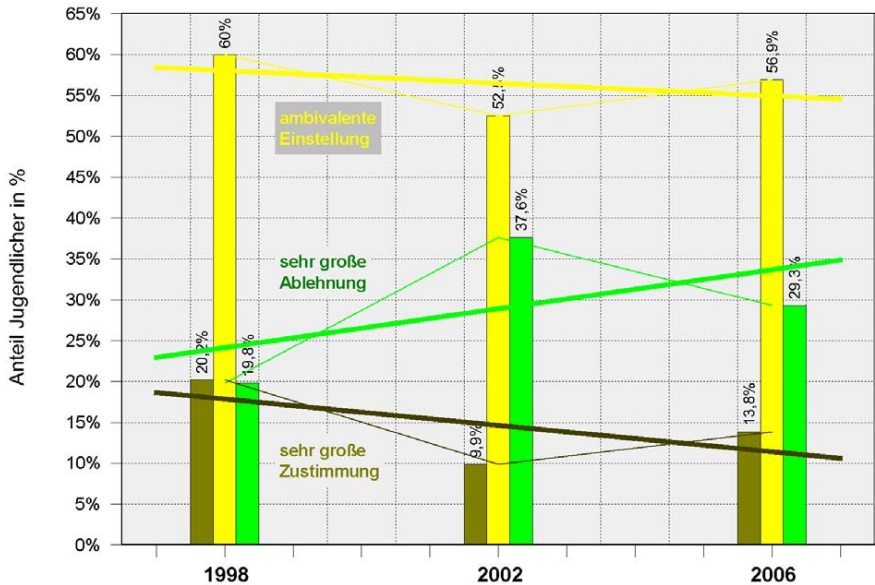
gang im Jahr 2002 (-51%) gegenüber der Ersterhebung 1998 wieder ein deutlicher Anstieg im Jahr 2006 auf 13,8% gegenüber 2002 von 9,9% (+39,4%), auch wenn der hohe Anteilswert von 1998 mit 20,2% nicht wieder erreicht wird. D. h., während 1998 noch jeder fünfte Jugendliche in Greifswald extrem fremdenfeindlich/rechtsextrem eingestellt war, war dies im Jahr 2002 nur jeder 10. und in der aktuellen Erhebung 2006 jeder 7. Jugendliche. Für den kurzzeitigen deutlichen Rückgang im Jahr 2002 kann ein Periodeneffekt angenommen werden, wie dieser bereits für die Entwicklung der Gewalttätterraten beschrieben wurde (vgl. Kapitel A.4 und A.9.1).

Abb. 6.3: Fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen bei Jugendlichen in Greifswald nach Akzeptanzgruppen (1998, 2002 und 2006)



Betrachtet man die Entwicklung der drei Akzeptanzgruppen (vgl. nachstehende Abbildung 6.4), ergeben die Prozentsatzdifferenzen – auch wenn kein linearer Trend vorliegt – doch den Hinweis darauf, dass sich insbesondere gegenüber 1998 eine Zunahme der Jugendlichen abzeichnet, die fremdenfeindlichen/rechtsextremen Einstellungen dezidiert ablehnend gegenüberstehen. Demgegenüber ergibt sich ein schwacher (nichtsignifikanter) Rückgang der ambivalenten Einstellungen und ein beschriebener (nichtlinearer) Trend in den deutlich zustimmenden Gruppen mit einem Anstieg im Jahr 2006 gegenüber 2002, der aber signifikant unterhalb des Niveaus von 1998 bleibt.

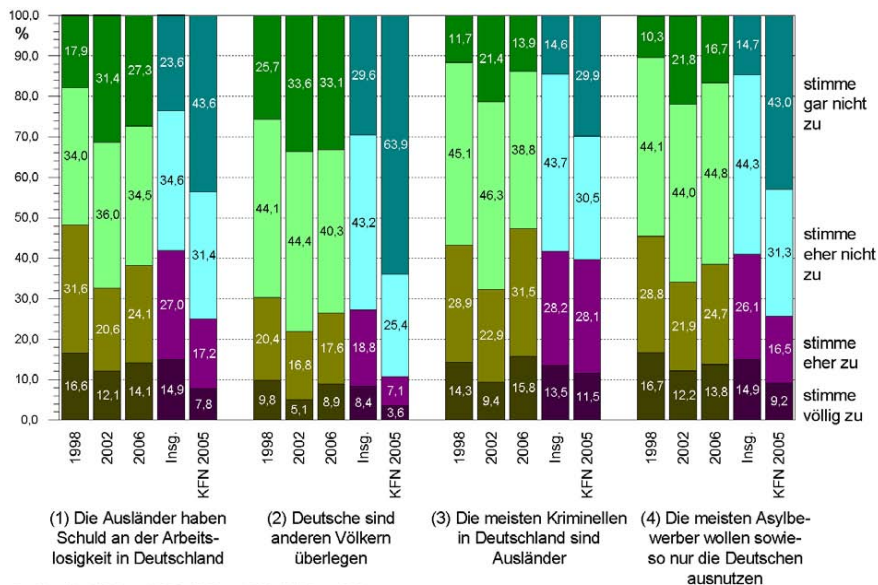
Abb. 6.4: Entwicklung fremdenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen bei Jugendlichen in Greifswald (1998, 2002 und 2006) nach unterschiedlichen Akzeptanzgruppen



Hinsichtlich der Einordnung dieser Verhältnisse haben wir zum Vergleich die aktuellen Ergebnisse der KFN-Schülerbefragungen herangezogen (s. o. Kapitel A.3). Das KFN hat in seiner Studie 2005 das Konstrukt Rechtsextremismus auf etwas andere Weise operationalisiert. Einbezogen sind in diese Skalenkonstruktion mit theoretischem Bezug an das von *Heitmeyer* (1987; 1992) entwickelte Rechtsextremismus-Konzept auf Grundlage seiner Desintegrations-theorie zunächst fremdenfeindliche und ethnozentristische/chauvinistische Items (als dem Grad der Zustimmung zu einer „Ideologie der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit“ von Personen), die mit einer eigenständigen Skala „Fremdenfeindlichkeit“ operationalisiert wurden. Darüber hinaus wird dann, *Heitmeyer* weiter folgend, diese Skala ergänzt um das Konstrukt „Akzeptanz von Gewalt zur Durchsetzung als legitim erachteter Ziele“. Durch die Zusammenführung von fremdenfeindlichen und gewaltaffinen Items (die wir bereits gesondert erörtert haben), wird dann eine Skala „Rechtsextremismus“ generiert. Um dennoch einen Vergleich zu ermöglichen, haben wir zunächst die identisch erhobenen vier Items zur Fremdenfeindlichkeit herangezogen (vgl. nachstehende Abbildung 6.5).<sup>45</sup>

45 In diesen interregionalen Vergleich sind darüber hinaus nur Einstellungen von befragten Jugendlichen mit zwei deutschen Elternteilen einbezogen, um eine Verzerrung der Anga-

Abb. 6.5: Fremdenfeindliche Einstellungen bei Jugendlichen in Greifswald (1998, 2002 und 2006) im Vergleich mit der KFN-Studie 2005



Greifswald: 1998: n=1.505, 2002: n=720, 2006: n=806

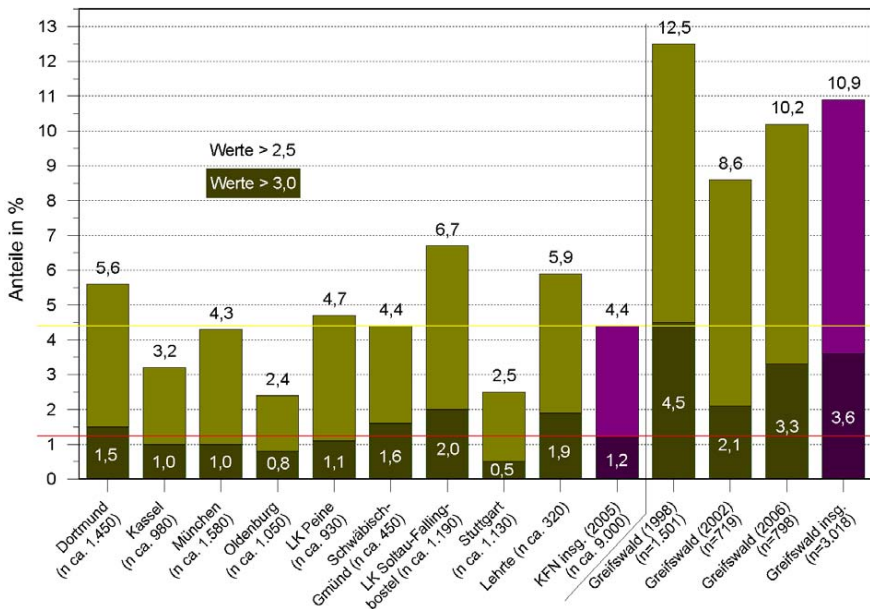
KFN: Item 1: n=8.959, Item 2: n=8.919, Item 3: n=8.926, Item 4: n=8.918; nur Jugendliche mit zwei deutschen Elternteilen

Wie die prozentualen Anteile der unterschiedlichen Zustimmungsguppen für alle vier fremdenfeindlichen Aussagen ausweisen, ergeben sich ganz erhebliche Unterschiede zwischen den Greifswalder Jugendlichen und anderen deutschen Jugendlichen aus den in den Vergleich einbezogenen 7 Städten und zwei Landkreisen (s. o., vgl. *Baier u. a.* 2006). Die Greifswalder Jugendlichen sind diesbezüglich sehr viel stärker fremdenfeindlich eingestellt. Vergleicht man auch die solche Aussagen deutlich ablehnenden Jugendlichen, dann wird dieser drastische Unterschied besonders augenfällig. So lehnen beispielsweise 64% der Jugendlichen aus anderen Regionen die Aussage „Deutsche sind anderen Völkern überlegen“ dezidiert ab, in Greifswald sind dies aber (über alle Erhebungen zusammen) knapp 30%. Wie die bisherigen Befunde hierzu bereits deutlich werden lassen, besteht bei Greifswalder Jugendlichen in dem Bereich der Ressentiments gegenüber Ausländern in Verbindung mit einer chauvinistischen/ethnozentristischen Einstellung – insbesondere im Vergleich mit anderen deutschen Jugendlichen – ein erheblicher, geradezu dringender Bedarf an interkultureller Aufklärung und Prävention.

ben aufgrund einer nichtdeutschen oder ethnisch gemischten Familiensituation möglichst auszuschließen.

In Erweiterung des Vergleichs mit anderen deutschen Jugendlichen haben wir die rechtsextremen Jugendlichen nach der KFN-Operationalisierung (hohe Fremdenfeindlichkeit *und* hohe Gewaltakzeptanz) ermittelt. Die Ergebnisse dieses interregionalen Vergleichs sind in der Abbildung 6.6 dargestellt.

Abb. 6.6: Fremdenfeindliche/rechtsextreme *und* gewaltaffine Einstellungen bei Jugendlichen in Greifswald (1998, 2002 und 2006) im Vergleich mit der KFN-Studie 2005



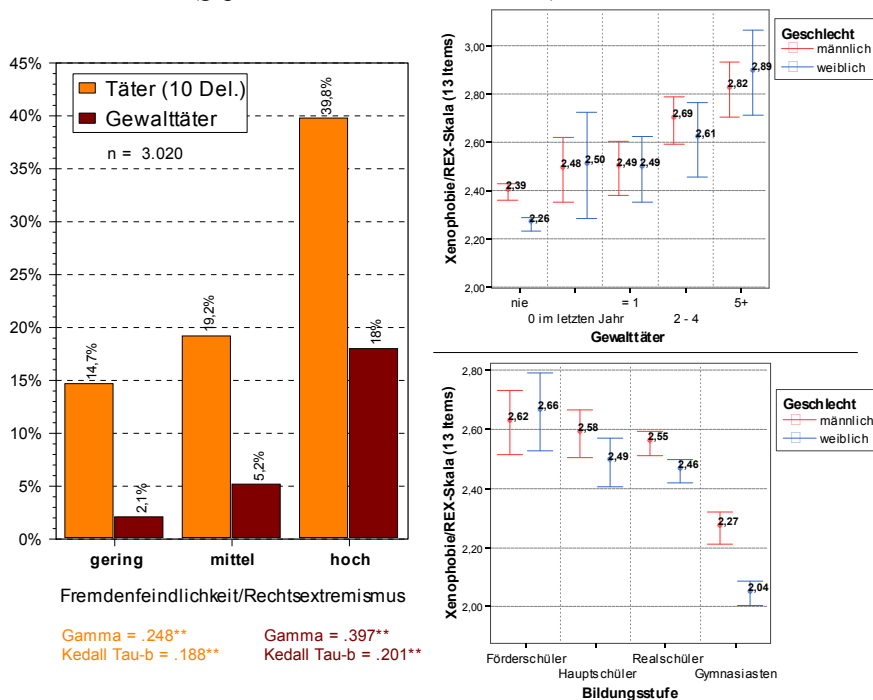
Einbezogen sind in einer Verknüpfung 4 fremdenfeindliche und 11 gewaltaffine Items mit der Schrankenbildung (> 2,5 und > 3) analog der KFN-Operationalisierung. KFN: nur Jugendliche mit zwei deutschen Elternteilen.

Auch in diesem nach sehr „harten“ Kriterien operationalisierten Rechtsextremismus-Vergleich ergibt sich für die Greifswalder Jugendlichen ein äußerst bedenkliches Bild. So beträgt in der aktuellen Erhebung 2006 die Rate der Greifswalder Jugendlichen mit überwiegend zustimmenden Einstellungen gegenüber fremdenfeindlichen/rechtsextremen *und* gewaltakzeptierenden Aussagen das 2,3-fache des Anteils deutscher Jugendlicher in anderen Regionen. Bei den solchen Aussagen durchweg zustimmenden Jugendlichen liegt der Anteil Greifswalder Jugendlicher sogar um fast das 3-fache höher. Demnach verfügt jeder 10. Greifswalder Jugendliche über eine sehr ausgeprägte fremdenfeindliche Einstellung, die mit einer hohen Gewaltaffinität gepaart ist, und jeder 30. Jugendliche verfügt diesbezüglich über ein äußerst extremes Einstellungsmuster.

Vor diesem Hintergrund sind präventive Bemühungen in mehrfacher Hinsicht dringend angezeigt. Dass es sich dabei – neben einer an Menschenrechten

und interkultureller Toleranz ausgerichteten Präventionsarbeit – auch um Gewaltprävention im Sinne einer an zivilgesellschaftlichen Werten orientierten Konfliktregelung handeln sollte, haben die bereits oben dargestellten Befunde verdeutlicht. Diesbezüglich ergeben sich gerade auch mit fremdenfeindlichen/rechtsextremen Orientierungen und Gewaltdelinquenz hochsignifikante Zusammenhänge (vgl. Abbildung 6.7).

Abb. 6.7: Zusammenhang zwischen Mehrfachtäterraten und fremdenfeindlichen/rechtsextremen Einstellungen bei Jugendlichen in Greifswald (gepoolter Datensatz 1998 - 2006)



Wie aus der Grafik ersichtlich ist, steigt der Anteil der Mehrfachtäter, die im rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum mindesten fünf Delikte begangen haben, mit dem Grad der Akzeptanz gegenüber fremdenfeindlichen und rechtsextremen Aussagen. Im Vergleich mit Jugendlichen, die keine fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen aufweisen, steigt die Mehrfachtäterraten um fast das 3-fache bei Jugendlichen mit entsprechend stark ausgeprägten Zustimmungswerten. Bei den Gewalttätern ist dieser Anstieg noch ausgeprägter und erreicht fast das 9-fache. Auch hierbei erweist sich das Bildungsniveau der Jugendlichen wiederum als ein zentrales Hintergrundmerkmal. Gymnasiasten ins-

gesamt (und hierbei mehr noch Mädchen) stehen solchen fremdenfeindlichen/rechtsextremen Einstellungen deutlich ablehnender gegenüber als ihre Mitschüler in anderen Schularten. Die männlichen Schüler der anderen Schulformen unterscheiden sich dabei in ihren deutlich höheren Zustimmungswerten kaum voneinander, während sich die weiblichen Schüler der mittleren Bildungsstufe mit geringerem Indexwert noch signifikant von den Förderschülerinnen, nicht aber von den Hauptschülerinnen unterscheiden. Insgesamt zeigt sich hier ein sehr ähnliches Beziehungsmuster wie das bereits oben im Zusammenhang mit gewaltaffinen Einstellungen erörterte.

Im Kontext mit gewaltaffinen Einstellungen ergibt sich damit auch für fremdenfeindliche und rechtsextreme Orientierungen ein besonderer Risikofaktor für personale Gewalt. Allerdings kann dieser Zusammenhang an dieser Stelle nicht kausal interpretiert werden, da in diesem Beziehungsgeflecht die Gewaltakzeptanz (als eine intervenierende Moderatorvariable) eine zentralere Rolle spielen dürfte. Inwieweit fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen einen eigenständigen Einfluss auf das aktive Gewalthandeln der Jugendlichen ausüben, werden wir in zusammenfassenden Modellen mit weiteren bedeutsamen Prädiktoren für Gewaltdelinquenz unter Berücksichtigung der Usedomer Daten in Kapitel B.8 ausführlich erörtern.

Zusammenfassend ergeben sich hinsichtlich der Verbreitung von fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen unter den befragten Greifswalder Jugendlichen in der aktuellen Erhebung 2006 beträchtliche Akzeptanzraten. Jeder dritte Greifswalder Jugendliche (37,1%) äußert sich tendenziell zustimmend gegenüber fremdenfeindlichen und rechtsextremen Aussagen, jeder siebte Jugendliche (13,8%) verfügt diesbezüglich über ein sehr extrem ausgeprägtes Einstellungsmuster. Rund 10% stimmen gewaltaffinen Einstellungen in der Verknüpfung mit fremdenfeindlichen/rechtsextremen Orientierungen zu, etwa 4% in extremster Weise. Diese hohen Akzeptanzwerte liegen im Vergleich mit anderen hier herangezogenen repräsentativen regionalen Untersuchungen in westdeutschen Städten und Landkreisen – je nach Operationalisierung der verwendeten Skalen – um das 2,3- bis 3-fache höher. Allerdings weisen andere repräsentative Untersuchungen in ostdeutschen Städten und Regionen oder Studien, die einen Bundesländer- bzw. Ost-West-Vergleich ermöglichen, übereinstimmend auf eine diesbezüglich generell höhere Belastung in den neuen Bundesländern hin, so dass die weite Verbreitung solcher Einstellungen, wie wir sie unter den Greifswalder Jugendlichen ermittelt haben, unter ostdeutschen Jugendlichen leider einen „normalen“ Befund darstellt. Darüber hinaus verdeutlicht aber u. a. die Langzeitstudie zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (GMF-Survey; vgl. *Heitmeyer u. a.* 2002-2008), dass fremdenfeindliche oder rechtspopulistische Einstellungen nicht nur ein jugendspezifisches Problem darstellen, sondern solche Einstellungen in höheren Altersgruppen zum Teil noch sehr viel ausgeprägter verbreitet sind – bei wiederum deutlich höheren Zustimmungswerten in

den neuen Bundesländern (vgl. GMF-Survey: *Endrikat* 2006, S. 101 ff.; *Babka von Gostomski/Küpper/Heitmeyer* 2006).<sup>46</sup>

Ferner ergibt sich bzgl. der fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen unter den Greifswalder Jugendlichen der interessante Befund, dass sich männliche und weibliche Schüler kaum – jedenfalls statistisch nicht signifikant – unterscheiden. Bei rd. 37% tendenziell fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen zustimmenden Jugendlichen sind dies Mädchen zu rd. 35% und Jungen zu rd. 40%. In der Gruppe mit einem besonders extremen Einstellungsmuster (13,8%) sind dies 13,2% der Mädchen und 14,4% der Jungen.

Als herausragender differenzieller Faktor erweist sich auch in unserer Studie die Bildung, wobei sich über alle drei Erhebungen hinweg durchgängig die Gymnasiasten mit den geringsten Akzeptanzwerten von den Schülern anderer Schulformen signifikant unterscheiden. Aber auch noch rd. 22% der Gymnasiasten zeigen tendenziell zustimmende Einstellungen in der aktuellen Erhebung 2006. Bei den Realschülern sind dies rd. 42%, bei den Hauptschülern rd. 44% und bei den Förderschülern sogar rd. 67%. In der Gruppe mit einem besonders extrem ausgeprägten Einstellungsmuster sind dies noch 7,1% der Gymnasiasten, 15,3% der Hauptschüler, 16,9% der Realschüler und 29,1% der Förderschüler.

## 6.2 Einstellungen gegenüber verschiedenen Gruppen

Innerhalb des Bereichs von gesellschaftspolitischen Orientierungen haben wir die Jugendlichen darüber hinaus gebeten, uns ihre Einstellungen gegenüber verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Jugendsubkulturen sowie ihr politisches Interesse und ihre Sympathie gegenüber den etablierten politischen Parteien in Deutschland auf verschiedenen Skalen anzugeben.

In Tabelle 6.1 sind zunächst die prozentualen Anteile der Jugendlichen mit einer dezidiert ablehnenden und gleichgültigen Einstellung gegenüber aufgrund ihrer ausländischen Herkunft, ihrer religiösen oder sexuellen Orientierung oder

---

46 Als Erklärung des Ost-West-Unterschiedes wird von den GMF-Studienautoren zusammenfassend ausgeführt: „Im Osten finden sich insbesondere vier Einstellungsmuster, die stärker angegeben werden als im Westen: Erstens eine stärkere Angst vor Arbeitslosigkeit, zweitens ein Gefühl der Machtlosigkeit in Politik und Gesellschaft, drittens die Wahrnehmung von zunehmenden Schwierigkeiten bei der Herstellung von sozialer Einbindung und stabilen zwischenmenschlichen Beziehungen (generelle sozio-emotionale Desintegration) und viertens werden Law-and-Order-Parolen (autoritäre Aggression) im Osten noch mehr unterstützt als im Westen. Bei der Kontrolle der sozialen Lage und weiterer Kontrollvariablen sind es vor allem das Gefühl der Machtlosigkeit in Politik und Gesellschaft und die generelle sozio-emotionale Desintegration aus dem Bereich Soziale Desintegration sowie die Autoritäre Aggression (Law-and-Order-Parolen) aus dem Bereich des Autoritarismus, die den Effekt der Ost-West-Unterscheidung auf die Fremdenfeindlichkeit erklären können“ (*Babka von Gostomski/Küpper/Heitmeyer* 2006, Internetpublikation „Fremdenfeindlichkeit in den Bundesländern“, S. 1; ausführlich *Babka von Gostomski/Küpper/Heitmeyer* 2007).

aufgrund ihrer sozial deprivierten Lage oder wegen ihrer physischen und/oder psychischen Handicaps unterschiedenen Gruppen dargestellt. Auch hier zeigt sich ein sehr kohärentes Bild mit den bisherigen Befunden zu fremdenfeindlichen/rechtsextremen Einstellungen. Auch wenn sich dieses Bild gegenüber 1998 etwas verbessert hat, so werden doch in den Erhebungen 2002 und 2006 auf relativ hohem Niveau verbleibend solche Gruppen von im Durchschnitt jedem sechsten bis fünften Jugendlichen mit einer ablehnenden Einstellung bewertet.<sup>47</sup>

Erschreckend hoch – mit steigender Tendenz – sind auch die negativen Haltungen gegenüber behinderten (2006: 10,4%) und insbesondere obdachlosen Personen (2006: 26%). Aufgrund der statistisch hohen positiven Assoziationen in den Bewertungen gegenüber den verschiedenen Gruppen, kann dies auch als Beleg dafür gelten, dass entsprechend ablehnend eingestellte Jugendliche einen sehr weit gefassten Begriff der „Fremdenfeindlichkeit“ aufweisen, deren Konnotation sich eben nicht nur bzw. überwiegend auf Personen mit einem Migrationshintergrund beschränkt (s. o. Kapitel A.6.1).

Tabelle 6.1: Einstellungen gegenüber verschiedenen Bevölkerungsgruppen bei Jugendlichen in Greifswald (1998, 2002 und 2006), Anteile in %

<i>Wie findest Du die folgenden Gruppen?</i>	<b>Ausländer/ Asylbewerber</b>			<b>„Zigeuner“</b>			<b>Juden</b>		
	1998	2002	2006	1998	2002	2006	1998	2002	2006
nicht sympathisch, die lehne ich ab	31,3	21,0	19,4	34,0	20,8	20,9	22,9	17,4	15,8
interessieren mich nicht, sind mir gleichgültig	28,1	27,3	29,6	32,6	34,1	35,6	34,3	31,8	32,6

<i>Wie findest Du die folgenden Gruppen?</i>	<b>geistig, körperlich o. seelisch Behinderte</b>			<b>Obdachlose</b>			<b>Homosexuelle</b>		
	1998	2002	2006	1998	2002	2006	1998	2002	2006
nicht sympathisch, die lehne ich ab	6,7	7,8	10,4	24,1	22,0	26,0	21,8	19,1	21,4
interessieren mich nicht, sind mir gleichgültig	20,7	21,1	25,2	35,4	30,4	35,6	25,3	21,7	24,4

$n_{(1998)} = 1.503$ ;  $n_{(2002)} = 717$ ;  $n_{(2006)} = 824$

47 Im Erhebungsbogen konnten die Jugendlichen ihre Einstellungen gegenüber den aufgeführten Gruppen nach vier verschiedenen Haltungen einstufen: „nicht sympathisch, die lehne ich ab“, „interessieren mich nicht, sind mir gleichgültig“, „lehne ich nicht ab, sollen aber unter sich bleiben“ und „sympathisch, kann mir Kontakt vorstellen“. In vorstehender Tabelle 6.1 sind die jeweiligen Prozentanteile der ablehnend und gleichgültig eingestellten Jugendlichen ausgewiesen.



In diesem Kontext haben wir die Jugendlichen auch nach ihrer Nähe oder Distanz gegenüber einer Auswahl von jugendtypischen Gruppen mit besonderen (sub-)kulturellen aber auch politischen Stil-Merkmalen befragt. In diese Auswahl haben wir folgende sechs Gruppen einbezogen: Punks, Raver (Techno-Fans), linke Autonome, Umweltschützer (Ökos), Hooligans und rechtsextreme Skin-Heads (vgl. nachstehende Tabelle 6.2).<sup>48</sup> Wie aus der Tabelle zu entnehmen ist, erreichen die eher unpolitischen Techno-Fans unter den Jugendlichen die höchsten Zustimmungsanteile, wenn auch, als zeitabhängige Modeströmung, mit deutlich abnehmenden Werten. Diese an der spezifischen Techno-Musik und den damit verbundenen Ausdrucksformen der Bewegung, Sprache, Mode und Freizeitgestaltung orientierte jugendkulturelle Strömung erfährt dementsprechend auch die geringste Ablehnung von den befragten Jugendlichen.

Im Bereich der politisch eher „links“ stehenden Protest- und Alternativkulturen haben die Punks aufgrund ihrer heute mehr an Spaß, Musik und äußerer Darstellung orientierten Stilformen in Verbindung mit einer eher distanzierteren Haltung gegenüber Gewalt eine recht hohe Akzeptanz. Der Anteil Jugendlicher, die Punks eher ablehnen, hat sich verringert und liegt in der Erhebung 2006 etwas über dem Anteil der Befürworter. Hinsichtlich der Größenordnungen recht ähnlich, allerdings mit umgekehrtem Trend – verhält es sich mit den Zustimmungs- und Ablehnungswerten gegenüber Umweltschützern. Die Zustimmung nimmt deutlich ab (41% auf 23,1%), während die Ablehnung – allerdings nicht so stark – zunimmt (23,4% auf 29,7%). Im Unterschied zu diesen Gruppen sind für die Autonomen (im linken Spektrum) und die Skinheads (im rechten Spektrum) sowie die Hooligans (im Bereich des Sports) eine hohe Gewaltakzeptanz und eine ausgeprägte Gewaltbereitschaft ein charakteristisches Merkmal ihrer subkulturellen Orientierung, auch wenn sich die jeweiligen Motive, Gegner und andere Aggressionsziele grundlegend voneinander unterscheiden (vgl. zusammenfassend *Schäfer-Vogel* 2007).

Die Autonomen werden von den Greifswalder Jugendlichen als eine eher unbedeutende Gruppe wahrgenommen, was sich auch im höchsten Anteil der diese als unbekannt einstufenden Jugendlichen zeigt (37,8%). Nur zwischen 1,5 und 2,3% der Jugendlichen sieht sich dieser Gruppe zugehörig und rd. 5% finden Autonome „ganz gut“. Auch die Ablehnung und Gegnerschaft ist mit rd. 29% eher mit den Werten der bisher beschriebenen Gruppen der Punks, Umweltschützer und Techno-Fans vergleichbar.

---

48 Die Frage hierzu lautet: „Hier stehen einige Gruppen von Leuten, die von sich reden machen: Wie stehst Du zu den einzelnen Gruppen? Was trifft für dich zu:“ Diesbezüglich konnten folgende Antwortvorgaben angekreuzt werden: (1) „ich rechne mich selbst dazu/lebe so ähnlich“, (2) „gehöre nicht dazu, finde solche Leute aber ganz gut“, (3) „die Gruppe ist mir ziemlich egal/kann ich tolerieren“, (4) „die Gruppe kann ich nicht so gut leiden“, (5) „das sind Gegner/Feinde von mir/ich bekämpfe sie“ und (6) „noch nie gehört/kann mir nichts darunter vorstellen“. In der Tabelle sind die Prozentanteile jeweils für die beiden gegensätzlichen Einstellungsgruppen dargestellt.

Tabelle 6.2: Einstellungen gegenüber verschiedenen (sub-)kulturellen Jugendgruppen bei Jugendlichen in Greifswald (1998, 2002 und 2006), Anteile in %

<i>Was trifft für Dich zu?</i>	<b>Hooligans</b>			<b>Skin-Heads</b>			<b>Punks</b>		
	1998	2002	2006	1998	2002	2006	1998	2002	2006
(1) ich rechne mich selbst dazu/ lebe so ähnlich	3,0	2,4	3,8	5,0	4,1	2,9	2,4	5,4	4,7
(2) gehöre nicht dazu, finde solche Leute aber ganz gut	8,0	4,7	8,0	9,2	6,2	6,5	16,3	20,9	20,8
<i>(1+2) % kumuliert</i>	<i>11,0</i>	<i>7,1</i>	<i>11,8</i>	<i>14,2</i>	<i>10,2</i>	<i>9,4</i>	<i>18,7</i>	<i>26,3</i>	<i>25,6</i>
(4) die Gruppe kann ich nicht so gut leiden	51,6	49,7	46,8	49,9	48,1	42,4	31,5	26,1	24,6
(5) das sind Gegner /Feinde von mir/ich bekämpfe sie	10,8	15,5	10,5	11,5	18,2	15,6	7,6	7,1	6,1
<i>(4+5) % kumuliert</i>	<i>62,4</i>	<i>65,2</i>	<i>57,3</i>	<i>61,4</i>	<i>66,3</i>	<i>58,0</i>	<i>39,1</i>	<i>33,2</i>	<i>30,7</i>
<i>Was trifft für Dich zu?</i>	<b>Autonome</b>			<b>Umweltschützer</b>			<b>Raver (Techno-Fans)</b>		
	1998	2002	2006	1998	2002	2006	1998	2002	2006
(1) ich rechne mich selbst dazu/ lebe so ähnlich	2,3	2,1	1,5	5,6	3,3	2,6	18,5	18,0	8,5
(2) gehöre nicht dazu, finde solche Leute aber ganz gut	5,5	5,6	4,4	35,4	24,7	20,5	36,0	27,1	18,3
<i>(1+2) % kumuliert</i>	<i>7,8</i>	<i>7,7</i>	<i>5,9</i>	<i>41,0</i>	<i>28,0</i>	<i>23,1</i>	<i>54,5</i>	<i>45,0</i>	<i>26,7</i>
(4) die Gruppe kann ich nicht so gut leiden	24,5	24,8	23,8	16,8	21,4	22,3	10,1	15,9	20,7
(5) das sind Gegner /Feinde von mir/ich bekämpfe sie	6,0	4,4	3,5	6,6	6,4	7,4	1,6	5,6	3,3
<i>(4+5) % kumuliert</i>	<i>30,5</i>	<i>29,2</i>	<i>27,3</i>	<i>23,4</i>	<i>27,8</i>	<i>29,7</i>	<i>11,7</i>	<i>21,5</i>	<i>24,0</i>

$n_{(1998)} = 1.491$ ;  $n_{(2002)} = 715$ ;  $n_{(2006)} = 815$

Demgegenüber fallen die Einstellungen gegenüber Skinheads und Hooligans unter den befragten Jugendlichen sehr stark auseinander.

Die Zugehörigkeits- und Zustimmungsanteile bei den Skinheads weisen im Referenzzeitraum eine abnehmende Tendenz auf. Bekannten sich 1998 noch 5% dieser Gruppe zugehörig, waren es 2006 noch rd. 3%. Der Anteil derjenigen Jugendlichen, die Skinheads „gut“ finden, ging von rd. 9% auf 6,5% zurück. Damit sind im Jahr 2006 insgesamt noch etwa 9,4% der befragten Jugendlichen Skinheads gegenüber positiv eingestellt. Bei den Hooligans, die im Übrigen in der Mehrzahl über fremdenfeindliche/rechtsextreme Einstellungen verfügen, wie dies unsere Analysen zeigen, ergeben sich recht konstante Größenverhältnisse über den gesamten Erhebungszeitraum hinweg. Die Zugehörigkeitsanteile mit im Mittel ca. 3,3% ebenso wie die Zustimmungsanteile mit etwa 7,5% liegen etwas über denen bei Skinheads. Interessant ist, dass diese beide Gruppen unter den Jugendlichen sehr stark polarisieren und im Vergleich mit allen anderen Gruppen auf die höchste Ablehnung und Gegnerschaft stoßen. Von durchschnittlich etwa 60% der befragten Jugendlichen werden Skinheads und Hooligans gleichermaßen negativ beurteilt.

Unter sozial- und entwicklungspsychologischer, aber auch präventiver Sicht ist dies ein wichtiger Befund, da in den Phasen des Übergangs von der Kindheit zur Jugend und in der Jugend relevante Gleichaltrigengruppen für die Entwicklung der sozialen Identität als Teil des Selbstkonzeptes (vgl. *Tajfel* 1978; *Tajfel/Turner* 1986) zunehmend an Bedeutung gewinnen. Diese Bedeutung liegt vor allem in der emotionalen Kohäsion und den normativen Urteilsbildungen (Einstellungen) sowie den damit korrespondierenden Verhaltensweisen, die wechselseitig eine Zugehörigkeit zur Gruppe und das Selbstverständnis einer Gruppe – gerade auch im Vergleich mit anderen Gruppen – kennzeichnen.

Insbesondere bei Minderheitengruppen wird darüber hinaus das Ausmaß der Konformität, der intraindividuellen (diachronen) und der interindividuellen (synchronen) Konsistenz sowie das (interne und externe) Gruppenverhalten durch eine Ablehnung oder gar Gegnerschaft von relevanten Mehrheitengruppen in Richtung einer gesteigerten Salienz der Einstellungs-Verhaltens-Korrespondenz beeinflusst, was zu einer weiteren Verstärkung der Intergruppendifferenzierung und negativen Stereotypisierungen führt (vgl. zusammenfassend *Stroebe/Jonas/Hewstone* 2002, S. 451 ff.).

Die beschriebenen Prozesse erschweren präventive Interventionen erheblich, um solche Gruppen zu erreichen und „aufzubrechen“ und eine Einstellungs- und Verhaltensänderung herbeizuführen, zumal hierbei die nicht selten ungünstigen sozialen und ökonomischen Hintergrundbedingungen meist in Kombination mit erheblichen Bildungsdefiziten dieser jugendlichen Gruppenangehörigen zu berücksichtigen sind.

### 6.3 Politisches Interesse und Parteipräferenz

Innerhalb der gesellschaftlichen Orientierungen haben wir die Greifswalder Jugendlichen auch nach ihrem allgemeinen politischen Interesse gefragt. Hinsichtlich des nach dem Ausmaß kategorisierten Interesses ergeben sich zunächst die in Tabelle 6.3 dargestellten prozentualen Verteilungen für die drei Erhebungen.

Es bestätigt sich zunächst der aus anderen Jugendstudien bekannte Befund, dass etwa ein Viertel der Jugendlichen sich überhaupt nicht für Politik interessiert (*Shell Jugendstudie* 2006: 24%) und etwa ein Drittel nur sehr wenig (*Shell Jugendstudie* 2006: 40%), damit also mehrheitlich Jugendliche kaum oder überhaupt nicht politisch interessiert sind (Greifswald insgesamt: 55,7%; *Shell Jugendstudie* 2006: 64%).

Tabelle 6.3: Interesse für Politik bei Jugendlichen in Greifswald nach Erhebungsjahr (1998, 2002 und 2006)

			Erhebungsjahr			Gesamt	
			1998	2002	2006		
Politikinteresse	sehr stark/stark	Anzahl	218	82	105	405	
		% von Erhebungsjahr	14,4%	11,4%	12,8%	13,3%	
	mittel	Anzahl	462	224	260	946	
		% von Erhebungsjahr	30,6%	31,2%	31,6%	31,0%	
	wenig	Anzahl	478	218	256	952	
		% von Erhebungsjahr	31,7%	30,3%	31,1%	31,2%	
	überhaupt nicht	Anzahl	351	195	202	748	
		% von Erhebungsjahr	23,3%	27,1%	24,5%	24,5%	
	Gesamt		Anzahl	1509	719	823	3051
			% von Erhebungsjahr	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

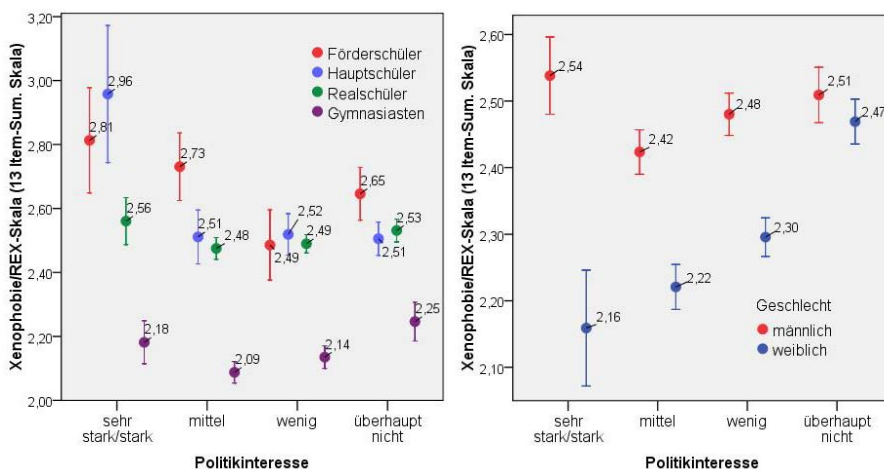
Die Stärke des politischen Interesses ist auch bei den Greifswalder Jugendlichen abhängig von der Bildung und – wie dies andere Jugendstudien zeigen – von einem politisch interessierten Elternhaus, das wiederum in enger Beziehung mit dem Bildungsniveau der Eltern steht (vgl. *Shell Jugendstudie* 2002 und 2006). So sind die Gymnasiasten beiderlei Geschlechts erwartbar signifikant am stärksten allgemein politisch interessiert und unterscheiden sich diesbezüglich am deutlichsten von den Förder- und Hauptschülern mit dem geringsten politischen Interesse.

Über die verschiedenen Ausprägungen des politischen Interesses hinweg ergeben sich allerdings in Verbindung mit dem Bildungsniveau und dem Geschlecht interessante Korrespondenzen mit fremdenfeindlichen/rechtsextremen Einstellungen. So zeigt sich zwar, dass das politische Interesse kein eigenstän-

diger Hauptfaktor für solche Einstellungen darstellt, und dass das Bildungsniveau neben dem Geschlecht erwartbar von größter Bedeutung ist, darüber hinaus ergibt sich allerdings eine signifikante Wechselwirkung zwischen dem politischen Interesse und dem Geschlecht bzgl. rechtsextremer/fremdenfeindlicher Einstellungen (vgl. Abbildung 6.8).

Im Vergleich der Bildungsstufen zeigt sich für alle politischen Interessenstufen ein deutlicher Unterschied zwischen den Gymnasiasten mit den durchgängig niedrigsten fremdenfeindlichen/rechtsextremen Indexwerten auf der einen und den übrigen Schülern mit signifikant höheren Indexwerten auf der anderen Seite. Die Haupt- und Förderschüler zeigen aber in größerem Maße fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen, wenn sie sich als stark oder sehr stark politisch interessiert einstufen.

Abb. 6.8: Zusammenhang zwischen politischem Interesse, Bildung und Geschlecht mit fremdenfeindlichen/rechtsextremen Einstellungen bei Jugendlichen in Greifswald (gepoolter Datensatz 1998 - 2006)

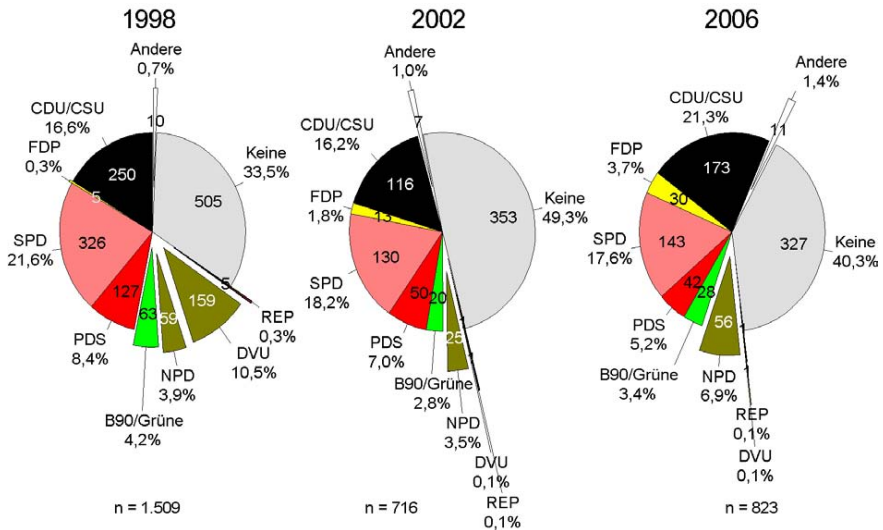


Bei differenzierter Betrachtung trifft dies aber nur auf die männlichen Haupt- und Förderschüler sowie Realschüler zu, da sich die politisch interessierten Schülerinnen im Allgemeinen unabhängig von der Schulform sehr deutlich und hochsignifikant von fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen distanzieren. Auf der anderen Seite scheint ein hohes politisches Interesse bei männlichen Nicht-Gymnasiasten – insbesondere bei Haupt- und Förderschülern – überzufällig häufig mit fremdenfeindlichen/rechtsextremen Orientierungen verbunden zu sein. D. h., fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen bilden bei diesen männlichen Jugendlichen sozusagen konstituierende

und kongruente Elemente des Verständnisses darüber, was mit allgemeinem politischem Interesse gemeint wird.

Diesen allgemein politischen Bereich ergänzend, haben wir die Jugendlichen auch nach ihren Sympathien bzw. Präferenzen für die in Deutschland wirkenden und quantitativ bedeutsamen politischen Parteien gefragt (vgl. Abbildung 6.9).<sup>49</sup>

Abb. 6.9: Parteipräferenzen bei Jugendlichen in Greifswald (1998, 2002 und 2006)



Wie aus den Kreisdiagrammen zu entnehmen ist, bilden in Übereinstimmung mit den Angaben zum politischen Interesse jeweils diejenigen Jugendlichen denen überhaupt keine politische Partei nahesteht, die größte Gruppe. Erwartbar werden von den Parteien die beiden großen Volksparteien CDU/CSU und SPD am stärksten präferiert.

Mit Blick auf das Thema dieses Abschnittes ist die Entwicklung der Sympathie gegenüber rechten Parteien über die Erhebungszeitpunkte hinweg besonders interessant. In der Erhebung 1998 zeigte sich mit zusammen 14,7% die größte Zustimmung der Greifswalder Jugendlichen gegenüber rechten Parteien. Im Jahr 2002 waren es nur 3,7% und in der aktuellen Erhebung 2006 ist dieser

49 Die Frage hierzu lautete: „Welche politische Gruppierung steht Dir alles in allem genommen am nächsten?“ Neben den vorgegebenen Parteien, konnten die Jugendlichen auch „keine“ oder „andere“ in Verbindung mit „welche?“ ankreuzen bzw. angeben.

Anteil auf 7,1% wieder angestiegen.<sup>50</sup> Diese Entwicklung verläuft damit übereinstimmend mit derjenigen, die wir für fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen unter den Jugendlichen ermittelt haben (s. o.). Besonders beachtlich erscheint der Befund, dass unter den Jugendlichen (mit einer Ausnahme 2002) hinsichtlich des Parteienspektrums die rechtsextremen Parteien zusammen nach der CDU/CSU und SPD jeweils die drittstärkste „Gruppierung“ bilden, was wiederum die hohe Relevanz des Problems des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit unterstreicht.

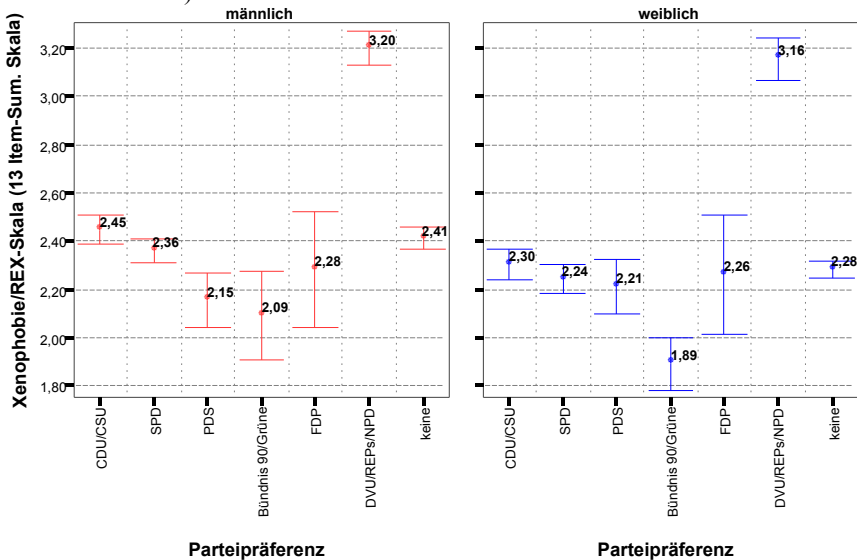
Dass mit einer entsprechend rechtsextremen Parteipräferenz faktisch solche Einstellungen dominieren, wird in der nachstehenden Abbildung 6.10 deutlich. So weisen die männlichen und weiblichen befragten Greifswalder Jugendlichen, die rechtsextremen Parteien Sympathien entgegenbringen, die mit Abstand höchsten Zustimmungswerte auf der Fremdenfeindlichkeit-/Rechtsextremismus-Skala auf. Demgegenüber bilden die jugendlichen Anhänger der Grünen und hier insbesondere die weiblichen Befragten den Gegenpol mit den niedrigsten Indexwerten auf dieser Skala. Diese Befunde kontrastieren im Vergleich mit anderen repräsentativen Jugendstudien, die zudem eine Ost-/Westdifferenzierung erlauben, erheblich. So zeigt sich etwa in den renommierten *Shell Jugend-*

---

50 Solche Schwankungen sind, wie bei den Präferenzen gegenüber anderen Parteien auch, natürlich abhängig von Zeitströmungen, gesellschaftspolitischen Ereignissen und den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, die von den Befragten wahrgenommen werden und auf der Einstellungsebene Präferenzen verstärken, abschwächen oder gänzlich verändern. An dieser Stelle kann aus Raumgründen nicht auf den Forschungsstand der empirischen Wahlforschung eingegangen werden (vgl. *Falter/Schoen* 2005). Allerdings sind gleichwohl zeitbedingte Strömungen im Bereich der rechten Parteipräferenzen vorhanden, die sich etwa bei Bundestagswahlen und Landtagswahlen sowie Kommunalwahlen spürbar auswirken. So hat etwa der hohe Präferenzanteil der DVU (10,5%) gegenüber der NPD (3,9%) unter den befragten Greifswalder Jugendlichen 1998 sicherlich damit zu tun, dass im April 1998 bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt die DVU mit 12,9% der Zweitstimmen das bisher beste Ergebnis einer rechtsextremen Partei (nach Ende des 2. Weltkriegs) in der Geschichte der Bundesrepublik erzielt hat. Dieser Erfolg hatte unter den rechten Parteigängern und Sympathisanten zu einer geradezu euphorischen Stimmung im Hinblick auf die bevorstehende Wahl zum 14. Deutschen Bundestag im September desselben Jahres geführt. Allerdings hat sich daraufhin bundesweit auch eine größere Gegenbewegung formiert, die sich öffentlich wirksam artikulierte. In der Bundestagswahl am 27.9.1998 erreichten schließlich die zerstritten und konkurrierend antretenden rechten Parteien zusammen „lediglich“ 3,3%. Ferner gehen wir in der Greifswalder Erhebung 2002 aufgrund der bereits beschriebenen *kommunalen* Ereignisse und den Reaktionen darauf von einem Periodeneffekt aus, der eine Offenbarung rechtsextremer Einstellungen und rechter Parteipräferenzen unter den befragten Jugendlichen in Greifswald deutlich schwächte (s. o. Kapitel A.4). Demgegenüber nehmen wir aktuell an, dass die hohen Wahlerfolge der DVU und NPD bei den Landtagswahlen in Brandenburg (DVU 6,1%, 6 Sitze), in Sachsen (NPD, 9,2%, 12 Sitze) jeweils am 19.9.2004 und vor allem zuletzt in Mecklenburg-Vorpommern am 17.9.2006 (NPD 7,3%, 6 Sitze) in Verbindung mit einigen lokalen Erfolgen bei den Kommunalwahlen dazu geführt haben, dass eine Präferenz für die NPD unter den befragten rechtsorientierten Jugendlichen besteht.

studien 2002 und 2006, dass extreme Positionen am rechten wie am linken Rand nur von einer Minderheit der Jugendlichen vertreten werden.<sup>51</sup>

Abb. 6.10: Fremdenfeindliche/rechtsextreme Einstellungen nach der Parteipräferenz bei Jugendlichen in Greifswald (gepoolter Datensatz 1998 - 2006)



So ist in den neuen Bundesländern im Erhebungsjahr 2006 der Anteil der sich deutlich „links“ einstuft mit 13% im Vergleich zu 9% in den alten Bundesländern etwas höher. Demgegenüber ergeben sich bei den sich selbst als extrem „rechts“ einstuftenden Jugendlichen mit jeweils nur 4% keine Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern (vgl. *Shell Jugendstudie 2006*, S. 109 f.). Auch hinsichtlich der Parteipräferenzen haben sich in den letzten beiden *Shell Jugendstudien* keine wesentlichen Unterschiede ergeben.<sup>52</sup> Zunächst mit den Greifswalder Daten in Einklang stehend, gaben 41% bzw. 40% der Jugend-

51 Angemerkt sei hier, dass sich die Angaben auf der 11-stufigen „Links-Rechts“-Skala (0-10) mit den Extremwerten 0-2 („Links“) bzw. 8-10 („Rechts“) hier allerdings auf Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren beziehen. Demgegenüber wird die Parteilaffinität für verschiedene Altersgruppen – so auch für die 15- bis 17-Jährigen – vergleichbar ausgewiesen. Diesbezüglich ergeben sich allerdings zwischen den Altersgruppen keine Unterschiede bzgl. der Zustimmungssanteile gegenüber rechtsextremen Parteien.

52 Hier ist aber zu berücksichtigen, dass die Frage nach der Parteipräferenz in der *Shell Jugendstudie* von unserer Formulierung (s. o.) abweicht. Die Formulierung in den *Shell Jugendstudien* lautete „Welche der folgenden Parteien kann Ihrer Meinung nach die Probleme in Deutschland am besten lösen?“, und stellt damit unmittelbar auf eine Kompetenzzuweisung ab. Ein direkter Vergleich ist daher nur bedingt möglich.



lichen an, keiner Partei nahe zu stehen bzw. ihr eine Lösung der Probleme in Deutschland zuzutrauen. Auch gegenüber den beiden großen Volksparteien sind die Zustimmungssanteile in der Tendenz ähnlich: ca. 20% CDU/CSU und ca. 18% SPD. Deutliche Unterschiede in der Parteiaffinität ergeben sich aber bzgl. der „kleinen“ Parteien und hier insbesondere bzgl. der rechtsextremen Parteien. So tendieren in der Altersgruppe der 15- bis 17-Jährigen 6% zu den Grünen, 3% zur FDP und weitere 3% zur PDS, aber nur jeweils 1% der Jugendlichen (Erhebung 2002 und auch 2006) präferieren die rechtsextremen Parteien (vgl. *Shell Jugendstudie* 2006, S. 109 f.).<sup>53</sup> Auch dieser erweiterte Vergleich macht deutlich, dass Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit unter den Greifswalder Jugendlichen ein doch erhebliches Problem darstellt.

## 6.4 Einstellungen gegenüber Polen

Mit Blick auf die *Mitgliedschaft Polens* in der *Europäischen Union* seit dem 1. Mai 2004 und der geographischen Nähe der Hansestadt Greifswald zum Nachbarland Polen, haben wir erstmals in der Erhebung 2002 in einem kurzen Abschnitt des Fragebogens Einstellungen gegenüber Polen und der polnischen Bevölkerung erhoben. Diese Fragen wurden in der Erhebung 2006 wiederholt gestellt, so dass wir zwei Analysedatensätze (zwei Jahre vor und zwei Jahre nach dem Beitritt Polens) für den Vergleich der Einstellungen gegenüber Polen vorliegen haben. Auch unter dem Aspekt einer unbeschreibbar leidvollen deutsch-polnischen Vergangenheit infolge des durch den deutschen Faschismus verursachten 2. Weltkrieges einerseits und des Wiederauflebens rechtsextremer Parteien und Tendenzen in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte bis heute andererseits sind Einstellungen unter den Greifswalder Jugendlichen zu unserem

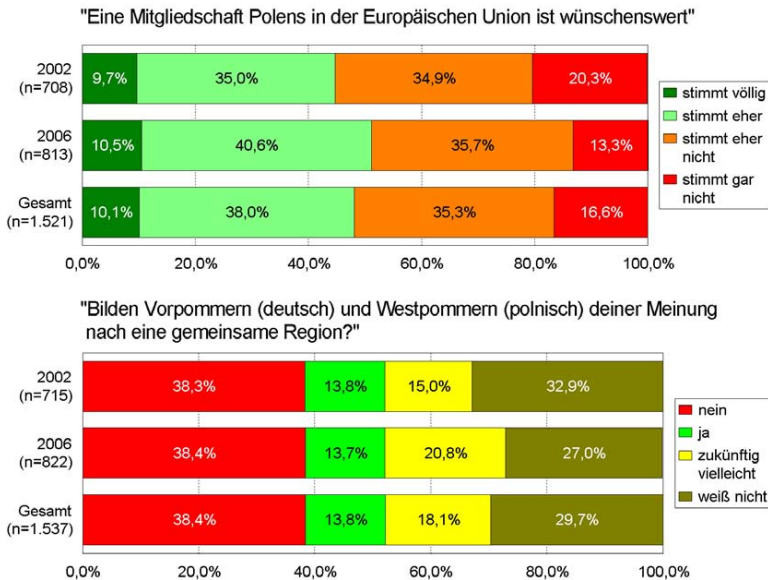
---

53 Bzgl. fremdenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen, aber auch ablehnender Einstellungen gegenüber Behinderten, Obdachlosen usw., weisen andere regionale Studien oder solche, die einen Bundesländer- bzw. Ost-West-Vergleich ermöglichen, in der Mehrzahl – wie bereits erwähnt – allerdings auf eine höhere Belastung in den neuen Bundesländern hin. So z. B. aktuellere Untersuchungen wie die seit 2002 durchgeführte Langzeitstudie „*Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*“ (GMF-Survey) des Instituts für interdisziplinäre Konflikt und Gewaltforschung (IKG) in Bielefeld (*Heitmeyer u. a.* 2002 ff.), die Studien von *Decker/Brähler/Geißler* 2006; *Stöss* 2005 oder *Schroeder* 2004, aber auch regionale Studien in Berlin/Brandenburg (*Niedermeyer/Stöss* 2005) oder in Leipzig und Rostock (*Wetzels/Fabian/Danner* 2001; *Wetzels u. a.* 2000). Insbesondere trifft dies auf die Verbreitung von fremdenfeindlichen Orientierungen zu. Diesbezüglich ergeben sich die deutlichsten Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland bzgl. einer ökonomisch motivierten Fremdenfeindlichkeit, die in Ostdeutschland sehr viel stärker ausgeprägt ist, während demgegenüber in Westdeutschland Antisemitismus und Chauvinismus stärker verbreitet sind. Ferner findet sich hinsichtlich der jüngeren Altersgruppen ein in den östlichen Bundesländern stärker verbreiteter „aggressiver“ und „gewalttätiger“ Rechtsextremismus (vgl. zusammenfassend *Rommelspacher* 2006; *Pfahl-Traugber* 2006; *Babka von Gostomski/Küpper/Heitmeyer* 2007).

Nachbarland Polen hinsichtlich einer gemeinsamen Zukunft innerhalb der Europäischen Union von besonderem Interesse.

Zunächst haben wir die Jugendlichen gefragt, inwieweit eine Mitgliedschaft Polens in der EU wünschenswert sei und ob, im Hinblick auf die historische und regionale Identität Pommerns, Vorpommern auf der deutschen und Westpommern auf der polnischen Seite eine gemeinsame Region bilden würden.

Abb. 6.11: Einstellungen gegenüber Polen bei Jugendlichen in Greifswald (2002 und 2006)

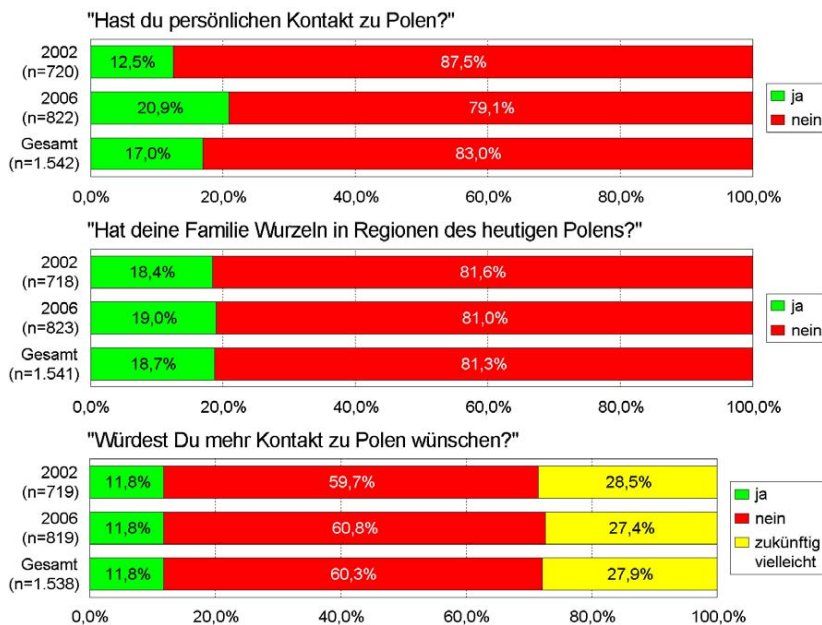


Wie Abbildung 6.11 zeigt, sind die Greifswalder Jugendlichen in der Mehrheit deutlich distanziert gegenüber dem Nachbarland eingestellt. Etwa jeder zweite Jugendliche betrachtet eine EU-Mitgliedschaft Polens als nicht wünschenswert, wobei sich in der aktuellen Erhebung 2006 der Anteil der ablehnenden Jugendlichen gegenüber 2002 etwas verringert hat (von 55,2% auf 49%). Mehr als ein Drittel der befragten Jugendlichen sieht in der Region Vorpommern/Westpommern keine gemeinsame Region, wobei sich auch hier vermutlich im Hinblick auf einen gemeinsamen europäischen Binnenmarkt der Anteil, der dies zukünftig als möglich erachtet, um rd. 6%-Punkte vergrößert hat.

Diese Distanz zeigt sich auch darin, dass der Großteil der Jugendlichen keine persönlichen direkten oder mittelbar familiären Kontakte zu Polen hat (vgl. nachstehende Abbildung 6.12). Nur etwa jeder fünfte Greifswalder Jugendliche hat solche persönlichen Kontakte in der Erhebung 2006 angegeben. Gegenüber der Erhebung 2002 zeigt sich aber auch hier eine steigende Tendenz. Wurden

2002 nur von jedem 8. befragten Greifswalder Jugendlichen persönliche Kontakte mit Polen berichtet, hat sich 2006 der Anteil auf 20,9% erhöht (+67%).

Abb. 6.12: Persönlicher Kontakt zu Polen, familiäre Wurzeln in Polen und Kontaktwunsch gegenüber Polen bei Jugendlichen in Greifswald (2002 und 2006)



Nicht ganz jeder fünfte Jugendliche gab an, dass seine Familie Wurzeln in der Region des heutigen Polens hat. In der Regel stammen die Großeltern bzw. ein Großelternanteil oder die Urgroßeltern und andere Verwandte (z. B. Großtante/-onkel) aus den ehemaligen ostpreußischen und schlesischen Gebieten. In ganz wenigen Einzelfällen ist ein Familienangehöriger oder eine Familienangehörige des befragten Jugendlichen polnischer Herkunft.

Auch hinsichtlich des Wunsches nach mehr Kontakten mit Polen fallen die Angaben hierzu, in beiden Erhebungen fast identisch, deutlich reserviert aus. Ein solcher Kontaktwunsch wird nur von etwa jedem 8. Jugendlichen geäußert (jeweils 11,8%). Nicht ganz jeder dritte Jugendliche kann sich einen solchen Kontaktwunsch in der Zukunft vielleicht vorstellen. Für die große Mehrheit der Jugendlichen (rd. 60%) ist aber ein solcher Wunsch überhaupt nicht vorstellbar.

Wir haben die Jugendlichen auch danach befragt, unter welchen Umständen sie polnische Bürger – abgestuft nach dem Grad möglicher sozialer Konstanz und eigener persönlicher Nähe – in der Region Vorpommern akzeptieren würden oder nicht (vgl. Abbildung 6.13).

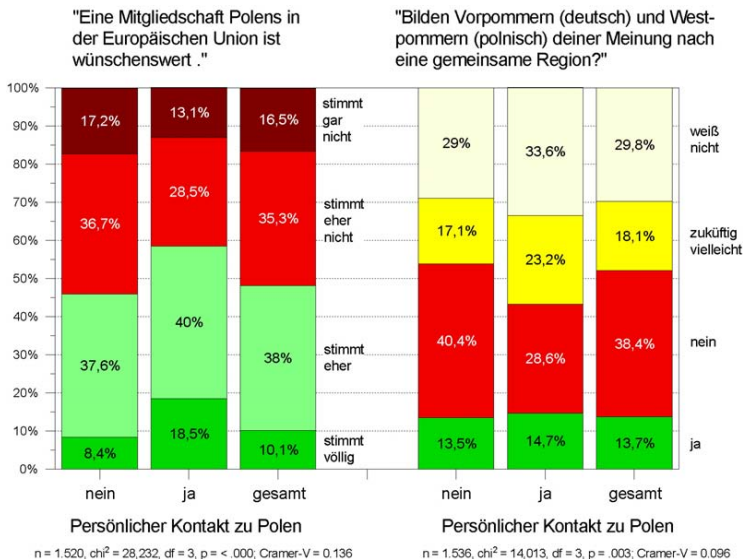
Abb. 6.13: Einstellungen gegenüber Polen bei Jugendlichen in Greifswald (2002 und 2006)



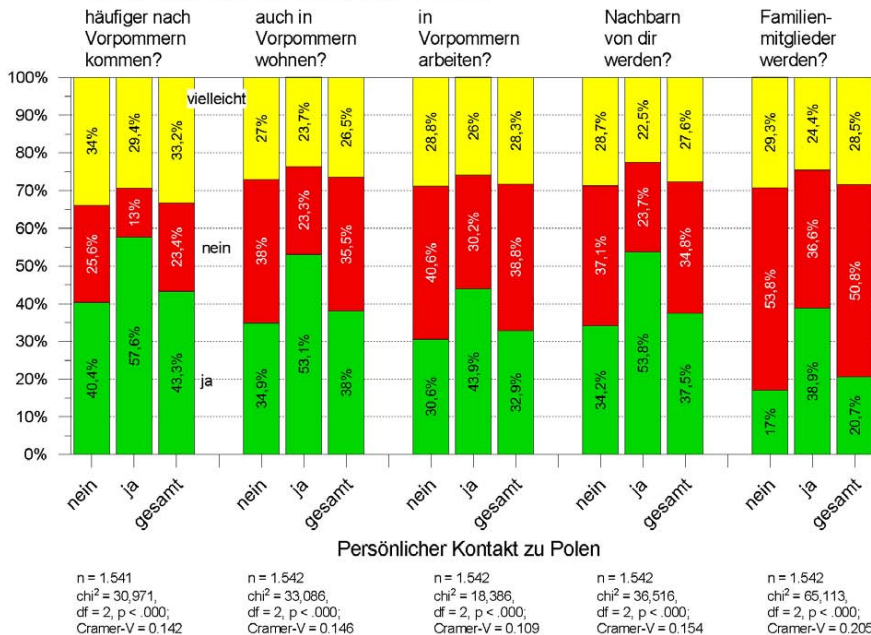
Diesbezüglich ergibt sich in der allgemeinen Tendenz der Befund, dass sowohl im Bereich der grenznahen Mobilität und des Zuzugs von Polen als auch im Bereich der persönlichen Beziehungen zu Polen, die Akzeptanz unter den Jugendlichen gegenüber Polen mit zunehmendem Grad der sozialen Verbindlichkeit und Dauerhaftigkeit einerseits und der persönlichen Nähe andererseits abnimmt und vice versa die Ablehnung zunimmt bei gleichzeitig relativ konstant bleibenden Anteilen der hierzu unentschiedenen bzw. ambivalent eingestellten Jugendlichen. Mit Ausnahme der Möglichkeiten einer beruflichen Tätigkeit von Polen in Vorpommern und einer familiären Beziehung mit einem Polen oder einer Polin, die beide durchweg die höchsten Ablehnungsquoten erfahren, ergeben sich aber im Vergleich der beiden Erhebungszeiträume 2006 gegenüber 2002 tendenziell leicht zunehmende Akzeptanzraten hinsichtlich der anderen aufgeführten Einstellungsfragen gegenüber Polen.

Mit Blick auf diejenigen Jugendlichen, die einen persönlichen Kontakt mit Polen oder familiäre Wurzeln haben, sind wir der Frage nachgegangen, inwieweit dies die ablehnenden Einstellungen gegenüber Polen vermindert (vgl. nachstehende Abbildung 6.14 und 6.15).

Abb. 6.14/6.15: Einstellungen gegenüber Polen in Abhängigkeit vom persönlichen Kontakt zu Polen bei Jugendlichen in Greifswald (gepoolter Datensatz 2002 und 2006)



"Bist du einverstanden damit, dass Polen ..."



Wie die Abbildungen 6.14 und 6.15 zeigen, bestehen in Abhängigkeit von bereits bestehenden Kontakten zu Polen bzgl. aller hier einbezogenen Fragen und Aussagen signifikant häufiger positive bzw. geringere negative Einstellungen gegenüber Polen. So sind Jugendliche mit persönlichen Kontakten zu Polen gegenüber einer Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union mehrheitlich aufgeschlossener als Befragte ohne persönlichen Kontakt. Auch die Frage nach einer gemeinsamen Region Pommerns wird insgesamt positiver gesehen und vor allem deutlich weniger verneint.

Die größten Unterschiede bzw. die stärksten positiven Zusammenhänge ergeben sich in den Fragen nach einer möglichen familiären Beziehung mit einem Polen oder einer Polin (Prozentsatzdifferenz: +21,9%) und einer privaten Wohnnachbarschaft (Prozentsatzdifferenz: +19,6%). Korrespondierend hierzu zeigt sich auch ein größeres Einverständnis dieser Jugendlichen mit bereits bestehenden Kontakten zu Polen hinsichtlich der grenznahen Mobilität und des Zuzugs von Polen: Dass Polen besuchsweise häufiger nach Vorpommern kommen (Prozentsatzdifferenz: +17,2%) oder in Vorpommern wohnen (Prozentsatzdifferenz: +18,2%) und hier arbeiten (Prozentsatzdifferenz: +13,3%).

Diese positiven und hochsignifikanten Beziehungen bestehen durchgängig auch bei denjenigen Jugendlichen, deren nahe Familienangehörige und/oder Verwandte Wurzeln (überwiegend vertriebene Großeltern/-teile) in Regionen des heutigen Polens haben. Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, dass diese Jugendlichen im Vergleich mit denjenigen, die keine familiären Wurzeln angaben, auch doppelt so häufig bereits bestehende persönliche Kontakte zu Polen berichtet haben (29,2% gegenüber 14,1%).

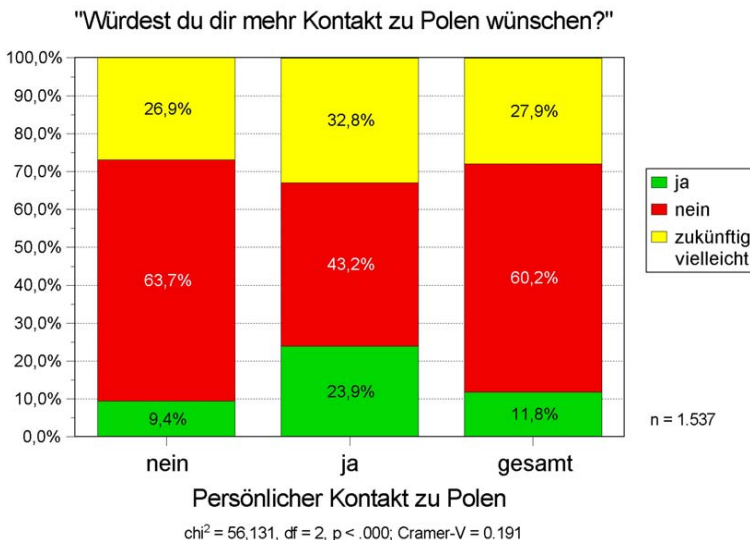
Auch hinsichtlich des in die Zukunft gerichteten Wunsches nach mehr persönlichen Kontakten zu Polen ergibt sich gleichfalls ein signifikanter Unterschied zwischen Jugendlichen mit bereits bestehenden persönlichen Kontakten und solchen ohne Kontakte (vgl. Abbildung 6.16). Fasst man die zustimmenden Kategorien („ja“ und „zukünftig vielleicht“) zusammen, so wird eine um 20,4% höhere Kontaktwunschquote bei Jugendlichen mit bereits vorhandenen persönlichen Kontakten zu Polen sichtbar.

Insgesamt bestätigt sich damit auch in unserer Untersuchung zunächst die klassische These, dass persönliche Kontakte und Erfahrungen mit anderen Personen bzw. Gruppen dazu beitragen können, negative Einstellungen und Stereotypisierungen zu vermindern.<sup>54</sup>

---

54 Die „Kontaktthese“ in ihrer klassischen Formulierung von *Allport* „The nature of prejudice“, 1954, ebenso wie ihre Weiterentwicklungen (z. B. *Cook* 1985; *Pettigrew* 1986; 1998; *Wright/Aron/McLaughlin-Volpe/Ropp* 1997), besagt natürlich nicht, dass allein Kontakte zwischen Personen bzw. Gruppen zu einem Einstellungswandel oder einem Abbau von Vorurteilen führen. Unter verschiedenen Bedingungen ist diese These allerdings empirisch gut belegt. So sollten die Umstände von persönlichen Kontakten oder Intergruppenkontakten mit einer entsprechend positiven oder mindestens neutralen Erfahrung verbunden sein. Ferner sind die normativen Überzeugungen und Einstellungen der

Abb. 6.16: Kontaktwunsch gegenüber Polen in Abhängigkeit vom bereits bestehenden persönlichen Kontakt zu Polen bei Jugendlichen in Greifswald (gepoolter Datensatz 2002 und 2006)

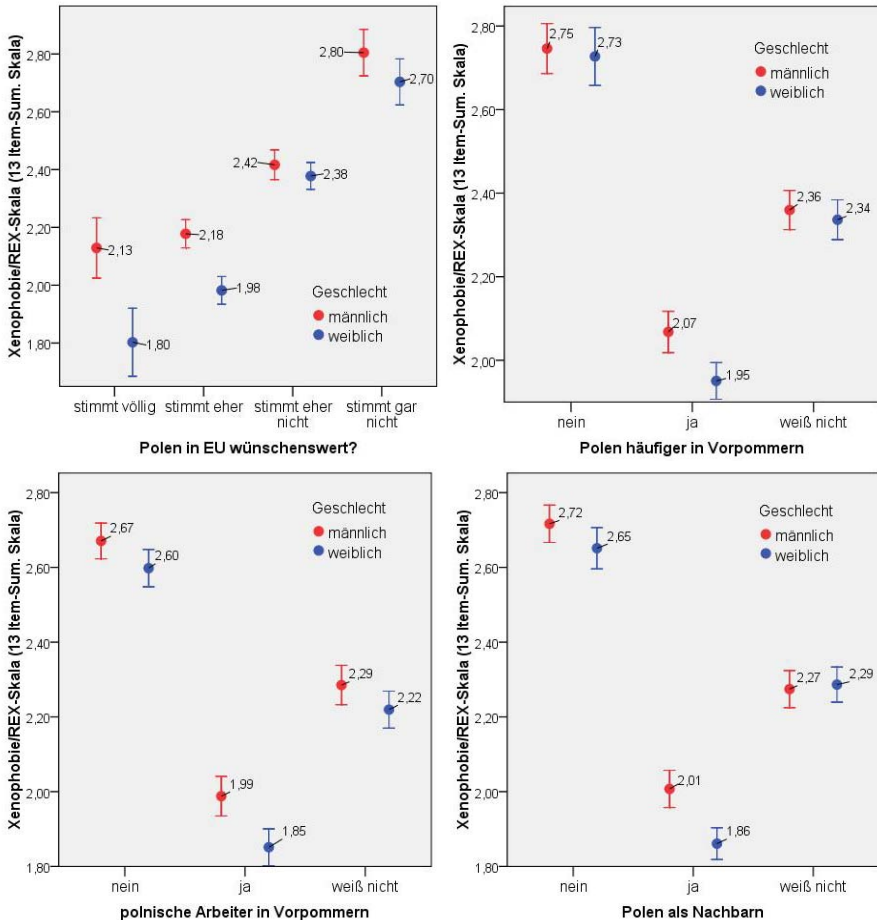


Dies trifft allerdings – ganz unabhängig von bestehenden persönlichen Kontakten – nicht auf Jugendliche zu, deren ablehnende Einstellungen gegenüber Polen Bestandteil ihrer eigenen fremdenfeindlichen und rechtsextremen Orientierungen sind. Die erhobenen Daten zeigen diesbezüglich für alle erfragten Einstellungen gegenüber Polen ein durchgängiges Muster der positiven Korrespondenz zwischen der Ablehnung von Polen und hohen Indexwerten auf der Fremdenfeindlichkeits/Rechtsextremismus-Skala. Dieser Zusammenhang gilt für *diese* fremdenfeindlich/rechtsextrem eingestellten Jugendlichen, wie bereits erwähnt, unabhängig von bestehenden persönlichen Kontakten zu Polen und auch unabhängig vom Geschlecht und der Bildung, wobei natürlich das Bildungsniveau für diese fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen selbst einen differenziellen Faktor darstellt, der innerhalb dieser extrem eingestellten Gruppe von Jugendlichen bereits konfundiert ist (s. o.). In Abbildung 6.17 haben

relevanten Eigengruppe und Bezugspersonen von Bedeutung, die einen Einstellungswandel blockieren oder befördern können (etwa als Mitglied einer rechtsextremen Gruppe, negativ; bestehende Freundschaften von Bekannten, positiv). Als Mindestvoraussetzung des Zutreffens der Kontakthypothese wird übereinstimmend angegeben, dass ein Abbau von Vorurteilen am ehesten auf der Grundlage einer „gewisse[n] Kooperation im Hinblick auf gemeinsame Ziele“ gelingt (vgl. *Stroebe/Jonas/Hewstone* 2002, S. 573). Zu neueren Studien, die einen entsprechenden Zusammenhang belegen, vgl. *Wagner/van Dick/Endrikat* 2002; *Pettigrew/Tropp* 2006; *Christ/Wagner* 2008, im Überblick *Petersen/Six* 2008.

wir diesen Zusammenhang in einer exemplarischen Auswahl von Einstellungen gegenüber Polen dargestellt.

Abb. 6.17: Zusammenhang zwischen Einstellungen gegenüber Polen und fremdenfeindlichen/rechtsextremen Orientierungen bei Jugendlichen in Greifswald (gepoolter Datensatz 2002 und 2006)



Zusammenfassend lässt sich aus unserer Sicht feststellen, dass die ermittelten Befunde auch und gerade im Hinblick auf das zukünftige Verhältnis zu unserem nächsten Nachbarland Polen begründeten Anlass zur Sorge geben. Einerseits stellen fremdenfeindliche und rechtsextreme Jugendliche diesbezüglich ein



außerordentlich ernstes und beunruhigendes Problem dar, andererseits ergibt sich aber auch für einen beachtlichen Anteil der befragten Jugendlichen, die keine fremdenfeindlichen und rechtsextremen Ansichten vertreten, eine deutliche Distanz und Ambivalenz in Verbindung mit entsprechenden Vorbehalten gegenüber den polnischen Grenznachbarn.

So sind beispielsweise von den im Jahr 2006 befragten Jugendlichen, die überwiegend nicht fremdenfeindlich/rechtsextrem eingestellt sind (Rechtsextremismus-Skalenwerte  $< 2,5$ , das sind rd. 63% der Jugendlichen) noch rd. 37% der Ansicht, dass eine Mitgliedschaft Polens in der EU nicht wünschenswert sei. Von den eher rechts orientierten Jugendlichen sind dies rd. 68%. Von jedem 5. nicht rechtsorientierten Jugendlichen wird nicht akzeptiert, dass Polen in Vorpommern wohnen (61,2% der rechtsextrem orientierten) und bereits jeder 4. (25,5%) nicht rechts orientierte Jugendliche lehnt es ab, dass Polen in Vorpommern arbeiten (und nicht weniger als 66% der Rechten). Hinsichtlich der Eventualität persönlicher Beziehungen mit Polen sind die Verhältnisse ähnlich. Jeder 4. nicht rechtsorientierte Jugendliche ist gegen eine unmittelbare Wohnnachbarschaft mit Polen (61,2% der Rechten). Die deutlichsten Vorbehalte werden hinsichtlich einer möglichen familiären Verbindung mit einem Polen bzw. einer Polin geäußert. Eine solche wird von mehr als jedem Dritten der nicht rechts orientierten Jugendlichen (37,6%) abgelehnt (74,6% der Rechten).

Im Hinblick auf eine positive Veränderung dieser Verhältnisse legen die Analysen nahe, dass vor allem persönliche Kontakte mit Polen eine Möglichkeit darstellen könnten, diese Distanz gegenüber dem Nachbarland Polen zu verringern. Dementsprechend wären Initiativen, die jugendgemäße Möglichkeiten des Kontaktes mit Polen vermitteln und ermöglichen, besonders wichtig. Zu denken wäre hierbei beispielsweise an interregionale Ferienlager oder Freizeitcamps, an Sportwettbewerbe, Freizeitveranstaltungen, gemeinsame Musikband- und Theaterprojekte etc. bis hin zu bilingualen Schüleraustauschprogrammen. Unter dem Aspekt der Prävention gegen Fremdenfeindlichkeit/Rechtsextremismus sollten solche Initiativen bereits sehr früh – möglichst im Grundschulalter – beginnen.

Insgesamt verweisen alle im Bereich der gesellschaftspolitischen Einstellungen herangezogenen Indikatoren auf einen erheblichen Bedarf an Intervention und Prävention. Orientiert an einer humanistischen demokratischen Kultur und den Bedürfnislagen der Jugendlichen, sollten entsprechende Interventionen und Maßnahmen etwa im Bereich der Schule (z. B. fächerübergreifende Projekte, interregionale Austausch-/Freizeit- und Sportinitiativen) auf die Vermittlung von interkultureller Toleranz, Respekt und Achtung vor jedem Menschen ausgerichtet sein. Im Bereich der kommunalen Prävention hat insbesondere die parteiübergreifende Arbeit eines kommunalen Präventionsrates mit engagierter Beteiligung der kommunalen Verantwortungsträger (Bürgermeister, Dezernatsleiter, Polizeidienststellenleiter usw.) und zivilgesellschaftlicher Schlüsselakteure aus Bildung, Kultur und Wirtschaft einen herausragenden Stellenwert.

---

Hinsichtlich der Organisationsstruktur erweist sich hierbei die Schaffung einer auf Dauer gestellten zentralen Koordinatorenstelle, die als „Netzwerkstelle“ die kommunalen Ressourcen und Potenziale zusammenführen kann, wie dies etwa in Greifswald der Fall ist, als besonders geeignet (vgl. hierzu i. E. unten Kapitel C.2).

## 7. Innerfamiliäre Gewalterfahrungen

Ein weiterer sehr bedeutsamer Risikofaktor für Gewaltbereitschaft und das spätere Gewalthandeln von Jugendlichen sind in lern- und bindungstheoretischer Sicht die meist früh beginnenden intensiven und anhaltenden Gewaltopfererfahrungen in der Familie durch die Eltern bzw. Elternersatzpersonen. Diese Zusammenhänge sind durch eine Vielzahl von nationalen und internationalen Studien empirisch belegt und es besteht wissenschaftlicher Konsens darüber, dass die Kernaussage, „Gewaltopfer in der Kindheit werden Gewalttäter als Erwachsene“, im Sinne einer deutlich erhöhten Wahrscheinlichkeit gültig ist (vgl. zusammenfassend *Wilmers u. a.* 2002). Aufgrund der herausragenden Bedeutung dieses Risikofaktors sind wir der Frage nach den innerfamiliären Gewalterlebnissen in der Kindheit und Jugend unter den Jugendlichen genauer nachgegangen.

In der Befragung wurden Opfererfahrungen durch elterliche Gewalt sowohl für den Zeitraum der Kindheit bis zum Alter von 12 Jahren (Zeit bis zur Vollendung des 11. Lebensjahres) als auch bezogen auf das zurückliegende Kalenderjahr mittels eines thematischen Fragenkataloges erfasst. Hierbei wurden sowohl Fragen zu positiv-zugewandten als auch negativ-abweisenden und gewalttätigen Verhaltensformen der Eltern gestellt, jeweils getrennt für Mutter und Vater bzw. erziehungsrelevante Ersatzpersonen.<sup>55</sup> Insgesamt sechs Verhaltensweisen dieses

55 Die Operationalisierung wurde von *Wetzels u. a.* 2001 übernommen und basiert auf einer adaptierten Form der in den USA gebräuchlichen Konflikttaktikskalen (CTS) zur Erfassung elterlicher Gewalt (vgl. *Straus* 1979; *Straus/Gelles* 1992; *Straus u. a.* 1996). Das Operationalisierungs-Schema hat folgenden Aufbau:

**Jugendzeit:** „In den letzten 12 Monaten haben meine Eltern ...“

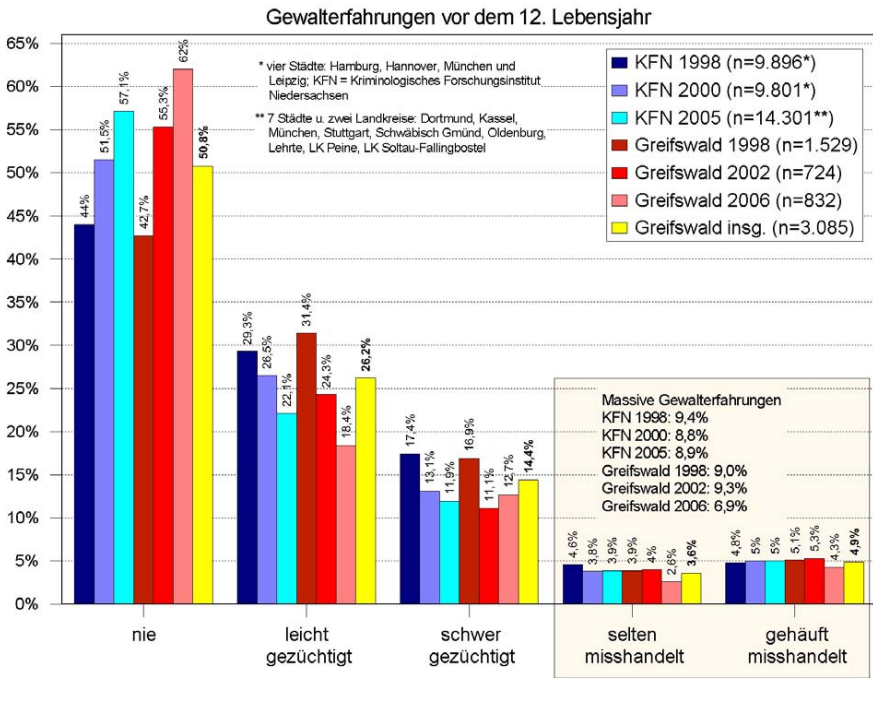
**Kindheit (vor dem 12. Lebensjahr):** „Meine Mutter/mein Vater hat ...“

	<i>nie</i>	<i>selten</i>	<i>manchmal</i>	<i>häufig</i>
1. mit einem Gegenstand nach mir geworfen	NO	LZ	SZ	SZ
2. mich hart angepackt oder gestoßen	NO	LZ	SZ	SZ
3. mir eine runtergehauen	NO	LZ	SZ	SZ
4. mich mit einem Gegenstand geschlagen	NO	SZ	SZ	SZ
5. mich geprügelt, zusammengeschlagen	NO	SM	HM	HM
6. mich mit der Faust geschlagen oder mich getreten	NO	SM	HM	HM

Legende: NO = Nichtopfer, LZ = leichte Züchtigung, SZ = schwere Züchtigung, SM = seltene Misshandlung, HM = häufigere Misshandlung.

Kataloges betreffen Gewaltanwendungen. Die Jugendlichen wurden gebeten anzugeben, wie oft ihre Eltern sich dabei so verhalten haben. Auf den rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum bezogen waren hierbei jeweils folgende Antwortmöglichkeiten vorgegeben: „nie“, „selten: 1- oder 2-mal“, „manchmal: 3- bis 5-mal“, „häufig: 6- bis 12-mal“ und „sehr häufig: mehr als 12-mal“. Aus allen Angaben wurde eine zusammenfassende fünfstufige Kategorisierung nach dem Schweregrad der elterlichen Gewalterfahrung vorgenommen, die neben keiner entsprechenden Gewaltopfererfahrung, aufsteigend „leichte Züchtigung“, „schwere Züchtigung“, „selten misshandelt“ und „häufig misshandelt“ umfasst.

Abb. 7.1: Prävalenzraten elterlicher Gewalt in der Kindheit bei Jugendlichen in Greifswald im Vergleich mit KFN-Studien (1998 - 2006)



Jugendliche, die keine dieser Gewaltformen erlebt haben, werden als Nichtopfer (bezogen auf elterliche Gewalt in der Kindheit) kodiert. Befragte, die nur die Formen 1 bis 3 allenfalls selten erlebt haben, und zugleich niemals die Formen 4 bis 6, werden als leicht gezüchtigt bezeichnet. Befragte, welche die Erlebnisse 1 bis 3 manchmal und häufiger oder das Erlebnis 4 mindestens selten, die Formen 5 und 6 jedoch nie erlebt haben, werden als schwer gezüchtigt eingestuft. Befragte, welche die Erlebnisse 5 und/oder 6 allenfalls selten erlebt haben, werden als selten misshandelt eingestuft. Sofern sie diese Verhaltensweise seitens ihrer Eltern manchmal oder noch häufiger erlebt haben, werden sie als häufig misshandelt kodiert.

In der vorstehenden Abbildung 7.1 sind die Opferraten elterlicher Gewalt unter den befragten Jugendlichen in der Kindheit, also bis zum 12. Lebensjahr, nach diesem Schwereindex dargestellt. Zum Vergleich haben wir wieder verschiedene Studien des KFN herangezogen (*Wetzels u. a. 2001; Wilmers u. a. 2002; Baier u. a. 2006*). Drei zentrale Trends lassen sich erkennen: Die Opferraten bei Jugendlichen durch elterliche Gewalt in der Kindheit sind insgesamt in allen drei Erhebungen rückläufig. D. h., der Anteil von Nichtopfern ist deutlich angestiegen. Der Gesamtrückgang beruht allerdings nur auf einer Abnahme im Bereich der minderschweren Züchtigungsstrafen. Die Raten der durch die Eltern bzw. -ersatzperson(en) schwer misshandelten befragten Jugendlichen sind demgegenüber kaum zurückgegangen und fallen in allen Untersuchungen etwa ähnlich hoch aus. Aufgrund der den Befunden zugrunde liegenden großen Fallzahlen (mehr als 37.000 befragte Jugendliche) ist demnach repräsentativ davon auszugehen, dass jeder 11. Jugendliche in seiner Kindheit Opfer schwerer elterlicher Gewalt wurde.

Hinsichtlich der Annahme, dass elterliche Gewalt sozial nicht gleich verteilt ist, sondern der Anteil in den unteren sozialen Milieus mit geringer Bildung und schwachen sozioökonomischen Ressourcen signifikant höher liegt und dementsprechend dort von einer höheren Gewaltbelastung gegenüber den Kindern auszugehen ist (vgl. *Wetzels 1997; Wilmers u. a. 2002*), besteht ein solcher Zusammenhang bei den Greifswalder Jugendlichen nur auf der Stufe der schweren Misshandlungserfahrungen.<sup>56</sup>

56 Vgl. hierzu die nachstehende Kreuztabelle. Auch bzgl. der Ost-/West-Herkunft und des Geschlechts sowie auf Basis der ISEI-Indexwerte (volle Informationsausschöpfung) berechnete Korrelationen ergeben sich diesbezüglich keine signifikanten Unterschiede.

			ISEI-Mittelwert: Quartile (klassiert)				Gesamt
			1. Quartil: ≤ 36	2. Quartil: > 36 - ≤ 44	3. Quartil: > 44 - ≤ 54	4. Quartil: > 54	
Elterngewalt in der Kindheit	nie	Anzahl	411	393	350	367	1521
		% von ISEI	53,4%	51,2%	49,4%	49,7%	51,0%
	leicht gezüchtigt	Anzahl	177	188	193	231	789
		% von ISEI	23,0%	24,5%	27,2%	31,3%	26,4%
	schwer gezüchtigt	Anzahl	97	114	105	106	422
		% von ISEI	12,6%	14,9%	14,8%	14,3%	14,1%
	misshandelt	Anzahl	84	72	61	35	252
		% von ISEI	10,9%	9,4%	8,6%	4,7%	8,4%
Gesamt		Anzahl	769	767	709	739	2984
		% von ISEI	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Gamma = .000, p = .991; Kendall Tau-b = .000, p = .991

Für die Erfassung der sozio-ökonomischen Lage der Eltern bzw. der/des Erziehungsberechtigten haben wir den International Socio-Economic Index of Occupational Status (ISEI) verwendet (vgl. *Ganzeboom/de Graaf/Treiman 1992; Ganzeboom/Treiman 1996; 2003*). Hierbei handelt es sich um einen Index, der auf der Basis von Schulbildung, Berufsausbildung, Einkommen und beruflicher Tätigkeit von Personen operationalisiert und international (in westlichen Ökonomien) empirisch validiert wurde. Die ISEI-Werte va-

Mit Blick auf die schweren Gewalterfahrungen der befragten Jugendlichen durch die Eltern ergeben sich im regionalen Einzelvergleich allerdings doch einige Unterschiede (vgl. Abbildung 7.2).

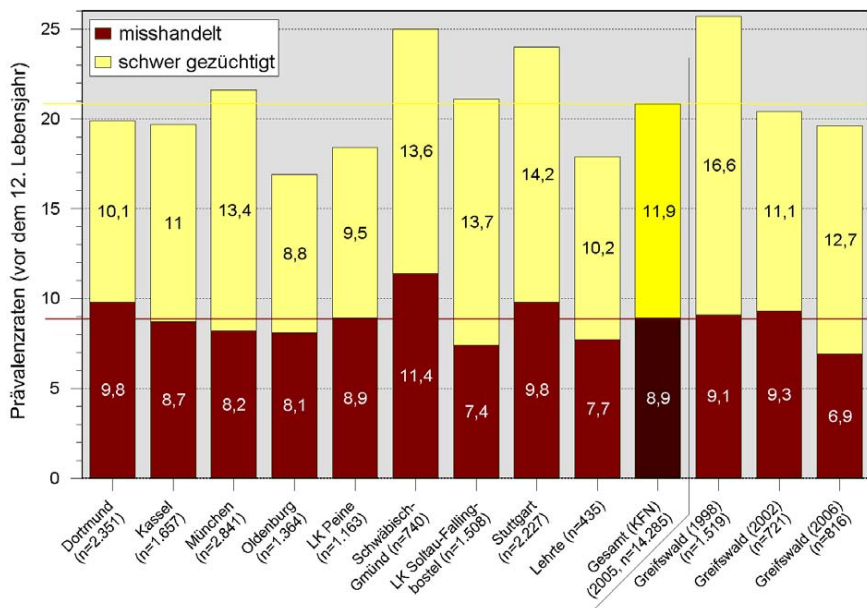
So zeigt sich für Greifswald ein deutlicher Rückgang in den schweren Züchtigungsraten im Jahr 2002 gegenüber 1998, während die Misshandlungsraten zunächst konstant hoch bleiben. In der aktuellen Erhebung 2006 vermindert sich dann allerdings gegenüber dem Jahr 2002 der Anteil von Jugendlichen, die in der Kindheit gehäuft misshandelt wurden, um ein Viertel deutlich (9,3% auf 6,9%, -25,8%), während der Anteil der schwer gezüchtigten wieder leicht ansteigt. Im regionalen Vergleich hat Greifswald bzgl. der Misshandlungen die niedrigsten Raten. Allerdings fällt dieser Vergleich aufgrund der unterschiedlich hohen Ausländeranteile in den Städten und Landkreisen für Greifswald günstiger aus. Berechnet nur für die deutschen Jugendlichen, in den neun Erhebungsgebieten zusammengefasst, ergeben sich demgegenüber sehr ähnliche Verhältnisse wie in Greifswald. So liegt die Quote der misshandelten deutschen Jugendlichen in den KFN-Erhebungen zusammen bei 6,7% und der entsprechende Anteil der schwer gezüchtigten bei 13% (vgl. *Baier u. a.* 2006).<sup>57</sup>

---

rieren zwischen 16, etwa einem ungelernten Landarbeiter und 85, beispielsweise einem Facharzt oder Richter. Um diesen Indikator zu ermitteln, haben wir die Befragten gebeten, uns den allgemeinbildenden und den beruflichen Abschluss jeweils für Vater und Mutter anzugeben. Zudem haben wir die Jugendlichen mittels einer offenen Frage gebeten uns die gegenwärtig oder die zuletzt ausgeübte berufliche Tätigkeit (z. B. vor der Berentung, Pensionierung, Arbeitslosigkeit etc.) der Eltern möglichst präzise anzugeben. Da dies die zentrale Information für die Bildung des ISEI darstellt, haben wir diese Frage bereits in der Erhebung kontrolliert und, wenn notwendig, mit den Schülern im Einzelgespräch geklärt. Die Angaben auf diese Fragen ermöglichen es, für die Mutter und den Vater jeweils einen sogenannten vierstelligen ISCO-88 (COM) Code zuzuordnen (International Standard Classification of Occupation, ein umfassendes Berufskategoriensystem des Internationalen Arbeitsamtes in Genf (ILO) für die Europäische Gemeinschaft 1988, vgl. *ILO* 1992; *Elias/Birch* 1993; 1994). Aus dieser ISCO-Klassifizierung kann dann (in Verbindung und Ergänzung mit der Berufssystematik des *Statistischen Bundesamtes*, KldB 1992) über eine entsprechende Zuordnungsliste der ISEI-Skalenwert für den sozio-ökonomischen Status der Person bestimmt und kodiert werden. Auf diese Weise erhält man einen relativ objektiven und differenzierteren Indikator der sozio-ökonomischen Lage als dies mit den einfachen Dichotomien „arbeitslos“ – „nicht arbeitslos“, Sozialhilfebezug „ja“ – „nein“ möglich ist.

57 In der KFN-Studie (2005) liegt die Rate bei schwerer elterlicher Gewalt in der Kindheit unter türkischen Jugendlichen bei 32% (18% Misshandlung, 15% schwere Züchtigung), unter jugoslawischen Jugendlichen bei 28,5% (13,8% bzw. 14,7%) und unter Jugendlichen aus osteuropäischen Ländern bei 26,2% (11,0% bzw. 15,2%) (vgl. *Baier u. a.* 2006).

Abb. 7.2: Prävalenzraten *schwerer* elterlicher Gewalt in der Kindheit bei Jugendlichen in Greifswald (1998, 2002 und 2006) im Vergleich mit Städten und Landkreisen der KFN-Studie (2005)

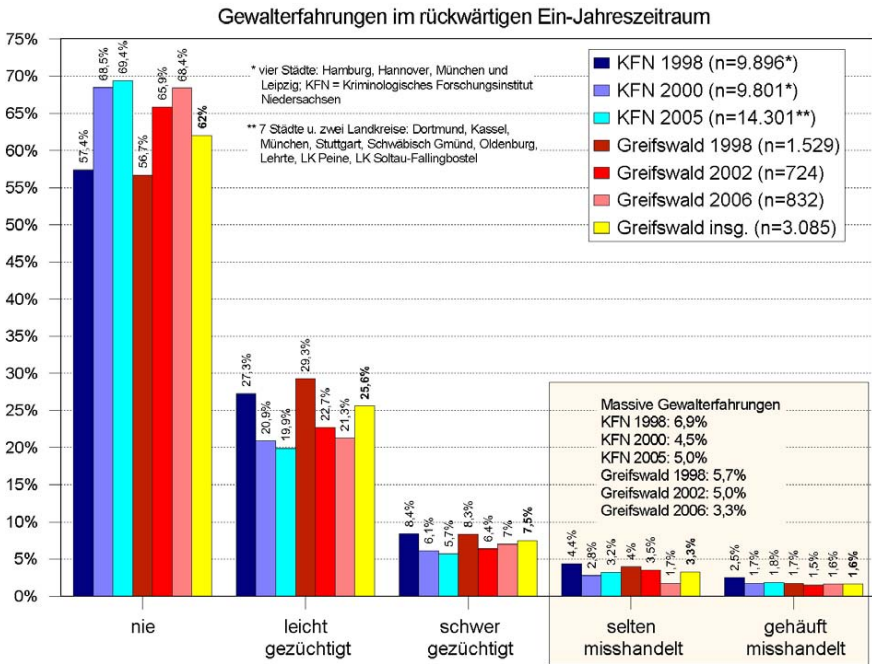


Wir haben nicht nur die innerfamiliären Gewalterfahrungen der Jugendlichen in der Kindheit erfragt, sondern auch die zeitnahen Erfahrungen elterlicher Gewalt bezogen jeweils auf den rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum vor der Befragung als vergleichbarer Referenzzeitraum, also aktuell in der Adoleszenz (vgl. nachstehende Abbildung 7.3).

Auch hier ergibt sich ein ähnliches Bild, allerdings auf erwartbar niedrigerem Opferrateniveau elterlicher Gewalt, wobei sich im Vergleich der Jahrgangskohorten keine signifikanten Unterschiede zwischen den Greifswalder Jugendlichen und den Jugendlichen aus anderen deutschen Regionen ergeben. Erkennbar ist in der Entwicklung wiederum eine signifikante Zunahme der Jugendlichen, die in der jüngsten Zeit keine Elterngewalt erlebten, die aber wiederum überwiegend auf einem Rückgang der leichten Züchtigungen beruht.

In unserer aktuellen Studie war demnach etwas weniger als ein Drittel (31,6%) der Greifswalder Jugendlichen im Jahr 2005 Opfer elterlicher Gewalt. 28,3% wurden dabei gezüchtigt, darunter 7% schwer. Noch immerhin 3,3% der Jugendlichen wurden durch die Eltern misshandelt.

Abb. 7.3: Prävalenzraten elterlicher Gewalt in der Jugend bei Jugendlichen in Greifswald im Vergleich mit KFN-Studien (1998 - 2006)



Als zentraler Befund unserer Studie als auch der Untersuchungen des KFN lässt sich feststellen, dass die Elterngewalt in den letzten Jahren abgenommen hat, dies trifft allerdings im Wesentlichen nur für den Bereich der Züchtigungen zu, nicht aber für den Bereich der (allerdings weitaus selteneren) Misshandlungen.<sup>58</sup> Diese Entwicklung trifft im Übrigen auch für *nichtdeutsche* Jugendliche zu (vgl. *Baier u. a.* 2006).

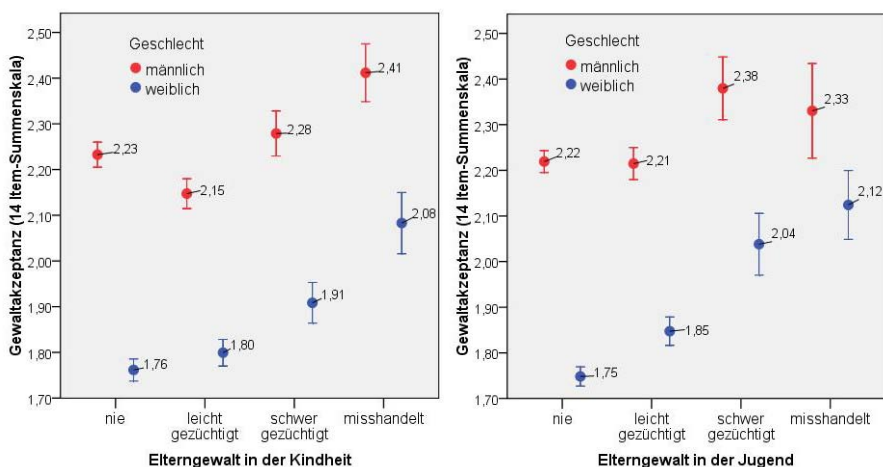
Neben den zum Teil gravierenden psychischen Folgen für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen (Verlust an Empathiefähigkeit, reduzierte Konfliktaustragungskompetenz, geringerer Selbstwert etc.), auf die wir an anderer Stelle noch ausführlich eingehen werden, sind – neben weiteren sozial desintegrativen Auswirkungen (etwa Schulprobleme, riskante Freizeitaktivitäten etc.) – vor allem eine erhöhte Gewaltakzeptanz und eine gesteigerte Aggressionsbereitschaft die weiteren Folgen, was die Wahrscheinlichkeit von tatsächlich gewalttätigen Verhaltensweisen erhöht.

58 Vgl. damit übereinstimmend auch die Studien von *Bussmann* 2002; 2005; *Bussmann/ Erthal/Beier* 2003; zusammenfassend *BMI/BMJ: 2. Periodischer Sicherheitsbericht* 2006, S. 114.



Hinsichtlich gewaltakzeptierender Einstellungen ergibt sich zunächst nach dem Geschlecht, das bekanntermaßen für sich allein einen differentiellen Faktor darstellt (s. o.), der nachstehende Befund (vgl. Abbildung 7.4). Für die Jungen und die Mädchen ergeben sich hochsignifikante Zusammenhänge zwischen dem Ausmaß der erlebten Elterngewalt und der zunehmend höheren eigenen Gewaltakzeptanz. Sowohl für innerfamiliäre Gewalterfahrungen in der Kindheit als auch in der Jugend zeigen sich für beide Geschlechtsgruppen bei denjenigen befragten Jugendlichen, die besonders *schwerer* elterlicher Gewalt ausgesetzt waren, signifikant höhere Mittelwerte bezüglich gewaltbefürwortender Einstellungen (wie dies entsprechende Varianzanalysen zeigen). D. h., schwere und gehäufte Gewalterfahrungen finden in ihrer psychischen Verarbeitung nicht nur auf der emotional-affektiven, sondern auch auf der kognitiven Ebene der Kinder und Jugendlichen ihren Niederschlag.

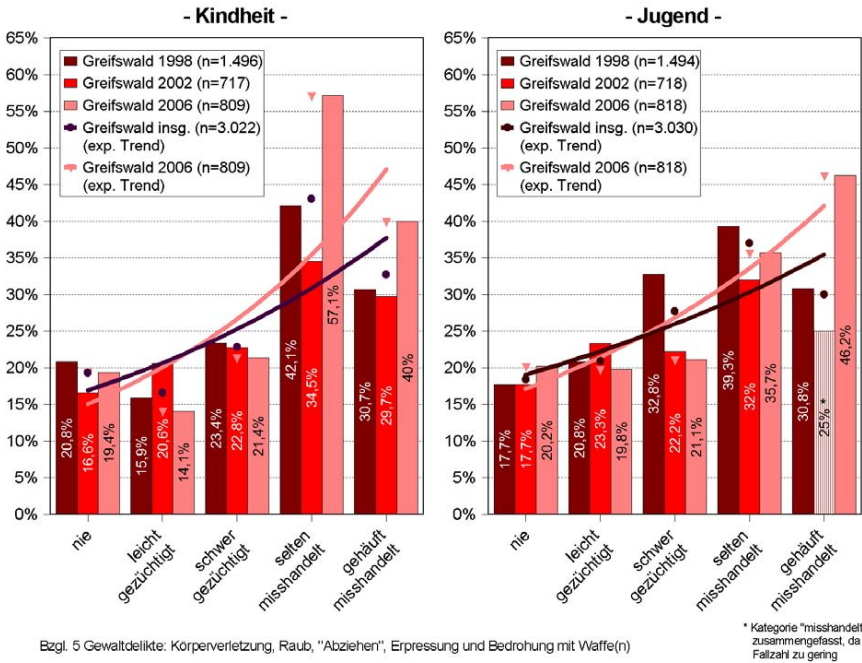
Abb. 7.4: Gewaltakzeptanz nach Elterngewalt in der Kindheit und Jugend bei Jugendlichen in Greifswald (gepoolter Datensatz: 1998 - 2006)



Auch im Hinblick auf das reale Gewalthandeln der befragten Jugendlichen ergeben sich ähnliche Verhältnisse wie für gewaltbefürwortende Einstellungen. In den beiden nachstehenden Grafiken (Abbildung 7.5 und 7.6) sind die Zusammenhänge zwischen elterlicher Gewalt und aktivem Gewalthandeln der Jugendlichen wiedergegeben. Es zeigt sich in allen Untersuchungen ein positiver Zusammenhang zwischen elterlicher Gewalterfahrung in der Kindheit und selbstberichtetem aktivem Gewalthandeln der Jugendlichen. Insbesondere bei Misshandlungen, also schweren Gewaltviktimsierungen, liegt die Rate der aktiven Gewalttäter am höchsten. Dieser Zusammenhang stellt sich noch sehr viel ausgeprägter dar, wenn man die Mehrfachtäterraten der aktiven Gewaltdelin-

quenz von Jugendlichen im rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum betrachtet. Auch in den Untersuchungen des KFN, die wir wiederum zum Vergleich herangezogen haben, zeigt sich diese Korrespondenz besonders eindrucksvoll (vgl. Abbildung 7.6 auf der nächsten Seite).

Abb. 7.5: Jahresprävalenzraten selbstberichteter Gewaltdelinquenz nach erlebter elterlicher Gewalt in der Kindheit und Jugend bei Jugendlichen in Greifswald (1998, 2002 und 2006)

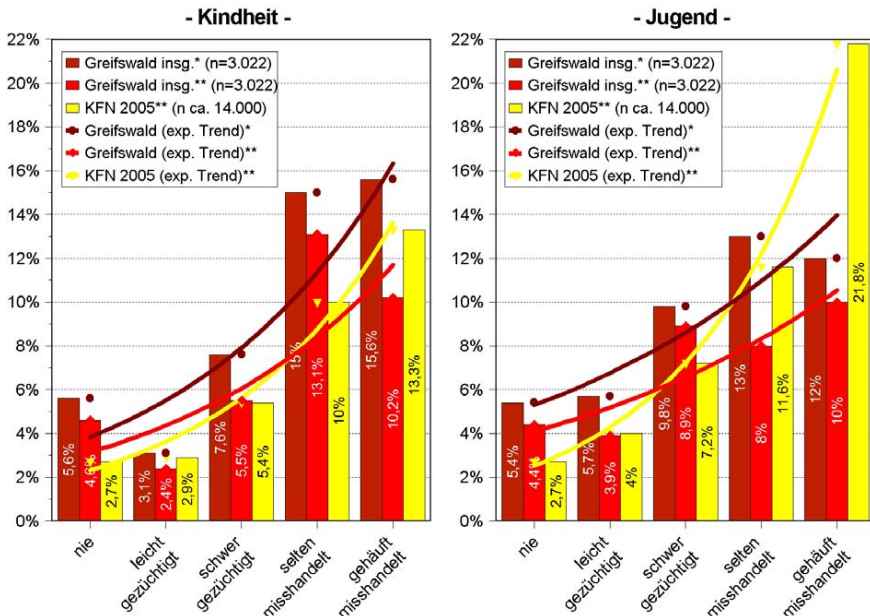


Erwartungskonform ergibt sich ein noch stärkerer Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Gewaltviktisierungen durch die Eltern und dem späteren eigenem aktiven und gehäuftem Gewalthandeln der Jugendlichen. So liegt die Mehrfach-Gewalttätterrate bei den Jugendlichen aus Greifswald, die durch die Eltern körperlich misshandelt wurden mehr als doppelt so hoch im Vergleich mit Jugendlichen, die nie durch die Eltern Gewalt oder allenfalls nur leichte Züchtigungen erlebt haben. Dieser Zusammenhang trifft sowohl für bereits in der Kindheit erlebte Gewaltviktisierungen in der Familie durch die Eltern als auch – und noch etwas stärker – bei jüngeren Viktisierungen in der Adoleszenz zu.

In den Schülerbefragungen des KFN 2005 sind diese Verhältnisse noch sehr viel dramatischer. Hier steigt die Gewalt-Mehrfachtätterrate mit dem Grad der

elterlichen Gewalterfahrungen um mehr als das 4-fache bei Jugendlichen, die von den Eltern bzw. Elternersatzpersonen misshandelt wurden gegenüber denjenigen Jugendlichen, die nie oder nur leicht in der Kindheit gezüchtigt wurden (vgl. Abbildung 7.6).

Abb. 7.6: Jahresprävalenzraten selbstberichteter Gewaltdelinquenz bei Mehrfachtätern nach erlebter elterlicher Gewalt in der Kindheit und Jugend bei Jugendlichen in Greifswald (gepoolter Datensatz: 1998 - 2006) im Vergleich mit der KFN-Studie 2005



Mehrfachtäter: = 5 und mehr Gewaltdelikte im rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum  
 \*5 Gewaltdelikte: Körperverletzung, Raub, "Abziehen", Erpressung und Bedrohung mit Waffe(n)  
 \*\*4 Gewaltdelikte analog KFN-Studie: Körperverletzung, Raub, Erpressung und Bedrohung mit Waffe(n)

Ferner ist hierbei ist zu berücksichtigen, dass bei den innerfamiliären Gewalterfahrungen durch die Eltern eine relativ große Kontinuität in der Entwicklung der befragten Jugendlichen von der Kindheit bis zum Erhebungszeitpunkt – also der Adoleszenz – vorhanden ist (vgl. nachstehende Tabelle 7.1).

So zeigt sich zunächst, dass der größte Teil der Greifswalder Jugendlichen weder in der Kindheit noch in der Jugend durch die Eltern viktimisiert wurden, wenn die leichte Züchtigung nicht als solche betrachtet wird (73,5%). Demgegenüber gibt es eine Gruppe von Jugendlichen (8,7%), die sowohl in der Kindheit als auch in der Jugend schwerer elterlicher Gewalt ausgesetzt waren bzw. noch sind. Für immerhin 14,1% der befragten Jugendlichen erfolgte in der Adoleszenz ein Abbruch der schweren Züchtigungen und Misshandlungen, wäh-

rend für 3,6% der Jugendlichen solche schwereren Formen erst mit der Adoleszenz einsetzen. Wie die Tabelle ausweist, besteht eine deutliche positive Beziehung zwischen den in der Kindheit und in der Jugend von schwerer Züchtigung und Misshandlung betroffenen Jugendlichen. Diejenigen Jugendlichen, die in der Kindheit bereits solch schwere Elterngewalt erlebten, berichten im Vergleich mit denjenigen, die keine solchermaßen schweren Gewaltformen erfuhren, auch signifikant häufiger, dass sie im rückwärtigen Jahreszeitraum weiterhin durch die Eltern mit schwerer Züchtigung und/oder Misshandlung konfrontiert wurden.

Tabelle 7.1: Zusammenhang zwischen erlebter Elterngewalt in der Kindheit und Elterngewalt in der Adoleszenz bei Greifswalder Jugendlichen (gepoolter Datensatz: 1998 - 2006)

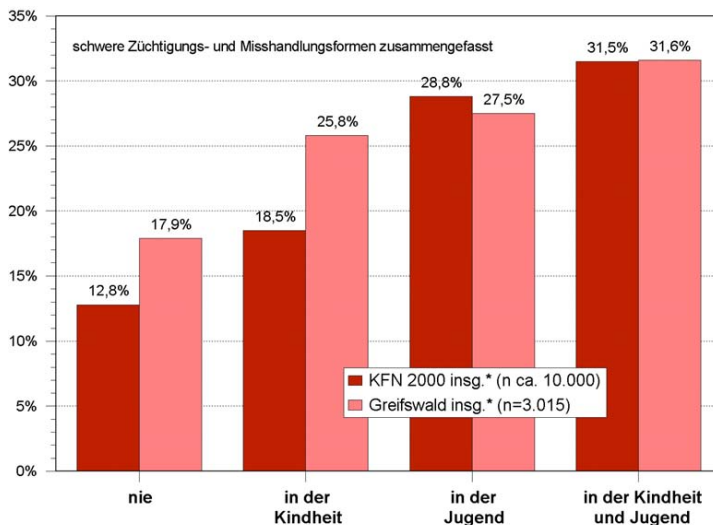
			Elterngewalt in der Kindheit (vor dem 12. Lebensjahr)				Gesamt
			nie	leicht gezüchtigt	schwer gezüchtigt	miss- handelt	
Elterngewalt in der Jugend (im letzten Jahr)	nie	Anzahl	1370	337	104	76	1887
		% von Elterngewalt in der Kindheit	88,3%	42,2%	23,8%	29,3%	62,0%
		% der Gesamtzahl	45,0%	11,1%	3,4%	2,5%	62,0%
	leicht gezüchtigt	Anzahl	142	390	187	63	782
		% von Elterngewalt in der Kindheit	9,2%	48,8%	42,8%	24,3%	25,7%
		% der Gesamtzahl	4,7%	12,8%	6,1%	2,1%	25,7%
	schwer gezüchtigt	Anzahl	26	63	113	26	228
		% von Elterngewalt in der Kindheit	1,7%	7,9%	25,9%	10,0%	7,5%
		% der Gesamtzahl	,9%	2,1%	3,7%	,9%	7,5%
	misshandelt	Anzahl	13	9	33	94	149
		% von Elterngewalt in der Kindheit	,8%	1,1%	7,6%	36,3%	4,9%
		% der Gesamtzahl	,4%	,3%	1,1%	3,1%	4,9%
Gesamt		Anzahl	1551	799	437	259	3046
		% von Elterngewalt in der Kindheit	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
		% der Gesamtzahl	50,9%	26,2%	14,3%	8,5%	100,0%

Gamma = .740,  $p < .000$ , Kendall Tau-b = .536,  $p < .000$

Mit Blick auf die vorhandene Kontinuität elterlicher Gewaltausübung ergibt sich im Vergleich der Entwicklungszeiträume Kindheit, Jugend sowie Kindheit *und* Jugend ein weiterer interessanter Befund, der sich auch in den Untersuchungen des KFN darstellt (vgl. nachstehende Abbildung 7.7). Die Raten der aktiven Gewalttäter mit schweren elterlichen Gewalterfahrungen unterscheiden sich signifikant von denjenigen, die nie elterliche Gewalt erlebt haben. Darüber hinaus unterscheiden sich die Raten aber auch zwischen denjenigen, die nur in der Kindheit, nicht aber in der Jugend schwerer elterlicher Gewalt ausgesetzt waren. Die Gewalttäterraten derjenigen Jugendlichen, die in der Kindheit

schwereren Gewalthandlungen durch die Eltern ausgesetzt waren, liegen unter denen derjenigen Jugendlichen, die einerseits nur in der Adoleszenz und andererseits fortwährend, in der Kindheit und Adoleszenz, Opfer schwerer elterlicher Gewalt wurden.<sup>59</sup>

Abb. 7.7: Jahresprävalenzraten selbstberichteter Gewaltdelinquenz nach *schweren* elterlichen Gewalterfahrungen in der Kindheit und/oder in der Jugend bei Greifswalder Jugendlichen (gepoolter Datensatz: 1998 - 2006) im Vergleich mit der KFN-Studie 2002



\*5 Gewaltdelikte: Körperverletzung, Raub, "Abziehen", Erpressung und Bedrohung mit Waffe(n); KFN-Studie 2000 (Hamburg, Hannover, München, Leipzig und Friesland) ohne "Abziehen"

D. h., ein frühzeitiger Abbruch elterlicher Gewalt führt zu einer Reduzierung des Risikos späterer eigener Gewaltdelinquenz im Jugendalter. Dieser Befund ist unter präventiven Gesichtspunkten gleichfalls von besonderer Bedeutung.

Insgesamt erweist sich inadäquates Erziehungsverhalten (hier im Extremfall massive physische Gewalt gegen Kinder) als ein Hochrisikofaktor. Solche Erziehungspraktiken sind nicht nur für die betroffenen Kinder und Jugendlichen selbst äußerst belastend, sondern in der Folge auch für andere. Diesbezüglich gehen wir davon aus, dass auch Zusammenhänge mit sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen und Mängellagen bestehen, die für die Eltern die Möglichkeiten sich ihren Kindern in angemessener Weise zuzuwenden, beeinträchtigen.

59 Während diese Unterschiede in den zum Vergleich herangezogenen KFN-Untersuchungen für alle Entwicklungsphasen signifikant ausfallen, trifft dies für Greifswald nur im Vergleich zwischen der Stufe „in der Kindheit“ und „in der Kindheit und Jugend“ zu. Gleichwohl bleibt die daraus resultierende Folgerung richtig.

## 8. Multivariate Analysen zur Jugendgewalt

In den nachfolgenden Analysen möchten wir die bisher einzeln erörterten Einflussfaktoren, die sich als bedeutsam für die Erklärung von Jugendgewalt erwiesen haben, in einem zusammenfassenden Regressionsmodell untersuchen, um deren Einfluss und Stellenwert zu ermitteln. Dieses Modell kann für sich natürlich nicht eine annähernd vollständige Erfassung der Ursachenfaktoren für Jugendgewalt beanspruchen, da wir an dieser Stelle nur einige – allerdings doch sehr zentrale Faktoren – erörtert haben. Im Rahmen dieser ersten Publikation zu den wesentlichen Befunden konzentrieren wir uns daher auf einen Ausschnitt der Ursachen und deren Korrelate. Erweiterte theoretische und vertiefende Erörterungen (etwa im Hinblick auf problematische, aber auch protektive Indikatoren und Faktoren in den jeweiligen Sozialisationsbereichen Familie, Schule und Freizeit) mit diesbezüglich empirisch umfassenderen Analysen der Ursachen von Jugendgewalt erfolgen in weiteren, dieser Publikation nachfolgenden Dissertationen.

Wiederum auf Basis der Häufigkeitsangaben der befragten Jugendlichen zur selbstberichteten Gewaltdelinquenz (Inzidenz) im rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum als der abhängigen (zu erklärenden) Variablen untersuchten wir analog dem in Kapitel A.4.6 beschriebenen Verfahren der negativen Binominal-Regression, inwieweit der jeweilige Einfluss der einbezogenen (erklärenden) Faktoren (Prädiktoren) statistisch bedeutsam und wie stark dieser im Verhältnis zu den anderen Prädiktoren ist. In der oben dargestellten negativen Binominal-Regressionsanalyse haben wir bereits den Einfluss des Geschlechts und der Bildung unter Kontrolle des Alters auf die Zahl der berichteten Gewaltdelikte (im Ein-Jahreszeitraum) untersucht, wobei erwartbar das Geschlecht und die Bildung sich als hochsignifikante Faktoren zeigten. Diese Regressionsanalyse haben wir nun um diejenigen Faktoren erweitert, die wir darüber hinausgehend in jeweils bivariaten Analysen als bedeutsam für die selbstberichtete Gewaltdelinquenz der Jugendlichen beschrieben haben. Neben dem Geschlecht und der Bildung haben wir daher aus dem Bereich der individuellen Orientierungen der Jugendlichen die Gewalaffinität und fremdenfeindlichen/rechtsextremen Einstellungen einbezogen sowie aus dem Bereich der Opfererfahrungen die selbst erlebte Gewalt im Kontext familiärer Sozialisationsbedingungen.

In der nachstehenden Tabelle 8.1 sind die sich ergebenden Modelleffekte der Regressionsanalyse dargestellt. Erwartbar, aufgrund der hohen Konstruktspesifität, sind die gewalaffinen Einstellungen statistisch der stärkste Prädiktor für die aktuelle Gewaltdelinquenz. Der in der Regressionsanalyse geschätzte Mittelwert (aufgrund der ursprünglichen Zählraten der Gewaltdelikte) für die Gruppe mit den höchsten Gewaltakzeptanzwerten ( $\geq 3$ ) ergibt (bei gleichzeitiger Berücksichtigung aller einbezogenen Faktoren) einen Wert von 4,73 Gewaltdelikten im Jahreszeitraum gegenüber 0,24 Delikten in der Gruppe der Gewalt ablehnenden Jugendlichen, also eine um das 19-fache höhere Gewaltdelin-

quenzbelastung. Für das Geschlecht zeigt sich der zweitstärkste Einfluss. Im Mittel wurden von den Jungen etwa doppelt so viele Gewaltdelikte im Ein-Jahreszeitraum begangen als von den Mädchen (1,58 vs. 0,8 Gewalttaten/Jahr).

Tabelle 8.1: Parameterschätzer der negativen Binominal-Regression: Jahresinzidenz von Gewaltdelikten mit den Einflussfaktoren Bildung, Geschlecht, Gewaltaffinität, fremdenfeindliche/rechtsextreme Einstellungen, innerfamiliäre Gewaltviktimisierungen und Alter<sup>60</sup>

**Parameterschätzer**

Parameter	B	Standardfehler	95% Wald-Konfidenzintervall		Hypothesentest		
			Minimum	Maximum	Wald-Chi-Quadrat	df	Sig.
(Konstanter Term)	-4,408	1,3050	-6,966	-1,850	11,407	1	,001
männlich	,670	,1313	,412	,927	26,013	1	,000
weiblich	0 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.
Förderschüler	1,105	,2946	,528	1,683	14,084	1	,000
Hauptschüler	,764	,2458	,282	1,246	9,663	1	,002
Realschüler	,525	,1550	,222	,829	11,486	1	,001
Gymnasium	0 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.
Gewaltakzeptanz: hoch	2,970	,2335	2,512	3,428	161,775	1	,000
Gewaltakzeptanz: mittel	1,611	,1408	1,335	1,887	130,909	1	,000
Gewaltakzeptanz: gering	0 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.
Xenophobie/Rex: hoch	,785	,2019	,389	1,180	15,105	1	,000
Xenophobie/Rex: mittel	,198	,1678	-,130	,527	1,398	1	,237
Xenophobie/Rex: gering	0 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.
misshandelt	,836	,2074	,429	1,242	16,236	1	,000
schwer gezüchtigt	,237	,1817	-,119	,593	1,697	1	,193
leicht gezüchtigt	-,150	,1560	-,455	,156	,919	1	,338
keine Viktimisierung	0 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.
Alter	,099	,0871	-,071	,270	1,299	1	,254
(Skala)	1,426 <sup>b</sup>						

Abhängige Variable: SRD: Inzidenz, Gewaltdelikte

Modell: (Konstanter Term), Geschlecht, Bildung, GAK\_3K, REX\_3K, EG\_K\_4K, Alter

a. Auf 0 gesetzt, da dieser Parameter redundant ist.

b. Anhand des Pearson-Chi-Quadrats berechnet.

<sup>60</sup> Gütekriterien des Modells: Abweichung/df = 0,504, Pearson-Chi-Quadrat/df = 1,426, Log-Likelihood = -2611,544, AIC = 5249,089, BIC = 5327,124. Lagrange-Multiplikator-Test bzgl. Hilfsparameter a = 4,7, n. s., Link Funktion = log.

Ähnlich stark ist der globale Einfluss der innerfamiliären Gewalterfahrungen. Allerdings ergibt sich hierbei in den Paarvergleichen der einzelnen Faktorstufen der sehr interessante Befund, dass nur die schweren Formen der Misshandlungserfahrungen einen signifikanten Einfluss auf die eigene Gewalttäterschaft ausüben, auf dieser Viktimisierungsstufe dann aber hochsignifikant und bedeutsam. Für diese misshandelten Jugendlichen ergibt sich ein geschätzter Mittelwert von 2,05 Gewalttaten/Jahr gegenüber 0,89 Gewaltdelikten/Jahr bei den nie gezüchtigten bzw. misshandelten Jugendlichen (leicht gezüchtigt: 0,76 Gewaltdelikte/Jahr, schwer gezüchtigt: 1,12 Gewaltdelikte/Jahr).

Gleichfalls ähnlich stark ausgeprägt ist der globale Einfluss der Bildung auf die Gewalttäterrate. Auch in dieser erweiterten Analyse ergibt sich hinsichtlich der paarweisen Vergleiche der Bildungsstufen untereinander der gleiche Befund, den wir bereits unter Kapitel A.4.6 ermittelt haben. Die Gymnasiasten mit einer eindeutig niedrigeren Gewaltbelastung (0,61 Gewalttaten/Jahr) unterscheiden sich signifikant von den Schülern aller anderen Schularten, die insgesamt eine deutlich höhere Gewaltbelastung aufweisen, untereinander aber statistisch nicht bedeutsam divergieren (Realschüler: 1,04, Hauptschüler: 1,32, Förderschüler: 1,86 jeweils Gewaltdelikte/Jahr).

In derselben Weise verhält es sich bzgl. fremdenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen unter den Jugendlichen. Nur für diejenigen Jugendlichen mit einem entsprechend deutlich ausgeprägten Einstellungsmuster ergibt sich eine signifikant höhere Gewalttäterrate im Einjahreszeitraum mit einer geschätzten mittleren Rate von 1,77 Delikten. Demgegenüber liegen die mittleren Raten bei den sich von solchen Einstellungen klar distanzierenden Jugendlichen bei 0,81 Gewaltdelikten/Jahr und bei den eher ambivalent eingestellten bei 0,98 Gewaltdelikten/Jahr, die sich diesbezüglich nicht signifikant unterscheiden.

An dieser Stelle ist aber darauf hinzuweisen, dass die in der Regressionsanalyse als signifikant identifizierten Einflussfaktoren bzw. Faktorstufen nur insoweit interpretierbar sind, als sie für die Erklärung der Gewaltbereitschaft eine herausgehobene Bedeutung besitzen. Über die *Verursachungsstruktur* selbst ist damit noch keine Aussage möglich, da theoretisch fundierte und empirisch als bedeutsam sich erweisende Einflussfaktoren in einer möglichen Kausalstruktur auch mittelbar (distal) eine Rolle spielen können.

Da die Frage der Verursachungsstruktur auch hinsichtlich präventiver Überlegungen einen nicht unbedeutenden Stellenwert besitzt, haben wir diese in weiteren Analyseschritten bzgl. der hier erörterten Faktoren und weiterer zusätzlicher Kontrollvariablen mittels der Methode der Kausalanalyse (Pfadanalyse) untersucht. Die Ergebnisse der Pfadanalysen bzgl. der Greifswalder Schülerdaten haben wir aus inhaltlichen Gründen und hinsichtlich der besseren Vergleichsmöglichkeit mit den Kausalanalysen der Schülerdaten auf der Insel Usedom in einem zusammenhängenden Abschnitt gemeinsam dargestellt und erörtert (s. u. Kapitel B.8).



## 9. Zusammenfassung der Ergebnisse

Die vorliegende dritte Schülerbefragung von Greifswalder Jugendlichen aller 9. Klassenstufen an allgemeinbildenden öffentlichen Schulen zu Gewalterfahrungen als Opfer und/oder Täter sowie zu gesellschaftspolitischen, u. a. fremdenfeindlichen und rechtsextremen Orientierungen, ergibt eine Reihe von wichtigen Erkenntnissen. Erstmals konnten für einen längeren Referenzzeitraum, 1998 bis 2006, auf der Grundlage von drei Erhebungszeitpunkten im Vier-Jahresturnus und insgesamt 3.085 befragten Greifswalder Jugendlichen Entwicklungen bzgl. der erfassten Opfer- und Delinquenzverfahren sowie darauf bezogene Einstellungen, aber auch allgemeinere gesellschaftspolitische Orientierungen untersucht werden. Nach den einzelnen thematischen Bereichen im Bericht geordnet ergeben sich die folgenden zentralen Ergebnisse:

### *Gewaltopfererfahrungen*

- Im Bereich der *Opfererfahrungen durch Gewalt* (Kapitel A.3) ergibt sich für den Referenzzeitraum eine relativ stabile Entwicklung in den *Jahresprävalenzraten* (bezogen auf den jeweils rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum) mit einer mittleren Opferrate von 16,7% (1997: 17,1%, 2001: 15,7%, 2005: 16,8%). Damit wurde in der Hansestadt Greifswald etwa jeder 6. Jugendliche Opfer eines der fünf erfassten Gewaltdelikte (Raub, Erpressung, sexuelle Gewalt, Körperverletzung mit und ohne Waffengebrauch).
- Im *Geschlechterverhältnis* ergeben sich gleichfalls stabile Konstellationen im Berichtszeitraum: Bei den Jungen liegt die Gewaltopferbelastung mit rd. 20% (ca. jeder 5. Junge) erwartbar höher als bei den Mädchen mit rd. 13% (ca. jedes 8. Mädchen).
- Hinsichtlich der *Entwicklung* der einzelnen Gewaltdelikte ergeben sich tendenziell für die schweren Gewaltviktimsierungen rückläufige Raten: Insbesondere bei Raubdelikten ergibt sich bezogen auf den Ausgangswert 1997 ein Rückgang von 2,9%-Punkten (6,3% auf 3,4%), was beinahe einer Halbierung entspricht. Auch bei den Körperverletzungen mit Waffenanwendung ist tendenziell eine rückläufige Entwicklung feststellbar, von 3,2% auf 2,9%, wobei hier allerdings wie bei den Erpressungen (ca. 2%) und den sexuellen Übergriffen (ca. 1,6%) aufgrund der sehr niedrigen Fallzahlen von relativ konstanten Verhältnissen auszugehen ist. Eine Ausnahme ergibt sich bei den einfachen Körperverletzungsdelikten. Hier ist 2005 ein Anstieg in den Jahresprävalenzraten gegenüber 1997 um 16,3% festzustellen (von 9,8% auf 11,4%). Allerdings zeigen erweiterte Analysen des Anzeigeverhaltens und der physischen sowie materiellen Opferfolgen, dass sich im Bereich der minderschweren Gewaltviktimsierungen eine *veränderte Sensibilisierung* in

der *Bewertung* der erlebten Viktimisierungen und deren Folgen vollzogen hat, die sich auch in entsprechend höheren Prävalenzraten bei bagatellhaften einfachen Körperverletzungen niederschlägt (vgl. i. E. Kapitel C.1).

- Auch hinsichtlich der *Mehrfach-Gewaltopfer-Belastungen* ergeben sich mit im Mittel 3,1 Gewaltviktimsierungen pro Opfer im jeweils rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum in allen drei Erhebungen ausgesprochen beständige Belastungsverhältnisse (1998: 3,0, 2002: 3,2, 2006: 3,1).
- Bzgl. der *Koinzidenz der Täter-Opfer-Rolle* bestätigt sich gleichfalls der bekannte kriminologische Befund einer hohen Korrespondenz zwischen Opferwerdung und Täterschaft im Bereich der Jugendgewalt, wobei aus der Täterperspektive das Geschlecht kaum einen Unterschied macht: Etwa 31% der im Jahreszeitraum vor der Befragung aktiven Greifswalder jugendlichen Gewalt-Täter waren gleichzeitig auch Gewalt-Opfer (männlich: 31,6%, weiblich: 29,6%). Dieses Verhältnis verstärkt sich mit zunehmender Täteraktivität und liegt bei den Mehrfachtätern mit mehr als fünf Gewaltdelikten bei 38% (männlich: 38,2%, weiblich: 37,2%). Aus der Opferperspektive ergibt sich demgegenüber erwartbar bei den Jungen im Vergleich mit den Mädchen ein noch stärkerer Zusammenhang: Während 46,3% der männlichen Gewaltopfer selbst wiederum Mehrfach-Gewalttäter waren, trifft dies nur für 28,6% der weiblichen Gewaltopfer zu.  
In der überwiegenden Zahl der Gewaltviktimsierungen (rd. drei Viertel) gehören die Täter zur selben Altersgruppe wie die Opfer (14 bis 16 Jahre) und sind dem Opfer namentlich oder vom Sehen bekannt (rd. 70% bzw. 30%). In der Mehrzahl handelt es sich um jugendliche Alleintäter (rd. 60%), sonst schwerpunktmäßig um Gruppentäter (ca. 3 bis 6 Personen). Etwa zwei Drittel der Gewaltviktimsierungen ereignen sich im öffentlichen Raum, mehrheitlich davon auf der Straße (nicht Schulweg), im Übrigen in/an Diskotheken, auf Sportplätzen oder am Strand. In der Schule und auf dem Schulhof ereignen sich demgegenüber nur rd. 20% und auf dem Schulweg rd. 5% der Gewaltviktimsierungen.
- Insgesamt ergeben die Analysen (auch im *interregionalen Trendvergleich* mit anderen Studien) ein vergleichsweise niedriges und konstantes Niveau der Gewaltopferaten unter den Greifswalder Jugendlichen. Die meisten Jugendlichen (über alle drei Erhebungen zusammen 83,3%) wurden nicht Opfer eines Gewaltdelikttes. Andererseits verdeutlichen aber die stabilen Verhältnisse in den Gewalt-Mehrfachopferaten, dass von den relativ wenigen Opfern nahezu die Hälfte (46,4%) mehr als einmal im Jahreszeitraum viktimisiert wurde und sich darunter eine kleine Gruppe Jugendlicher befindet (15,7%), die im Jahreszeitraum mehr als viermal Opfer eines Gewaltdelikttes wurde. Dies bedeutet, dass in der Untersuchung jeder 13. Greifswalder Ju-

gendliche (ca. 8%) mehrfach von Gewaltdelikten betroffen war, etwa jeder 38. (2,6%) sogar mindestens fünfmal. Damit wird eine besonders belastete und hochgradig gefährdete Gruppe Jugendlicher sichtbar, die im Bereich gewaltpräventiver Maßnahmen auch unter dem Aspekt des Opferschutzes und der Opferhilfe besonderer Beachtung bedarf.

- In einer nochmals verdichteten Zusammenfassung unserer Analysen zur *Jugendgewalt* aus der *Opferperspektive* von durchschnittlich 15-jährigen Jugendlichen in Greifswald lassen sich folgende zentrale Befunde festhalten:

- Die überwiegende Zahl der Greifswalder Jugendlichen wurde nicht Opfer eines der fünf erhobenen Gewaltdelikte (Raub, Erpressung, Körperverletzung mit und ohne Waffenanwendung und sexuelle Gewalt). Über den gesamten Referenzzeitraum (1997 bis 2006) sind dies – bei sehr stabilen Opferraten – im Mittel 83,3% der Jugendlichen.
- Die jahresbezogenen Gewaltopferraten unter den Greifswalder Jugendlichen fallen im Berichtszeitraum relativ konstant aus und schwanken statistisch unerheblich nur gering um eine mittlere Rate von 16,7% (1998: 17,1%, 2002: 15,7%, 2006: 16,8%). Damit ist davon auszugehen, dass noch jeder 6. Jugendliche in Greifswald von Gewalt betroffen ist.
- Die Gewaltopfererfahrungen der Jugendlichen sind in der überwiegenden Zahl der Fälle Jugendgewalt. In mehr als drei Viertel der Fälle sind die Gewalttäter selbst Jugendliche.
- Unter den weiblichen und männlichen Jugendlichen in Greifswald sind die Gewaltopferraten im Referenzzeitraum gleichfalls stabil. Jungen sind mit rd. 20% stärker als die Mädchen mit rd. 13% von Jugendgewalt betroffen.
- Im Bereich der schwereren Gewaltdelikte ist ein Rückgang der Opferraten zu beobachten, der durch einen Anstieg im Bereich der einfachen Körperverletzungen kompensiert wird.
- Auch die Mehrfach-Gewaltopferbelastung ist über den Referenzzeitraum sehr stabil. Die mittlere Gewaltopferhäufigkeit beträgt rd. drei Gewaltdelikte pro Jahr.
- Etwa 8% der Jugendlichen war im Jahreszeitraum mehrfach von Gewalt betroffen. 2,6% der Jugendlichen wurde sogar mindestens fünfmal Opfer eines Gewaltdelikts. D. h., nach wie vor ist davon auszugehen, dass etwa jeder 13. Jugendliche in Greifswald mehrfach viktimisiert wird und jeder 38. Jugendliche fünfmal oder häufiger.

- Diese wiederholt viktimisierten Jugendlichen stellen eine außerordentlich belastete und gefährdete Gruppe dar, auf die insbesondere hinsichtlich eines verstärkten Opferschutzes und der Opferhilfe, aber auch im Rahmen gewaltpräventiver Maßnahmen in besondere Weise eingegangen werden muss.
- Es gibt eine signifikante Beziehung zwischen der besuchten Schulart bzw. dem angestrebten Schulabschluss und der Rate jugendlicher Gewaltopfer in Greifswald. Die Förder- und Hauptschüler sind insgesamt stärker belastet (rd. 28% bzw. rd. 23%) als die Realschüler (rd. 17%) und die Gymnasiasten (rd. 13%).
- Zwei Drittel der Gewaltviktimisierungen ereignen sich im öffentlichen Raum (ohne Schulweg). Etwa 20% aller berichteten Gewaltviktimisierungen erfolgen in der Schule (einschließlich Schulgelände) und nur 5% auf dem Schulweg.
- Im interregionalen Vergleich mit anderen Dunkelfeldstudien ergeben sich über alles betrachtet eher unterdurchschnittliche Gewaltopfer-Belastungsverhältnisse unter den Jugendlichen in Greifswald.

### ***Selbstberichtete Delinquenz***

- Im Bereich der *selbstberichteten Delinquenz* (Kapitel A.4) findet sich zunächst die allgemeine kriminologische Erkenntnis einer altersspezifischen Ubiquität und Episodenhaftigkeit für den Großteil der jugendtypischen Delinquenz und von sozial devianten Verhaltensweisen. Etwas mehr als 80% der Jugendlichen hat mindestens schon einmal eines der in der Erhebung 2006 erfragten 18 Delikte begangen bzw. sozial deviante Verhaltensweisen gezeigt (Lebensprävalenzrate). Neben Raubkopien herstellen (rd. 50%) und Beförderungerschleichung (rd. 48%) liegt die Lebensprävalenzrate bei den Ladendiebstählen (41%) und dem „Schulschwänzen“ (rd. 38%) erwartbar am höchsten. Bei den Gewaltdelikten liegen die Lebensprävalenzraten bei den Körperverletzungsdelikten mit rd. 20% am höchsten.
- Für die *Trendanalysen* haben wir, in allen drei Greifswalder Erhebungen identisch, fünf Nichtgewaltdelikte (Ladendiebstahl, Einbruchdiebstahl in/aus Kraftfahrzeugen, Fahrzeugdiebstahl, darunter i. d. R. Fahrraddiebstahl, massive Belästigung und Vandalismus) sowie fünf Gewaltdelikte (Raub, jemanden „abziehen“, sonstige Erpressung, Bedrohung mit einer Waffe und die Körperverletzung) erhoben. In der Gesamtschau aller zehn erhobenen Delikte ergibt sich eine beachtliche Abnahme in den *Lebensprävalenzraten* zwischen der ersten und der letzten Erhebung von insgesamt rd. 22% (1998: 68,0%, 2006: 53,2%). Diese positive Entwicklung beruht allerdings überwie-

gend auf rückläufigen Lebensprävalenzraten im Bereich der *Nichtgewaltdelikte*. Diesbezüglich ergibt sich bei den Ladendiebstählen der größte Rückgang von rd. 29% gegenüber 1998 (von 57,6% auf 41,0%). Auch bei den „massiven Belästigungen“ ist eine deutlich rückläufige Täterrate um rd. 18% erkennbar (von 11,5% auf 9,4%). Demgegenüber ergeben sich bei Vandalismus (mittlere Prävalenzrate rd. 19%), Fahrraddiebstahl (mittlere Prävalenzrate rd. 11%) und Diebstählen in/aus Kraftfahrzeugen (mittlere Prävalenzrate rd. 3%) keine signifikanten Veränderungen in den Lebensprävalenzraten.

- Im Bereich der *Gewaltdelinquenz* zusammengenommen zeigen sich im Unterschied zu den Nicht-Gewaltdelikten für den Referenzzeitraum relativ konstante Verhältnisse. Die mittlere Lebensprävalenzrate bei Gewaltdelikten liegt bei rd. 24% (1998: 25,5%, 2002: 22%, 2006: 24%). Dementsprechend sind auch auf der Einzeldeliktsebene in den Lebensprävalenzraten keine statistisch signifikanten Unterschiede erkennbar.
- Hinsichtlich der *aktiven Jugenddelinquenz*, die sich jeweils auf den rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum bezieht, ergeben sich in der Struktur sowie in der Entwicklung der *Jahresprävalenzraten* tendenziell ähnliche Verhältnisse wie für die Lebensprävalenzraten. In der Entwicklung der Gesamttäterraten (mindestens ein Delikt) ergibt sich eine hochsignifikante Abnahme im Referenzzeitraum von 53,6% auf 45,3%, was einem Rückgang von 16% entspricht. Beinahe parallel hierzu nehmen die Nicht-Gewalttäterraten gleichfalls hochsignifikant um 17,7% noch etwas stärker ab (von 49,6% auf 40,8%). Demgegenüber verbleiben die Gewalttäterraten auf nahezu konstant niedrigem Niveau (1998: 21%, 2002: 19,6%, 2006: 20,8%).
- Auch hinsichtlich der *Mehrfachtäterraten* (mindestens fünf Delikte im rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum) ergibt sich – auf deutlich niedrigerem Niveau – eine sehr ähnliche Entwicklung: Ein hochsignifikanter Rückgang bei den Nicht-Gewalttätern von rd. 13% (1998: 18,9%, 2002: 17,2%, 2006: 16,5%) und eine wiederum relativ stabile Gewalttäterraten, die um eine mittlere Rate von 6,1% nur geringfügig und statistisch unbedeutend schwankt.
- Im Hinblick auf das *Geschlechterverhältnis* ergibt sich zunächst der bekannte Befund, dass die weiblichen Jugendlichen insgesamt weniger belastet sind, wobei dieser Unterschied erwartbar bei den Gewaltdelikten noch stärker ausgeprägt ist als bei den Nicht-Gewaltdelikten. In den Trendverläufen ergeben sich diesbezüglich allerdings für die Greifswalder Jugendlichen zwei interessante Gegebenheiten: Bei den Nicht-Gewaltdelikten nimmt die Täterrate unter den Mädchen monoton fallend doppelt so stark ab (-24,2%), als dies bei den Jungen der Fall ist (-11,9%; Mädchen 1998: 43%, 2006: 32,6%; Jungen 1998: 56,4%, 2006: 49,7%). Demgegenüber verbleiben die

Gewalt-Tätterraten bei den Jungen ebenso wie bei den Mädchen auf konstant hohem Niveau, bei den Jungen allerdings um den Faktor 2,3 höher verlaufend (mittlere Rate bei den Jungen 29,1%, bei Mädchen 12,6%).

Bei den *Mehrfachtätern* (mit mindestens fünf Delikten) zeigen sich sehr ähnliche Verhältnisse mit einer Ausnahme: Nur bei den Nicht-Gewaltdelikten nehmen die weiblichen Mehrfachtäterraten signifikant ab (von 1998 15% auf 2006 10%: -33,3%), während die männlichen Täterraten im Mittel bei 23,5% stabil bleiben. Ebenfalls auf relativ stationärem Niveau bewegen sich die Gewalt-Mehrfachtäterraten bei den Jungen (mittlere Rate: 9,7%) und – angesichts sehr niedriger Ausgangsraten erwartbar – auch bei den Mädchen (mittlere Rate: 2,8%), wobei der Kontrast zwischen Jungen und Mädchen noch stärker ausfällt (Faktor 3,5).

D. h., über den Referenzzeitraum hinweg ergeben sich im Bereich der *aktiven Gewaltdelinquenz* kaum – jedenfalls keine statistisch bedeutsamen – Veränderungen unter den Greifswalder Jugendlichen, was insbesondere auch für jugendliche Gewalt-Mehrfachtäter zutrifft. Interessanterweise trifft dieser stabile Trend gleichermaßen für männliche als auch – auf entsprechend niedrigerem Niveau – für weibliche Gewalttäter zu.

- Auch hinsichtlich der *schulischen Bildungsniveaus* ergeben sich für die Greifswalder Jugendlichen im Referenzzeitraum relativ stabile Verhältnisse in den Unterschieden der Delinquenzentwicklung. Diesbezüglich lässt sich ausnahmslos ein hoch signifikanter Unterschied zwischen den Gymnasiasten mit deutlich niedrigeren Täterraten und Schülern aller anderen Schulformen mit entsprechend signifikant höheren Täterraten konstatieren.

Während sich bei den *Nicht-Gewalttätern* – mit Ausnahme der Förderschüler – für alle Bildungsarten signifikant abnehmende Täterraten ergeben (Förderschüler: von 59,0% auf 55,0%: -6,8%, n. s.; Hauptschüler: von 52,0% auf 39,1%: -24,8%; Realschüler: von 54,5% auf 45,4%: -16,7%; Gymnasiasten: von 39,9% auf 31,4%: -21,3%) trifft dies allerdings für die Entwicklung der *Gewalttäterraten* nicht zu. Bei unveränderten Unterschieden zwischen den Schulformen ergeben sich *tendenziell* abnehmende Raten bei den Gymnasiasten einerseits (von 12,8% auf 11,0%: -14,1%) und zunehmende Raten bei Förder- und Hauptschülern andererseits (von 33,3% auf 36,3%: +9% bzw. von 27,6% auf 29,7%: +7,6), während die Realschüler eine beinahe konstant hohe Belastung (im Mittel 23,3%) aufweisen. Allerdings sind die Zu- bzw. Abnahmen in den Trendverläufen der Gewalttäterraten nach den einzelnen Bildungsstufen allesamt *nicht* signifikant, so dass insgesamt von einer eher stabilen Entwicklung der Jahresprävalenzraten bei jugendlichen Gewalttätern – bei relativ konstant ausfallenden Unterschieden in den Bildungsniveaus – ausgegangen werden kann. Hierbei unterscheiden sich die Gymnasiasten noch deutlicher als dies bereits bei den Nicht-Gewaltdelikten der Fall ist von den Schülern der anderen Schulformen.

Auch bei den *Mehrfachtätern* zeigt sich bei unveränderten Unterschieden zwischen den Schulformen ein sehr ähnliches Entwicklungsmuster: Tendenziell rückläufige bis konstante Täterraten im Bereich der Nicht-Gewaltdelikte und relativ stabile Täterraten bei den Gewalttätern.

Differenzierte statistische Analysen zeigen bzgl. des Zusammenhangs zwischen *Gewalttäterraten* und dem Bildungsniveau, dass sich die Gymnasiasten hochsignifikant von jedem anderen Bildungsgang, nicht aber die übrigen Bildungsgänge untereinander unterscheiden. D. h., trotz der vorhandenen Unterschiede zwischen den Real-, Haupt- und Förderschülern in den mittleren Jahreshäufigkeiten bei Gewaltdelikten sind diese statistisch wenig bedeutsam (Gymnasiasten: 0,27 Gewaltdelikte/Jahr; Realschüler: 0,87, Hauptschüler: 1,21; Förderschüler: 1,61). Der Zusammenhang des Bildungsniveaus mit der Gewalttäterschaft besteht dementsprechend in einer deutlich kontrastierten Risikolage: Diejenigen Jugendlichen mit hoher Bildung und einem niedrigen Gewalttäterisiko auf der einen und diejenigen Jugendlichen mit niedrigerem Bildungsniveau zusammen mit einer deutlich höheren Belastung im Bereich der Gewalttäterschaft auf der anderen Seite.

- Wiederum in einer sehr komprimierten Zusammenschau unserer Analysen zur *selbstberichteten Delinquenz* bei durchschnittlich 15-jährigen Jugendlichen in Greifswald lassen sich folgende zentrale Befunde feststellen:

- Unter den Jugendlichen in Greifswald ist der überwiegende Teil der aktiven Jugendkriminalität und Devianz von ubiquitärem Bagatelldeliktcharakter: Beförderungerschleichung, Raubkopieren, Ladendiebstahl, Fahren ohne Führerschein, Schulschwänzen und ähnliche Formen der Delinquenz bzw. abweichenden Verhaltens dominieren ganz eindeutig.
- Rd. 82% der Jugendlichen hat mindestens einmal eines der im Jahr 2006 erhobenen 18 jugendtypischen Delikte oder sozial devianten Verhaltensweisen begangen bzw. gezeigt.
- Im Referenzzeitraum 1997 bis 2006 ist ein deutlicher Rückgang der Jugenddelinquenz zu verzeichnen. Insgesamt hat sich die aktive Jugendkriminalität bzgl. zehn identisch erhobener jugendtypischer und strafrechtlich relevanter Delikte im Berichtszeitraum um rd. -16% verringert (von rd. 54% auf rd. 45%).
- Dieser signifikante Rückgang der Täterraten insgesamt beruht allerdings auf einer Abnahme der Delinquenz im Bereich der Nicht-Gewaltdelikte, insbesondere einem erheblichen Rückgang bei den Ladendiebstählen und Diebstählen in/aus Kraftfahrzeugen. Gründe hierfür dürften vor allem in der zunehmenden Verbreitung von verbesserten Sicherheitsmaßnahmen und Überwachungstechniken in

den vergangenen Jahren (technische Prävention) liegen, die die Möglichkeiten der Begehung solcher Delikte verringert haben.

- Die Gewaltdelinquenz der Jugendlichen verbleibt demgegenüber bei einer mittleren Gesamt-Jahresprävalenzrate von rd. 20% auf relativ konstantem Niveau. Gleichwohl gilt aber nach wie vor auch für Greifswalder Jugendliche, dass ihre Delinquenz vorrangig durch jugendtypische Eigentums- und Vermögensdelikte geprägt ist und Gewaltdelikte die Ausnahme darstellen.
- Ein ähnliches Verlaufsmuster findet sich bei den Mehrfachtätern mit mindestens fünf Delikten im rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum, allerdings auf deutlich niedrigerem Level: ein tendenzieller Rückgang der Raten von Nichtgewaltdelikten und eine stabile Entwicklung bei den Gewalttäterraten.
- In dieser anteilmäßig ca. 6% umfassenden Gruppe jugendlicher Gewalt-Mehrfachtäter sind erwartbar hoch signifikant etwa viermal mehr männliche als weibliche Jugendliche (ca. 10% Jungen gegenüber 2,5% Mädchen) mit geringerem Bildungsniveau – insbesondere Haupt- und Förderschüler aber auch Realschüler – vertreten.
- In Greifswald – wie andernorts auch – gibt es demnach eine kleine Gruppe jugendlicher mehrfach auffälliger Gewalttäter, deren besonders problematische Verhaltensweisen i. d. R. mit schwierigen Lebensumständen verbunden sind. Diese Jugendlichen stellen in vielfacher Hinsicht eine besondere Herausforderung für Interventions- und Präventionsmaßnahmen dar, die auf eine Minderung oder Verhinderung von Jugendgewalt abzielen.
- Im Vergleich mit den Gewaltopfern findet sich bei den Gewalttätern ein noch deutlicherer Unterschied zwischen Jugendlichen mit einem hohen Bildungsniveau (Gymnasiasten) und einer geringen Gewalttäterrate auf der einen und Jugendlichen der übrigen Bildungsgänge (angestrebter Hauptschulabschluss bzw. Berufsreife oder mittlere Reife) und deutlich höheren Gewalttäterraten auf der anderen Seite.
- Unter Heranziehung anderer Schülerbefragungen in Deutschland (des Kriminologischen Forschungsinstituts in Niedersachsen, KFN, in Hannover) und diesbezüglich vergleichbar berechneten Gewalttäterraten ergeben sich im interregionalen Vergleich für die Jugendlichen in Greifswald nahezu durchschnittliche Verhältnisse. Sowohl die Jahresprävalenzraten als auch die Mehrfachtäterraten entsprechen – mit jeweils geringen Abweichungen nach oben – denjenigen von allen in den Vergleich einbezogenen vorwiegend westdeutschen Städten und Landkreisen.



### ***Gewaltaffine Einstellungen***

- Dementsprechend ist auch eine relativ stabile Entwicklung im Bereich der *gewaltaffinen Einstellungen* und Bewertungen feststellbar (Kapitel A.5): Zwar ergibt sich hinsichtlich der zusammengefassten Gewaltakzeptanz-Skala mit 14 Einstellungsfragen ein signifikanter Rückgang im Jahr 2002 und auch 2006 gegenüber 1998, nicht aber zwischen 2002 und 2006. Dieser Rückgang weist allerdings auf der Ebene der gruppierten Akzeptanzwerte keine signifikanten Anteilsunterschiede im Referenzzeitraum auf.

Für die gruppierten Einstellungen nach den am Mittelpunkt der Skala geteilten Gewaltakzeptanz-Werten in eher Gewalt befürwortende und eher ablehnende Jugendliche ergeben sich bei den eher gewaltaffinen Jugendlichen verhältnismäßig beständige Anteilswerte über die drei Erhebungen hinweg (1998: 21,7%, 2002: 18,3%, 2006: 20,7%; mittlerer Anteilswert: 20,6%). Auch bzgl. der dreigestuften Gewaltakzeptanz-Skala (sehr geringe, ambivalente und sehr hohe Gewaltakzeptanz) zeigen sich keine signifikanten Anteilsunterschiede zwischen den Messungen im Referenzzeitraum. Die größte Verschiebung der Anteilswerte ergibt sich im Austausch der Jugendlichen mit deutlicher Ablehnung und eher ambivalenten Einstellungen gegenüber Gewalt, wobei tendenziell die Zahl der Gewalt ablehnenden Jugendlichen zunimmt (1998: 49,6%, 2002: 53,1%, 2006: 53,3%; +7,5%). Dementsprechend bilden die Jugendlichen mit deutlich gewaltaffinen Einstellungen eine relativ konstant bleibende kleine Gruppe von 6,4% ohne statistisch bedeutsame Veränderungen im Referenzzeitraum (1998: 6,4%, 2002: 5,7%, 2006: 6,8%). D. h., etwa jeder 15. Greifswalder Jugendliche im Alter von durchschnittlich 15 Jahren verfügt über ein Einstellungsmuster für das ein ausgesprochen hohes Gewaltakzeptanzniveau charakteristisch ist. Dieser Befund steht auch in einer kohärenten Beziehung zu den Gewalt-Täterraten: Das Gewalttäterisiko bei Jugendlichen mit entsprechend hohen Gewaltakzeptanzwerten liegt um das 36-fache höher als bei Jugendlichen mit niedrigen Werten.

- Im *interregionalen* Vergleich mit anderen KFN-Studien und diesbezüglich wiederum vergleichbar berechneten Gewaltakzeptanz-Gruppen auf der Basis von 11 identisch erhobenen Einstellungen ergeben sich für die Greifswalder Jugendlichen deutlich verbreitetere Gewaltorientierungen: So liegt bezogen auf die KFN Vergleichswerte 2005 der Anteil Greifswalder Jugendlicher mit einer ausgeprägt hohen Gewaltakzeptanz von etwa 6,5% im Vergleich mit den anderen Studien um etwa 2%-Punkte höher. Zudem ist aber auch die Gruppe der ambivalent eingestellten Greifswalder Jugendlichen um 10%-Punkte größer als in den KFN-Studien (36,4% gegenüber 26,3%), während demzufolge der Anteil Greifswalder Jugendlicher mit dezidiert Gewalt

ablehnenden Einstellungen sogar um mehr als 12%-Punkte geringer ausfällt (57,1% gegenüber 69,3% im Jahr 2005/2006).

Auch wenn sich in der Entwicklung zwischen den Greifswalder Alterskohorten eine schwach signifikante Anteilsverschiebung zwischen den Jugendlichen mit einer gegenüber Gewalt ambivalenten Einstellung zugunsten derjenigen, die eine sehr niedrige Gewaltaffinität aufweisen, abzeichnet, fallen die verbleibenden Unterschiede zum Ende des Referenzzeitraumes im Vergleich mit Jugendlichen aus anderen Städten und Landkreisen dennoch ausgesprochen hoch zuungunsten der Greifswalder Jugendlichen aus.

Dennoch bleibt auch für Greifswalder Schüler der Befund festzuhalten, dass die ganz überwiegende Mehrheit Gewalt ablehnt.

### ***Fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen***

- Neben der Gewaltaffinität weisen unsere Daten im Bereich von persönlichen Einstellungen hinsichtlich des Ausmaßes und der Verbreitung von *fremdenfeindlichen* und *rechtsextremen* Orientierungen sowie deren Korrelate auf eine quantitativ und qualitativ besonders herausragende und spezifische Problemlage unter den Greifswalder Jugendlichen hin (Kapitel A.6).  
Im Vergleich mit gewaltaffinen Einstellungen ergeben sich für alle fremdenfeindlichen und rechtsextremen Orientierungen, aber auch für alle mit diesen Einstellungen korrespondierenden Indikatoren deutlich größere Zustimmungswerte unter den befragten Jugendlichen, die insgesamt auf ein sehr prekäres Welt- und Menschenbild sowie ein defizitäres Demokratieverständnis hinweisen.
- Allerdings ergeben sich für die von uns verwendete Fremdenfeindlichkeit/Rechtsextremismus-Skala mit 13 Einstellungsfragen zusammengenommen hochsignifikante Veränderungen in den drei Greifswalder Erhebungen: Diesbezüglich wurde im Jahr 1998 das höchste Niveau fremdenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen unter Greifswalder Jugendlichen festgestellt (Mittelwert: 2,50). Diesem folgte ein deutlicher Rückgang im Jahr 2002 (Mittelwert: 2,22), dem dann allerdings wieder in der aktuellen Erhebung 2006 ein moderater (wenngleich noch signifikanter) Anstieg folgte (Mittelwert: 2,35), wobei jedoch der hohe Ausgangswert von 1998 nicht mehr erreicht wird.
- Für die kategorisierten Skalenwerte mit zwei Einstellungs-Gruppen (überwiegende Zustimmung gegenüber überwiegende Ablehnung) und drei Einstellungs-Gruppen (deutliche Zustimmung, ambivalente Haltung und deutliche Ablehnung) ergeben sich beachtliche prozentuale Größenordnungen der Akzeptanzgruppen solcher Orientierungen unter Greifswalder Jugendlichen. Auch für die verschiedenen Akzeptanzgruppen findet sich nach einem nied-

rigeren Niveau im Jahr 2002 wieder ein Anstieg im Jahr 2006: Insbesondere zeigt sich bzgl. der relativen Veränderung zwischen den Erhebungen für die Gruppe der Jugendlichen mit besonders ausgeprägten fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen nach einem deutlichen Rückgang im Jahr 2002 gegenüber der Ersterhebung 1998 (von 20,2% auf 9,9%, = -51%) wieder ein Anstieg im Jahr 2006 auf 13,8%, auch wenn der hohe Ausgangswert von 1998 damit nicht wieder erreicht wird. D. h., war 1998 noch jeder 5. Jugendliche in Greifswald *besonders ausgeprägt* fremdenfeindlich und rechtsextrem orientiert, war dies im Jahr 2002 nur noch jeder 10. und in der aktuellen Erhebung 2006 wieder jeder 7. Jugendliche.

- Hinsichtlich des *Geschlechterverhältnisses* bzgl. fremdenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen unter den Greifswalder Jugendlichen ergibt sich der interessante Befund, dass sich männliche und weibliche Schüler kaum – jedenfalls statistisch nicht signifikant – unterscheiden. Unter den rd. 37% tendenziell fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen zustimmenden Jugendlichen im Jahr 2006 sind dies rd. 35% der Mädchen und rd. 40% der Jungen. In der Gruppe mit einem besonders extrem ausgeprägten Einstellungsmuster (13,8%) sind dies 13,2% der Mädchen und 14,4% der Jungen.
- Als herausragender differenzieller Faktor erweist sich auch in unserer Studie die *Bildung*, wobei sich über alle drei Erhebungen hinweg durchgängig die Gymnasiasten mit den geringsten Akzeptanzwerten von den Schülern der anderen Schulformen signifikant unterscheiden. Aber auch noch rd. 22% der Gymnasiasten zeigen tendenziell zustimmende fremdenfeindliche/rechtsextreme Einstellungen in der aktuellen Erhebung 2006. Bei den Realschülern sind dies rd. 42%, bei den Hauptschülern rd. 44% und bei den Förderschülern sogar rd. 67%. In der Gruppe mit einem besonders extrem ausgeprägten Einstellungsmuster sind dies noch 7,1% der Gymnasiasten, 15,3% der Hauptschüler, 16,9% der Realschüler und 29,1% der Förderschüler.
- Im *interregionalen* Vergleich mit anderen Studien des KFN in sieben westdeutschen Städten und zwei Landkreisen 2005 für Jugendliche mit zwei deutschen Elternteilen (!) wird die besondere Problematik der Ausländerfeindlichkeit und chauvinistischer Überzeugungen unter den Greifswalder Jugendlichen nicht nur hinsichtlich der Zustimmungs-, sondern auch hinsichtlich der Ablehnungsanteile besonders deutlich, wobei in der Greifswalder Vergleichspopulation Jugendliche mit Migrationshintergrund (ca. 4%) nicht einmal herausgenommen wurden. So stimmen in der aktuellen Erhebung 2006 26,5% der Greifswalder Jugendlichen der Aussage zu „Deutsche sind anderen Völkern überlegen.“ In den Vergleichsstudien sind dies aber zusammen nur 10,7%. Noch extremer ist der Kontrast mit Blick auf diejeni-

gen Jugendlichen, die dieser Aussage überhaupt nicht zustimmen, sie also dezidiert ablehnen: 33,1% der Greifswalder Jugendlichen gegenüber 63,9% der westdeutschen Jugendlichen. Die Aussage „Die Ausländer haben Schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland“ wird von 41,9% der Greifswalder Jugendlichen zustimmend gesehen, aber nur von 25% der westdeutschen Jugendlichen. Explizit verneint wird diese Aussage von 27,3% der Greifswalder gegenüber 43,6% der anderen deutschen Jugendlichen.

Diese Problemlage wird auch in weiteren Vergleichsanalysen mit besonders „harten“ Kriterien der Definition und Operationalisierung von „Rechtsextremismus“ in einer Verknüpfung von Fremdenfeindlichkeit *und* Gewaltakzeptanz wiederum nur für deutsche Jugendliche der Vergleichsgruppen sichtbar. Diesbezüglich beträgt der Anteil Greifswalder Jugendlicher mit extremen Zustimmungswerten das 3-fache der westdeutschen Jugendlichen (3,5% bzw. 1,2%) und derjenige Anteil Jugendlicher, der überwiegend zustimmt das 2,3-fache (10,2% gegenüber über 4,4%). Allerdings wird hierbei deutlich, dass es sich bei den stark gewaltaffinen und zugleich fremdenfeindlich orientierten Jugendlichen generell um eine kleine Minderheit handelt.

- Darüber hinaus erhobene Einstellungen gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen (Kapitel A.6.2) bestätigen diese äußerst problematischen Einstellungsverhältnisse bei Greifswalder Jugendlichen, die sich nicht nur ausschließlich gegen Ausländer richten. Insbesondere Asylbewerber und Sinti/Roma („Zigeuner“), aber auch Obdachlose und Homosexuelle werden von jedem 5. bis 6. und selbst Behinderte noch von jedem 10. Greifswalder Jugendlichen, weil „unsympathisch“, dezidiert abgelehnt.
- Auch im Hinblick auf überwiegend jugendtypische *Szenen- und Gruppenorientierungen* sowie *allgemeinen politischen Einstellungen* (politisches Interesse und Parteipräferenzen) ergeben sich deutliche Korrespondenzen mit fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen unter den Greifswalder Jugendlichen. Auch wenn die Anteile Jugendlicher, die sich Skinheads oder Hooligans „zugehörig“ wähnen (2006: zusammen 6,7%) oder diese „ganz gut“ finden (zusammen: 14,5%) relativ niedrig liegen, kann nicht verkannt werden, dass gerade diese subkulturellen Gruppierungen eine hohe Attraktivität für *gewaltbereite* Jugendliche mit fremdenfeindlichen und rechtsextremen Anschauungen besitzen. Diesbezüglich ist der Befund einer ausgesprochen starken Polarisierung unter den Jugendlichen, die von diesen Szenen und Gruppierungen ausgeht, auffällig und weist auf eine besonders schwierige Konstellation hin, die einen intervenierenden Zugang und die Möglichkeiten, mit solchen Gruppen sozialpädagogisch zu arbeiten und sie „aufzubrechen“ erschweren.

- Darüber hinaus zeigen die Analysen auch eine konjunktur- bzw. wahlerfolgsabhängige Präferenz für bestimmte rechtsextremistische Parteien wie die NPD oder die DVU (Kapitel A.6.3). Ferner zeigt sich hinsichtlich des allgemeinen politischen Interesses, dass insbesondere bei männlichen Haupt- und Förderschülern, aber auch bei Realschülern im deutlichen Gegensatz zu den Mädchen ein bekundetes hohes allgemeines politisches Interesse sehr eng mit fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen verknüpft ist.
- Einen Sonderfall bildet der Komplex von *Einstellungen gegenüber Polen*, die im Ergebnis Anlass zur Sorge geben (Kapitel A.6.4). Diese Fragen wurden erstmals in der Erhebung 2002 im Hinblick auf die EU-Mitgliedschaft Polens seit dem 1. Mai 2004 gestellt, so dass diesbezüglich ein Vergleich zwischen 2006 und 2002 möglich ist.

Erwartbar zeigt sich bei Greifswalder Jugendlichen, dass mit wachsender Fremdenfeindlichkeit auch eine zunehmende Ablehnung gegenüber Polen bzgl. aller verwendeten Indikatoren einhergeht. Besonders profiliert gilt dies für Jugendliche mit sehr ausgeprägten fremdenfeindlichen und rechtsextremen Orientierungen, und zwar unabhängig vom Geschlecht und der Bildung. Allerdings ergibt sich auch für eine erhebliche Zahl von nicht fremdenfeindlich und rechtsextrem eingestellten Jugendlichen eine größere Distanz und Ambivalenz in Verbindung mit entsprechenden Vorbehalten gegenüber den polnischen Nachbarn.

So sind etwa von den im Jahr 2006 befragten Jugendlichen, die überwiegend nicht fremdenfeindlich/rechtsextrem eingestellt sind (Rechtsextremismus-Skalenwerte < 2,5, das sind 62,9% der Jugendlichen) noch rd. 37% der Ansicht, dass eine EU-Mitgliedschaft Polens nicht wünschenswert ist. Von den eher rechts orientierten Jugendlichen sind dies rd. 68%. Von jedem 5. nicht rechtsgerichteten Jugendlichen wird nicht akzeptiert, dass Polen in Vorpommern wohnen (61,2% der Rechten) und bereits jeder 4. (25,5%) nicht rechts orientierte Jugendliche lehnt es ab, dass Polen in Vorpommern arbeiten (66% der Rechten). Hinsichtlich der Möglichkeiten persönlicher Beziehungen mit Polen sind die Verhältnisse ähnlich. Jeder 4. politisch nicht rechts orientierte Jugendliche ist gegen eine unmittelbare Wohnnachbarschaft mit Polen (61,2% der Rechten).

Die deutlichsten Vorbehalte werden hinsichtlich einer möglichen familiären Verbindung mit einem Polen bzw. einer Polin geäußert. Eine solche Beziehung wird von mehr als jedem Dritten der nicht rechts orientierten Jugendlichen (37,6%) abgelehnt (74,6% der Rechten).

Die große Distanz gegenüber Polen zeigt sich auch darin, dass der Großteil der Jugendlichen keine direkten persönlichen oder mittelbar familiären Kontakte zu Polen hat. Allerdings ist diesbezüglich eine positive Entwicklung erkennbar: Wurden 2002 nur von jedem 8. befragten Greifswalder Jugendlichen (12,5%) persönliche Kontakte mit Polen berichtet, hat sich 2006 dieser

Anteil auf rd. 21% erhöht. Etwa ein Drittel dieser Kontakte besteht in Form von Einkaufsgelegenheiten (Tanken, Zigaretten u. a.), ein weiteres Drittel in Form von Bekanntschaften und Freundschaften, Urlauben und Ferienlagern sowie Sport-/Vereins-/Kulturkontakten (in wenigen Einzelfällen auch Kontakte durch Schüleraustausch und bilingualen Unterricht). Das letzte Drittel sind Kontakte aufgrund verwandtschaftlicher Beziehungen mit Polen. Hinsichtlich des Wunsches nach einem Kontakt bzw. mehr Kontakten mit Polen, fallen die Aussagen in beiden Erhebungen gleichermaßen deutlich reserviert aus. Ein solcher Kontaktwunsch wird nur von etwa jedem 8. Greifswalder Jugendlichen geäußert (11,8%). Rd. 28% der Jugendlichen können sich einen solchen Kontaktwunsch in der Zukunft vielleicht vorstellen, während für die Mehrzahl der Jugendlichen (rd. 60%) ein solcher Wunsch überhaupt nicht, auch zukünftig nicht, besteht.

- Trotz dieser großen Distanz der Greifswalder Jugendlichen zeichnet sich auch im Sinne der klassischen Kontakthypothese eine optimistisch stimmende Tendenz ab: So finden sich in Abhängigkeit von bereits bestehenden Kontakten zu Polen bzgl. aller einbezogenen Fragen und Aussagen signifikant häufiger positivere Einstellungen gegenüber Polen. So sind Jugendliche mit persönlichen Kontakten zu Polen gegenüber einer Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union mehrheitlich aufgeschlossener als Befragte ohne persönlichen Kontakt. Auch die Frage nach einer gemeinsamen (kulturellen und wirtschaftlichen) Region Pommerns wird insgesamt positiver gesehen und vor allem deutlich weniger verneint.

Die stärksten positiven Zusammenhänge ergeben sich bei den Fragen nach einer möglichen familiären Beziehung mit einem Polen oder einer Polin (Zustimmung bei vorhandenem persönlichen Kontakt: rd. 39% vs. 17% ohne persönlichen Kontakt) und einer privaten Wohnnachbarschaft (53,8% vs. 34,2%). Korrespondierend hierzu zeigt sich auch ein größeres Einverständnis dieser Jugendlichen mit bereits bestehenden Kontakten zu Polen hinsichtlich der grenznahen Mobilität und des Zuzugs von Polen: Dass Polen besuchsweise häufiger nach Vorpommern kommen (57,6% vs. 40,4%), in Vorpommern wohnen (53,1% vs. 34,9%) und hier arbeiten (43,9% vs. 30,6%). Auch hinsichtlich eines größeren Kontaktwunsches zu Polen zeigt sich eine um 20,4% höhere Quote bei Jugendlichen mit bereits vorhandenen persönlichen Kontakten mit Polen.

Dieser durchgängig positive Zusammenhang trifft allerdings und einschränkend nicht für diejenigen Jugendlichen zu, deren negative Einstellungen gegenüber Polen Bestandteil ihrer eigenen fremdenfeindlichen und rechtsextremen Haltungen sind.

- Unsere Analysen der individuellen Einstellungen bei Jugendlichen in Greifswald zu *Gewaltaffinität, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus* sowie

*weiteren gesellschaftspolitischen Korrelaten* ergeben in stark verdichteter Zusammenfassung folgende zentralen Befunde:

- Etwa jeder 15. Jugendliche in Greifswald verfügt über ein ausgesprochen hohes Gewaltakzeptanzniveau (mittlere Rate: 6,4%). Im Referenzzeitraum findet sich für diese Gruppe mit besonders ausgeprägter Gewaltaffinität keine signifikanten Anteilsveränderungen (1998: 6,4%, 2002: 5,7%; 2006: 6,8%). Allerdings ergibt sich für die Mittelwerte der Gesamtskala ein statistisch signifikanter Rückgang gewaltaffiner Einstellungen im Jahr 2006 und 2002 gegenüber dem Ausgangswert von 1998.
- Erwartbar sind unter den Jungen in größerem Ausmaß gewaltaffine Einstellungen verbreitet. In allen Erhebungen verfügt etwa jeder 10. Junge über eine besonders stark ausgeprägte Gewaltakzeptanz. Bei den Mädchen trifft dies nur auf etwa jedes 35. Mädchen (2,8%) zu.
- Im Vergleich mit anderen Jugendstudien stellt Fremdenfeindlichkeit in Verbindung mit rechtsextremen und teilweise gewaltaffinen Einstellungen eine besonders akzentuierte Problemlage bei den Jugendlichen in Greifswald dar. Noch etwa jeder siebte Jugendliche in Greifswald verfügt aktuell (2006: 13,8%) über eine besonders stark ausgeprägte fremdenfeindliche und rechtsextreme Orientierung auch wenn gegenüber 1998 (20,2%) eine signifikante Abnahme zu verzeichnen ist.
- Im Vergleich mit den Mädchen weisen die Jungen insgesamt höhere Fremdenfeindlichkeits-/Rechtsextremismus-Werte auf, wobei sich allerdings der Unterschied zwischen den Jungen und Mädchen im Referenzzeitraum zunehmend verringert hat.
- 14,4% der männlichen und 13,8% der weiblichen Jugendlichen verfügt in der Erhebung 2006 über ein ausgeprägtes fremdenfeindliches und rechtsextremes Einstellungsmuster. Dabei hat sich der Anteil unter den Jungen im Jahr 2006 gegenüber 1998 (25,3%) um rd. -11%-Punkte sehr viel stärker verringert als dies bei den Mädchen mit -2,1%-Punkten der Fall ist (1998: 15,3%).
- Zwischen den Gymnasiasten und den Schülern der übrigen Bildungsgänge besteht ein deutlicher Unterschied. Aber noch etwa 7% der Gymnasiasten verfügen aktuell über besonders hohe Fremdenfeindlichkeits- und Rechtsextremismuswerte. Bei den Schülern an den Regionalschulen sind dies mit 15% (Berufsunreife) bzw. 17% (mittlere Reife) mehr als doppelt so viele. Unter den Förderschülern liegt der Anteil mit rd. 29% besonders hoch.
- Es gibt eine kleine Gruppe – überwiegend männlicher – Greifswalder Jugendlicher (3,3%), für die in besonders problematischer Weise

fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen mit einer sehr hohen Gewaltakzeptanz verknüpft sind. Unter den Jungen sind dies rd. 6% und unter den Mädchen rd. 2%.

- Die Verbreitung und das Ausmaß von rechtspopulistischen Ansichten, insbesondere aber fremdenfeindlichen Einstellungen und einer Reihe damit korrespondierender gesellschaftspolitischer Orientierungen unter Greifswalder Jugendlichen (Einstellungen gegenüber Minderheiten, subkulturelle Orientierungen, Parteipräferenzen für rechts-extreme Parteien, Einstellungen gegenüber Polen etc.) verweisen u. E. auf ein ernstes Problem. Auch im Vergleich mit Befunden anderer Studien – ergibt sich diesbezüglich ein erheblicher und dringender Interventions- und Präventionsbedarf.

### ***Innerfamiliäre Gewalterfahrungen***

- Im Bereich der familiären Sozialisationsbedingungen haben wir die *innerfamiliären Gewaltopfererfahrungen* der Jugendlichen durch die Eltern oder Elternersatzpersonen untersucht, die im Hinblick für die Genese von Gewaltbereitschaft und späterer Gewaltdelinquenz im Jugendalter einen bedeutsamen Risikofaktor darstellen (Kapitel A.7). Diesbezüglich haben wir die Analysen in diesem Bericht beschränkt auf Erlebnisse mit elterlicher *körperlicher* Gewalt, die wir nach dem Schweregrad abgestuft operationalisiert haben: „Nie gezüchtigt/misshandelt“, „leichte Züchtigung“, „selten misshandelt“ und „häufig misshandelt“. Ferner wurden die Erlebnisse differenziert für die Kindheit (bis zur Vollendung des 11. Lebensjahres) und für das Jugendalter (im rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum) erfasst.
- Hinsichtlich der Entwicklung von innerfamiliären Gewaltviktimisierungen in der *Kindheit* ergeben sich für die Greifswalder Jugendlichen im Referenzzeitraum drei zentrale Trends. In allen drei Erhebungen haben die Opferraten signifikant abgenommen, d. h., die Nicht-Opferraten haben zugenommen (1998: 42,7%, 2002: 55,3%, 2006: 62,0%). Dieser Gesamtrückgang beruht allerdings überwiegend auf einer signifikanten Abnahme im Bereich der minderschweren Züchtigungsstrafen (1998: 31,4%, 2002: 24,3%, 2006: 18,4%). Zwar zeigen sich für die schweren Züchtigungen und Misshandlungen tendenziell gleichfalls abnehmende Raten, allerdings fallen diese statistisch nicht bedeutsam aus, so dass im Bereich der schwereren Gewalthandlungen gegen Kinder von einem relativ stabilen Niveau der Opferbelastungen ausgegangen werden kann (mittlere Rate der schweren Züchtigungen: 14,4% und der Misshandlungen: 8,5%). Die Greifswalder Befunde weisen damit eine sehr hohe Übereinstimmung mit den herangezogenen KFN-Vergleichsdaten auf der Basis von ca. 37.000 befragten Jugendlichen auf. Dem



entsprechend kann davon ausgegangen werden, dass etwa jeder 11. Jugendliche in Greifswald in der Kindheit Opfer schwerer elterlicher Gewalt wurde.

- Auch für die *zeitnahen innerfamiliären Gewalterfahrungen* der Jugendlichen im rückwärtigen Jahreszeitraum ergibt sich – auf erwartbar niedrigerem Niveau – ein sehr ähnliches Entwicklungsmuster, das gleichfalls mit den Befunden der KFN-Vergleichsstudien in Einklang steht: Ein Gesamtrückgang der Opferbelastung im Referenzzeitraum, der wiederum fast ausschließlich auf einer Abnahme der leichten Züchtigungsstrafen beruht (1998: 29,3%, 2002: 22,7%, 2006: 21,3%). Demgegenüber sind relativ unveränderte Viktimisierungsraten bei schweren Züchtigungen (mittlere Rate: 7,5%) und bei Misshandlungen (mittlere Rate: 4,9%) zu beobachten. Demnach ist fast jeder 20. Greifswalder Jugendliche auch noch im Jugendalter von schwerer elterlicher Gewalt betroffen.
- Entsprechend *gravierende* und *anhaltende* Gewalterfahrungen der Kinder und Jugendlichen, die auf ein gewaltgeprägtes Erziehungsklima hinweisen, sind in ihren Auswirkungen auf die psychosozialen Verarbeitungs- und Bewältigungsprozesse der Kinder *Risikofaktoren in mehrfacher Hinsicht*. Diesbezüglich ergeben sich für die von uns untersuchten gewaltbezogenen, aber auch fremdenfeindlichen Einstellungen, die Gewaltbereitschaft und andere delinquente Verhaltensweisen der Jugendlichen hochsignifikante und positiv gerichtete Zusammenhänge mit schweren innerfamiliären Gewalterfahrungen in der Kindheit und Jugend. Besonders gefährdet sind Jugendliche, die Misshandlungserfahrungen berichten, d. h. mit der Faust geschlagen und geprügelt oder getreten wurden. Für diese Jugendlichen ergeben sich durchgängig die höchsten Mehrfachtäterraten. So liegt etwa das Risiko der aktiven Gewalt-Mehrfachtäterschaft bei Jugendlichen in Greifswald, die in der Kindheit gehäuft misshandelt wurden, um das 3-fache höher als bei denjenigen Jugendlichen, die nie oder allenfalls leicht gezüchtigt wurden.
- Unsere Analysen zu *innerfamiliären Gewalterfahrungen* der Jugendlichen in Greifswald ergeben folgende zentralen Befunde:

- Auch wenn insgesamt ein Rückgang der Opferraten innerfamiliärer Gewalt im Referenzzeitraum feststellbar ist, so ergeben sich dennoch im Bereich der schweren Formen elterlicher Gewalt (schwere Züchtigungen und Misshandlungen) relativ stabile Belastungsverhältnisse im Berichtszeitraum (mittlere Rate bei schweren Züchtigungen 14,4% und bei Misshandlungen 8,5%).
- Es ist davon auszugehen, dass noch immer nahezu jeder 5. Greifswalder Jugendliche in der Kindheit von schwerer elterlicher Gewalt (schwere Züchtigungen und Misshandlungen) betroffen ist (1998:

25,7%, 2002: 20,4%, 2006: 19,6%). In der aktuellen Erhebung 2006 wurde etwa jeder 8. Greifswalder Jugendliche in der Kindheit schwer gezüchtigt (12,7%) und noch jeder 14. Jugendliche wurde körperlich misshandelt (6,9%).

- Gegenwärtig ist mindestens jeder 10. Jugendliche in Greifswald auch noch in der Adoleszenz von schwereren Formen elterlicher Gewalt (schwere Züchtigungen und Misshandlungen) betroffen und etwa jeder 30. in besonders gravierender Weise.
- Unsere Analysen bestätigen den in vielen Studien belegten Befund, dass ein inadäquates Erziehungsverhalten der Eltern bzw. Elternerersatzpersonen – im Extremfall verbunden mit massiven physischen Gewalthandlungen – gegenüber Kindern ein bedeutender Risikofaktor für die spätere Gewaltdelinquenz der Jugendlichen darstellt.
- Das Risiko der aktiven Gewalttäterschaft bei Jugendlichen, die von den Eltern körperlich misshandelt wurden, liegt um etwa das 3-fache höher als bei Jugendlichen, die keine Elterngewalt oder allenfalls nur leichte Züchtigungen erlebt haben.

### ***Erste multivariate Analysen***

- In den abschließenden ersten *multivariaten Analysen* zur Relevanz der einzelnen im Bericht thematisierten Variablen und Faktoren für die aktive Gewalttäterschaft bei Greifswalder Jugendlichen bestätigt sich zunächst die besondere Bedeutung der Gewaltaffinität, die sich – aufgrund der hohen Spezifität – als der stärkste erklärende Faktor (Prädiktor) für Gewaltdelinquenz erweist (Kapitel A.8).

Gleichfalls erwartbar ist, dass das Geschlecht für sich ein hoch differenzieller eigenständiger Einflussfaktor für die Gewaltdelinquenz der Jugendlichen darstellt. Geschlechtsspezifische Sozialisation, verhaltensphysiologische und -psychologische Ursachen werden für die geringere Gewaltneigung der Mädchen bzw. Frauen als wirksam erachtet.

Nur wenig schwächer in der Bedeutung für die Gewalttäterschaft als das Geschlecht sind innerfamiliäre Gewalterfahrungen der Jugendlichen in der Kindheit und im Jugendalter. Allerdings trifft dies nur für die sehr schweren Formen von physischen Misshandlungen zu.

Ähnlich stark ausgeprägt wie diese Viktimisierungsfolgen ergibt sich ein globaler Einfluss der Bildung auf die aktive Gewaltdelinquenz. Indes nur für das höchste Bildungsniveau, die Schüler an Gymnasien, ergibt sich eine im Vergleich mit den übrigen Schulformen signifikant geringere Gewalttäterbelastung, während demgegenüber die Unterschiede bei den deutlich höheren Gewalttraten der Jugendlichen anderer Schulformen statistisch nicht signifikant ausfallen.

Ähnlich verhält es sich für die fremdenfeindlichen/rechtsextremen Einstellungen. Hier ergibt sich allein für diejenigen Jugendlichen mit einem diesbezüglich deutlich ausgeprägten Einstellungsmuster ein signifikanter Einfluss auf das aktive Gewalthandeln.

Die genannten Faktoren sind allerdings nicht unabhängig voneinander, sondern sie sind selbst wiederum in einer spezifischen Verursachungsstruktur miteinander verknüpft. Diesbezüglich erweiterte Annahmen und Analysen, etwa hinsichtlich sozialstruktureller Verhältnisse haben wir aufgrund gleichgerichteter theoretischen Annahmen für die Greifswalder und Usedomer Jugendlichen gemeinsam in Kapitel B.8 dargestellt und erörtert.

- An den vorstehenden Punkt anknüpfend, hatten wir eingangs des Berichts (vgl. Kapitel A.2) – in relativierender Absicht – darauf hingewiesen, dass in den drei Erhebungen für den gesamten Referenzzeitraum deutlich wird, dass bei allen Jugendlichen auf Gewalt bezogene Opferbefürchtungen im Vergleich mit anderen Bedrohungen von eher untergeordneter Bedeutung sind. Sehr viel stärker – geradezu dominierend – sind demgegenüber unter den Jugendlichen familiäre und existentielle Befürchtungen verbreitet, vor allem hinsichtlich gesellschaftlicher und ökonomischer Krisenentwicklungen, mit denen ein hohes Exklusions- bzw. Beeinträchtigungsrisiko der Eltern an der sozialen und ökonomischen Teilhabe, aber vor allem auch der eigenen beruflichen Zukunftschancen, verbunden sind.

Neben der Furcht, einen nahen Familienangehörigen durch Tod oder Krankheit zu verlieren (rd. 64%), äußern (auf dem 2. Rangplatz) rd. 60% der befragten Jugendlichen Befürchtungen, nach der Schule keinen Ausbildungsplatz zu erhalten. Damit wird ein gesellschaftspolitisch dringliches Problem angesprochen, denn ohne qualifizierte berufliche Ausbildung ist das Risiko der Arbeitslosigkeit bereits im Jugendalter besonders hoch, weil an der sogenannten ersten Schwelle des Überganges von der Schule in den Arbeitsmarkt, die Weichen für die spätere Entwicklung im Erwerbsleben gestellt werden. Im Hinblick auf die aktuellen Daten zur Ausbildungssituation und Arbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern haben die Jugendlichen – trotz einer seit 2007 sich entspannenden Situation – die berechtigte Sorge um den eigenen Ausbildungsplatz. Dieser zentrale und gesellschaftspolitisch äußerst bedenkliche Befund ist – hinsichtlich der Rahmenbedingungen – auch für die Folgerungen im Hinblick auf präventive Überlegungen gegen Gewalt, Rassismus und antidemokratisch-totalitäre Haltungen bei Jugendlichen (aber auch bei Eltern) von großer Bedeutung (s. u. Kapitel C.2).

- In einer knappen Zusammenfassung der *multivariaten Analysen* zur Jugendgewalt in Greifswald und ihrer Relevanz aus Sicht der befragten Jugendlichen lässt sich festhalten:

- Alle – bis auf das Alter – in die Analysen einbezogenen Faktoren wie Gewaltaffinität, Geschlecht, innerfamiliäre Gewalterfahrungen, Bildung, Fremdenfeindlichkeit/Rechtsextremismus erweisen sich als relevant hinsichtlich ihres Einflusses auf die selbstberichtete Gewaltdelinquenz der Jugendlichen.
- Neben dem Geschlecht, das bekanntermaßen einen differenziellen (sozialen, verhaltensphysiologischen und -psychologischen) Einflussfaktor darstellt, ist die Gewaltaffinität aufgrund der hohen Konstruktspezifität mit Abstand der stärkste Prädiktor für Gewalt.
- Besonders gravierende familiäre Gewalterfahrungen sind nach dem Geschlecht der drittstärkste Prädiktor. Eine außerordentlich starke Fremdefeindlichkeit und ein geringeres Bildungsniveau sind gleichermaßen stark bedeutsam.
- Aufgrund der vorhandenen, aber doch geringen Altersdispersion in den erhobenen Schülerpopulationen ergibt sich diesbezüglich kein eigenständiger Einfluss.
- Die Problematik der Jugendgewalt ist aber (auch aus der Sicht der befragten Greifswalder Jugendlichen) zu relativieren. So verdeutlichen die Antworten der Jugendlichen in allen Erhebungen durchweg, dass auf Gewalt bezogene Opferbefürchtungen im Vergleich mit anderen Bedrohungen von eher untergeordneter Bedeutung sind. Geradezu dominierend sind demgegenüber unter den Jugendlichen auf die Familie bezogene Befürchtungen in Verbindung mit existentiellen Ängsten verbreitet, vor allem hinsichtlich gesellschaftlicher und ökonomischer Krisenentwicklungen, mit denen ein hohes Exklusions- bzw. Beeinträchtigungsrisiko der Familie an der sozialen und ökonomischen Teilhabe verbunden sind.
- In gleicher Weise trifft dies auf Befürchtungen der Jugendlichen hinsichtlich der eigenen beruflichen Zukunftschancen und der damit verbundenen unsicheren Lebensperspektive zu.

## 9.1 Anmerkung zu den Greifswalder Befunden

Im Hinblick auf die im Bericht dargestellten Ergebnisse der Trendanalysen zur Jugendgewalt und korrespondierenden Einstellungen unter den Greifswalder Jugendlichen seit 1997 ergeben sich ungeachtet der noch ausstehenden vertiefenden multivariaten Analysen einige spezifische Aspekte und Anknüpfungspunkte

für die weitere Orientierung bzw. Ergänzung der kommunalen Präventionstätigkeit in der Hansestadt Greifswald (vgl. Kapitel C.2). Diesbezüglich ist zunächst auch eine rückblickende Bewertung unserer früheren Einschätzungen und Folgerungen sinnvoll und hilfreich.

In der zweiten Studie 2002 waren wir aufgrund der positiven Entwicklung, die sich in einem ungewöhnlich deutlichen Rückgang der untersuchten Indikatoren gegenüber 1998 gezeigt hatte, zu der Einschätzung gelangt, „dass sich unter den Jugendlichen der Hansestadt Greifswald in den vergangenen 4 bis 5 Jahren ein beachtlicher positiver Wandel in den gewaltbezogenen Orientierungen und Verhaltensweisen vollzogen hat“ (vgl. *Dünkel/Geng* 2003, S. 53). Aus der Perspektive der Ergebnisse der nun vorliegenden dritten Erhebung 2006, die in beinahe allen untersuchten Bereichen – insbesondere aber signifikant bei fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen wieder eine Zunahme zeigen – wengleich das hohe Niveau von 1998 deutlich unterschritten bleibt, sind wir gleichwohl der Auffassung, dass die damalige Einschätzung für die in 2002 untersuchten Alterskohorten im Vergleich mit der Kohorte 1998 zutreffend war. Mit Bezug auf die Präventionsarbeit des kommunalen Präventionsrates (vgl. *Dembski* 2003) hatten wir diesbezüglich festgestellt, dass „offensichtlich (...) die vielfältigen Präventions- und Aufklärungsbemühungen der Hansestadt Greifswald (...) deutlich Wirkung gezeigt“ haben. Ferner haben wir darauf hingewiesen, dass „diese Erfolge nicht darüber hinweg täuschen (dürfen), dass noch jeder 10. Greifswalder Jugendliche stark fremdenfeindlich/rechtsextrem eingestellt ist, ein Anteil, der im Vergleich mit auf andere Regionen bezogenen Studien noch viel zu hoch liegt.“ ... und daraus die Einschätzung gewonnen: „Diesbezüglich wäre ein Nachlassen der präventiven Bemühungen die falsche Schlussfolgerung mit u. E. fatalen Folgen. Ganz im Gegenteil: Für die weitere Präventionsarbeit ergeben bereits die bisherigen Ergebnisse mannigfache Hinweise für Ansatzpunkte...“ (vgl. *Dünkel/Geng* 2003, S. 54). Diese Einschätzung ist damals wie heute zutreffend. Aus der aktuellen Perspektive auf der Grundlage von drei Messzeitpunkten und einem entsprechend längeren Beobachtungszeitraum lassen sich retrospektiv die Ergebnisse für die Studien 1998 und 2002 unter Berücksichtigung des Zeitablaufs umfassender interpretieren, als dies im Jahr 2002 bzw. 2003 möglich war.

Mit Blick auf die „Ab- und Auf-“ Entwicklung der Befunde, die allerdings, wie ausführlich dargestellt, statistisch signifikant nur bei den fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen unter den Greifswalder Jugendlichen ausgeprägt vorhanden ist, gehen wir in der *Erhebung 2002* aufgrund von spezifischen kommunalen und regionalen Ereignissen von einem *zusätzlichen Periodeneffekt* aus, der erst vor dem Hintergrund eines längeren Beobachtungszeitraumes, der die weitere Entwicklung einbezieht, kontrastiert und als solcher fassbar wird.

Besonderer Anlass und schockierender Höhepunkt, einer seit der Wende immer wieder erfolgten Konfrontation mit rechtsextremen Erscheinungen und

ausländerfeindlichen Übergriffen in der Hansestadt Greifswald, war im Jahr 2000 – wie bereits erwähnt – der Totschlag von zwei Obdachlosen in Greifswald und eines Obdachlosen in Ahlbeck, begangen von jungen Menschen, die ihre Taten mit rassistischen Vorstellungen von der Ungleichwertigkeit menschlichen Lebens rechtfertigten. Als Reaktion auf diese besonders menschenverachtenden Taten erfolgte in der Hansestadt Greifswald eine intensive und engagierte Auseinandersetzung mit dem Thema Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in der kommunalen Verwaltung, den Kirchen, der Universität, den Schulen, Verbänden und Vereinen, den lokalen Medien usw., in deren Folge größere Bevölkerungsteile für das Problem Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sensibilisiert und teilweise auch öffentlich aktiv in Form von Veranstaltungen und Demonstrationen mobilisiert werden konnten. Zugleich wurden auf mehreren Ebenen – insbesondere durch den seit 1998 wirksam arbeitenden kommunalen Präventionsrat – die Interventions- und Präventionsbemühungen in Greifswald intensiviert, die parteiübergreifend beispielsweise in Initiativen, etwa dem Bürgerforum „Freitagsrunde“, mannigfachen Veranstaltungen, Aktionen und Rockkonzerten, öffentlich sichtbar wurden und eine beachtliche Resonanz in der Bevölkerung, aber vor allem auch bei größeren Teilen der Jugendlichen erzeugt haben, die u. E. zu einer erhöhten Sensibilisierung geführt hat. Diese, seit 2000/2001 gewachsene Sensibilisierung gegenüber Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus unter größeren Teilen der jungen und erwachsenen Bevölkerung, fand u. E. ihren Niederschlag im Antwortverhalten der befragten Jugendlichen in der Erhebung 2002 und dort vor allem in den Fragen, die Gewalt und fremdenfeindliche/rechtsextreme Orientierungen thematisieren.

In den folgenden vier bis fünf Jahren „verblassten“ diese gravierenden Ereignisse zeitbedingt zunehmend und der „Ruck, der durch Greifswald ging“ (vgl. *Dembski* 2003), verlor gleichfalls an nachhaltig mobilisierender Kraft, nicht zuletzt auch aufgrund (und in Abwandlung der von *Georg Jellinek* 1895 geprägten Redewendung) der „normativen Kraft“ der Alltagsprobleme und Daseinsfürsorge von Greifswalder Bürgern und, weil sich nach den geschilderten Ereignissen glücklicherweise in Greifswald und der Umgebung keine rechtsextrem motivierten Gewalttaten (jedenfalls nicht in dem Maße gravierende wie im Jahr 2000) ereigneten.

Ferner und in Anknüpfung an die „Schwerkraft“ des Alltages haben sich die sozialen und ökonomischen Bedingungen für einen großen Teil der Bevölkerung in den vergangenen Jahren nicht wesentlich verbessert bzw. für bestimmte, sogar wachsende Bevölkerungsteile in prekären sozialen Lagen, weiter verschlechtert. Auch die bereits angesprochenen Veränderungen in der Greifswalder Schullandschaft in diesem Zeitraum aufgrund von Schulschließungen bei gleichzeitiger Bewältigung mehrerer Strukturreformen mit veränderten Schulentwicklungsplänen und Lehrpersonalkonzepten usw. haben nicht unbedingt zu einer Verbesserung des Klimas an den Schulen beigetragen und sicherlich auch nicht die Motivation der Schulen bzw. der Pädagogen für präventive Projektinitiativen

oder eine Intensivierung bereits bestehender Projekte und Maßnahmen befördert.

Vor dem Hintergrund der geschilderten regionalen Ereignisse und Entwicklungen ist der spezifische Rückgang insbesondere von fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen unter den Greifswalder Jugendlichen im Jahr 2002 einerseits und der folgende Anstieg im Jahr 2006 (zumal diese befragte Alterskohorte in der Periode der Jahre 2000/2001 durchschnittlich erst 9 oder 10 Jahre alt war) andererseits trotz fortgesetzter intensiver Präventionstätigkeit der Hansestadt Greifswald durchaus erklärbar.

Im Hinblick auf die kurz skizzierten Entwicklungen und schließlich nicht zuletzt auch die regionalen Wahlerfolge der NPD 2004 und 2006, die vor allem darauf beruhten, dass mit der „*Nationalisierung der sozialen Frage*“ größere Akzeptanz mobilisiert werden konnte, können die Befunde der *aktuellen Erhebung 2006* nachgerade als Erfolg der kommunalen Präventionsarbeit in Greifswald betrachtet werden, da sich der Anteil fremdenfeindlicher Jugendlicher gegenüber der beschriebenen spezifischen Greifswalder Situation im Jahr 2002 nur um 4,9%-Punkte erhöht hat, aber mit einem deutlich größeren Abstand von 6,4%-Punkte unter dem Anteilswert von 1998 bleibt.

Dementsprechend gelangen wir unter Berücksichtigung der Sonderstellung bzgl. der Erhebungssituation 2002 und trotz der widrigen, teilweise sich verschlechternden, Rahmenbedingungen zu der Einschätzung, dass hinsichtlich der Verbreitung von fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen unter den Jugendlichen durchaus ein anhaltend positiver Entwicklungstrend (im Sinne eines Rückganges) für den gesamten Referenzzeitraum konstatiert werden kann. Diese positive Entwicklung zeichnet sich insbesondere auch im Bereich der Gewaltviktimsierung und der Delinquenz Jugendlicher ab. So wurden kontinuierlich weniger Jugendliche Opfer schwerer Gewaltdelikte wie Raub oder Erpressung. Die selbstberichtete Delinquenz hat im Bereich der Eigentums- und Vermögensdelikte, die als jugendtypisch anzusehen sind, stark abgenommen, die Gewalttäterschaft blieb auf einem niedrigen mit anderen westdeutschen Städten (aber auch im Vergleich zu Rostock) vergleichbaren Niveau. Nach unserer Einschätzung beruht diese insgesamt positive Entwicklung auch und gerade auf einer beharrlichen und nachhaltigen kommunalen Präventionstätigkeit in Greifswald, die auch deutlich werden lässt, dass sich die Hansestadt Greifswald weiterhin auf „einem guten Weg“ befindet.

Gleichwohl ergeben unsere Untersuchungsergebnisse einige konkrete Anhaltspunkte für nach wie vor bestehende besondere Problemlagen von Jugendlichen, die in langfristiger Perspektive und unter weiter anhaltendem Druck von ungünstigen sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen eine permanente Herausforderung und schwierige Aufgabenstellung für die Präventionsarbeit in der Hansestadt Greifswald darstellen (s. u. Kapitel C.2).

## B. Ergebnisse der Schülerbefragungen auf der Insel Usedom

### 1. Methodik, Akzeptanz und Basisdaten der Studie

Analog zu den Greifswalder Schülerbefragungen bilden die Datengrundlage der Schülerbefragungen auf der Insel Usedom 2002 und 2006 jeweils schriftliche Befragungen von allen Schülern der 9. Klassenstufe an allgemeinbildenden öffentlichen Schulen im Klassenverband (jeweils Totalerhebungen) mittels eines standardisierten Fragebogens mit weitgehend geschlossenen Fragen.<sup>61</sup> Die Erhebungen erfolgten vollständig anonym, i. d. R. über zwei Schulstunden und wurden in den Klassen von jeweils mindestens zwei, in schwierigen Fällen (Klassen mit größeren Anteilen von Hauptschülern) von bis zu sechs besonders geschulten Mitarbeitern des Lehrstuhls für Kriminologie betreut. Um die Vollständigkeit, Reliabilität und Validität der Schülerangaben zu maximieren, wurde das Ausfüllen der Fragebögen durch die Schüler von den Erhebungsteams intensiv begleitet und unterstützt (in Einzelfällen, etwa bei Schülern mit Leseschwächen oder ausländischen Jugendlichen mit geringen Deutschkenntnissen wurden mit den Jugendlichen „face to face“-Interviews durchgeführt).

Im Schuljahr 2001/02 hatten wir einen Schuljahrgang der Klassenstufe 9 vollständig befragt. Aufgrund der deutlich gesunkenen Schülerzahlen in den zurückliegenden fünf Jahren, haben wir 2006 zwei 9. Jahrgänge in zwei Erhebungswellen (vor den Sommerferien und nach den Sommerferien) total erhoben, so dass ein statistisch aussagefähiger Datenpool auch für 2006 vorliegt. Somit liegen nun für die Insel Usedom insgesamt 636 auswertbare Datensätze von Jugendlichen der 9. Klassenstufe an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen vor.

Die Akzeptanz der Schülerbefragungen auf der Insel Usedom, der Erhebung 2002 und der beiden Erhebungen 2006 (1. und 2. Welle), sowohl seitens der Erziehungsberechtigten als auch der Befragten kann aufgrund der erreichten Netto-Ausschöpfungsquoten als überdurchschnittlich gut bewertet werden. In der ersten Erhebung 2002 konnten von 290 Schülern insgesamt 249 Schüler (mit auswertbaren Fragebögen) erfasst werden, was einer Ausschöpfungsquote von 85,9% entspricht (vgl. nachstehende Tabelle 1.1).

---

61 Der zuerst 1998 in der Hansestadt Greifswald verwendete Fragebogen (vgl. *Dünkel/Geng* 1999) basiert auf einer Entwicklung und Zusammenstellung von theoretisch geleiteten Fragestellungen des Kriminologischen Forschungsinstituts (KFN) in Hannover. Der Fragebogen wurde von uns an die spezifischen Verhältnisse in Greifswald und schließlich im Jahr 2002 an die Gegebenheiten auf der Insel Usedom adaptiert, modifiziert und um einige relevante Themen (insbesondere jugend(sub)kulturelle Freizeitstile, peers und Konsumgewohnheiten sowie allgemeine gesellschaftspolitische Orientierungen, Fremdenfeindlichkeit/Rechtsextremismus und Einstellungen gegenüber Polen) erweitert (vgl. zu den Ergebnissen der Schülerbefragungen des KFN für das Jahr 1998 *Wetzels u. a.* 2001).



Tabelle 1.1: Ausschöpfungsraten der Schülerbefragung auf der Insel Usedom 2002 (Ahlbeck, Heringsdorf, Ückeritz, Zirchow und Usedom)

Erhebung im Schuljahr 2001/02 vom 11. bis 18.01.2002, alle 9. Klassen nach Schulform											
Schulart	Klassen		regulär beschulte Jugendliche insg.	Verweigerungen durch die Eltern		Verweigerungen durch die Schüler		absente Schüler (überwiegend neutrale Gründe, Krankheit etc.)*		befragte Schüler insgesamt	
	N	N		Spalten-%	n	Zeilen-%	n	Zeilen-%	n	Zeilen-%	n
Hauptschule	3	49	16,9	6	12,2	0	0,0	5	10,2	38	77,6
Realschule	7	173	59,7	14	8,1	3	1,7	11	6,4	145	83,8
Gymnasium	3	68	23,4	0	0,0	0	0,0	2	0,3	66	97,1
<b>Insgesamt</b>	<b>13</b>	<b>290</b>	<b>100,0</b>	<b>20</b>	<b>6,9</b>	<b>3</b>	<b>1,0</b>	<b>18</b>	<b>6,2</b>	<b>249</b>	<b>85,9</b>

\* Von den 18 absenten Schülern der Erhebung 2002 waren nur 5 Schüler unentschuldig den beiden Unterrichtsstunden, in denen die Befragung erfolgte, ferngeblieben (= 27,8%). Bezogen auf die regionale Grundgesamtheit der Schüler sind dies nur 1,7%. Auf eine Nacherhebung, ob von diesen eine Entschuldigung nachgereicht wurde, haben wir aufgrund des hohen organisatorischen und zeitlichen Ermittlungsaufwandes verzichtet (vgl. detailliert *Dünkel/Geng* 2003, S. 74 f.). Für diejenigen Schüler, die eine Teilnahme an der Befragung verweigerten oder für die eine Einwilligungserklärung der Eltern nicht vorlag, wurde von der jeweiligen Schule ein Ersatzunterricht vorgehalten.

In der aktuellen Studie 2006 konnten 387 Schüler von 457 Schülern befragt werden, was einer nur geringfügig niedrigeren Ausschöpfungsquote von 84,7% entspricht (vgl. nachstehende Tabelle 1.2).

Da es sich bei den Schülerbefragungen auf der Insel Usedom jeweils um eine Totalerhebung aller Jugendlichen der 9. Klassenstufe an allgemeinbildenden öffentlichen Schulen handelt, sind Überlegungen, die sich auf Konfidenzintervalle von Stichprobenparametern bzgl. der (regional eingegrenzten) Grundgesamtheit beziehen ohne Belang.<sup>62</sup>

62 Auch die in der Gemeinde Zinnowitz seit dem 6. August 2005 bestehende integrierte Gesamtschule in freier Trägerschaft („Freie Schule Zinnowitz“) spielt diesbezüglich keine Rolle, da im Schuljahr 2006/07 noch keine 9. Klassenstufe unterrichtet wurde. Erst seit dem Schuljahr 2007/08 besteht eine 9. Klasse mit insgesamt 14 Schülern (Stand Oktober 2007).

Tabelle 1.2: Ausschöpfungsraten der Schülerbefragung auf der Insel Usedom 2006 (Ahlbeck, Heringsdorf, Ückeritz, Karlshagen und Usedom)

Erhebung 2006 vom 07.06. bis 03.07.2006 (1. Welle, 2. Halbjahr im Schuljahr 2005/06) und vom 22.09. bis 16.10.2006 (2. Welle, 1. Halbjahr im Schuljahr 2006/07), alle 9. Klassen nach Schulform. Beide Erhebungswellen 2006 sind zusammengefasst.

Schulart	Klassen		regulär beschulte Jugendliche insg.		Verweigerungen durch die Eltern		Verweigerungen durch die Schüler		absente Schüler (überwiegend neutrale Gründe, Krankheit etc.)*		befragte Schüler insgesamt	
	N	N	Spalten-%	n	Zeilen-%	n	Zeilen-%	n	Zeilen-%	n	Zeilen-%	
Haupt- & Realschüler	17	362	79,2	22	6,1	2	0,5	42	11,6	296	81,8	
Gymnasium	6	95	20,8	0	0,0	0	0,0	4	4,2	91	95,8	
<b>Insgesamt</b>	<b>23</b>	<b>457</b>	<b>100,0</b>	<b>22</b>	<b>4,8</b>	<b>2</b>	<b>0,4</b>	<b>46</b>	<b>10,1</b>	<b>387</b>	<b>84,7</b>	

\* Von den 46 absenten Schülern der beiden Erhebungen 2006, waren 16 Schüler unentschuldig den beiden Unterrichtsstunden, in denen die Befragung erfolgte, ferngeblieben (= 34,8%), dies sind bezogen auf die Grundgesamtheit der Schüler 3,5%.

\*\* Seit dem Schuljahr 2005/2006 wurde in Mecklenburg-Vorpommern das dreigliedrige Schulsystem schrittweise aufgehoben. Die bis dahin bestehenden Haupt- und Realschulen wurden zu Regionalen Schulen (überwiegend mit Gesamtschulcharakter der teilweisen gebundenen Form) zusammengefasst. Eine Differenzierung nach Haupt- und Realschulen ist aus diesem Grund nicht mehr möglich.

Im Hinblick auf die nichtbefragten Jugendlichen sind unter fehleranalytischen Gesichtspunkten die neutralen Ausfälle quantitativ als auch fehlerinduzierend relativ unproblematisch, da davon ausgegangen werden kann, dass sich die wegen Erkrankung, anderen Terminen bzw. Umständen entschuldigend absenten Schülern von den befragten Jugendlichen bzgl. der relevanten statistischen Kenngrößen nicht wesentlich unterscheiden (selbst wenn davon ausgegangen werden kann, dass der eine oder andere Schüler in dieser Kategorie den Unterricht tatsächlich „schwänzte“).

Problematischer in dieser Hinsicht verhält es sich bei den Verweigerern und den unentschuldig Fehlenden. Bei den gehäuft schulmeidenden Jugendlichen handelt es sich nach Auskünften der Lehrer und der befragten Mitschüler, um überwiegend „schwierige“ und „problematische“ Jugendliche, so dass tendenziell von einer Unterschätzung der kriminologisch relevanten Sachverhalte ausgegangen werden kann (im Übrigen auch ein wesentlicher Befund dieser und

anderer Studien zum Thema „Schulschwänzen“, vgl. etwa *Löber/Farrington 2001; Wilmers u. a. 2002; Wagner/Dunkake/Weiß 2004; Fuchs u. a. 2005; Baier u. a. 2006*).

Auch die Elternverweigerungen sind, wie aus den obenstehenden Tabellen zu entnehmen ist, bildungsabhängig. Da aber insgesamt die Rate der unentschuldig fehlenden Schüler einerseits und die der Verweigerer (durch die Eltern bzw. die Schüler selbst) zum Erhebungstermin vergleichsweise gering ausfiel (vgl. Tabelle 1.1 und 1.2), kann diesbezüglich von einer statistisch sehr geringen Verzerrung der hier berichteten Befunde ausgegangen werden. Entsprechend durchgeführte Fehleranalysen mittels verschiedener Modellrechnungen – auch unter Berücksichtigung der disproportionalen Ausfälle nach der Schulart – ergaben eine in der Größenordnung sehr gering ausfallende *tendenzielle Unterschätzung* der kriminologisch interessierenden statistischen Kenngrößen, die bzgl. *aller „Ausfälle“* – bei allenfalls maximal 0,5%-Punkten liegt.<sup>63</sup>

Bei den Angaben der Schüler an Regionalen Schulen zum (nächstens) angestrebten Schulabschluss (vgl. Tabelle 1.3) ergibt sich gegenüber der Abgangstatistik für das Schuljahr 2005/06 eine Anteils-Unterschätzung bei den Hauptschulabschlüssen.<sup>64</sup>

Tabelle 1.3: Angestrebter Schulabschluss der befragten Jugendlichen

Schulabschluss	2002		2006*	
	Hauptschulabschluss bzw. Berufsreife	38	15,3%	50
Mittlere Reife	145	58,2%	246	63,6%
Abitur	66	26,5%	91	23,5%
Insgesamt	249	100,0%	387	100,0%

\* Die Unterscheidung zwischen Hauptschüler und Realschüler bezieht sich auf die Angaben der Schüler zum nächstens angestrebten Schulabschluss.

Danach liegt der Anteil der Hauptschüler mit rd. 13% etwa um 5%-Punkte niedriger. Dementsprechend liegt der Anteil der Realschüler nach den Selbstauskünften der befragten Schüler um rd. 5% über dem tatsächlichen Anteilswert von rd. 58%. Hier kann bei einigen Schülern mit Hauptschulniveau, die sich selbst als Realschüler hinsichtlich des angestrebten Schulabschlusses einstufen,

63 Zur fehleranalytischen Betrachtung und Vorgehensweise bei der Ermittlung der Größenordnungen bzgl. möglicher Ergebnisverzerrungen vgl. ausführlich Kapitel A.1.

64 Vgl. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern: Allgemeinbildende Schulen in Mecklenburg-Vorpommern, Schuljahr 2006/07; B113 2006 00 (18.9.2007), S. 40.

von einer Antworttendenz in Richtung „sozialer Erwünschtheit“ (social desirability) ausgegangen werden. Dies führt bei Analysen nach dem Schulabschluss differenziert insbesondere bei den Realschülern zu einer etwas höheren Belastung der Realschüler bzgl. der kriminologisch relevanten Fragestellungen, die allerdings nach Modellrechnungen mit entsprechend gewichteten Daten in der Größenordnung unter einem halben Prozentpunkt ausfällt. Im Vergleich zwischen den beiden Schulformen, Regionale Schule und Gymnasium, heben sich diese Unterschiede gegenseitig weitgehend auf.

Hinsichtlich der soziodemografischen Grundmerkmale der in den beiden Erhebungen befragten Usedomer Jugendlichen ergeben sich zunächst für das Geschlecht und das Alter die in den nachstehenden Tabellen 1.4 und 1.5 aufgeführten Verteilungen.

Tabelle 1.4: Geschlecht

Geschlecht	2002 (n = 249)	2006 (n = 387)
männlich	49,4%	50,1%
weiblich	50,6%	49,9%

Die *Geschlechtsverteilung* ist unauffällig und entspricht mit einer um nur rd. 1%-Punkt höheren Beteiligung der weiblichen Schüler über alle Erhebungswellen hinweg im Wesentlichen den vom Statistischen Amt Mecklenburg-Vorpommern ausgewiesenen Anteilen in den entsprechenden Schuljahresstatistiken über die öffentlichen allgemeinbildenden Schulen der 9. Jahrgangsstufe im Landkreis Ostvorpommern.<sup>65</sup> Daher haben wir auch auf eine Kompensation mittels einer entsprechenden Datengewichtung dieser sehr gering ausfallenden Geschlechtsdisproportionalität verzichtet.

Mit einem Anteil von jeweils über 50% wies die *Altersstruktur* in beiden Erhebungen erwartbar einen Schwerpunkt bei den 15-Jährigen Schülern (9. Klassenstufe) aus (vgl. Tabelle 1.5). Die größere Altersvarianz 2006 erklärt sich zunächst durch die in diesen Jahren erhobenen beiden Schüler-Jahrgänge zum Ende des alten und Beginn des neuen Schuljahres. Allerdings, und das ist bedeutsam, fallen auch die Anteile der verschiedenen Altersgruppen in der 9. Klassenstufe (unter 15 Jahre, 15 und über 15 Jahre) über alle Erhebungszeiträume hinweg unterschiedlich groß aus.

65 Vgl. *Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern*, Statistische Schuljahres-Berichte, Allgemeinbildende Schulen in Mecklenburg-Vorpommern, 2001/02, 2005/06 und 2006/07, sowie Informationen des Staatlichen Schulamts Greifswald zur Zusammensetzung der Erhebungsjahrgänge im Erhebungsgebiet.

Tabelle 1.5: Alter

Alter	2002: (n = 249)	2006: 1. Welle (n = 226)	2006: 2. Welle (n = 161)	2006: insg. (n=387)
14 Jahre	28,9%	0,4%	33,5%	14,2%
15 Jahre	50,6%	58,0%	48,4%	54,0%
16 Jahre	18,9%	32,7%	16,8%	26,1%
17 Jahre	1,6%	8,8%	1,2%	5,7%
Statistik:	MW: 14,9 SD: 0,735	MW: 15,50 SD: 0,662	MW: 14,86 SD: 0,732	MW: 15,23 SD: 0,760

Aus der nachstehenden Tabelle 1.6 wird ersichtlich, dass sich eine Verschiebung in den Anteilen von den jüngeren hin zu den älteren Schülern der 9. Jahrgangsstufe über den gesamten Erhebungszeitraum ergibt. Diese signifikante Zunahme in der Altersgruppe der über 15-jährigen Schüler (+11,3%-Punkte) ist für die weiteren Analysen u. U. von Bedeutung, da insbesondere die Delinquenzbelastung/-intensität und damit in Verbindung stehenden anderen Einflussfaktoren bei den älteren Schülern erwartbar höher ausfallen bzw. stärker ausgeprägt sein dürften als bei den jüngeren Schülern.

Tabelle 1.6: Altersverteilung (gruppiert) nach Erhebungsjahr

Erhebungsjahr/Altersgruppe		Häufigkeit	Prozent	Kumulierte Prozente
2002	< 15 Jahre	72	28,9	28,9
	= 15 Jahre	126	50,6	79,5
	> 15 Jahre	51	20,5	100,0
	Gesamt	249	100,0	
2006	< 15 Jahre	55	14,2	14,2
	= 15 Jahre	209	54,0	68,8
	> 15 Jahre	101	31,8	100,0
	Gesamt	387	100,0	

Diesbezüglich haben wir in den multivariaten Analysen das Alter jeweils einbezogen und statistisch kontrolliert, ob ein möglicher Einfluss der Altersdispersion auf die untersuchten kriminologischen Fragestellungen (insbesondere in den Analysen zur selbstberichteten Delinquenz) vorliegt und inwieweit sich

diesbezüglich möglicherweise unterschiedliche Entwicklungsverläufe in den einzelnen Altersgruppen (unter 15 Jahre, 15 Jahre und über 15 Jahre) über den Gesamtanalysezeitraum ergeben (s. u. Kapitel B.4).

Ein weiteres für die kriminologischen Fragestellungen wichtiges soziodemografisches Grundmerkmal der befragten Schüler betrifft deren nationale bzw. ethnische (regionale) Herkunft. Der Anteil nichtdeutscher war wie der Anteil westdeutscher Schüler unter den Befragten der beiden Erhebungen sehr gering, allerdings mit steigender Tendenz der Schüler aus den alten Bundesländern (vgl. Tabelle 1.7).

Tabelle 1.7: Staatsbürgerschaft und Herkunft der Jugendlichen

Staatsbürgerschaft	2002 (n = 249)	2006 (n = 387)
deutsch	99,2%	99,0%
andere	0,8% (n=2)	1,0% (n=4)
Herkunft, geboren in:		
Deutschland	98,8%	98,4%
anderswo*	1,2% (n=3)	1,6% (n=6) <sup>66</sup>
* <i>darunter Aussiedler     (überw. GUS)</i>	0,8% (n = 2)	0,8% (n = 3)
Ostdeutschland	96,0%	91,7%
Westdeutschland	2,8%	6,7%

Wiederum ein Vergleich mit den amtlichen Statistiken bestätigt die überdurchschnittlich gute Erfassung der Schüler in der Studie. Sowohl die Anteile der ausländischen Schüler als auch der Jugendlichen, deren Eltern mit deutschen Vorfahren überwiegend aus den ehemaligen GU-Staaten stammen, entsprechen den schulbehördlich registrierten Verhältnissen. In den allgemeinbildenden Schulen des Landkreises Ostvorpommern liegt der Ausländeranteil in der Schülerpopulation der Sekundarstufe I (Klassenstufe 5 bis 10) im Schuljahr 2005/06 bzw. 2006/07 bei rd. 1,0% und der von Aussiedlern bei 1,4%.<sup>67</sup>

66 In der aktuellen Studie 2006: Drei Schüler von Aussiedlerfamilien aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion; ferner jeweils ein Schüler aus Kasachstan, der Ukraine (keine Aussiedler) und Griechenland.

67 Vergleicht man die angegebenen Verhältnisse (Landkreis Ostvorpommern bzw. Mecklenburg-Vorpommern) demgegenüber mit denen in anderen westdeutschen Städten und Regionen, bilden die Schüler mit Migrationshintergrund zahlenmäßig eine extrem kleine Gruppe (was natürlich – noch immer – auf den überwiegenden Teil der Gemeinden und

Im Vergleich mit den entsprechenden Anteilen der gesamten Schülerpopulation Mecklenburg-Vorpommerns (2005/06: 1,4% nichtdeutsche Schüler und gleichfalls 1,4% Aussiedlerkinder) entsprechen die Quoten im Landkreis Ostvorpommern in etwa dem Landesdurchschnitt.

Die überwiegende Mehrzahl der befragten Schüler auf der Insel Usedom stammt erwartbar aus den neuen Bundesländern (91,7%, vgl. Tabelle 1.7). Allerdings ergibt sich zwischen der Erhebung 2002 und 2006 doch ein beachtenswerter Zuwachs der westdeutschen Schüler an der Usedomer Schülerschaft insgesamt, von 2,8% auf 6,7% (= rd. +139%). Diese Zuwanderungssteigerung westdeutscher Eltern in den vergangenen vier bis fünf Jahren beruht überwiegend auf einer positiven Entwicklung der Urlauberzahlen in einer der schönsten Regionen Deutschlands und einem damit verbundenen Ausbau der touristischen Infrastruktur sowie dem damit einhergegangenen starken Zuwachs von Arbeitsplätzen in der Tourismusbranche.

Da gleichwohl sowohl der Anteil nichtdeutscher als auch westdeutscher Schüler unter den befragten Jugendlichen auf der Insel Usedom sehr gering ausfällt, können gesonderte statistische Analysen dieser Gruppen nicht bzw. nur in einem sehr eingeschränkten Umfang vorgenommen werden.

Insgesamt ergeben die unterschiedlichen Betrachtungen der erhobenen Schülerdaten unter methodischen und fehleranalytischen Gesichtspunkten ein mehr als zufriedenstellendes Ergebnis. Die erfassten und fehlerbereinigten Datensätze der beiden Schülerbefragungen auf der Insel Usedom 2002 und 2006 bilden demnach eine sehr reliable und valide Analysegrundlage für die Beantwortung der Fragestellungen und angestrebten Ziele des Forschungsprojektes (vgl. Kapitel 2).

---

Städte in den neuen Bundesländern zutrifft). Insgesamt stagniert die Zahl der Ausländer in Mecklenburg-Vorpommern auf niedrigem Niveau. Ende 2006 lebten im Bundesland 30.914 Ausländer. Der Anteil von 1,8 Prozent an der Gesamtbevölkerung ist nach wie vor der niedrigste in ganz Deutschland (vgl. *Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern: Ausländische Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern 2006; A143 2006 00*).

## 2. Allgemeines Bedrohungsempfinden

Analog zur Greifswalder Studie möchten wir zunächst in relativierender Absicht mit Blick auf die in den nachfolgenden Punkten erfolgende Konzentration auf Befunde zum Gewalterleben auf das allgemeine Sicherheitsgefühl der befragten Jugendlichen eingehen.

Das allgemeine Sicherheits- bzw. Bedrohungsgefühl ist nicht nur auf die Wahrnehmung subjektiver Bedrohung durch Gewalt und andere Formen von Kriminalität beschränkt, sondern es umfasst die Bewertung der Gesamtheit von potenziellen Sorgen, Nöten, existentiellen Problemlagen und Lebensrisiken. Unter dieser erweiterten Perspektive sind wir in der Untersuchung 2006, wie in der Erhebung 2002 auch, der Frage nachgegangen, welchen Stellenwert Kriminalität – insbesondere gegen Jugendliche gerichtete Gewalt – als möglicher Bedrohungsfaktor im Vergleich mit anderen lebensnahen Bedrohungsszenarien, Problemen, Ängsten und Sorgen in der subjektiven Wahrnehmung der Jugendlichen hat. Hierzu hatten wir den Jugendlichen eine Liste mit insgesamt 17 möglichen individuellen und sozialen Bedrohungen vorgelegt, die jeweils auf einer vierstufigen Ratingskala von 1 = „ich fühle mich gar nicht bedroht“ bis 4 = „ich fühle mich sehr bedroht“ eingeschätzt werden sollten.<sup>68</sup>

Für die 17 möglichen Bedrohungsszenarien haben wir die prozentualen Zustimmungssanteile für die beiden Bedrohungskategorien („sehr bedroht“ und „ziemlich bedroht“) der befragten Jugendlichen auf der Insel Usedom absteigend ranggeordnet jeweils für die Erhebung im Jahr 2002 und 2006 dargestellt (vgl. nachstehende Abbildungen 2.1 und 2.2). Eine Analyse der Beziehungen dieser 17 möglichen Bedrohungen ergab – wie bei den Greifswalder Jugendlichen auch – eine Struktur von fünf unterschiedlichen subjektiven Dimensionen des Bedrohungserlebens: Verlust von Angehörigen, familiäre Sorgen und Problemlagen, persönliche Ängste und Nöte, allgemeine Ängste und Ohnmachtgefühle sowie die Befürchtung Opfer von Gewalt zu werden. Hierbei werden in den ersten drei Dimensionen die damit verbundenen existentiellen Sorgen und Ängste mitkonnotiert.

Wie aus den beiden nachstehenden Abbildungen erkennbar, ergibt sich hinsichtlich der *Gesamtstruktur* der Antworten für beide Erhebungen ein sehr konsistentes und beinahe übereinstimmendes Bild. In der Einzel-Item-Betrachtung ergibt sich allenfalls eine Verschiebung von drei Rangplätzen im Paarvergleich der einzelnen Erhebungen innerhalb der jeweiligen Dimension. Über die beiden Erhebungsjahre zusammengefasst wird deutlich, dass die Befürchtungen der Jugendlichen, Opfer eines Gewaltdelikts zu werden, im Vergleich mit anderen Problemen eher marginale Bedeutung besitzen. So sind etwa der Raub in Form des „Abziehens“ durch andere Jugendliche, Opfer von Gewalt in der Schule

---

68 Zum Wortlaut der 17 Bedrohungsszenarien im Schülerfragebogen vgl. Kapitel A.2, Fußnote 19, S. 18.



oder Schläge von den Eltern unter den letzten vier Rangplätzen mit den niedrigsten Bedrohungsraten (Kategorie: „sehr bedroht“: zwischen 3,4% und 8,3% im Jahr 2006, vgl. Abbildung 2.2).

Abb. 2.1: Bedrohungsempfinden gegenüber Gewalt im Vergleich mit anderen potenziellen Bedrohungsszenarien bei Jugendlichen auf der Insel Usedom 2002 (Anteile in %)

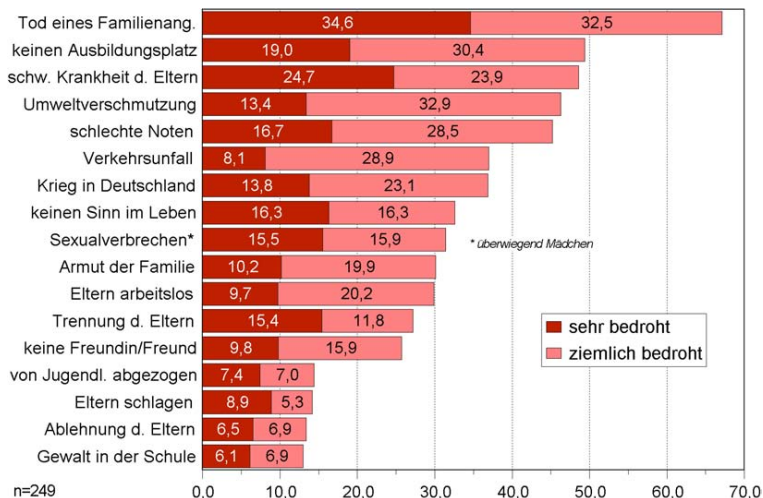
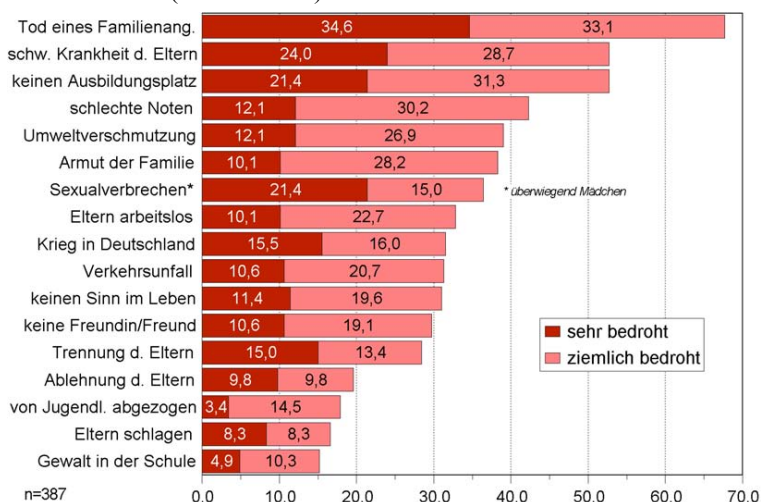


Abb. 2.2: Bedrohungsempfinden gegenüber Gewalt im Vergleich mit anderen potenziellen Bedrohungsszenarien bei Jugendlichen auf der Insel Usedom 2006 (Anteile in %)



Interessant ist ferner der Befund, dass bzgl. einer Differenzierung nach dem Geschlecht (nicht abgebildet, für Greifswald vgl. Kapitel A.2), abgesehen von der erwartbar stärker ausgeprägten Angst Opfer eines Sexualverbrechens zu werden, bis auf eine Sorge (Erhalt schlechter Schulnoten) die Bedrohungsanteile der weiblichen Jugendlichen auf der Insel Usedom ebenso wie in Greifswald generell um bis zu 15%-Punkte über denjenigen der männlichen Befragten liegen. Inwieweit hier geschlechtsspezifisch differenzielle Wahrnehmungs-, Verarbeitungs- und Bewertungsprozesse, wie sie etwa in der Sozialisationsforschung im Hinblick auf unterschiedliche Erziehungs- und Wertvermittlungsprozesse (emotionale Sozialisation) berichtet werden, ausschlaggebend sind, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden, obgleich mit Blick auf die Forschungslage einiges darauf hindeutet.<sup>69</sup>

Trotz dieser geschlechtsspezifischen Anteilsunterschiede sind gleichwohl auf Gewalt bezogene Opferbefürchtungen im Vergleich mit anderen Bedrohungen bei allen Jugendlichen von eher untergeordneter Bedeutung. Sehr viel stärker – geradezu dominierend – sind demgegenüber unter den Jugendlichen familiäre und existentielle Befürchtungen verbreitet, vor allem hinsichtlich gesellschaftlicher und ökonomischer Krisenentwicklungen, mit denen ein hohes Exklusions- bzw. Beeinträchtigungsrisiko der Eltern an der sozialen und ökonomischen Teilhabe, aber auch der eigenen beruflichen Zukunftschancen, verbunden sind (vgl. übereinstimmend für Jugendliche aus Greifswald Kapitel A.2).<sup>70</sup>

---

69 Vgl. zusammenfassend: *Bilden* 1991; *Bilden/Dausien* 2006.

70 Vgl. hierzu auch bundesweit übereinstimmend die *Shell Jugendstudie* 2006, S. 74. Dieser Befund trifft im Übrigen auch auf die deutsche Gesamtbevölkerung zu. Nach der jüngsten Repräsentativerhebung der *R+V Versicherung* im Jahr 2005 zu den „Ängsten der Deutschen“ nimmt die persönlich wahrgenommene Bedrohung durch Straftaten in West- und Ostdeutschland gleichermaßen lediglich den vorletzten Rangplatz unter allen thematisierten Problemen ein. „Es dominieren Ängste, die mit der sozialen Absicherung und der subjektiven Bedrohung durch die wirtschaftliche Entwicklung verknüpft sind“ (*BMI/BMJ: 2. Periodischer Sicherheitsbericht* 2006, S. 521). Jeweils mehr als die Hälfte der befragten Usedomer und Greifswalder Jugendlichen teilen die Befürchtung, nach der Schule keine Lehrstelle bzw. Ausbildungsplatz zu erhalten. Damit wird ein gesellschaftspolitisch dringliches Problem angesprochen, denn ohne qualifizierte berufliche Ausbildung ist das Risiko der Arbeitslosigkeit bereits im Jugendalter besonders hoch. Im Hinblick auf die aktuellen Daten zur Arbeitslosigkeit und Ausbildungssituation in Mecklenburg-Vorpommern haben die Jugendlichen auch eine begründete Sorge. So war im Jahr 2006 die Zahl der Arbeitslosen in Mecklenburg-Vorpommern mit durchschnittlich 168.000 (davon 47,4% Frauen) weiterhin sehr hoch, darunter mehr als 34,2% Langzeitarbeitslose. Die Arbeitslosenquote betrug im Jahresdurchschnitt 20,8% (neue Bundesländer: 19,2%) und war doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern mit 10,2%. Ähnlich verhält es sich bei jüngeren Personen. Die Arbeitslosenquote bei unter 25-Jährigen betrug in Mecklenburg-Vorpommern im Jahresmittel 16,9% (rd. 20.000). In Westdeutschland lag diese Quote bei 9,1% und in Ostdeutschland bei 17,2% (vgl. Arbeitslosen-Jahresdurchschnittsstatistik 2006 der Bundesagentur für Arbeit: [http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/200612/iiiia4/akt\\_dat\\_jzd.pdf](http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/200612/iiiia4/akt_dat_jzd.pdf)). Auch die Situation bei den Berufsaus-

Dieser zentrale und gesellschaftspolitisch äußerst wichtige Befund sollte bei der Bewertung der nachstehenden Ergebnisteile mit einer der Fragestellung gemäßen Zentrierung auf Gewalterfahrungen unter Jugendlichen immer relativierend berücksichtigt werden.

---

bildungsstellen ist in Mecklenburg-Vorpommern weniger günstig, auch wenn sich gegenwärtig die Situation leicht entspannt. Den für den Berichtszeitraum 2006/07 (Stand: August 2007) offiziell gemeldeten 20.520 Bewerbern (Arbeitsamtbezirk Stralsund: 4.642 Bewerber) stehen 14.222 Ausbildungsstellen (Arbeitsamtbezirk Stralsund: 3.521 Ausbildungsstellen) gegenüber. Demnach ergibt sich eine rechnerische Deckungslücke von knapp über 30% (vgl. <http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/200708/iiia5/bb/st7072gd.xls>; <http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/200708/iiia5/bb/st7072aad.xls>).

Neben fehlenden Berufsausbildungsstellen und Arbeitslosigkeit ergibt sich darüber hinaus verstärkt das Problem prekärer Niedriglohnbeschäftigungsverhältnisse unterhalb der von der OECD definierten Brutto-Stundenlöhne (nach OECD-Standard entspricht der Schwellenwert zwei Drittel des Medianlohns. Im Jahre 2006 lag dieser in Westdeutschland bei 9,61 € und in Ostdeutschland bei 6,81 € Brutto pro Stunde). Bereits mehr als ein Fünftel (mit steigender Tendenz) der abhängig Beschäftigten in Deutschland im Jahr 2006 arbeiten zu Niedriglöhnen (22,2% = rd. 7 Millionen auf der Basis einer sehr konservativen Berechnung), wie diese eine neuere Studie der Universität Duisburg/Essen aufzeigt (vgl. *Kalina/Weinkopf* 2008). In diesem Bereich sind insbesondere *jüngere* Erwerbstätige *ohne* eine Berufsausbildung, aber auch *zunehmend* solche *mit* einer Berufsausbildung besonders stark vertreten. Im Bundesländervergleich hat Mecklenburg-Vorpommern den größten Anteil Niedriglohn-Beschäftigter bezogen auf alle abhängig Beschäftigten (vgl. *Bosch/Kalina* 2007; *Kalina/Weinkopf* 2008). Hinsichtlich dieser Entwicklung gelangen die Studienautoren zu einem wenig erfreulichen Resümee: „Der Vergleich mit den anderen an unserer Studie beteiligten Ländern zeigt, dass Deutschland inzwischen den höchsten Niedriglohnanteil unter den kontinental-europäischen Ländern (Dänemark, Frankreich, Niederlande) hat und recht nahe bei den Werten für Großbritannien liegt. Selbst verglichen mit den USA, für die der Niedriglohnanteil auf rund 25% beziffert wird (*Sollow* 2007), liegt die Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland (bezogen auf alle Beschäftigte) mit einem Anteil von mindestens 22,2%, wie die aktualisierten Berechnungen für 2006 hier nochmals unterstrichen haben, nicht mehr weit hiervon entfernt. In keinem der anderen Länder ist die Niedriglohnbeschäftigung in den vergangenen Jahren so stark gestiegen wie in Deutschland. Bemerkenswert ist auch, dass eine Ausdifferenzierung der Löhne *nach unten* [kursiv, d. V.], wie wir sie für Deutschland festgestellt haben, in den europäischen Nachbarländern undenkbar ist, weil gesetzliche Mindestlöhne zwischen 8 und 9 € oder tarifliche Standards (in Dänemark) dies nicht zulassen. Im internationalen Vergleich ist weiterhin auffällig, dass in Deutschland ein hoher Anteil der Niedriglohnbeschäftigten nicht aus dem Kreis der gering Qualifizierten stammt. Rund drei Viertel aller Niedriglohnbeschäftigten haben eine abgeschlossene Berufsausbildung oder sogar einen akademischen Abschluss. Dies ist umso gravierender, als die Chance, aus einem Niedriglohnjob in besser bezahlte Beschäftigung zu kommen, hierzulande besonders gering ist (*Bosch/Kalina* 2007, S. 43 ff.; *Rhein u. a.* 2005). Im europäischen Vergleich ist diese so genannte Aufstiegsmobilität aus dem Niedriglohnbereich nur in Großbritannien ähnlich niedrig (*European Commission* 2004)“ (*Kalina/Weinkopf* 2008, S. 9). Im Hinblick auf diese Entwicklungen sind die geäußerten Befürchtungen der Jugendlichen in mehrfacher Weise begründet.

### 3. Opfererfahrungen durch Gewalt

#### 3.1 Lebens- und Jahresprävalenzraten im Überblick

Als Einstieg in den Bereich der Jugenddelinquenz wurden die Jugendlichen auf der Insel Usedom in einem größeren Abschnitt des Erhebungsbogens zu ihren realen Opfererfahrungen im Hinblick auf fünf jugendtypische, strafrechtlich relevante Gewalterfahrungen (sogenannte Gewaltviktimisierungen) befragt: Raub, Erpressung, sexuelle Gewalt, Körperverletzung mit und Körperverletzung ohne Waffengebrauch. Diese sind auch in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) wesentliche Delikte der Kategorie der Gewaltkriminalität. Für die Befragung der Jugendlichen wurden diese Gewaltdelikte im Fragebogen phänomenologisch verständlich umschrieben.<sup>71</sup> Gefragt wurde zum einen jeweils nach der *Lebensprävalenz*, d. h., ob der Jugendliche überhaupt schon einmal Opfer einer entsprechenden Gewalttat wurde (relativiert auf alle befragten Jugendlichen), und zum anderen (aus Gründen der Vergleichbarkeit) nach der *Jahresprävalenz* und der *-inzidenz* (= Häufigkeit) innerhalb des zurückliegenden Kalenderjahres, also in der aktuellen Erhebung 2006 für das Jahr 2005. Hierbei wurde wiederum jeweils nach Örtlichkeiten differenziert: im Wohnort und außerhalb des Wohnortes. Für das letzte Opferereignis wurden darüber hinaus eine Reihe vertiefender Fragen zum Hergang der Tat, den Tätern, der Örtlichkeit, der Anzeigebereitschaft und zu den physischen und psychischen Folgen für das Opfer angeschlossen. Da die Fragen aus der Opferperspektive formuliert waren, kann davon ausgegangen werden, dass die Betroffenen einschätzen konnten, ob es sich bei dem Vorfall noch um Spaß oder aber um eine ernsthafte Gewalttat handelte. Die diesbezüglich einleitende Instruktion lautete: „Bei den folgenden Fragen geht es aber nicht um Situationen, in denen Du freiwillig mit anderen, etwa gleich starken Jugendlichen wirklich nur aus Spaß gekämpft hast.“ Es wurden nur vollendete Delikte erfragt, um den Interpretationsspielraum so gering wie möglich zu halten.

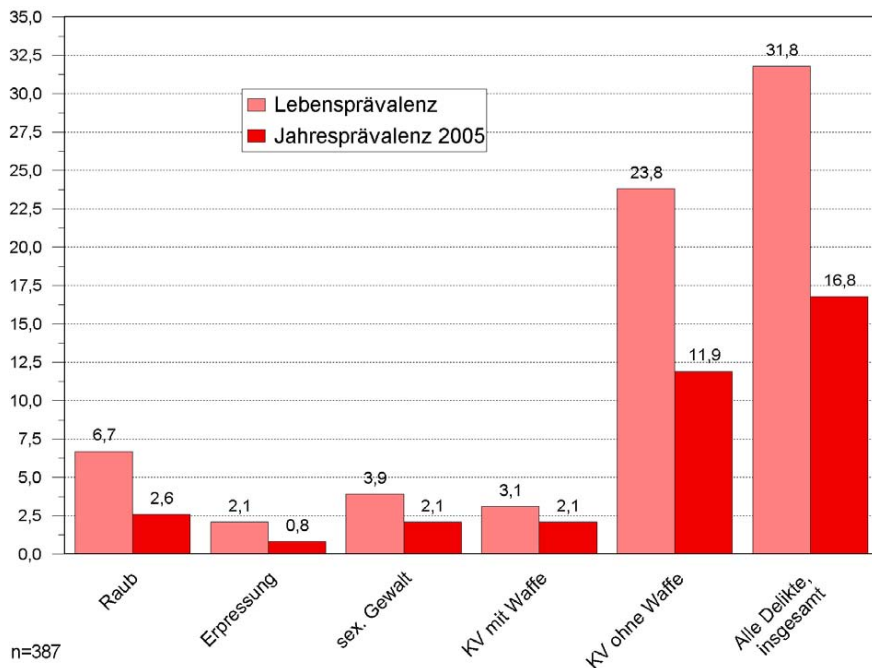
In nachstehender Abbildung 3.1 sind zunächst die Opferraten der aktuellen Erhebung 2006 in Form der berechneten Lebens- und Jahresprävalenzraten für die fünf erhobenen Gewaltdelikte im Einzelnen und zusammengenommen dargestellt. In der aktuellen Erhebung 2006 gaben insgesamt 123 der 387 befragten Jugendlichen an, in ihrem bisherigen Leben mindestens einmal Opfer einer der fünf Gewalttaten geworden zu sein. Dies entspricht einer *Lebensprävalenzrate* von 31,8%. Die Lebensprävalenzrate von allen 636 auf der Insel Usedom be-

---

71 Der Einstieg mit Fragen zu den Opfererfahrungen der Jugendlichen wurde deshalb gewählt, um den Einfluss der „sozialen Erwünschtheit“ auf das Antwortverhalten zu minimieren und, in einstimmiger Hinsicht, auf Fragen der selbstberichteten Delinquenz vorzubereiten. Zur Formulierung der fünf erfassten Gewaltdelikte im Schülerfragebogen vgl. Kapitel A.3, Fußnote 22, S.21.

fragten Jugendlichen (Erhebung 2002 und 2006 zusammengenommen) beträgt 31,6%. D. h., beinahe jeder dritte Usedomer Jugendliche wurde schon einmal Opfer einer der fünf vorgegebenen Gewalttaten.

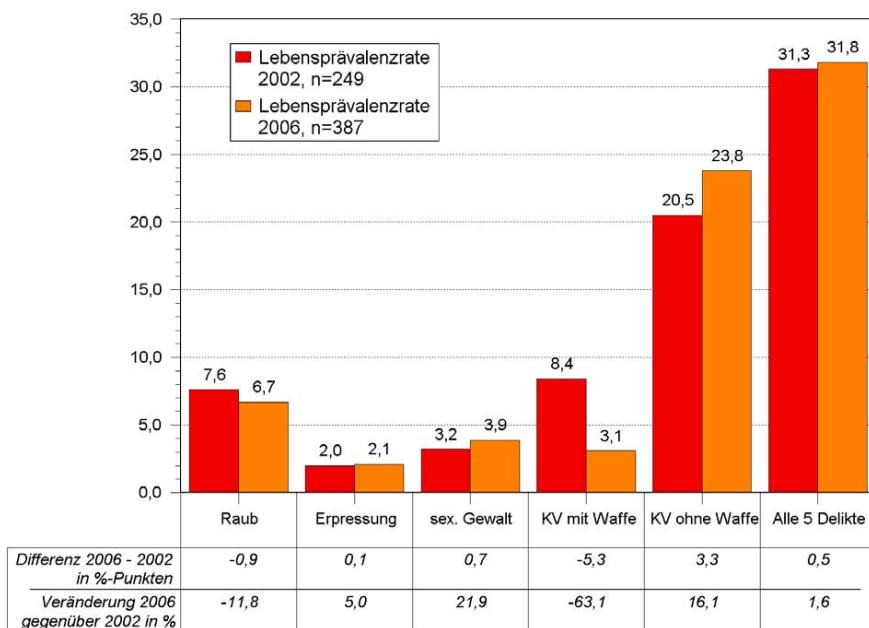
Abb. 3.1: Lebens- und Jahresprävalenzraten bei Gewaltviktisierungen von Jugendlichen auf der Insel Usedom (Erhebung 2006)



Für den rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum vor der Befragung 2006 – also für das Referenzjahr 2005 – berichteten 65 Jugendliche mindestens einmal Gewaltopfer bzgl. der genannten fünf Gewaltdelikte geworden zu sein. Dies entspricht mithin einer *Jahresprävalenzrate* von 16,8%. Somit wurde etwa jeder sechste Jugendliche im Jahr 2005 mindestens einmal Gewaltopfer. In der Einzelbetrachtung zeigen sich insbesondere bei der einfachen Körperverletzung (ohne Waffengebrauch) mit 23,8% bzw. 11,9% vergleichsweise recht hohe Gewaltviktisierungsraten. Opfererfahrungen durch Erpressung, gefährliche Körperverletzung (mit Waffenanwendung) sowie sexuelle Gewalt, aber auch Raub sind unter den Jugendlichen in der aktuellen Erhebung demgegenüber vergleichsweise seltene Ereignisse.

Im Vergleich der *Lebensprävalenzraten* der Befragungen 2006 gegenüber 2002 (vgl. Abbildung 3.2) zeigt sich eine beinahe unverändert hohe Gesamtrate bzgl. aller Gewaltviktisierungen (31,8% vs. 31,3%).

Abb. 3.2: Lebensprävalenzraten bei Gewaltviktimisierungen von Jugendlichen auf der Insel Usedom (Erhebungen 2002 und 2006 im Vergleich)



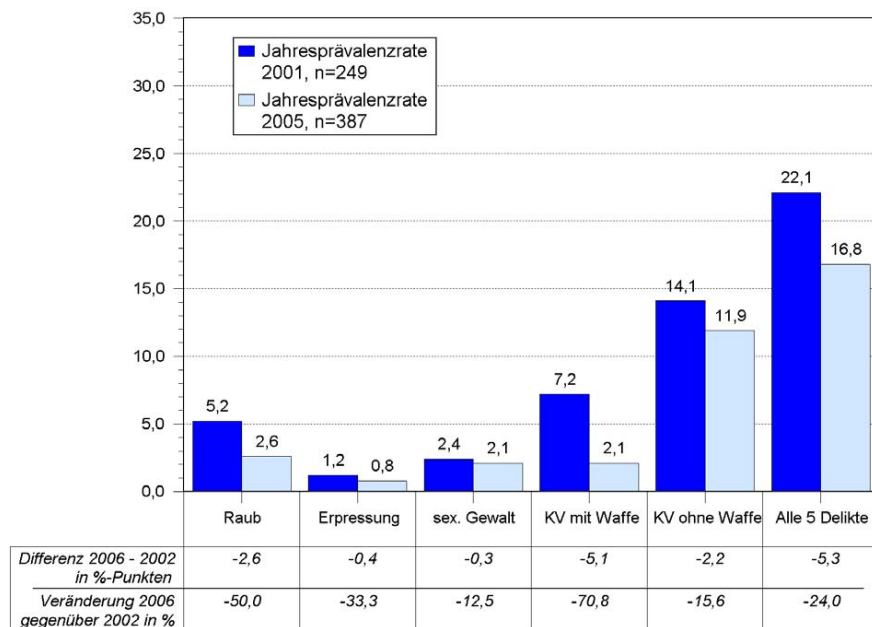
Allerdings ergibt sich in der Betrachtung der einzelnen Gewaltviktimisierungen erfreulicherweise ein deutlicher Rückgang der schwereren Gewaltviktimisierungen im Referenzzeitraum, insbesondere bei der schweren Körperverletzung (-63,1%) und beim Raub (-11,8%). Demgegenüber nahmen die minderschweren Viktimisierungen vor allem durch die einfachen Körperverletzungen zu (+16,1%), was letztlich in der „Gesamtbilanz“ zu einer ähnlich hohen Lebensprävalenzrate bzgl. aller erfassten Gewaltviktimisierungen führt.

Im Vergleich mit den Ergebnissen der aktuellen Greifswalder Studie (vgl. Kapitel A.3.1), in der eine zusätzliche Erhebung für das Jahr 1998 vorliegt, ergeben sich für die beiden Vergleichsjahrgänge 2002 und 2006 nach den Lebensprävalenzraten insgesamt etwas niedrigere Viktimisierungsbelastungen der Jugendlichen auf der Insel Usedom, die aber statistisch nicht von Bedeutung sind (vgl. vorstehende Abbildung 3.2 im Vergleich zu Abbildung 3.1, S. 22). Auch auf der Ebene der einzelnen Delikte ergeben sich sehr ähnliche Verhältnisse. Die insgesamt etwas höhere Belastung der Greifswalder Jugendlichen beruht auf einer entsprechend höheren Viktimisierungsrate bei den schwereren Delikten: der Erpressung, der sexuellen Gewalt und dem Raub.

Berücksichtigt man in der Betrachtung nur die jüngsten Opfererfahrungen im rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum als Referenzzeitraum vor der Befragung,

d. h. die *Jahresprävalenzraten* von Gewalt-Viktimisierungen der Jugendlichen, so ergibt sich – natürlich auf insgesamt geringerem Niveau –, da diese eine Teilmenge der Lebensprävalenz sind, ein doch sehr beachtlicher und statistisch hoch signifikant ausfallender Rückgang der Jahresprävalenzraten bei allen Gewaltviktimisierungen (vgl. Abbildung 3.3).

Abb. 3.3: Jahresprävalenzraten bei Gewaltviktimisierungen von Jugendlichen auf der Insel Usedom (Erhebungen 2002 und 2006 im Vergleich)



Wie die Grafik ausweist, lag die Jahresprävalenzrate der Viktimisierungen bezüglich aller fünf Gewaltdelikte bei insgesamt 16,8%, das entspricht einer Anzahl von 65 Jugendlichen, die mindestens einmal Gewaltopfer im Jahreszeitraum 2005 wurden. Mit Blick auf die Veränderungen in den Opferraten der beiden Erhebungen auf der Insel Usedom ergibt sich erfreulicherweise gegenüber der Ersterhebung eine deutliche und statistisch bedeutsame Abnahme der Gewaltopferrate um 24% (von 22,1% auf 16,8%): War im Jahr 2001 noch mindestens jeder fünfte Jugendliche Opfer einer Gewalttat, ist davon im Jahr 2005 nur noch etwa jeder sechste Jugendliche betroffen.

In der Einzelbetrachtung bestätigt sich zunächst das ähnliche Verlaufsmuster analog der Lebensprävalenzraten auch hinsichtlich des deutlichen Rückgangs der Jahresprävalenzraten bei den schwereren Gewaltdelikten. Die höchsten relativen Abnahmen sind dabei erfreulicherweise bei der Körperverletzung mit Waf-

fengebrauch (rd. -71%) und dem Raub (-50%) zu verzeichnen. Entgegen einer leichten Steigerung der Lebensprävalenzraten, nehmen demgegenüber auch die Jahresprävalenzraten bei den Viktimisierungen durch einfache Körperverletzung, wenn auch nicht so deutlich, ab (-15,6%). Allgemein kann festgestellt werden, dass Opfererfahrungen durch Erpressung, sexuelle Gewalt oder schwere Körperverletzungen (mit Verwendung einer Waffe) unter den Jugendlichen bei zugleich rückläufiger Tendenz vergleichsweise seltene Ereignisse darstellen.

Wiederum im Vergleich mit den Ergebnissen der Greifswalder Schülerbefragungen ergeben sich insbesondere für die jüngsten Erhebungen im Jahr 2006 beinahe übereinstimmende Befunde für die Jugendlichen in Greifswald und auf der Insel Usedom (vgl. vorstehende Abbildung 3.3 im Vergleich zu Abbildung 3.2, S. 23). So liegt die Gesamtjahresprävalenzrate bzgl. aller fünf Gewaltviktimisierungen in beiden Erhebungsgebieten identisch bei 16,8%. Die Opferraten bei der einfachen Körperverletzung und bei der sexuellen Gewalt weichen maximal nur um einen halben Prozentpunkt von einander ab. Bei der schweren Körperverletzung und beim Raub sind dies jeweils 0,8%-Punkte. Bei der Erpressung fällt der Abweichungsbetrag mit 1,1%-Punkten am höchsten aus, wobei dieser allerdings aufgrund der zugrunde liegenden geringen Ereigniszahlen nicht interpretiert werden kann.

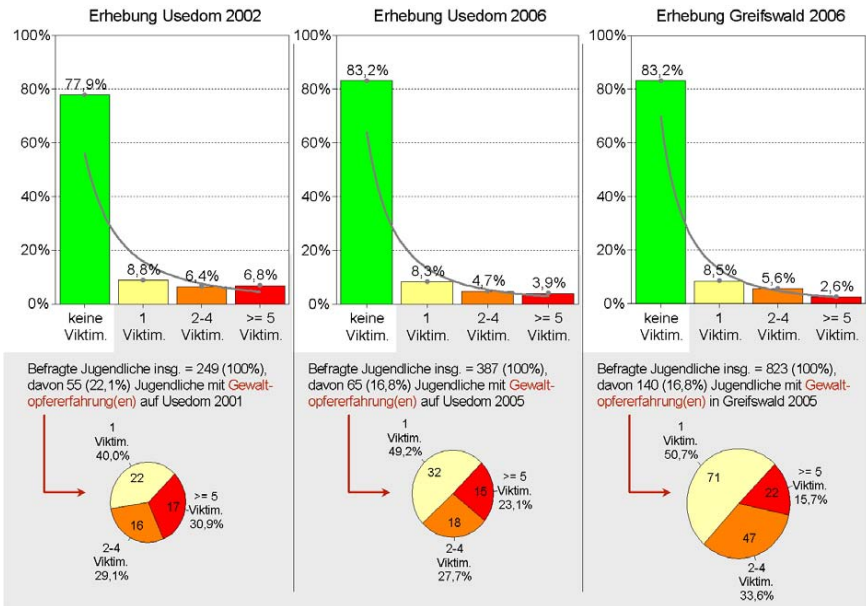
## 3.2 Mehrfachopferbelastung

Hinsichtlich der *Gewaltmehrfachopfer-Belastungen* ergeben sich über den Untersuchungszeitraum folgende Verhältnisse: Wurden für das Jahr 2001 von 55 viktimisierten Jugendlichen insgesamt 429 Gewaltdelikte angegeben, d. h. pro Opfer rd. acht Delikte, waren es für das Jahr 2005 zusammen nur noch 184 Gewaltdelikte, die von 65 jugendlichen Opfern berichtet wurden, was einer mittleren Viktimisierungshäufigkeit von rd. drei Delikten je Opfer entspricht. Damit bestätigt sich auch auf der Ebene der durchschnittlichen Gewaltopferhäufigkeiten über den Referenzzeitraum von vier Jahren hinweg ein starker und hochsignifikanter Rückgang der Belastungsverhältnisse bei Gewaltviktimisierungen unter den befragten Jugendlichen auf der Insel Usedom.

Fasst man – um die Extremwerte zu neutralisieren – die Anzahl der von den Jugendlichen im Jahreszeitraum angegebenen Gewalt-Viktimisierungen in vier Häufigkeitsklassen zusammen (keine Viktimisierung, eine Viktimisierung, zwei bis vier sowie fünf und mehr Viktimisierungen) so zeigt sich, dass auch bei den Mehrfachopfern unter den Usedomer Jugendlichen ein signifikanter Rückgang in der aktuellen Studie 2006 gegenüber der Erhebung 2002 zu verzeichnen ist (vgl. Abbildung 3.4). Wie aus der oberen Hälfte der Abbildung zu entnehmen ist, reduziert sich die Anzahl der Jugendlichen, die zwei bis vier Gewaltviktimisierungen berichteten von 6,4% im Jahr 2001 auf 4,7% im Jahr 2005 (-26,6%). Bei den mehr als viermal viktimisierten Jugendlichen sogar um fast die Hälfte (2001: 6,8%, 2005: 3,9%: -42,7%).



Abb. 3.4: Jahresprävalenzraten bei Gewaltviktimisierungen von Jugendlichen auf der Insel Usedom (Erhebungen 2002 und 2006) und in Greifswald (Erhebung 2006) nach Häufigkeitsklassen



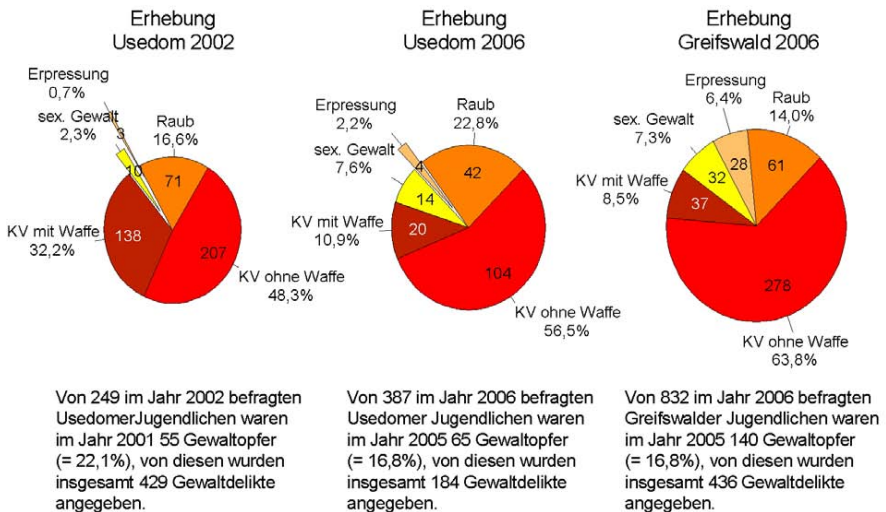
Diese positive Entwicklung hinsichtlich der Reduktion von Mehrfachbelastungen bei Gewaltviktimisierungen unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom findet natürlich auch in den relativen Häufigkeiten bezogen auf die jugendlichen Gewaltopfer ihre Entsprechung. Wurden 2001 noch 60% der jugendlichen Gewaltopfer im Jahreszeitraum mindestens zweimal viktimisiert, waren es dagegen im Jahr 2005 nur noch etwa die Hälfte (50,8%, vgl. untere Hälfte der Abbildung 3.4).

Mit Blick auf die Veränderungen und Abnahmen der Gewalt-Viktimisierungsbelastungen unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom im Referenzzeitraum ist besonders die Angleichung bzw. starke Übereinstimmung der Lebens- und Jahresprävalenzraten in der aktuellen Studie 2006 mit den Ergebnissen der Greifswalder Studie 2006 bemerkenswert. Dementsprechend unterscheiden sich die Jugendlichen auf der Insel Usedom von denen in Greifswald statistisch gesehen nicht mehr.

### 3.3 Art der Gewaltviktisierungen

Hinsichtlich der *Deliktsstruktur* bei Gewalt-Viktisierungen ergeben sich gleichfalls interessante Veränderungen bzw. Verschiebungen in den relativen Häufigkeiten der fünf erfassten Gewaltdelikte zwischen den beiden Erhebungen 2002 und 2006 auf der Insel Usedom, wie dies aus den nachstehenden Kreisdiagrammen (Abbildung 3.5) zu entnehmen ist, die in der Tendenz wiederum der Entwicklung in der Greifswalder Studie ähneln.

Abb. 3.5: Gewaltviktisierungen von Jugendlichen auf der Insel Usedom (Erhebungen 2002 und 2006) und in Greifswald (Erhebung 2006) nach der Deliktsstruktur



So nahm insbesondere der Anteil der Viktimisierungen durch gefährliche Körperverletzungsdelikte (mit Anwendung von Waffen) gegenüber 2002 deutlich ab (2002: 32,2%; 2006: 10,9%). Demgegenüber stieg der Anteil der einfachen Körperverletzungsdelikte von 48,3% auf 56,5% signifikant an, während andererseits die ausgewiesenen Anteilszuwächse bei den Viktimisierungen durch Raubdelikte und sexuelle Gewalt sowie Erpressung geringer ausfallen. Sexuelle Gewalt sowie Erpressung sind allerdings aufgrund der relativ niedrigen Prävalenzraten in der Erhebung 2006 statistisch eher ohne Belang. Damit nehmen unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom auch in der aktuellen Erhebung 2006 die Körperverletzungsdelikte mit zusammen rd. 68% den größten Teil des Gewaltaufkommens ein, wobei – wie erwähnt – mit nahezu 57% die (ernsthaften) Körperverletzungen ohne Waffeneinsatz gegenüber den gefährlichen Körperverletzungen mit Waffenverwendung von rd. 11% dominieren. Mit

rd. 23% waren Raubdelikte noch vergleichsweise häufig vertreten. Sexualisierte Gewalt und Erpressung waren mit einem Anteil von rd. 8% bzw. rd. 2% vergleichsweise seltener verbreitet.

### 3.4 Gewaltviktisierungen nach Geschlecht und Bildung

Ergänzende bivariate Analysen im Hinblick auf mögliche *Geschlechts-* oder *Bildungsunterschiede* der Jugendlichen, die Opfer einer Gewaltviktisierung wurden, ergaben bis auf die Viktisierungen durch sexuelle Gewalt (erwartbar), keine statistischen Zusammenhänge bzw. Unterschiede, sowohl auf der Einzeldeliktsebene wie auch auf der Ebene der zusammengefassten Indikatoren, also der Lebens- und der Jahresprävalenzrate, wie die nachstehenden Kontingenz- bzw. Kreuztabellen ausweisen (vgl. Tabelle 3.1 und 3.2). Wie zunächst aus der Kontingenztafel 3.1 zu entnehmen ist, ergibt sich für die *zusammengefassten* Gewaltopfererfahrungen der Jugendlichen im rückwärtigen Einjahreszeitraum 2005 kein statistischer Unterschied zwischen Mädchen und Jungen. Signifikante Geschlechtsunterschiede ergeben sich nur bei sexuellen Gewaltviktisierungen, wobei erwartungskonform (wie bereits erwähnt) die weiblichen Jugendlichen ausschließlich allein davon betroffen sind (weiblich: 4,1% vs. männlich: 0%, insgesamt: 2,1%).

Tabelle 3.1: Zusammenhang zwischen Gewaltviktisierung und Geschlecht bei Jugendlichen auf der Insel Usedom (Erhebung 2006)

**Kreuztafel: Gewaltviktisierungen (Jahresprävalenzrate 2005) nach Geschlecht**

			Geschlecht		Gesamt
			männlich	weiblich	
Gewaltviktisierungen, Jahresprävalenz	0	Anzahl	162	160	322
		% von Geschlecht	83,5%	82,9%	83,2%
	1	Anzahl	32	33	65
		% von Geschlecht	16,5%	17,1%	16,8%
Gesamt	Anzahl	194	193	387	
	% von Geschlecht	100,0%	100,0%	100,0%	

Chi-Quadrat = 0,025, df = 1; Cramer-V = 0,008, p (jeweils) = .874

Die etwas höhere Gesamtbelastung der Jahresprävalenzrate bei den Mädchen mit 17,1% gegenüber 16,5% bei den Jungen ist auf diese geschlechtsspezifische Viktisierungsform zurückführbar. Eher erwartungswidrig dagegen ist insbesondere der statistisch nichtsignifikante Unterschied bei den zahlenmäßig relevanten Viktisierungen durch Körperverletzungen (weiblich: 11,4% vs. männlich: 12,4%, insgesamt: 11,9%). D. h., abgesehen von sexuellen Übergriffen, sind die männlichen und weiblichen Jugendlichen auf der Insel Usedom gleichermaßen häufig – wenn auch vergleichsweise und über alles betrachtet, mit relativ geringem Risiko – von Jugendgewalt betroffen. Dieser Befund ist

insofern interessant, als in der ersten Usedom-Erhebung 2002 und in den drei Greifswalder Erhebungen durchgängig ebenso wie nach den Vergleichsdaten der westdeutschen und Thüringer Jugendlichen<sup>72</sup> jeweils ein signifikanter Zusammenhang zwischen Gewaltopferereignis und Geschlecht – mit einer höheren Opferbelastung der männlichen Jugendlichen (ausgenommen sexualisierte Gewalt) – vorhanden war.<sup>73</sup>

Worauf diese Angleichung bzw. Nivellierung der Geschlechtsunterschiede bei Gewaltviktimisierungen unter Usedomer Jugendlichen zurückzuführen ist, kann an dieser Stelle zunächst nicht geklärt bzw. nur hypothetisch angenommen werden. Denkbar ist, dass sich die Gewalt-Viktimisierungsbelastung unter den männlichen Jugendlichen im Referenzzeitraum tatsächlich – und nur für diese Gruppe – um beinahe fast die Hälfte reduziert hat (-42,1%), während demgegenüber die Opfer-Belastungsraten bei den Mädchen, statistisch jedenfalls, unverändert hoch blieben, somit von einer regional besonderen Entwicklung gesprochen werden kann. Gründe hierfür könnten darin liegen, dass die gesteigerten präventiven Anstrengungen und Maßnahmen der vergangenen vier, fünf Jahre, die insbesondere an den Schulen auf der Insel Usedom umgesetzt und ausgeweitet wurden, zu einer wachsenden Sensibilisierung und Distanzierung der Jugendlichen gegenüber Gewalt – und dies im stärkerem Maße bei den zuvor besonders belasteten Jungen – geführt hat. Ob dem so ist, wird empirisch im Zusammenhang mit der Entwicklung der selbstberichteten Delinquenz, als dem Komplement zu den Opfererfahrungen der Jugendlichen (vgl. Kapitel B.4) und den diesbezüglichen Veränderungen im Anzeigeverhalten (Kapitel C.1), noch genauer zu untersuchen sein.

Allerdings zeigen die Vergleichsdaten auch, dass bei Kontrolle vorhandener Geschlechtsunterschiede regionale Unterschiede in den Opferbelastungen zwi-

---

72 Wie bereits an anderer Stelle dargestellt, haben wir hinsichtlich der Jahresprävalenzraten und weiterer Indikatoren der Jugendgewalt zum Vergleich der in unseren Untersuchungen auf der Insel Usedom 2002 und 2006 sowie in Greifswald 1998, 2002 und 2006 ermittelten Befunde Ergebnisse aus Untersuchungen in anderen bundesdeutschen Regionen (Städten und Landkreisen) herangezogen (vgl. *Dinkel/Geng* 2003; Kapitel A.3, A.4). Auch wenn ein unmittelbarer Vergleich der Prävalenzraten aus inhaltlichen und teilweise methodischen Gründen nicht unproblematisch ist, bietet eine solche Gegenüberstellung aber doch hinsichtlich der Größenordnungen eine gewisse Orientierung. Herangezogen haben wir die Schülerbefragungen des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN, Hannover), die bzgl. der erhobenen kriminologischen Indikatoren, die gleichen Fragen und Operationalisierungen verwendet haben (vgl. *Wetzels u. a.* 2001; *Wilmers u. a.* 2002; *Baier u. a.* 2006; 2006a; *Baier/Windzio* 2007).

73 Jahresprävalenzraten Usedom 2002: weiblich = 15,9%, männlich = 28,5%, Cramers V = 0,152\*\*; Greifswald 1998 bis 2006 zusammengefasst: weiblich = 13,3%, männlich = 20,3%; Cramers V = 0,093\*\*; Thüringen 2005: weiblich = 12,0%, männlich = 22,3%; Cramers V = 0,136\*\*. Die mit \*\* indizierten V-Koeffizienten bedeuteten hochsignifikante Zusammenhänge nach der  $\chi^2$ -Statistik mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit (p) von weniger als einem Prozent (p < .01).

schen den Mädchen einerseits und zwischen Jungen andererseits bestehen. So sind etwa in Thüringen (KFN-Erhebung 2005) im Vergleich zu westdeutschen Regionen männliche Jugendliche signifikant seltener Opfer von Erpressung und Körperverletzung mit Waffenanwendung (vgl. *Baier u. a.* 2006a, S. 86). Dieser Befund findet sich auch für Usedom und Greifswald (jeweils Erhebung 2006) in übereinstimmender Weise. Hierbei fällt die geringere Opferbelastung der Greifswalder und Usedomer männlichen Jugendlichen gegenüber den westdeutschen Geschlechtsgenossen sogar bei allen vier Gewaltdelikten (Raub, Erpressung, Körperverletzung ohne und mit Waffenanwendung) durchweg signifikant aus.

Ein recht ähnliches Bild ergibt sich hinsichtlich der Zusammenhänge zwischen der *Bildung* (operationalisiert nach dem angestrebten Abschluss) und den Gewaltviktimisierungen der Jugendlichen auf der Insel Usedom. Auch hier fallen die Unterschiede zwischen den Bildungsgängen (nach dem angestrebten Bildungsabschluss) und den Gewaltopfererfahrungen in der aktuellen Erhebung 2006 nicht mehr so deutlich aus, als dies noch in der ersten Erhebung im Jahr 2002 der Fall war. Zwar zeigt sich mit 22% eine jahresbezogene höhere Gesamt-opferbelastung der Hauptschüler gegenüber den anderen Bildungsstufen (Realschüler: 15,9%, Gymnasiasten 16,5%, Gesamtrate: 16,8%), die sich aber statistisch als nicht bedeutsam erweist (vgl. Tabelle 3.2).

Tabelle 3.2: Zusammenhang zwischen Gewaltviktimisierung und Bildung bei Jugendlichen auf der Insel Usedom (Erhebung 2006)

**Kreuztabelle: Gewaltviktimisierungen (Jahresprävalenzrate 2005) nach Bildung**

			angestrebter Abschluss			Gesamt
			Hauptschule	Realschule	Abitur	
Gewaltviktimisierungen, Jahresprävalenz	0	Anzahl	39	207	76	322
		% von angestrebter Abschluss	78,0%	84,1%	83,5%	83,2%
	1	Anzahl	11	39	15	65
		% von angestrebter Abschluss	22,0%	15,9%	16,5%	16,8%
Gesamt		Anzahl	50	246	91	387
		% von angestrebter Abschluss	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

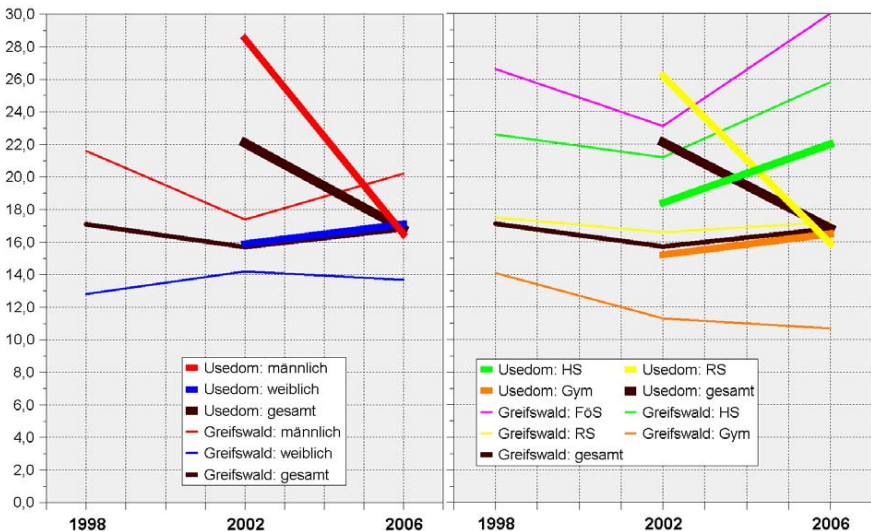
Chi-Quadrat = 1,132, df = 2; Cramer-V = 0,054, p (jeweils) = .568

Demgegenüber differieren die Jahresprävalenzraten bzgl. der Gesamt-opferbelastung unter den Greifswalder Jugendlichen zwischen den Bildungsniveaus in allen drei Erhebungen doch sehr viel erheblicher und signifikant (Greifswald 1998 bis 2006 zusammengefasst: Förderschüler: 27,7%, Hauptschüler; 22,9%, Realschüler: 17,2%, Gymnasiasten: 12,5%, Insgesamt: 16,7%; Cramers V = 0,106\*\*). Auch die Thüringer Jugendlichen unterscheiden sich diesbezüglich nach der Schulform. So liegt die Gewaltopfer-Gesamtbelastung bei den Regel- und Gesamtschülern mit zusammen rd. 20% signifikant über der Jahrespräva-

lenzrate der Gymnasiasten mit rd. 12% (Cramers  $V = 0,094^{**}$ , vgl. *Baier u. a. 2006a*, S. 86). Auch hinsichtlich dieser Befunde sind vertiefende Analysen der Täter-Perspektive (Angaben zur selbstberichteten Delinquenz), der Täter-Opfer-Beziehung und des Anzeigeverhaltens (Opfer- und Tätersicht) der Jugendlichen notwendig, um empirisch ein Gesamtbild zu erhalten (vgl. Kapitel B.4 und C.1).

In Abbildung 3.6 sind die zuvor beschriebenen Gewalt-Viktimisierungsverhältnisse unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom nach dem Geschlecht und der Bildung im Vergleich mit den Greifswalder Befunden nochmals zusammenfassend in der zeitlichen Entwicklung dargestellt.

Abb. 3.6: Jahresprävalenzraten bei Gewaltviktimisierungen von Jugendlichen nach dem Geschlecht und der Bildung – Insel Usedom (Erhebungen 2002 und 2006) im Vergleich mit Greifswald (Erhebungen 1998, 2002 und 2006)



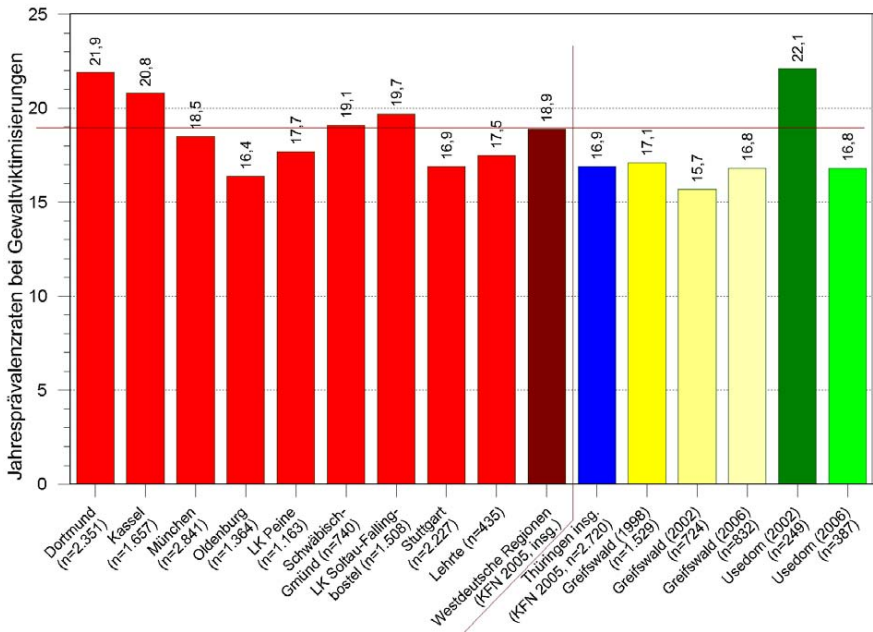
### 3.5 Interregionaler Vergleich

Bereits im Vergleich mit früheren Untersuchungen des KFN 1997/1998 und 2001/02 u. a. in den Städten Kiel, Delmenhorst, Hamburg, Hannover, Rostock und Leipzig (vgl. *Wetzels u. a. 2001*; *Wilmers u. a. 2002*) hat sich gezeigt, dass die Gewaltviktimisierungsraten bei Jugendlichen auf der Insel Usedom 2002 auf einem relativ hohen Belastungsniveau lagen, während demgegenüber die Jugendlichen in Greifswald in den Erhebungen 1998 und 2002 das mit Abstand niedrigste Niveau aufwiesen (vgl. *Dünkel/Geng 2003*, S. 14 und S. 90). So lag etwa die Jahresprävalenzrate in Kiel 1997 bei 20,4%, in Delmenhorst bei 21,2%,

in Hannover bei 28,1%, in Hamburg bei 26,9% und in den beiden ostdeutschen Städten Leipzig und Rostock bei 22,9% resp. 21,2% (Usedom 2001: 22,1%; Greifswald 1997: 17,1%; 2001: 15,7%).

Für unsere aktuellen Erhebungen 2006 auf der Insel Usedom und in Greifswald können wir neuere Vergleichsdaten des KFN für insgesamt sieben westdeutsche Städte und zwei Landkreise 2005 (vgl. *Baier u. a. 2006*) sowie Daten für Hannover 2006 heranziehen (vgl. *Baier/Windzio 2007*). Ferner können wir auf Vergleichsdaten einer repräsentativen Schülerbefragung für das gesamte Bundesland Thüringen zurückgreifen, die das KFN ebenfalls im Jahr 2005 durchgeführt hat (vgl. *Baier u. a. 2006a*). In Abbildung 3.7 sind die Jahresprävalenzraten von Gewaltviktimisierungen bzgl. der fünf vergleichbar erhobenen Gewaltdelikte der KFN-Untersuchungen 2005 mit denen auf der Insel Usedom und aus Greifswald 2006 dargestellt.

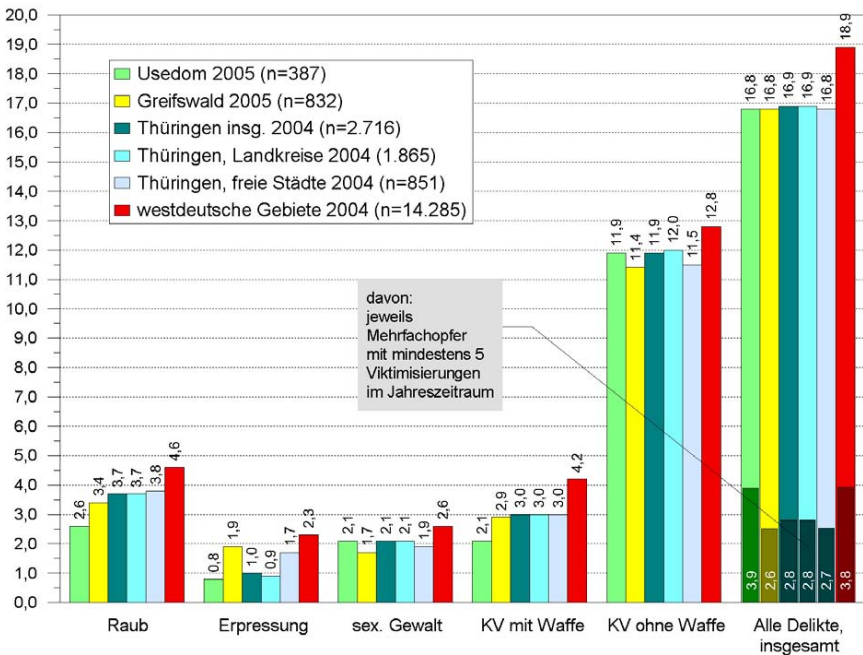
Abb. 3.7: Jahresprävalenzraten bei Gewaltviktimisierungen von Jugendlichen auf der Insel Usedom (Erhebungen 2002 und 2006) und in Greifswald (Erhebungen 1998, 2002 und 2006) im Vergleich mit Ergebnissen der KFN-Schülerbefragungen 2005



Zunächst zeigt sich in der aktuellen Erhebung 2006 ein besonders deutlicher, statistisch hochsignifikanter Rückgang der Gewalt-Viktimisierungsbelastung unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom gegenüber der Erhebung 2002.

Diese erfreuliche Verringerung der Jahresprävalenzrate bei Gewaltviktimsierungen bezogen auf den sehr hohen Ausgangswert im Jahr 2002 von 22,1% beträgt beachtliche 24%. Weiter fällt auf, dass sich dieses Belastungsniveau unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom im Referenzzeitraum an die vergleichsweise niedrige Viktimisierungsrate unter den Greifswalder Jugendlichen mit 16,8% angeglichen hat. Somit liegen in der aktuellen Erhebung 2006 die Viktimisierungsbelastungen der Jugendlichen auf der Insel Usedom und in Greifswald bezüglich aller untersuchten fünf Gewaltdelikte im Jahreszeitraum 2005 im Vergleich mit den anderen westdeutschen Städten und Landkreisen sowie dem Bundesland Thüringen – bis auf eine Ausnahme (Oldenburg) – am niedrigsten (s. o. Abbildung 3.7).<sup>74</sup>

Abb. 3.8: Jahresprävalenzraten bei Gewaltviktimsierungen von Jugendlichen auf der Insel Usedom und in Greifswald (jew. Erhebung 2006) im Vergleich mit KFN-Schülerbefragungen 2005 nach der Deliktsart



74 Die entsprechende Rate für Hannover 2006 beträgt 21,2%. Hannover ist nicht abgebildet, da die Ergebnisse dieser jüngsten Schülerbefragung des KFN bisher noch nicht bzw. nur in Teilen veröffentlicht sind und die Angabe hierzu aus einem noch unveröffentlichten Text stammt (vgl. *Baier/Windzio* 2007). Berücksichtigt man, dass in den KFN-Erhebungen 2005 keine Förderschüler befragt wurden, reduziert sich die Gewaltopferquote der Greifswalder Jugendlichen 2005 um 1,3%-Punkte und läge damit noch bei 15,5%; mithin auf dem niedrigsten Niveau aller in den Vergleich einbezogenen Städte und Landkreise.



Auch auf der Ebene der einzelnen Gewaltviktimsierungen in der regionalen Vergleichsbetrachtung wird das insgesamt geringere Belastungsniveau der Jugendlichen auf der Insel Usedom und in Greifswald, aber auch der Thüringer Jugendlichen, in der Erhebung 2006 bzw. 2005 deutlich (vgl. Abbildung 3.8).

So finden sich für die ostdeutschen Regionen vergleichsweise nur sehr geringe Unterschiede in den Viktimisierungsraten bei den zahlenmäßig häufigsten Gewalterfahrungen, insbesondere bei den Körperverletzungen, dem Raub und der gefährlichen Körperverletzung mit Waffenanwendung, im rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum. Besonders auffällig hierbei sind die ähnlich hoch ausfallenden Viktimisierungsraten bei den einfachen Körperverletzungsdelikten, die unter den befragten ostdeutschen Jugendlichen nur im Bereich zwischen 11,4% und maximal 12% differieren. Die Abweichungen der Viktimisierungsprävalenzen bei Erpressung und sexuelle Gewalt dagegen bewegen sich wegen der geringen Ereigniszahlen noch im Bereich von zufälligen Schwankungen. Bei Opfererfahrungen durch Raub und Körperverletzung mit Waffenanwendung sind die Unterschiede in den Prävalenzraten gleichfalls – wenn auch unter den Usedomer Jugendlichen vergleichsweise niedriger liegend – statistisch eher von marginaler Bedeutung. Dementsprechend ergeben sich erstaunlich stabile Belastungsverhältnisse bzgl. der Gesamtprävalenzraten für die erfassten fünf Gewaltviktimsierungen unter den ostdeutschen Jugendlichen auf beinahe übereinstimmend hohem Niveau (rd. 17%).<sup>75</sup>

- 75 Das relativ homogene Bild der Jugendgewalt aus der Opferperspektive in Thüringen (differenziert nach kreisfreien Städten und Landkreisen), bedeutet allerdings nicht, dass zwischen den einzelnen Städten und Landkreisen in Thüringen keine Unterschiede bestünden, wie die nachstehende Tabelle verdeutlicht.

Gebiet	Gesamt-Gewaltopferprävalenz: Lebenszeit		Gesamt-Gewaltopferprävalenz: 2004		Gesamt-Gewaltopferprävalenz: 2005	
	N	in %	N	in %	N	in %
Stadt Jena	206	32,0	206	11,2	206	4,9
LK Altenburger Land	133	39,1	133	16,5	133	6,0
LK Eichsfeld	169	28,4	169	15,4	169	6,5
LK Gotha	196	36,7	196	18,9	196	8,2
LK Greiz/ Stadt Gera	187	31,0	187	15,0	187	10,2
LK Hildburghausen	123	31,7	123	16,3	123	10,6
LK Kyffhäuserkreis	121	32,2	121	11,6	121	2,5
LK Saale-Holzland	129	38,8	129	17,8	129	6,2
LK Saalfeld-Rudol.	178	37,6	178	15,7	178	10,1
LK Schmalkalden/M.	244	27,5	244	14,3	244	8,2
LK Unstrut-Hainich	109	<b>46,8</b>	109	<b>22,9</b>	109	<b>11,0</b>
LK Wartburgkreis/ Stadt Eisenach	310	36,1	310	18,4	310	8,1
LK Weimaer Land/ Stadt Weimar	148	33,1	148	12,8	148	6,8
Thüringen Gesamt	2716	35,2	2716	16,9	2716	7,8
Cramers V		.098*		.079		.081

Ungewichtete Daten; N = Anzahl Befragte mit gültigen Antworten, \* p < .05, \*\* p < .01, **fett** = höchster Wert, unterstrichen = niedrigster Wert

Tabelle entnommen aus: *Baier u. a. 2006a*, S. 238.

Demgegenüber liegen die Viktimisierungsraten unter den Jugendlichen in den westdeutschen Städten und Landkreisen bei allen fünf Gewaltdelikten über den Prävalenzraten der ostdeutschen Vergleichsregionen, was entsprechend zu einer höheren Gesamtbelastung der westdeutschen Jugendlichen (18,9%) von rd. 2%-Punkten führt (relativ: +11,8%). Eine ausgeprägt höhere Opferbelastung der westdeutschen Jugendlichen ergibt sich insbesondere bei Raubdelikten und bei der schweren Körperverletzung mit Waffengebrauch (vgl. Abbildung 3.8).

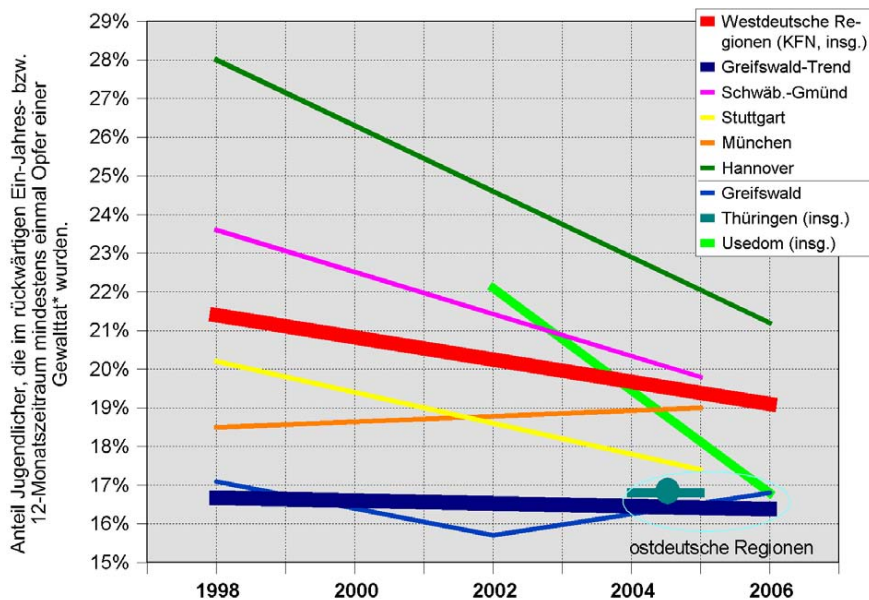
Mit Blick auf die *Mehrfachopferbelastung* der Jugendlichen bzgl. der fünf erfassten Gewaltdelikte, d. h. im Jahresreferenzzeitraum mindestens fünf erlittene Gewaltviktimisierungen, ergibt sich – abweichend von den bisher beschriebenen relativ übereinstimmenden Verhältnissen unter den ostdeutschen Jugendlichen – der interessante Befund einer vergleichsweise höheren Belastung der Jugendlichen auf der Insel Usedom gegenüber den anderen befragten Schülern in der Hansestadt Greifswald und im Bundesland Thüringen. Lag die Gewalt-Mehrfachopferferrate in Greifswald und Thüringen mit 2,6% bzw. 2,8% (Thüringen: kreisfreie Städte = 2,7%, Landkreise = 2,8%) vergleichsweise niedrig, so ergibt sich für die Jugendlichen auf der Insel Usedom demgegenüber eine doch größere Mehrfachbelastung, deren Prävalenzrate mit 3,9% auf dem Niveau von westdeutschen Vergleichsregionen (3,8%) liegt. D. h., das Risiko einer Mehrfachviktimisierung der Jugendlichen auf der Insel Usedom ist im Vergleich mit den Greifswalder Jugendlichen leicht erhöht. Allerdings ist darauf zu verweisen, dass diese geringe Höherbelastung angesichts der sehr geringen Fallzahlen (s. o. Abbildung 3.4) statistisch nicht bedeutsam ist.

### 3.6 Entwicklung im interregionalen Vergleich

Das gleichwohl insgesamt niedrigere Niveau der Gewaltopferferraten unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom in der aktuellen Erhebung 2006 und durchgängig in allen Erhebungen (1998, 2002 und 2006) unter den Greifswalder Jugendlichen wird auch in der *Entwicklungsperspektive* über den Gesamtbeobachtungszeitraum im Vergleich mit den Opferferraten ausgewählter Städte der KFN-Schülerbefragungen, für die jeweils zwei Erhebungszeiträume (1998 und 2005) vorliegen, deutlich (vgl. Abbildung 3.9, *Baier/Windzio* 2007).

Die *Entwicklung der Jugendgewalt* aus der *Opferperspektive* zeigt – mit einer Ausnahme (München) – einen kontinuierlichen Rückgang der Jahresprävalenzraten. Waren über alle einbezogenen (westdeutschen) Erhebungsgebiete der KFN-Studie 1998 noch 21,4% der Jugendlichen Opfer einer Gewalttat, so waren dies sieben bzw. acht Jahre später (trotz der fast konstanten Entwicklung in München, 18,5% auf 19,0%) nur noch 19,1%. Der dargestellte lineare Trend der westdeutschen Städte zusammengenommen zeigt diese rückläufige Entwicklung der Jugendgewalt (pro Jahr etwa -0,3%-Punkte).

Abb. 3.9: Entwicklung der Jahresprävalenzraten bei Gewaltviktimisierungen von Jugendlichen auf Usedom (Erhebungen 2002 und 2006) und in Greifswald (Erhebungen 1998, 2002 und 2006) im Vergleich mit Ergebnissen der KFN-Schülerbefragungen 1998 und 2005/2006



\* Raub, Erpressung, sexuelle Gewalt, KV mit Waffe(n) und KV ohne Waffe(n)

Im Vergleich hierzu zeigt sich der stärkste Rückgang der Jugendgewalt allerdings unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom (ca. -1,3%-Punkte pro Jahr, relativ 2006 gegenüber 2002: -24%). Dieser Rückgang beruht insbesondere ausschließlich auf der sehr ausgeprägten Abnahme der Gewaltopferbelastung unter den männlichen Jugendlichen von relativ rd. -42% (von 28,5% auf 16,5%). Diesbezüglich ist demgegenüber unter den weiblichen Usedomer Jugendlichen keine signifikante Veränderung feststellbar. Demnach liegt eine stationäre Entwicklung der Opferbelastung bei den Mädchen vor (15,9% auf 17,1%). Anders formuliert: Wurde 2001 noch mindestens jeder 5. Jugendliche (darunter mindestens jeder 4. Junge bzw. jedes 6. Mädchen) auf der Insel Usedom Opfer einer Gewalttat, war dies im Jahr 2005 nur noch jeder 6. Jugendliche, wobei dies gleichermaßen für Jungen und Mädchen zutrifft.

Auch in Greifswald ergibt sich tendenziell gleichfalls – wenn auch sehr gering ausfallend – eine rückläufige Entwicklung (Steigungsparameter des linearen Trends: -0,15%-Punkte pro Jahr), die sich insgesamt allerdings aufgrund des erfreulicherweise bereits niedrigen Ausgangswertes im Jahr 1998 auf vergleichsweise deutlich niedrigerem Niveau bewegt.

Da für Thüringen nur eine Untersuchung im Jahr 2005 für den Vergleich zur Verfügung steht, kann eine Entwicklung natürlich nicht betrachtet werden. Interessant ist die Einbeziehung der Thüringer Jahresprävalenzrate aus der Erhebung 2005 allerdings dennoch, da sich – wie zuvor ausgeführt – ein sehr ähnliches Niveau der Jugendgewalt aus der Opferperspektive im Vergleich mit unseren aktuellen Befunden ergibt. Angemerkt sei zudem nochmals, dass sich die Jahresprävalenzraten bei Gewaltviktimisierungen unter den Thüringer Jugendlichen zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisen statistisch nicht unterscheiden (s. o., vgl. *Baier u. a.* 2006a). Demnach liegen ähnliche Verhältnisse vor, wie wir sie in unseren aktuellen Schülerbefragungen 2006 hinsichtlich der kreisfreien Hansestadt Greifswald und der Insel Usedom (als Teil des Landkreises Ostvorpommern) ermittelt haben.

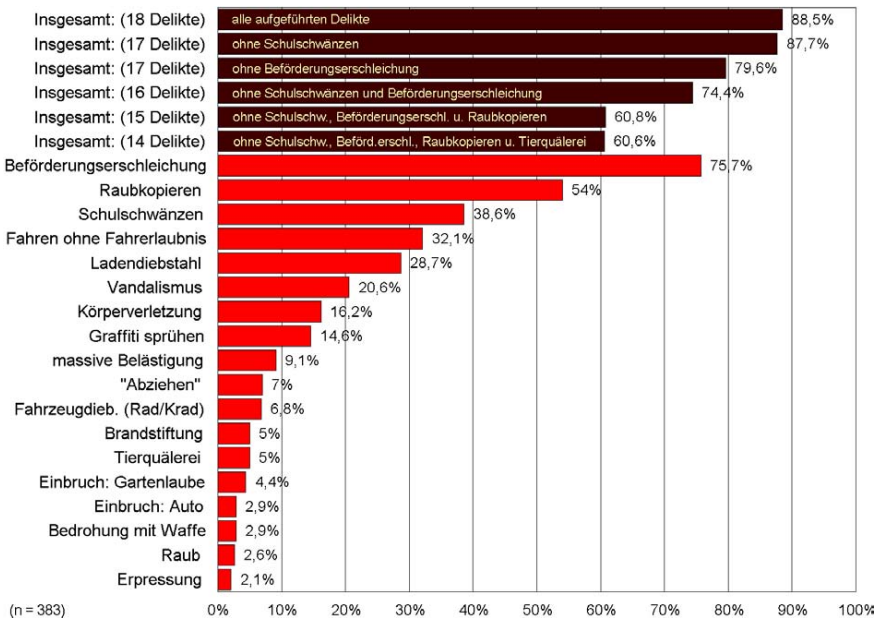
Diese weitestgehend konsistenten Befunde aller hier einbezogenen Studien, stehen gerade in Bezug zur Entwicklung der Jugendgewalt im Widerspruch zu den Hellfelddaten. Inwieweit hier die naheliegende Vermutung einer Veränderung des Anzeigeverhaltens im Zusammenhang mit einer Sensibilisierung gegenüber Gewalt als Erklärung dieses Widerspruchs eine Rolle spielt (vgl. *Pfeiffer/Wetzels* 2006; *Baier/Windzio* 2007; *BMI/BMJ: 2. Periodischer Sicherheitsbericht* 2006, S. 397 f.), ist empirisch noch zu überprüfen (s. u. Kapitel C.1).

## 4. Selbstberichtete Delinquenz

### 4.1 Lebens- und Jahresprävalenzraten im Überblick

In komplementärer Perspektive haben wir die Jugendlichen auch gebeten, uns Angaben zu ihrem eigenen delinquenten Verhalten zu machen (sogenannte selbstberichtete Delinquenz). Hierbei wurde den Jugendlichen eine Liste mit Delikten vorgelegt, mit der Bitte anzugeben, ob sie überhaupt schon einmal eine solche Handlung begangen haben und, wenn ja, ob und wie oft sie ein solches Delikt im vergangenen Jahr begangen haben. Relativiert auf hundert Befragte und bezogen auf den entsprechenden Referenzzeitraum erhält man wiederum die sogenannte *Lebensprävalenz-* bzw. die *Jahresprävalenzrate*. Bezogen auf die Anzahl der Delikte im 12 Monats- bzw. Einjahreszeitraum erhält man die sogenannte *Jahresinzidenzrate*. Neben Eigentumsdelikten, wie beispielsweise Laden- oder Fahrraddiebstahl und anderen Nichtgewaltdelikten, wie „Schwarzfahren“, Vandalismus oder massiver Belästigung, galt bei den erfragten Delikten unser besonderes Interesse fünf Gewaltdelikten: Raub, „jemanden allein oder in der Gruppe abziehen“ als zusätzliche jugendtypische Variante einer Erpressung, Erpressung in anderer Form, Körperverletzung und Bedrohung mit einer Waffe.

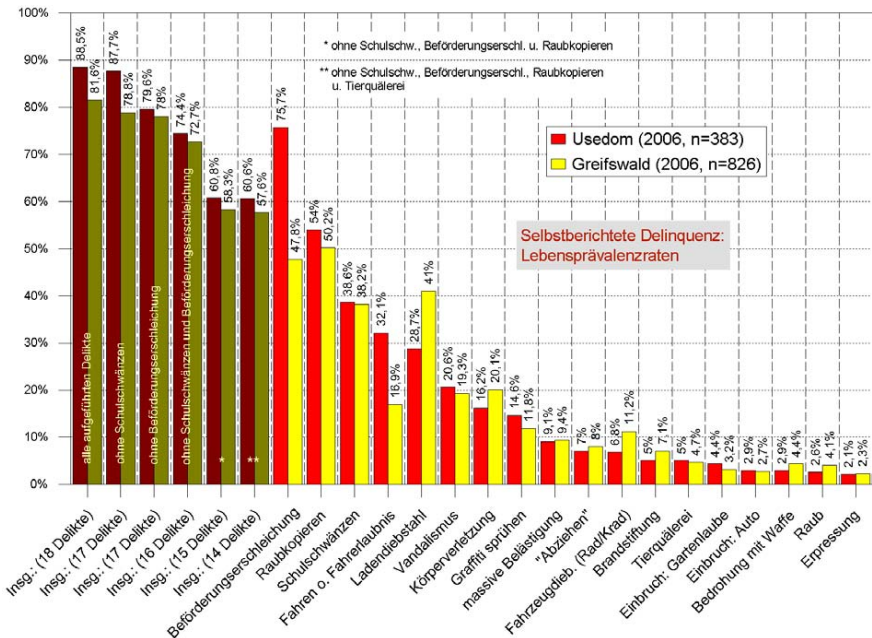
Abb. 4.1: Lebensprävalenzraten bei selbstberichteter Delinquenz und sozial deviantem Verhalten von Jugendlichen auf der Insel Usedom (2006)



Für die im Jahr 2006 erhobenen 18 Delikte bzw. (sozial) devianten Verhaltensformen (nimmt man Schulschwänzen und Tierquälerei hinzu) ergaben sich die aus Abbildung 4.1 ersichtlichen *Lebensprävalenzraten* bei den Jugendlichen auf der Insel Usedom. Nicht ganz 90% der befragten Jugendlichen haben schon einmal mindestens eines der aufgeführten 18 Delikte begangen bzw. sozial deviante Verhaltensweisen gezeigt. Neben Beförderungerschleichung (rd. 76%) und Raubkopieren (54%) liegt die Prävalenzrate beim Schulschwänzen (rd. 39%), dem Fahren ohne Führerschein (rd. 32%) und bei den Ladendiebstählen mit rd. 29% erwartbar am höchsten. Bei den Gewaltdelikten sind die Lebensprävalenzraten bei den Körperverletzungsdelikten mit rd. 16% am höchsten.

Im Vergleich mit der Greifswalder Erhebung 2006 ergeben sich – zunächst für die *Lebensprävalenzraten* – einige interessante Unterschiede (vgl. Abbildung 4.2).

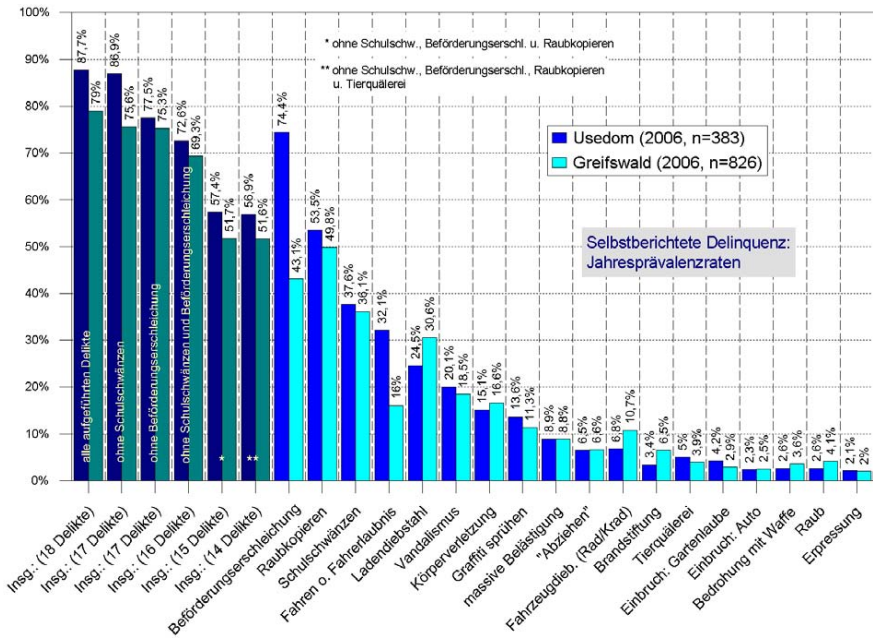
Abb. 4.2: Lebensprävalenzraten bei selbstberichteter Delinquenz und sozial deviantem Verhalten von Jugendlichen auf der Insel Usedom und in Greifswald im Vergleich (jeweils Erhebung 2006)



Wie aus dem Vergleichssäulen-Diagramm zu entnehmen ist, liegt unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom über alle 18 erfassten Delikte zusammengekommen die Delinquenzbelastung um rd. 7%-Punkte über derjenigen der Greifswalder Jugendlichen (88,5% vs. 81,6%). Bei genauerer Betrachtung der

Unterschiede auf der Einzeldeliktsebene werden u. E. regionale Besonderheiten zwischen Land (bzw. Insel) und Stadt erkennbar, die auf unterschiedliche geographische (räumliche) Verhältnisse einerseits, Opportunitätsstrukturen und Kontrolldichten andererseits verweisen.

Abb. 4.3: Jahresprävalenzraten bei selbstberichteter Delinquenz und sozial deviantem Verhalten von Jugendlichen auf der Insel Usedom und in Greifswald im Vergleich (jeweils Erhebung 2006)



So beruht die größere Delinquenzbelastung der Usedomer Jugendlichen fast ausschließlich auf einer höheren Lebensprävalenzrate bei der Beförderungserleichterung und dem Fahren ohne Führerschein. Also Delikten, denen ein (jugendspezifisches) Mobilitätsbedürfnis zugrunde liegt, das für Jugendliche im ländlichen Raum aufgrund der größeren Distanzen nicht selten als eine besondere (strukturelle und auch finanzielle) Problemlage (Besuch von Freunden, Discos oder anderen Veranstaltungen am Spätnachmittag oder Abend) darstellt. „Schwarzfahren“ im übergreifenden Sinne (Beförderungserleichterung mit Bus/Bahn, aber auch das Fahren von Moped, Motorrad oder gar Auto ohne Fahrerlaubnis) stellt daher für diese Jugendlichen häufiger ein „probates Mittel“ bzw. eine „alternative Möglichkeit“ dar. Aufgrund der geringeren räumlichen Distanzen in den kleineren und mittelgroßen Städten (wie z. B. Greifswald, Wolgast oder Anklam) mit den dort vorhandenen vielfältigeren Konsum-Mög-

lichkeiten (in Form von größeren Kaufhäusern, Supermärkten etc.) in Verbindung mit einem höheren Anonymitätsgrad und teilweise geringerer Kontrollichte, sind diesbezüglich Laden- und Fahrraddiebstähle unter den Jugendlichen vergleichsweise häufiger. Eine entsprechende Gegenüberstellung auf der Basis der *Jahresprävalenzraten*, die ja die aktuelle Jugenddelinquenz widerspiegelt, bestätigt das Gesagte (vgl. vorstehende Abbildung 4.3).

Des Weiteren sind größere Unterschiede im Delinquenzaufkommen zwischen den Jugendlichen auf der Insel Usedom und in Greifswald demgegenüber kaum vorhanden. Allenfalls bei der Brandstiftung, der Bedrohung mit einer Waffe und beim Raub ergeben sich geringfügig höhere Lebens- und Jahresprävalenzraten für die Jugendlichen in Greifswald, die aber aufgrund der geringen Fallzahlen statistisch nicht bedeutsam sind.

## 4.2 Lebens- und Jahresprävalenzraten im Längsschnittvergleich 2002 - 2006

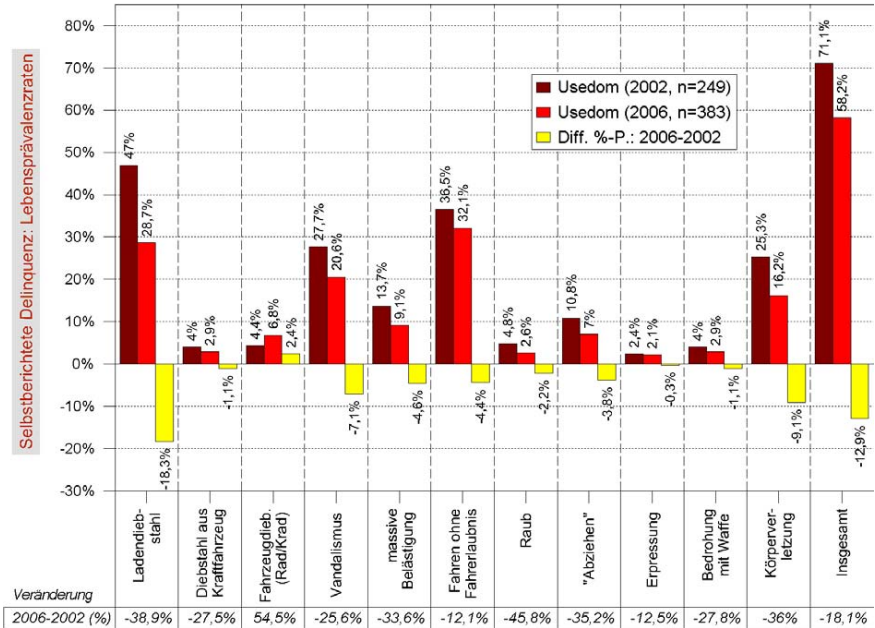
Von besonderem Interesse ist wiederum die Veränderung zwischen den beiden Erhebungen 2002 und 2006 auf der Insel Usedom. In beiden Erhebungen haben wir gleichlautend fünf Nichtgewaltdelikte (Ladendiebstahl, Einbruchdiebstahl in/aus Kraftfahrzeugen, Fahrzeugdiebstahl bzgl. Fahrrad, Mofa, Moped u. ä., massive Belästigung und Vandalismus) sowie fünf Gewaltdelikte (Raub, jemanden „abziehen“, sonstige Erpressung, Bedrohung mit einer Waffe und die Körperverletzung) erhoben, so dass für den Referenzzeitraum eine Vergleichsmöglichkeit gegeben ist. Einbezogen in den Vergleich haben wir auch das Fahren ohne Führerschein (i. d. R. Moped, Krad), da sich diesbezüglich vergleichsweise sehr hohe Prävalenzraten ergaben (vgl. nachstehende Abbildungen 4.4 und 4.5). In Abbildung 4.4 sind zunächst die ermittelten Unterschiede in den *Lebensprävalenzraten* zwischen der Erhebung im Jahr 2002 und 2006 dargestellt.

Für alle elf übereinstimmend erhobenen Delikte ergibt sich eine beachtliche Abnahme in den Lebensprävalenzraten zwischen den beiden Befragungszeitpunkten von insgesamt rd. 18%. Bei den quantitativ besonders relevanten Delikten, deren Ausgangs-Prävalenzraten über 20% liegen, ergeben sich die größten Veränderungen bei den Ladendiebstahlsdelikten mit einem Rückgang um rd. 39% und erfreulicherweise auch bei den Körperverletzungen mit einer Reduzierung um rd. 36% gegenüber 2002. Auch beim Vandalismus und dem Fahren ohne Fahrerlaubnis sind deutlich verminderte Täterraten ersichtlich (relativ: -25,6% bzw. -12,1%). Im Bereich der übrigen quantitativ eher unbedeutenden Nicht-Gewaltdelikte sind – bis auf den Fahrzeugdiebstahl (überwiegend Fahrrad-, vereinzelt auch Kraddiebstahl: +54,5%) – gleichfalls durchgängig abnehmende Prävalenzraten zu verzeichnen (massive Belästigungen: -33,6%, Diebstahl aus KFZ: -27,5%). Wie erwähnt sind im Bereich der Gewaltdelikte vor allem die Körperverletzungsdelikte besonders rückläufig. Aber auch bei den zahlenmäßig selteneren Gewaltdelikten wie dem Raub und dem Abziehen (als eine



jugendtypische Erpressungsvariante) ergeben sich noch beachtliche Abnahmen (-45,8% bzw. -35,2%). Selbst bei der sehr seltenen Bedrohung mit einer Waffe und der Erpressung sind tendenziell niedrigere Täterraten feststellbar.

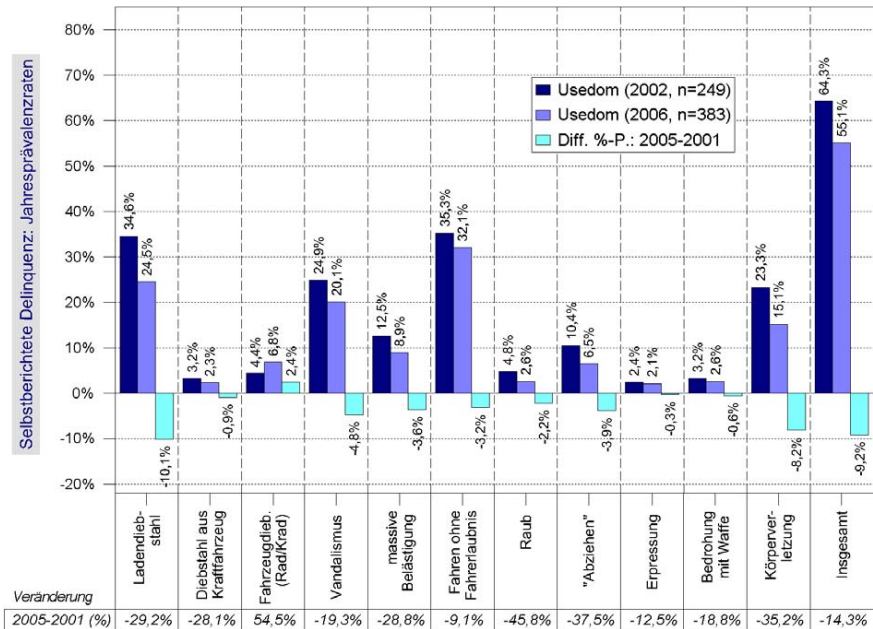
Abb. 4.4: Lebensprävalenzraten bei selbstberichteter Delinquenz von Jugendlichen auf der Insel Usedom (Erhebungen 2002 und 2006)



Somit kann hinsichtlich der selbstberichteten Gewaltdelinquenz der Usedomer Jugendlichen durchgängig eine Abnahme in den Lebensprävalenzraten gegenüber der ersten Erhebung 2002 konstatiert werden.

Inwieweit dies auch für die „aktuell“ vorhandene Jugenddelinquenz – auf Grundlage der *Jahresprävalenzraten* ermittelt – zutrifft, ist in der nachstehenden Abbildung 4.5 dargestellt. Auch für die jeweils zeitnäher erfasste Jugenddelinquenz ergibt sich – natürlich auf niedrigerem Niveau – das gleiche Bild, wie wir dies für die gesamte Delinquenzbelastung über die Lebensspanne ermittelt haben. In Übereinstimmung mit den Lebensprävalenzraten ist – wiederum bis auf Fahrrad-/Mopeddiebstahl oder dergleichen – für alle Delikte eine Abnahme der Jahresprävalenzraten feststellbar. Die stärkste Abnahme bei den quantitativ relevanten Delikten mit einer im Jahr 2005 größeren Jahresprävalenzrate von über 10%, ergibt sich bei den Körperverletzungsdelikten (-35,2%), dem „Abziehen“ (-37,5%), den Ladendiebstählen (-29,2%), den massiven Belästigungen (-28,8%) und den Sachbeschädigungen (-19,3%).

Abb. 4.5: Jahresprävalenzraten bei selbstberichteter Delinquenz von Jugendlichen auf der Insel Usedom (Erhebungen 2002 und 2006)

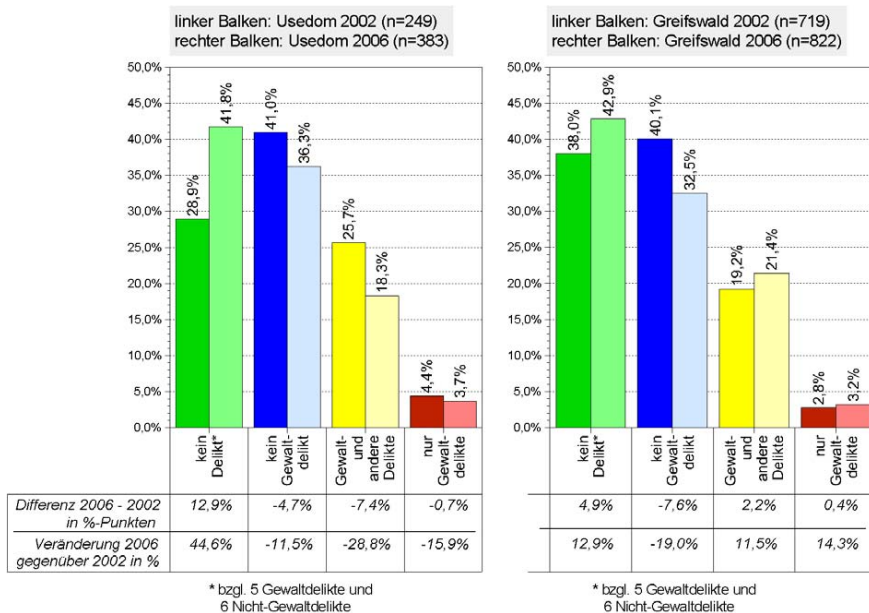


Insgesamt hat sich damit die Delinquenzbelastung der Jugendlichen auf der Insel Usedom in der aktuellen Untersuchung gegenüber dem Ausgangswert von 2001 um -14,3% erheblich reduziert.

Mit Blick auf die gravierenderen Delikte haben wir für die weitere Betrachtung der Gewaltkriminalität die fünf abgefragten Delikte Raub, Erpressung, Bedrohung mit Waffe, „Abziehen“ und Körperverletzung in eine Kategorie „Gewaltdelikte“ zusammengefasst. Analog hierzu haben wir die Kategorie der „Nichtgewaltdelikte“ aus den übrigen Diebstahlsdelikten (Ladendiebstahl, KFZ-Aufbruch, um daraus etwas zu stehlen, Fahrrad-/Mopeddiebstahl oder dergleichen), der Sachbeschädigung, massiven Belästigung und dem Fahren ohne Fahrerlaubnis gebildet. Im Vergleich mit den Daten der Greifswalder Untersuchung von 2002 und 2006 ergeben sich die in der folgenden Abbildung 4.6 dargestellten Lebensprävalenzraten für die einzelnen Deliktskategorien.

Besonders augenfällig ist zunächst eine durchgängige Abnahme in den Prävalenzraten bei allen Deliktskategorien unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom im Unterschied zu denen in Greifswald. Darüber hinaus fällt das insgesamt höhere Ausgangsniveau der Delinquenzbelastung der Usedomer Jugendlichen bezogen auf das Erhebungsjahr 2002 auf.

Abb. 4.6: Lebensprävalenzraten bei selbstberichteter Delinquenz von Jugendlichen auf der Insel Usedom (linke Hälfte) und in Greifswald (rechte Hälfte) nach Deliktsgruppen im Vergleich (jeweils Erhebung 2002 gegenüber 2006)



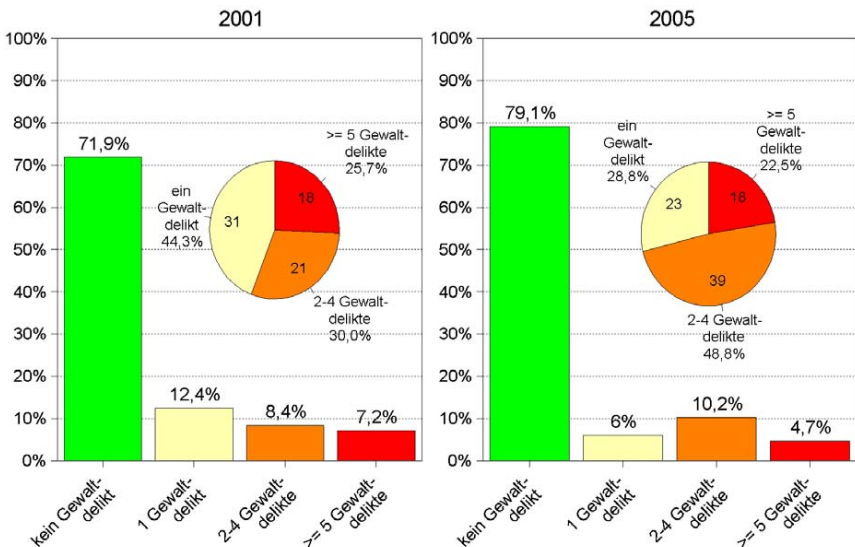
Insbesondere lag die Gewaltdelinquenzbelastung unter den Usedomer Jugendlichen im Jahr 2002 deutlich über derjenigen in Greifswald. Diesbezüglich hat die Gewaltdelinquenz unter den Usedomer Jugendlichen am stärksten abgenommen (rd. -30% bzw. rd. -16%), während die Gewaltbelastung unter den Greifswalder Jugendlichen in beiden Erhebungen auf beinahe konstant hohem Niveau (mit leicht steigender Tendenz) verbleibt. Nur gering und statistisch unerheblich differieren die Prävalenzraten bei den ausschließlichen Gewalttätern sowohl auf der Insel Usedom als auch in Greifswald, bei denen es sich unverändert um eine sehr kleine Gruppe von etwa 3 bis 4% der befragten Jugendlichen handelt. Die etwas höhere Delinquenzbelastung auf Usedom unter den Jugendlichen, die kein Gewaltdelikt angaben, ist auf das zuvor beschriebene größere Deliktsergebnis beim Fahren eines Fahrzeugs ohne Fahrerlaubnis zurückzuführen.

In der Gesamtbetrachtung kann eine Angleichung der Jugenddelinquenz auf der Insel Usedom – bei einer deutlichen Abnahme der Delinquenzbelastung gegenüber den Ausgangsprävalenzraten im Jahr 2002 – an die Verhältnisse in Greifswald 2006 konstatiert werden.

### 4.3 Mehrfachauffällige Gewalttäter

In den bisherigen Analysen haben wir noch nicht die Häufigkeiten bzw. die Intensität der uns besonders interessierenden Gewaltdelinquenz und somit das Problem der Mehrfachtäterschaft berücksichtigt. Um die Intensität der Gewaltdelinquenz zu erfassen, haben wir für die fünf Gewaltdelikte die berichteten Delinquenzhäufigkeiten (Inzidenz) im rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum bezogen auf das jeweilige Erhebungsjahr aufsummiert und dann vierstufig kategorisiert: „kein Gewaltdelikt“, „ein Gewaltdelikt“, „zwei bis vier Gewaltdelikte“ und „fünf und mehr Gewaltdelikte“. Diese Kategorisierung hat – wie bei den Viktimisierungsangaben auch, vgl. Kapitel B.3 – den Vorteil, dass extreme Häufigkeitsangaben aufgrund von Übertreibungen der Jugendlichen relativiert werden und man so ein realistischeres Bild der Verhältnisse erhält. In Abbildung 4.7 haben wir die so ermittelten *gruppierten Inzidenzraten* der beiden Erhebungen auf der Insel Usedom dargestellt.

Abb. 4.7: Jahresprävalenzraten bei selbstberichteter Gewaltdelinquenz von Jugendlichen auf der Insel Usedom (Erhebungen 2002 und 2006) nach Häufigkeitsklassen



Von 249 im Jahr 2002 befragten Jugendlichen auf der Insel Usedom berichteten 70 (28,1%) im Jahr 2001 mindestens ein Gewaltdelikt begangen zu haben.

Von 383 im Jahr 2006 befragten Jugendlichen auf der Insel Usedom berichteten 80 (20,9%) im Jahr 2005 mindestens ein Gewaltdelikt begangen zu haben.

Auch in dieser Betrachtung wird der deutliche Rückgang der Jugendgewalt auf der Insel Usedom ersichtlich. So stieg der Anteil der Jugendlichen, die kein

Gewaltdelikt begingen um fast 10% von 71,9% im Jahr 2001 auf 79,1% im Jahr 2005. Diese Entwicklung beruht vor allen Dingen auf einer signifikanten Verringerung derjenigen Gewalttäter um mehr als die Hälfte (-51,6%), die nur eine Gewalttat im Jahreszeitraum verübten. Demgegenüber verringerte sich der Anteil der Gewalt-Mehrfachtäter nur sehr geringfügig, von 15,6% (2001) auf 14,9% (2005). Allerdings ergibt sich hierbei – auch im Vergleich mit den Greifswalder Daten – der interessante Befund einer Verschiebung in den relativen Häufigkeiten insbesondere unter den Mehrfachtätern selbst, also solchen mit mindestens fünf und solchen mit zwei bis vier Gewaltdelikten. Dieser Befund – die Abnahme der Intensiv-Mehrfachtäterraten – sollte aber gleichwohl nicht überinterpretiert werden, da es sich hierbei um eine zahlenmäßig sehr kleine Gruppe Usedomer Jugendlicher handelt (jeweils 18 Personen). Unter Berücksichtigung der geringen statistischen Sicherheit im Bereich der Gewalt-Mehrfachtäterraten unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom ergibt sich im Vergleich mit den Greifswalder Befunden auch in dieser Hinsicht eine Angleichung der Usedomer Verhältnisse (vgl. Abbildung 4.7 und oben Kapitel A.4.3, Abbildung 4.4, S. 33).

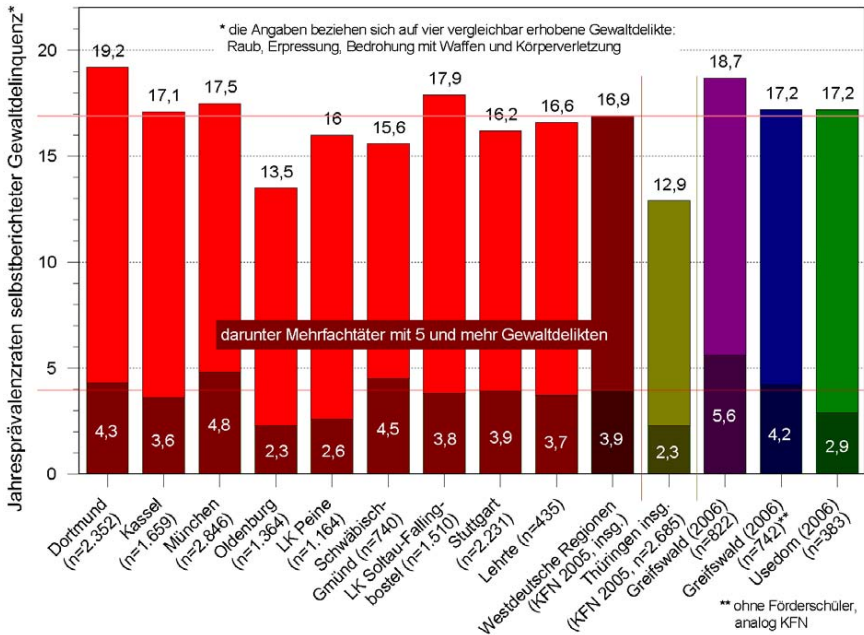
So bestätigt sich auch für die Jugendlichen auf der Insel Usedom erneut der in unseren bisherigen Untersuchungen belegte relativ konsistente Befund, dass von den wenigen als Gewalttäter identifizierten Jugendlichen etwa zwei Drittel (65,6%) als Mehrfachtäter in Erscheinung treten, dies sind für alle bisherigen Erhebungen zusammengenommen auf der Grundlage von nunmehr 3.721 befragten Jugendlichen in der Region 13,7% der Jugendlichen. Darunter befindet sich eine kleine Gruppe (ca. 5 bis 6%) auf die rd. 30% (28,7%) des Gewaltaufkommens mit fünf und mehr Gewalttaten entfallen, was unter Gesichtspunkten gewaltpräventiver Projekte besondere Beachtung verdient.

#### 4.4 Interregionaler Vergleich

Um die Größenordnungen der Usedomer und Greifswalder Untersuchungsbefunde zur selbstberichteten Gewaltdelinquenz der Jugendlichen einordnen zu können, hatten wir bereits in den ersten Erhebungen die Jahresprävalenzraten aus anderen Untersuchungen für einen Vergleich herangezogen. Lag Greifswald 1997 noch auf einem interregional vergleichsweise hohen Jugendgewaltdelinquenzniveau (20,7%), so hat sich dieses insbesondere aufgrund des Rückgangs bei den Körperverletzungsdelikten im Jahr 2001 auf ein niedrigeres Belastungsniveau als in allen anderen größeren Städten in Westdeutschland und vergleichbar Rostock eingependelt (15,3% bzw. 15%; vgl. *Dünkel/Geng* 2003, S. 23). Demgegenüber lag die Gewaltdelinquenzbelastung unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom im Jahr 2001 mit einer Gesamtprävalenzrate von 24,5% unter allen anderen Vergleichsstädten mit am höchsten (vgl. *Dünkel/Geng* 2003, S. 112). Insbesondere lag der Anteil der Usedomer Jugendlichen, die für 2001 Körperverletzungsdelikte berichteten mit 23,3% außerordentlich hoch. Für den

interregionalen Vergleich unserer aktuellen Erhebungen 2006 können wir wiederum auf die neueren Vergleichsdaten des KFN aus dem Jahr 2005 für insgesamt sieben Städte und zwei Landkreise in Westdeutschland sowie auf die Thüringer Daten zurückgreifen (s. o. Kapitel B.3, vgl. *Baier u. a.* 2006; 2006a). Die jeweils vergleichbar ermittelten Gewalttätterraten sind in der nachstehenden Abbildung 4.8 dargestellt.<sup>76</sup>

Abb. 4.8: Jahresprävalenzraten bei selbstberichteter Gewaltdelinquenz von Jugendlichen auf der Insel Usedom und in Greifswald (jeweils Erhebung 2006) im Vergleich mit Ergebnissen der KFN-Schülerbefragungen 2005



76 Diesbezüglich ist anzumerken, dass es sich bei den dargestellten Gewalttätterraten zugrundeliegenden Delikten nicht um fünf, sondern nunmehr nur um vier in allen Regionen vergleichbar erhobene Gewalttaten handelt (Raub, Erpressung, Körperverletzung mit und ohne Waffengebrauch). Daher fallen die Jahresprävalenzraten für Usedom im Vergleich mit den oben erörterten Raten etwas niedriger aus, was natürlich auch für die berichteten Greifswalder Befunde zutrifft (vgl. oben Kapitel A.4.4). Ferner ist zu berücksichtigen, dass in den Schülerbefragungen des KFN 2005 Förderschüler nicht mehr befragt wurden. Um einen interregionalen Vergleich zu ermöglichen, haben wir die Gewalttätterraten entsprechend ebenfalls mit vier Gewaltdelikten und im Fall der Greifswalder Daten zusätzlich ohne Förderschüler berechnet.

Hinsichtlich der vergleichbar berechneten Gewalttäterraten ergeben sich für Usedom und Greifswald zunächst im Vergleich mit den westdeutschen Regionen nahezu durchschnittliche Verhältnisse. Sowohl die Jahresprävalenzrate als auch die Mehrfachtäterraten entsprechen – mit einer jeweils sehr geringen Abweichung nach oben bzw. für Usedom bzgl. der Mehrfachtäterraten nach unten – den Gewalttäterraten aller in den Vergleich einbezogenen Städte und Landkreise. Die Stadt Oldenburg erreicht im westdeutschen Vergleich das niedrigste Niveau. 13,5% der Jugendlichen gaben an, in den letzten 12 Monaten mindestens eine Gewalttat begangen zu haben. Schwäbisch Gmünd erreicht das zweitniedrigste Niveau mit 15,6%. Demgegenüber liegt Dortmund auf dem höchsten Niveau (19,2%), gefolgt von Soltau-Fallingb. (17,9%), München (17,5%) und Kassel (17,1%).<sup>77</sup>

Im Vergleich der ostdeutschen Erhebungen ist die insgesamt sehr geringe Gewalttäterbelastung der Thüringer Jugendlichen besonders augenfällig. Aus dieser Perspektive erscheint die aktive Jugendgewalt unter den Usedomer und Greifswalder Jugendlichen erhöht. Auch für die nach Landkreisen und kreisfreien Städten differenzierten Analysen der Thüringer Daten ergeben sich allen-

---

77 Bemerkenswert ist allerdings, dass die Jahresprävalenzrate in Greifswald höher ausfällt als etwa in den Städten Oldenburg und Schwäbisch Gmünd mit den niedrigsten Gewalttäterraten, die nach ihrer Größe am ehesten mit Greifswald vergleichbar sind. Allerdings trifft dies in Schwäbisch Gmünd bzgl. der Mehrfachtäterraten nicht zu, die im Vergleich mit anderen Städten eine überdurchschnittlich hohe Belastungsquote ausweist. Interessant ist auch der Befund, dass eine Einbeziehung der Greifswalder Förderschüler in die Gewalttäterraten-Berechnung sowohl die Jahresprävalenzrate als auch die Mehrfachtäterraten deutlich steigert, was auf eine entsprechend höhere Gewaltdelinquenz-Belastung dieser Jugendlichen hinweist (vgl. Kapitel A.4.4 ff.). Gründe für die relativ gesehen hohe Gewalt-Mehrfachtäterraten (etwa in Schwäbisch Gmünd) werden von den Studien-Autoren des KFN u. a. in der unterschiedlichen ethnischen Zusammensetzung und der divergenten Bildungsstruktur der jeweiligen Bevölkerung gesehen. So zeigt sich, dass die einheimischen Deutschen (ausschließlich Deutsche ohne Migrationshintergrund) über alle Erhebungsgebiete hinweg, bezogen auf den befragten Schüleranteil von durchschnittlich 63,9% (in Schwäbisch Gmünd 61,3%) bei den Gewalt-Opfern geringfügig unterrepräsentiert sind (insgesamt 61,9%, Schwäbisch Gmünd 54,5%). Demgegenüber erreichen sie bei den von den Opfern angegebenen Tätern nur einen Anteil von 44,3% aller Jugendlichen (Schwäbisch Gmünd 41,5%), also eine deutlichere Unterrepräsentation der deutschen Gewalttäter als dies ihr Anteil unter allen Jugendlichen erwarten ließe. Auf der anderen Seite stellen beispielsweise die jungen Türken nur 9,5% aller befragten Jugendlichen (Schwäbisch Gmünd 9,1%) und 9,3% der Opfer (Schwäbisch Gmünd 6,3%). Bei den Gewalttätern sind aber die türkischen Jugendlichen mit 34,7% (Schwäbisch Gmünd 35,1%) deutlich überrepräsentiert. Ferner ergeben Indikatoren zum Bildungsniveau, zur Arbeitslosigkeit und zum Sozialhilfebezug der Eltern regional deutliche Unterschiede. So lag etwa der Anteil der Eltern mit geringem Bildungsniveau (unterhalb der Realschule) in Oldenburg (13,2%) am niedrigsten (Schwäbisch Gmünd 19,8%) und in Dortmund mit fast 30% am höchsten (vgl. *Baier u. a.* 2006).

falls für den LK Unstrut-Hainich und LK Gotha höhere bzw. etwa ähnliche Gewalttäterraten.<sup>78</sup>

## 4.5 Trendanalysen

Im Folgenden möchten wir in der Entwicklungsperspektive die Jugendkriminalität auf der Insel Usedom im Vergleich mit der in der Hansestadt Greifswald aus der Täterperspektive für Nichtgewalt- und Gewaltdelikte einerseits sowie für Mehrfachtäter (mindestens fünf Delikte im rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum) andererseits nach unterschiedlichen Merkmalen der befragten Jugendlichen (Geschlecht und Bildungsniveau) differenziert darstellen.

In der ersten Trendbetrachtung sind die Täterraten bzgl. aller zehn vergleichbar erhobenen Delikte mit der Entwicklung der Teilmengen bei Gewalt- und Nicht-Gewaltdelikten<sup>79</sup> sowie den entsprechenden Mehrfachtäterraten für alle hierzu Auskunft gebenden Jugendlichen dargestellt (vgl. Abbildung 4.9).

78 Jugendgewalt in Thüringen nach regionaler Verteilung

Gebiet	Lebenszeitprävalenz		Prävalenz in letzten 12 Monaten		Mehrfachtäter	
	N	in %	N	in %	N	in %
Stadt Jena	205	13,2	205	7,8	205	0,5
LK Altenburger Land	131	18,3	131	14,5	131	<b>4,6</b>
LK Eichsfeld	166	18,7	166	14,5	166	1,8
LK Gotha	191	18,8	191	16,2	191	4,2
LK Greiz/ Stadt Gera	188	17,0	188	11,7	188	1,6
LK Hildburghausen	122	13,1	122	10,7	122	0,8
LK Kyffhäuserkreis	121	10,7	121	8,3	121	1,7
LK Saale-Holzland	127	17,3	127	11,8	127	2,4
LK Saalfeld-Rudol.	173	15,6	173	11,0	173	0,6
LK Schmalkalden/M.	241	17,8	241	14,9	241	2,5
LK Unstrut-Hainich	104	<b>28,8</b>	104	<b>23,1</b>	104	2,9
LK Wartburgkreis/ Stadt Eisenach	308	15,6	308	12,3	308	3,6
LK Weimaer Land/ Stadt Weimar	148	<u>10,1</u>	148	<u>6,8</u>	148	1,4
Thüringen Gesamt	2685	16,8	2685	12,9	2685	2,3
Cramers V		.104*		.110**		.087

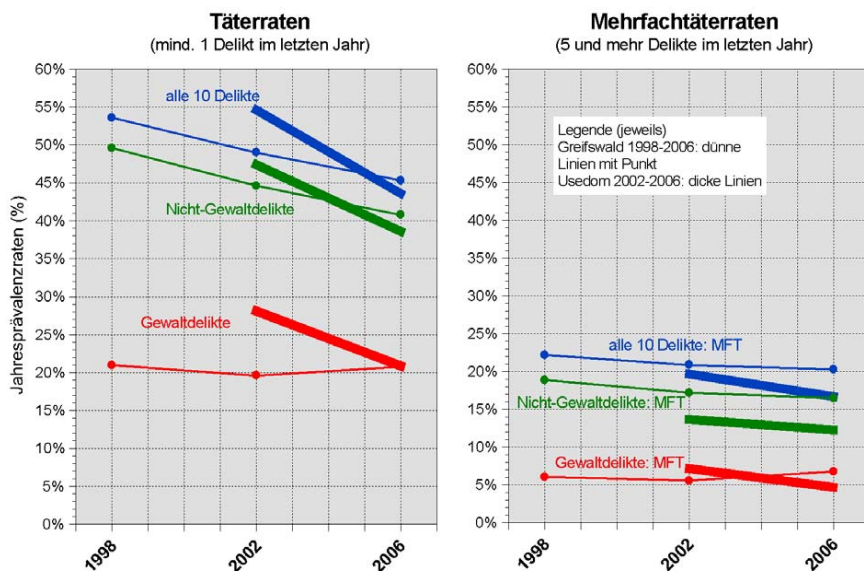
Ungewichtete Daten: N = Anzahl Befragte mit gültigen Antworten, \* p < .05, \*\* p < .01,  **fett** = höchster Wert,  unterstrichen = niedrigster Wert

Tabelle entnommen aus: *Baier u. a.* 2006a, S. 239.

- 79 Für diesen Vergleich haben wir für die Kategorie der Nicht-Gewaltdelikte, das Fahren eines Fahrzeugs ohne Fahrerlaubnis nicht mit einbezogen. Dies deshalb, weil die entsprechende Täterrate unter den Usedomer Jugendlichen deutlich über derjenigen der Greifswalder liegt (s. o.), zum anderen, weil dieses Delikt in der ersten Greifswalder Erhebung 1998 noch nicht erhoben wurde. Gleichwohl repräsentieren die fünf einbezogenen Delikte jugendtypische Delinquenz im Bereich der Nicht-Gewalttaten. Ferner sei angemerkt, dass es sich bei den angegebenen Täterraten der jeweiligen Kategorie Gewalt- vs. Nichtgewaltdelikte nicht um sich gegenseitig ausschließende deliktsspezifisch exklusive Tätergruppen handelt. Fokussiert wird in der Betrachtung auf die Gesamtprävalenzrate der zusammengefassten Delikte jeweils einer der beiden Deliktskategorien.



Abb. 4.9: Entwicklung der Jugendkriminalität auf der Insel Usedom (2002-2006) und in Greifswald (1998-2006), Jahresprävalenzraten bei selbstberichteter Delinquenz von Jugendlichen



Bzgl. 10 in den Erhebungszeiträumen 1998, 2002 und 2006 identisch erhobenen Delikten, darunter:  
5 Nicht-Gewaltdelikte (NGD): = Ladendiebstahl, Rad-/Krad-Diebstahl, Diebstahl aus KFZ, Vandalismus und massive Belästigung;  
5 Gewaltdelikte (GD): = Körperverletzung, Raub, "Abziehen", Erpressung und Bedrohung mit Waffe(n).

In der Entwicklung der *Gesamttäterrate* (mindestens ein Delikt) unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom ergibt sich ein hoch signifikanter Rückgang über den vierjährigen Referenzzeitraum von 54,6% (2002) auf 43,6% (2006), was einer Abnahme der Täterrate um mehr als ein Fünftel entspricht (-20,2%).<sup>80</sup> Im Vergleich hierzu ergibt sich auch für die Greifswalder Jugendlichen eine hoch signifikant rückläufige Gesamttäterrate, die sich aber insgesamt sehr viel verhaltener über einen doppelt so langen Zeitraum erstreckt, von 53,6% im Jahr 1998 auf 45,3% im Jahr 2006 (= -16%). Parallel zur Entwicklung der Gesamttäterrate der Usedomer Jugendlichen nehmen die *Nicht-Gewalttäterraten* gleichfalls hoch signifikant und nur geringfügig schwächer ausgeprägt ab (von 47,4%

80 Die Angaben zur Signifikanz der möglichen Unterschiede in den Täteraten über die drei Erhebungszeiträume hinweg basieren auf der  $\chi^2$ -Teststatistik (geprüft wird also die Abweichung von der statistischen Unabhängigkeit und die Linearität, Mantel-Haenszel-Test) sowie den darauf basierenden Assoziationskoeffizienten ( $\phi$ , Cramer-V). Mit den Graduierungen der Signifikanz im Text ist gemeint: hoch signifikant:  $p < .001$  (\*\*\*), gleichfalls noch hoch signifikant  $p < .01$  (\*\*) und noch signifikant unterhalb der 5%-Irrtumswahrscheinlichkeits-Schranke:  $p < .05$  (\*); nicht signifikant: n. s.

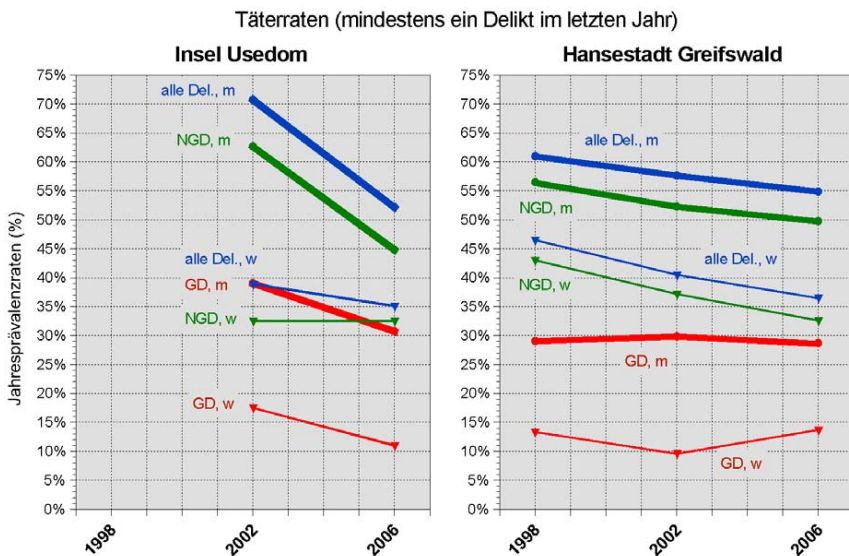
auf 38,6%: -18,6%). Dies trifft ebenso für Greifswald, allerdings über einen achtjährigen Referenzzeitraum, wiederum weniger stark (-17,7%), zu. Besonders auffällig stellt sich die unterschiedliche Entwicklung der *Gewalttätterraten* im regionalen Vergleich dar. Für die Gewaltdelinquenz der Usedomer Jugendlichen ergibt sich hierbei der vergleichsweise stärkste Rückgang der Gewalttäterrate um mehr als ein Viertel (-25,6%) gegenüber dem Ausgangswert in der Erhebung 2002 (von 28,1% auf 20,9%). Demgegenüber bewegen sich die Gewalttätterraten der Greifswalder Jugendlichen über den gesamten Referenzzeitraum von acht Jahren auf nahezu konstant hohem Niveau (21%; 19,6%; 20,8%). Interessant ist hierbei auch die Angleichung der Usedomer Gewalttäterrate an die Rate der Greifswalder Jugendlichen in unserer aktuellen Erhebung 2006.

Auf der Ebene der *Mehrfachtäter* insgesamt ergibt sich bzgl. der Täterraten ein nahezu identisches Bild für Usedom und Greifswald auf entsprechend niedrigerem Niveau wie für die Entwicklung der Täterraten insgesamt: Ein beachtlicher signifikanter Rückgang der Mehrfachtätterraten auf Usedom (von 19,7% auf 16,7%, -15,2%\*), deren Raten sich deutlich unterhalb der Entwicklung in Greifswald (22,2%; 20,9%; 20,3%: -8,6%\*\*\*) bewegen. Ebenso verhält es sich für die Mehrfachtätterraten bei den Nicht-Gewaltdelikten: Auch hier zeigt sich sowohl für die Usedomer als auch für die Greifswalder Jugendlichen ein Rückgang, wobei insbesondere das niedrigere Belastungsniveau der Usedomer Jugendlichen auffällt (Usedom: 13,7% auf 12,3%: -10,2%\*; Greifswald: 18,9%, 17,2%, 16,5%: -12,7%\*\*). Bei den Mehrfach-Gewalttätterraten zeigt sich für Usedom wiederum ein signifikanter Rückgang (-35%\*) während sich demgegenüber in Greifswald ein moderater allerdings nicht signifikanter Anstieg (+11,5%) findet. Aufgrund der geringen Fallzahlen in dieser Kategorie (Usedom 18, Greifswald 56 Jugendliche, jeweils in der Erhebung 2006) kann ein Trend aber nicht interpretiert werden. Vielmehr kann von einer regional vergleichbar niedrigen und stabilen Gewalt-Mehrfachtätterrate ausgegangen werden (ca. 6%).

In der nachstehenden Abbildung 4.10 haben wir die Entwicklung der Täterraten differenziert nach dem *Geschlecht* und wiederum im Vergleich mit den Greifswalder Daten dargestellt. Es ergibt sich für die Usedomer und Greifswalder Jugendlichen gleichermaßen der bekannte Befund, dass die weiblichen Jugendlichen insgesamt weniger belastet sind. Dieser Unterschied ist bei den Gewalttätterraten besonders ausgeprägt. Allerdings ergeben sich doch beachtliche regionale Unterschiede in den Entwicklungen zwischen den weiblichen Jugendlichen einerseits und den männlichen andererseits.

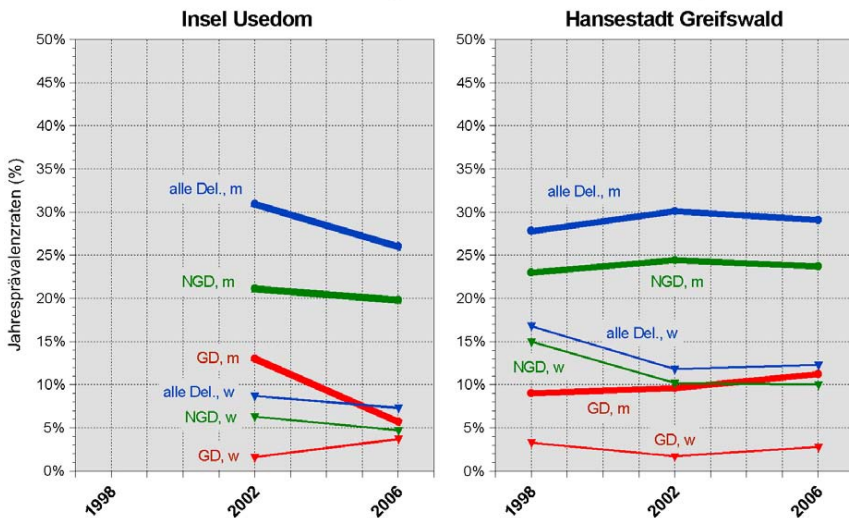
Im Verlauf der Täterraten insgesamt (obere Hälfte der Grafik 4.10) sind zunächst die Unterschiede zwischen den männlichen Jugendlichen auf der Insel Usedom und in Greifswald besonders auffällig. So ergeben sich für die männlichen Usedomer Jugendlichen ausgehend von einem jeweils deutlich höheren Ausgangsniveau durchgängig stärkere Abnahmen in beiden Deliktskategorien, die im Fall der Nicht-Gewaltdelikte zu einer signifikant niedrigeren Belastungsrate im Jahr 2006 im Vergleich mit den Greifswalder Jungen führt.

Abb. 4.10: Entwicklung der Jugendkriminalität auf der Insel Usedom (2002-2006) und in Greifswald (1998-2006) nach dem Geschlecht



Bzgl. 10 in den Erhebungszeiträumen 1998, 2002 und 2006 identisch erhobenen Delikten, darunter:  
 5 Nicht-Gewaltdelikte (NGD): = Ladendiebstahl, Rad-/Krad-Diebstahl, Diebstahl aus KFZ, Vandalismus und massive Belästigung;  
 5 Gewaltdelikte (GD): = Körperverletzung, Raub, "Abziehen", Erpressung und Bedrohung mit Waffe(n).

**Mehrfachtäterraten (5 und mehr Delikte im letzten Jahr)**



Bzgl. 10 in den Erhebungszeiträumen 1998, 2002 und 2006 identisch erhobenen Delikten, darunter:  
 5 Nicht-Gewaltdelikte (NGD): = Ladendiebstahl, Rad-/Krad-Diebstahl, Diebstahl aus KFZ, Vandalismus und massive Belästigung;  
 5 Gewaltdelikte (GD): = Körperverletzung, Raub, "Abziehen", Erpressung und Bedrohung mit Waffe(n).

Die Nicht-Gewalttäterrate der Usedomer Jungen reduziert sich um -28,4% (von 62,6% auf 44,8%\*\*\*) und die der männlichen Gewalttäter um -21,3% (von 39,0% auf 30,7%\*), was entsprechend zu einer hoch signifikanten Abnahme der Gesamt-Täterrate unter den männlichen Jugendlichen auf der Insel Usedom im Referenzzeitraum führt (von 70,7% auf 52,1%: -26,3%\*\*\*). Im Vergleich hierzu zeigen sich bei den Greifswalder männlichen Jugendlichen nur im Bereich der Nicht-Gewaltdelikte abnehmende Raten mit geringerer Abschwächung (56,4% auf 49,7%: -11,9%\*\*\*), während die Gewalttäterraten auf konstant hohem Niveau (mittlere Rate = 29,1%) verbleiben. Die signifikante Abnahme der männlichen Gesamt-Täterrate in Greifswald (60,9% auf 54,8%: -10%\*\*\*) ist demnach nur das Ergebnis der Reduzierung im Bereich der Nicht-Gewaltdelikte. Im regionalen Vergleich ist wiederum die Angleichung der männlichen Gewalttäterraten auf der Insel Usedom an die Verhältnisse in Greifswald in den Erhebungen 2006 interessant (jeweils etwa 30%).

Bei den Mädchen zeigen sich im regionalen Vergleich demgegenüber beinahe umgekehrte Verhältnisse als bei den Jungen. Konstant hohe Täterraten bei den Usedomer Mädchen im Bereich der Nicht-Gewaltdelikte (32,5%) und eine signifikante Reduzierung der Gewalttäterraten um -37,1%\* (von 17,5% auf 11%), weshalb sich nur eine geringe, nicht signifikante Abnahme der Gesamt-Täterrate unter den Mädchen auf der Insel Usedom ergibt (von 38,9% auf 35,1%: -9,8%).

Demgegenüber zeigt sich bei den Greifswalder Mädchen ein stärkerer Rückgang der Täterraten (von 46,5% auf 36,5%: -21,5%\*\*\*) als bei den männlichen Jugendlichen (-10%). Diese Abnahme wird durch die Verringerung der Täterraten bei den Nicht-Gewaltdelikten (von 43% auf 32,6%: -24,2%\*\*\*) bestimmt, da die Gewalttäterinnenraten auf konstant niedrigem Niveau verbleiben (mittlere Rate = 12,6%). Umgekehrt als bei den Jungen ergibt sich für die Mädchen eher eine Angleichung der Greifswalder Delinquenzbelastung an die Verhältnisse auf der Insel Usedom, insbesondere im Bereich der Nicht-Gewaltdelikte. So liegt der Ausgangswert der Greifswalder Mädchen (1998) wie auch die Täterrate in der Erhebung 2002 deutlich über dem Ausgangswert der Usedomer Mädchen (2002) und hat in der jüngsten Erhebung das Niveau der weiblichen Täterrate auf der Insel Usedom (32,5%) erreicht.

Bei den *Mehrfachtäterraten* (untere Hälfte der Abbildung 4.10) ergeben sich für die männlichen Jugendlichen auf der Insel Usedom im Unterschied zu den Greifswalder Jungen signifikante Abnahmen der Täterraten sowohl im Bereich der Nicht-Gewaltdelikte (von 21,1% auf 19,8%: -6,1%\*) und noch stärker – um mehr als die Hälfte – bei den Gewaltdelikten (von 13% auf 5,7%: -56,2%\*\*). Dementsprechend hat sich die Mehrfachtäterrate der Jungen auf der Insel Usedom signifikant um -15,9%\*\* reduziert (von 30,9% auf 26%). Im Vergleich hierzu ist die Mehrfachtäterbelastung unter den Greifswalder Jungen über den Referenzzeitraum vergleichsweise sehr stabil. Die Gesamtbelastung der Jungen liegt in Greifswald bei einer mittleren Rate von 28,7% nur wenig über der für die Jungen auf der Insel Usedom im Jahr 2006 ermittelten (26%). Bei den Nicht-

Gewaltdelikten liegt die Täterrate in Greifswald im Mittel bei 23,5% und damit um rd. 4%-Punkte über dem aktuellen Wert für Usedom. Im Bereich der Gewaltdelikte ergibt sich der größte Unterschied zwischen den Jungen auf der Insel Usedom und in Greifswald. Hier liegt die mittlere Mehrfachtäterraten unter den Greifswalder Jungen bei 9,7% (2006: 11,2%) und damit aktuell doppelt so hoch als unter den männlichen Jugendlichen auf der Insel Usedom. Dieser insgesamt stärkste regionale Unterschied in den Entwicklungen ist – dies sei nochmals erwähnt – insbesondere auf den hochsignifikanten Rückgang der männlichen Gewalt-Mehrfachtäterraten auf der Insel Usedom um mehr als die Hälfte zurückführbar.

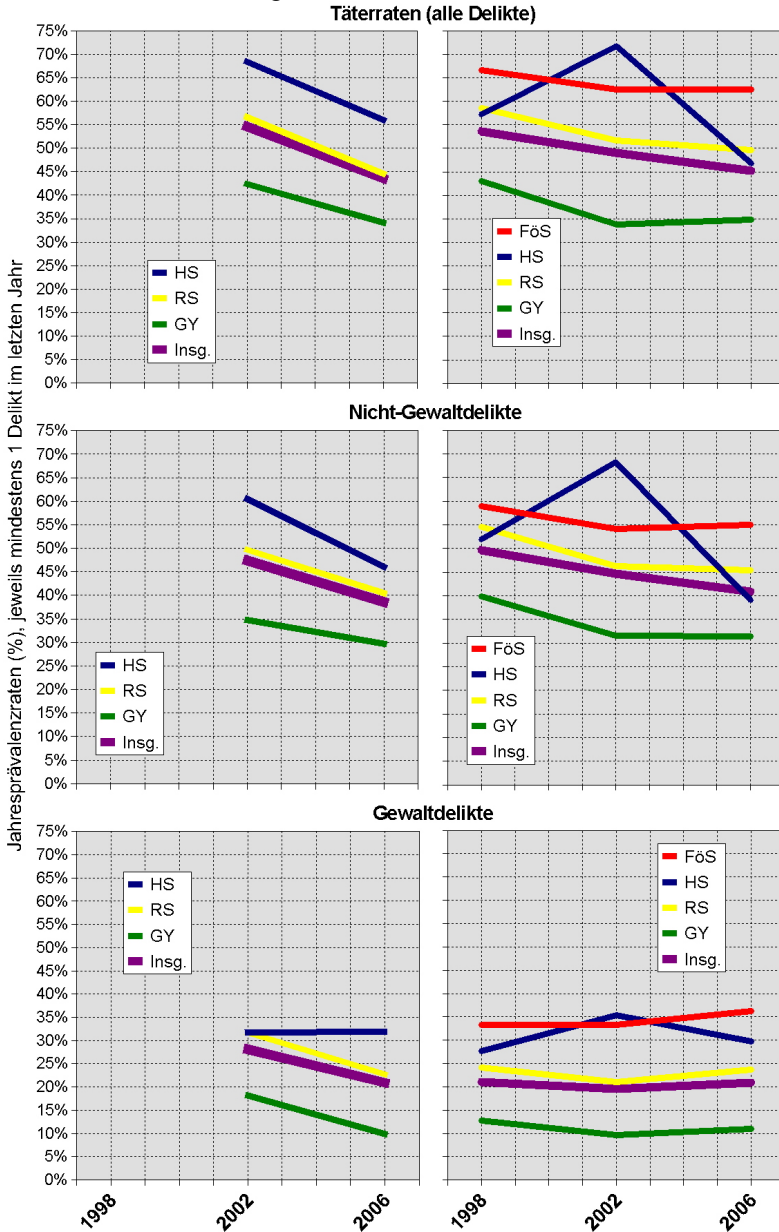
Bei den Mädchen ergeben sich relativ stabile Verhältnisse im Bereich der Mehrfachtäterbelastung sowohl für die Mädchen auf der Insel Usedom als auch in Greifswald über die Referenzzeiträume hinweg. In der Gesamtbelastung liegen die Greifswalder Mädchen allerdings mit einer mittleren Rate von 14,4% über der entsprechenden Rate von 7,9% unter den Usedomer Mädchen. Die weiblichen Mehrfachtäterraten in beiden Regionen sind erwartbar überwiegend durch die Delinquenz im Bereich der Nicht-Gewaltdelikte geprägt. Nur bei den Greifswalder Mädchen, und hierbei auf höherem Niveau, ergeben sich im Unterschied zu den Usedomer Mädchen bei den Nicht-Gewaltdelikten signifikante Abnahmen der Täterraten (Greifswald: von 15% auf 10%, -33,3%\*\*; Usedom: von 6,3% auf 4,7%, n. s.). Diesbezüglich liegt die Belastung der Usedomer Mädchen bei einer mittleren Rate von 5,5% um mehr als die Hälfte unter derjenigen der Greifswalder Mädchen (mittlere Rate: 12,5%).

Demgegenüber stellt die Zahl der gehäuft als Gewalttäter in Erscheinung tretenden Mädchen eine sehr marginale Größenordnung dar. Dies gilt gleichermaßen für die Insel Usedom als auch für Greifswald (mittlere Rate für Usedom und Greifswald jeweils 2,8%).

In einem nächsten Schritt der Trendanalysen haben wir das *Bildungsniveau* der befragten Jugendlichen in die Betrachtung der Delinquenzentwicklung – zunächst für Jugendliche, die mindestens ein Delikt im rückwärtigen Jahreszeitraum angegeben haben – einbezogen (vgl. nachstehende Abbildung 4.11).

In der Gesamtbetrachtung fällt sowohl für Usedom und auch für Greifswald – ausgenommen die Förderschüler, da es auf der Insel Usedom keine allgemeine Förderschule gibt – die insgesamt sehr ähnliche Struktur in der Entwicklung der Täterraten nach den unterschiedlichen Bildungsgängen auf. Für die Jugendlichen auf der Insel Usedom stellt sich diese Struktur in der Täterratenbelastung nach den Bildungsstufen differenziert am deutlichsten dar. Am geringsten sind die Gymnasiasten belastet, am höchsten die Schüler, die einen Hauptschulabschluss anstreben. Die Schüler, die einen mittleren Bildungsabschluss anstreben, liegen dazwischen, allerdings in der Tendenz näher bei den Hauptschülern bzw. etwas über der Gesamttäterrate aller Schüler.

Abb. 4.11: Entwicklung der Jugendkriminalität auf der Insel Usedom 2002-2006 (linke Hälfte) und in Greifswald 1998-2006 (rechte Hälfte) nach der Bildung



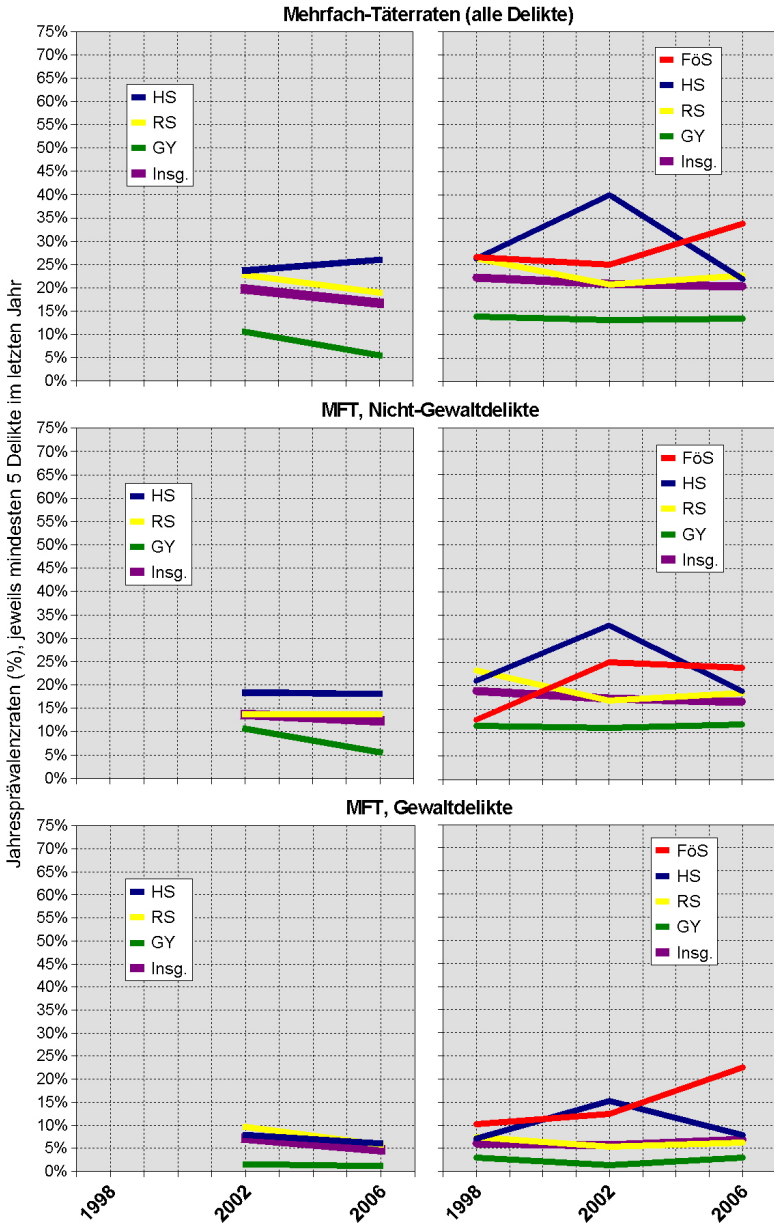
Innerhalb dieser Struktur ist der ausnahmslos deutlich ausgeprägte, signifikante Unterschied der Täterraten zwischen den Gymnasiasten auf der einen und allen Schülern der übrigen Schulformen auf der anderen Seite besonders auffällig. Die geordnete Formation der Verhältnisse unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom ergibt sich auch für die Jugendlichen in Greifswald, wenn für diese die linearen Trends der Täterraten für die jeweilige Bildungsstufe über die drei Erhebungen berechnet werden (vgl. Kapitel A.4.5, Abbildung 4.8, S. 39). Hinsichtlich der Entwicklung der Täterraten unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom ergeben sich, bis auf eine Ausnahme, jeweils abnehmende Täterraten für die einzelnen Bildungsstufen. Bei den Nicht-Gewaltdelikten ergibt sich für die Hauptschüler die größte relative Abnahme der Täterrate um ca. ein Viertel (-24%), bei den Realschülern etwa um ein Fünftel (-18,5%\*) und bei den Gymnasiasten sinkt die Täterrate noch um rd. 15% (-14,7%). Es sei allerdings darauf hingewiesen, dass diese Reduzierung nur für die Realschüler statistisch signifikant ausfällt. Bei den Gewaltdelikten bleiben die Täterraten unter den Hauptschülern demgegenüber konstant hoch (31,6% bzw. 32%). Wiederum signifikant verringert sich die Gewalttäterrate bei den Realschülern um mehr als ein Viertel (-28,4%\*). Bei den Gymnasiasten beträgt die Abnahme der Gewalttäterbelastung nahezu die Hälfte des Ausgangswertes (-45,6%), was der größten relativen Veränderung unter den Schülern entspricht.

Entsprechend den beschriebenen Veränderungen in den beiden Deliktskategorien, Nicht-Gewalt- und Gewaltdelikte, reduzieren sich die Gesamt-Täterraten unter den Usedomer Jugendlichen in allen drei Bildungsniveaus: Hauptschüler: -18,1%, Realschüler: -21,2%\* und Gymnasiasten: -19,6%.

Im Vergleich mit den Greifswalder Ergebnissen sind zwei Befunde bemerkenswert, die von der insgesamt gesehen überein stimmenden Struktur der Verhältnisse abweichen. Im Unterschied zu den Usedomer Jugendlichen ergeben sich bei den Greifswalder Jugendlichen relativ stabile, konstant hohe Gewalttäterraten für alle Bildungsgänge, während demgegenüber die Gewalttäterraten der Usedomer Schüler – bis auf die Hauptschüler – abnehmen. Ferner ist wiederum die hohe Angleichung der Delinquenz-Belastungsverhältnisse – insbesondere der Gewaltdelinquenz – unter den Usedomer Schülern an die Verhältnisse der Greifswalder Schüler in den beiden letzten Erhebungen 2006 auffallend (zu den Greifswalder Befunden vgl. ausführlich Kapitel A.4.5).

Die nach der Bildung differenzierten Ergebnisse für die *Mehrfachtäterraten* sind im Vergleich mit den Greifswalder Befunden in der nachstehenden Abbildung 4.12 dargestellt. In der Übersicht ergibt sich für die Jugendlichen auf der Insel Usedom im Vergleich mit den Jahresprävalenzraten auf entsprechend niedrigerem Niveau strukturell ein ähnliches Muster der Mehrfach-Täterraten sowohl für die Deliktskategorien als auch für die schulischen Bildungsstufen. Auch bei den Mehrfachtätern sind die Gymnasiasten am geringsten belastet und unterscheiden sich bzgl. der Nicht-Gewalt- und Gewaltdelikte wiederum deutlich von den Jugendlichen der anderen Schulbildungsniveaus.

Abb. 4.12: Entwicklung der Jugendkriminalität auf der Insel Usedom 2002-2006 (linke Hälfte) und in Greifswald 1998-2006 (rechte Hälfte) – Mehrfachtäterraten nach Bildung –





Hinsichtlich der Entwicklungstrends ergibt sich statistisch bedeutsam eine Abnahme der Gesamt-Mehrfachtäterrate bzgl. aller 10 Delikte um -15,2%\* unter den Usedomer Jugendlichen (von 19,7% auf 16,7%). Die Gesamtbelastung der Realschüler und insbesondere die der Gymnasiasten hat sich diesbezüglich verringert (Realschüler: von 22,8% auf 19%: -16,7%\*; Gymnasiasten: 10,6% auf 5,5%: -48%\*). Demgegenüber ergibt sich bei den Hauptschülern zwar nominell eine leichte Zunahme (+9,7%, n. s.), die aber statistisch unerheblich ist, so dass diesbezüglich von einer konstant hohen Mehrfachtäterbelastung dieser Gruppe von rd. 25% ausgegangen werden kann. Die beschriebene Entwicklung der Mehrfachtäterraten beruht aufgrund der quantitativen Verhältnisse und der teilweise hohen Assoziation zwischen den Delinquenzformen im Bereich der Mehrfachtäter überwiegend auf einer statistisch bedeutsamen Abnahme der Täterraten unter den Realschülern und hierbei vor allem bei den Gewaltdelikten (Gewaltdelikte: -40,2%\*, Nicht-Gewaltdelikte: -1,5%, n. s.). Während sich demgegenüber bei den Gymnasiasten ausschließlich die Mehrfachtäterrate bei den Nicht-Gewaltdelikten um fast die Hälfte vermindert hat (-48,1%\*) bei einer äußerst niedrigen konstanten Gewalt-Mehrfachtäterbelastung (1,5%).

Im Vergleich mit den Greifswalder Befunden finden sich (die Förderschüler sind in der Betrachtung ausgenommen) statistisch – bis auf eine Ausnahme – übereinstimmende Verhältnisse, was sowohl das Belastungs-Ausmaß nach den Bildungsstufen anbelangt, als auch was die diesbezüglich jeweilige Entwicklung der Mehrfach-Täterraten betrifft. Unter den drei vergleichbaren Schulniveaus unterscheiden sich nur die Gymnasiasten auf der Insel Usedom in dieser Hinsicht von den Greifswalder Oberschülern. So liegt die Mehrfachtäterrate der Usedomer Gymnasiasten deutlich unter derjenigen der Greifswalder und weist im Unterschied zu diesen insbesondere bei den Nicht-Gewaltdelikten eine deutlich abnehmende Entwicklung der Täterraten auf.

#### **4.6 Einfluss von Geschlecht, Bildung und Alter**

Da die Fallzahlen der Täter heruntergebrochen auf die Stufen der einzelnen Erhebungsjahre, Deliktskategorien, Bildungsniveaus und des Geschlechts relativ klein ausfallen, ist eine weiterführende statistische Analyse der Täterraten auf der bisherigen Grundlage bivariater Beziehungen und der Chi-Quadrat-Teststatistik nicht mehr möglich. Eine diesbezüglich differenziertere Analyse der nach dem Bildungsniveau unterschiedlich verlaufenden Mehrfachtäterraten – insbesondere die von Gewalttätern – unter gleichzeitiger Berücksichtigung anderer Merkmale stößt damit an ihre Grenzen.

Um dennoch statistisch abgesicherte Aussagen über mögliche differentielle Effekte des Bildungsniveaus für die uns hier besonders interessierenden Gewalttäter bei gleichzeitiger Berücksichtigung und Kontrolle zusätzlicher Merkmale treffen zu können, haben wir – analog zu den Analysen der Greifswalder Daten – die konkreten (und um Extremwerte bereinigten) Häufigkeiten der von den

Jugendlichen für den jeweils rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum angegebenen Gewaltdelikte (Inzidenz) herangezogen und deren Verteilung mittels einer geeigneten Regressionsmethode untersucht. Hierbei können neben dem Bildungsniveau gleichzeitig auch der Einfluss des Geschlechts und des Alters mitberücksichtigt werden.<sup>81</sup>

Da wir – wie bei den Greifswalder Jugendlichen auch – leicht divergierende Altersverteilungen zwischen den Erhebungen der befragten Jugendlichen der 9. Klassenstufe auf der Insel Usedom festgestellt haben, ist zudem die statistische Überprüfung des Alterseinflusses auf die Gewalttäterrate aus inhaltlichen Gründen erforderlich (s. o. Kapitel B.1). Ferner haben wir auch das jeweilige Erhebungsjahr in die Analysen einbezogen, um zu überprüfen, inwieweit ein „eigenständiger“ Effekt – bei gemeinsamer Berücksichtigung des Geschlechts, der Bildung und des Alters – auf die Gewalttäterraten vorhanden ist.

Das Ergebnis dieser Analysen zeigt (vgl. Tabelle 4.1), dass in diesem Modell das Geschlecht und das Bildungsniveau (in dieser Folge)<sup>82</sup> den größten (hoch signifikanten) Einfluss auf die Gewalttäterrate ausüben. Darüber hinaus ergibt sich auch für das Erhebungsjahr und für das Alter ein eigenständiger, wenn auch sehr geringer signifikanter Einfluss.<sup>83</sup>

Aus den ermittelten Regressionsparametern ( $B = \text{Beta}$ ) lässt sich die Einflussstärke (und nach dem Vorzeichen die Richtung) der jeweiligen Faktorstufe für jedes Merkmal im Vergleich mit der auf Null gesetzten Referenzkategorie ablesen. So haben die Realschüler eine signifikant höhere Gewalttäterrate im Vergleich mit der Referenzkategorie der Gymnasiasten. Die Hauptschüler haben diesbezüglich gleichfalls eine höhere Gewalttäter-Belastung, wenngleich eine etwas geringere als die der Realschüler. Analog hierzu ergibt sich eine signifikant höhere Gewalttäterrate der Jungen im Vergleich mit den Mädchen.<sup>84</sup>

---

81 In diesem Verfahren wird die Verteilung der Gewaltdelikte (abhängige Variable oder Regressand) unter Einbeziehung relevanter Einflussfaktoren (unabhängige Variablen/Prädiktoren oder Regressoren) nach deren Bedeutung (Einflussstärke) mittels statistischer Testmethoden bestmöglich repliziert. Da die Inzidenz bei Gewaltdelikten (Zählraten) eine extrem linkssteile bzw. rechtsschiefe Verteilung aufweist (typisch für seltene Ereignisse), haben wir die negative Binominal-Regressionsanalyse angewandt (vgl. ausführlich Kapitel A.4.6, Fußnote 31, S. 42).

82 Aufgrund der Wald-Chi-Quadrat-Statistik.

83 Interaktionseffekte der hier einbezogenen Einflussfaktoren sind bei Gewaltdelikten im Unterschied zur Gesamtdelinquenz inhaltlich nicht zu erwarten, was wir in entsprechenden Analysen überprüft haben. Demnach handelt es sich um reine Haupteffekte.

84 Da die Parameter über eine logarithmische Verknüpfung in die Regressionsgleichung eingehen, können die Beta-Werte nicht wie in der linearen Regression, in der die vorhergesagten Werte die gleiche Einheit (Skalierung) wie die beobachteten Werte haben, entsprechend einfach interpretiert werden. Eine Interpretation auf der Ebene der durch das Modell bestimmten Randverteilungs-Mittelwerte der ursprünglichen Skalierung der Daten ist hier nicht nur anschaulicher, sondern auch hinsichtlich der Paarvergleiche und der

Tabelle 4.1: Parameterschätzer der negativen Binominal-Regression: Jahresinzidenz von Gewaltdelikten mit den Einflussfaktoren Geschlecht, Bildung, Alter und Erhebungsjahr<sup>85</sup>

Parameterschätzer							
Parameter	B	Standardfehler	95% Wald-Konfidenzintervall		Hypothesentest		
			Minimum	Maximum	Wald-Chi-Quadrat	df	Sig.
(Konstanter Term)	-7,906	2,3943	-12,599	-3,213	10,903	1	,001
[Geschlecht=männlich]	1,339	,2231	,901	1,776	36,002	1	,000
[Geschlecht=weiblich]	0 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.
[Bildung=Hauptschüler]	1,091	,3876	,331	1,851	7,921	1	,005
[Bildung=Realschüler]	1,342	,2946	,764	1,919	20,737	1	,000
[Bildung=Gymnasium]	0 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.
[Erhebungsjahr=2002]	,538	,2249	,098	,979	5,732	1	,017
[Erhebungsjahr=2006]	0 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.
Alter	,365	,1584	,054	,675	5,298	1	,021
(Skala)	1 <sup>b</sup>	.	.	.	.	.	.

Abhängige Variable: SRD: Gewaltdelikte (Inzidenz)

Modell: (Konstanter Term), Geschlecht, Bildung, Erhebungsjahr, Alter

a. Auf 0 gesetzt, da dieser Parameter redundant ist.

b. Auf den angezeigten Wert festgesetzt.

Zieht man für die Interpretation der Befunde die Paarvergleiche der einzelnen Faktorstufen auf der Ebene der *ursprünglichen Gewalt-Inzidenz Skalierung* bzgl. der geschätzten Randmittel (Rm) und deren Differenzen heran, so ergibt sich für das Geschlecht (unter Berücksichtigung der übrigen Einflussfaktoren Bildung, Alter, Erhebungsjahr) eine hoch signifikante mittlere Differenz von +0,76 Gewalttaten „zuungunsten“ der Jungen gegenüber den Mädchen. Entsprechend liegt der Mittelwert (geschätztes Randmittel) der Jungen bei 1,02 Gewaltdelikten pro Jahr und bei den Mädchen bei 0,27 Gewalttaten (Gesamtmittel: 0,52 Delikte/Jahr), demnach eine etwa vierfach höhere Belastung der Jungen.

Im Vergleich mit den Greifswalder Ergebnissen (unter Ausschluss der Förderschüler in Greifswald berechnet) zeigt sich allerdings eine geringere Gewalttäter-Belastung der Jugendlichen auf der Insel Usedom (Greifswald: männlich=1,28; weiblich= 0,34 Gewaltdelikte/Jahr; Gesamtmittel: 0,65 Gewaltdelikte im Jahreszeitraum).

Wie bereits in der Greifswalder Untersuchung festgestellt, ergeben sich auch für die Usedomer Jugendlichen trotz des hoch signifikanten (globalen) Einflusses der Bildung im Paarvergleich der einzelnen Bildungsstufen nur teilweise sig-

darauf bezogenen Signifikanztests mit mehreren Kontrasten sinnvoll (hier verwendete  $\alpha$ -Korrekturmethode bei Mehrfachvergleichen: sequentielles *Sidak*-Verfahren).

85 Gütekriterien des Modells: Abweichung/df = 0,559, Pearson-Chi-Quadrat/df = 1,056, Log-Likelihood = -628,613, AIC = 1269,227, BIC = 1295,920. Lagrange-Multiplikator-Test bzgl. Hilfsparameter a = 5,35, n. s.; Link Funktion = log.

nifikante Unterschiede, die sich bereits in den Trendbetrachtungen angedeutet haben (s. o.). Zwar ergeben sich für die durch das Modell geschätzten Mittelwerte der einzelnen Bildungsstufen beachtliche Unterschiede in den Gewalttätteraten (Gymnasiasten 0,23, Realschüler 0,89 und Hauptschüler 0,75 Gewaltdelikte/Jahr), die aber wegen der geringen Fallzahlen in der paarweisen Vergleichsanalyse der geschätzten Mittelwertunterschiede zwischen den Bildungsstufen nicht für alle statistisch bedeutsam ausfallen. Wie Tabelle 4.2 ausweist, unterscheiden sich nur die Gymnasiasten signifikant von jeder anderen Bildungsstufe, nicht aber die übrigen Bildungsstufen untereinander. D. h., trotz des numerisch vorhandenen Unterschieds in den Inzidenzraten bei Gewaltdelikten zwischen den Real- und Hauptschülern ist dieser statistisch ohne Bedeutung. Aufgrund der geringen Zahl der Hauptschüler fällt der Unterschied zwischen den Gymnasiasten und den Hauptschülern statistisch vergleichsweise schwach aus ( $p = .052$ ).

Tabelle 4.2: Paarvergleiche der Faktorstufen der Einfluss-Variablen Bildung bzgl. der abhängigen Variable Gewaltinzidenz/Jahr

Paarweise Vergleiche

(I)angestrebter Abschluss	(J)angestrebter Abschluss	Mittlere Differenz (I-J)	Standardfehler	df	Sidak-Sig. (sequenziell)	95% Wald-Konfidenzintervall für die Differenz	
						Minimum	Maximum
Hauptschüler	Hauptschüler						
	Realschüler	-,1976	,22801	1	,386	-,6445	,2493
	Gymnasiasten	,4605	,20699	1	,052	,0548	,8662
Realschüler	Hauptschüler	,1976	,22801	1	,386	-,2493	,6445
	Realschüler						
	Gymnasiasten	,6581 <sup>a</sup>	,13422	1	,000	,3950	,9212
Gymnasiasten	Hauptschüler	-,4605	,20699	1	,052	-,8662	-,0548
	Realschüler	-,6581 <sup>a</sup>	,13422	1	,000	-,9212	-,3950
	Gymnasiasten						

Paarweise Vergleiche der geschätzten Randmittel auf der Grundlage der ursprünglichen Skala der abhängigen Variablen SRD: Gewaltdelikte (Inzidenz)

a. Die mittlere Differenz ist auf dem ,05-Niveau signifikant.

Wiederum im Vergleich mit den Greifswalder Ergebnissen ergibt sich derselbe Befund, allerdings in Greifswald sehr viel deutlicher ausgeprägt. Die mittlere Gewalttätterate nimmt kontinuierlich mit fallendem Bildungsniveau der Jugendlichen zu: Gymnasiasten: 0,27 Gewaltdelikte/Jahr, Realschüler: 0,86, Hauptschüler 1,20. Diesbezüglich statistisch relevant unterscheiden sich aber auch in Greifswald nur die Gymnasiasten von den übrigen Schülern – die Haupt- und Realschüler untereinander demgegenüber nicht.

Der Einfluss des Bildungsniveaus auf die Gewalttäterschaft der Jugendlichen auf der Insel Usedom und auch in Greifswald besteht demnach in einer deutlich kontrastierten Risikolage: Diejenigen Jugendlichen mit hoher Bildung

und einem niedrigen Gewalttäterrisiko auf der einen und diejenigen Jugendlichen mit niedrigerem Bildungsniveau und einem deutlich höheren Risiko auf der anderen Seite.

#### 4.7 Entwicklung der Jugendgewalt im interregionalen Vergleich

Mit Blick auf die Unterschiede zwischen der Erhebung 2002 und 2006 auf der Insel Usedom, bestätigen die Regressionsanalysen den in den Trendanalysen auf der Ebene der Jahresprävalenzraten dargestellten Befund eines signifikanten Rückgangs der Gewalttäterraten unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom (vgl. Tabelle 4.3).

Tabelle 4.3: Paarvergleiche der Faktorstufen von Erhebungsjahr bzgl. der abhängigen Variable Gewaltinzidenz/Jahr

		Paarweise Vergleiche					95% Wald-Konfidenzintervall für die Differenz	
(I)Erhebungsjahr	(J)Erhebungsjahr	Mittlere Differenz (I-J)	Standardfehler	df	Sig.	Minimum	Maximum	
Erhebung 2002	Erhebung 2002							
	Erhebung 2006	,2856 <sup>a</sup>	,13310	1	,032	,0247	,5465	
Erhebung 2006	Erhebung 2002	-,2856 <sup>a</sup>	,13310	1	,032	-,5465	-,0247	
	Erhebung 2006							

Paarweise Vergleiche der geschätzten Randmittel auf der Grundlage der ursprünglichen Skala der abhängigen Variablen SRD: Gewaltdelikte (Inzidenz)

a. Die mittlere Differenz ist auf dem ,05-Niveau signifikant.

#### Schätzer

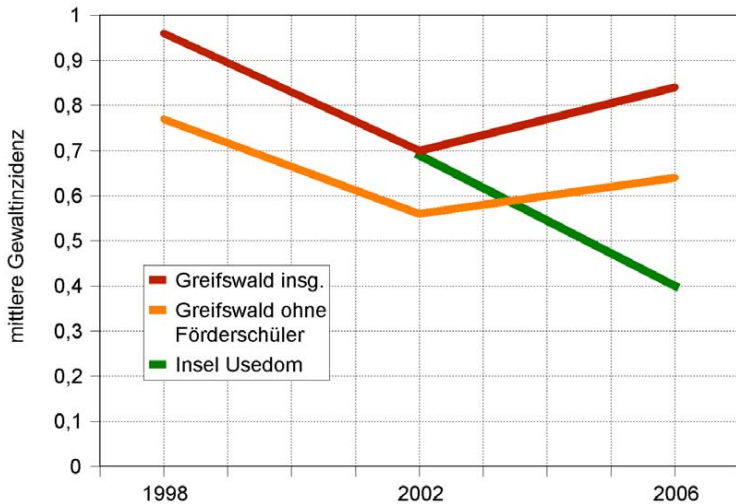
Erhebungsjahr	Mittelwert	Standardfehler	95% Wald-Konfidenzintervall	
			Minimum	Maximum
Erhebung 2002	,6859	,12959	,4319	,9399
Erhebung 2006	,4004	,06660	,2698	,5309

Die im Modell erscheinenden Kovariaten werden auf folgende Werte festgesetzt: Alter=15,11

Lag die allgemeine Gewalttäterrate (mindestens ein Gewaltdelikt im rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum) im Jahr 2001 bei 28,1% und im Jahr 2005 bei 20,9%, liegen die im negativen Binominal-Regressionsmodell geschätzten *Mittelwerte* der Zahl der Gewaltdelikte (bei statistischer Kontrolle des Alters, der Bildung und des Geschlechts) für das Jahr 2001 bei 0,69 und für das Jahr 2005 bei nur noch 0,40 Gewalttaten. Die relative Abnahme fällt demnach noch stärker aus als sich dies auf der Ebene der Gewalt-Täterraten – der allgemeinen Jahresprävalenzrate und auch der Mehrfachtäterrate – darstellt.

Im Vergleich hierzu lagen die Gewalttäterraten in Greifswald auf relativ konstant hohem Niveau (mindestens eine Gewalttat im Jahr 1997 bei 21%, 2001 bei 19,6% und 2005 bei 20,8%). Die entsprechenden, mittels negativer Binominal-Regressionsanalyse berechneten, *mittleren Häufigkeiten* der Gewaltdelikte unter Greifswalder Jugendlichen (unter Kontrolle von Geschlecht, Bildung und Alter) bestätigen diesen stabilen Gesamttrend, auch wenn in der Erhebung 2002 ein etwas niedrigerer Wert vorliegt (1997: 0,96 Gewaltdelikte bzw. 0,77 ohne Förderschüler, 2001: 0,70 bzw. 0,56 ohne Förderschüler und 2005: 0,84 bzw. 0,64 ohne Förderschüler).<sup>86</sup>

Abb. 4.13: Entwicklung der Jugendgewalt auf der Insel Usedom (2002-2006) und in Greifswald (1998-2006) auf Basis der durch das Regressionsmodell geschätzten mittleren Gewaltdelinquenz-Häufigkeit im rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum



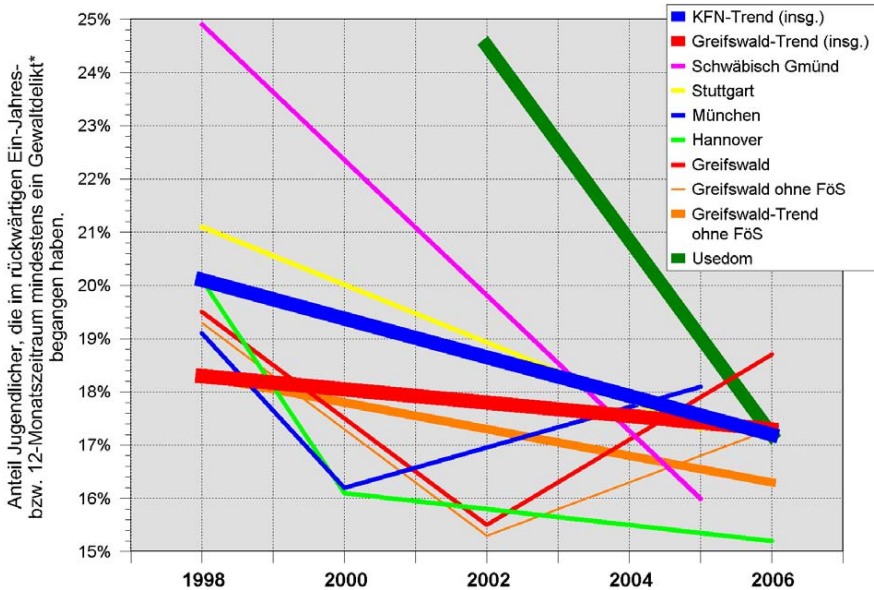
Während demnach in Greifswald relativ stabile Jugendgewalt-Verhältnisse über den Referenzzeitraum vorliegen, ist der Rückgang der Jugendgewalt auf der Insel Usedom ausgehend von einer vergleichbar hohen Gewalttäterbelastung wie in der Greifswalder Erhebung 2002 nicht nur besonders stark ausgeprägt, sondern bemerkenswert erscheint auch, dass dieser Rückgang das Greifswalder Niveau im Jahr 2006 signifikant unterschreitet, wie wir dies in weiteren Analy-

86 Hinsichtlich dieser „Delle“ im Jahr 2002 in der Entwicklung der Gewalt-Täterraten in der Hansestadt Greifswald gehen wir von einem Periodeneffekt aufgrund der besonderen Situation in der Hansestadt Greifswald nach der Ermordung von zwei Obdachlosen im Jahr 2000 (Klaus-Dieter Gereke am 24. Juni und Eckhard Rütz am 25. November) aus (vgl. ausführlich Kapitel A.4.6 und A.9.1).

sen überprüft haben. In der vorstehenden Abbildung 4.13 sind die beschriebenen Verhältnisse nochmals vergleichend zusammengestellt.

Hinsichtlich einer erweiterten Gesamtbeurteilung der Entwicklung der Jugendgewalt auf der Insel Usedom und in Greifswald haben wir wiederum zum Vergleich die Daten der KFN-Schülerbefragungen von 1998 und 2005/06 herangezogen (s. o. Kapitel B.3.5). In Abbildung 4.14 haben wir die Jahresprävalenzraten für insgesamt vier vergleichbar erhobene Gewaltdelikte zusammengefasst (Körperverletzung, Raub, Erpressung und Bedrohung mit einer Waffe) für die vom KFN untersuchten Städte (vgl. *Baier/Windzio 2007*) und für Usedom sowie für Greifswald im Zeitraum 1997/98 bis 2006 dargestellt.

Abb. 4.14: Entwicklung der Jahresprävalenzraten von Gewaltdelikten bei Jugendlichen auf der Insel Usedom (2002-2006) und in Greifswald (1998-2006) im Vergleich mit Ergebnissen der KFN-Schülerbefragungen 1998 und 2005/2006



\* Körperverletzung, Raub, Erpressung und Bedrohung mit Waffe(n)

Im regionalen Vergleich wird deutlich, dass insgesamt eine rückläufige Entwicklung der Jugendgewalt erkennbar ist. Während dies für Usedom ohne Einschränkung zutrifft, gilt dies für Greifswald nur bedingt, da die Greifswalder Befunde gezeigt haben, dass nur der Rückgang in der Erhebung 2002 noch signifikant ausfällt. Unter Berücksichtigung eines diesbezüglich anzunehmenden Periodeneffekts im Jahr 2002 ist in der Tendenz von einer eher konstant hohen

Gewalttäterrate unter den Greifswalder Jugendlichen auszugehen. Ferner ist in diesem Städtevergleich zu berücksichtigen, dass in den dargestellten KFN-Trendlinien die Förderschüler, die noch 1998, nicht aber im Jahr 2005/06 befragt wurden, nicht miteinbezogen sind. Berücksichtigt man diesen Umstand, so ergibt sich ein recht ähnlicher, tendenziell rückläufiger Trendverlauf der Gewalttäterraten auch in Greifswald im Vergleich mit dem Gesamttrend der vier einbezogenen Städte (vgl. im Wesentlichen damit übereinstimmend auch die Befunde für Duisburg und Münster, *Boers/Reinecke 2007, Boers/Walburg 2007*).

Im Ergebnis der vorstehenden Analysen zur *Jugendkriminalität* aus der *Täterperspektive* unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der *Jugendgewalt* bei durchschnittlich 15-jährigen Jugendlichen auf der Insel Usedom und in der Hansestadt Greifswald, lassen sich folgende zentralen Entwicklungen benennen: Im jeweiligen Referenzzeitraum ist ein deutlicher Rückgang der Jugendkriminalität zu verzeichnen. Im Unterschied zu Greifswald ist dieser Rückgang unter den Usedomer Jugendlichen sowohl bei den Nicht-Gewaltdelikten als auch bei den Gewaltdelikten und hier vor allem auch bei den Mehrfachtätern durchgängig und signifikant vorhanden.

Demgegenüber beruht der signifikante Rückgang der Jugendkriminalität in Greifswald auf einer Abnahme der Delinquenz im Bereich der Nicht-Gewaltdelikte, insbesondere einem erheblichen Rückgang bei den Ladendiebstählen und Diebstählen an/aus Kraftfahrzeugen. Gründe hierfür könnten vor allem in der zunehmenden Verbreitung von verbesserten Sicherheitsmaßnahmen und Überwachungstechniken in den vergangenen Jahren liegen, die die Möglichkeiten der Begehung solcher Delikte verringert haben.

Während auch die Jugendgewalt auf der Insel Usedom signifikant abgenommen hat, bleiben die Gewalttäterraten in Greifswald demgegenüber auf relativ konstant hohem Niveau, allerdings niedriger als in einigen westdeutschen Vergleichsstädten. Die Gewalttäterraten auf der Insel Usedom haben sich an das Greifswalder und bundesdeutsche Durchschnittsniveau angeglichen.

Ein ähnliches Entwicklungsmuster findet sich bei den Mehrfachtätern, auf entsprechend deutlich niedrigerem Niveau: Ein signifikanter Rückgang der Mehrfachtäterbelastung auf der Insel Usedom in allen untersuchten Deliktsbereichen, während demgegenüber in Greifswald nur ein tendenzieller Rückgang der Mehrfachtäterbelastung bei den Nicht-Gewaltdelikten und wiederum eine stabile Entwicklung der allerdings insgesamt sehr niedrigen Gewalt-Mehrfachtäterraten vorhanden ist. Diesbezüglich hat auch die Intensität der Gewalt unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom deutlich abgenommen und liegt mittlerweile unter dem Niveau von Greifswald, wobei sich anteilmäßig die Gruppe der Mehrfachgewalttäter auf Usedom und Greifswald mit einer Größenordnung von zwischen 5 und 6% nicht signifikant unterscheiden. In dieser Gruppe sind



sowohl auf Usedom als auch in Greifswald fast ausnahmslos männliche Jugendliche mit geringerem Bildungsniveau vertreten.

Die Befunde zur selbstberichteten Gewaltdelinquenz der Jugendlichen auf der Insel Usedom weisen damit eine sehr hohe Übereinstimmung mit den Ergebnissen der Gewaltopfererfahrungen auf (s. o. Kapitel B.3.6, Abbildung 3.9, S. 149). Sowohl aus der Opfer- als auch aus der Täterperspektive ergibt sich ein deutlicher Rückgang der Jugendgewalt hinsichtlich aller von uns herangezogenen Indikatoren.

Dieser bereits für die Opfererfahrungen festgestellte und auch hinsichtlich anderer Dunkelfeldstudien konsistente Befund einer rückläufigen Entwicklung der Jugendgewalt steht damit – wie bereits erwähnt – im Widerspruch zur Entwicklung der registrierten Jugendgewalt, also der Hellfelddaten, wie sie in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) des Bundeskriminalamtes (BKA) veröffentlicht werden. Der Vermutung, dass sich der Widerspruch zwischen den Dunkel- und Hellfelddaten zu einem erheblichen Teil aus einer gestiegenen Sensibilisierung gegenüber Gewalt und einer damit zusammenhängenden Veränderung des Anzeigeverhaltens erklärt, wird von uns in Kapitel C.1 anhand der Greifswalder und Usedomer Daten nachgegangen.

## 5. Gewaltakzeptanz

Im Bereich der Persönlichkeit sind auf der kognitiven und emotiv-affektiven Ebene gewaltbefürwortende und -legitimierende Einstellungen für die Gewaltbereitschaft von besonderer Bedeutung, da sie als bewertende und vermittelnde Instanzen bzw. Größen einen bahnnenden oder hemmenden Faktor für das aktuelle Gewaltverhalten darstellen können. Zur Messung des Konstruktes „Gewaltakzeptanz“ bzw. „Gewaltaffinität“ haben wir in den Greifswalder Erhebungen 1998 bis 2006 ebenso wie auf der Insel Usedom 2002 und 2006 einen identischen Katalog mit 14 Einstellungsfragen gegenüber Gewalt verwendet. Jede einzelne Aussage konnten die Jugendlichen auf einer vierstufigen Rating-Skala nach dem jeweils für sie am ehesten zutreffenden Grad der Zustimmung oder Ablehnung („1 = stimmt völlig“, „2 = stimmt eher“, „3 = stimmt eher nicht“ und „4 = stimmt gar nicht“) bewerten.<sup>87</sup>

Nachfolgend sind die Ergebnisse zunächst auf der Ebene der einzelnen Aussagen nach den prozentualen Zustimmungs-Anteilen und den Item-Mittelwerten im Vergleich der beiden Erhebungen 2002 und 2006 auf der Insel Usedom in grafischer Aufbereitung dargestellt (vgl. Abbildung 5.1 und 5.2 auf der nächsten Seite). In Betrachtung der einzelnen Items ergeben sich die höchsten Zustimmungsteile für eine Gewaltanwendung bei der „Notwehr“ (ca. 50%) und bei der „Selbstjustiz“ (> 45%) sowie beachtliche Anteile mit mehr als 25% für Gewalt als Mittel des männlichen Selbstbeweises, zur Schaffung klarer Verhältnisse, als Problemlösungsstrategie und der alttestamentarischen „Vergeltungsauffassung“.

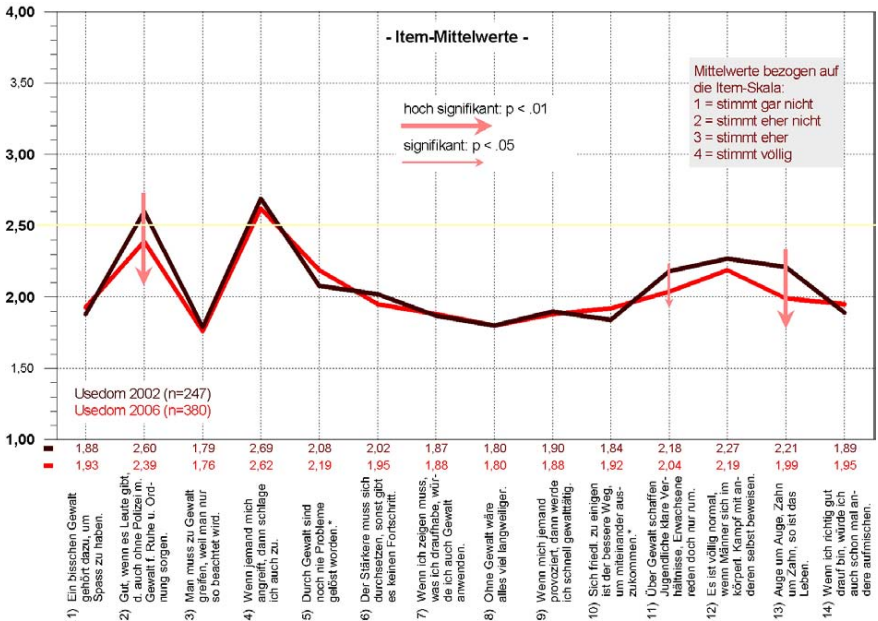
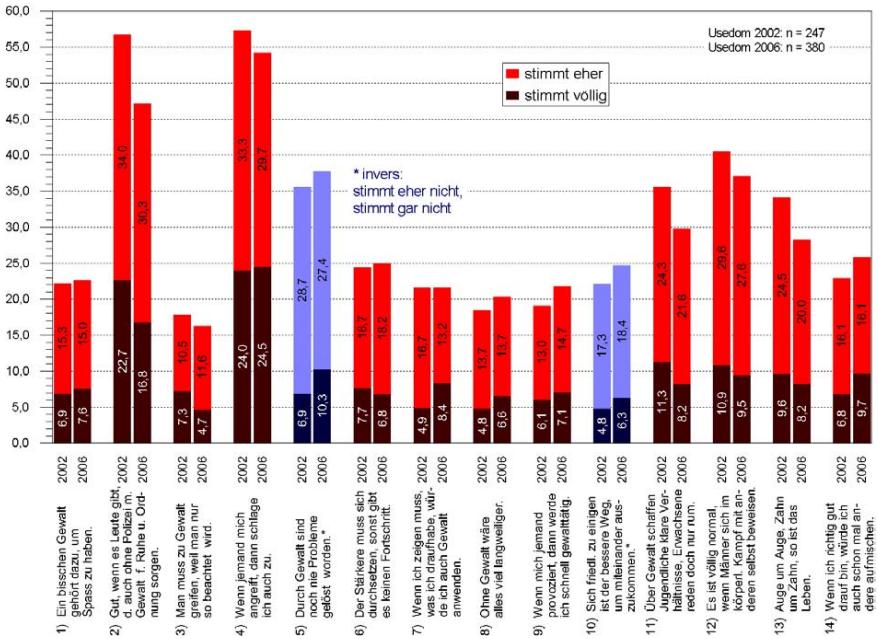
Um für die einzelnen Aussagen statistisch gesicherte Veränderungen über die beiden Erhebungen hinweg feststellen zu können, haben wir die Items bzgl. ihrer Mittelwert-Unterschiede untersucht (vgl. Abbildung 5.2).<sup>88</sup> Wie die Grafik zeigt, ergeben sich von den 14 Items nur für drei Items signifikante Unterschiede in den Mittelwerten über den Referenzzeitraum und damit signifikante Unterschiede in den entsprechenden Zustimmungsanteilen. Ein signifikanter Rückgang der Zustimmung ist demnach unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom bzgl. der Ansicht feststellbar, dass Selbstjustiz eine adäquate Möglichkeit darstellt, um Ruhe und Ordnung sicherzustellen. Auch die klassische Talionsformel, „Gleiches mit Gleichem“ zu vergelten, erfährt unter den Jugendlichen weniger Zustimmung als noch im Jahr 2002. Ferner ergibt sich eine verminderte Akzeptanz hinsichtlich der Einstellung, dass Jugendliche im Unterschied zu Erwachsenen mit Gewalt für klarere Verhältnisse sorgen könnten.

---

87 Zum Wortlaut der 14 Items vgl. Kapitel A.5, Fußnote 36, S. 50. Die interne Reliabilität der Gewaltakzeptanz-Skala ist mit Cronbachs  $\alpha$  .90 (2002) und .89 (2006) sehr gut.

88 Die Mittelwertvergleiche zwischen beiden Erhebungen auf der Ebene der einzelnen vierstufig ordinalskalierten Items haben wir mit dem T-Test und dem nichtparametrischen U-Test nach *Mann* und *Whitney* durchgeführt.

Abb. 5.1/5.2: Gewaltakzeptanz der Jugendlichen auf der Insel Usedom (2002 und 2006); Zustimmungsanteile (%) und Mittelwertvergleiche



Darüber hinaus ergeben sich für die übrigen Mittelwertvergleiche keine bedeutsamen Veränderungen in der Zustimmung bzw. Ablehnung gegenüber den erfassten gewaltaffinen Einstellungen zwischen der Erhebung 2002 und 2006.

Für die weiteren Analysen haben wir aus den 14 Einzelfragen eine Gesamtskala „Gewaltakzeptanz“ bzw. „Gewaltaffinität“ gebildet (ein sogenannter additiver Index), deren Indexwerte<sup>89</sup> bezogen auf die ursprüngliche Skalierung der einzelnen Items wiederum zwischen eins (= maximale Ablehnung) bis vier (maximale Zustimmung) liegen können. Die interne Reliabilität der so gebildeten Gesamtskala kann als sehr gut eingeschätzt werden (Cronbachs alpha = .89 bzw. .90). Zur besseren Veranschaulichung haben wir die sich ergebenden Indexwerte der Gesamtskala „Gewaltakzeptanz“ in Prozentanteile umgerechnet, indem die Skalenindexwerte einerseits am theoretischen Skalenmittelwert (2,5) geteilt (dichotomisiert) und andererseits in drei Gruppen ( $\leq 2$ ,  $>2 - <3$ ,  $\geq 3$ ) unterteilt (trichotomisiert) wurden, um so die tendenziell gewaltbefürwortenden von den eher ablehnenden Jugendlichen bzw. die überwiegend gewaltaffinen von eher ambivalent eingestellten und deutlich Gewalt ablehnenden Jugendlichen zu unterscheiden.

In Abbildung 5.3 sind die entsprechenden prozentualen Anteile und Anteilsunterschiede dieser nach dem Grad der Gewaltaffinität unterschiedenen Gruppen für die Erhebungen auf der Insel Usedom dargestellt. Für die kategorisierten Einstellungen nach den dichotomisierten Gewaltakzeptanz-Werten („eher Ablehnung“ vs. „eher Zustimmung“) ergeben sich bei den eher gewaltaffinen Jugendlichen sehr stabile Anteilswerte in beiden Erhebungen auf der Insel Usedom (mittlere Zustimmungsrates 23,3%). Diesbezüglich liegen auch für die Greifswalder Jugendlichen ähnlich konstante Verhältnisse auf einem tendenziell niedrigeren Niveau vor (mittlere Rate 1998 - 2006: 20,6%, vgl. Kapitel A.5, Abbildung 5.3, S. 53).

89 Vgl. die nachstehenden Verteilungsdiagramme der Gesamtskala-Indexwerte.

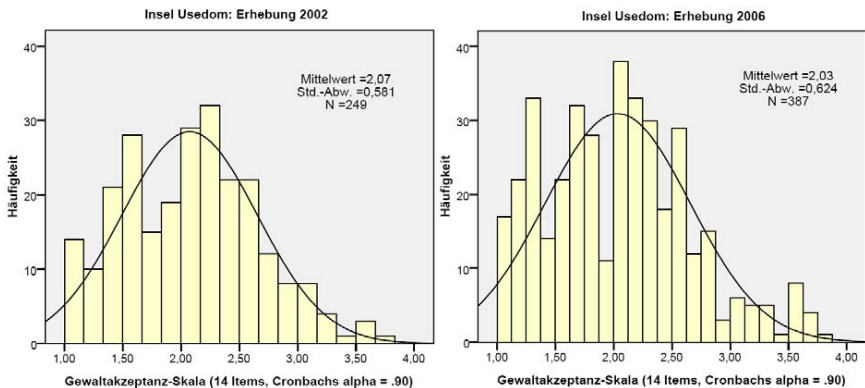
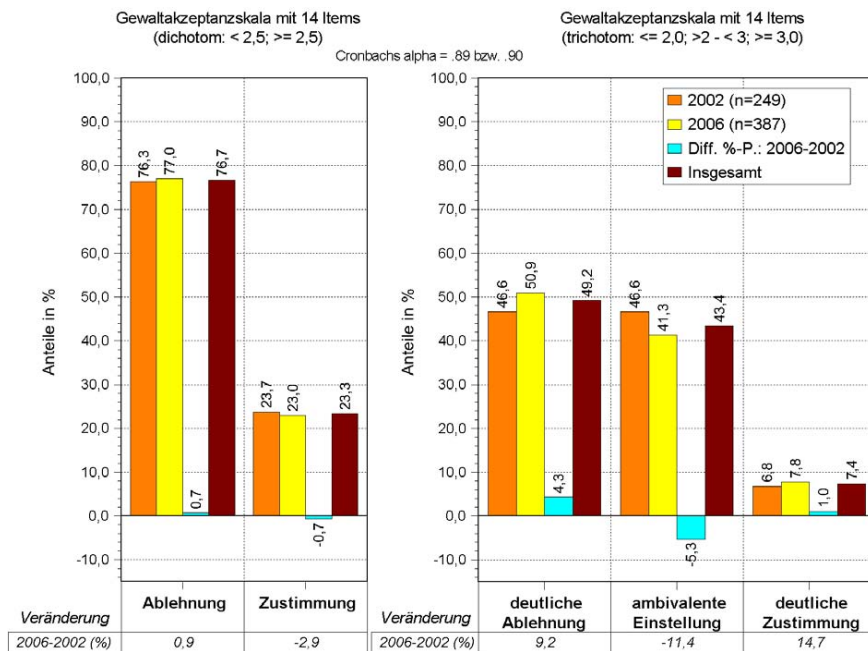


Abb. 5.3: Gewaltaffine Einstellungen bei Jugendlichen auf der Insel Usedom (2002 und 2006) nach unterschiedlichen Akzeptanzgruppen

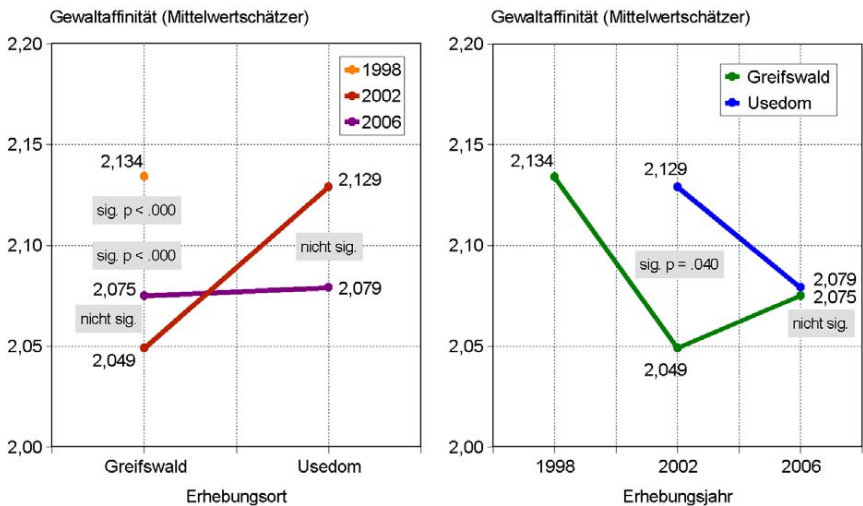


Auch bzgl. der dreistufig kategorisierten Gewaltakzeptanz-Skala zeigen sich keine besonders großen Anteilsunterschiede zwischen den Erhebungen sowohl für Usedom als auch für Greifswald im jeweiligen Referenzzeitraum. Die größte Verschiebung der Anteilswerte ergibt sich im Austausch der Jugendlichen mit deutlicher Ablehnung und eher ambivalenten Einstellungen gegenüber Gewalt, wobei erfreulicherweise tendenziell die Mehrheit der Gewalt ablehnenden Jugendlichen zunimmt (Usedom 2002: 46,6%, 2006: 50,9%, +9,2%; Greifswald 1998: 49,6%, 2002: 53,1%, 2006: 53,3%, +7,5%). Dementsprechend bilden die Jugendlichen mit deutlich gewaltaffinen Einstellungen auf der Insel Usedom und auch in Greifswald eine relativ konstant bleibende kleine Gruppe über den Referenzzeitraum von ca. 7% bis 8% auf Usedom und 6% bis 7% in Greifswald. D. h., etwa jeder 13. Usedomer und etwa jeder 15. Greifswalder Jugendliche im Alter von durchschnittlich 15 Jahren verfügt über ein Einstellungsmuster, für das ein ausgesprochen hohes Gewaltakzeptanzniveau charakteristisch ist.

Hinsichtlich der für alle 14 gewaltaffinen Einstellungen zusammengefassten Gesamtskala „Gewaltakzeptanz“ haben wir auf der Ebene von Mittelwertvergleichen genauer untersucht, inwieweit sich statistisch bedeutsame Unterschiede zwischen den Erhebungszeitpunkten auf der Insel Usedom und Greifswald einerseits und zwischen den Jugendlichen der beiden Regionen andererseits – un-

ter gleichzeitiger Berücksichtigung bzw. Kontrolle des Geschlechts, des Alters und des Bildungsniveaus – ergeben.<sup>90</sup> In Abbildung 5.4 sind die Ergebnisse dieser Mittelwertvergleiche grafisch dargestellt. Für die Jugendlichen auf der Insel Usedom ergibt sich zwar – entsprechend der Einzelitem-Analysen mit einer signifikanten Abnahme in drei der 14 Items – ein etwas niedriger Gesamt-Mittelwert, diese Differenz ist allerdings statistisch nicht bedeutsam. D. h., die Jugendlichen auf der Insel Usedom im Jahr 2006 unterscheiden sich nicht in ihrer Gewaltakzeptanz von denen im Jahr 2002.

Abb. 5.4: Entwicklung gewaltaffiner Einstellungen bei Jugendlichen auf der Insel Usedom (2002-2006) und in Greifswald (1998-2006) im regionalen Vergleich: Mittelwertunterschiede unter Kontrolle von Geschlecht, Alter und Bildungsniveau



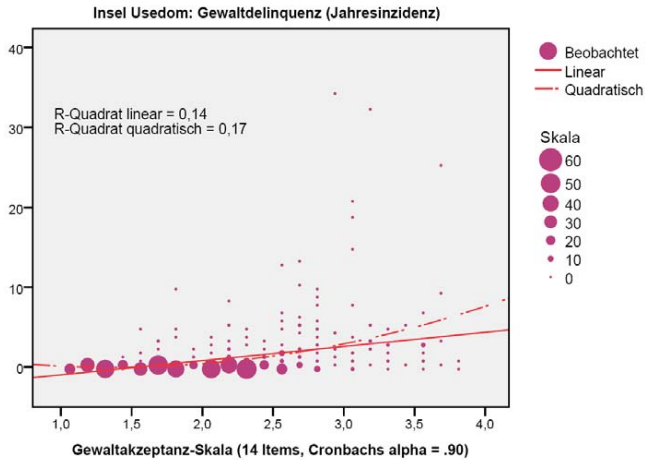
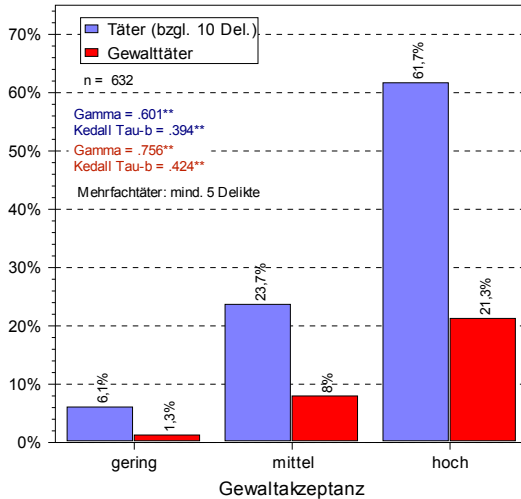
90 Dies haben wir mittels univariater Varianzanalysen untersucht. Für die Verteilung der Indexwerte der Gewaltakzeptanz-Skala ergibt eine Überprüfung mittels *Kolmogorov-Smirnov*-Test mit Signifikanzkorrektur nach *Lilliefors* eine signifikante, wenn auch geringe, Abweichung von einer Normalverteilung in beiden Erhebungen (vgl. Verteilungsdiagramme, s. o.), somit eine Verletzung der Anwendungsvoraussetzung. Die Varianzanalyse ist allerdings sehr robust gegenüber einer geringen Normalverteilungsabweichung, empfindlich aber bei Abweichung von der Varianz-Homogenität (*Levené*-Test). Da hinsichtlich der Varianz-Homogenität keine Verletzungen der Voraussetzung vorliegen, haben wir das Verfahren der Varianzanalyse angewandt. Entsprechende Verhältnisse liegen auch für die Greifswalder Daten in den drei Erhebungen vor. Zusätzlich haben wir die Beziehungen durch Regressionsanalysen im Rahmen des verallgemeinerten linearen Modells mittels Maximum-Likelihood-Schätzer überprüft, die zu denselben Ergebnissen führen.

Auch die Greifswalder Jugendlichen unterscheiden sich zwischen den Erhebungen 2002 und 2006 nicht signifikant, nur die im Jahr 1998 befragten Greifswalder Jugendlichen haben eine signifikant höhere Gewaltakzeptanz gegenüber den Greifswalder Jugendlichen im Jahr 2002 und 2006.

In anderer Perspektive ergibt sich im Vergleich zwischen den Usedomer und Greifswalder Jugendlichen nur für das Jahr 2002 eine noch signifikant geringere Gewaltakzeptanz der Greifswalder gegenüber den Usedomer Jugendlichen und ein fast völlig übereinstimmendes Gewaltakzeptanz-Niveau im Jahr 2006. Besonders auffallend in der Gewaltakzeptanz-Entwicklung ist die besonders starke Kongruenz mit den Befunden zur selbstberichteten Gewalttäterschaft in beiden Erhebungsgebieten. Sowohl für die Greifswalder als auch für die Usedomer Jugendlichen ergeben sich übereinstimmende Entwicklungstrends in den Gewaltaffinitäts-Mittelwerten und den Gewalt-Täterraten. So zeigt sich auch bei der Gewaltakzeptanz unter Greifswalder Jugendlichen in der Erhebung 2002 der bereits für die Gewalt-Täterraten beschriebene Periodeneffekt (s. o. Kapitel A.4.6 und A.9.1). Im Hinblick darauf wären für die Gruppe Jugendlicher mit einer sehr stark ausgeprägten Gewaltakzeptanz präventive Bemühungen fortzuführen und zu intensivieren, gerade deshalb, weil entsprechende Einstellungen der Jugendlichen aufgrund ihrer Spezifität mit aktivem delinquenten Verhalten, insbesondere Gewaltdelinquenz, deutlich – in Form einer rekursiven Beziehung – korrespondieren. Besonders augenscheinlich zeigt sich diese Korrespondenz bei jugendlichen Mehrfachtätern und hier insbesondere bei jugendlichen Gewalt-Mehrfachtätern (vgl. nachstehende Abbildung 5.5.).

So werden mit zunehmender Gewaltaffinität alle delinquenten Verhaltensweisen häufiger ausgeführt. Dieser Zusammenhang ist bei den jugendlichen Mehrfachtätern besonders ausgeprägt. Die Täterrate bzgl. aller 10 vergleichbar erhobenen Delikte steigt mit zunehmender Gewaltakzeptanz bei Jugendlichen auf der Insel Usedom um das 10-fache (6,1% auf 61,7%) und in Greifswald um mehr als das 7-fache an (von 8,8% auf 64,4%, vgl. Kapitel A.5, Abbildung 5.4, S. 54). Bei den jungen Gewalt-Mehrfachtätern ergibt sich die stärkste Assoziation. Während nur 1,3% der Usedomer Jugendlichen, die gegenüber Gewalt eine deutlich distanzierte Einstellung aufweisen, im rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum fünf und mehr Gewalttaten angaben, sind es von den besonders stark gewaltaffin eingestellten Jugendlichen mehr als ein Fünftel (rd. 21,3%). Unter den Jugendlichen in Greifswald fällt dieser Zusammenhang noch extremer aus. Das Gewalttäter-Risiko in dieser Gruppe liegt hier um das 36-fache höher. Erstaunlich ist andererseits, dass zwei Drittel bis vier Fünftel der stark gewaltbefürwortenden Jugendlichen nicht als Mehrfachtäter in Erscheinung tritt. D. h., das Risiko, als Gewaltintensivtäter auffällig zu werden, steigt zwar bei stark gewaltaffinen Jugendlichen erheblich an, jedoch ist eine hohe Gewaltakzeptanz keine „Einbahnstraße“ in die Gewalt. Vielmehr gibt es bei diesen Jugendlichen in starkem Umfang auch hemmende bzw. protektive Faktoren, die ein Abgleiten in eine delinquente Gewaltkarriere offenbar verhindern.

Abb. 5.5: Zusammenhang zwischen Mehrfachtäterraten (mindestens fünf Delikte im rückwärtigen Jahreszeitraum) und gewaltaffinen Einstellungen auf der Insel Usedom (gepoolter Datensatz 2002-2006)



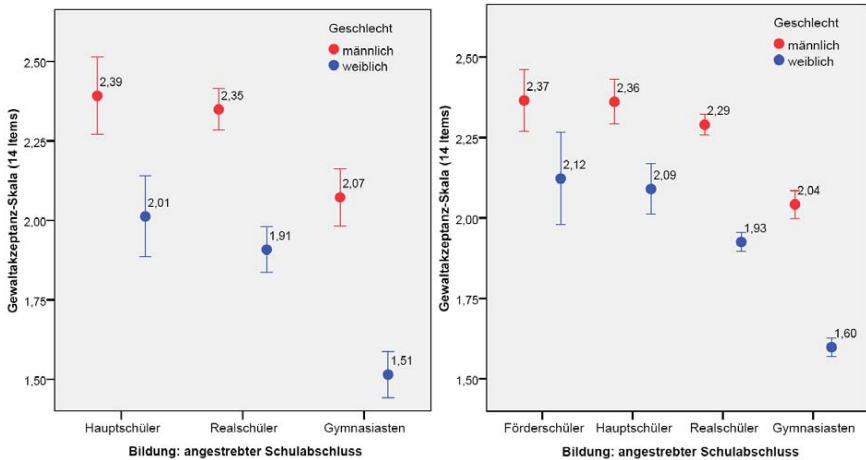
Unter präventiven Gesichtspunkten ist ferner bedeutsam, dass auch im Hinblick auf andere problematische Verhaltensweisen (beispielsweise fremdenfeindliche und rechtsextreme Äußerungen, s. u. Kapitel B.6) hochsignifikante Zusammenhänge zwischen der Gewaltakzeptanz und anderen teilweise problematischen Einstellungen und Werthaltungen im Bereich der Persönlichkeitseigenschaften bestehen, beispielsweise gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnor-



men (GLMN, vgl. *Baier u. a. 2006; Wilmers u. a. 2002; Enzmann/Brettfeld/Wetzels 2004*), egoistischen Werthaltungen auf der Basis gesellschaftlicher Dominanzideologien (z. B. hierarchisches Selbstinteresse, HSI, *Hadjar 2004; Baier/Hadjar 2006; Baier 2006*) oder Subdimensionen der Selbstkontrolle (Impulsivität, Risikosuche, Temperament, *Grasmik u. a. 1993*), auf die wir an dieser Stelle nicht eingehen können.<sup>91</sup>

Innerhalb dieses Beziehungsgefüges stellt wiederum das Bildungsniveau eine äußerst wichtige und zentrale Hintergrundgröße dar, die entsprechende Einstellungssyndrome und Werthaltungen auf der individuellen Ebene mit beeinflusst (vgl. Abbildung 5.6). Aufgrund der hohen Korrespondenz zeigt sich für die Gewaltaffinität wie für die selbstberichtete Delinquenz, dass mit einem abnehmenden Bildungsniveau eine zunehmend höhere Gewaltakzeptanz der Jugendlichen verknüpft ist, was für die Mädchen noch sehr viel stärker zutrifft. Insbesondere die weiblichen Oberschüler weisen das niedrigste Gewaltakzeptanzniveau auf. Diesbezüglich ergibt sich auch der größte Niveauunterschied zwischen den weiblichen und den männlichen Gymnasiasten unter den befragten Schülern.

Abb. 5.6: Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau und gewaltaffinen Einstellungen von Jugendlichen auf der Insel Usedom (2002-2006, linke Hälfte) und in Greifswald (1998-2006, rechte Hälfte)

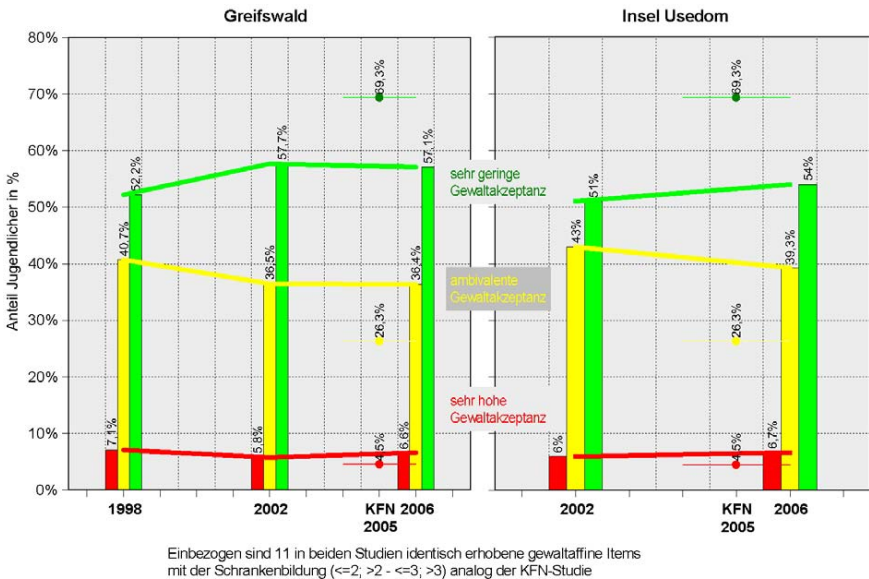


Für eine Einschätzung der Gewaltakzeptanz-Verhältnisse unter Usedomer und Greifswalder Jugendlichen im überregionalen Vergleich haben wir wiederum Ergebnisse der KFN-Schülerbefragungen herangezogen (vgl. *Baier u. a.*

91 Eine Erörterung und empirische Überprüfung dieser Zusammenhänge wird in weiteren, dieser Publikation nachfolgenden Forschungsberichten dargestellt werden.

2006). Allerdings ist zu berücksichtigen, dass diesbezüglich Vergleichswerte nur für das Jahr 2005 vorliegen und in der KFN-Gewaltakzeptanz-Skala von den 14 in der Usedomer und Greifswalder Untersuchung einbezogenen Gewaltaffinität-Items nur 11 Items mit identischem Wortlaut erhoben wurden (vgl. Abbildung 5.7).<sup>92</sup>

Abb. 5.7: Entwicklung gewaltaffiner Einstellungen bei Jugendlichen auf der Insel Usedom (2002-2006) und in Greifswald (1998-2006) im Vergleich mit den KFN-Erhebungen 2005 nach unterschiedlichen Akzeptanzgruppen



Im Trendvergleich der drei Gewaltakzeptanz-Einstellungsgruppen unter den Usedomer und Greifswalder Jugendlichen sind – auch wenn wir keine Trendverläufe anderer Regionen heranziehen können – zwei Befunde besonders interessant: Zum einen ergeben sich auch für diese Operationalisierung mit den bisherigen Analysen übereinstimmend über den Untersuchungszeitraum hinweg relativ unveränderte Anteile Usedomer und Greifswalder Jugendlicher mit einer ausgeprägt hohen Gewaltakzeptanz (Usedom: 6% und 6,7%; Greifswald: 7,1%, 5,8%

92 Diesbezüglich haben wir die Gewaltakzeptanz-Skala analog der KFN-Untersuchungen im Jahr 2005 mit den dort identisch erhobenen 11 Items berechnet. Ferner ist zu berücksichtigen, dass das KFN eine etwas „restriktivere“ Schrankenbildung hinsichtlich der beiden Extrem-Gruppen (geringe vs. hohe Gewaltaffinität) vorgenommen hat. Auch diese Schrankenbildung haben wir für den Vergleich der unterschiedlichen Gewalt-Akzeptanzgruppen angewendet.

und 6,6%). Zum anderen liegen alle Akzeptanzgruppen mit hoher und mittlerer bzw. ambivalenter Einstellung über den entsprechenden Anteilswerten der KFN-Erhebungen für den Erhebungszeitraum 2005 in westdeutschen Regionen. Insbesondere sind die Unterschiede zwischen den Usedomer Jugendlichen und den vom KFN befragten Schülern mit mittleren und sehr geringen Gewaltakzeptanzwerten besonders groß (39,3% gegenüber 26,3% bzw. 54,0% gegenüber 69,3% im Jahr 2005/2006) und fallen damit noch größer aus als diejenigen zwischen den Greifswalder Jugendlichen und den vom KFN befragten Schülern (36,4% gegenüber 26,3% bzw. 57,1% gegenüber 69,3% im Jahr 2005/2006).<sup>93</sup>

Auch wenn sich in der Entwicklung der Usedomer und Greifswalder Alterskohorten eine schwach signifikante Anteilsverschiebung zwischen den Jugendlichen mit einer gegenüber Gewalt ambivalenten Einstellung zugunsten derjenigen, die eine sehr niedrige Gewaltaffinität aufweisen, abzeichnet, fallen die verbleibenden Unterschiede zum Ende des Referenzzeitraumes im Vergleich mit Jugendlichen aus anderen (westdeutschen) Städten und Landkreisen – aber auch im Vergleich mit den Thüringer Jugendlichen – dennoch ausgesprochen hoch aus. Eine Erklärung dieser Ost-West Unterschiede (Thüringen hier ausgenommen) bzw. dieser besonderen Situation in Ostvorpommern in den gewaltaffinen Einstellungen, die aufgrund der hohen Spezifität dieser Einstellungen mit einer entsprechenden Gewaltdelinquenz der Jugendlichen verknüpft ist, wird von vielen Studienautoren in den Auswirkungen der gesellschaftlichen Transformationsprozesse seit der Wende und einer damit verbundenen höheren (Des-)Integrationsbelastung der ostdeutschen Bevölkerung – die mittlerweile auch in den neuen Bundesländern regional stark divergiert – gesehen. Diese Unterschiede sind in den fremdenfeindlichen/rechtsextremen Einstellungsmustern noch sehr viel stärker ausgeprägt vorhanden (vgl. nachfolgendes Kapitel B.6).

---

93 Dies trifft auch für den Vergleich mit den Thüringer Befunden der KFN-Schülerbefragung im Jahr 2005 zu. Der Anteil Thüringer Jugendlichen mit einer hohen Gewaltakzeptanz liegt hier bei nur 3,3%, mit einer mittleren bei 26,3% und somit einer niedrigen bei 70,4% (vgl. *Baier u. a.* 2006a). Der entsprechende Anteil Thüringer Jugendlichen mit einem Gewaltakzeptanzniveau größer als dem Skalenmittelwert (>2,5) liegt bei 12,1% (westdeutsche Gebiete 2005 insgesamt = 13,7%; Usedom 2006 = 20,4% und Greifswald 2006 = 19,6%). Die insgesamt niedrigeren Zustimmungsteile der Thüringer Jugendlichen haben vermutlich ihre Ursachen in der dort erfassten Schülerpopulation. Abweichend von den Greifswalder und Usedomer Erhebungen wurden in Thüringer Schulen in freier Trägerschaft, Förderschulen aber nicht einbezogen.

## 6. Fremdenfeindliche/rechtsextreme Einstellungen und allgemeine gesellschaftspolitische Korrelate

### 6.1 Fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen

Ein herausragendes Problem, das seit der Wiedervereinigung in Deutschland besonders virulent ist und nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland eine große Beachtung erfährt, betrifft die Verbreitung rechtsextremer und ausländerfeindlicher Einstellungen und entsprechender Verhaltensaüßerungen in der Bevölkerung. Dieses Problem erscheint vor allem in den neuen Bundesländern besonders ausgeprägt im Zusammenhang mit Gewaltdelikten gegen Menschen anderer ethnischer Herkunft und gegen Angehörige gesellschaftlicher Minoritäten sowie bestimmter religiöser, sexueller oder kultureller Minderheiten.

Diesbezüglich sind in der Region Vorpommern jüngere Personen mit entsprechenden Äußerungen und Verhaltensweisen in der jüngsten Vergangenheit gehäuft in Erscheinung getreten, wobei sich mit der Ermordung zweier Obdachloser in Greifswald und eines Obdachlosen in Ahlbeck im Jahr 2000 besonders menschenverachtende Gewalttaten von rechtsextrem eingestellten jungen Personen ereignet haben. Eine besondere Problemlage bei fremdenfeindlichen/rechtsextremen jungen Menschen liegt gerade darin, dass diese Einstellungen häufig mit einer hohen Gewaltbereitschaft verknüpft sind und in Verbindung mit besonderen (gruppenbezogenen) Ereignissen oder situativen (zufälligen), Umständen (häufig in Verbindung mit vorausgegangenem Alkoholkonsum) nicht selten zu einem Gewaltausbruch führen.

Darüber hinaus zeigen auch die jüngsten Landtags-Wahlerfolge rechtsextremer Parteien, der NPD in Sachsen (19.9.2004: 9,2%), der DVU in Brandenburg (30.9.2004: 6,1%) und zuletzt der NPD in Mecklenburg-Vorpommern (17.9.2006: 7,3%, Fraktion mit 6 Sitzen), dass das Problem fremdenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen nicht nur ein jugendtypisches Phänomen ist, sondern derartige Orientierungen auch in größeren Bevölkerungsteilen verbreitet sind.<sup>94</sup> So konnte die NPD auch auf regionaler Ebene bei den letzten Landkreis- und Kommunalwahlen am 13.6.2004 einige Erfolge erzielen. Hierbei gelang 10 NPD-Vertretern der Einzug in die Gemeinde- und Kreisparlamente (Anklam, Stralsund, LK Ostvorpommern, LK Müritz und LK Ludwigslust).<sup>95</sup>

Vor diesem Hintergrund erscheint von besonderem Interesse, inwieweit fremdenfeindliche und rechtsextreme Orientierungen unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom verbreitet sind und inwieweit sich zwischen den beiden Erhe-

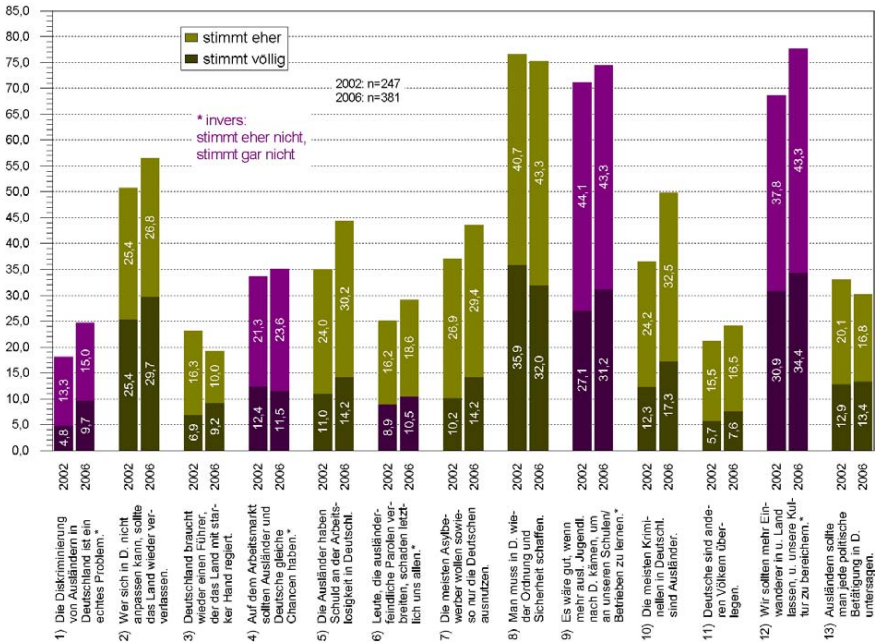
---

94 Ergänzend zum Hintergrund vgl. Kapitel A.6.1, Fußnote 41, S. 58.

95 Zur kommunalen Praxis der NPD und den regionalen Verhältnissen vgl. *Beier u. a.* 2006; *Müller* 2006; *Fischer* 2006; *Heinrich/Lehmann* 2006; *Barkow* 2007, zur parlamentarischen Arbeit der NPD im Landtag Mecklenburg-Vorpommern (Schwerin) vgl. *Brodtkorb* 2008; *Niemann* 2008.

bungen 2002 und 2006 Veränderungen in den fraglichen Einstellungen vollzogen haben. Zu diesem Einstellungskomplex haben wir den Jugendlichen in allen Erhebungen den selben Katalog mit insgesamt 13 Aussagen vorgelegt, die auf einer vierstufigen Skala – entsprechend den Antwortmöglichkeiten der oben beschriebenen Gewaltakzeptanz-Items – beurteilt werden konnten.<sup>96</sup> Die hierzu ermittelten Zustimmungssanteile sind in der Abbildung 6.1 dargestellt.

Abb. 6.1: Fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen bei Jugendlichen auf der Insel Usedom (2002 und 2006); Zustimmungssanteile in Prozent bzgl. der 13 Items der Xenophobie/Rechtsextremismus-Skala



Im Vergleich mit den Einstellungen zur Gewaltakzeptanz ergeben sich bei allen fremdenfeindlichen und rechtsextremen Aussagen deutlich höhere Zustimmungssanteile der Usedomer Jugendlichen. Mit den Greifswalder Jugendlichen übereinstimmend (vgl. Kapitel A.6.1) ergibt sich eine besonders hohe Zustimmung bei der Aussage „Man muss in Deutschland wieder Ordnung und Sicher-

96 Analog zur Bildung der Gewaltakzeptanz-Skala (vgl. Kapitel B.5) wurde aus diesem Aussagenkatalog eine hochreliable Summen-Skala (additiver Index) gebildet. Die interne Reliabilität dieser Skala ist mit Cronbachs  $\alpha = .88$  (2002) und  $.83$  (2006) als gut zu bewerten. Zur Fragebogenformulierung der 13 fremdenfeindlichen und rechtsextremen Items s. o. Kapitel A.6.1, Fußnote 42, S. 59.

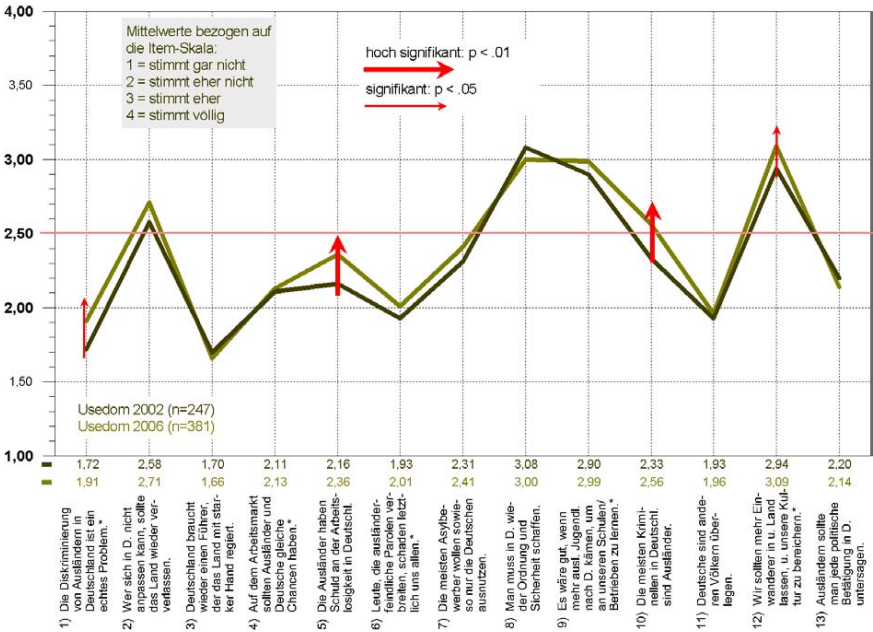
heit schaffen“, was von drei Viertel der Jugendlichen gewünscht wird. Ebenfalls besonders deutlich ist die Ablehnung gegenüber ausländischen Jugendlichen, die in Deutschland eine schulische oder berufliche Ausbildung erhalten könnten (ca. 75%). Gleichfalls werden Einwanderer nicht als kulturelle Bereicherung betrachtet (ca. 75%). Korrespondierend hierzu verhält sich die hohe Zustimmung gegenüber der Forderung, dass die Ausländer bei Nichtanpassung Deutschland wieder verlassen sollten (ca. 55%) und, dass die meisten Kriminellen in Deutschland Ausländer seien (über 45%). Fast ein Viertel der Usedomer Jugendlichen ist der ethnozentristischen bzw. chauvinistischen Ansicht, dass die Deutschen anderen Völkern überlegen sind und noch etwa jeder fünfte Jugendliche meint, dass Deutschland wieder einen Führer bräuchte, der mit starker Hand regiert. Diese beachtlich hohen Zustimmungswerte – die in ihrer Struktur mit den Greifswalder Befunden übereinstimmen (vgl. Kapitel A.6.1, Abbildung 6.1, S. 60) – verweisen auf ein äußerst prekäres Welt- und Menschenbild einerseits und auf ein ebenso zweifelhaftes Demokratieverständnis andererseits.

Um die Veränderungen zwischen den beiden Erhebungen zunächst auf der Ebene der einzelnen Einstellungen zu untersuchen, haben wir die Mittelwertunterschiede der jeweiligen Items statistisch überprüft.<sup>97</sup> Wie aus der folgenden Abbildung 6.2 ersichtlich ist, ergibt sich zunächst auch in den Mittelwertvergleichen, dass bei den vier zuvor angesprochenen Items (Nr. 2, 8, 9, 12) die Mittelwerte über dem theoretischen Mittelwert der Skala (2,5) liegen, d. h. bzgl. dieser Aussagen stimmen die Jugendlichen mehrheitlich zu. Des Weiteren ergeben sich für vier fremdenfeindliche/rechtsextreme Items ein signifikant größerer Mittelwert gegenüber der Ersterhebung 2002 und damit ein Anstieg der Zustimmung. Dabei handelt es sich ausschließlich um ressentimentbehaftete Einstellungen gegenüber Ausländern und Ursachen-Zuschreibungen wie, „Ausländer haben Schuld an der hohen Arbeitslosigkeit und der Kriminalität in Deutschland.“ Damit korrespondierend ergibt sich auch eine signifikant stärkere Zurückweisung der Ansicht, dass die Diskriminierung von Ausländern in Deutschland ein echtes Problem darstellt; ebenso wie eine ablehnendere Haltung gegenüber einem weiteren Zuzug von Ausländern nach Deutschland, weder in der Perspektive einer kulturellen Bereicherung durch Immigranten noch einer schulischen oder beruflichen Qualifizierung junger Ausländer. Für alle anderen Aussagen insbesondere auch den drei „klassischen“ rechtsextremistischen Ansichten („Law-and-order“-Mentalität, Ethnozentrismus/Chauvinismus und despotischer „Führerstaat“) sind demgegenüber keine signifikanten Mittelwertunterschiede und damit Veränderungen in den Einstellungen unter den Usedomer Jugendlichen gegenüber der Erstbefragung feststellbar.

---

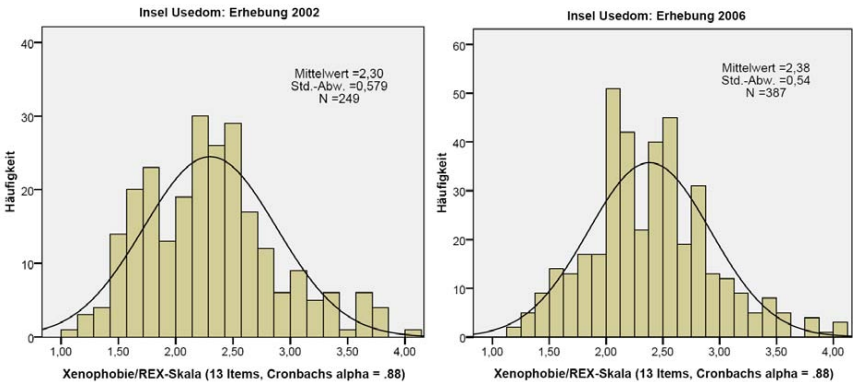
97 Diesbezüglich sind wir genauso verfahren, wie bei den Analysen der Items zur Gewaltakzeptanz und haben die Mittelwertvergleiche zwischen beiden Erhebungen auf der Ebene der einzelnen vierstufig ordinalskalierten Items mit dem T-Test und dem nichtparametrischen U-Test nach *Mann* und *Whitney* durchgeführt.

Abb. 6.2: Fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen bei Jugendlichen auf der Insel Usedom (2002 und 2006): Mittelwertvergleiche bzgl. der 13 Items der Xenophobie/Rechtsextremismus-Skala



Zieht man die Skalenwerte für alle 13 fremdenfeindlichen und rechtsextremen Items zusammengefasst heran, spiegeln sich die auf der Einzel-Item-Ebene beschriebenen Verhältnisse in den Mittelwerten der Gesamtskala<sup>98</sup> zwischen den

98 Vgl. die in den Histogrammen der Erhebungen 2002 und 2006 dargestellte Häufigkeitsverteilung der Gesamtskala-Indizes fremdenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen.



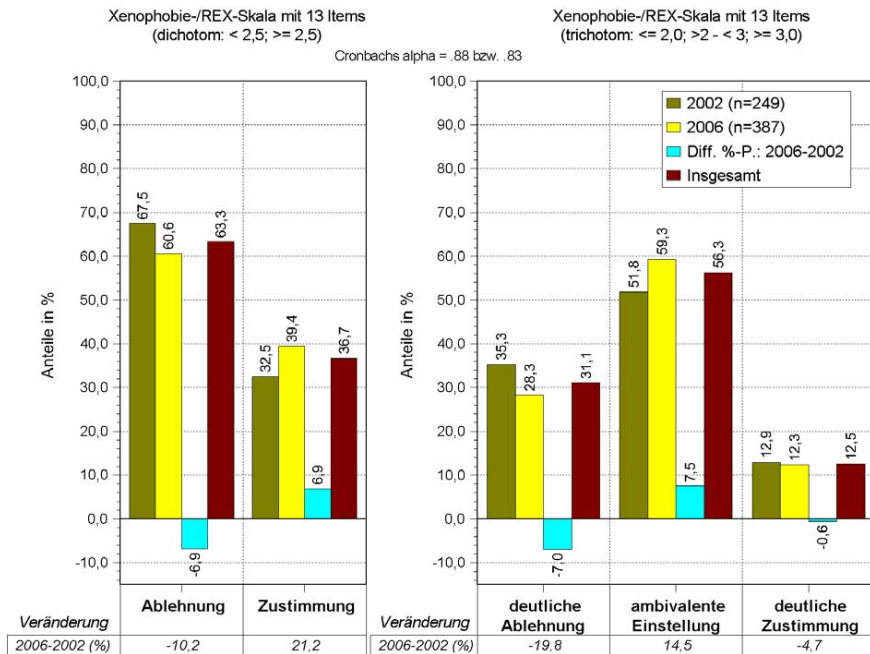
beiden Erhebungen wider. Der signifikante Anstieg in der Zustimmung bei vier Items im Jahr 2006 gegenüber 2002 wird durch die teilweise vorhandene nicht signifikante Abnahme in anderen Items nicht kompensiert, so dass sich der Mittelwert der Gesamtskala von 2,30 im Jahr 2002 auf 2,38 im Jahr 2006 leicht erhöht hat. Der Gesamt-Skalenmittelwert für alle hierzu Stellung nehmenden 636 Usedomer Jugendlichen beträgt 2,35.

Um die Verbreitung fremdenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen unter den Jugendlichen zu veranschaulichen, haben wir wiederum – analog der Gruppenbildung der Gewaltakzeptanzskala – die Werte der Gesamtskala in prozentuale Anteilswerte umgerechnet, um verschiedene Akzeptanzgruppen voneinander zu unterscheiden. Die erste Kategorisierung fasst alle fremdenfeindlich/rechtsextrem eingestellten Jugendlichen zusammen, die Skalenwerte ab dem theoretischen Mittelwert der Skala (2,5) erreichen (Dichotomisierung), also im Durchschnitt häufiger zustimmen als ablehnen. In einer zweiten Kategorisierung wird vorausgesetzt, dass die Jugendlichen über alle 13 Items hinweg eine zustimmende Einstellung geäußert haben, wodurch extrem fremdenfeindliche und rechtsextrem eingestellte Jugendliche zusammengefasst werden. Entsprechend hierzu haben wir die Gruppe der besonders ablehnenden Jugendlichen und eine mittlere Kategorie mit eher ambivalenten Einstellungen gebildet (Trichotomisierung). Die so ermittelten Akzeptanzgruppen bzgl. fremdenfeindlicher/rechtsextremer Einstellungen sind in der nachstehenden Abbildung 6.3 dargestellt.

Wie die Grafik zeigt, haben sich in der dichotomen Betrachtung die Zustimmungsteile unter den Usedomer Jugendlichen gegenüber dem Ausgangswert im Jahr 2002 um rd. 7%-Punkte erhöht (relativ: 21,2%). Allerdings ergibt sich hinsichtlich der Extremgruppen für die Jugendlichen mit deutlichen fremdenfeindlichen/rechtsextremen Einstellungen eine stabile Größenordnung von im Mittel 12,5%. D. h., die Zunahme der Zustimmungsteile basiert nahezu ausschließlich auf der Gruppe mit mittleren (ambivalenten) Einstellungen (+7,5%-Punkte) im Austausch mit den Jugendlichen, die eine deutlich ablehnende Haltung gegenüber fremdenfeindlichen/rechtsextremen Aussagen zeigen (-7%-Punkte). Im Vergleich mit den Greifswalder Befunden (vgl. Kapitel A.6.1, Abbildung 6.3, S. 64) ergibt sich für das Jahr 2006 in der Tendenz eine Angleichung der Verhältnisse unter Usedomer Jugendlichen an diejenigen in Greifswald. Demnach verfügt jeder 8. Usedomer bzw. mindestens jeder 7. Greifswalder Jugendliche über eine besonders stark ausgeprägte Fremdenfeindlichkeit in Verbindung mit rechtsextremen Einstellungen.

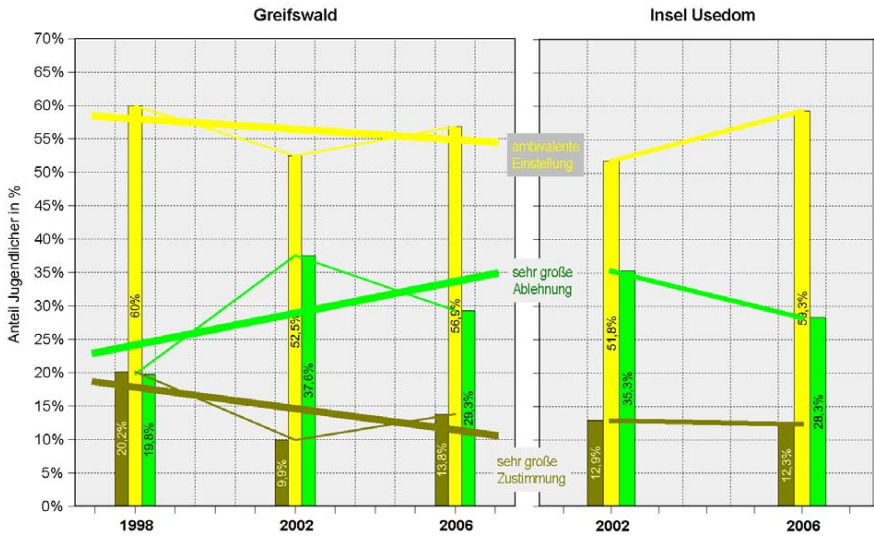


Abb. 6.3: Fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen bei Jugendlichen auf der Insel Usedom (2002 und 2006) nach Akzeptanzgruppen



Die beschriebenen Verhältnisse sind in der Entwicklungsperspektive für die drei Akzeptanzgruppen zusätzlich in Form linearer Trendverläufe in nachstehender Abbildung 6.4 nochmals dargestellt: Es ergibt sich eine anteilmäßig stabile Gruppe stark fremdenfeindlich/rechtsextrem eingestellter Jugendlicher auf der Insel Usedom über den Referenzzeitraum hinweg und eine Zunahme der diesbezüglich ambivalent eingestellten Jugendlichen. Vergleicht man nur den Referenzzeitraum 2002 bis 2006, so fällt die relativ große Übereinstimmung mit der Entwicklung der drei Einstellungsgruppen unter den Jugendlichen in Greifswald auf. Auch wenn für die Greifswalder Entwicklung kein linearer Trend vorliegt, ergeben die Prozentsatzdifferenzen doch einen Hinweis darauf, dass sich insbesondere gegenüber 1998 eine Zunahme der Jugendlichen abzeichnend gegenüberstehen. Demgegenüber ergibt sich ein nahezu gegensätzlicher (nichtlinearer) Trend in den deutlich zustimmenden Gruppen mit einem signifikanten Anstieg im Jahr 2006 gegenüber 2002, der aber gleichfalls signifikant unterhalb des Niveaus von 1998 bleibt. Beiden Entwicklungen entsprechend ergibt sich ein relativ schwacher (nicht signifikanter) Rückgang der ambivalenten Einstellungen.

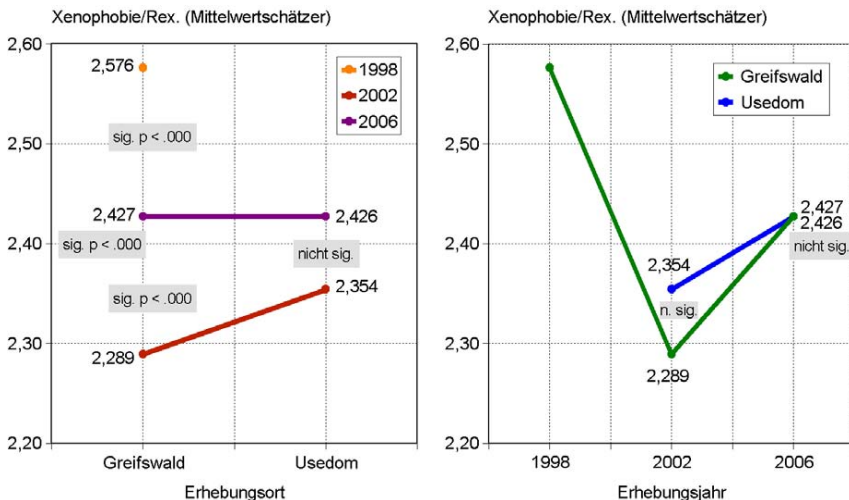
Abb. 6.4: Entwicklung fremdenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen bei Jugendlichen auf der Insel Usedom (2002 und 2006) und in Greifswald (1998-2006) im regionalen Vergleich nach unterschiedlichen Akzeptanzgruppen



In einem weiteren Schritt haben wir hinsichtlich der für alle 13 fremdenfeindlichen/rechtsextremen Items zusammengefassten Gesamtskala „Fremdenfeindlichkeit/Rechtsextremismus“ auf der Ebene von Mittelwertvergleichen genauer untersucht, inwieweit sich statistisch bedeutsame Unterschiede zwischen den Erhebungszeitpunkten auf der Insel Usedom und Greifswald einerseits und zwischen den Jugendlichen der beiden Regionen andererseits – unter gleichzeitiger Berücksichtigung bzw. Kontrolle des Geschlechts, des Alters und des Bildungsniveaus – ergeben.<sup>99</sup> In Abbildung 6.5 sind die Ergebnisse dieser Mittelwertvergleiche grafisch dargestellt. In den differenzierten Mittelwertvergleichsanalysen zeigt sich, dass sich zunächst entsprechend den Einzelitem-Analysen eine Zunahme fremdenfeindlicher/rechtsextremer Einstellungen der Jugendlichen auf der Insel Usedom im Jahr 2006 gegenüber dem Jahr 2002 ergibt, allerdings ist dieser Anstieg unter Kontrolle von Geschlecht, Alter und der Bildung nicht signifikant. D. h., das Niveau fremdenfeindlich und rechtsextrem eingestellter Jugendlichen auf der Insel Usedom liegt über den Referenzzeitraum unverändert hoch.

99 Bei dieser Betrachtung werden die Informationen am besten ausgeschöpft, da die Analysen auf den ursprünglichen Indexrohdaten der Gesamtskala und nicht auf der Ebene von kategorisierten Daten beruhen. Die Mittelwert-Vergleichsanalysen haben wir analog dem Verfahren für die Gewaltakzeptanz-Skala durchgeführt (vgl. Kapitel B.5).

Abb. 6.5: Entwicklung fremdenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen bei Jugendlichen auf der Insel Usedom (2002-2006) und in Greifswald (1998-2006) im regionalen Vergleich: Mittelwertunterschiede unter Kontrolle von Geschlecht, Alter und Bildungsniveau

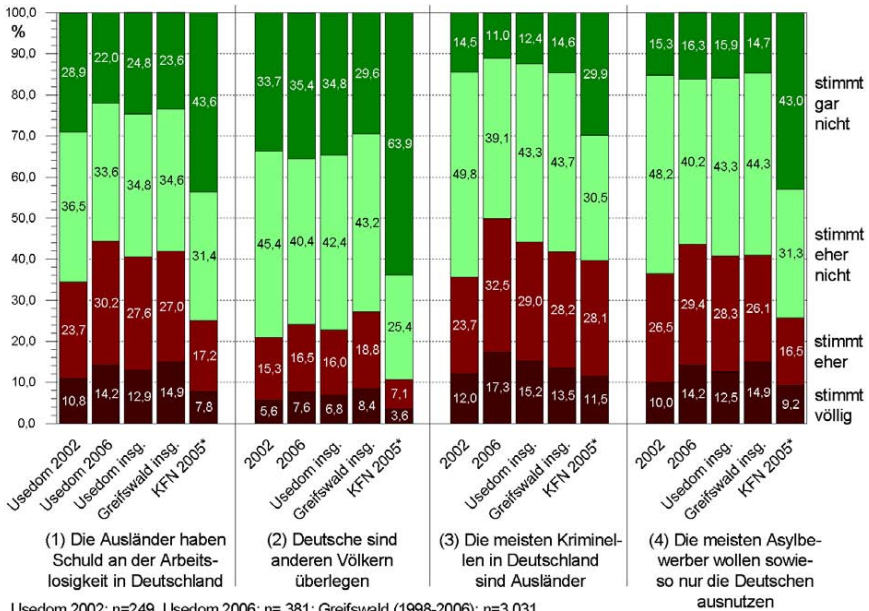


Unter den Greifswalder Jugendlichen ergibt sich demgegenüber eine signifikante Abnahme gegenüber dem Ausgangswert im Jahr 1998 in beiden Erhebungen 2002 und 2006. Allerdings fällt dieser Rückgang für das Jahr 2002 deutlich stärker aus, so dass sich ein signifikanter Anstieg im Jahr 2006 gegenüber 2002 anschließt, der aber – wie bereits auf der Ebene der kategorisierten Einstellungsgruppen beschrieben – signifikant unter dem Niveau von 1998 bleibt. Für diese Greifswalder Entwicklungs-„Delle“ im Jahr 2002 (die sich gleichfalls in den Gewaltakzeptanz- und den Gewalttäterraten zeigt, s. o.) haben wir einen Perioden-Effekt aufgrund spezifischer Ereignisse in der Hansestadt Greifswald angenommen (vgl. Kapitel A.4.6 und A.9.1). In der zeitlichen Abfolge ergibt sich der konsistente Befund, dass sich die Usedomer Jugendlichen in beiden Erhebungen 2002 und 2006 nicht von den Greifswalder Jugendlichen unterscheiden. Damit kann von einem relativ stabilen Niveau fremdenfeindlicher und rechtsextremer Orientierungen unter den Jugendlichen in der Region Vorpommern ausgegangen werden.

Hinsichtlich der Einordnung dieser Verhältnisse haben wir zum Vergleich wiederum aktuelle Ergebnisse der KFN-Schülerbefragungen herangezogen (vgl. *Baier u. a.* 2006). Das KFN hat in seinen Erhebungen im Jahr 2005 das Konstrukt Rechtsextremismus auf etwas andere Weise operationalisiert. Einbezogen sind in diese Skalenkonstruktion mit theoretischem Bezug an das von *Heitmeyer*

(1987; 1992) auf Grundlage seiner Desintegrationstheorie entwickelte Rechts-extremismus-Konzept zunächst fremdenfeindliche und ethnozentristische/chauvinistische Items (bzgl. des Grads der Zustimmung zu einer „Ideologie der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit“ von Personen), die mit einer eigenständigen Skala „Fremdenfeindlichkeit“ operationalisiert wurden. Darüber hinaus wird dann, *Heitmeyer* weiter folgend, diese Skala ergänzt um das Konstrukt „Akzeptanz von Gewalt zur Durchsetzung als legitim erachteter Ziele“. Durch eine Zusammenführung von fremdenfeindlichen und gewaltaffinen Items (die wir bereits gesondert erörtert haben), wird dann eine eigenständige Skala „Rechtsextremismus“ gebildet. Um dennoch einen Vergleich zu ermöglichen, haben wir zunächst die mit der KFN-Studie identisch erhobenen vier Items zur Fremdenfeindlichkeit herangezogen (vgl. Abbildung 6.6).<sup>100</sup>

Abb. 6.6: Fremdenfeindliche Einstellungen bei Jugendlichen auf der Insel Usedom (2002 und 2006) und in Greifswald (1998 bis 2006) im Vergleich mit den KFN-Erhebungen 2005



Usedom 2002: n=249, Usedom 2006: n= 381; Greifswald (1998-2006): n=3.031  
 \* KFN (westdeutsche Gebiete in-sig.): Item 1: n=8.959, Item 2: n=8.919, Item 3: n=8.926, Item 4: n=8.918  
 \* nur Jugendliche mit zwei deutschen Elternteilen

100 In diesen interregionalen Vergleich sind darüber hinaus nur Einstellungen von befragten Jugendlichen mit zwei deutschen Elternteilen einbezogen, um eine Verzerrung der Angaben aufgrund einer nichtdeutschen oder ethnisch gemischten Familiensituation möglichst auszuschließen.

Wie die prozentualen Verhältnisse der unterschiedlichen Einstellungsgruppen für alle vier fremdenfeindlichen Aussagen ausweisen, ergeben sich ganz erhebliche Unterschiede zwischen den Usedomer und Greifswalder Jugendlichen auf der einen und anderen deutschen Jugendlichen aus den in den Vergleich einbezogenen 7 Städten und zwei Landkreisen auf der anderen Seite (s. o. Kapitel A.6.1, Abbildung 6.5, S. 66). Die Usedomer und Greifswalder Jugendlichen sind diesbezüglich sehr viel stärker fremdenfeindlich eingestellt. Vergleicht man auch die solche Aussagen deutlich ablehnenden Jugendlichen, dann wird dieser drastische Unterschied besonders augenfällig. So lehnen beispielsweise rd. 64% der Jugendlichen aus westdeutschen Regionen die Aussage „Deutsche sind anderen Völkern überlegen“ dezidiert ab, auf Usedom sind dies (über beide Erhebungen zusammen) aber nur 34,8% und in Greifswald nur 29,6%.

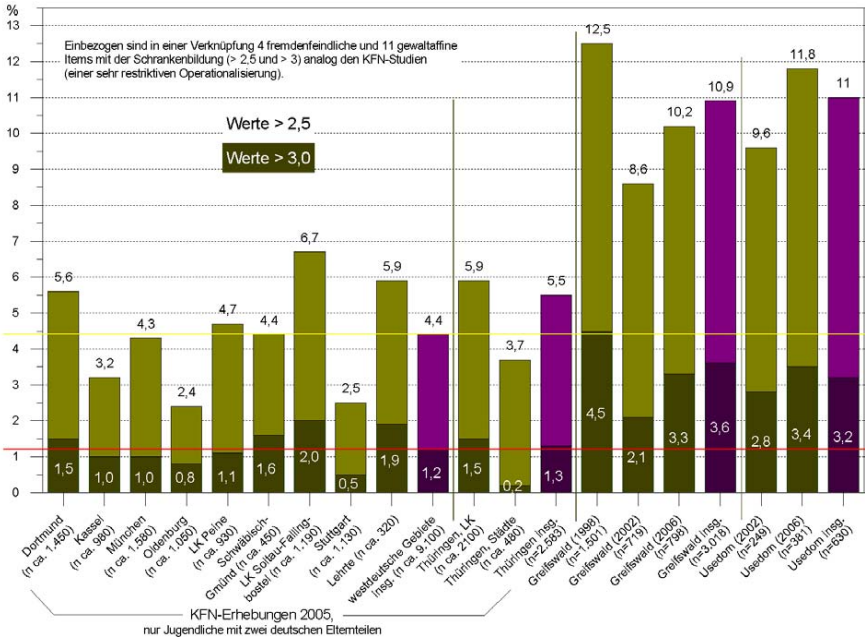
Auch wie die bisherigen Befunde hierzu bereits deutlich werden lassen, besteht bei Usedomer und Greifswalder Jugendlichen gleichermaßen hinsichtlich der Ressentiments gegenüber Ausländern in Verbindung mit einer ausgeprägten chauvinistischen/ethnozentristischen Einstellung – insbesondere im Vergleich mit anderen deutschen Jugendlichen – ein erheblicher, geradezu dringender Bedarf an interkultureller Aufklärung und Prävention. Erforderlich und grundlegend wäre diesbezüglich zunächst ein besseres Verständnis der eigenen „deutschen“ Geschichte und Kultur, die immer auch eine internationale Perspektive enthält. Insbesondere wäre auf die historischen, sozialen, kulturellen, politischen und ökonomischen Hintergründe derjenigen Länder einzugehen, aus denen Zuwanderer nach Deutschland – aber auch umgekehrt – kommen. Dies sollte auch in praktischen Feldern erfolgen, etwa in Form verstärkter interkultureller Lerneinheiten und Projektarbeiten, die mit Schüleraustausch- und interkulturellen Freizeit-/Ferienprogrammen verknüpft werden (s. u.).

In Erweiterung des Vergleichs mit anderen deutschen Jugendlichen haben wir die rechtsextremen Jugendlichen nach der KFN-Operationalisierung (hohe Fremdenfeindlichkeit *und* hohe Gewaltakzeptanz, vgl. *Baier u. a.* 2006; 2006a) ermittelt. Die Ergebnisse dieses interregionalen Vergleichs sind in der nachstehenden Abbildung 6.7 dargestellt.

Auch in diesem nach sehr „konservativen“ Kriterien operationalisierten Rechtsextremismus-Vergleich ergibt sich für die Usedomer ebenso wie für die Greifswalder Jugendlichen ein äußerst bedenkliches Bild. So beträgt in der aktuellen Erhebung 2006 die Rate der Usedomer Jugendlichen mit überwiegend zustimmenden Einstellungen gegenüber fremdenfeindlichen/rechtsextremen *und* gewaltakzeptierenden Aussagen das 2,7-fache des Anteils deutscher Jugendlichen in anderen westdeutschen Regionen und mehr als das Doppelte der Thüringer Jugendlichen. Bei den solchen Aussagen durchweg zustimmenden Jugendlichen liegt der Anteil Usedomer Jugendlicher sogar um fast das 3-fache höher. Demnach verfügt mindestens jeder 8. Jugendliche auf der Insel Usedom über eine sehr ausgeprägte fremdenfeindliche Einstellung, die mit einer hohen

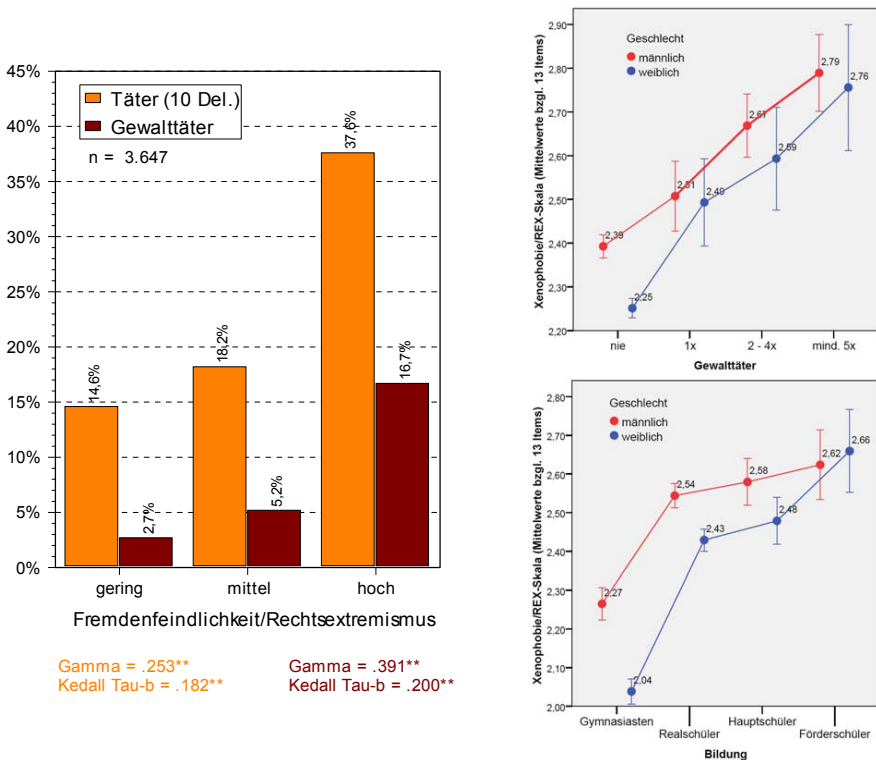
Gewaltaffinität gepaart ist, und nahezu jeder 30. Jugendliche verfügt diesbezüglich über ein äußerst extremes Einstellungsmuster.

Abb. 6.7: Fremdenfeindliche/rechtsextreme *und* gewaltaffine Einstellungen bei Jugendlichen auf der Insel Usedom (2002 und 2006) und in Greifswald (1998, 2002 und 2006) im Vergleich mit KFN-Erhebungen (2005)



Vor diesem Hintergrund sind präventive Bemühungen in mehrfacher Hinsicht angezeigt. Dass es sich dabei – neben einer an Menschenrechten und interkultureller Toleranz ausgerichteten Präventionsarbeit – auch um Gewaltprävention im Sinne einer an zivilgesellschaftlichen Werten orientierten Konfliktregelung handeln sollte, haben die bereits oben dargestellten Befunde verdeutlicht. Diesbezüglich ergeben sich gerade auch mit fremdenfeindlichen/rechtsextremen Orientierungen und Gewaltdelinquenz hochsignifikante Zusammenhänge (vgl. Abbildung 6.8). Wie aus der Grafik ersichtlich ist, steigt der Anteil der Mehrfachtäter, die im rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum mindestens fünf Delikte begangen haben, mit dem Grad der Akzeptanz gegenüber fremdenfeindlichen und rechtsextremen Aussagen. Im Vergleich mit Jugendlichen, die keine fremdenfeindlichen/rechtsextremen Einstellungen aufweisen, steigt die Mehrfachtäterrate um beinahe das 3-fache bei Jugendlichen mit entsprechend stark ausgeprägten Zustimmungswerten.

Abb. 6.8: Zusammenhang zwischen Mehrfachtäterraten und fremdenfeindlichen/rechtsextremen Einstellungen bei Jugendlichen auf der Insel Usedom und in Greifswald (gepoolter Datensatz 1998 - 2006)



Bei den Gewalttätern ist dieser Anstieg noch ausgeprägter und erreicht mehr als das 6-fache. Auch hierbei erweist sich das Bildungsniveau der Jugendlichen wiederum als ein zentrales Hintergrundmerkmal. Gymnasiasten insgesamt (und hierbei mehr noch Mädchen) stehen solchen fremdenfeindlichen/rechtsextremen Einstellungen deutlich ablehnender gegenüber als ihre Mitschüler in anderen Schularten. Die männlichen Schüler der anderen Schulformen unterscheiden sich dabei in ihren deutlich höheren Zustimmungswerten kaum voneinander, während sich die weiblichen Schüler der mittleren Bildungsstufe mit geringerem Indexwert noch signifikant von den Förderschülerinnen, nicht aber von den Hauptschülerinnen unterscheiden. Insgesamt zeigt sich hier ein sehr ähnliches Beziehungsmuster wie das bereits oben im Zusammenhang mit gewaltaffinen Einstellungen erörterte. Im Kontext mit gewaltaffinen Einstellungen ergibt sich damit auch für fremdenfeindliche und rechtsextreme Orientierungen ein besonderer Risikofaktor für personale Gewalt. Allerdings kann der entsprechende Zu-

sammenhang an dieser Stelle nicht kausal interpretiert werden, da in diesem Beziehungsgeflecht die Gewaltakzeptanz (als eine intervenierende Moderatorvariable) eine zentralere Rolle spielen dürfte. Inwieweit fremdenfeindliche/rechtsextreme Einstellungen einen eigenständigen Einfluss auf das aktive Gewalthandeln der Jugendlichen ausüben, wird in zusammenfassenden Modellen mit weiteren bedeutsamen Prädiktoren für Gewaltdelinquenz in Kapitel B.8 dargestellt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich hinsichtlich der Verbreitung von fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen unter den befragten Usedomer und Greifswalder Jugendlichen in der aktuellen Erhebung 2006 beträchtliche Akzeptanzraten ergeben. Mehr als jeder dritte Usedomer und Greifswalder Jugendliche (Usedom: 39,4%, Greifswald 37,1%) äußert sich tendenziell zustimmend gegenüber fremdenfeindlichen und rechtsextremen Aussagen, etwa jeder siebte bis achte Jugendliche verfügt diesbezüglich über ein sehr extrem ausgeprägtes Einstellungsmuster (Usedom: 12,3%, Greifswald: 13,8%). Rund 12% der Jugendlichen auf der Insel Usedom und rd. 10% in Greifswald stimmen gewaltaffinen Einstellungen in der Verknüpfung mit fremdenfeindlichen/rechtsextremen Orientierungen zu, 3,4% auf Usedom und 3,3% in Greifswald in extremster Weise.

Diese Akzeptanzwerte liegen im Vergleich mit anderen hier herangezogenen repräsentativen regionalen Untersuchungen in westdeutschen Städten und Landkreisen – je nach Operationalisierung der verwendeten Skalen – um das 2,3- bis 3-fache höher. Allerdings weisen andere repräsentative Untersuchungen in ostdeutschen Städten und Regionen oder Studien, die einen Bundesländer- bzw. Ost-West-Vergleich ermöglichen, in der Mehrzahl auf eine diesbezüglich generell höhere Belastung in den neuen Bundesländern hin, so dass die weite Verbreitung solcher Einstellungen, wie wir sie unter den Usedomer und Greifswalder Jugendlichen ermittelt haben, unter ostdeutschen Jugendlichen leider einen „normalen“ Befund darstellt. Darüber hinaus verdeutlicht aber u. a. die Langzeitstudie zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (GMF-Survey; vgl. *Heitmeyer u. a.* 2002-2008), dass fremdenfeindliche oder rechtspopulistische Einstellungen nicht nur ein jugendspezifisches Problem darstellen, sondern solche Einstellungen bei Erwachsenen zum Teil noch sehr viel ausgeprägter verbreitet sind – bei wiederum deutlich höheren Zustimmungswerten in den neuen Bundesländern (vgl. GMF-Survey: *Endrikat* 2006, S. 101 ff.; *Babka von Gostomski/Küpper/Heitmeyer* 2006).<sup>101</sup>

Ferner ergibt sich bzgl. der fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen der interessante Befund, dass das Geschlecht zwar ein differenzieller Hauptfaktor für solche Einstellungen darstellt, aber die jeweilige Einflussstärke im Vergleich der Usedomer und Greifswalder Jugendlichen deutlich voneinander abweicht. In einfacher bivariater Betrachtung findet sich ein signifikanter

---

101 Zur Erklärung der Ost-West-Unterschiede vgl. Kapitel A.6.1, Fußnote 46, S. 70.



Geschlechtsunterschied nur für die Jugendlichen auf der Insel Usedom, nicht aber für die Jugendlichen in Greifswald. Von den insgesamt rd. 39% in der aktuellen Erhebung 2006 tendenziell fremdenfeindlichen und rechtsextremen Aussagen zustimmenden Usedomer Jugendlichen sind dies von den Jungen knapp die Hälfte (49,5%), aber weniger als ein Drittel der Mädchen (29,3%). Im Hinblick auf die solchen Aussagen in extremer Weise zustimmenden Jugendlichen (12,3%) sind 18,9% männlich und nur 5,8% weiblich. Demgegenüber ergeben die bivariaten Analysen für die Greifswalder Jugendlichen keinen signifikanten Geschlechtsunterschied. Bei rd. 37% tendenziell fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen zustimmenden Greifswalder Jugendlichen sind dies Mädchen zu rd. 35% und Jungen zu rd. 40%. In der Gruppe mit einem besonders extremen Einstellungsmuster (13,8%) sind dies 13,2% der Mädchen und 14,4% der Jungen. Kontrolliert man allerdings die Assoziation zwischen dem Geschlecht und fremdenfeindlichen/rechtsextremen Einstellungen mit dem Bildungsniveau und dem Alter, ergibt sich ein signifikanter Haupteffekt auch für die Greifswalder Jugendlichen, der aber deutlich schwächer ausfällt als bei den Jugendlichen auf der Insel Usedom.

Als herausragender differenzieller Faktor für Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus erweist sich dagegen auch in unserer Studie die Bildung, wobei sich über alle Erhebungen hinweg durchgängig die Gymnasiasten mit den geringsten Akzeptanzwerten von den Schülern anderer Schulformen signifikant unterscheiden. Aber auch noch 28% der Gymnasiasten auf der Insel Usedom und rd. 22% der Greifswalder Oberschüler neigen in der jüngsten Erhebung 2006 dazu, fremdenfeindliche und rechtsextreme Ansichten zu befürworten. Bei den Realschülern auf Usedom sind dies 41,3% und in Greifswald rd. 42%. Die höchsten Anteile fremdenfeindlich und rechtsextrem eingestellter Jugendlicher finden sich unter den Hauptschülern und den Förderschülern. Mehr als die Hälfte der Hauptschüler auf der Insel Usedom (51%) tendieren in der aktuellen Erhebung zu fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen, in Greifswald sind dies rd. 44%. Unter den nur in Greifswald befragten Förderschülern sind dies sogar rd. 67%. Hinsichtlich derjenigen Jugendlichen, die über ein besonders extremes fremdenfeindliches und rechtsextremes Einstellungsmuster verfügen, wird der Unterschied zwischen einem höheren Bildungsniveau der Gymnasiasten auf der einen und den übrigen Bildungslagen auf der anderen Seite besonders augenfällig. Gleichwohl verfügen aber noch rd. 7% der Gymnasiasten (Usedom: 6,7%, Greifswald: 7,1%) über ein entsprechend extrem ausgeprägtes Einstellungsmuster. Bei den anderen Schülern in Regionalschulen bzw. bei Gesamtschülern, die einen mittleren Bildungsabschluss anstreben, trifft dies für 14,5% auf der Insel Usedom und 16,9% in Greifswald zu, bei denjenigen, die eine allgemeine oder qualifizierte Berufsreife (ehemals Hauptschulabschluss) anstreben sind dies 12,2% auf der Insel Usedom und 13,3% in Greifswald. Unter den Förderschülern in Greifswald beträgt der entsprechende Anteil 29,1%.

## 6.2 Einstellungen gegenüber verschiedenen Gruppen

Innerhalb des Bereichs von gesellschaftspolitischen Orientierungen haben wir die Jugendlichen auf der Insel Usedom ebenso wie in Greifswald darüber hinaus auch gebeten, uns ihre Einstellungen gegenüber verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Jugend(sub)kulturen sowie ihr allgemeines politisches Interesse und ihre Sympathie gegenüber den etablierten bzw. in Wahlen quantitativ bedeutsamen politischen Parteien in Deutschland auf verschiedenen Skalen anzugeben.

In Tabelle 6.1 sind zunächst die prozentualen Anteile der Usedomer Jugendlichen bzgl. ihrer jeweiligen Einstellung gegenüber *verschiedenen Personengruppen* dargestellt, die sich aufgrund ihrer ausländischen Herkunft, ihrer religiösen oder sexuellen Orientierung oder aufgrund ihrer sozial deprivierten Lage oder wegen ihrer physischen und/oder psychischen Handicaps unterscheiden.

Am wenigsten – aber noch von nahezu jedem 10. Usedomer Jugendlichen – werden behinderte Menschen abgelehnt (2006: 9,4%). Erschreckend hoch dagegen sind die negativen Einstellungen Usedomer Jugendlicher gegenüber den anderen aufgeführten Personen, die in der Erhebung 2006 mit Anteilen von zwischen rd. 20% und 24% abgelehnt werden (dies gilt im gleichen Maße auch für die Greifswalder Jugendlichen, vgl. Kapitel A.6.2, Tabelle 6.1, S. 71).

Auch wenn sich dieses Bild 2006 gegenüber der Erhebung 2002 teilweise etwas verbessert hat, werden doch in beiden Erhebungen auf hohem Niveau verbleibend solche Personen von im Durchschnitt etwa jedem fünften Jugendlichen mit einer ablehnenden Einstellung beurteilt. Ebenfalls hoch liegen die Gleichgültigkeitsraten. Über alle Gruppen betrachtet, sind fast jedem dritten Jugendlichen solche Personen gleichgültig.<sup>102</sup>

Im Hinblick auf diejenigen Jugendlichen mit einer dezidiert *ablehnenden* Einstellung gegenüber den in der Tabelle aufgeführten Gruppen zeigt sich ein sehr kohärentes Bild mit den bisherigen Befunden zu fremdenfeindlichen/rechtsextremen Einstellungen und auch mit den Greifswalder Daten (vgl. Kapitel A.6.2). So ergeben sich durchgängig hohe Korrelationen zwischen den ablehnenden Einstellungen gegenüber den aufgeführten Personengruppen und den fremdenfeindlichen/rechtsextremen Orientierungen der Jugendlichen (Pearson-r: .30 bis .60). Aufgrund der statistisch hohen positiven Korrelationen in den Bewertungen gegenüber den verschiedenen Gruppen untereinander (Pearson-r: .40 bis .70) kann dies auch als Beleg dafür gelten, dass entsprechend ablehnend ein-

---

102 Im Erhebungsbogen konnten die Jugendlichen ihre Einstellungen gegenüber den aufgeführten Gruppen nach vier verschiedenen Haltungen einstufen: „nicht sympathisch, die lehne ich ab“, „interessieren mich nicht, sind mir gleichgültig“, „lehne ich nicht ab, sollen aber unter sich bleiben“ und „sympathisch, kann mir Kontakt vorstellen“. In Tabelle 6.1 sind für die einzelnen Personengruppen die prozentualen Anteile der jeweiligen Einstellungskategorie ausgewiesen.

gestellte Jugendliche einen sehr weit gefassten Begriff der „Fremdenfeindlichkeit“ aufweisen, deren Konnotation sich eben nicht nur bzw. überwiegend auf Personen mit sichtbarem Migrationshintergrund beschränkt.

Tabelle 6.1: Einstellungen gegenüber verschiedenen Bevölkerungsgruppen bei Jugendlichen auf der Insel Usedom (2002 und 2006), Anteile in %

<i>Wie findest Du die folgenden Gruppen?</i>	<b>Ausländer/ Asylbewerber</b>			<b>„Zigeuner“</b>			<b>Juden</b>		
	2002	2006	<b>insg.</b>	2002	2006	<b>insg.</b>	2002	2006	<b>insg.</b>
nicht sympathisch, die lehne ich ab	24,8	19,6	<b>21,7</b>	27,5	23,6	<b>25,1</b>	27,4	19,6	<b>22,7</b>
interessieren mich nicht, sind mir gleichgültig	32,9	31,9	<b>32,3</b>	33,2	33,8	<b>33,5</b>	29,8	36,1	<b>33,7</b>
lehne ich nicht ab, sollen aber unter sich bleiben	24,0	24,9	<b>24,5</b>	25,9	28,3	<b>27,3</b>	22,6	16,6	<b>20,8</b>
sympathisch, kann mir Kontakt vorstellen	18,3	23,6	<b>21,5</b>	13,4	14,4	<b>14,0</b>	20,2	24,6	<b>22,9</b>

<i>Wie findest Du die folgenden Gruppen?</i>	<b>geistig, körperlich o. seelisch Behinderte</b>			<b>Obdachlose</b>			<b>Homosexuelle</b>		
	2002	2006	<b>insg.</b>	2002	2006	<b>insg.</b>	2002	2006	<b>insg.</b>
nicht sympathisch, die lehne ich ab	7,0	9,4	<b>8,5</b>	23,0	23,6	<b>23,3</b>	20,6	23,6	<b>22,4</b>
interessieren mich nicht, sind mir gleichgültig	27,0	27,7	<b>27,5</b>	34,7	34,6	<b>34,6</b>	24,6	22,5	<b>23,3</b>
lehne ich nicht ab, sollen aber unter sich bleiben	35,7	35,6	<b>35,6</b>	35,5	33,2	<b>34,1</b>	24,2	25,7	<b>25,1</b>
sympathisch, kann mir Kontakt vorstellen	30,3	27,2	<b>28,4</b>	6,9	8,6	<b>7,9</b>	30,6	28,3	<b>29,2</b>

$n_{(2002)} = 246$ ;  $n_{(2006)} = 382$

In diesem Kontext haben wir die Jugendlichen auch nach ihrer *Nähe* oder *Distanz* gegenüber einer Auswahl von *jugendtypischen Gruppen* mit besonderen (sub-)kulturellen aber auch politischen Einstellungs- bzw. Stilmerkmalen befragt. In diese Auswahl haben wir folgende sechs Gruppen einbezogen: Punks,

Raver (Techno-Fans), Umweltschützer („Ökos“), linksorientierte Autonome, Hooligans und rechte Skin-Heads.<sup>103</sup>

Wie aus der nachstehenden Tabelle 6.2 zu entnehmen ist, erreichen die eher als unpolitisch geltenden Techno-Fans unter den Jugendlichen die höchsten Zustimmungsteile, wenn auch, als zeitabhängige Stil- bzw. Modeströmung, mit deutlich abnehmenden Werten. Diese an der spezifischen Techno-Musik und den damit verbundenen Ausdrucksformen der Bewegung, Sprache, Mode und Freizeitgestaltung orientierte jugendkulturelle Strömung erfährt dementsprechend auch die geringste Ablehnung von den befragten Jugendlichen.

Im Bereich der politisch eher „links“ stehenden Protest- und Alternativkulturen haben die Punks aufgrund ihrer heute mehr an Spaß, Musik und äußerer Darstellung orientierten Stilformen in Verbindung mit einer eher distanzierten Haltung gegenüber Gewalt eine recht hohe Akzeptanz. Der Anteil Jugendlicher, die Punks eher ablehnen, hat sich verringert und liegt in der Erhebung 2006 deutlich unter dem Anteil der Sympathisanten.

In den Größenordnungen recht ähnlich, allerdings mit umgekehrtem Trend, verhält es sich mit den Zustimmungs- und Ablehnungswerten gegenüber Jugendlichen, die sich für den Schutz der Umwelt engagieren. Hier nehmen die Zustimmungsteile insbesondere der Sympathisanten deutlich ab, während demgegenüber die Ablehnung solcher Gruppen zunimmt.

Im Unterschied zu diesen Gruppen sind für die Autonomen (im linken Spektrum) und die Skinheads (im rechten Spektrum) sowie die Hooligans (im Bereich des Sports) eine hohe Gewaltakzeptanz und eine ausgeprägte Gewaltbereitschaft ein charakteristisches Merkmal ihrer subkulturellen Orientierung, auch wenn sich die jeweiligen Motive, Gegner und andere Aggressionsziele grundlegend voneinander unterscheiden (vgl. zusammenfassend *Schäfer-Vogel* 2007).

Die Autonomen werden von den Usedomer Jugendlichen als eine eher unbedeutende Gruppe wahrgenommen, was sich auch im höchsten Anteil der diese als unbekannt einstufenden Jugendlichen zeigt (35,1%). Im Mittel nur 2,7% der Jugendlichen sieht sich dieser Gruppe zugehörig und nur etwa 5% finden Autonome „ganz gut“. Auch die Ablehnung und Gegnerschaft ist mit rd. 29% in der aktuellen Erhebung eher mit den Werten der bisher beschriebenen Gruppen der Punks, Umweltschützer und Techno-Fans vergleichbar.

---

103 Die Frage hierzu lautet: „Hier stehen einige Gruppen von Leuten, die von sich reden machen: Wie stehst Du zu den einzelnen Gruppen? Was trifft für Dich zu:“ Diesbezüglich konnten folgende Antwortvorgaben angekreuzt werden: (1) „ich rechne mich selbst dazu/lebe so ähnlich“, (2) „gehöre nicht dazu, finde solche Leute aber ganz gut“, (3) „die Gruppe ist mir ziemlich egal/kann ich tolerieren“, (4) „die Gruppe kann ich nicht so gut leiden“, (5) „das sind Gegner/Feinde von mir/ich bekämpfe sie“ und (6) „noch nie gehört/kann mir nichts darunter vorstellen“. In Tabelle 6.2 sind die Prozentanteile jeweils für die beiden gegensätzlichen Einstellungsgruppen dargestellt.

Tabelle 6.2: Einstellungen gegenüber verschiedenen (sub-)kulturellen Jugendgruppen bei Jugendlichen auf der Insel Usedom (2002 und 2006), Anteile in %

<i>Was trifft für Dich zu?</i>	<b>Hooligans</b>			<b>Skin-Heads</b>			<b>Punks</b>		
	2002	2006	<b>insg.</b>	2002	2006	<b>insg.</b>	2002	2006	<b>insg.</b>
(1) ich rechne mich selbst dazu/ lebe so ähnlich	2,0	4,5	<b>3,5</b>	5,6	4,5	<b>4,9</b>	2,4	7,9	<b>5,7</b>
(2) gehöre nicht dazu, finde solche Leute aber ganz gut	5,2	9,2	<b>7,6</b>	8,0	9,4	<b>8,6</b>	14,6	30,1	<b>24,0</b>
<i>(1+2) % kumuliert</i>	<i>7,2</i>	<i>13,6</i>	<i><b>11,1</b></i>	<i>13,6</i>	<i>13,9</i>	<i><b>13,8</b></i>	<i>17,0</i>	<i>38,0</i>	<i><b>29,7</b></i>
(4) die Gruppe kann ich nicht so gut leiden	45,6	40,6	<b>42,5</b>	39,8	40,3	<b>40,1</b>	29,1	21,2	<b>24,3</b>
(5) das sind Gegner /Feinde von mir/ich bekämpfe sie	16,9	13,9	<b>15,1</b>	21,7	18,6	<b>19,8</b>	7,7	8,4	<b>8,1</b>
<i>(4+5) % kumuliert</i>	<i>62,5</i>	<i>54,5</i>	<i><b>57,6</b></i>	<i>61,5</i>	<i>58,9</i>	<i><b>59,9</b></i>	<i>36,8</i>	<i>29,6</i>	<i><b>32,4</b></i>

<i>Was trifft für Dich zu?</i>	<b>Autonome</b>			<b>Umweltschützer</b>			<b>Raver (Techno-Fans)</b>		
	2002	2006	<b>insg.</b>	2002	2006	<b>insg.</b>	2002	2006	<b>insg.</b>
(1) ich rechne mich selbst dazu/ lebe so ähnlich	3,7	2,1	<b>2,7</b>	2,8	3,1	<b>3,0</b>	22,3	8,4	<b>13,8</b>
(2) gehöre nicht dazu, finde solche Leute aber ganz gut	3,3	6,0	<b>5,0</b>	34,5	23,0	<b>27,6</b>	32,0	20,2	<b>24,8</b>
<i>(1+2) % kumuliert</i>	<i>7,0</i>	<i>8,1</i>	<i>7,7</i>	<i>37,3</i>	<i>26,1</i>	<i><b>30,6</b></i>	<i>54,3</i>	<i>28,5</i>	<i><b>38,6</b></i>
(4) die Gruppe kann ich nicht so gut leiden	20,9	22,5	<b>21,9</b>	17,7	21,7	<b>20,1</b>	11,7	19,6	<b>16,5</b>
(5) das sind Gegner /Feinde von mir/ich bekämpfe sie	9,4	6,8	<b>7,8</b>	5,6	7,3	<b>6,7</b>	2,8	5,5	<b>4,5</b>
<i>(4+5) % kumuliert</i>	<i>30,3</i>	<i>29,3</i>	<i><b>29,7</b></i>	<i>23,3</i>	<i>29,0</i>	<i><b>26,8</b></i>	<i>14,5</i>	<i>25,1</i>	<i><b>21,0</b></i>

$n_{(2002)} = 246$ ;  $n_{(2006)} = 382$

Demgegenüber fallen die Einstellungen gegenüber Skinheads und Hooligans unter den befragten Jugendlichen sehr stark polarisiert aus. Die Zugehörigkeits- und Zustimmungsteile bei den Skinheads weisen im Referenzzeitraum über alles betrachtet einen relativ stabilen Trend auf. Bekannten sich 2002 noch 5,6%

dieser Gruppe zugehörig, waren es 2006 mit 4,5% etwas weniger. Der Anteil derjenigen Jugendlichen, die Skinheads „gut“ finden, nahm dagegen von 8% auf 9,4% leicht zu. Damit waren im Jahr 2006 insgesamt noch etwa 13,9% der befragten Jugendlichen Skinheads gegenüber positiv eingestellt (2002: 13,6%).

Bei den Hooligans auf der Insel Usedom, die im Übrigen nach unseren Analysen in der Mehrzahl über fremdenfeindliche/rechtsextreme Einstellungen verfügen,<sup>104</sup> ergeben sich bei leicht steigender Tendenz gleichfalls recht konstante Größenverhältnisse über den gesamten Erhebungszeitraum hinweg. Der Zugehörigkeitsanteil in der Erhebung 2006 mit 4,5% ebenso wie der Sympathisantenanteil mit 9,2% entspricht nahezu übereinstimmend demjenigen bei den Skinheads und deren Sympathisanten.

Besonders auffällig ist, dass diese beiden Gruppen unter den Jugendlichen sehr stark polarisieren und im Vergleich mit allen anderen hier einbezogenen Gruppen auf die höchste Ablehnung und Gegnerschaft stoßen. Von durchschnittlich etwa rd. 60% der befragten Jugendlichen werden Skinheads und Hooligans gleichermaßen abgelehnt bzw. negativ beurteilt.

Unter sozial- und entwicklungspsychologischer, aber auch präventiver Sicht ist dies ein wichtiger Befund, da in den Phasen des Übergangs von der Kindheit zur Jugend und in der Jugend relevante Gleichaltrigengruppen für die Entwicklung der sozialen Identität als Teil des Selbstkonzeptes (vgl. *Tajfel* 1978; *Tajfel/Turner* 1986) zunehmend an Bedeutung gewinnen. Diese Bedeutung liegt vor allem in der emotionalen Kohäsion und den normativen Urteilsbildungen (Einstellungen) sowie den korrespondierenden Verhaltensweisen, die wechselseitig eine Zugehörigkeit zur Gruppe und das Selbstverständnis einer Gruppe – gerade auch im Vergleich mit anderen Gruppen – kennzeichnen. Insbesondere bei Minderheitengruppen wird darüber hinaus das Ausmaß der Konformität, der intraindividuellen (diachronen) und der interindividuellen (synchronen) Konsistenz sowie das (interne und externe) Verhalten durch eine Ablehnung oder gar Gegnerschaft von relevanten Mehrheitengruppen in Richtung einer gesteigerten Salienz der Einstellungs-Verhaltens-Korrespondenz beeinflusst, was zu einer Verstärkung der Intergruppendifferenzierung und negativen Stereotypisierungen führt (vgl. zusammenfassend *Stroebe/Jonas/Hewstone* 2002, S. 451 ff.).

Diese beschriebenen Prozesse erschweren präventive Interventionen um solche Gruppen „aufzubrechen“ und eine Einstellungs- und Verhaltensänderung der Mitglieder herbeizuführen ungemein, zumal hierbei die nicht selten ungüns-

---

104 Von den sich den Hooligans zurechnenden Usedomer Jugendlichen verfügen 55% über eine deutlich fremdenfeindliche und rechtsextreme Orientierung (Xenophobie/Rechtsextremismus-Skalenindizes  $\geq 3,0$ ). Unter den Hooligan-Sympathisanten trifft dies noch auf jeden Dritten zu (33,5%). In Greifswald fallen die entsprechenden Anteile in der jüngsten Erhebung 2006 etwas niedriger aus (vgl. Kapitel A.6.2, Tabelle 6.2, S. 73). Der Anteil rechter Hooligans beträgt rd. 40% und der rechtsorientierter Hooligan-Sympathisanten 36% (vgl. zum Thema Rassismus und Fußball auch *Schäfer-Vogel* 2007; *Dembowski* 2007).

tigen sozialen und ökonomischen Hintergrundbedingungen in Kombination mit erheblichen Bildungsdefiziten der jugendlichen Gruppenmitglieder zu berücksichtigen sind.

### 6.3 Politisches Interesse und Parteipräferenz

Im Bereich der gesellschaftlichen Orientierungen haben wir die Jugendlichen auch nach ihrem *allgemeinen politischen Interesse* gefragt. Hinsichtlich des nach dem Ausmaß kategorisierten Interesses ergeben sich zunächst die in der Tabelle 6.3 dargestellten prozentualen Anteilswerte für die Erhebungen auf der Insel Usedom und in der Hansestadt Greifswald.

Tabelle 6.3: Politisches Interesse bei Jugendlichen auf der Insel Usedom (2002 und 2006) und in Greifswald (1998, 2002 und 2006)

		Usedom					
		2002		2006		Gesamt	
		Anzahl	Anzahl der Spalten (%)	Anzahl	Anzahl der Spalten (%)	Anzahl	Anzahl der Spalten (%)
Politikinteresse	sehr stark	4	1,6%	17	4,4%	21	3,3%
	stark	25	10,0%	31	8,1%	56	8,8%
	mittel	72	28,9%	131	34,0%	203	32,0%
	wenig	86	34,5%	110	28,6%	196	30,9%
	überhaupt nicht	62	24,9%	96	24,9%	158	24,9%
	Gesamt	249	100,0%	385	100,0%	634	100,0%

		Greifswald							
		1998		2002		2006		Gesamt	
		Anzahl	Anzahl der Spalten (%)	Anzahl	Anzahl der Spalten (%)	Anzahl	Anzahl der Spalten (%)	Anzahl	Anzahl der Spalten (%)
Politikinter- esse	sehr stark	63	4,2%	24	3,3%	30	3,6%	117	3,8%
	stark	155	10,3%	58	8,1%	75	9,1%	288	9,4%
	mittel	462	30,6%	224	31,2%	260	31,6%	946	31,0%
	wenig	478	31,7%	218	30,3%	256	31,1%	952	31,2%
	überhaupt nicht	351	23,3%	195	27,1%	202	24,5%	748	24,5%
	Gesamt	1509	100,0%	719	100,0%	823	100,0%	3051	100,0%

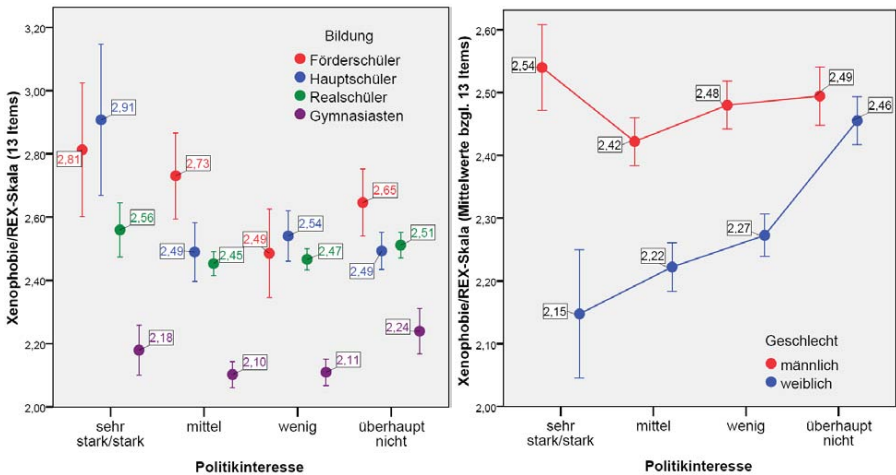
Es bestätigt sich zunächst der aus anderen Jugendstudien bekannte Befund, dass etwa ein Viertel der Jugendlichen sich überhaupt nicht für Politik interessiert (*Shell Jugendstudie* 2006: 24%) und etwa ein Drittel nur sehr wenig (*Shell Jugendstudie* 2006: 40%), damit also mehrheitlich Jugendliche kaum oder überhaupt nicht politisch interessiert sind (Usedom insgesamt: 55,8%; Greifswald insgesamt: 55,7%; *Shell Jugendstudie* 2006: 64%).

Die Stärke des allgemeinen politischen Interesses ist auch bei den Usedomer ebenso wie den Greifswalder Jugendlichen abhängig vom Bildungsniveau und – wie dies andere Jugendstudien zeigen – von einem politisch interessierten Elternhaus, das wiederum in enger Beziehung mit der Bildung bzw. der sozio-ökonomischen Lage der Eltern steht (vgl. *Shell Jugendstudie* 2002 und 2006). So sind die Gymnasiasten beiderlei Geschlechts erwartbar und signifikant am

stärksten allgemein politisch interessiert und unterscheiden sich diesbezüglich am deutlichsten von den befragten Förder- und Hauptschülern mit dem geringsten Interesse.

Über die verschiedenen Ausprägungen des politischen Interesses hinweg ergeben sich allerdings in Verbindung mit dem Bildungsniveau und dem Geschlecht interessante Korrespondenzen mit fremdenfeindlichen/rechtsextremen Einstellungen. So zeigt sich zwar, dass das politische Interesse kein eigenständiger Hauptfaktor für solche Einstellungen darstellt, und dass das Bildungsniveau neben dem Geschlecht erwartbar von größter Bedeutung ist, darüber hinaus ergibt sich allerdings eine signifikante Wechselwirkung zwischen dem politischen Interesse und dem Geschlecht bzgl. rechtsextremer/fremdenfeindlicher Einstellungen (vgl. Abbildung 6.9).

Abb. 6.9: Zusammenhang zwischen politischem Interesse, Bildung und Geschlecht mit fremdenfeindlichen/rechtsextremen Einstellungen bei Jugendlichen auf der Insel Usedom und in Greifswald (gepoolter Datensatz 1998 - 2006)



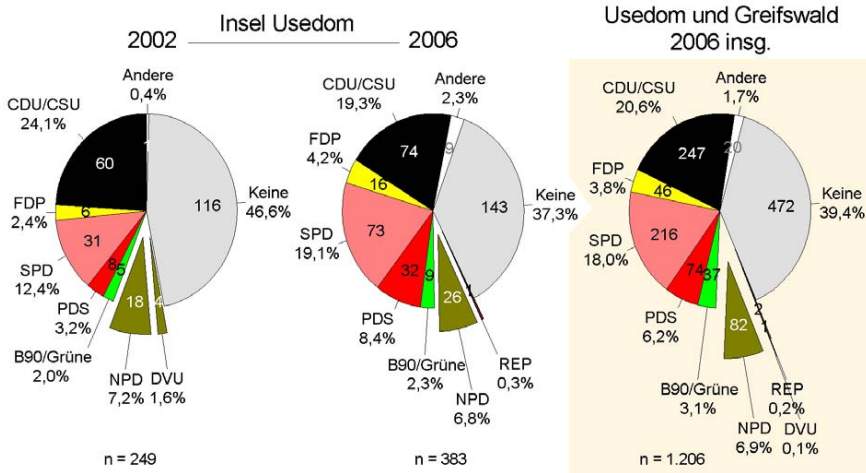
Im Vergleich der Bildungsstufen zeigt sich für alle politischen Interessenstufen ein deutlicher Unterschied zwischen den Gymnasiasten mit den durchgängig niedrigsten fremdenfeindlichen/rechtsextremen Indexwerten auf der einen und den übrigen Schülern mit signifikant höheren Indexwerten auf der anderen Seite. Die Haupt- und Förderschüler zeigen aber in größerem Maße fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen, wenn sie sich als stark oder sehr stark politisch interessiert einstufen. Bei differenzierter Betrachtung trifft dies aber nur auf die männlichen Haupt- und Förderschüler sowie Realschüler zu, da sich die politisch interessierten Schülerinnen unabhängig von der Schulform ganz deutlich



und hochsignifikant von fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen distanzieren. Auf der anderen Seite scheint ein hohes politisches Interesse bei männlichen Nicht-Gymnasiasten – insbesondere bei Haupt- und Förderschülern – überzufällig häufig mit fremdenfeindlichen/rechtsextremen Orientierungen verbunden zu sein. D. h., fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen bilden bei diesen männlichen Jugendlichen gewissermaßen konstituierende und kongruente Elemente des Verständnisses darüber, was mit allgemeinem politischem Interesse gemeint wird.

Diesen allgemein politischen Bereich ergänzend, haben wir die Jugendlichen auch nach ihren Sympathien bzw. *Präferenzen* für die in Deutschland quantitativ bedeutsam wirkenden *politischen Parteien* gefragt.<sup>105</sup> Wie aus den Kreisdiagrammen in Abbildung 6.10 zu entnehmen ist, bilden in Übereinstimmung mit den Angaben zum politischen Interesse jeweils diejenigen Jugendlichen, denen überhaupt keine politische Partei nahesteht, die größte Gruppe. Erwartbar werden von den Parteien die beiden großen „Volksparteien“ CDU/CSU und SPD am stärksten präferiert.

Abb. 6.10: Parteipräferenzen bei Jugendlichen auf der Insel Usedom (2002 und 2006) sowie auf Usedom und in Greifswald 2006 (insgesamt)



Mit Blick auf das Thema dieses Abschnittes ist die Entwicklung der Sympathie gegenüber rechten Parteien über den jeweiligen Referenzzeitraum hinweg besonders interessant. Unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom zeigt sich

105 Die Frage hierzu lautete: „Welche politische Gruppierung steht Dir alles in allem genommen am nächsten?“ Neben den vorgegebenen Parteien, konnten die Jugendlichen auch „keine“ oder „andere“ in Verbindung mit „welche?“ ankreuzen bzw. angeben.

über die beiden Erhebungszeiträume 2002 und 2006 hinweg eine relativ stabile hohe Zustimmungsquote für die rechten Parteien und hierbei insbesondere für die NPD, die eine mittlere Präferenzrate von rd. 7% erreicht. Die größte Zustimmung gegenüber rechten Parteien findet sich bei den Jugendlichen in Greifswald in der Erhebung 1998 mit zusammen 14,7%. Im Jahr 2002 waren es nur 3,7% und in der aktuellen Erhebung 2006 ist dieser Anteil auf 7,1% wieder angestiegen und liegt damit auf dem Niveau der Usedomer Jugendlichen (vgl. Kapitel A.6.3, Abbildung 6.9, S. 77).

Diese Entwicklung mit ihren Schwankungen in den Präferenzen für rechts-extreme Parteien verläuft damit sowohl für die Usedomer als auch für die Greifswalder Jugendlichen übereinstimmend mit derjenigen, die wir für fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen unter den Jugendlichen ermittelt haben (s. o.).<sup>106</sup> Besonders beachtlich erscheint der Befund, dass unter den Jugendlichen (mit der Ausnahme Greifswald im Jahr 2002 aufgrund des bereits erörterten Periodeneffekts) hinsichtlich des Parteienspektrums die rechtsextremen Parteien zusammen nach der CDU/CSU und SPD jeweils die drittstärkste „Gruppierung“ bilden, was wiederum die hohe Relevanz des Problems des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit unterstreicht. Ferner sei angemerkt, dass sich die Parteipräferenzen der befragten Jugendlichen auf der Insel Usedom und in Greifswald im Jahr 2006 statistisch nicht unterscheiden, so dass für das Jahr 2006 eine zusammengefasste Darstellung bzw. Betrachtung möglich ist.

Dass mit einer entsprechend rechtsextremen Parteipräferenz faktisch solche Einstellungen dominieren, wird in der nachstehenden Abbildung 6.11 deutlich. So weisen die männlichen und weiblichen befragten Usedomer und Greifswalder Jugendlichen, die rechtsextremen Parteien Sympathien entgegenbringen, die mit Abstand höchsten Zustimmungswerte auf der Fremdenfeindlichkeit/Rechtsextremismus-Skala auf. Demgegenüber bilden die jugendlichen Anhänger der Grünen und hier insbesondere die weiblichen Befragten den Gegenpol mit den niedrigsten Indexwerten auf dieser Skala.

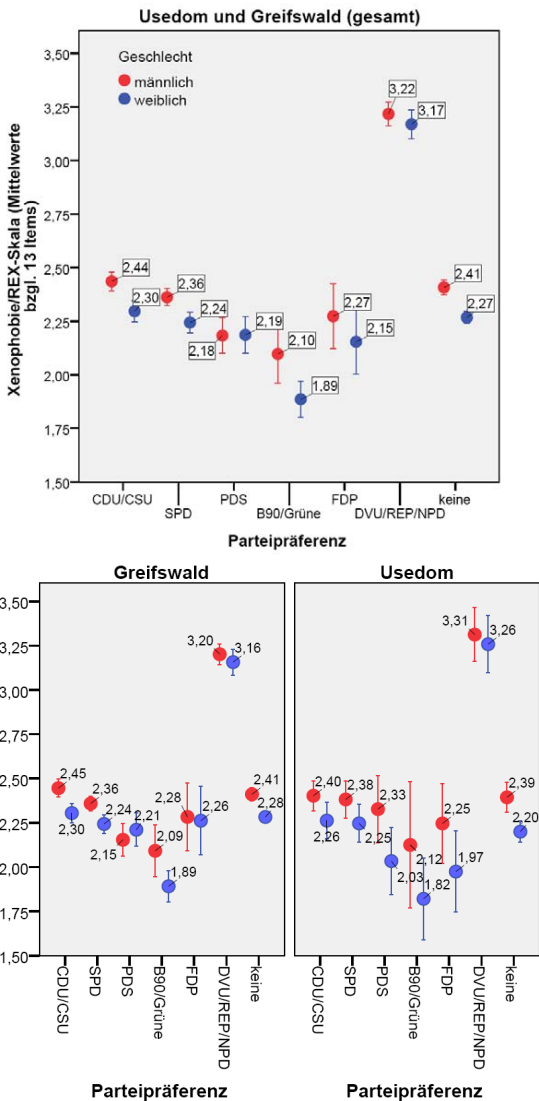
Diese Befunde kontrastieren im Vergleich mit anderen repräsentativen Jugendstudien, die zudem eine Ost-/Westdifferenzierung erlauben, erheblich. So zeigt sich etwa in den renommierten *Shell Jugendstudien* 2002 und 2006, dass extreme Positionen am rechten wie am linken Rand nur von einer Minderheit der Jugendlichen vertreten werden.<sup>107</sup>

---

106 Vgl. hierzu den ergänzenden Kommentar in Kapitel A.6.3, Fußnote 50, S. 78.

107 Angemerkt sei hier, dass sich die Angaben auf der 11-stufigen „Links-Rechts“-Skala (0-10) mit den Extremwerten 0-2 („Links“) bzw. 8-10 („Rechts“) hier allerdings auf Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren beziehen. Demgegenüber wird die Parteiaffinität für verschiedene Altersgruppen – so auch für die 15- bis 17-Jährigen – vergleichbar ausgewiesen. Diesbezüglich ergeben sich allerdings zwischen den Altersgruppen keine Unterschiede bzgl. der Zustimmungsanteile gegenüber rechtsextremen Parteien.

Abb. 6.11: Fremdenfeindliche/rechtsextreme Einstellungen nach der Parteipräferenz bei Jugendlichen auf der Insel Usedom und in Greifswald (gepoolter Datensatz 2002 - 2006 bzw. 1998 - 2006)



So ist in den neuen Bundesländern im Erhebungsjahr 2006 der Anteil der sich deutlich „links“ einstuft mit 13% im Vergleich zu 9% in den alten Bundesländern etwas höher. Demgegenüber ergeben sich bei den sich selbst als extrem

„rechts“ einstuftenden Jugendlichen mit jeweils nur 4% keine Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern (vgl. *Shell Jugendstudie* 2006, S. 109 f.). Auch hinsichtlich der Parteipräferenzen haben sich in den letzten beiden *Shell Jugendstudien* keine wesentlichen Unterschiede ergeben. Zunächst mit den Usedomer und Greifswalder Daten in Einklang stehend, gaben 41% bzw. 40% der Jugendlichen an, keiner Partei nahe zu stehen bzw. eine Lösung der Probleme in Deutschland zuzutrauen.<sup>108</sup> Auch gegenüber den beiden großen Volksparteien sind die Zustimmungssanteile in der Tendenz ähnlich: ca. 20% CDU/CSU und ca. 18% SPD. Deutliche Unterschiede in der Parteiaffinität ergeben sich aber bzgl. der „kleinen“ Parteien und hier insbesondere bzgl. der rechtsextremen Parteien. So tendieren in der Altersgruppe der 15- bis 17-Jährigen 6% zu den Grünen, 3% zur FDP und weitere 3% zur PDS, aber nur jeweils 1% der Jugendlichen (Erhebung 2002 und auch 2006) präferieren die rechtsextremen Parteien (vgl. *Shell Jugendstudie* 2006, S. 109 f.).<sup>109</sup> Auch dieser ergänzende Vergleich macht deutlich, dass Rechtsextremismus und insbesondere Fremdenfeindlichkeit unter den Usedomer und Greifswalder Jugendlichen gleichermaßen ein doch erhebliches und ernsthaftes Problem darstellt.

## 6.4 Einstellungen gegenüber Polen

Mit Blick auf die *Mitgliedschaft Polens* in der *Europäischen Union* seit dem 1. Mai 2004 und der unmittelbaren territorialen Anrainerschaft der Insel Usedom sowie der geographischen Nähe der Hansestadt Greifswald zum Nachbarland Polen, haben wir erstmals in der Erhebung 2002 in einem kurzen Abschnitt des Fragebogens Einstellungen gegenüber Polen und der polnischen Bevölkerung erhoben. Diese Fragen wurden in der Erhebung 2006 wiederholt gestellt, so dass wir jeweils zwei Analysedatensätze (zwei Jahre vor und zwei Jahre nach dem Beitritt Polens) für den Vergleich der Einstellungen gegenüber Polen vorliegen haben. Auch unter dem Aspekt einer leidvollen deutsch-polnischen Vergangenheit infolge des durch den deutschen Faschismus verursachten 2. Weltkrieges einerseits und des Wiederauflebens rechtsextremer Parteien und Tendenzen in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte bis heute andererseits sind Einstel-

---

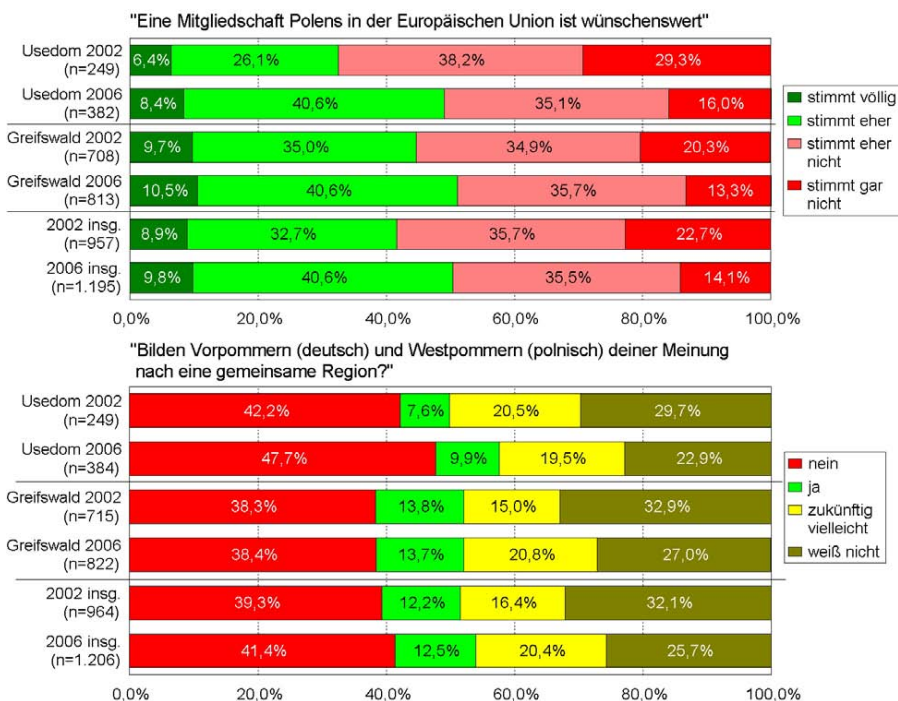
108 Hier ist aber zu berücksichtigen, dass die Frage nach der Parteipräferenz in der *Shell Jugendstudie* 2002 und 2006 von unserer Formulierung (s. o.) abweicht. Die Formulierung in den *Shell Jugendstudien* lautete „Welche der folgenden Parteien kann Ihrer Meinung nach die Probleme in Deutschland am besten lösen?“, und stellt damit unmittelbar auf eine Kompetenzzuweisung ab. Ein direkter Vergleich ist daher nur bedingt möglich.

109 Bzgl. fremdenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen, aber auch abwertender Einstellungen gegenüber Behinderten, Obdachlosen usw., weisen andere regionale Studien oder solche, die einen Bundesländer- bzw. Ost-West-Vergleich ermöglichen, in der Mehrzahl allerdings auf eine höhere Belastung in den neuen Bundesländern hin (vgl. Kapitel A.6.3, Fußnote 53, S. 80).

lungen unter den Usedomer und Greifswalder Jugendlichen zu unserem Nachbarland Polen hinsichtlich einer gemeinsamen Zukunft innerhalb der Europäischen Union von besonderem Interesse.

Zunächst haben wir die Jugendlichen gefragt, inwieweit eine Mitgliedschaft Polens in der EU wünschenswert sei und ob, im Hinblick auf die historische, kulturelle und regionale Identität Pommerns, Vorpommern auf der deutschen und Westpommern auf der polnischen Seite eine gemeinsame Region bilden würden. Wie Abbildung 6.12 zeigt, sind die Usedomer wie Greifswalder Jugendlichen deutlich und nahezu mehrheitlich distanziert gegenüber dem Nachbarland eingestellt.

Abb. 6.12: Einstellungen gegenüber Polen bei Jugendlichen auf der Insel Usedom und in Greifswald (2002 und 2006)



Etwa jeder zweite Jugendliche betrachtet eine EU-Mitgliedschaft Polens als nicht wünschenswert, wobei sich in der aktuellen Erhebung 2006 der Anteil der ablehnenden Jugendlichen gegenüber 2002 insbesondere unter den Usedomer Jugendlichen verringert hat (Usedom: von 67,5% auf 51,1%; Greifswald: von 55,2% auf 49%).

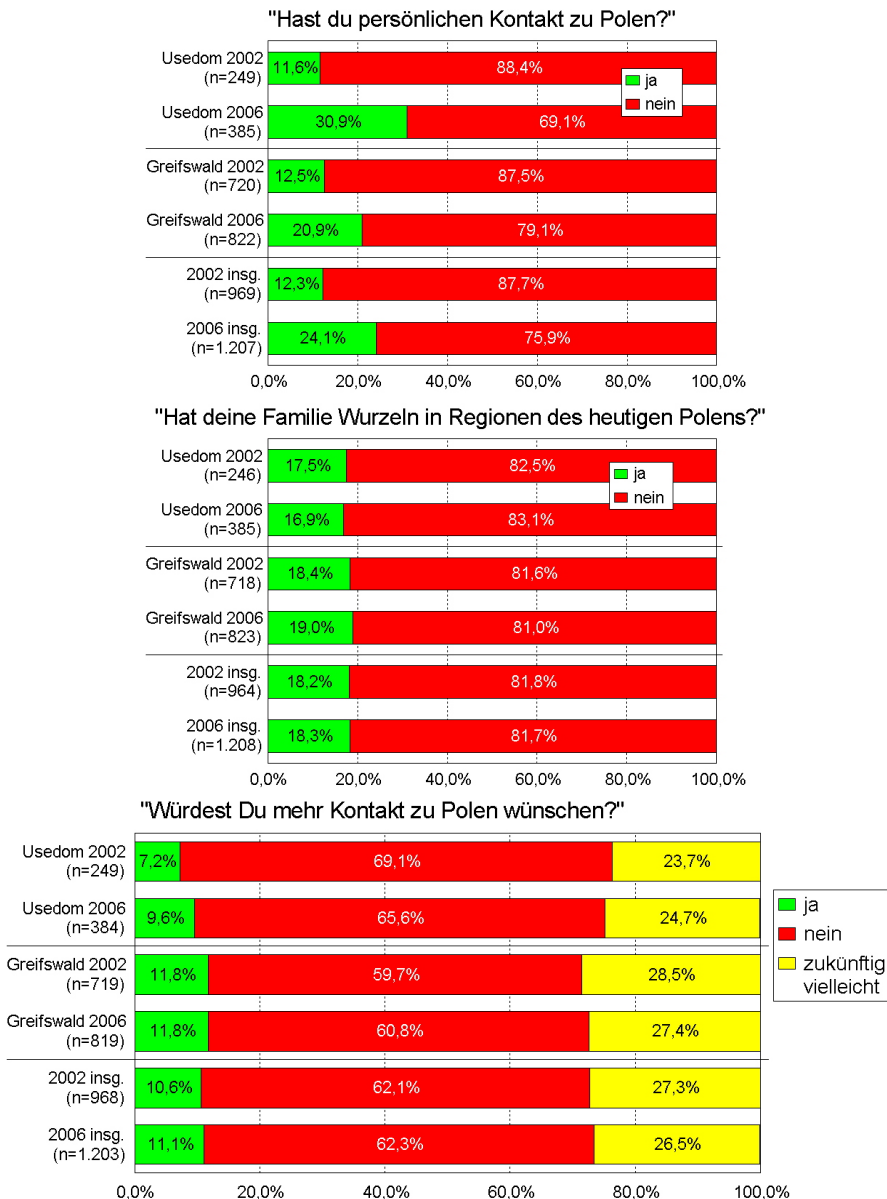
Demgegenüber unterscheiden sich die Usedomer signifikant von den Greifswalder Jugendlichen in der Frage, ob Vorpommern und Westpommern eine gemeinsame Region bilden. Unter den Usedomer Jugendlichen ist der Anteil eine solche Sicht ablehnender Jugendlichen insgesamt höher und nimmt gegenüber 2002 sogar zu, von 42,2% im Jahr 2002 auf 47,7% im Jahr 2006, während die Anteile zustimmender Jugendlicher nahezu konstant hoch ausfallen (28,1% bzw. 29,4%). Unverändert viele Jugendliche in Greifswald, aber signifikant weniger als auf Usedom, sehen in der Region Vorpommern/Westpommern keine gemeinsame Region (38,3% vs. 38,4%), wobei auch die Zustimmung mit rd. 14% unverändert niedrig bleibt, sich allerdings der Anteil, der dies zukünftig als möglich erachtet, um rd. 6%-Punkte vergrößert hat. Vermutlich ergeben sich im Hinblick auf einen gemeinsamen europäischen Binnenmarkt differenzielle Einschätzungen, die stärker von ökonomischen bzw. arbeitsmarktspezifischen Gesichtspunkten beeinflusst sind und bei den in direkter Nachbarschaft lebenden Usedomer Jugendlichen sehr viel größere Vorbehalte und möglicherweise Ängste auslösen, als dies bei den entfernter wohnenden Greifswalder Jugendlichen der Fall ist.

Diese deutlich ausgeprägte Distanz gegenüber Polen zeigt sich auch darin, dass der überwiegende Teil der befragten Jugendlichen keine persönlichen direkten oder mittelbar familiären Kontakte zu Polen hat (vgl. nachstehende Abbildung 6.13). Nur etwa jeder dritte Usedomer und jeder fünfte Greifswalder Jugendliche hat solche persönlichen Kontakte in der Erhebung 2006 angegeben. Gegenüber der Erhebung 2002 zeigt sich aber eine deutlich steigende Tendenz. Wurden 2002 nur von etwa jedem 8. befragten Usedomer und Greifswalder Jugendlichen persönliche Kontakte mit Polen berichtet, hat sich 2006 der Anteil unter den Usedomer Jugendlichen auf 30,9% mehr als verdoppelt (+166,4%) und unter den Greifswalder Jugendlichen auf 20,9% erhöht (+67%).

Etwa jeder fünfte Jugendliche gab an, dass seine Familie Wurzeln in der Region des heutigen Polens hat. In der Regel stammen die Großeltern bzw. ein Großelternanteil oder die Urgroßeltern und andere Verwandte (etwa Großtante oder -onkel) aus den ehemaligen ostpreußischen und schlesischen Gebieten. In ganz wenigen Einzelfällen ist ein Familienangehöriger oder eine Familienangehörige des befragten Jugendlichen polnischer Herkunft.

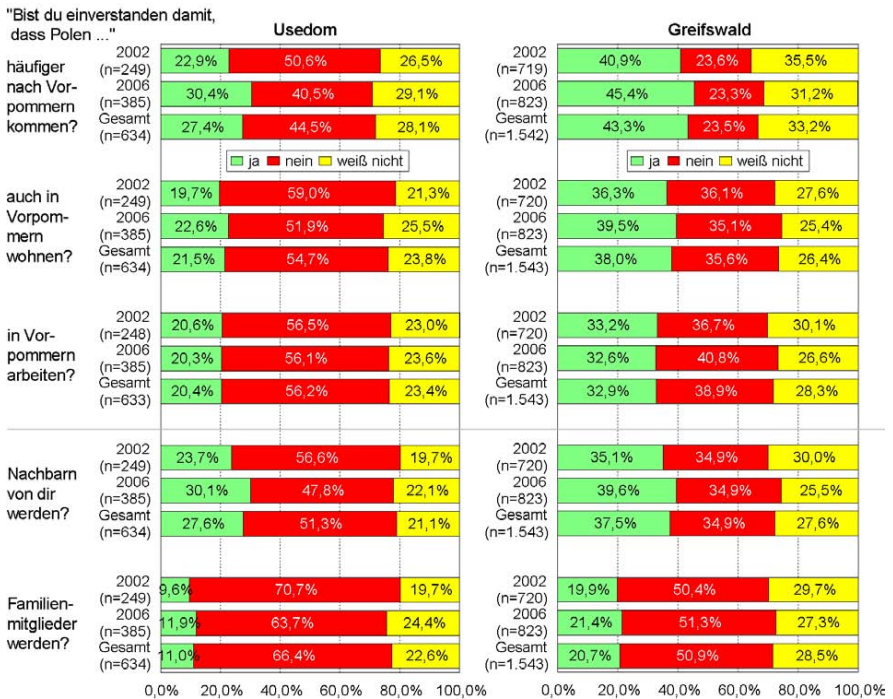
Auch hinsichtlich des Wunsches nach mehr Kontakten mit Polen fallen die Angaben hierzu in allen Erhebungen nahezu übereinstimmend deutlich reserviert aus (vgl. Abbildung 6.13 unten). Ein solcher Kontaktwunsch wird nur von etwa jedem 10. Jugendlichen auf Usedom bzw. jedem 9. in Greifswald geäußert. Nicht ganz jeder vierte Jugendliche auf der Insel Usedom bzw. jeder dritte in Greifswald kann sich einen solchen Kontaktwunsch in der Zukunft vielleicht vorstellen. Für die große Mehrheit der Jugendlichen, rd. zwei Drittel auf Usedom und etwas über 60% in Greifswald, ist aber ein solcher Wunsch überhaupt nicht vorhanden bzw. nicht erwägbare.

Abb. 6.13: Persönlicher Kontakt zu Polen, familiäre Wurzeln in Polen und Kontaktwunsch gegenüber Polen bei Jugendlichen auf der Insel Usedom und in Greifswald (2002 und 2006)



Wir haben die Jugendlichen auch danach befragt, unter welchen Umständen sie polnische Bürger – abgestuft nach dem Grad möglicher sozialer Konstanz und persönlicher Nähe – in der Region Vorpommern akzeptieren würden oder nicht (vgl. Abbildung 6.14).

Abb. 6.14: Einstellungen gegenüber Polen bei Jugendlichen auf der Insel Usedom und in Greifswald im Vergleich (2002 und 2006)



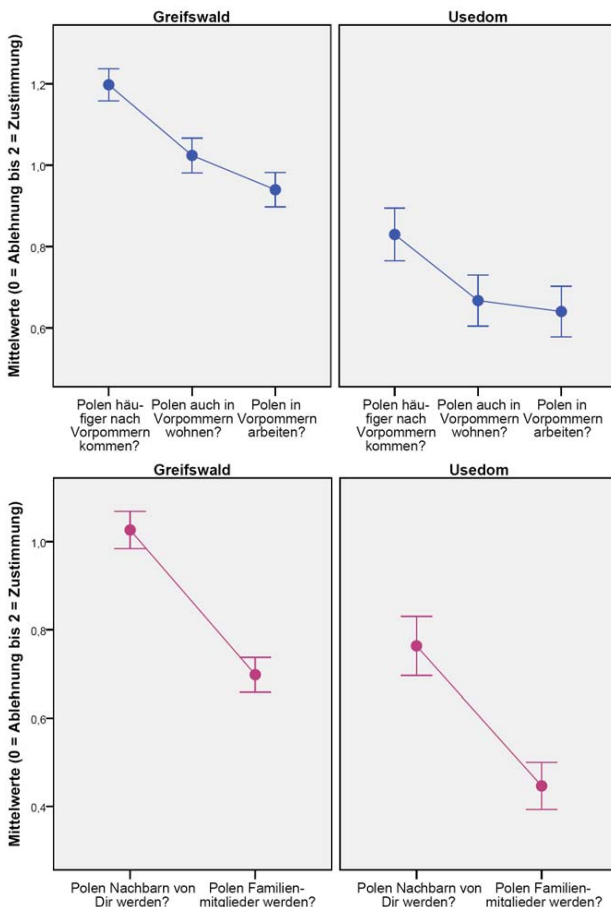
Mit Blick auf die Verhältnisse zwischen den Usedomer und Greifswalder Jugendlichen zeigt sich zunächst durchgängig eine größere Distanz und stärkere Skepsis der Usedomer Jugendlichen gegenüber den Polen. Innerhalb dieser unterschiedlichen Niveaus findet sich allerdings jeweils eine übereinstimmende Tendenz, dass sowohl im Bereich der grenznahen Mobilität und des Zuzugs von Polen als auch im Bereich der persönlichen Beziehungen zu Polen, die Akzeptanz unter den Jugendlichen gegenüber Polen mit zunehmendem Grad der sozialen Verbindlichkeit und Dauerhaftigkeit einerseits und einer persönlichen Nähe andererseits abnimmt und dementsprechend die Ablehnung – bei gleichzeitig relativ konstant ausfallenden Anteilen der hierzu unentschlossen eingestellten



Jugendlichen – zunimmt.<sup>110</sup> Mit Ausnahme der Möglichkeiten einer beruflichen Tätigkeit von Polen in Vorpommern und einer familiären Beziehung mit einem Polen oder einer Polin, die beide die höchsten Ablehnungsquoten erfahren, ergeben sich aber im Vergleich der beiden Erhebungszeiträume 2006 gegenüber 2002 tendenziell leicht zunehmende Akzeptanzraten hinsichtlich der anderen aufgeführten Einstellungsfragen gegenüber Polen.

Aus den fünf Einstellungsfragen gegenüber Polen (s. o. Abbildung 6.14) haben wir wiederum, entsprechend dem Verfahren zur Gewaltakzeptanz und Fremdenfeindlichkeit/Rechtsextremismus, eine Summenindex-Skala gebildet,

110 Die beschriebenen Verhältnisse lassen sich am besten über einen Vergleich der Mittelwertunterschiede zwischen den einzelnen Items darstellen:



deren Werte zwischen 0 = maximal negative Einstellung und 2 = maximal positive Einstellung variieren können.<sup>111</sup> Erneut nach drei Einstellungsgruppen kategorisiert (negative, ambivalente und positive Einstellung), ergeben sich die in Tabelle 6.4 ausgewiesenen prozentualen Anteile für die jeweilige Einstellungskategorie der Jugendlichen auf der Insel Usedom und im Vergleich hierzu in der Hansestadt Greifswald.

Tabelle 6.4: Einstellungen gegenüber Polen bei Jugendlichen auf der Insel Usedom und in Greifswald (jeweils 2002 und 2006) nach drei unterschiedlichen Akzeptanzgruppen

		Usedom					
		Erhebungsjahr					
		2002		2006		Gesamt	
		Anzahl	Spalten (%)	Anzahl	Spalten (%)	Anzahl	Spalten (%)
Einstellung gegenüber Polen	negative Einstellung	152	61,0%	200	51,9%	352	55,5%
	ambivalente Einstellung	54	21,7%	105	27,3%	159	25,1%
	positive Einstellung	43	17,3%	80	20,8%	123	19,4%
	Gesamt	249	100,0%	385	100,0%	634	100,0%

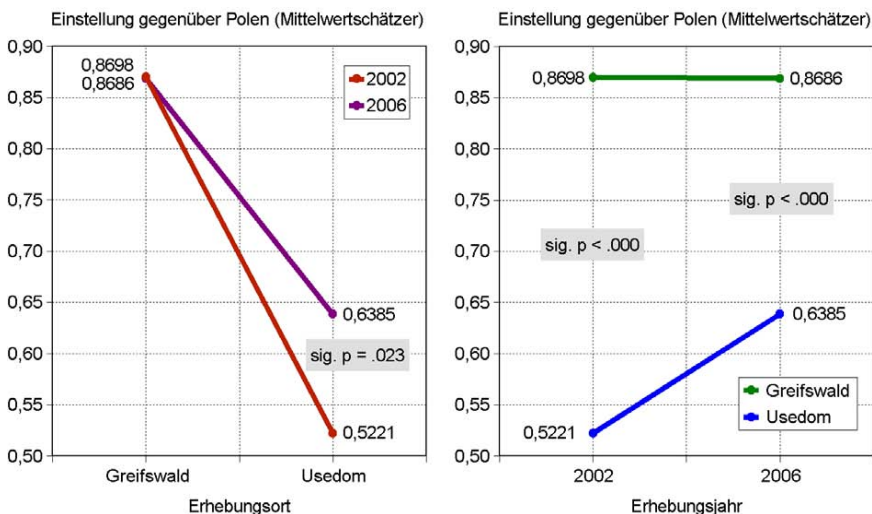
		Greifswald					
		Erhebungsjahr					
		2002		2006		Gesamt	
		Anzahl	Spalten (%)	Anzahl	Spalten (%)	Anzahl	Spalten (%)
Einstellung gegenüber Polen	negative Einstellung	257	35,7%	296	36,0%	553	35,8%
	ambivalente Einstellung	228	31,7%	243	29,5%	471	30,5%
	positive Einstellung	235	32,6%	284	34,5%	519	33,6%
	Gesamt	720	100,0%	823	100,0%	1543	100,0%

In dieser Betrachtung wird die größere Distanz der Usedomer Jugendlichen gegenüber den polnischen Grenznachbarn besonders deutlich. Mehr als die Hälfte der Usedomer Jugendlichen stehen den Polen eher negativ gegenüber, während dies in Greifswald auf noch rd. 36% der Jugendlichen zutrifft. Über eine positive Einstellung gegenüber Polen verfügt auf der Insel Usedom nur etwa jeder fünfte Jugendliche, während dies in Greifswald für jeden dritten Jugendlichen zutrifft. Während allerdings in Greifswald sehr stabile Verhältnisse über den Referenzzeitraum vorliegen – was sowohl für die ablehnenden als auch die positiven Haltungen zutrifft –, zeigt sich für die Jugendlichen auf der Insel Usedom eine signifikant positive Veränderung in den Einstellungen gegenüber den Polen. So ergibt sich eine Verringerung in den ablehnenden Haltungen von 61% im Jahr 2002 auf 51,9% im Jahr 2006 (-15%), aber auch eine deutliche Zunahme der ambivalent (+25,8%) und positiv eingestellten (+20,2%) Usedomer Jugendlichen, auch wenn insgesamt das Zustimmungsniveau im Jahr 2006 noch deutlich unter den Werten in Greifswald liegt (vgl. Tabelle 6.4).

111 Die aus den fünf Einstellungsfragen gebildete Skala besitzt eine gute interne Reliabilität (Cronbachs alpha = .89).

Um diesen regionalen Vergleich statistisch differenzierter unter Berücksichtigung bzw. Kontrolle der teilweise zwischen den Erhebungsorten (Insel Usedom und Greifswald) einerseits und den beiden Erhebungszeiträumen (2002 bis 2006) andererseits abweichenden Bildungs-, Geschlechts- und Altersverhältnisse zu untersuchen, haben wir analog der bisherigen Verfahrensweise (s. o.) differenzierte Mittelwertvergleiche der Skalenindizes auf der Basis der zuvor beschriebenen Einstellungsskala bzgl. aller fünf Aussagen gegenüber Polen durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Mittelwert-Unterschiedsanalysen sind in Abbildung 6.15 dargestellt.

Abb. 6.15: Einstellungen gegenüber Polen bei Jugendlichen auf der Insel Usedom und in Greifswald (2002 und 2006) im regionalen Vergleich: Mittelwertunterschiede unter Kontrolle von Geschlecht, Alter und Bildungsniveau



Insgesamt werden die bisherigen Analysen auch in den Mittelwertvergleichen – unter Kontrolle des Geschlechts, der Bildung und des Alters – bestätigt. So ergibt sich ein generell und überaus signifikant höheres Akzeptanzniveau gegenüber Polen unter den befragten Jugendlichen in Greifswald im Vergleich mit Usedom. Gleichzeitig verbleibt dieses insgesamt positivere Einstellungsniveau unter den Greifswalder Jugendlichen über den Referenzzeitraum (2002 bis 2006) auf einem unverändert hohen Wert. Demgegenüber nimmt die Akzeptanz von Polen unter den Usedomer Jugendlichen auf deutlich niedrigerem Ausgangsniveau zwischen 2002 und 2006 signifikant zu, verbleibt aber auch 2006 noch statistisch signifikant unter dem Akzeptanzniveau der Greifswalder Jugendlichen.

Aufgrund der deutsch-polnischen Grenzöffnung seit dem 21. Dezember 2007 im Rahmen des „Schengener“-Abkommens, dem Polen als eines von acht weiteren neuen Mitgliedsländern des „Schengener“-Raums, beitrug, kann angenommen werden, dass dies zukünftig zu einer weiteren quantitativen und qualitativen Veränderung des Verhältnisses zwischen Polen und Deutschen führen wird. Unter diesem Gesichtspunkt ist die weitere Entwicklung der Einstellungen von Jugendlichen auf der Insel Usedom und in Greifswald gegenüber den polnischen Nachbarn, wie wir diese bisher untersucht haben, eine überaus spannende Fragestellung.

Mit Blick auf diejenigen Jugendlichen, die einen persönlichen Kontakt mit Polen oder familiäre Wurzeln haben, sind wir der Frage nachgegangen, inwieweit dies die ablehnenden Einstellungen gegenüber Polen vermindert (vgl. nachstehende Abbildung 6.16 und 6.17).

Abb. 6.16: Einstellungen gegenüber Polen in Abhängigkeit vom persönlichen Kontakt zu Polen bei Jugendlichen auf der Insel Usedom und in Greifswald (jeweils gepoolter Datensatz 2002 und 2006)

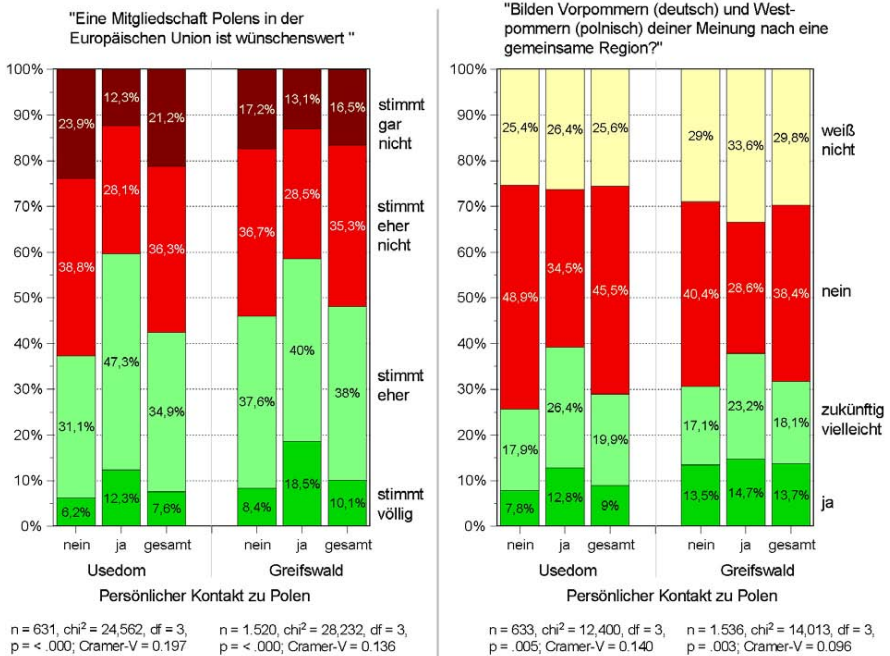
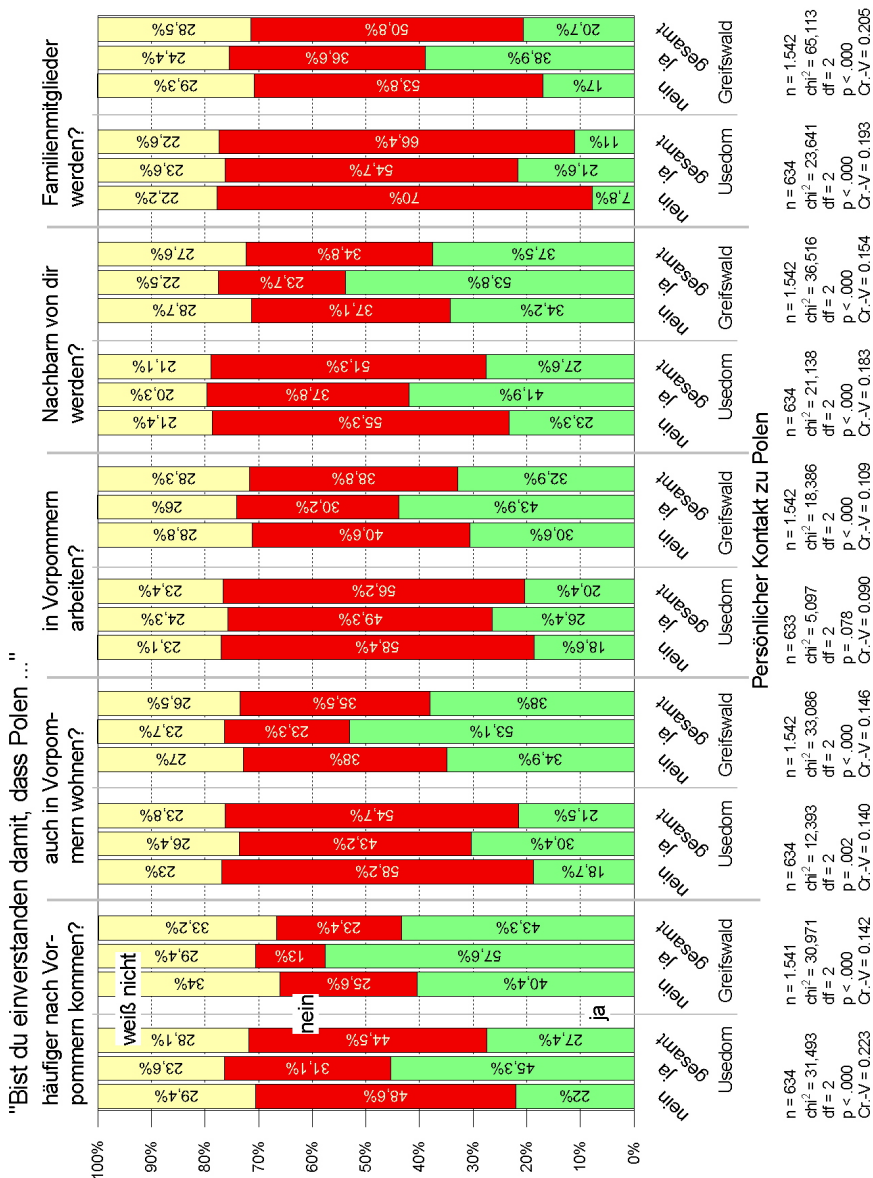


Abb. 6.17: Einstellungen gegenüber Polen in Abhängigkeit vom persönlichen Kontakt zu Polen bei Jugendlichen auf der Insel Usedom und in Greifswald (jeweils gepoolter Datensatz 2002 und 2006)



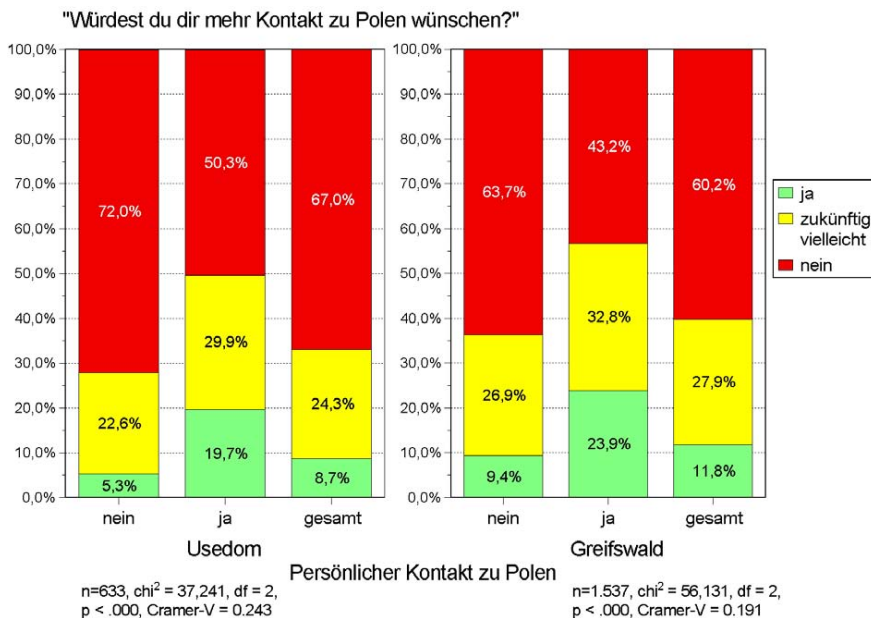
Wie die Abbildungen 6.16 und 6.17 zeigen, ergeben sich in Abhängigkeit von bereits bestehenden Kontakten zu Polen bzgl. aller hier einbezogenen Fragen und Aussagen sowohl bei den Jugendlichen auf der Insel Usedom als auch bei denen in Greifswald signifikant häufiger positive bzw. niedriger negative Einstellungen gegenüber Polen. So sind Jugendliche mit persönlichen Kontakten zu Polen gegenüber einer Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union mehrheitlich aufgeschlossener als Befragte ohne persönlichen Kontakt. Auch die Frage nach einer gemeinsamen Region Pommerns wird insgesamt positiver gesehen und vor allem deutlich weniger verneint. Die größten Unterschiede bzw. die stärksten positiven Zusammenhänge ergeben sich in den Fragen nach einer möglichen familiären Beziehung mit einem Polen oder einer Polin (Prozentsatzdifferenz: Usedom +13,8%, Greifswald +21,9%) und einer privaten Wohnnachbarschaft (Prozentsatzdifferenz: Usedom +18,6%, Greifswald +19,6%). Korrespondierend hierzu zeigt sich auch ein größeres Einverständnis dieser Jugendlichen mit bereits bestehenden Kontakten zu Polen hinsichtlich der grenznahen Mobilität und des Zuzugs von Polen: Dass Polen besuchsweise häufiger nach Vorpommern kommen (Prozentsatzdifferenz: Usedom +23,3%, Greifswald +17,2%), in Vorpommern wohnen (Prozentsatzdifferenz: Usedom +11,7, Greifswald +18,2%) und hier arbeiten (Prozentsatzdifferenz: Usedom +7,8%, Greifswald +13,3%).

Die vorhandenen etwas schwächeren Zusammenhänge im Bereich der sozialen und persönlich dauerhafteren Beziehungen zu Polen unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom im Vergleich mit den Greifswalder Jugendlichen, dürften ihre Ursache, wie erwähnt, in ökonomischen Ängsten aufgrund der direkten Nachbarschaft zu Polen haben. Gleichwohl trifft für alle befragten Jugendlichen zu, dass in Abhängigkeit von bereits bestehenden Kontakten zu Polen, die positiven Einstellungen signifikant höher ausfallen als dies bei Jugendlichen ohne Kontakte der Fall ist. Diese positiven und hochsignifikanten Beziehungen bestehen durchgängig auch bei denjenigen Jugendlichen, deren Familienangehörige und/oder Verwandte Wurzeln (überwiegend vertriebene Großeltern/-teile) in Regionen des heutigen Polens haben. Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, dass diese Jugendlichen im Vergleich mit denjenigen ohne familiäre Wurzeln auch nahezu doppelt so häufig bereits bestehende persönliche Kontakte zu Polen berichtet haben (Usedom insgesamt: 33,3% gegenüber 21,2%; Greifswald insgesamt: 29,2% gegenüber 14,1%; Gesamt: 30,3% gegenüber 16,2%).

Auch hinsichtlich des in die Zukunft gerichteten Wunsches nach vermehrten persönlichen Kontakten zu Polen ergibt sich gleichfalls ein signifikanter Unterschied zwischen Jugendlichen mit bereits bestehenden persönlichen Kontakten und solchen ohne Kontakte (vgl. nachstehende Abbildung 6.18). Fasst man die zustimmenden Kategorien („ja“ und „zukünftig vielleicht“) zusammen, so wird für die Jugendlichen auf der Insel Usedom eine um 21,7%-Punkte und für die Greifswalder Jugendlichen eine 20,5%-Punkte höhere Kontaktwunschquote bei Jugendlichen mit bereits vorhandenen persönlichen Kontakten zu Polen sichtbar.

Insgesamt bestätigt sich damit auch in unserer Untersuchung zunächst die klassische These, dass persönliche Kontakte und Erfahrungen mit anderen Personen bzw. Gruppen dazu beitragen können, negative Einstellungen und Stereotypisierungen zu vermindern.<sup>112</sup>

Abb. 6.18: Kontaktwunsch gegenüber Polen in Abhängigkeit vom bereits bestehenden persönlichen Kontakt zu Polen bei Jugendlichen auf der Insel Usedom und in Greifswald (gepoolter Datensatz 2002 - 2006)

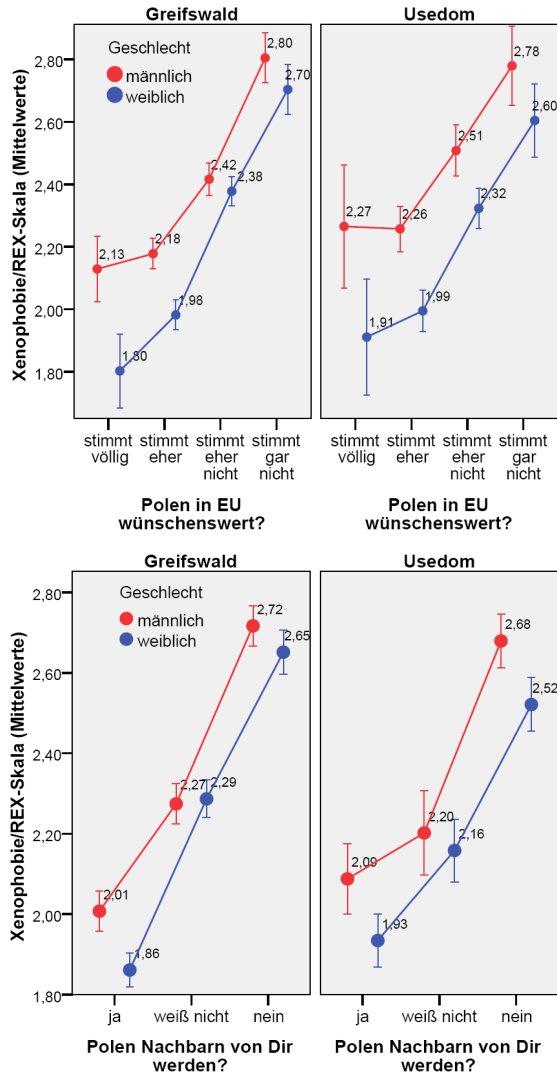


Dies trifft allerdings – ganz unabhängig von bestehenden persönlichen Kontakten – nicht auf Jugendliche zu, deren ablehnende Einstellungen gegenüber Polen Bestandteil ihrer eigenen fremdenfeindlichen und rechtsextremen Orientierungen sind. Die erhobenen Daten zeigen diesbezüglich für alle erfragten Einstellungen gegenüber Polen ein durchgängiges Muster der positiven Korrespondenz zwischen der Ablehnung von Polen und hohen Indexwerten auf der Fremdenfeindlichkeits-/Rechtsextremismus-Skala. Dieser Zusammenhang gilt für *diese* fremdenfeindlich/rechtsextrem eingestellten Jugendlichen, wie bereits erwähnt, unabhängig von bestehenden persönlichen Kontakten zu Polen und auch unabhängig vom Geschlecht und der Bildung, wobei natürlich das Bildungsniveau für die fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen selbst einen

112 Zu den Voraussetzungen der „Kontakthypothese“ vgl. erläuternd Kapitel A.6.4, Fußnote 54, S. 85 f.

differenzierenden Faktor darstellt, der innerhalb dieser extrem eingestellten Gruppe von Jugendlichen bereits konfundiert ist (s. o.). In Abbildung 6.19 haben wir diesen Zusammenhang in einer exemplarischen Auswahl von Einstellungen gegenüber Polen dargestellt.

Abb. 6.19: Einstellungen gegenüber Polen und fremdenfeindliche/rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen auf der Insel Usedom und in Greifswald (jeweils gepoolter Datensatz 2002 - 2006)





Wie aus den Abbildungen ersichtlich wird, besteht erwartungskonform durchgängig eine sehr starke Beziehung: Eine ablehnende Haltung gegenüber Polen ist mit hohen Zustimmungswerten auf der Fremdenfeindlichkeits-/Rechtsextremismus-Skala assoziiert und umgekehrt – was für Jugendliche auf der Insel Usedom und in Greifswald gleichermaßen gilt. Diese Korrespondenz fällt allerdings unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom etwas schwächer aus als dies bei den Greifswalder Jugendlichen der Fall ist (Kendall Tau-b: Gesamt = .465; Usedom = .444, Greifswald = .488). Ferner ist interessant, dass diese Assoziation bei den Mädchen sowohl auf der Insel Usedom als auch in Greifswald im Vergleich mit den Jungen noch stärker ausfällt. Die entsprechenden Assoziationskoeffizienten (Kendall Tau-b) erreichen im Mittel bei den Mädchen einen Wert von .489 (Usedom = .467; Greifswald = .515) und bei den Jungen demgegenüber .432 (Usedom = .400; Greifswald = .455).

Zusammenfassend lässt sich aus unserer Sicht feststellen, dass die ermittelten Befunde auch und gerade im Hinblick auf das zukünftige Verhältnis zu unserem nächsten Nachbarland Polen begründeten Anlass zur Sorge geben. Einerseits stellen fremdenfeindliche und rechtsextreme Jugendliche diesbezüglich ein außerordentlich ernstes und beunruhigendes Problem dar, andererseits ergibt sich aber auch für einen beachtlichen Anteil der befragten Jugendlichen auf der Insel Usedom und in Greifswald gleichermaßen, die keine fremdenfeindlichen und rechtsextremen Ansichten vertreten, eine deutliche Distanz und Ambivalenz in Verbindung mit entsprechenden Vorbehalten und Ängsten gegenüber den polnischen Nachbarn.

So sind beispielsweise von den im Jahr 2006 befragten Jugendlichen, die in der Gesamttenzidenz überwiegend *nicht* fremdenfeindlich/rechtsextrem eingestellt sind (Fremdenfeindlichkeits-/Rechtsextremismus-Skalenwerte < 2,5, das sind 60,6% der Jugendlichen auf der Insel Usedom und 62,9% der Jugendlichen in Greifswald) noch 38% der Ansicht, dass eine Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union nicht wünschenswert sei (Usedom: 40,4%, Greifswald: 36,9%). Von den eher rechtsorientierten Jugendlichen sind dies 67,3% (Usedom: 66,9%; Greifswald: 67,6%).<sup>113</sup>

---

113 Von jedem Vierten nicht rechtsorientierten Jugendlichen wird nicht akzeptiert, dass Polen in Vorpommern wohnen (Usedom: 35,9%; Greifswald: 19,5%), von den Rechtsorientierten sind dies 66,3% (Usedom: 76,5%; Greifswald 61,2%). Mehr als jeder Vierte (30,2%) nicht rechtsorientierte Jugendliche lehnt es ab, dass Polen in Vorpommern arbeiten (Usedom: 40,3%; Greifswald: 25,5%), von den rechtsorientierten Jugendlichen sind dies 70,8% (Usedom: 80,5%; Greifswald: 65,9%). Hinsichtlich der Eventualität persönlicher Beziehungen mit Polen sind die Verhältnisse ähnlich. Jeder Vierte (22,8%) nicht rechtsorientierte Jugendliche ist gegen eine unmittelbare Wohnnachbarschaft mit Polen (Usedom: 31,2%; Greifswald: 19,0%), (65,2% der Rechtsorientierten; Usedom: 73,2%; Greifswald: 61,2%). Die deutlichsten Vorbehalte werden hinsichtlich einer möglichen familiären Verbindung mit einem Polen bzw. einer Polin geäußert. Eine sol-

Im Hinblick auf eine positive Veränderung dieser Verhältnisse legen die Analysen nahe, dass vor allem persönliche Kontakte mit Polen eine Möglichkeit darstellen könnten, diese Distanz gegenüber dem Nachbarland Polen zu verringern. Dementsprechend wären Initiativen, die jugendgemäße Möglichkeiten des Kontaktes mit Polen vermitteln und ermöglichen, besonders wichtig. Zu denken wäre hierbei beispielsweise an interregionale Ferienlager oder Freizeitcamps, an Sportwettbewerbe, Freizeitveranstaltungen, gemeinsame Musikband- und Theaterprojekte etc. bis hin zu bilingualen Schüleraustauschprogrammen. Unter dem Aspekt der Prävention gegen Fremdenfeindlichkeit/Rechtsextremismus sollten solche Initiativen bereits sehr früh – möglichst im Grundschulalter – beginnen. Mit der Zugehörigkeit Polens zum „Schengener“-Raum und der damit verbundenen Grenzöffnung zwischen Polen und Deutschland seit dem 21.12.2007 kann davon ausgegangen werden, dass die Möglichkeiten von weiteren Kontakten und erweiterten Beziehungen zwischen Polen und Deutschen zunehmen. Auch in dieser Hinsicht sollten entsprechende Anlässe und Initiativen von den Schulen und Vereinen verstärkt genutzt bzw. unterstützt und ausgebaut werden (vgl. *Wagner/Christ/van Dick* 2002; *Wagner/Fahrhan* 2008).

Insgesamt verweisen alle im Bereich der gesellschaftspolitischen Einstellungen herangezogenen Indikatoren auf einen erheblichen Bedarf an Intervention und Prävention. Orientiert an einer humanistischen demokratischen Kultur und den Bedürfnislagen der Jugendlichen, sollten entsprechende Interventionen und Maßnahmen etwa im Bereich der Schule (z. B. fächerübergreifende Projekte, interregionale Austausch-/Freizeit- und Sportinitiativen) auf die Vermittlung von interkultureller Toleranz, Respekt und Achtung vor jedem Menschen gleich welcher Ethnie oder Nationalität ausgerichtet sein. Im Bereich der kommunalen Prävention hat insbesondere die parteiübergreifende Arbeit eines kommunalen Präventionsrates mit engagierter Beteiligung der kommunalen Verantwortungsträger (Bürgermeister, Dezernatsleiter, Polizeidienststellenleiter usw.) und zivilgesellschaftlicher Schlüsselakteure aus Bildung, Kultur und Wirtschaft einen herausragenden Stellenwert. Hinsichtlich der Organisationsstruktur erweist sich hierbei die Schaffung einer auf Dauer gestellten zentralen Koordinatorenstelle, die als „Netzwerkstelle“ die kommunalen bzw. regionalen Ressourcen und Potenziale zusammenführen kann, wie dies etwa in Greifswald der Fall ist, als besonders geeignet.<sup>114</sup>

---

che Beziehung wird von mehr als der Hälfte der nicht rechtsorientierten Jugendlichen auf der Insel Usedom (51,1%) und von mehr als jedem dritten nicht rechtsorientierten Jugendlichen in Greifswald (37,6%) abgelehnt (Insgesamt: 41,8%). Von den rechtsorientierten Usedomer Jugendlichen sind dies 83,2% und von den rechtsorientierten Greifswalder Jugendlichen 74,6% (77,5% der rechtsorientierten Jugendlichen insgesamt). Allerdings ist hier einschränkend zu sehen, dass diese Frage bei 15-Jährigen nicht sehr realistisch bzw. jugendadäquat gestellt sein könnte.

114 Vgl. hierzu ausführlich Kapitel C.2.

## 7. Innerfamiliäre Gewalterfahrungen

Ein weiterer sehr bedeutsamer Risikofaktor für Gewaltbereitschaft und das spätere Gewalthandeln von Jugendlichen sind in lern- und bindungstheoretischer Sicht meist früh beginnende intensive und anhaltende Gewaltopfererfahrungen in der Familie durch die Eltern bzw. Elternersatzpersonen. Diese Zusammenhänge sind durch eine Vielzahl von nationalen und internationalen Studien empirisch belegt und es besteht wissenschaftlicher Konsens darüber, dass die Kernaussage, „Gewaltopfer in der Kindheit werden Gewalttäter als Erwachsene“, im Sinne einer deutlich erhöhten Wahrscheinlichkeit gültig ist (vgl. zusammenfassend *Wilmers u. a.* 2002). Aufgrund der herausragenden Bedeutung dieses Risikofaktors sind wir der Frage nach den innerfamiliären Gewalterlebnissen in der Kindheit und Jugend unter den Jugendlichen genauer nachgegangen.

In der Befragung wurden Opfererfahrungen durch elterliche Gewalt sowohl für den Zeitraum der Kindheit bis zum Alter von 12 Jahren (Zeit bis zur Vollendung des 11. Lebensjahres) als auch bezogen auf das zurückliegende Kalenderjahr mittels eines thematischen Fragenkataloges erfasst. Hierbei wurden sowohl Fragen zu positiv-zugewandten als auch negativ-abweisenden und gewalttätigen Verhaltensformen der Eltern gestellt, jeweils getrennt für Mutter und Vater bzw. erziehungsrelevante Elternersatzpersonen.<sup>115</sup> Sechs der insgesamt 18 Verhaltensweisen dieses Kataloges betreffen Gewaltanwendungen. Die Jugendlichen wurden gebeten anzugeben, wie oft ihre Eltern sich dabei so verhalten haben. Auf den rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum bezogen waren hierbei jeweils folgende Antwortmöglichkeiten vorgegeben: „nie“, „selten: 1- oder 2-mal“, „manchmal: 3- bis 5-mal“, „häufig: 6- bis 12-mal“ und „sehr häufig: mehr als 12-mal“. Aus allen Angaben wurde eine zusammenfassende fünfstufige Kategorisierung nach dem Schweregrad der elterlichen Gewalterfahrung vorgenommen, die neben *keiner* entsprechenden Gewaltopfererfahrung, aufsteigend „leichte Züchtigung“, „schwere Züchtigung“, „selten misshandelt“ und „häufig misshandelt“ umfasst.

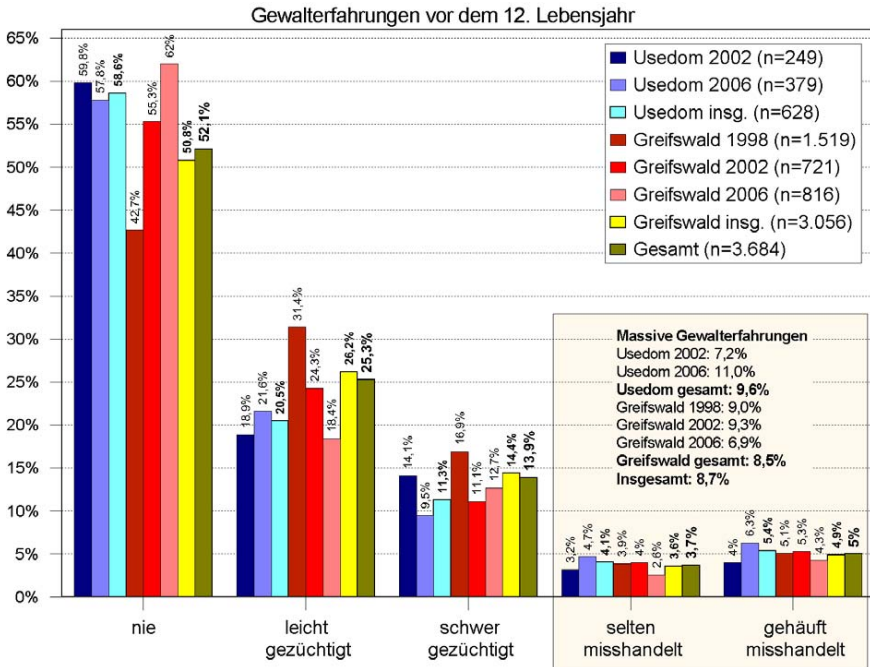
In Abbildung 7.1 sind die Viktimisierungsraten erlebter elterlicher Gewalt unter den befragten Usedomer und Greifswalder Jugendlichen in der Kindheit, also bis zum 12. Lebensjahr, nach diesem Schwereindex dargestellt.<sup>116</sup> Mit Blick auf die innerfamiliären Gewalterfahrungen der Jugendlichen auf der Insel Usedom ergeben sich über den Referenzzeitraum im Unterschied zu den Greifswalder Jugendlichen relativ stabile Opferverhältnisse durch elterliche Gewalt in der Kindheit. Die mittlere Opferrate in beiden Erhebungen liegt bei rd. 41%.

---

115 Die Operationalisierung wurde von *Wetzels u. a.* 2001 übernommen und basiert auf einer adaptierten Form der in den USA gebräuchlichen Konflikttaktikskalen (CTS) zur Erfassung elterlicher Gewalt (vgl. *Straus* 1979; *Straus/Gelles* 1992; *Straus u. a.* 1996). Zum Operationalisierungs-Schema vgl. ausführlich Kapitel A.7, Fußnote 55, S. 90 f.

116 Die im Wesentlichen übereinstimmenden Befunde der KFN-Schülerbefragungen (1998 bis 2005) sind im Greifswald-Bericht ausgewiesen (vgl. Kapitel A.7).

Abb. 7.1: Prävalenzraten elterlicher Gewalt in der Kindheit bei Jugendlichen auf der Insel Usedom (2002 und 2006) und in Greifswald (1998, 2002 und 2006)

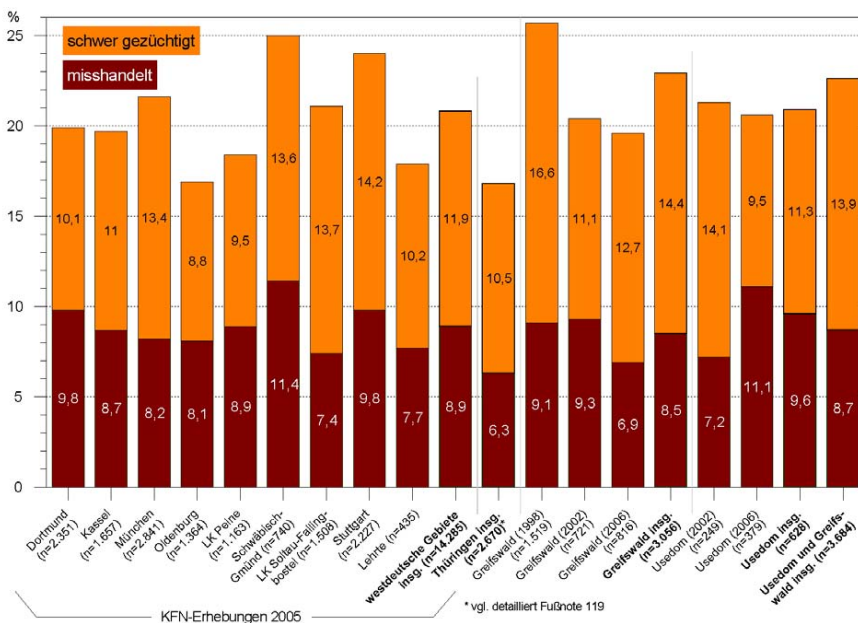


Innerhalb dieser Gruppe ergeben sich gleichfalls stabile Raten derjenigen Jugendlichen, die in ihrer Kindheit allenfalls leichte Züchtigungen erfahren haben, was im Mittel etwa jeden fünften Jugendlichen betrifft (mittlere Rate: 20,5%). Geringe Veränderungen in Form einer Verschiebung innerhalb der schweren Viktimisierungen ergeben sich zwischen den Raten der schweren Züchtigung und den Misshandlungen durch die Eltern in der Erhebung 2006 im Vergleich mit der Erstbefragung im Jahr 2002. Diesbezüglich zeigt sich bei den Usedomer Jugendlichen ein leichter Rückgang der schweren Züchtigungen (14,1% auf 9,5%) im Wechsel mit einem entsprechend geringen Anstieg der Misshandlungserfahrungen (7,2% auf 11,0%). Allerdings zeigen differenzierte Analysen, dass diese Veränderungen statistisch nicht bedeutsam ausfallen, so dass für die Usedomer Jugendlichen von insgesamt stabilen Opferverhältnissen im Bereich der familiären Gewalterfahrungen ausgegangen werden kann.

Demgegenüber sind die Opferprävalenzraten bei Jugendlichen in Greifswald insgesamt in allen drei Erhebungen signifikant rückläufig. D. h., der Anteil von Nichtopfern unter den Greifswalder Jugendlichen ist im Referenzzeitraum deutlich angestiegen (von 42,7% im Jahr 1998 auf 62% im Jahr 2006). Der signifi-

kante Gesamtrückgang beruht allerdings nur auf einer Abnahme im Bereich der minderschweren Züchtigungsstrafen (31,4% auf 18,4%). Die Raten der durch die Eltern bzw. -ersatzperson(en) in der Kindheit schwer gezüchtigten und misshandelten befragten Greifswalder Jugendlichen sind demgegenüber kaum zurückgegangen und fallen in allen drei Untersuchungen etwa ähnlich hoch, d. h. statistisch nicht signifikant verschieden, aus (mittlere Rate bei schweren Züchtigungen 14,4% und bei Misshandlungen 8,5%).

Abb. 7.2: Prävalenzraten *schwerer* elterlicher Gewalt in der Kindheit bei Jugendlichen auf der Insel Usedom (2002 und 2006) und in Greifswald (1998, 2002 und 2006) im Vergleich mit Städten und Landkreisen der KFN-Studie (2005)



Vertiefende Analysen der beschriebenen Verhältnisse<sup>117</sup> ergeben unter Einbeziehung des Geschlechts, Alters, der Bildung und der sozio-ökonomischen Lage der Eltern bzw. der Elternersatzpersonen<sup>118</sup> eine geringfügig, aber noch signifikant höhere innerfamiliäre Gewaltbelastung der Usedomer Jugendlichen

117 Mittels multinominaler logistischer Regressionsanalysen.

118 Für die Erfassung der sozio-ökonomischen Lage der Eltern bzw. der/des Erziehungsberechtigten haben wir den International Socio-Economic Index of Occupational Status (ISEI) verwendet (vgl. Ganzeboom/de Graaf/Treiman 1992; Ganzeboom/Treiman 1996; 2003). Vgl. hierzu i. E. Kapitel A.7, Fußnote 56, S. 92 f.

vor dem 12. Lebensjahr im Vergleich mit den Greifswalder Jugendlichen in der jüngsten Erhebung 2006.

Mit Blick auf die *schweren* Gewalterfahrungen der befragten Jugendlichen durch die Eltern ergeben sich im interregionalen Einzelvergleich allerdings doch einige Unterschiede (vgl. vorstehende Abbildung 7.2).

Wie bereits erwähnt, ist der prozentuale Zuwachs bei schwereren Misshandlungserfahrungen unter den Usedomer Jugendlichen zwischen der Erhebung 2002 und 2006 statistisch nicht bedeutsam, so dass hier von einer mittleren Rate von 9,6% ausgegangen werden kann. Demgegenüber zeigt sich für Greifswald ein deutlicher Rückgang in den schweren Züchtigungsraten im Jahr 2002 gegenüber 1998, während die Misshandlungsraten zunächst konstant hoch bleiben. In der aktuellen Erhebung 2006 vermindert sich dann allerdings gegenüber dem Jahr 2002 der Anteil von Jugendlichen, die in der Kindheit gehäuft misshandelt wurden, um ein Viertel deutlich (von 9,3% auf 6,9%, -25,8%).

Im interregionalen Vergleich fällt allerdings die Rate schwerer Gewaltviktisierungen durch die Eltern unter den Usedomer Jugendlichen recht hoch aus und liegt über der mittleren Rate der westdeutschen Gebiete und insbesondere deutlich über der entsprechenden Gesamtquote in Thüringen.<sup>119</sup> Demgegenüber hat Greifswald in der aktuellen Erhebung 2006 bzgl. der Misshandlungen mit

119 Allerdings ergeben sich auch unter den Thüringer Jugendlichen zum Teil beachtliche regionale Unterschiede hinsichtlich der in der nachfolgenden Tabelle dargestellten Verhältnisse bzgl. gravierender Gewaltviktisierungen (schwere Züchtigungen und Misshandlungsformen zusammengefasst) durch die Eltern bzw. Elternersatzpersonen.

Gebiet	Schwere elterliche Gewalt in Kindheit		Schwere elterliche Gewalt in Jugend	
	N	in %	N	in %
Stadt Jena	201	13,4	203	<u>6,4</u>
LK Altenburger Land	132	20,5	131	9,2
LK Eichsfeld	166	16,9	166	9,0
LK Gotha	194	19,1	196	10,7
LK Greiz/ Stadt Gera	185	<u>11,4</u>	185	7,0
LK Hildburghausen	119	14,3	122	<b>16,4</b>
LK Kyffhäuserkreis	121	17,4	121	6,6
LK Saale-Holzland	127	15,7	126	7,1
LK Saalfeld-Rudol.	171	<b>24,6</b>	178	12,9
LK Schmalkalden/M.	241	16,2	242	8,7
LK Unstrut-Hainich	104	20,2	104	14,4
LK Wartburgkreis/ Stadt Eisenach	304	17,1	310	10,3
LK Weimaer Land/ Stadt Weimar	148	20,3	148	8,8
Thüringen Gesamt	2670	16,9	2692	9,2
Cramers V		.088		.091

Ungewichtete Daten: N = Anzahl Befragte mit gültigen Antworten. \* p < .05, \*\* p < .01, **fett** = höchster Wert, unterstrichen = niedrigster Wert.

Tabelle entnommen aus: *Baier u. a. 2006a*, S. 240.

die niedrigste bzw. eine unterdurchschnittliche Rate. Allerdings fällt dieser Vergleich aufgrund der unterschiedlich hohen Ausländeranteile in den westdeutschen Städten und Landkreisen für Greifswald und Usedom günstiger aus. Betrachtet man die entsprechenden Raten nur für die deutschen Jugendlichen in den neun westdeutschen Erhebungsgebieten zusammengenommen, ergeben sich demgegenüber sehr ähnliche Verhältnisse wie in Greifswald. So liegt die Quote der misshandelten deutschen Jugendlichen in den KFN-Erhebungen der westdeutschen Regionen zusammen bei 6,7% und der entsprechende Anteil der schwer gezüchtigten bei 13% (vgl. *Baier u. a.* 2006).<sup>120</sup> Andererseits erscheinen damit die Usedomer Verhältnisse in diesem Kontrast, insbesondere hinsichtlich der Misshandlungen, noch deutlich ungünstiger.

Insgesamt kann in der Zusammenschau aller Erhebungen von einer relativ starken Angleichung der Verhältnisse auf der Insel Usedom und in Greifswald ausgegangen werden. Zieht man für diese Einschätzung auch die in der Tendenz übereinstimmenden Befunde der KFN-Untersuchungen 1998, 2000 und 2005 mit heran (s. o. Kapitel A.7), so kann aufgrund der zugrunde liegenden großen Fallzahlen (ca. 40.000 befragte Jugendliche) davon ausgegangen werden, dass jeder elfte bis zehnte Jugendliche in seiner Kindheit Opfer schwerer elterlicher Gewalt wurde.<sup>121</sup>

Hinsichtlich der Annahme, dass elterliches Gewalthandeln gegenüber ihren Kindern sozial nicht gleich verteilt ist, sondern der Anteil in den unteren sozialen Klassenlagen und Milieus mit geringer Bildung und schwachen sozioökonomischen Ressourcen signifikant höher liegt und dementsprechend dort von einer höheren Gewaltbelastung gegenüber den Kindern auszugehen ist (vgl. *Wetzels* 1997; *Wilmers u. a.* 2002), besteht ein solcher Zusammenhang bei den Usedomer und Greifswalder Jugendlichen tendenziell nur auf der zusammengefassten Stufe von schweren Misshandlungserfahrungen.<sup>122</sup>

---

120 In der KFN-Studie (2005) liegt die Rate bei schwerer elterlicher Gewalt in der Kindheit unter türkischen Jugendlichen bei 32% (18% Misshandlung, 15% schwere Züchtigung), unter jugoslawischen Jugendlichen bei 28,5% (13,8% bzw. 14,7%) und unter Jugendlichen aus osteuropäischen Ländern bei 26,2% (11,0% bzw. 15,2%) (vgl. *Baier u. a.* 2006).

121 Zu den KFN-Untersuchungen vgl. *Wetzels u. a.* 2001; *Wilmers u. a.* 2002; *Baier u. a.* 2006; 2006a, vgl. damit übereinstimmend auch die Münsteraner Längsschnittstudie zur Jugenddelinquenz, *Boers/Reinecke* 2007; *Kanz* 2007.

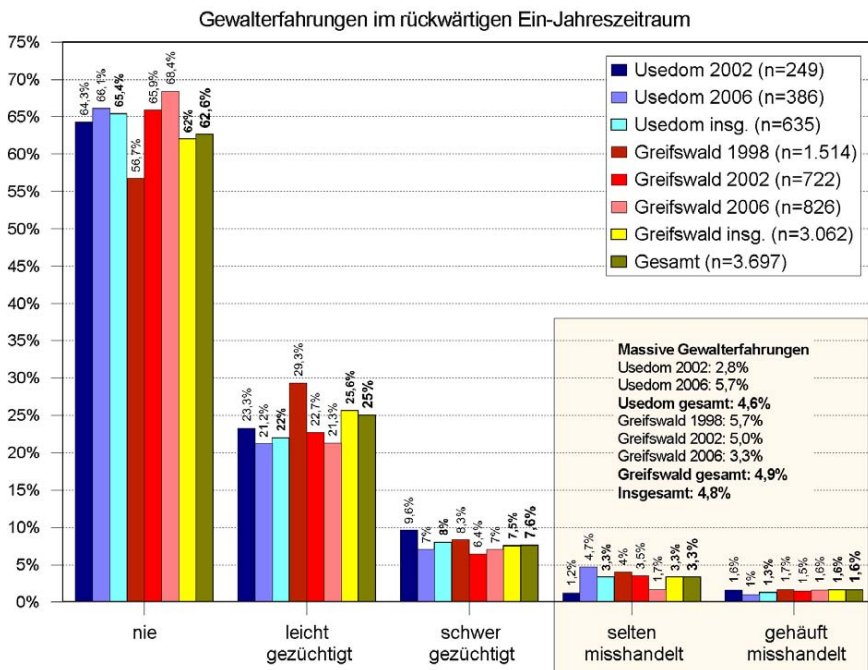
122 Vgl. hierzu die nachstehenden Kreuztabellen. Auch bzgl. der Ost-/West-Herkunft und des Geschlechts ergeben die unter Berücksichtigung der ISEI-Indexwerte (volle Informationsausschöpfung) berechneten Korrelationen diesbezüglich keine signifikanten Zusammenhänge bzw. Unterschiede.





Jugendliche gravierenden Gewaltviktimsierungen seitens der Eltern bzw. Erziehungsberechtigten ausgesetzt.

Abb. 7.3: Prävalenzraten elterlicher Gewalt in der Jugend bei Jugendlichen auf der Insel Usedom (2002 und 2006) und in Greifswald (1998, 2002 und 2006)

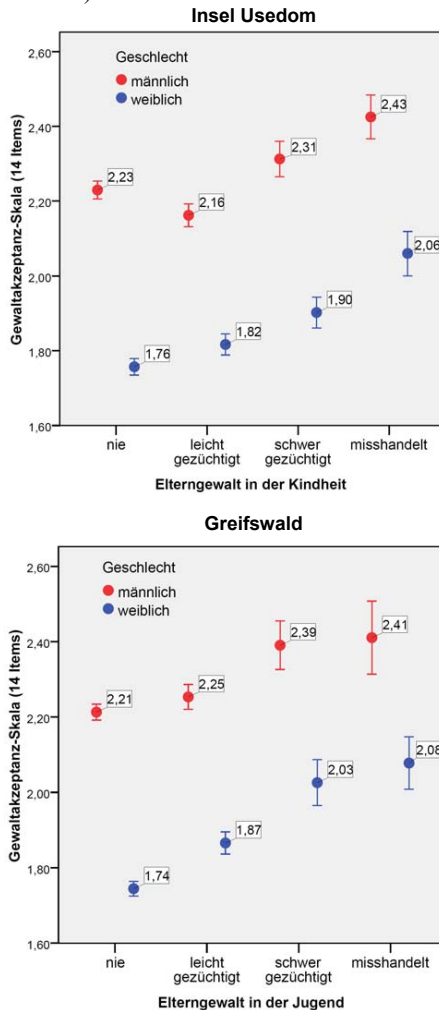


Als zentraler Befund unserer Studie als auch der Untersuchungen des KFN lässt sich feststellen, dass die Elterngewalt in den letzten Jahren tendenziell abgenommen hat. Dies trifft allerdings im Wesentlichen nur für den Bereich der minderschweren Züchtigungen zu, nicht aber für den Bereich der (allerdings weit selteneren) gravierenden physischen Misshandlungen.<sup>123</sup> Neben den zum Teil gravierenden psychischen Folgeerscheinungen in der Entwicklung der Kinder und Jugendlichen (Verlust an Empathiefähigkeit, reduzierte Konfliktaustragungskompetenz, geringerer Selbstwert etc.), auf die wir an anderer Stelle noch ausführlich eingehen werden, sind – neben weiteren sozial desintegrativen Auswirkungen (etwa Schulprobleme, riskante Freizeitaktivitäten etc.) – vor allem

123 Dies trifft im Übrigen auch für nichtdeutsche Jugendliche zu, vgl. *Baier u. a.* 2006. Zur Entwicklung übereinstimmend auch *Bussmann* 2002; 2005; *Bussmann/Erthal/Beier* 2003, zusammenfassend *BMI/BMJ: 2. Periodischer Sicherheitsbericht* 2006, S. 114.

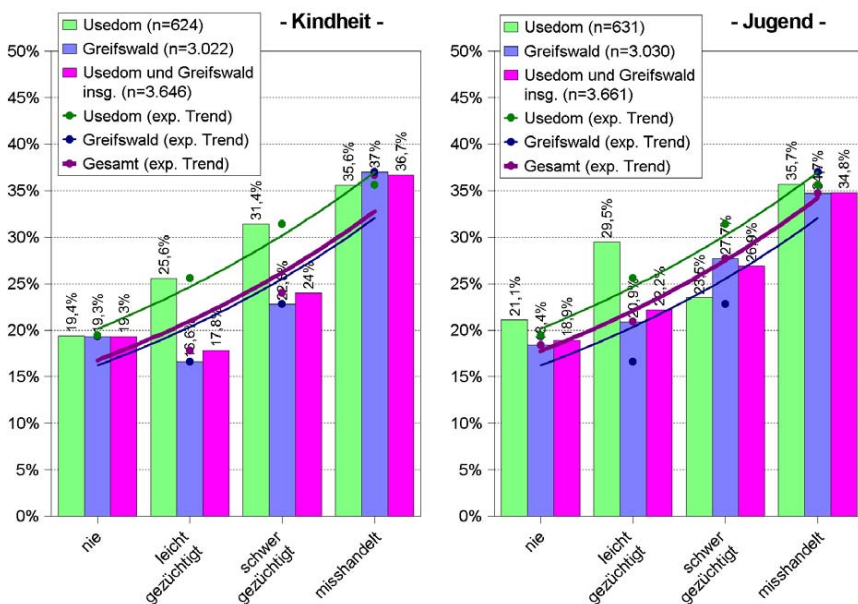
eine erhöhte Gewaltakzeptanz und eine gesteigerte Aggressionsbereitschaft die weiteren Folgen, welche die Wahrscheinlichkeit von tatsächlich gewalttätigem Verhalten erhöht. Hinsichtlich Gewalt zustimmenden bzw. Gewalt legitimierenden Einstellungen der befragten Jugendlichen ergibt sich zunächst nach dem Geschlecht, das bekanntermaßen für sich allein einen differentiellen Faktor darstellt (s. o. Kapitel B.5), der in der Abbildung 7.4 dargestellte Befund.

Abb. 7.4: Gewaltakzeptanz bei Jugendlichen nach Elterngewalt in der Kindheit und Jugend auf der Insel Usedom und in Greifswald (gepoolter Datensatz 1998 - 2006)



Sowohl für die Jungen als auch für die Mädchen ergeben sich hochsignifikante Zusammenhänge zwischen dem Ausmaß der erlebten Elterngewalt und einer zunehmend höheren Gewaltakzeptanz. Bei innerfamiliären Gewaltviktimsierungen in der Kindheit (vor dem 12. Lebensjahr) durch die Eltern oder deren Ersatzpersonen ergeben sich für beide Geschlechtsgruppen bei denjenigen befragten Jugendlichen, die besonders *schwerer* elterlicher Gewalt ausgesetzt waren, signifikant höhere Mittelwerte bezüglich Gewalt befürwortender Einstellungen. Gleiches trifft auch für Jugendliche zu, die auch aktuell im rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum, also im Jugendalter, weiterhin von gravierenden Gewaltformen durch die Erziehungsberechtigten betroffen sind. Hierbei zeigt sich bei den Mädchen sogar ein noch etwas stärkerer Zusammenhang als dies bei den Jungen der Fall ist (wie entsprechende Varianzanalysen zeigen). D. h., schwere und gehäufte Gewalterfahrungen finden in ihrer psychischen Verarbeitung nicht nur auf der emotional-affektiven, sondern auch auf der kognitiven Ebene der Kinder und Jugendlichen ihren Niederschlag.

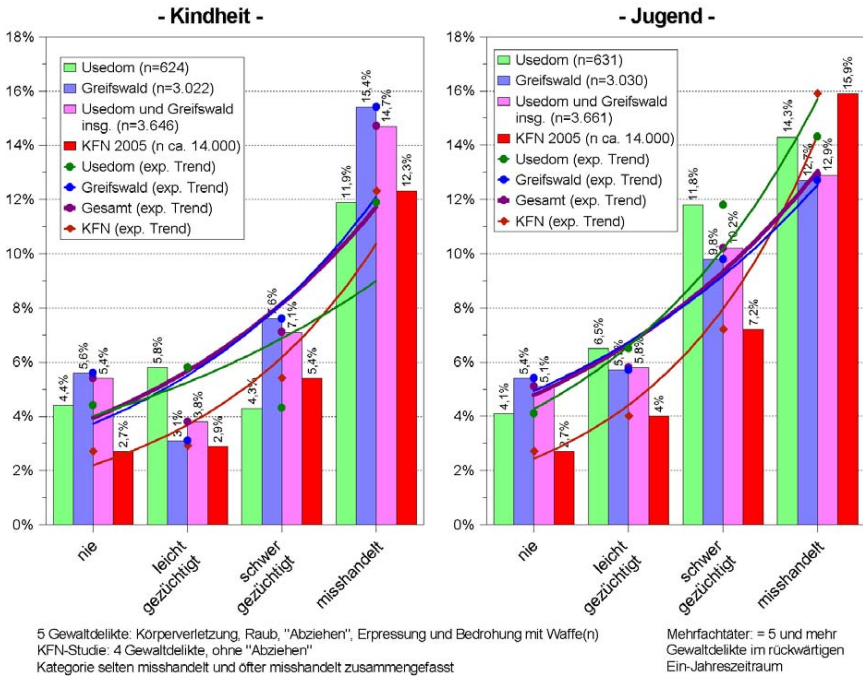
Abb. 7.5: Jahresprävalenzraten selbstberichteter Gewaltdelinquenz bei Jugendlichen (mindestens ein Gewaltdelikt) nach erlebter elterlicher Gewalt in der Kindheit und Jugend auf der Insel Usedom (2002 - 2006) und in Greifswald (1998 - 2006), jeweils gepoolter Datensatz



5 Gewaltdelikte: Körperverletzung, Raub, "Abziehen", Erpressung und Bedrohung mit Waffe(n)  
 Kategorie selten misshandelt und offer misshandelt zusammengefasst

Auch im Hinblick auf das reale Gewalthandeln der befragten Jugendlichen ergeben sich übereinstimmende Verhältnisse und Korrespondenzen wie für gewaltbefürwortende Einstellungen. In den Abbildungen 7.5 und 7.6 sind die Zusammenhänge zwischen erlebter elterlicher Gewalt und aktivem Gewalthandeln der Jugendlichen wiedergegeben.

Abb. 7.6: Jahresprävalenzraten selbstberichteter Gewaltdelinquenz bei jugendlichen *Mehrfachtätern* (mindestens fünf Gewaltdelikte) nach erlebter elterlicher Gewalt in der Kindheit und Jugend auf der Insel Usedom (2002 - 2006) und in Greifswald (1998 - 2006), jeweils gepoolter Datensatz, im Vergleich mit der KFN-Studie (2005)



Es zeigt sich für alle befragten Jugendlichen auf der Insel Usedom und in Greifswald ein positiv gerichteter Zusammenhang zwischen elterlicher Gewalterfahrung in der Kindheit und selbstberichtetem aktivem Gewalthandeln der Jugendlichen. Insbesondere bei Misshandlungen, also schweren Gewaltviktimsierungen, liegt die Rate der aktiven Gewalttäter am höchsten. Für die Jahresprävalenzraten (mindestens ein Gewaltdelikt im rückwärtigen Jahreszeitraum) ergibt sich eine beinahe doppelt so hohe Gewalttäterrate bei den Jugendlichen, die von ihren Eltern in der Kindheit oder noch in der Jugend misshandelt wurden,

im Vergleich mit denjenigen Jugendlichen, die keine Gewalterfahrungen durch die Eltern in der Kindheit oder in der Jugend berichtet haben (Usedom und Greifswald insgesamt: Kindheit rd. 37% vs. rd. 19%; Jugend rd. 35% vs. 19%).

Dieser Zusammenhang stellt sich noch sehr viel ausgeprägter dar, wenn man die Mehrfachtäterraten der aktiven Gewaltdelinquenz (mindestens fünf berichtete Gewaltdelikte) von Jugendlichen im rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum betrachtet. Auch in den Erhebungen des KFN, die wir wiederum zum Vergleich herangezogen haben, zeigt sich diese Korrespondenz besonders eindrucksvoll (vgl. vorstehende Abbildung 7.6). Erwartungskonform ergibt sich ein noch stärkerer Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Gewaltviktimsierungen durch die Eltern und dem späteren eigenem aktiven und gehäuften Gewalthandeln der Jugendlichen.

So liegt die Mehrfach-Gewalttäterrate bei den Jugendlichen auf der Insel Usedom und aus Greifswald, die durch die Eltern körperlich misshandelt wurden, nahezu dreimal so hoch im Vergleich mit Jugendlichen, die nie durch die Eltern Gewalt oder allenfalls nur leichte Züchtigungen erlebt haben. Dieser Zusammenhang trifft sowohl für bereits in der Kindheit erlebte Gewaltviktimsierungen durch die Eltern bzw. Elternersatzpersonen als auch – und noch etwas stärker ausgeprägt – bei jüngeren Viktimsierungen in der Adoleszenz zu. In den Schülerbefragungen des KFN im Jahr 2005 sind diese Beziehungen aufgrund der bereits angesprochenen migrationsbedingt unterschiedlichen soziokulturellen Verhältnisse in den westdeutschen Regionen im Vergleich mit Kommunen in Vorpommern noch sehr viel dramatischer. Hier steigt die Gewalt-Mehrfach-täterrate mit dem Grad der elterlichen Gewalterfahrungen um mehr als das vierfache bei Jugendlichen, die von den Eltern bzw. Elternersatzpersonen misshandelt wurden gegenüber denjenigen Jugendlichen, die nie oder nur leicht in der Kindheit gezüchtigt wurden.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass bei den innerfamiliären Gewalterfahrungen der befragten Jugendlichen durch die Eltern eine relativ große *Kontinuität* in der Entwicklung der Jugendlichen von der Kindheit bis zum Erhebungszeitpunkt – also der Adoleszenz – vorliegt (vgl. nachstehende Tabellen 7.1 und 7.2). So zeigt sich zunächst, dass der größte Teil der Usedomer und Greifswalder Jugendlichen, etwa drei Viertel (73,7%), weder in der Kindheit noch in der Jugend durch die Eltern viktimisiert wurden, wenn die leichte Züchtigung nicht als solche betrachtet wird (Usedom: 74,6, Greifswald: 73,4%). Demgegenüber gibt es eine Gruppe von Jugendlichen (8,6%), die sowohl in der Kindheit als auch in der Jugend schwerer elterlicher Gewalt ausgesetzt waren bzw. noch sind (Usedom: 8,0%; Greifswald: 8,7%). Für immerhin 13,9% der befragten Jugendlichen erfolgte in der Adoleszenz ein Abbruch der schweren Züchtigungen und Misshandlungen (Usedom: 12,8%; Greifswald: 14,1%), während allerdings nur für eine kleine Gruppe der Jugendlichen (3,8%) solche schwereren Formen erst mit der Adoleszenz einsetzten (Usedom: 4,6%; Greifswald: 3,6%).

Wie aus den beiden Tabellen zu entnehmen ist, besteht eine sehr beachtliche positive Assoziation zwischen den in der Kindheit und in der Jugend von schwerer Züchtigung und Misshandlung betroffenen Jugendlichen. Diejenigen Jugendlichen, die in der Kindheit bereits schwere Elterngewalt erlebten, berichten im Vergleich mit denjenigen, die keine entsprechend schweren Gewaltformen erfuhren, auch signifikant häufiger, dass sie im rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum weiterhin durch die Eltern mit schwerer Züchtigung und/oder Misshandlung konfrontiert wurden.

Tabelle 7.1/7.2: Zusammenhang zwischen erlebter Elterngewalt in der Kindheit und Elterngewalt in der Adoleszenz bei Jugendlichen auf der Insel Usedom (2002 - 2006) und in Greifswald (1998 - 2006), jeweils gepoolter Datensatz

			Usedom: Elterngewalt in der Kindheit				
			nie	leicht gezüchtigt	schwer gezüchtigt	misshandelt	Gesamt
Usedom: Elterngewalt in der Jugend	nie	Anzahl	322	52	16	18	408
		% (Spalte)	87,5%	40,3%	22,9%	30,0%	65,1%
		% (Gesamt)	51,4%	8,3%	2,6%	2,9%	65,1%
	leicht gezüchtigt	Anzahl	36	58	28	18	140
		% (Spalte)	9,8%	45,0%	40,0%	30,0%	22,3%
		% (Gesamt)	5,7%	9,3%	4,5%	2,9%	22,3%
	schwer gezüchtigt	Anzahl	9	13	23	6	51
		% (Spalte)	2,4%	10,1%	32,9%	10,0%	8,1%
		% (Gesamt)	1,4%	2,1%	3,7%	1,0%	8,1%
	misshandelt	Anzahl	1	6	3	18	28
		% (Spalte)	,3%	4,7%	4,3%	30,0%	4,5%
		% (Gesamt)	,2%	1,0%	,5%	2,9%	4,5%
Gesamt	Anzahl	368	129	70	60	627	
	% (Spalte)	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	
	% (Gesamt)	58,7%	20,6%	11,2%	9,6%	100,0%	

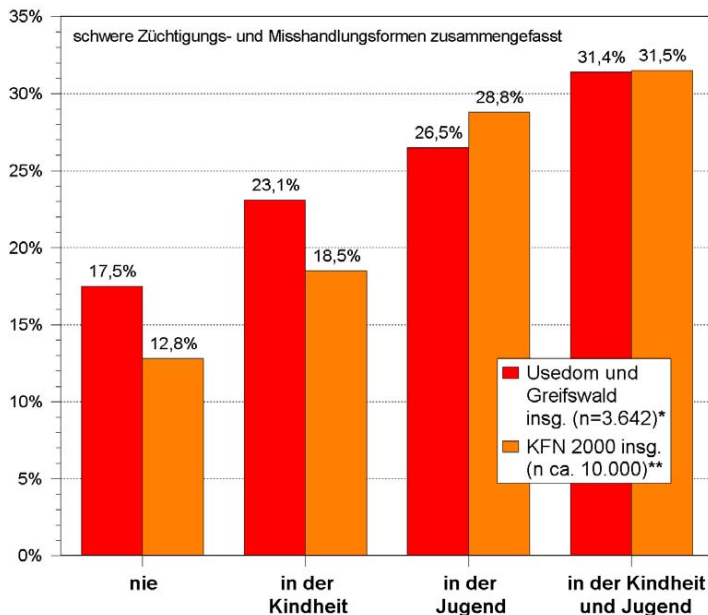
			Greifswald: Elterngewalt in der Kindheit				
			nie	leicht gezüchtigt	schwer gezüchtigt	misshandelt	Gesamt
Greifswald: Elterngewalt in der Jugend	nie	Anzahl	1370	337	104	76	1887
		% (Spalte)	88,3%	42,2%	23,8%	29,3%	62,0%
		% (Gesamt)	45,0%	11,1%	3,4%	2,5%	62,0%
	leicht gezüchtigt	Anzahl	142	390	187	63	782
		% (Spalte)	9,2%	48,8%	42,8%	24,3%	25,7%
		% (Gesamt)	4,7%	12,8%	6,1%	2,1%	25,7%
	schwer gezüchtigt	Anzahl	26	63	113	26	228
		% (Spalte)	1,7%	7,9%	25,9%	10,0%	7,5%
		% (Gesamt)	,9%	2,1%	3,7%	,9%	7,5%
	misshandelt	Anzahl	13	9	33	94	149
		% (Spalte)	,8%	1,1%	7,6%	36,3%	4,9%
		% (Gesamt)	,4%	,3%	1,1%	3,1%	4,9%
Gesamt	Anzahl	1551	799	437	259	3046	
	% (Spalte)	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	
	% (Gesamt)	50,9%	26,2%	14,3%	8,5%	100,0%	

Insel Usedom: Gamma = .740,  $p < .000$ , Kendall Tau-b = .536,  $p < .000$

Greifswald: Gamma = .741,  $p < .000$ , Kendall Tau-b = .535,  $p < .000$

Mit Blick auf die vorhandene Kontinuität elterlicher Gewaltausübung in der Erziehung der Kinder, ergibt sich im Vergleich der Entwicklungszeiträume Kindheit, Jugend sowie Kindheit *und* Jugend ein weiterer interessanter Befund, der sich auch in den Untersuchungen des KFN darstellt (vgl. Abbildung 7.7).

Abb. 7.7: Jahresprävalenzraten selbstberichteter Gewaltdelinquenz (mindestens ein selbstberichtetes Gewaltdelikt) bei Jugendlichen auf der Insel Usedom und in Greifswald nach *schweren* elterlichen Gewalterfahrungen in der Kindheit und/oder in der Jugend (gepoolter Datensatz 1998 - 2006) im Vergleich mit der KFN-Studie 2000



\* 5 Gewaltdelikte: Körperverletzung, Raub, "Abziehen", Erpressung und Bedrohung mit Waffe(n)

\*\* KFN-Studie 2000 (Hamburg, Hannover, München, Leipzig und Friesland) ohne "Abziehen"

Die Raten der aktiven Gewalttäter mit schweren elterlichen Gewalterfahrungen unterscheiden sich signifikant von denjenigen, die nie elterliche Gewalt bzw. allenfalls leichte Züchtigungen erlebt haben. Darüber hinaus unterscheiden sich die Raten aber auch zwischen denjenigen, die nur in der Kindheit, nicht aber in der Jugend schwerer elterlicher Gewalt ausgesetzt waren. Die Gewalttäterraten derjenigen Jugendlichen, die nur in der Kindheit schwereren Gewaltbehandlungen durch die Eltern ausgesetzt waren, liegen unter denjenigen von Jugendlichen, die einerseits nur in der Adoleszenz und andererseits fortwährend, in

---

der Kindheit und Adoleszenz, Opfer schwerer elterlicher Gewalt wurden.<sup>124</sup> D. h., ein frühzeitiger Abbruch elterlicher Gewalt führt zu einer Reduzierung des Risikos späterer eigener Gewaltdelinquenz im Jugendalter. Dieser Befund ist unter präventiven Gesichtspunkten gleichfalls von besonderer Bedeutung.

Insgesamt erweist sich auch in unseren Untersuchungen auf der Insel Usedom und in Greifswald, dass ein inadäquates Erziehungsverhalten – hier im Extremfall verbunden mit massiven physischen Gewalthandlungen gegen Kinder – ein Hochrisikofaktor darstellt. Solche Erziehungspraktiken sind nicht nur für die betroffenen Kinder und Jugendlichen selbst äußerst belastend, sondern in der Folge auch für andere. Diesbezüglich gehen wir davon aus, dass auch Zusammenhänge mit sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen, insbesondere aber mit kulturellen Mängellagen bestehen, die für die Eltern die Möglichkeiten sich ihren Kindern in angemessener Weise zuzuwenden, beeinträchtigen.

---

124 Während diese Unterschiede in den zum Vergleich herangezogen KFN-Untersuchungen für alle Entwicklungsphasen signifikant ausfallen, trifft dies für Usedom und Greifswald – wegen der absolut gesehen relativ kleinen Fallzahlen – nur im Vergleich der Stufe „in der Kindheit“ und „in der Kindheit und Jugend“ zu. Gleichwohl bleibt die daraus resultierende Folgerung aber richtig.



## 8. Multivariate Analysen zur Jugendgewalt

In den nachfolgend dargestellten Analyseergebnissen haben wir für die Jugendlichen auf der Insel Usedom – ähnlich der Vorgehensweise bzgl. der Greifswalder Daten (vgl. Kapitel A.8) – die bisher einzeln erörterten Einflussfaktoren, die sich als bedeutsam für die Erklärung von Jugendgewalt erwiesen haben, in einem zusammenfassenden Regressionsmodell untersucht, um deren jeweiligen Einfluss und Stellenwert zu ermitteln. Dieses Modell kann für sich natürlich nicht eine annähernd vollständige Erfassung der Ursachenfaktoren für Jugendgewalt beanspruchen, da wir an dieser Stelle nur einige – allerdings doch sehr zentrale Faktoren – einbezogen haben. Im Rahmen dieser ersten Analyseschritte konzentrieren wir uns daher auf einen Ausschnitt der Ursachen und deren Korrelate. Erweiterte theoretische und vertiefende Erörterungen (etwa im Hinblick auf problematische, aber auch protektive Indikatoren und Faktoren in den jeweiligen Sozialisationsbereichen Familie, Schule und Freizeit) mit diesbezüglich empirisch umfassenderen Analysen der Ursachen von Jugendgewalt erfolgen in weiteren, diesem Bericht nachfolgenden Publikationen.

Wiederum auf der Basis der Häufigkeitsangaben der befragten Jugendlichen zur eigenen Gewaltdelinquenz (Inzidenz) im rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum als der abhängigen (zu erklärenden) Variable haben wir, analog dem in Kapitel B.4.6 beschriebenen Verfahren der negativen Binominal-Regression, untersucht, inwieweit der jeweilige Einfluss der einbezogenen (erklärenden) Faktoren (Prädiktoren) statistisch bedeutsam und wie stark dieser im Verhältnis zu den anderen Prädiktoren ist. In der im Kapitel B.4.6 dargestellten negativen Binominal-Regressionsanalyse haben wir bereits den Einfluss des Geschlechts und der Bildung unter Kontrolle des Alters auf die Zahl der berichteten Gewaltdelikte (im rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum) untersucht, wobei erwartbar das Geschlecht und die Bildung sich als hochsignifikante Faktoren zeigten. Diese Regressionsanalyse haben wir nun um diejenigen Faktoren erweitert, die wir darüber hinausgehend in jeweils bivariaten Analysen als bedeutsam für die selbstberichtete Gewaltdelinquenz der Jugendlichen beschrieben haben. Neben dem Geschlecht und der Bildung haben wir daher aus dem Bereich der individuellen Orientierungen der Jugendlichen die Gewaltaffinität und fremdenfeindlichen/rechtsextremen Einstellungen einbezogen sowie aus dem Bereich der Opfererfahrungen die selbst erlebte Gewalt im Kontext familiärer Erziehungsverhältnisse.

In der nachstehenden Tabelle 8.1 sind die sich ergebenden Modelleffekte der Regressionsanalyse für alle befragten Jugendlichen auf der Insel Usedom dargestellt. Bis auf eine Ausnahme ergeben sich mit den Greifswalder Daten übereinstimmende Befunde. Zunächst, und aufgrund der hohen Konstruktspezifität erwartungskonform, sind die gewaltaffinen Einstellungen statistisch der stärkste Prädiktor für die aktuelle Gewaltdelinquenz. Der in der Regressionsanalyse geschätzte Mittelwert (aufgrund der ursprünglichen Zählraten der Gewaltdelikte)

für die Gruppe mit den höchsten Gewaltakzeptanzwerten (Skalenwerte  $\geq 3$ ) ergibt (bei gleichzeitiger Berücksichtigung und Kontrolle aller einbezogenen Faktoren) einen Wert von 3,07 Gewaltdelikten im Jahreszeitraum gegenüber 0,23 Delikten in der Gruppe der Gewalt ablehnenden Jugendlichen; also eine um das 13-fache höhere Gewaltdelinquenzbelastung. In Greifswald ist der Einfluss der Gewaltakzeptanz noch sehr viel dominanter (4,73 zu 0,24 Delikte, was einer 19-fach höheren Gewaltdelinquenzbelastung entspricht, vgl. Kapitel A.4.6).

Tabelle 8.1: Parameterschätzer der negativen Binominal-Regression: Jahresinzidenz von Gewaltdelikten bei Jugendlichen auf der Insel Usedom mit den Einflussfaktoren Bildung, Geschlecht, Gewaltaffinität, fremdenfeindliche/rechtsextreme Einstellungen, innerfamiliäre Gewaltviktimisierungen und Alter<sup>125</sup>

Parameter	B	Standardfehler	95% Wald-Konfidenzintervall		Hypothesentest		
			Minimum	Maximum	Wald-Chi-Quadrat	df	Sig.
			(Konstanter Term)	-5,884	2,6379	-11,054	-,714
männlich	,889	,2780	,344	1,433	10,216	1	,001
weiblich	0 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.
Hauptschüler	1,035	,4773	,099	1,970	4,698	1	,030
Realschüler	,942	,3685	,220	1,664	6,539	1	,011
Gymnasiasten	0 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.
Gewaltakzeptanz: hoch	2,567	,4476	1,689	3,444	32,887	1	,000
Gewaltakzeptanz: mittel	1,444	,3138	,829	2,059	21,180	1	,000
Gewaltakzeptanz: gering	0 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.
Xenophobie/Rex: hoch	-,065	,4152	-,879	,749	,024	1	,876
Xenophobie/Rex: mittel	-,497	,3055	-1,096	,102	2,649	1	,104
Xenophobie/Rex: gering	0 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.
misshandelt	1,071	,4070	,274	1,869	6,930	1	,008
schwer gezüchtigt	,181	,4260	-,654	1,016	,181	1	,670
leicht gezüchtigt	,304	,3338	-,351	,958	,828	1	,363
keine Viktimisierung	0 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.
Alter	,207	,1767	-,139	,554	1,378	1	,240
(Skala)	1,454 <sup>b</sup>	.	.	.	.	.	.
(Negativ binomial)	3,831	,6014	2,816	5,211	.	.	.

Abhängige Variable: SRD: Inzidenz, Gewaltdelikte

Modell: (Konstanter Term), Geschlecht, Bildung, GAK\_3K, REX\_3K, EG\_KIND\_4K\_NBR, Alter

a. Auf 0 gesetzt, da dieser Parameter redundant ist.

b. Anhand des Pearson-Chi-Quadrats berechnet.

Für das Geschlecht zeigt sich gleichfalls erwartbar der zweitstärkste Einfluss, der im Vergleich mit den Greifswalder Daten noch stärker ausfällt. Im Mittel wurden von den Jungen etwa 2,5-mal so viele Gewaltdelikte im Jahres-

125 Gütekriterien des Modells: Abweichung/df = 0,571, Pearson-Chi-Quadrat/df = 1,454, Log-Likelihood = -584,288, AIC = 1194,576, BIC = 1252,162. Lagrange-Multiplikator-Test bzgl. Hilfsparameter a = 3,831, n. s., Link Funktion = log.

zeitraum begangen als von den Mädchen (1,40 vs. 0,57 Gewalttaten/Jahr). Geringfügig schwächer ist der globale Einfluss der innerfamiliären Gewalterfahrungen. Allerdings ergibt sich hierbei in den Paarvergleichen der einzelnen Faktorstufen der interessante und mit den Greifswalder Daten übereinstimmende Befund, dass nur die schweren Formen der Misshandlungserfahrungen einen signifikanten Einfluss auf die eigene Gewalttäterschaft ausüben, auf dieser Viktimisierungsstufe dann aber hochsignifikant und bedeutsam. Für die so misshandelten Jugendlichen ergibt sich ein geschätzter Mittelwert von 1,77 Gewalttaten/Jahr gegenüber 0,61 Gewaltdelikten/Jahr bei den nie gezüchtigten bzw. misshandelten Jugendlichen (leicht gezüchtigt: 0,82 Gewaltdelikte/Jahr, schwer gezüchtigt: 0,73 Gewaltdelikte/Jahr).

Wiederum ähnlich stark ausgeprägt ist der globale Einfluss der Bildung auf die Gewalttäterrate. Auch in dieser erweiterten Analyse ergibt sich hinsichtlich der paarweisen Vergleiche der Bildungsstufen untereinander der gleiche Befund, den wir bereits unter Kapitel B.4.6 ermittelt haben. Nur die Gymnasiasten mit einer augenfällig niedrigeren Gewalttäterbelastung (0,46 Delikte/Jahr) unterscheiden sich signifikant von den Schülern aller anderen Schularten, die insgesamt eine deutlich höhere Gewaltbelastung aufweisen, untereinander aber nicht statistisch bedeutsam differieren (Realschüler: 1,19, Hauptschüler: 1,30 Gewaltdelikte im rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum, s. o. Kapitel B.4.6).

Im Unterschied zu den Greifswalder Befunden ergibt sich allerdings für die Usedomer Jugendlichen kein signifikanter Einfluss von fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen auf die aktive Gewalttäterschaft. Während in Greifswald bei denjenigen Jugendlichen mit einem deutlich ausgeprägten fremdenfeindlichen/rechtsextremen Einstellungsmuster eine signifikant höhere Gewalttäterrate im Ein-Jahreszeitraum mit einer mittleren Häufigkeit von 1,77 Delikten vorliegt, die sich signifikant unterscheidet von den mittleren Häufigkeiten bei den sich von solchen Einstellungen klar distanzierenden (0,81) oder ambivalent eingestellten Jugendlichen (0,98), ergeben sich für die Jugendlichen auf der Insel Usedom diesbezüglich keine signifikanten Effekte (vgl. Tabelle 8.1). Die mittlere Häufigkeit der angegebenen Gewaltdelikte in der Gruppe der stark fremdenfeindlich/rechtsextrem orientierten Usedomer Jugendlichen beträgt 1,01 Delikte/Jahr und unterscheidet sich damit nicht von den dezidiert nicht rechtsorientierten (1,08) oder den ambivalent eingestellten Jugendlichen.

An dieser Stelle ist aber darauf hinzuweisen, dass die in der Regressionsanalyse als signifikant identifizierten Faktoren bzw. Faktorstufen nur insoweit interpretierbar sind, als sie für die Erklärung der Gewaltbereitschaft eine herausgehobene Bedeutung besitzen. Über die *Verursachungsstruktur* selbst ist damit noch keine Aussage möglich, da theoretisch fundierte und empirisch als bedeutsam sich erweisende Faktoren in einer möglichen Kausalstruktur auch nur mittelbar eine Rolle spielen können. Dies betrifft insbesondere distale Hintergrund-

faktoren (beispielsweise sozialstrukturell differenzierte sozio-ökonomische Lebenslagen und sozio-kulturelle Milieus der Familien) im Unterschied zu proximalen Eigenschaften der Jugendlichen (individuelle Einstellungen und Werthaltungen, Freizeit- und Konsumpräferenzen, Peer-Orientierungen usw., vgl. *Wilmers u. a.* 2002, S. 237; *Boers/Reinecke* 2007, S. 42 ff.).

Da die Fragestellung der Verursachungsstruktur auch hinsichtlich präventiver Überlegungen einen bedeutenden Stellenwert besitzt, haben wir diese in weiteren Analyseschritten bzgl. der hier erörterten Faktoren und anderen zusätzlich einbezogenen Kontrollvariablen mittels Kausalanalysen (sogenannte Pfadanalysen) untersucht.<sup>126</sup>

In diese Kausalanalysen haben wir neben den bisher untersuchten Einflussfaktoren auch den Index zur sozio-ökonomischen Lage der Herkunftsfamilie (ISEI, s. o. Kapitel A.7, Fußnote 56, S. 92 f.) und zur besseren Differenzierung der Bildung, neben dem nächstens angestrebten Schulabschluss, auch die gewichtete Durchschnittsnote aus den Fächern Deutsch, Mathematik und Sport einbezogen.<sup>127</sup> Insbesondere die sozio-ökonomische Lage haben wir als wichtige Hintergrundvariable berücksichtigt, da das Bildungsniveau der Jugendlichen – das für die untersuchten problematischen Einstellungsmuster eine große prädiktive Relevanz besitzt – selbst wiederum stark von den sozialen, ökonomischen und kulturellen Lebens- und Sozialisationsbedingungen der Familien in vielfältigster Weise beeinflusst wird.

Wie u. a. die Ergebnisse der *Pisa*-Studien (bisher 2000, 2003 und 2006) verdeutlichen, sind die familiären Lebensbedingungen mit deutlich unterschiedlichen Zugangschancen zu ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen verknüpft und damit auch zugleich mit ungleichen „Bedingungen des Aufwachsens mit unterschiedlichen Gelegenheiten für Lernen, Teilhabe an Bildungsan-

---

126 Für die Analyse solcher mehrstufigen Verursachungsstrukturen wird gewöhnlich auf die Methode der Strukturgleichungsmodelle (Pfadanalyse) zurückgegriffen. Die Pfadanalyse stellt eine Erweiterung der multiplen Korrelations- und Regressionsanalyse dar und gehört aufgrund ihres konfirmatorischen Charakters zu den hypothesenprüfenden statistischen Verfahren. Im Unterschied zur Regressionsanalyse, die die Annahme der isolierten Wirkung von unabhängigen Variablen auf eine abhängige Variable überprüft, lässt die Pfadanalyse, als kausalanalytisches Verfahren, auch Zusammenhänge zwischen den unabhängigen Variablen zu. Diesbezüglich lassen sich – neben manifesten – auch Beziehungen zwischen latenten Variablen überprüfen. Ein regressionsanalytisches Modell wie das zuvor erläuterte stellt demnach einen Spezialfall der Pfadanalyse dar. Die hier dargestellten Pfadanalysen wurden mit dem Programmsystem AMOS V7.0 durchgeführt (vgl. <http://amosdevelopment.com>).

127 Die Durchschnittsnote wurde aufgrund der größeren Bedeutung der Kernfächer Deutsch und Mathematik gegenüber Sport für den Schulerfolg gewichtet. Deutsch mit dem Faktor 2, Mathematik mit dem Faktor 3 und Sport mit dem Faktor 1 (vgl. hierzu auch die *Pisa*-Studien 2000 und 2003). Die Notenangaben von Seiten der Schüler beziehen sich auf das letzte Zeugnis.

geboten und Kompetenzentwicklung“ der Kinder verbunden (*Pisa-Konsortium Deutschland 2004, Ergebnisse, S. 22*).<sup>128</sup>

128 Die *Pisa*-Studien weisen diesbezüglich u. a. nach, dass auch der Besuch der verschiedenen Schulformen sehr deutlich von Merkmalen der sozialen Herkunft abhängt. In der nachstehenden Tabelle sind die relativen Chancen für den Besuch einer Schulform in Abhängigkeit vom ökonomischen, sozialen und kulturellen Status (ESCS-Index: = Index of Economic, Social and Cultural Status) dargestellt.

ESCS	Hauptschule			Schulform Gymnasium			Integrierte Gesamtschule		
	Modell I	Modell II	Modell III	Modell I	Modell II	Modell III	Modell I	Modell II	Modell III
75-100% Quartil	0.44	0.50	0.65	8.67	7.31	5.70	2.06	2.13	2.39
50-75% Quartil	0.63	0.71	0.79	2.87	2.69	2.28	1.33	ns	ns
25-50% Quartil	Referenzkategorie (odds =1)								
0-25% Quartil	1.73	ns	ns	0.57	0.61	0.71	1.22	ns	ns

Anmerkungen: Referenzkategorie für die Schulform: Realschule  
 Modell I: Ohne Kontrolle von Kovariaten  
 Modell II: Kontrolle von kognitiven Grundfähigkeiten  
 Modell III: Kontrolle von kognitiven Grundfähigkeiten und Mathematikkompetenz

Quelle: *Pisa-Konsortium Deutschland 2004, Ergebnisse, S. 23*. Referenzkategorien für die Berechnung der relativen Chancen sind dabei das 25-50%-Quartil des sozioökonomischen, kulturellen Status (ESCS) und die Schulform der Realschule.

Wie die Tabelle ausweist, sind die Chancen von Kindern aus dem obersten Viertel der ESCS-Verteilung ein Gymnasium zu besuchen, fast 9-mal größer im Vergleich zur Referenzkategorie. Auch unter Kontrolle der getesteten kognitiven Grundfähigkeiten und der ermittelten mathematischen Kompetenz der Jugendlichen, bleiben die Chancen für Jugendliche aus dem höchsten ESCS-Quartil gegenüber Jugendlichen aus dem 25-50%-Quartil, ein Gymnasium anstelle einer Realschule zu besuchen, sehr viel besser (5,7 zu 1) (vgl. *Pisa-Konsortium 2003, Ergebnisse, S. 23*). In der Zusammenschau der *Pisa*-Befunde ergibt sich für Deutschland im Vergleich mit den 41 einbezogenen Ländern (darunter 30 OECD-Staaten) hinsichtlich des Zusammenhanges zwischen der sozialen Herkunft und den Bildungskompetenzen, die in Deutschland vor allem über die Beteiligungschancen an den unterschiedlichen Schulformen vermittelt werden, ein besonders ungünstiges Bild. So finden sich beispielsweise bzgl. der Korrespondenz zwischen der sozialen Herkunft und der mathematischen Kompetenz nur für Ungarn und Belgien ungünstigere Beziehungen (vgl. *Pisa-Konsortium 2004*). Die *Pisa*-Autoren weisen im internationalen Vergleich auch auf den bemerkenswerten Befund hin, „dass eine Entkopplung von sozialer Herkunft und erreichter Kompetenz keineswegs mit Einbußen im durchschnittlichen Leistungsniveau der Staaten verbunden ist. In einer ganzen Reihe von Staaten werden ausgezeichnete Bildungsergebnisse bei einer – im Vergleich zu Deutschland – deutlich schwächeren Koppelung von sozioökonomischem, kulturellem Status und mathematischer Kompetenz erreicht“ (*Pisa-Konsortium 2004, Ergebnisse, S. 25*). Auch in der aktuellen *Pisa*-Studie 2006 wird die enge Koppelung zwischen sozialer Herkunft und den in dieser Studie fokussierten naturwissenschaftlichen Kompetenzen nachgewiesen (vgl. *Pisa-Konsortium 2007, Ergebnisse, S. 18 f.*). Nicht nur in den *Pisa*-Studien, sondern in einer ganzen Reihe anderer Bildungsstudien, wird dieser Zusammenhang belegt, vgl. beispielsweise die Hamburger LAU-Studie (Aspekte der Lernausgangslage und der Lernentwicklung, *Lehmann u. a. 2002; 2004; 2005*), IGLU-Studie

Dass der beschriebene Zusammenhang zwischen den sozio-ökonomischen Ressourcen der Familie und dem schulartbezogenen Bildungsniveau auch für die Usedomer und Greifswalder Jugendlichen besteht, lässt sich aus der nachstehenden Abbildung 8.1 erkennen.

Wie anhand der ISEI-Mittelwerte in den Diagrammen ersichtlich ist, besteht ein verhältnismäßig enger positiver Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau der befragten Jugendlichen und der sozio-ökonomischen Stellung der Eltern sowohl auf der Insel Usedom als auch in Greifswald. Die Beziehung ist in Greifswald aufgrund des Stadt-Land Gefälles deutlich enger als auf der Insel Usedom (Korrelationskoeffizient Spearman-Roh: Usedom = .277; Greifswald = .468 mit Förderschüler bzw. = .434 ohne Förderschüler).

Bei gleicher Skalierung der Ordinate bzgl. der ISEI-Werte sind diese Unterschiede aufgrund der unterschiedlichen sozialstrukturellen Verhältnisse auf der Insel Usedom (ländlicher Raum, Tourismus, Fischerei und Landwirtschaft mit einer geringeren sozialen Differenzierung und Segregation) und in der Hansestadt Greifswald (kreisfreie Universitätsstadt, regionales Oberzentrum mit mittelständischen Unternehmen und einer größeren sozialen Differenzierung und Segregation) gut erkennbar. Die Spannweite der ISEI-Werte auf der Insel Usedom (insbesondere wegen des geringeren Anteils höherer akademischer Berufe) fällt erwartbar kleiner aus als in Greifswald. Demnach ergibt sich ein signifikant niedrigerer ISEI-Gesamtmittelwert und eine geringere Standardabweichung auf der Insel Usedom (Insel Usedom: MW: 39,5, SD: 11,2; Hansestadt Greifswald: MW: 45,7, SD: 13,7).<sup>129</sup>

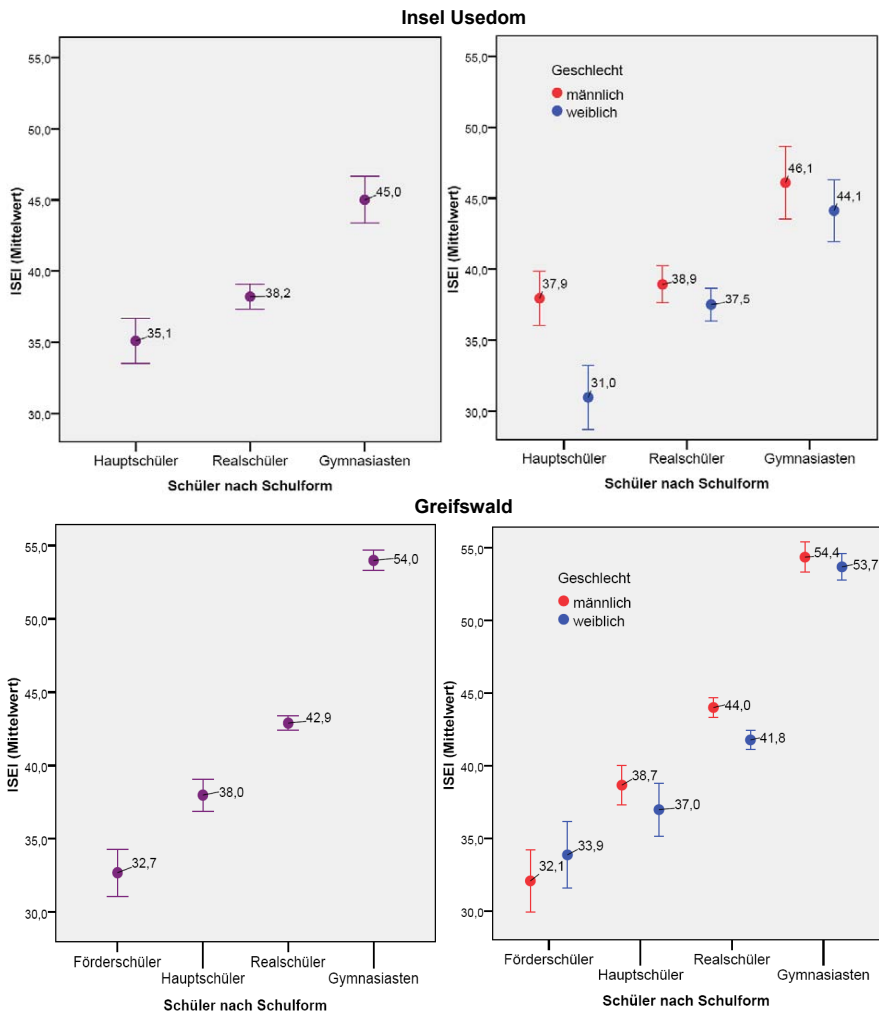
Ferner erscheint in der Entwicklungsperspektive interessant, dass der Zusammenhang in der Abfolge der einzelnen Erhebungen in Greifswald im Gegensatz zur Insel Usedom zunehmend stärker ausfällt. Der Korrelationskoeffizient nimmt über den Referenzzeitraum kontinuierlich zu (Spearman-Roh: 1998 = .432, ohne FS = .406; 2002 = .479, ohne FS = .446 und 2006 = .529, ohne FS = .505).

---

(Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung, *Bos u. a.* 2003; 2004; 2007), AWO-ISS-Studie zu Lebenslagen und Lebenschancen bei Kindern und Jugendlichen (*Holz u. a.* 2005; *Holz/Puhlmann* 2005), TIMSS II und III (Third International Mathematics and Science Study, MPI für Bildungsforschung: <http://www.timss.mpg.de>), DESI-Studie (Deutsch-Englisch Schülerleistungen International, *Klime/Beck* 2007; <http://www.dipf.de/desi/index.htm>). Die in der Bundesrepublik Deutschland vergleichsweise stark ausgeprägte sozial bedingte Bildungsbenachteiligung ist wiederum – ebenso wie das Rechtsextremismus-Problem (s. o.) – kein neues Phänomen. Seit Ende der 1950er Jahre war die bildungspolitische Debatte in Westdeutschland eng mit der Frage nach dem Ausmaß und den Ursachen sozialer Ungleichheit verbunden (vgl. hierzu exemplarisch *Schelsky* 1957; 1965; *Popitz* 1964; *Picht* 1965; *Dahrendorf* 1965, zum neueren Stand der Diskussion im Überblick vgl. *Becker/Lauterbach* 2004; *Becker* 2004; *Diefenbach* 2004; *Ditton* 2004; *Geißler* 2006).

129 Bei Ausschluss der nur in Greifswald befragten Förderschüler fällt erwartungskonform der Mittelwertunterschied zugunsten der Greifswalder Jugendlichen noch deutlicher aus (MW: 46,3, SD: 13,5).

Abb. 8.1: Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischer Lage der Familie und der Schulform nach angestrebtem Abschluss bei Jugendlichen auf der Insel Usedom (2002 und 2006) und in Greifswald (1998, 2002 und 2006), jeweils gepoolter Datensatz



Insbesondere nimmt der Abstand zwischen den Gymnasiasten in Greifswald (bei gleichbleibend hohen ISEI-Werten) und den Schülern der anderen Schularten signifikant zu. Besonders auffällig erscheint hierbei ein deutliches Absinken der Sozillagen-Indizes von Jugendlichen der mittleren Bildungsgänge. Inwieweit hierbei allerdings die enormen Strukturveränderungen der Schullandschaft

in Greifswald im Referenzzeitraum mit den bereits angesprochenen Schulschließungen gepaart mit mehreren Strukturveränderungen im Zuge der Umstellung eines dreigliedrigen auf ein zweigliedriges Schulsystem (verbundene Haupt- und Realschulen, dann Regionale Schulen) in Verbindung mit der sukzessiven Einführung von Ganztageschulen und einem umstrittenen Lehrpersonal-konzept eine besondere und eigenständige Rolle spielen, kann an dieser Stelle nur vermutet, nicht aber belegt werden. Demgegenüber hat sich die Korrespondenz zwischen sozialer Herkunft und Bildung bei den Jugendlichen auf der Insel Usedom in der Erhebung 2006 im Vergleich zum Ausgangswert 2002 kaum verändert und insgesamt sogar leicht abgeschwächt (Spearman-Roh: 2002 = .376 und 2006 = .255).

In allgemein gesellschaftlicher Perspektive gehen wir diesbezüglich aber davon aus, dass sich unter den besonderen Bedingungen zunehmenden Konkurrenzdrucks und individueller Herausforderungen, struktureller Massenarbeitslosigkeit und der Unsicherheit von Beschäftigungsverhältnissen, Prozessen räumlicher Segregation und gesellschaftlicher Ausschließung, die sozialen Disparitäten, insbesondere in strukturschwachen Regionen mit hohen Qualifikationsverlusten durch Abwanderung, weiter verschärfen.

Ferner nehmen wir an, dass die sozio-ökonomische Lage der Familie nicht nur die Bildungschancen der Kinder beeinflusst, sondern dass damit auch differenzielle Wirkungen auf der kognitiven und emotiv-affektiven Ebene verbunden sind. Entsprechend disparate sozio-ökonomische und kulturelle Lebenswirklichkeiten von Familien bilden aufgrund ihrer alltäglichen Handlungs- und Kommunikationsstrukturen innerhalb ihrer gemeinsam geteilten sozial-räumlichen, milieuspezifischen und beruflichen Erfahrungen auch unterschiedliche Kontexte für die Herausbildung und Vermittlung von Meinungen, Einstellungen und normativen Überzeugungen etwa hinsichtlich der Wahrnehmung von gesellschaftspolitischen Verhältnissen sowie die Urteilsbildung darüber, wie etwa politische Lösungen von gesellschaftlichen Problemen aussehen sollten (vgl. hierzu u. a. Bourdieu 1982; 1983; 1985; 2005; Vester/Hofmann/Zierke 1995; Vester u. a. 2001; Schultheis/Schulz 2005).

Neben der Bildung gehen wir deshalb auch von deutlichen, mindestens mittelbaren Effekten der sozialen Lage auf die hier untersuchten Einstellungen gegenüber Gewalt und Fremdenfeindlichkeit/Rechtsextremismus der befragten Jugendlichen aus. Je prekärer und instabiler die sozialen Verhältnisse der Familien sind, d. h., je weniger sie über ökonomische und kulturelle Ressourcen verfügen oder die vorhandenen Besitzstände etwa durch den Verlust des Arbeitsplatzes und einem damit verbundenen sozialen Abstieg bedroht sind, desto eher werden hinsichtlich der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungsprozesse einfache und radikale Problemlösungen von den Repräsentanten des politischen Systems erwartet. Aufgrund der eigenen Ohnmachtserfahrungen sind da-

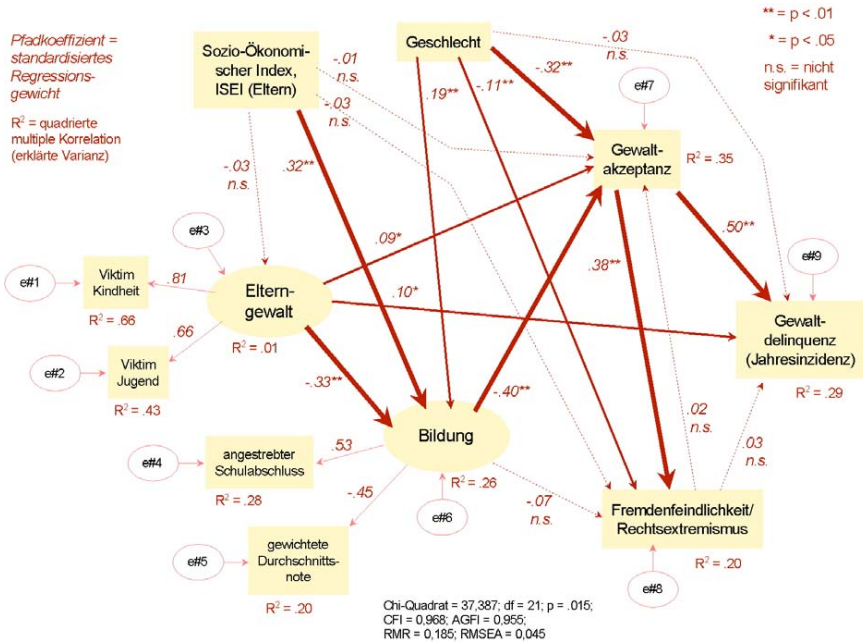


mit nicht selten auch Schuldzuweisungen gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten, Randgruppen oder Immigranten verknüpft. Darüber hinaus sind in sozial stark deprivierten Unterschichtmilieus gewaltaffine Orientierungen und Gewalt als Mittel der Konfliktregelung aufgrund defizitärer kommunikativer Kompetenzen häufig normaler und teilweise normativer Sozialisationsbestandteil dieses Milieus selbst, das beispielsweise mit der Anerkennung von „gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen“ und positiv besetzten Werten wie Körperkraft, Schlagkraft, Härte oder aggressivem Durchsetzungsvermögen verbunden ist (vgl. *Schäfer-Vogel* 2007; *Baier u. a.* 2006; *Möller* 2001; *Böttger* 1998).

Vor dem Hintergrund der bisherigen Befunde nehmen wir weiter an, dass gewaltaffine Einstellungen der Jugendlichen wegen ihrer hohen Konstruktspezifität einen deutlich stärkeren (proximalen) Einfluss auf das Gewalthandeln der Jugendlichen ausüben als fremdenfeindliche/rechtsextreme Orientierungen. Ferner, dass die Entwicklung gewaltaffiner Einstellungen unter den Jugendlichen eine längere Sozialisationsgeschichte (entwicklungspsychologische Ontogenese) aufweist und daher einen höheren Erklärbeitrag für fremdenfeindliche/rechtsextreme Einstellungen *und* Gewalt liefert als umgekehrt. Unter dieser biographischen Entwicklungsperspektive gehen wir auch von einem eigenständigen Effekt innerfamiliärer Gewalterfahrungen aus, der sich aber auch mittelbar in der Verknüpfung mit gewaltaffinen Einstellungen und den Bildungsaspirationen ungünstig auf die Gewaltdelinquenz der Jugendlichen auswirkt.

Die Überprüfung dieser Annahmen sind für die befragten Jugendlichen auf der Insel Usedom unter Einbeziehung des Geschlechts als eigenständiger differenzieller Faktor in dem nachstehenden Pfadmodell dargestellt (vgl. Abbildung 8.2). Betrachtet man zunächst das Modell für die aktuell befragten Jugendlichen auf der Insel Usedom in der globalen Übersicht, wird erkennbar, dass alle zuvor spezifizierten Annahmen im Wesentlichen bestätigt werden. Im Ergebnis werden durch die im Modell einbezogenen Einflussgrößen immerhin 29% des aktuell berichteten Gewaltaufkommens der Jugendlichen auf der Insel Usedom erklärt. Dies ist aufgrund der wenigen in das Modell einbezogenen Variablen eine vergleichsweise sehr beachtliche Größenordnung. In der Gesamtbetrachtung wird ferner deutlich, dass erwartbar insbesondere die Gewaltakzeptanz wegen ihrer hohen Konstruktspezifität eine besondere proximale Bedeutung für die Gewaltdelinquenz der Jugendlichen besitzt. Das Bildungsniveau und das Geschlecht besitzen gleichfalls, wenn auch nur mittelbar, einen besonders großen Einfluss. Gleiches gilt für die indirekten Einflüsse der sozio-ökonomischen Lage der Familie und der gewaltaffinen Erziehungspraktiken in Form berichteter Gewaltviktimsierungen in der Kindheit und Jugend durch die Eltern bzw. Elternersatzpersonen.

Abb. 8.2: Pfadmodell zum Einfluss von gewaltaffinen und fremdenfeindlichen/rechtsextremen Einstellungen auf Jugendgewalt unter Kontrolle der sozio-ökonomischen Lage der Familie und der Bildung bei Jugendlichen auf der Insel Usedom (2006, n = 387)<sup>130</sup>



- 130 Die in den Kausalmodellen ausgewiesenen Parameter (Pfadkoeffizienten) an den Pfeilen (Pfad) sind *standardisierte* auspartialisierte Regressionskoeffizienten und geben den Einfluss der jeweiligen Pfadursprungsvariable (erklärende Variable) auf die Zielvariable (abhängige Variable) unter Berücksichtigung aller übrigen Einflussvariablen im Modell an. Aufgrund der Variablenstandardisierung sind sie hinsichtlich der Größenordnung untereinander direkt vergleichbar. So bedeutet ein Pfadkoeffizient von +.50, dass ein Anstieg der Ausgangsvariable  $X_1$  um eine Standardabweichung zu einem Anstieg in der Zielvariable  $X_2$  um 0,5 Standardabweichungen (zusätzlich zu anderen möglichen *indirekten* Effekten von  $X_1$  beispielsweise über  $X_3$  auf  $X_2$ ) führt. Ein negativer Pfadkoeffizient bedeutet eine entsprechende Abnahme der Zielvariable. Den theoretischen Annahmen entsprechend, sind einzelne erklärende Variablen gleichzeitig aber auch abhängige Variablen. Für die im Modell dargestellten abhängigen Variablen ist zudem der jeweils erklärte Varianzanteil ( $R^2$ ) angegeben. Alle durchgezogenen Pfade sind signifikant. Die dünn gestrichelten Pfade sind nicht signifikant und nur zur Illustration der überprüften Annahmen mit dargestellt und sind nicht Bestandteil des abschließenden Modells, in dem ausschließlich signifikante Pfade ausgewiesen sind. Die für letzteres herangezogenen Modellgüte-Kriterien verweisen auf eine gute Passung des Modells an die Daten. Im Text haben wir für die Pfadkoeffizienten statt der Punkt- die Kommaschreibweise verwendet (also z. B. +0,50 statt +.50).

In der Einzelbetrachtung ergibt sich mit dem stärksten Pfad (+0,50) ein erwartbar besonders ausgeprägter *direkter* Einfluss der gewaltaffinen Einstellungen auf die Gewaltdelinquenz der Usedomer Jugendlichen. Die Gewaltakzeptanz als herausragender Einflussfaktor wird insbesondere durch das Geschlecht und die Bildung beeinflusst. Weibliche Jugendliche und höhere Bildung haben zwar keinen unmittelbar direkten reduzierenden Einfluss auf die Gewaltdelinquenz aber einen ausgeprägten *indirekten* Gewalt hemmenden Einfluss über die Gewaltakzeptanz. Berechnet man für das Bildungsniveau die *indirekten* Effekte auf die Gewaltdelinquenz ( $-0,40 * 0,50$ ) ergibt sich ein beachtlicher *totaler* Effekt von -0,20. Für das Geschlecht summieren sich die indirekten Effekte auf einen nahezu identischen *totalen* Effekt von -0,197 [ $(0,19 * -0,40 * 0,50) + (-0,32 * 0,50)$ ]. Besonders stark sind die Effekte des Bildungsniveaus und des Geschlechts auf die gewaltaffinen Einstellungen. Für die Bildung entspricht dieser im Modell einem *direkten* Effekt von -0,40 und für das Geschlecht ergibt sich ein wiederum fast identischer *totaler* Effekt von -0,396 [ $(0,19 * -0,40) + (-0,32)$ ].

Darüber hinaus ergeben sich allerdings nur indirekte Einflüsse der sozialen Herkunft (ISEI) auf die Gewaltdelinquenz und auf die Gewaltakzeptanz, die sich insbesondere über die Koppelung der sozio-ökonomischen Lage mit der Bildung vermittelt. Der *totale* Effekt der sozialen Herkunft für die Gewaltdelinquenz beträgt nur -0,064 ( $0,32 * -0,40 * 0,50$ ) und auf die Gewaltaffinität aber noch -0,128 ( $-0,40 * 0,50$ ). Allerdings zeigt sich ein beachtlicher Einfluss der sozio-ökonomischen Lage der Familie auf das Bildungsniveau (besuchte Schulart bzw. den angestrebten Schulabschluss in Verbindung mit der gewichteten Durchschnittsnote) der Usedomer Jugendlichen, dem für die Gewaltakzeptanz und die Gewaltdelinquenz ein besonders starker Einfluss zukommt (s. o.). Wie aus dem oben abgebildeten Modell zu entnehmen ist, beträgt der *direkte* Einfluss der sozio-ökonomischen Lage auf das Bildungsniveau 0,32 (*indirekter* Effekt auf den angestrebten Schulabschluss 0,17, auf die Schulnoten -0,15) und trägt damit zu einem relativ hohen erklärten Varianzanteil dieser Variablen bei. Die deutliche Koppelung von familiärer sozio-ökonomischer Lage und dem Bildungsniveau bei Jugendlichen auf der Insel Usedom weist damit, wie bei den Greifswalder Jugendlichen auch (s. u.), mit den Ergebnissen der *Pisa*-Studien eine hohe Übereinstimmung auf.<sup>131</sup>

---

131 In den *Pisa*-Studien von 2000, 2003 und 2006 werden bei den untersuchten Schülern der 9. Klassenstufe diesbezüglich, je nach Operationalisierung der sozialen Lage, erklärte Varianzanteile (bei Kontrolle der kognitiven Grundfähigkeiten und der jeweils untersuchten Kompetenzbereiche!) von zwischen 14% und 23% angegeben (vgl. *Pisa-Konsortium Deutschland* 2000; 2003; 2006). Diese beachtlich starke Korrespondenz ist auch in der aktuellen *Pisa*-Studie weiterhin vorhanden ( $R^2 = 13,6\%$ ): „Zusammenfassend lässt sich die Ausprägung der sozialen Disparitäten in den Kompetenzen und in der Bildungsbeteiligung bei Fünfzehnjährigen in Deutschland immer noch als hoch bezeich-

Ebenfalls stark sind die Effekte der erfahrenen Gewalt durch die Eltern in der Kindheit und/oder Jugend, obgleich diesbezüglich keine signifikante Abhängigkeit dieser Erfahrungen von der sozialen Herkunft der Jugendlichen auf der Insel Usedom besteht. Fallen die *direkten* Effekte innerfamiliärer Gewalterfahrungen auf die Gewaltakzeptanz und Gewaltdelinquenz zwar signifikant und vergleichsweise eher gering aus (+0,09 bzw. +0,10), so spielen allerdings die erlebten innerfamiliären Gewalterfahrungen in Verbindung mit dem Bildungsniveau für die gewaltaffinen Einstellungen und die Gewaltdelinquenz der Jugendlichen (*indirekten* Effekte) eine doch beachtliche Rolle. Folgt man dem Pfad „Elterngewalt“, „Bildung“, „Gewaltakzeptanz“ auf „Gewaltdelinquenz“, so ist zunächst der *direkte* Effekt elterlicher Gewalterfahrungen auf die Bildung mit -0,33 besonders stark ausgeprägt. D. h., die erlebten Gewaltviktisierungen durch die Eltern haben einen doch erheblichen negativen Einfluss auf die schulischen Leistungen der Jugendlichen. Im Weiteren beträgt der *totale* Effekt innerfamiliärer Gewaltviktisierungen auf die eigene Gewaltakzeptanz dann noch beachtliche +0,22 [(-0,33 \* -0,40) + (0,09)] und auf die Gewaltdelinquenz nahezu gleich stark +0,21 [(-0,33 \* -0,40 \* 0,50) + (0,09 \* 0,50) + (0,10)].

Auch hinsichtlich der Frage, inwieweit fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen für die von den befragten Jugendlichen angegebenen Gewaltdelikte ursächlich sind, bestätigt sich der in den vorangegangenen Erhebungen ermittelte Befund, dass trotz der hochsignifikanten bivariaten Korrespondenz solcher Einstellungen mit Gewalt [Pearson r: Usedom (2006) = .19; Greifswald (2006) = .22] – neben gewaltbefürwortenden Einstellungen [Pearson r: Usedom (2006) = .426; Greifswald (2006) = .363] mit die stärkste bivariate Korrelation – fremdenfeindliche und rechtsextreme Orientierungen einen insgesamt *sehr geringen direkten* Einfluss ausüben.<sup>132</sup> Für die Usedomer Jugendlichen ergibt sich – wie für die Greifswalder Jugendlichen auch (s. u.) – diesbezüglich kein signifikanter direkter Einfluss (s. o. Modellabbildung 8.2).<sup>133</sup>

Fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen werden selbst wiederum am stärksten durch die Gewaltakzeptanz beeinflusst. Dieser *direkte* Effekt erreicht eine beachtliche Stärke von +0,38. Ein besonders starker differen-

---

nen, wenn man sie mit der Situation in anderen OECD-Staaten vergleicht“ (*Pisa-Konsortium Deutschland 2006*, S. 18).

132 Vgl. dazu *Geng 1999*; *Düinkel/Geng 2003* oder beispielsweise auch *Bressan 2005*.

133 Auch die Überprüfung einer wechselseitig reziproken Beziehung zwischen Gewaltakzeptanz und Fremdenfeindlichkeit/Rechtsextremismus in dem erörterten Modell (somit ein nicht-rekursives Modell) führt zu keiner besseren Varianzaufklärung der einbezogenen abhängigen Variablen. Der direkte Einfluss von Fremdenfeindlichkeit/Rechtsextremismus auf Gewaltakzeptanz und Gewalt ist äußerst schwach und nicht signifikant (s. o.). Alle zur Überprüfung der Anpassung des Gesamt-Modells an die Daten herangezogenen Gütekriterien ergeben diesbezüglich deutlich schlechtere Passungs-Koeffizienten.

zieller Faktor für solche Einstellungen ist auch das Geschlecht. Insgesamt sind die weiblichen Jugendlichen gegenüber diesen Einstellungen deutlich distanzierter als die männlichen Befragten. Diesbezüglich ergibt sich ein *direkter* signifikanter Effekt von  $-0,11$  und ein noch stärkerer *indirekter* Einfluss von  $-0,15$   $[(0,19 * -0,40 * 0,38) + (-0,32 * 0,38)]$ , was sich zu einem beachtlichen *totalen* Effekt von  $-0,265$  aufsummiert. Ebenfalls und erwartungskonform bildet ein höheres Bildungsniveau ein Hemmnis für die Übernahme fremdenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen. Bei den Usedomer Jugendlichen ergibt sich in dieser Hinsicht zwar kein direkter Effekt der Bildung aber ein doch recht ausgeprägter signifikanter *indirekter* Effekt mit einer Stärke von  $-0,15$   $(-0,40 * 0,38)$ .

Im Hinblick darauf, welche Rolle solche fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen für die Gewalttäterschaft spielen, zeigt sich auch in unseren Daten, dass ohnehin gewaltbereite Jugendliche auch sehr viel eher fremdenfeindlich/rechtsextrem eingestellt sind als umgekehrt. Wie aus der nachstehenden Tabelle 8.2 zu entnehmen ist, sind jeweils nicht ganz die Hälfte der deutlich gewaltakzeptierenden Jugendlichen gleichzeitig stark ausgeprägt fremdenfeindlich und rechtsextrem orientiert (Insel Usedom: rd. 45%; Greifswald: rd. 48%).

Umgekehrt verhält sich diese Beziehung aber anders: Etwa ein Viertel der fremdenfeindlich und rechtsextrem eingestellten Usedomer und nur etwa ein Fünftel der Greifswalder Jugendlichen verfügt auch zugleich über eine ausgeprägt hohe Gewaltakzeptanz (26,6% bzw. 19,1%). D. h., fremdenfeindliche und rechtspopulistische Einstellungen unter den Jugendlichen sind nicht notwendigerweise mit gewaltaffinen Einstellungen verbunden, was im Übrigen für Jungen und Mädchen gleichermaßen zutrifft.<sup>134</sup>

Die sich in unseren Analysen ergebenden Beziehungen machen aber auch deutlich, dass vor allem die *Verknüpfung beider Orientierungen* ein sehr hohes *Gewaltpotential* in sich birgt. Diese Verbindung wird insbesondere dann riskant, wenn sich dieses Potenzial in fremdenfeindlich und rechtsextrem eingestellten Gruppen vergemeinschaftet und damit kumuliert. Wie verschiedene Studien und Fallanalysen zeigen, steigert diese enge Korrespondenz zwischen Gewaltaffinität und Fremdenfeindlichkeit in rechtsextrem orientierten Gruppen oder Cliques – etwa bei rechten Skinheads – unter den bereits oben erörterten Bedingungen einer ausgeprägten „negativen Exklusivität“ und internen „negativen sozialen Identität“ (Gaßebner 2003, S. 186 ff.) das Gewaltisiko erheblich.

---

134 Hier liegen die entsprechenden Verhältnisse für die männlichen Jugendlichen auf der Insel Usedom bei 49% zu 29%. D. h., 49% der stark gewaltorientierten männlichen Jugendlichen sind zugleich auch stark fremdenfeindlich und rechtsextrem eingestellt, während umgekehrt nur 29% der besonders fremdenfeindlich und rechtsextrem eingestellten Jungen stark gewaltorientiert sind. Unter den Usedomer Mädchen liegt das Verhältnis bei 36% zu 21%. Unter den Greifswalder männlichen Jugendlichen bei 47% zu 25% und unter den Greifswalder Mädchen in bei 51% zu 11%.

Tabelle 8.2: Zusammenhang zwischen Gewaltakzeptanz und Fremdenfeindlichkeit/Rechtsextremismus bei Jugendlichen auf der Insel Usedom (2002 und 2006) und in Greifswald (1998 - 2006), jeweils gepoolter Datensatz

			Insel Usedom			
			Gewaltakzeptanz-Skala, 14 Items, trichotom			
			gering	mittel	hoch	Gesamt
Xenophobie/REX-Skala, 13 Items, trichotom	gering	Anzahl	139	49	8	196
		% von Xenophobie/REX	70,9%	25,0%	4,1%	100,0%
		% von Gewaltakzeptanz	44,4%	18,1%	17,0%	31,1%
	mittel	Anzahl	155	182	18	355
		% von Xenophobie/REX	43,7%	51,3%	5,1%	100,0%
		% von Gewaltakzeptanz	49,5%	67,4%	38,3%	56,3%
	hoch	Anzahl	19	39	21	79
		% von Xenophobie/REX	24,1%	49,4%	26,6%	100,0%
		% von Gewaltakzeptanz	6,1%	14,4%	44,7%	12,5%
	Gesamt	Anzahl	313	270	47	630
		% von Xenophobie/REX	49,7%	42,9%	7,5%	100,0%
		% von Gewaltakzeptanz	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Insel Usedom: Kendall Tau-b = .311,  $p < .000$

			Greifswald			
			Gewaltakzeptanz-Skala, 14 Items, trichotom			
			gering	mittel	hoch	Gesamt
Xenophobie/REX-Skala, 13 Items, trichotom	gering	Anzahl	607	174	23	804
		% von Xenophobie/REX	75,5%	21,6%	2,9%	100,0%
		% von Gewaltakzeptanz	39,0%	13,7%	12,0%	26,6%
	mittel	Anzahl	819	836	77	1732
		% von Xenophobie/REX	47,3%	48,3%	4,4%	100,0%
		% von Gewaltakzeptanz	52,7%	65,8%	40,1%	57,4%
	hoch	Anzahl	129	261	92	482
		% von Xenophobie/REX	26,8%	54,1%	19,1%	100,0%
		% von Gewaltakzeptanz	8,3%	20,5%	47,9%	16,0%
	Gesamt	Anzahl	1555	1271	192	3018
		% von Xenophobie/REX	51,5%	42,1%	6,4%	100,0%
		% von Gewaltakzeptanz	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Greifswald: Kendall Tau-b = .317,  $p < .000$

Insbesondere bei bestimmten Anlässen, die von den Gruppen aktiv aufgesucht werden (beispielsweise im Anschluss an Fußballspiele, Feiern, Rockkonzerte, Demonstrationen etc.), aber nicht selten auch bei eher zufällig entstehenden Gelegenheiten und Umständen (beispielsweise einer Begegnung mit einem Schwarzafrikaner auf der Straße oder mit einem als politischen Gegner identifizierten „Linken“ während der S-Bahnfahrt) wird dieses Gewaltpotential nicht selten sichtbar. In der Mehrzahl der Fälle sind solche Gewalthandlungen mit einem vorausgegangenem exzessiven Alkoholkonsum der Gruppenmitglieder ver-

bunden, der die niedrigen Hemmschwellen zusätzlich herabsetzt bzw. diese vollständig aufhebt.<sup>135</sup>

Gleichwohl zeigen unsere Analysen im Hinblick auf die *Verursachungsstruktur* für die Gewaltdelinquenz der Jugendlichen, dass der biographische Entwicklungspfad von aggressiven Verhaltensweisen, gewaltbezogenen Einstellungen und Werthaltungen im Kontext von sozialer Lage und dem Erziehungsmilieu der Familien sowie den schulischen Bildungswegen die entscheidende Bedingungsstruktur für deren Genese darstellt. Fremdenfeindliche und rechts-extreme Orientierungen treten in der Regel in einer späteren Entwicklungsphase meist in der Pubertät in Verbindung mit der Orientierung an Szenen und Gleichaltrigengruppen (peer groups) hinzu, die bei den Jugendlichen eine zunehmende Bedeutung erlangen. Diese peer groups sind wichtige Sozialisationsagenturen auch für die Übernahme und Einübung von fremdenfeindlichen und rechtsextremen Anschauungen und Ideologien. Die Attraktion solcher Gruppen und Szenen nimmt mit wachsenden Problemen und Konflikten der Jugendlichen in den anderen Sozialisationsbereichen Familie und Schule zu, vor allem aber auch deshalb, weil diese Gruppen emotionale Grundbedürfnisse bedienen, wie etwa den Wunsch nach persönlicher Bedeutung und Anerkennung, aber auch Macht als Negierung der selbst erlebten Ohnmacht in Form von gemeinsamer Stärke und Gewalt (vgl. *Eckert/Reis/Wetzstein* 2000, S. 14; *Wahl* 2003, S. 158). Über verschiedene Phasen szenentypischer Selbstkategorisierungen (Kleidung, Musik, Habitus und Provokationen bis hin zum Begriff der „Nation“, der, orientiert an rechtsextremen Ideologien, als eine gemeinsame Abstammungs- und Schicksalsgemeinschaft beansprucht wird) konstituiert sich die rechte ethnozentristische „Wir-Gruppe“, „die sich durch die Annahme geteilter Herkunft, Überzeugungen, Orientierungen und Überlegenheitsvorstellungen definiert“ (*Gaßebner* 2003, S. 177). Charakteristisch an solchen Selbstkategorisierungen ist natürlich, dass damit im Kontrast gleichzeitig die „Feindgruppen“ (Ausländer, Asylbewerber, Linke, Obdachlose, Homosexuelle usw.) bestimmt sind (vgl. *Gaßebner* 2003, S. 174 ff.). Hinsichtlich der Attraktion dieser Gruppen kann auch angenommen werden, dass nicht nur bereits ohnehin dominante und gewaltbereite Jugendliche von diesen angezogen werden, sondern demgegenüber auch eher schwache und unterprivilegierte Jugendliche sich in diesen Gruppen verorten können. Denn das in diesen Gruppen vorherrschende Menschen- und Weltbild „dockt an deren unterschiedlichen – teils dominant-aggressiven, teils unsicher-ängstlichen – Persönlichkeitsmustern an und bietet eine Rationalisierung ihrer Bedürfnisse und emotionalen Neigungen – je nach Persönlichkeitsausprägung – als *Führer* oder als *Mitläufer*. Beiden verspricht die rechtsextreme

---

135 Vgl. *Wahl* 2003; *Bredel* 2002; *Eckert/Reis/Wetzstein* 2000; *Mehnhorn* 2001; *Böttger* 1998; *Heitmeyer/Müller* 1995; *Breyman* 1993; *Farin/Seidel-Pielen* 1993; *Willems* 1993.

Ideologie Belohnungen: Dem ersteren unmittelbare Privilegien in den Führungspositionen, dem letzteren mittelbar durch Teilhabe an der politischen ‚Bewegung‘ auf Kosten ausgegrenzter Minderheiten“ (*Wahl* 2003, S. 102 f.).

Die biographisch spätere Verknüpfung der Entwicklungspfade von Aggressivität, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit/Rechtsextremismus ist aber mit Blick auf die Szenenorientierung vom sozialen Kontext nicht unabhängig. So weisen die Gruppenmitglieder hinsichtlich ihrer sozial-räumlichen und sozio-ökonomischen Herkunftsmilieus, ihrer Bildungs- und Ausbildungsniveaus und ihren Bedürfnislagen hohe Gemeinsamkeiten auf.<sup>136</sup>

Mit Blick auf die erwartbar vorhandenen starken differentiellen Effekte des Geschlechts haben wir die Pfadanalysen nochmals getrennt für die im Jahr 2006 befragten Jungen und Mädchen auf der Insel Usedom durchgeführt. Wir hatten bereits in den Analysen der Greifswalder Daten Hinweise darauf gefunden, dass

---

136 Vgl. ausführlich zu den verschiedenen biographischen Entwicklungspfaden von Aggression/Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, die Gewalttäterstudie von *Wahl u. a.* 2003 (einer Replikation und Fortführung der Trierer Täterstudie von *Willems u. a.* 1993). Die Studie umfasst neben der Analyse von 217 Urteilschriften, die sich auf 352 fremdenfeindliche/rechtsextreme Gewalttäter beziehen, intensive Fallanalysen von 115 verurteilten fremdenfeindlichen/rechtsextremen Gewalttätern (und einer nichtdelinquenten Kontrollgruppe) sowie eine Polizeiaktenanalyse aller 1997 in Deutschland erfassten Delikte mit einem fremdenfeindlichen oder rechtsextremistischen Hintergrund. Die Ergebnisse dieser Studie bestätigen unsere Befunde und Interpretation: „Was bei den Selbstauskünften der [fremdenfeindlichen/rechtsextremen] Gewalttäter besonders ins Auge fällt, ist eine durchgängig schon *früh im Kindesalter sichtbar werdende überdurchschnittliche Aggressivität* (...). Später richtet sich diese Aggressivität dann gelegentlich auch gegen die Eltern, vor allem aber gegen andere Kinder und Jugendliche, insbesondere gegen Mitschüler. Aggressive Kinder ecken in der Schule an (mehr als die Hälfte der Täter wurde deswegen mindestens einmal von der Schule verwiesen). Oder sie beginnen, die Schule zu schwänzen und viel Zeit auf der Straße zu verbringen, Alkohol und Drogen zu konsumieren und mit Gleichaltrigen typische Jugenddelikte zu begehen (...). Sie geraten in kriminelle und fremdenfeindliche, teils auch rechtsextreme Cliques, kommen zunehmend in Konflikte mit ethnisch Fremden und anderen Subkulturen wie Punks oder ‚Linken‘ und mit der Polizei. ... Etwa ab der *Pubertät* werden die Weichen dafür gestellt, in welche Art von Cliques die Jugendlichen gehen. Durch die Integration und Gruppensozialisation in diesen *peer groups* werden bis dahin noch wenig ausgeprägte, höchstens latent vorhandene *Vorurteile* gegen ethnisch Fremde und andere soziale Minderheiten *verstärkt*. Häufig wird dieser Prozess begleitet von einer Sozialisation in Richtung *rechtsextremistischer Ideologien*, die aber nicht unbedingt sehr differenziert und politisiert sein müssen, sondern oft ein nebelhaftes Weltbild abgeben. Der Großteil der *Gewalttaten* gegen ethnisch Fremde (Ausländer und vermeintliche Ausländer) und gegen andere Minderheiten, auch Deutsche, erfolgt unter *Alkoholeinfluss* aus den Gruppen heraus, und er stellt sich als relativ wenig oder nur kurzfristig geplant dar.“ (*Wahl u. a.* 2003, S. 260 ff., vgl. hierzu auch *Marneros* 2002; 2005; *Marneros/Steil/Galvaio* 2003; *Sitzer/Heitmeyer* 2007; *Rieker* 2007; *Kühnel* 2007; *Küpper/Zick* 2008; *Krüger* 2008).



sich deutliche Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen hinsichtlich der kontextverbundenen Auswirkungen von sozialer Herkunft, den Bildungsaspirationen und den innerfamiliären Gewaltviktimisierungen für die emotionalen und kognitiven Verarbeitungsprozesse ergeben, die ihren Niederschlag in andersgearteten Effekten auf die Einstellungen gegenüber Gewalt und Fremdenfeindlichkeit/Rechtsextremismus, aber vor allem auf die Gewaltbereitschaft und die aktive Gewalttäterschaft finden. Die Ergebnisse dieser Analysen sind in den nachstehenden Pfaddiagrammen 8.3 und 8.4 dargestellt.

Im Vergleich der beiden Pfadmodelle fallen zunächst die besonders deutlich verschieden ausfallenden Auswirkungen der erlebten Gewaltviktimisierungen durch die Eltern ins Auge. Während sich diese bei den Usedomer Jungen mit eigenständigen Effekten auf die Gewaltakzeptanz und selbstberichtete aktive Gewaltdelinquenz auswirken, sind solche direkten Effekte bei den Mädchen nicht vorhanden. Diesbezüglich ergeben sich bei den Mädchen nur indirekte Effekte, die aber insgesamt geringer ausfallen als bei den Jungen. Für die Gewaltakzeptanz betragen die direkten und indirekten Effekte der innerfamiliären Gewaltviktimisierungen bei den Jungen zusammen beachtliche  $+0,36$  (*totaler* Effekt), bei den Mädchen ergeben sich nur relativ schwache *indirekte* Effekte  $+0,12$ . Hinsichtlich der aktiven Gewalttäterschaft zeigt sich bei den Jungen ein *totaler* Effekt von sogar  $+0,42$ , hingegen von nur  $+0,05$  bei den Mädchen. Sehr viel stärker von Bedeutung sind bei den Mädchen dagegen die Faktoren der sozialen Herkunft in ihrer Verknüpfung mit den Bildungsaspirationen gegenüber den gewaltaffinen und fremdenfeindlichen/rechtsextremen Einstellungen sowie der Gewaltdelinquenz. So ergibt sich bei den Mädchen ein beachtlicher *indirekter* Effekt der sozialen Herkunft von  $-0,25$  auf die Gewaltakzeptanz (bei den Jungen von nur  $-0,04$ ) und von  $-0,14$  auf Fremdenfeindlichkeit/Rechtsextremismus (bei den Jungen von lediglich  $-0,02$ ) sowie noch  $-0,11$  auf die Gewaltdelinquenz (nur  $-0,02$  bei den Jungen).

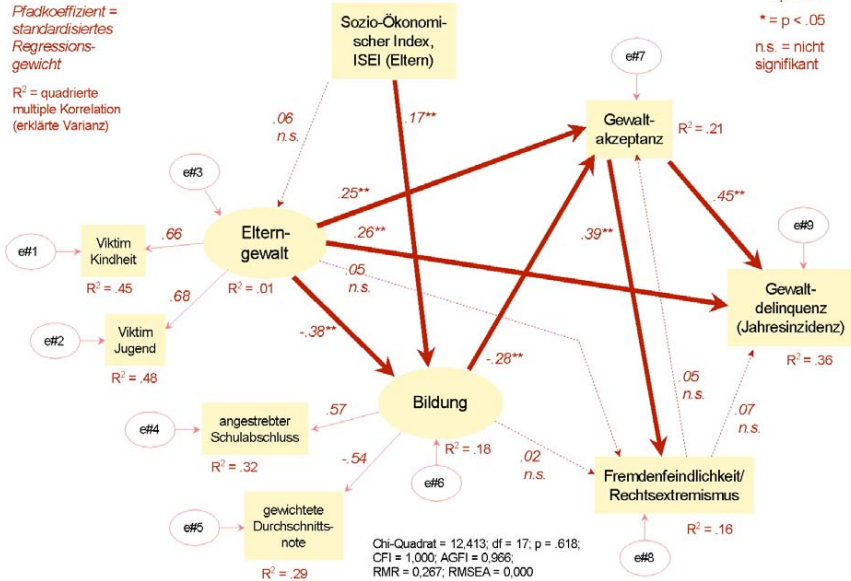
In den Unterschieden ähnlich, aber in den Effekten noch stärker sind die Wirkungen der Bildung. So beträgt der *direkte* Effekt der Bildung auf die Gewaltakzeptanz bei den Mädchen  $-0,50$  und noch  $-0,28$  bei den Jungen. D. h. mit höherem Bildungsniveau nimmt sie Akzeptanz gegenüber gewaltaffinen Aussagen deutlich ab. Der *totale* Bildungseffekt auf die fremdenfeindlichen/rechtsextremen Einstellungen beträgt bei den Mädchen  $-0,29$  und bei den Jungen nur  $-0,11$ . Hinsichtlich der Gewaltdelinquenz sind die Bildungseffekte ähnlich. Der *indirekte* Bildungseffekt bei den Mädchen ist etwa doppelt so stark wie bei den Jungen ( $-0,22$  bzw.  $-0,12$ ). Demgegenüber sind die Auswirkungen der Gewaltakzeptanz auf die aktive Gewaltdelinquenz für die Mädchen und Jungen erwartbar ähnlich stark (*direkter* Effekt von  $+0,45$  bei den Jungen und  $+0,46$  bei den Mädchen). Dementsprechend ergibt sich bezüglich der aktiven Gewaltdelinquenz in den beiden Modellen ein beachtlicher Anteil erklärter Varianz von 36% bei den männlichen und von 21% bei den weiblichen Jugendlichen auf der Insel Usedom.

Abb. 8.3/8.4: Pfadmodell zur Verursachungsstruktur von Jugendgewalt nach dem *Geschlecht* unter Kontrolle der sozio-ökonomischen Lage der Familie und der Bildung (Erhebung Usedom 2006)

Insel Usedom, männliche Jugendliche (Erhebung 2006, n = 194)

Pfadkoeffizient = standardisiertes Regressionsgewicht

R<sup>2</sup> = quadrierte multiple Korrelation (erklärte Varianz)

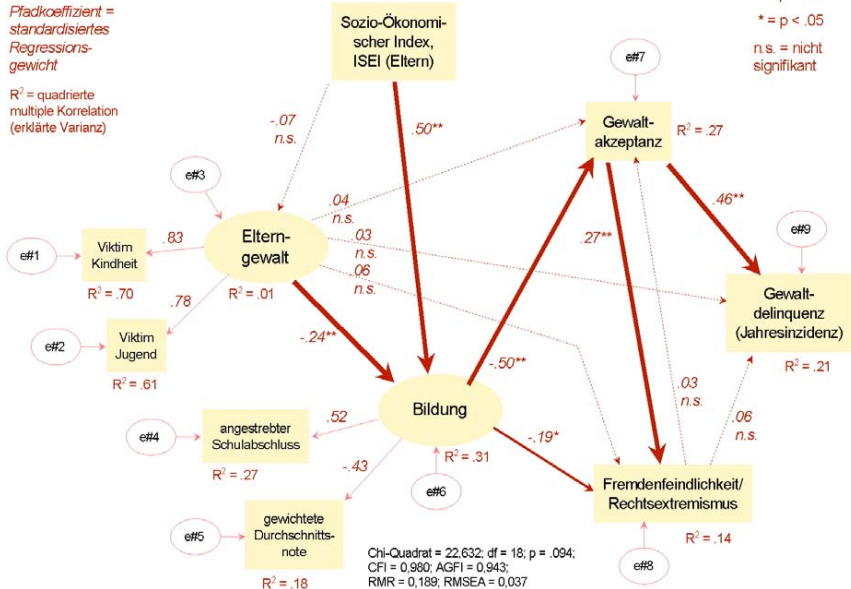


\*\* = p < .01  
 \* = p < .05  
 n.s. = nicht signifikant

Insel Usedom, weibliche Jugendliche (Erhebung 2006, n = 193)

Pfadkoeffizient = standardisiertes Regressionsgewicht

R<sup>2</sup> = quadrierte multiple Korrelation (erklärte Varianz)



\*\* = p < .01  
 \* = p < .05  
 n.s. = nicht signifikant

Hinsichtlich der deutlich vorhandenen Geschlechtsunterschiede scheinen sich die beschriebenen problematischen Hintergrund- und Sozialisationskontexte bei den Jungen sehr viel unmittelbarer auf die gewaltaffinen Einstellungen und auch auf das Gewalthandeln auszuwirken. Bei den Mädchen sind diese eher mittelbar mit einstellungsrelevanten emotionalen und kognitiven Prozessen verknüpft, die in gewaltaffinen Einstellungen, aber auch in Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremen Orientierungen ihren Ausdruck finden. Dieses Potenzial wird von Mädchen weniger – wenn auch seit einigen Jahren mit zunehmender Tendenz – in unmittelbare physische Gewalt gegenüber anderen Personen umgesetzt.<sup>137</sup> Diesbezüglich zeigen unsere Daten, aber auch andere Studien, eine größere Versatilität der Mädchen hinsichtlich der individuellen (produktiven) Verarbeitung dieser meist problematischen innerfamiliären Beziehungen und Erfahrungen. Das Spektrum reicht von psychischen Störungen (Essstörungen, Ängsten), autoaggressiven Handlungen über verbale Aggressionen und andere sozial-deviante bis zu delinquenten Verhaltensformen.

Neuere Studien weisen auch auf eine zunehmend größere Gewaltbereitschaft unter Mädchen insbesondere in gemischtgeschlechtlichen, aber auch gleichgeschlechtlichen Cliquen mit intoleranten und gewaltorientierten Haltungen hin.<sup>138</sup> Aber auch in diesen gewaltbereiten Jugendgruppen ergeben sich Unterschiede zwischen den Mädchen und den Jungen hinsichtlich der Konfliktanlässe, der Opfer und der Gewaltformen. Die diesbezüglich größte Übereinstimmung in den hierzu vorhandenen wenigen quantitativen und qualitativen Studien ergibt sich hinsichtlich des Besitzes und der Verwendung von Waffen, die von Mädchen

---

137 Auf die simple Frage, warum Frauen weniger gewalttätig sind als Männer, gibt es leider keine einfache Antwort. Der überwiegend größte Teil (fremdenfeindlicher) Gewalttäter ist noch immer „männlich, ledig und zwischen 15 und 24 Jahren alt. Diese Gruppe von Menschen ist generell im Bereich der Gewaltkriminalität dominant“ (*Wahl* 2003, S. 262). Die Aggressionsforschung geht heute davon aus, dass Frauen und Männer über recht ähnliche Aggressionspotenziale auch hinsichtlich ihrer emotionalen und affektiven Genese (Ärger, Wut, Trauer, Angst usw.) verfügen. Umstritten bleibt aber die Frage im Hinblick auf die Unterschiede in der Quantität und in den expressiven Formen der Gewaltausübung. Eine Darstellung und Auseinandersetzung mit der Forschungslage hierzu kann an dieser Stelle nicht erfolgen. Wir sind aber der Meinung, dass Erkenntnisse der interkulturell vergleichenden Verhaltensforschung in Verbindung mit evolutionspsychologischen Befunden ebenso wie Erkenntnisse der gesellschafts- und kulturwissenschaftlichen Forschungen zur geschlechtsspezifischen Sozialisation sich nicht ausschließen, sondern im Gegenteil, dass gerade durch eine interdisziplinär angelegte Forschung, in der die verschiedenen Perspektiven einbezogen werden, befriedigende Antworten auf die Frage gefunden werden (vgl. *Heitmeyer/Schröttle* 2006; *Lamnek/Boatca* 2003; *Raithel/Mansel* 2003; *Micus* 2002; *Daly/Wilson* 1988; *Daly/Wilson* 2002; *Baker* 2002; *Wahl/Tramitz/Blumtritt* 2001; *Möller* 2001; *Archer/Côté* 2005; zusammenfassend *Beelmann/Raabe* 2007).

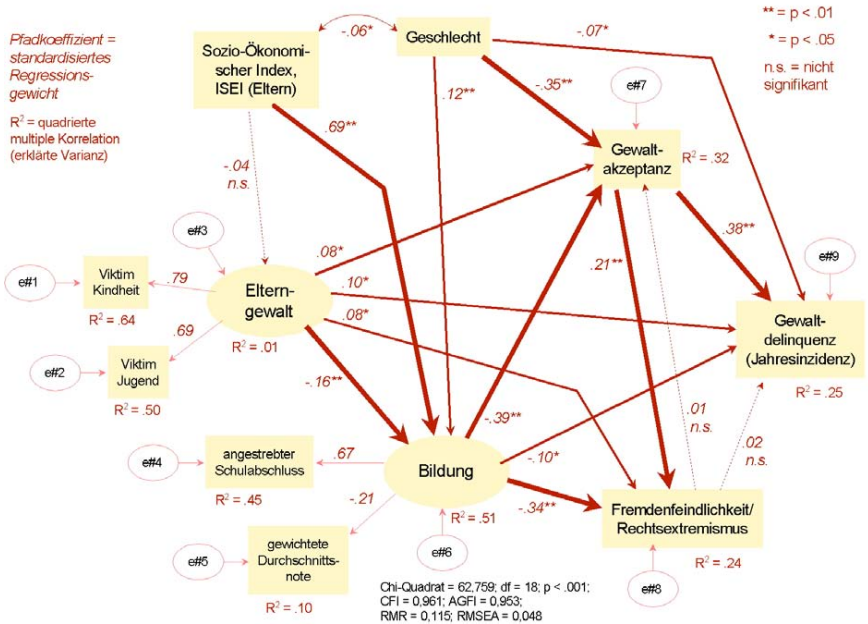
138 Vgl. *Bruhns/Wittmann* 2006; *Silkenbeumer* 2007; 2006; *Bruhns/Wittmann* 2002; *Möller* 2001; *Silkenbeumer* 2000.

sehr viel seltener als von Jungen getragen und in Auseinandersetzungen – meistens mit rivalisierenden Cliques – benutzt werden.

In einem weiteren Schritt haben wir hinsichtlich eines direkten Vergleichs das anfänglich erörterte Pfadmodell (Abbildung 8.2) der Verursachungsstruktur zur Gewalt der Jugendlichen auf der Insel Usedom in der Erhebung 2006 mit den Daten der Greifswalder Jugendlichen reanalysiert. Die Ergebnisse dieser Pfadanalysen für die Greifswalder Jugendlichen, gleichfalls mit den Daten der Erhebung 2006 berechnet, sind in dem nachstehenden Pfaddiagramm dargestellt (vgl. Abbildung 8.5).

Abb. 8.5: Pfadmodell zum Einfluss von gewaltaffinen und fremdenfeindlichen/rechtsextremen Einstellungen auf Jugendgewalt unter Kontrolle der sozio-ökonomischen Lage der Familie und der Bildung bei Jugendlichen in Greifswald (2006)

Hansestadt Greifswald (Erhebung 2006, n = 832)



In einem ersten Überblick ergibt sich eine vergleichsweise große Übereinstimmung der Greifswalder Befunde mit denen auf der Insel Usedom. Allerdings zeigt sich für die Greifswalder Jugendlichen ein insgesamt stärkerer Einfluss der sozialstrukturellen Hintergrundvariablen und des Geschlechts. Die soziale Herkunft in Verbindung mit den Bildungsaspirationen der Greifswalder Jugendlichen spielt hier aufgrund der oben beschriebenen sozialstrukturellen

Unterschiede zwischen der Insel Usedom und Greifswald eine größere Rolle. Die in der Hansestadt Greifswald vorhandenen größeren sozialen Disparitäten in Verbindung mit einer stärkeren sozialen Segregation finden ihren Niederschlag in größeren Effekten, die von der sozialen Herkunft (mittelbar) und dem Bildungsniveau (direkt und indirekt) auf die problematischen Einstellungen, Gewaltakzeptanz und Fremdenfeindlichkeit/Rechtsextremismus, sowie auf die aktive Gewaltdelinquenz der Jugendlichen ausgehen.

Besonders auffällig ist die vergleichsweise starke Korrespondenz zwischen der sozialen Herkunft und dem Bildungsniveau unter den Greifswalder Jugendlichen (Pearson  $r$ : angestrebter Schulabschluss = .465, gewichtete Durchschnittsnote  $r$  = -.194), die deutlich größer ausfällt als bei den Jugendlichen auf der Insel Usedom ( $r$  = .216 bzw.  $r$  = -.110). Diese starke Verknüpfung bleibt auch dann bestehen, wenn die Förderschüler in den Pfadanalysen nicht einbezogen werden. Der Einfluss der sozialen Herkunft auf das Bildungsniveau hat mit einem Effekt von +0,69 den stärksten *direkten* Effekt von allen im Modell ausgewiesenen direkten Einzeleffekten und ist damit mehr als doppelt so stark wie bei den Usedomer Jugendlichen. Knapp 50% der Varianz des Bildungsniveaus der Jugendlichen wird allein durch die sozio-ökonomische Lage der Eltern erklärt. Dementsprechend erklärt die soziale Herkunft mittelbar in der Verzahnung mit dem Bildungsniveau der Jugendlichen auch einen beachtlichen Anteil Varianz der fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen, der Gewaltakzeptanz und der aktiven Gewaltdelinquenz. Diesbezüglich der stärkste *indirekte* Effekt der sozialen Herkunft ergibt sich hierbei mit -0,29 für fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen  $[(0,69 * -0,34) + (0,69 * -0,39 * 0,21)]$ . Ein nahezu gleich starker Einfluss ergibt sich für die *indirekten* Effekte der sozialen Lage auf die Gewaltakzeptanz  $(0,69 * -0,39 = -0,27)$  und auf die Gewaltdelinquenz mit noch immerhin -0,17  $[(0,69 * -0,39 * 0,38) + (0,69 * -0,10)]$ .

Das Bildungsniveau besitzt für sich – ähnlich wie bei den Usedomer Jugendlichen – eine besondere prädiktive Relevanz. Im Unterschied zu den Jugendlichen auf der Insel Usedom ergibt sich für die Greifswalder Jugendlichen allerdings auch ein starker *direkter* negativer Effekt der Bildung auf fremdenfeindliche/rechtsextreme Einstellungen (-0,34). Insgesamt summieren sich die indirekten Effekte und der direkte Effekt auf eine beachtliche *totale* Effektgröße von -0,42  $[(0,39) + (-0,39 * 0,21)]$ . Bildung erweist sich diesbezüglich als besonders bedeutsamer Resistenz- und Resilienzfaktor gegenüber solchen Einstellungen. Gleiches gilt für gewaltaffine Einstellungen der Jugendlichen, der *direkte* Effekt beträgt hier -0,39.

Noch etwas stärker im Vergleich mit der Insel Usedom fallen die im Modell berechneten Geschlechtseffekte aus. Insbesondere ergibt sich hinsichtlich der gewaltaffinen Einstellungen und der Gewaltdelinquenz ein deutlich reduzierenden

der Effekt bei den Mädchen. Bei der Gewaltakzeptanz beträgt der *totale* Geschlechtseffekt beachtliche  $-0,40 [(-0,35) + (0,12 * -0,39)]$  und bei der Gewaltdelinquenz  $-0,24 [(-0,7) + (-0,35 * 0,38) + (0,12 * -0,10)]$ . Ebenso, wenn auch etwas schwächer als bei den Usedomer Jugendlichen ausgeprägt, sind die Mädchen für fremdenfeindliche und rechtsextreme Ansichten und Auffassungen weniger anfällig, hier beträgt der *totale* Geschlechtseffekt immerhin  $-0,13 [(0,12 * -0,34) + (0,12 * -0,39 * 0,21) + (-0,35 * 0,21)]$ .

Hinsichtlich der erfahrenen innerfamiliären Gewaltviktisierungen durch die Eltern sind deren Auswirkungen ähnlich stark ausgeprägt wie bei den Usedomer Jugendlichen. Auch hier ergibt sich aber im Unterschied zu den Usedomer Jugendlichen auch ein signifikanter *direkter* positiver Effekt auf die fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen (+0,08). Insgesamt summieren sich die Auswirkungen elterlicher Gewalt für diese Einstellungen auf *total* +0,17  $[(-0,16 * -0,34) + (-0,16 * -0,39 * 0,21) + 0,08]$  und sind damit doppelt so stark als bei den Usedomer Jugendlichen. Der *totale* Effekt auf die Gewaltakzeptanz beträgt +0,14 (direkt: +0,08, indirekt: +0,06) und auf die aktive Gewalttäterschaft +0,16 (direkt: +0,09, indirekt: +0,07). Diesbezüglich ergibt sich für die Usedomer und Greifswalder Jugendlichen übereinstimmend der Befund, dass unabhängig von der sozialen Herkunft, die erfahrenen Gewaltviktisierungen durch die Eltern oder Erziehungsberechtigten beträchtliche negative psychische Auswirkungen für die betroffenen Jugendlichen haben, in deren Folge aggressive Verhaltensweisen und auch eine gesteigerte Gewaltbereitschaft wahrscheinlich werden.

Auch im Hinblick auf die Rolle der fremdenfeindlichen/rechtsextremen Einstellungen für die Gewaltakzeptanz und die Gewalttäterschaft ergeben sich die gleichen Beziehungen wie bei den Jugendlichen auf der Insel Usedom. Auch bei den Greifswalder Jugendlichen ergeben sich – unter Kontrolle der übrigen im Modell einbezogenen Variablen – keine direkten Effekte solcher Einstellungen auf die Gewaltakzeptanz und aktive Gewaltdelinquenz, deren Gründe wir bereits oben ausführlich erörtert haben.

Insgesamt zeigen allerdings die in den hier vorgestellten Modellen verbleibenden hohen *unaufgeklärten* Varianzanteile, dass diese durch die Einbeziehung weiterer theoretisch begründeter Prädiktoren zu verbessern sind. Diesbezüglich erweiterte Annahmen und vertiefte Analysen werden wir in nachfolgenden Auswertungsschritten angehen.<sup>139</sup> Insbesondere werden wir die Bereiche der

---

139 Ein Vergleich mit anderen Studien, die diesbezüglich theoretisch komplexere Modelle überprüft haben, zeigt allerdings, dass eine besonders hohe Varianzaufklärung nicht erwartet werden kann. Der höchste berichtete Anteil erklärter Varianz von Gewalttaten bei männlichen Jugendlichen lag bei 38% (*Wilmers u. a.* 2002, S. 237) und damit nur unwesentlich höher als wir bei den männlichen Jugendlichen auf der Insel Usedom ermittelt haben (vgl. hierzu auch *Baier u. a.* 2006; *Mansel* 2000). Allerdings ist anzumer-

persönlichen Ressourcen (etwa Selbstkontrolle und Empathie), des familiären Erziehungsklimas, der Freizeit-/Konsumorientierungen sowie der schulischen Integration der Jugendlichen in erweiterten Modellen berücksichtigen.

Jedoch ergeben bereits die wenigen hier einbezogenen Modellvariablen deutliche Hinweise auf die enge Verknüpfung zwischen der sozio-ökonomischen Lage der Familie und den schulischen Bildungsaspirationen der Jugendlichen, die als Hintergrundmerkmale für die hier untersuchten Einstellungen und Orientierungen eine beachtliche Wirkung entfalten.

Für die erörterten Pfadmodelle der Verursachungsstruktur von Gewalt bei Jugendlichen auf der Insel Usedom und in Greifswald in der Erhebung 2006 haben wir abschließend und zusammenfassend die ermittelten Effekte in tabellarischen Übersichten zusammengestellt (vgl. Tabellen 8.3.1 bis 8.3.3).

---

ken, dass nicht eine hohe Varianzaufklärung einzelner Kriteriumsvariablen das Ziel dieser Modellanalysen darstellt, sondern im Vordergrund steht die Überprüfung von Hypothesen hinsichtlich der angenommenen Kausalbeziehungen.

Tabelle 8.3.1: Modelleffekte der im Kausalmodell (Abbildung 8.2) dargestellten Beziehungen zur Erklärung der Jugendgewalt bei Jugendlichen auf der *Insel Usedom* (2006) nach direkten, indirekten und totalen Effekten

Standardisierte <i>direkte</i> Effekte	ISEI	Geschlecht	Eltern-gewalt	Bildung	Gewaltak-zeptanz
Bildung	<b>,322</b>	<b>,187</b>	<b>-,326</b>	,000	,000
Schulabschluss	,000	,000	,000	,532	,000
Durchschnittsnote	,000	,000	,000	-,451	,000
Viktim. Kindheit	,000	,000	,811	,000	,000
Viktim. Jugend	,000	,000	,656	,000	,000
Xenophobie/Rex	,000	<b>-,115</b>	,000	,000	<b>,383</b>
Gewaltakzeptanz	,000	<b>-,318</b>	<b>,088</b>	<b>-,396</b>	,000
Gewaltdelinquenz	,000	,000	<b>,102</b>	,000	<b>,504</b>
Standardisierte <i>indirekte</i> Effekte	ISEI	Geschlecht	Eltern-gewalt	Bildung	Gewaltak-zeptanz
Bildung	,000	,000	,000	,000	,000
Schulabschluss	<b>,172</b>	<b>,099</b>	<b>-,173</b>	,000	,000
Durchschnittsnote	<b>-,145</b>	<b>-,084</b>	<b>,147</b>	,000	,000
Viktim. Kindheit	,000	,000	,000	,000	,000
Viktim. Jugend	,000	,000	,000	,000	,000
Xenophobie/Rex	-,049	<b>-,150</b>	<b>,083</b>	<b>-,152</b>	,000
Gewaltakzeptanz	<b>-,128</b>	<b>-,074</b>	<b>,129</b>	,000	,000
Gewaltdelinquenz	-,064	<b>-,197</b>	<b>,109</b>	<b>-,200</b>	,000
Standardisierte <i>totale</i> Effekte	ISEI	Geschlecht	Eltern-gewalt	Bildung	Gewaltak-zeptanz
Bildung	<b>,322</b>	<b>,187</b>	<b>-,326</b>	,000	,000
Schulabschluss	<b>,172</b>	,099	<b>-,173</b>	,532	,000
Durchschnittsnote	<b>-,145</b>	-,084	<b>,147</b>	-,451	,000
Viktim. Kindheit	,000	,000	,811	,000	,000
Viktim. Jugend	,000	,000	,656	,000	,000
Xenophobie/Rex	-,049	<b>-,265</b>	,083	<b>-,152</b>	<b>,383</b>
Gewaltakzeptanz	<b>-,128</b>	<b>-,392</b>	<b>,217</b>	<b>-,396</b>	,000
Gewaltdelinquenz	-,064	<b>-,197</b>	<b>,211</b>	<b>-,200</b>	<b>,504</b>



Tabelle 8.3.2: Modelleffekte der im Kausalmodell (Abbildungen 8.3 und 8.4) dargestellten Beziehungen zur Erklärung der Jugendgewalt bei Jugendlichen auf der *Insel Usedom* (2006) nach dem *Geschlecht* sowie nach direkten, indirekten und totalen Effekten

Standardisierte <i>direkte</i> Effekte	ISEI		Elterngewalt		Bildung		Gewaltakzeptanz	
	♂	♀	♂	♀	♂	♀	♂	♀
Bildung	<b>0,154</b>	<b>0,498</b>	<b>-0,377</b>	<b>-0,229</b>	0,000	0,000	0,000	0,000
Schulabschluss	0,000	0,000	0,000	0,000	0,556	0,517	0,000	0,000
Durchschnittsnote	0,000	0,000	0,000	0,000	-0,528	-0,406	0,000	0,000
Viktim. Kindheit	0,000	0,000	0,663	1,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Viktim. Jugend	0,000	0,000	0,650	0,664	0,000	0,000	0,000	0,000
Xenophobie/Rex	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	<b>-0,159</b>	<b>0,391</b>	<b>0,261</b>
Gewaltakzeptanz	0,000	0,000	<b>0,253</b>	0,000	<b>-0,279</b>	<b>-0,499</b>	0,000	0,000
Gewaltdelinquenz	0,000	0,000	<b>0,257</b>	0,000	0,000	0,000	<b>0,447</b>	<b>0,455</b>
Standardisierte <i>indirekte</i> Effekte	ISEI		Elterngewalt		Bildung		Gewaltakzeptanz	
	♂	♀	♂	♀	♂	♀	♂	♀
Bildung	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Schulabschluss	0,086	0,257	-0,210	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Durchschnittsnote	-0,081	-0,202	0,199	0,093	0,000	0,000	0,000	0,000
Viktim. Kindheit	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Viktim. Jugend	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Xenophobie/Rex	-0,017	<b>-0,144</b>	<b>0,140</b>	0,066	<b>-0,109</b>	<b>-0,130</b>	<b>0,391</b>	0,000
Gewaltakzeptanz	-0,043	<b>-0,249</b>	<b>0,105</b>	<b>0,114</b>	0,000	0,000	0,000	0,000
Gewaltdelinquenz	-0,019	<b>-0,111</b>	<b>0,160</b>	0,051	<b>-0,125</b>	<b>-0,223</b>	<b>0,447</b>	0,000
Standardisierte <i>totale</i> Effekte	ISEI		Elterngewalt		Bildung		Gewaltakzeptanz	
	♂	♀	♂	♀	♂	♀	♂	♀
Bildung	<b>0,154</b>	<b>0,498</b>	<b>-0,377</b>	<b>-0,229</b>	0,000	0,000	0,000	0,000
Schulabschluss	0,086	0,257	-0,210	-0,118	0,556	0,517	0,000	0,000
Durchschnittsnote	-0,081	-0,202	0,199	0,093	-0,528	-0,406	0,000	0,000
Viktim. Kindheit	0,000	0,000	0,663	1,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Viktim. Jugend	0,000	0,000	0,650	0,664	0,000	0,000	0,000	0,000
Xenophobie/Rex	-0,017	<b>-0,144</b>	<b>0,140</b>	0,066	<b>-0,109</b>	<b>-0,290</b>	<b>0,391</b>	<b>0,261</b>
Gewaltakzeptanz	-0,043	<b>-0,249</b>	<b>0,358</b>	<b>0,114</b>	<b>-0,279</b>	<b>-0,499</b>	0,000	0,000
Gewaltdelinquenz	-0,019	<b>-0,111</b>	<b>0,417</b>	0,051	<b>-0,125</b>	<b>-0,223</b>	<b>0,447</b>	<b>0,455</b>

Tabelle 8.3.3: Modelleffekte der im Kausalmodell (Abbildung 8.5) dargestellten Beziehungen zur Erklärung der Jugendgewalt bei Jugendlichen in *Greifswald* (2006) nach direkten, indirekten und totalen Effekten

Standardisierte <i>direkte</i> Effekte	ISEI	Geschlecht	Eltern-gewalt	Bildung	Gewaltak-zeptanz
Bildung	<b>,692</b>	<b>,125</b>	<b>-,164</b>	,000	,000
Schulabschluss	,000	,000	,000	,672	,000
Durchschnittsnote	,000	,000	,000	-,212	,000
Viktim. Kindheit	,000	,000	,789	,000	,000
Viktim. Jugend	,000	,000	,690	,000	,000
Xenophobie/Rex	,000	,000	<b>,082</b>	<b>-,338</b>	<b>,208</b>
Gewaltakzeptanz	,000	<b>-,353</b>	<b>,076</b>	<b>-,393</b>	,000
Gewaltdelinquenz	,000	<b>-,071</b>	<b>,095</b>	<b>-,097</b>	<b>,384</b>
Standardisierte <i>indirekte</i> Effekte	ISEI	Geschlecht	Eltern-gewalt	Bildung	Gewaltak-zeptanz
Bildung	,000	,000	,000	,000	,000
Schulabschluss	<b>,465</b>	<b>,084</b>	<b>-,110</b>	,000	,000
Durchschnittsnote	<b>-,147</b>	<b>-,027</b>	,035	,000	,000
Viktim. Kindheit	,000	,000	,000	,000	,000
Viktim. Jugend	,000	,000	,000	,000	,000
Xenophobie/Rex	<b>-,290</b>	<b>-,126</b>	<b>,084</b>	<b>-,082</b>	,000
Gewaltakzeptanz	<b>-,272</b>	<b>-,049</b>	<b>,064</b>	,000	,000
Gewaltdelinquenz	<b>-,171</b>	<b>-,166</b>	<b>,070</b>	<b>-,151</b>	,000
Standardisierte <i>totale</i> Effekte	ISEI	Geschlecht	Eltern-gewalt	Bildung	Gewaltak-zeptanz
Bildung	<b>,692</b>	<b>,125</b>	<b>-,164</b>	,000	,000
Schulabschluss	<b>,465</b>	,084	<b>-,110</b>	,672	,000
Durchschnittsnote	<b>-,147</b>	-,027	,035	-,212	,000
Viktim. Kindheit	,000	,000	,789	,000	,000
Viktim. Jugend	,000	,000	,690	,000	,000
Xenophobie/Rex	<b>-,290</b>	<b>-,126</b>	<b>,166</b>	<b>-,420</b>	<b>,208</b>
Gewaltakzeptanz	<b>-,272</b>	<b>-,402</b>	<b>,140</b>	<b>-,393</b>	,000
Gewaltdelinquenz	<b>-,171</b>	<b>-,237</b>	<b>,164</b>	<b>-,248</b>	<b>,384</b>

## 9. Zusammenfassung der Ergebnisse

Die vorliegende zweite Schülerbefragung aller Jugendlichen der 9. Klassenstufe an allgemeinbildenden öffentlichen Schulen auf der Insel Usedom zu Gewalterfahrungen als Opfer und/oder Täter sowie zu gesellschaftspolitischen, u. a. fremdenfeindlichen und rechtsextremen Orientierungen, erbringt eine Reihe von wichtigen Erkenntnissen. Erstmals konnten auf der Grundlage einer erneuten Totalerhebung für einen mehr als vierjährigen Referenzzeitraum (Januar 2002 bis Oktober 2006) mit insgesamt 636 auswertbaren Datensätzen auch Veränderungen bzgl. der erfassten Opfer- und Delinquenzerfahrungen sowie darauf bezogene Einstellungen, aber auch allgemeinere gesellschaftspolitische Orientierungen der Jugendlichen auf der Insel Usedom untersucht werden. Mit 249 Datensätzen und einer Ausschöpfungsquote von 85,9% in der ersten Erhebung im Jahr 2002 und 387 Datensätzen in der aktuellen Erhebung 2006 bei einer Ausschöpfungsquote von 84,7%, liegt eine sehr zuverlässige und aussagefähige Analysegrundlage für die Beantwortung der mit dem Forschungsprojekt verbundenen Fragestellungen vor. Nach den einzelnen thematischen Bereichen geordnet, ergeben sich die folgenden zentralen Ergebnisse:

### ***Gewaltopfererfahrungen***

- Im Bereich der *Opfererfahrungen durch Gewalt* (Kapitel B.3) ergibt sich für den vierjährigen Referenzzeitraum ein beachtlicher statistisch signifikanter Rückgang der *Jahresprävalenzraten* (bezogen auf den rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum vor der Befragung) von 22,1% im Jahr 2001 auf 16,8% im Jahr 2005, was einer Abnahme um nahezu ein Viertel entspricht (-24%). Damit wurde auf der Insel Usedom etwa jeder 6. Jugendliche Opfer eines der fünf erfassten Gewaltdelikte (Raub, Erpressung, sexuelle Gewalt, Körperverletzung mit und ohne Waffengebrauch).
- Im *Geschlechterverhältnis* ergibt sich aktuell eine ähnlich große Gesamtbelastung bei den Mädchen mit 17,1% gegenüber 16,5% bei den Jungen, was auf eine höhere Belastung der Mädchen bei den sexuellen Gewaltviktimsierungen zurückzuführen ist. Bei den zahlenmäßig relevanten Viktimisierungen durch einfache Körperverletzungen sind die Jungen dagegen etwas stärker belastet als die Mädchen (Jungen: 12,4%, Mädchen: 11,4%). Über den Referenzzeitraum hinweg ergeben sich bei den Jungen die größten Veränderungen mit einer signifikanten Abnahme der Gewaltviktimsierungen um nicht ganz die Hälfte (-42,1%, von 28,5% auf 16,5%), während bei den Mädchen relativ stabile Verhältnisse über den Referenzzeitraum vorliegen (15,9% bzw. 17,1%).

- Auch hinsichtlich der *Bildung* nach Schulart und dem angestrebten Schulabschluss ergeben sich für die Jugendlichen auf der Insel Usedom keine besonders bedeutsamen Unterschiede in der Gewaltopferbelastung. Zwar ergibt sich mit 22% eine jahresbezogene höhere Gewaltopferquote der Hauptschüler gegenüber den Realschülern mit 15,9% und den Gymnasiasten mit 16,5%, diese Differenzen fallen allerdings statistisch nur schwach aus.
- Hinsichtlich der *Veränderungen* im Referenzzeitraum bzgl. der einzelnen *Gewaltdelikte* ergeben sich bei den schweren Gewaltviktimsierungen deutlich rückläufige Opferquoten: Insbesondere bei der gefährlichen Körperverletzung mit Waffenverwendung ergibt sich bezogen auf den Ausgangswert 2001 ein Rückgang von 5,1%-Punkten (von 7,2% auf 2,1%), was einer erstaunlich großen Abnahme um -71% entspricht. Auch beim Raub ergibt sich eine beachtliche Reduzierung um die Hälfte (von 5,2% auf 2,6%). Tendenziell ergibt sich auch bei den einfachen Körperverletzungen, der zahlenmäßig größten Deliktskategorie, eine rückläufige Opferbelastung von relativ rd. -16% (von 14,1% auf 11,9%). Demgegenüber ist aufgrund der sehr niedrigen Ereigniszahlen bei den Erpressungen (ca. 2%) und den sexuellen Übergriffen (ca. 1%) von relativ konstanten Verhältnissen auszugehen.
- Eine deutliche Verringerung der Gewaltopferquoten unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom ergibt sich auch im Hinblick auf die *Mehrfach-Gewaltopfer-Belastungen*. Ergaben sich im Jahr 2002 im Mittel noch rd. 8 Opfererfahrungen pro Opfer bezogen auf den rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum, so waren dies im Jahr 2006 nur noch rd. drei Gewaltopfererfahrungen. Bezogen auf die kategorisierten und damit extremwertbereinigten Opferhäufigkeiten ergeben sich gleichfalls beachtliche Abnahmen der Opferquoten. So reduziert sich im Referenzzeitraum die Zahl der Jugendlichen, die zwei bis vier Gewaltviktimsierungen berichteten um mehr als ein Viertel (rd. -27%, von 6,4% im Jahr 2001 auf 4,7% im Jahr 2005). Bei den mindestens fünfmal von Gewalt betroffenen Jugendlichen ergibt sich sogar eine Verringerung um nahezu die Hälfte (rd. -43%, von 6,8% im Jahr 2001 auf 3,9% im Jahr 2005). Diese positive Entwicklung hinsichtlich der Reduktion von Mehrfachbelastungen bei Gewaltviktimsierungen unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom findet in den relativen Häufigkeiten bezogen auf die multiplen Gewaltopfer ihre Entsprechung: Wurden 2001 noch 60% der jugendlichen Gewaltopfer im Jahreszeitraum mindestens zweimal viktimsiert, waren es dagegen im Jahr 2005 nur noch 50,8%.
- Bzgl. der *Koinzidenz* der *Täter-Opfer-Rolle* bestätigt sich gleichfalls der bekannte kriminologische Befund einer hohen Korrespondenz zwischen Opferwerdung und Täterschaft im Bereich der Jugendgewalt, wobei aus der Täterperspektive das Geschlecht kaum einen Unterschied macht: Etwa 32%

der im Jahreszeitraum aktiven jugendlichen Gewalt-Täter auf der Insel Usedom waren gleichzeitig auch Gewalt-Opfer (männlich: 31,8%, weiblich: 32,6%). Dieses Verhältnis verstärkt sich mit zunehmender Täteraktivität und liegt bei den Mehrfachtätern mit fünf und mehr Gewaltdelikten bei rd. 42% (männlich: 41,7%, weiblich: 44,5%). Aus der Opferperspektive ergibt sich demgegenüber erwartbar bei den Jungen im Vergleich mit den Mädchen ein noch stärkerer Zusammenhang: Während rd. 51% der männlichen Gewaltopfer selbst wiederum Gewalttäter waren, trifft dies nur für rd. 26% der weiblichen Gewaltopfer zu.

In der überwiegenden Zahl der Gewaltviktimsierungen (rd. drei Viertel) gehören die Täter zur selben Altersgruppe wie die Opfer (14 bis 18 Jahre) und sind dem Opfer namentlich oder vom Sehen bekannt (rd. 65% bzw. 11%). In der Mehrzahl handelt es sich um jugendliche Alleintäter (rd. 68%), sonst schwerpunktmäßig um männliche Gruppentäter (ca. 3 bis 6 Personen). Etwa zwei Drittel der Gewaltviktimsierungen ereigneten sich im öffentlichen Raum, mehrheitlich davon auf der Straße (rd. 30%, nicht Schulweg), im Übrigen in/an Diskotheken, auf Sportplätzen, am Strand oder an Haltestellen der öffentlichen Verkehrsmittel. In der Schule (einschließlich dem Schulgelände/-hof) ereigneten sich demgegenüber nur rd. 18% und auf dem Schulweg nur rd. 5% der von den Jugendlichen berichteten Gewaltviktimsierungen. Auch diesbezüglich ergibt sich eine sehr große Übereinstimmung mit den Greifswalder Ergebnissen.

- Insgesamt ergeben die Analysen (auch im *interregionalen Vergleich* mit anderen Studien) ein vergleichsweise niedriges Niveau der Gewaltopferaten unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom, was insbesondere für die jüngste Erhebung 2006 zutrifft. Die meisten Jugendlichen (83,2%) wurden nicht Opfer eines Gewaltdelikttes. Es ergibt sich ferner, dass die weiblichen und männlichen Jugendlichen auf der Insel Usedom relativ unabhängig vom Schulbildungsniveau gleichermaßen, wenn auch vergleichsweise und über alles betrachtet, mit relativ geringem Risiko von Jugendgewalt betroffen sind (etwa jedes 6. Mädchen und jeder 6. Junge).

Andererseits verdeutlichen aber die relativ stabilen Verhältnisse in den Gewalt-Mehrfachopferaten, dass von den vergleichsweise wenigen Gewaltopfern die Hälfte (50,8%), dies sind 8,6% aller Jugendlichen, mehr als einmal im Jahreszeitraum viktimisiert wurde und sich darunter eine kleine Gruppe Jugendlicher befindet (3,9% aller Jugendlichen und 23,1% bezogen auf die Opfer), die im Jahreszeitraum mindestens fünfmal Opfer eines Gewaltdelikttes wurde. Dies bedeutet, dass in der Untersuchung nahezu jeder 12. Jugendliche auf der Insel Usedom mehrfach von Gewaltdelikten betroffen war, und etwa jeder 25. Jugendliche sogar mindestens fünfmal. Damit wird eine besonders belastete und hochgradig gefährdete Gruppe Jugendlicher sichtbar, die im Bereich gewaltpräventiver Maßnahmen auch unter dem Aspekt

des Opferschutzes und der Opferhilfe eine besondere Beachtung erfahren muss.

- In einer nochmals stark verdichteten Zusammenfassung unserer Analysen zur *Jugendgewalt aus der Opferperspektive* von durchschnittlich 15-jährigen Jugendlichen auf der Insel Usedom lassen sich folgende zentrale Befunde festhalten:

- Die überwiegende Zahl der Jugendlichen auf der Insel Usedom wurde nicht Opfer eines der fünf erhobenen Gewaltdelikte (Raub, Erpressung, Körperverletzung mit und ohne Waffenanwendung sowie sexuelle Gewalt). In der aktuellen Erhebung 2006 sind dies rd. 83% der Jugendlichen. Andererseits ist damit noch jeder 6. Jugendliche auf der Insel Usedom von Gewalt betroffen.
- Die Gewaltopfererfahrungen der Jugendlichen sind in der überwiegenden Zahl der Fälle Jugendgewalt: In drei Viertel der Fälle sind die Gewalttäter selbst Jugendliche.
- Im Referenzzeitraum, 2001 bis 2006, ist ein deutlicher Rückgang der von Jugendgewalt betroffenen Jugendlichen auf der Insel Usedom feststellbar. Die jahresbezogenen Gewaltopfereraten unter den Usedomer Jugendlichen haben sich um nahezu ein Viertel, von 22,1% auf 16,8%, reduziert.
- Die Opfereraten sind bzgl. aller erhobenen Gewaltdelikte durchgängig rückläufig. Im Bereich der schwereren Gewaltdelikte ist ein noch stärkerer Rückgang der Opfereraten zu beobachten als im Bereich der minderschweren Gewaltdelikte.
- Im interregionalen Vergleich mit anderen Dunkelfeldstudien ergeben sich damit tendenziell unterdurchschnittliche Gewaltopfer-Belastungsverhältnisse.
- Weibliche und männliche Jugendliche auf der Insel Usedom sind gleichermaßen häufig von Jugendgewalt betroffen (Mädchen: 17,1%, Jungen: 16,5%).
- Es gibt nur eine schwache Beziehung zwischen der besuchten Schulart bzw. dem angestrebten Schulabschluss und der Rate jugendlicher Gewaltopfer auf der Insel Usedom. Die Hauptschüler sind insgesamt etwas stärker belastet (22%) als die Realschüler (16%) und die Gymnasiasten (16,5%).
- Zwei Drittel der Gewaltviktimsierungen ereignen sich im öffentlichen Raum (ohne Schulweg). Nur 18% der Gewaltviktimsierungen erfolgen in der Schule (einschließlich Schulgelände) und nur 5% auf dem Schulweg.

- Es zeigt sich auch eine deutliche Verringerung der Mehrfach-Gewaltopfer-Belastung. Die multiple Gewaltopferferrate hat sich um mehr als ein Viertel (von 6,4% auf 4,7%) reduziert. Die der besonders häufig (mindestens fünfmal) viktimisierten Jugendlichen um nahezu die Hälfte (von 6,8% auf 3,9%).
- Auch wenn sich eine Reduzierung der multiplen Gewaltopferferraten im Referenzzeitraum ergibt, so ist gegenwärtig davon auszugehen, dass noch etwa jeder 12. Jugendliche auf der Insel Usedom mehrfach viktimisiert wird und jeder 25. Jugendliche sogar mindestens fünfmal.
- Diese wiederholt viktimisierten Jugendlichen stellen eine außerordentlich belastete und gefährdete Gruppe dar, auf die insbesondere hinsichtlich eines verstärkten Opferschutzes und der Opferhilfe, aber auch im Rahmen gewaltpräventiver Maßnahmen in besondere Weise eingegangen werden muss.

### ***Selbstberichtete Delinquenz***

- Im Bereich der *selbstberichteten Delinquenz* (Kapitel B.4) findet sich zunächst die allgemeine kriminologische Erkenntnis einer altersspezifischen Ubiquität und Episodenhaftigkeit für den Großteil der jugendtypischen Delinquenz und von sozial devianten Verhaltensweisen. Nahezu 90% der Jugendlichen auf der Insel Usedom haben mindestens schon einmal eines der in der Erhebung 2006 erfragten 18 Delikte begangen bzw. sozial deviante Verhaltensweisen gezeigt (Lebensprävalenzrate). Neben Beförderungsererschleichung (rd. 76%) und Raubkopien herstellen (rd. 54%) liegt die Lebensprävalenzrate beim Führen eines Fahrzeugs ohne Führerschein (rd. 32%), dem „Schulschwänzen“ (rd. 39%) und den Ladendiebstählen (29%) erwartbar am höchsten. Bei den Gewaltdelikten liegen die Lebensprävalenzraten bei den Körperverletzungsdelikten mit rd. 16% am höchsten.
- Für die *Veränderungsanalysen* zwischen den Erhebungen 2006 und 2002 haben wir in beiden Erhebungen auf der Insel Usedomer identisch sechs Nichtgewaltdelikte [Ladendiebstahl, Einbruchdiebstahl in/aus Kraftfahrzeugen, Fahrzeugdiebstahl (i. d. R. Fahrrad-/Mofadiebstahl), massive Belästigung, Vandalismus und Fahren ohne Fahrerlaubnis] sowie fünf Gewaltdelikte (Raub, jemanden „abziehen“, sonstige Erpressung, Bedrohung mit einer Waffe und die Körperverletzung) erhoben. In der Gesamtschau aller elf vergleichbar erhobenen Delikte ergibt sich im Jahr 2006 eine beachtliche Abnahme in den *Lebensprävalenzraten* gegenüber dem Ausgangswert im Jahr 2002 von insgesamt rd. -18% (2002: 71,1%, 2006: 58,2%). Diese positive

Entwicklung beruht gleichermaßen auf rückläufigen Lebensprävalenzraten sowohl im Bereich der Nichtgewaltdelikte, als auch im Bereich der Gewaltdelinquenz.

Im Bereich der *Nichtgewaltdelikte* ergibt sich bzgl. aller sechs in den Vergleich einbezogen Delikte ein Rückgang der Lebensprävalenzraten um insgesamt -18,1% (2002: 66,7%, 2006: 54,6%). Diesbezüglich findet sich bei den Ladendiebstählen der größte Rückgang von rd. -39% gegenüber 2002 (von 47% auf 28,7%). Auch bei den „massiven Belästigungen“ ist eine deutlich rückläufige Täterrate um rd. -34% (von 13,7% auf 9,1%) wie auch beim „Vandalismus“ um -26% (von 27,7 auf 20,6%) erkennbar. Demgegenüber ergibt sich beim Führen eines Fahrzeugs ohne Fahrerlaubnis eine geringere Abnahme von -12,1% (von 36,5% auf 32,1%). Bei den quantitativ eher seltenen Delikten, dem Fahrzeugdiebstahl (mittlere Prävalenzrate rd. 6%) und bei Diebstählen in/aus Kraftfahrzeugen (mittlere Prävalenzrate rd. 3%) sind keine signifikanten Veränderungen der Lebensprävalenzraten im Referenzzeitraum zu beobachten, wenngleich bei den Fahrzeugdiebstählen – dem einzigen Delikt mit einem Zuwachs – ein geringer Anstieg von 4,4% auf 6,8% vorliegt.

Im Bereich der *Gewaltdelinquenz* ergibt sich hinsichtlich der fünf erhobenen Gewaltdelikte im Vergleich mit den Nichtgewaltdelikten ein noch stärkerer Rückgang der Lebensprävalenzraten von -27,2% (2002: 30,1%, 2006: 21,9%). Mit nahezu einer Halbierung ist der größte Rückgang bei den Raubtaten zu verzeichnen (-45,8%, von 4,8% auf 2,6%). Ebenfalls beachtliche Abnahmen in den Lebensprävalenzraten finden sich bei den quantitativ häufigeren Gewaltdelikten, der Körperverletzung (-36%, von 25,3% auf 16,2%) und dem „Abziehen“ als einer jugendtypischen Variante der Erpressung (-35,2%, von 10,8% auf 7%). Selbst bei den sehr seltenen Gewaltdelikten der Bedrohung mit einer Waffe und der Erpressung sind die Lebensprävalenzraten rückläufig (-27,8% bzw. -12,5%).

- Hinsichtlich der *aktiven Jugenddelinquenz*, die sich jeweils auf den rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum bezieht, ergeben sich – auf entsprechend niedrigerem Niveau – in der Struktur sowie in der Entwicklung der *Jahresprävalenzraten* tendenziell ähnliche Verhältnisse wie bei den Lebensprävalenzraten. In der Entwicklung der Gesamttäterrate (mindestens ein Delikt bzgl. der elf in den Vergleich einbezogenen Delikte) ergibt sich ein hochsignifikanter Rückgang im Referenzzeitraum von 64,3% auf 55,1%, was einer Abnahme von -14,3% entspricht.

Die Jahresprävalenzraten im Bereich der *Nicht-Gewaltdelinquenz* nehmen beinahe parallel hierzu gleichfalls hochsignifikant um -11,5% ab (von 41,0% auf 36,3%). Die größten Abnahmen ergeben sich hierbei wiederum bei den Ladendiebstählen mit -29,2% (von 34,6% auf 24,5%), der massiven Belästigung mit -28,8% (von 12,5% auf 8,9%) und beim Vandalismus mit -19,3%



(von 24,9% auf 20,1%). Demgegenüber ist beim Führen eines Fahrzeugs ohne Fahrerlaubnis nur eine geringere Abnahme von -9,1% zu beobachten (von 35,3% auf 32,1%). Übereinstimmend mit den Lebensprävalenzraten ergeben sich bei den quantitativ eher seltenen Fahrzeugdiebstählen (mittlere Prävalenzrate rd. 6%) und Diebstählen in/aus Kraftfahrzeugen (mittlere Prävalenzrate rd. 3%) keine statistisch signifikanten Veränderungen in den Jahresprävalenzraten, auch wenn wiederum ein geringer Anstieg bei den Fahrzeugdiebstählen von 4,4% auf 6,8% vorliegt.

Entsprechend den Lebensprävalenzraten ergeben sich auch bei den Jahresprävalenzraten im Bereich der *Gewaltdelinquenz* durchgängig niedrigere Gewalttäterraten im Jahr 2006 im Vergleich zu 2002. Insgesamt reduziert sich die Gewaltdelinquenz im Referenzzeitraum um rd. ein Viertel (-25,6%, von 28,1% auf 20,9%). Bei den quantitativ relevanten Körperverletzungen findet sich eine beachtliche Abnahme von -35,2% (von 23,3% auf 15,1%) und beim „Abziehen“ sogar von -37,5% (von 10,4% auf 6,5%). Bei den eher seltenen Raubdelikten ist die Jahresprävalenzrate von 4,8% auf 2,6% zurückgegangen und bleibt bei den Bedrohungen mit einer Waffe (3,2% bzw. 2,6%) und bei der Erpressung (2,4% bzw. 2,1%) konstant niedrig.

Differenzierte statistische Analysen auf der Basis der jahresbezogenen Anzahl der Gewaltdelikte (Inzidenz) bekräftigen den Befund eines deutlichen Rückgangs der Jugendgewalt unter Usedomer Jugendlichen. Die in den Modellanalysen berechnete *mittlere Häufigkeit* der Gewaltdelikte (bei statistischer Kontrolle des Alters, der Bildung und des Geschlechts) ergibt für das Jahr 2001 einen Wert von 0,69 Gewalttaten und für das Jahr 2005 einen Wert von nur noch 0,40. Die relative Abnahme (-42%) fällt damit noch stärker aus als sich dies auf der Ebene der Gewalt-Täterraten – der allgemeinen Jahresprävalenzrate und auch der Mehrfachtäterrate – darstellt.

- Auch hinsichtlich der *Mehrfachtäterraten* (mindestens zwei Delikte bzw. mindestens fünf Delikte im rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum) ergibt sich – auf deutlich niedrigerem Niveau – eine sehr ähnliche Entwicklung: Ein signifikanter Rückgang im Bereich der Nicht-Gewaltdelikte bei den Mehrfachtätern insgesamt um ein Viertel (-25,1%, 2002: 34,2%, 2006: 25,6%) und eine Abschwächung der Intensivtäterrate um -10,2% (2002: 13,7%, 2006: 12,3%).

Gleichfalls zeigt sich auch im Bereich der Gewaltdelinquenz ein signifikanter Rückgang der Mehrfachtäterraten im Referenzzeitraum: Bei den Gewalt-Mehrfachtätern um -4,5% (2002: 15,6%, 2006: 14,9%) und bei den Gewalt-Intensivtätern sogar um -34,7% (2002: 7,2%, 2006: 4,7%). Allerdings sollte der Befund bzgl. des Intensivtäterraten-Rückgangs nicht überinterpretiert werden, da in diesem Bereich die Fallzahlen sehr gering sind (18 Jugendliche).

- Im Hinblick auf das *Geschlechterverhältnis* bestätigt sich zunächst der bekannte Befund, dass die weiblichen Jugendlichen insgesamt weniger belastet sind, wobei dieser Unterschied erwartbar bei den Gewaltdelikten noch stärker ausgeprägt ist als bei den Nicht-Gewaltdelikten. Hinsichtlich der Veränderungen im Referenzzeitraum ergeben sich für die Jungen und Mädchen, bis auf eine Ausnahme bei den Mädchen, rückläufige Täterraten. So finden sich für die männlichen Usedomer Jugendlichen bei einem jeweils deutlich höheren Ausgangsniveau durchgängig signifikante und stärkere Abnahmen in beiden Deliktsbereichen als bei den Mädchen. Die Nicht-Gewalttäterrate der Usedomer Jungen reduziert sich um -28,4% (2002: 62,6%, 2006: 44,8%) und die der männlichen Gewalttäter um -21,3% (2002: 39,0%, 2006: 30,7%), was dementsprechend zu einer hoch signifikanten Verringerung der Gesamt-Täterrate unter den männlichen Jugendlichen auf der Insel Usedom im Referenzzeitraum um mehr als ein Viertel (-26,3%) führt (2002: 70,7%, 2006: 52,1%).

Bei den Usedomer Mädchen zeigt sich demgegenüber eine konstant hohe Täterrate im Bereich der Nicht-Gewaltdelikte (32,5%) aber gleichfalls eine signifikante Reduzierung der Gewalttäterraten um -37,1% (von 17,5% auf 11%), weshalb sich nur eine geringe, nicht signifikante Abnahme der Gesamt-Täterrate unter den Mädchen auf der Insel Usedom von -9,8% ergibt (2002: 38,9%, 2006: 35,1%).

Bei den *Mehrfachtätern* (mindestens fünf Delikte im rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum) ist eine ähnliche Entwicklung wie bei den Gesamt-Täterraten feststellbar. Auch hier ergeben sich für die männlichen Jugendlichen auf der Insel Usedom signifikante Abnahmen der Täterraten sowohl im Bereich der Nicht-Gewaltdelikte (von 21,1% auf 19,8%: -6,1%) und noch stärker – um mehr als die Hälfte – bei den Gewaltdelikten (von 13% auf 5,7%: -56,2%). Dementsprechend hat sich die Mehrfachtäterrate der Jungen auf der Insel Usedom signifikant um -15,9% reduziert (von 30,9% auf 26%).

Bei den Mädchen kann man dagegen von relativ stabilen Verhältnissen im Bereich der Mehrfachtäterbelastung ausgehen, die überwiegend, wie andernorts auch, durch die Delinquenz im Bereich der Nicht-Gewaltdelikte geprägt ist. Zwar ergibt sich für die Usedomer Mädchen bei den Nicht-Gewaltdelikten eine Abnahme der Täterraten von 6,3% im Jahr 2002 auf 4,7% im Jahr 2006, diese Verringerung fällt aber statistisch nicht bedeutsam aus. Die Zahl der gehäuft als Gewalttäter in Erscheinung tretenden Mädchen stellt gleichfalls eine sehr marginale Größenordnung dar. Die mittlere Rate der Usedomer Mädchen beträgt lediglich 2,8%. Hinsichtlich der Gesamtbelastung der Usedomer Mädchen kann damit von einer konstant hohen Mehrfachtäterrate bei einer mittleren Rate von 7,9% ausgegangen werden.

- Hinsichtlich des *schulischen Bildungsniveaus* ergibt sich im Unterschied zu den Gewaltopfererfahrungen eine deutliche Korrespondenz zwischen der

aktiven Delinquenzbelastung und der Schulform bzw. dem angestrebten Bildungsabschluss der Jugendlichen auf der Insel Usedom. Am geringsten sind die Gymnasiasten belastet, am höchsten die Schüler, die einen Hauptschulabschluss anstreben. Die Schüler, die einen mittleren Bildungsabschluss anstreben, liegen dazwischen, allerdings in der Tendenz näher bei den Hauptschülern bzw. etwas über der Gesamttäterrate aller Schüler. Innerhalb dieser Beziehungsverhältnisse kontrastiert der ausnahmslos auftretende signifikante Unterschied in den Täteraten zwischen den Gymnasiasten mit deutlich niedrigeren Täteraten auf der einen und allen Schülern der übrigen Schulformen mit entsprechend höheren Täteraten auf der anderen Seite besonders deutlich.

Im Hinblick auf die Veränderungen der Täteraten unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom in der Erhebung 2006 gegenüber 2002 nach ihren Bildungsaspirationen ergeben sich, bis auf eine Ausnahme, jeweils abnehmende Täteraten für die einzelnen Bildungsstufen.

Bei den *Nicht-Gewaltdelikten* zeigt sich für die Hauptschüler die größte relative Abnahme der Täterate um ca. ein Viertel (-24%), bei den Realschülern etwa um ein Fünftel (-18,5%) und bei den Gymnasiasten sinkt die ohnehin schon geringere Täterate noch um rd. 15%.

Im Bereich der *Gewaltdelikte* bleiben die Täteraten unter den Hauptschülern demgegenüber auf konstant hohem Niveau (31,6% bzw. 32%). Dagegen verringert sich die Gewalttäterate bei den Realschülern signifikant um mehr als ein Viertel (-28,4%), und bei den Gymnasiasten nimmt die Gewalttäterbelastung auf nahezu die Hälfte des Ausgangswertes ab (-45,6%), was der größten relativen Abnahme unter den Schülern entspricht.

Den vorgefundenen Veränderungen in den beiden Deliktsbereichen Nicht-Gewalt- und Gewaltdelikte entsprechend reduzieren sich die *Gesamt-Täteraten* unter den Usedomer Jugendlichen in allen Bildungsstufen: Bei den Hauptschülern um -18,1%, bei den Realschülern um -21,2% und bei den Gymnasiasten um -19,6%.

Bei den *Mehrfachtätern* (mindestens fünf Delikte im rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum) findet sich für die Jugendlichen auf der Insel Usedom im Vergleich mit den Gesamt-Jahresprävalenzraten strukturell ein ähnliches Bild auf entsprechend niedrigerem Niveau, und zwar sowohl für die beiden Deliktsbereiche (Nicht-Gewalt-, Gewaltdelikte) als auch für die schulischen Bildungsniveaus. Auch hinsichtlich der Mehrfachtäteraten sind die Gymnasiasten am geringsten belastet und unterscheiden sich bzgl. der Nicht-Gewalt- und Gewaltdelikte wiederum deutlich von den Jugendlichen der anderen Schulbildungsgänge.

Statistisch bedeutsam ergibt sich eine Abnahme der Gesamt-Mehrfachtäterate bzgl. aller 10 Delikte um -15,2% unter den Usedomer Jugendlichen (von 19,7% auf 16,7%). Insbesondere hat sich die Mehrfachtäterate der Realschüler und die der Gymnasiasten verringert (Realschüler: von 22,8% auf

19%: -16,7%; Gymnasiasten: von 10,6% auf 5,5%: -48%). Demgegenüber ergibt sich bei den Hauptschülern zwar eine leichte Zunahme um rd. 2%-Punkte, die aber statistisch unerheblich ist, so dass diesbezüglich von einer konstant hohen Mehrfachtäterbelastung von rd. 25% ausgegangen werden kann.

Die ermittelten Veränderungen der Mehrfachtäterraten beruhen aufgrund der quantitativen Verhältnisse und der teilweise hohen Assoziation zwischen den Delinquenzarten im Bereich der Mehrfachtäter überwiegend auf einer statistisch bedeutsamen Abnahme der Täterraten unter den Realschülern und hierbei vor allem bei den Gewaltdelikten (Gewaltdelikte: -40,2%, Nicht-Gewaltdelikte: -1,5%). Während sich demgegenüber bei den Gymnasiasten ausschließlich die Mehrfachtäterrate bei den Nicht-Gewaltdelikten um fast die Hälfte vermindert hat (-48,1%) bei einer konstant äußerst niedrigen Gewalt-Mehrfachtäterbelastung (1,5%). In beiden Deliktsbereichen ergeben sich dagegen bei den Hauptschülern konstant hohe Mehrfachtäterraten von rd. 18% bei den Nicht-Gewaltdelikten und ca. 7% bei den Gewaltdelikten.

Multivariate statistische Analysen bzgl. des Zusammenhangs zwischen *Gewalttäterraten* und dem Bildungsniveau zeigen, dass sich nur die Gymnasiasten hochsignifikant von jedem anderen Bildungsgang, nicht aber die übrigen Bildungsgänge untereinander unterscheiden. D. h., trotz der vorhandenen Unterschiede zwischen den Real- und Hauptschülern in den ermittelten Jahres-Inzidenzen bei Gewaltdelikten sind diese statistisch wenig bedeutsam (Gymnasiasten: 0,23 Gewaltdelikte/Jahr; Realschüler: 0,89; Hauptschüler: 0,75). Der Zusammenhang des Bildungsniveaus mit der Gewalttäterschaft besteht dementsprechend in einer deutlich kontrastierten Risikolage: Jugendliche mit hoher Bildung und einer niedrigen Gewalttäterbelastung auf der einen und Jugendliche mit niedrigerem Bildungsniveau und einer deutlich höheren Gewaltbelastung auf der anderen Seite.

- Unter Heranziehung anderer Schülerbefragungen in Deutschland (des Kriminologischen Forschungsinstituts in Niedersachsen, KFN in Hannover) sowie der entsprechenden Schülerbefragungen in Greifswald und diesbezüglich vergleichbar berechneter Gewalttäterraten ergeben sich im interregionalen Vergleich für die Jugendlichen auf der Insel Usedom nach dem deutlichen Rückgang im Jahr 2006 gegenüber der Erhebung 2002 nahezu durchschnittliche Verhältnisse. Sowohl die Jahresprävalenzraten als auch die Mehrfachtäterraten entsprechen – mit einer jeweils sehr geringen Abweichung nach oben bzw. nach unten – den Gewalttäterraten von allen in den Vergleich einbezogenen Kommunen und Landkreisen.
- Wiederum in einer sehr komprimierten Zusammenschau unserer Analysen zur *selbstberichteten Delinquenz* bei durchschnittlich 15-jährigen Jugendlichen auf der Insel Usedom lassen sich folgende zentrale Befunde feststellen:

- Auch unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom ist der überwiegende Teil der aktiven Jugendkriminalität und Devianz von ubiquitärem Bagatelldeliktcharakter: Beförderungerschleichung, Raubkopieren, Fahren eines Mopeds/Krads etc. ohne Führerschein, Ladendiebstahl, Schulschwänzen und ähnliche Formen der Delinquenz bzw. abweichenden Verhaltens dominieren ganz eindeutig.
- Rd. 88% der Jugendlichen hat mindestens einmal eines der insgesamt 18 erhobenen jugendtypischen Delikte oder sozial devianten Verhaltensweisen begangen bzw. gezeigt.
- Im Referenzzeitraum 2001 bis 2006 ist ein deutlicher Rückgang der Jugendkriminalität zu verzeichnen. Insgesamt hat sich die aktive Jugenddelinquenz bzgl. elf jugendtypischer und strafrechtlich relevanter Delikte im Referenzzeitraum um rd. -14% verringert (von rd. 64% auf rd. 55%).
- Im Bereich der Nicht-Gewaltdelikte ergibt sich eine Reduzierung der Täterraten um rd. -12% (von 41% auf rd. 36%).
- In komplementärer Perspektive zu den Gewaltopferangaben und damit übereinstimmend ergibt sich in der Täterperspektive gleichfalls eine beachtliche Abnahme der Jugendgewalt auf der Insel Usedom um ein Viertel (-25,6%, von 28% auf rd. 21%).
- Bei den männlichen Jugendlichen auf der Insel Usedom ist die aktive Delinquenzbelastung insgesamt um mehr als ein Viertel zurückgegangen (-26,3%, von rd. rd. 71% auf rd. 52%): Im Bereich der Nicht-Gewaltdelikte um -28,4% (von rd. 63% auf rd. 45%) und im Bereich der Gewaltdelinquenz um -21,3% (von 39% auf rd. 31%).
- Bei den weiblichen Jugendlichen auf der Insel Usedom ergibt sich bei unverändert hohen Prävalenzraten im Bereich der Nicht-Gewaltdelinquenz (rd. 33%) und einem deutlichen Rückgang im Bereich der Gewaltdelinquenz um -37% (von rd. 18% auf 11%) eine Reduzierung der Gesamtdelinquenz um rd. -10% (von rd. 39% auf rd. 35%).
- Bei den aktiven Mehrfachtätern (zwei und mehr Delikte im rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum) ist gleichfalls ein deutlicher Rückgang feststellbar. Im Bereich der Nicht-Gewaltdelikte zeigt sich eine Verminderung der Mehrfachtäterrate um rd. -25% (von rd. 34% auf rd. 26%) und bei den Gewalttätern sinkt die Mehrfachtäterrate um -4,5% (von 15,6% auf 14,9%).
- Auch bei den Mehrfachtätern mit mindestens fünf Delikten ergibt sich eine Abschwächung um rd. -10% im Bereich der Nicht-Gewaltdelikte (von 13,7% auf 12,3%) und bei den Gewalttätern sogar um rd. -35% (von 7,2% auf 4,7%). Aufgrund der geringen Fallzahlen (18

Jugendliche) kann dieser Wert allerdings nur dem Vorzeichen nach – als Rückgang – interpretiert werden.

- Auf der Insel Usedom – wie andernorts auch – gibt es demnach eine kleine Gruppe jugendlicher (i. d. R. männliche) Gewaltmehrfach Täter (rd. 5%), die eine besondere Herausforderung für die Gewaltprävention darstellen.
- Im Unterschied zu den Gewaltopfern findet sich bei den Gewalttätern ein deutlicher Kontrast zwischen Jugendlichen mit einem hohen Bildungsniveau (Gymnasiasten) und einer geringen Gewalttäterrate auf der einen Seite und Jugendlichen der übrigen Bildungsgänge (angestrebter Hauptschulabschluss bzw. Berufsreife oder mittlere Reife) und deutlich höheren Gewalttäterraten auf der anderen Seite.
- Unter Heranziehung anderer Dunkelfeldstudien ergeben sich im interregionalen Vergleich und diesbezüglich vergleichbar berechneter Gewalttäterraten für die Jugendlichen auf der Insel Usedom nahezu durchschnittliche Verhältnisse.

### ***Gewaltaffine Einstellungen***

- Im Bereich der individuellen Einstellungen und Bewertungen gegenüber Gewalt ist im Referenzzeitraum eine relativ stabile Entwicklung des Ausmaßes *gewaltaffiner Einstellungen* unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom feststellbar (Kapitel B.5). Zwar zeigt sich hinsichtlich der zusammengefassten Gewaltakzeptanz-Skala bzgl. 14 Einstellungsfragen ein geringer Rückgang des Skalen-Mittelwertes im Jahr 2006 gegenüber 2002, allerdings ist dieser Rückgang statistisch – auch bei Kontrolle des Geschlechts, des Alters und des Bildungsniveaus – nicht signifikant.

Demzufolge ergeben sich auch für die beiden (am theoretischen Mittelwert der Gewaltakzeptanz-Skala geteilten) unterschiedenen Einstellungsgruppen in eher Gewalt befürwortende und eher Gewalt ablehnende Jugendliche verhältnismäßig beständige Anteilswerte über den Referenzzeitraum hinweg. Bei den eher gewaltaffinen Jugendlichen ergibt sich ein mittlerer Anteil von 23,3% (2002: 23,7%, 2006: 23%), dementsprechend verhält sich eine deutliche Mehrheit von mehr als drei Viertel (rd. 77%) der Usedomer Jugendlichen gegenüber gewaltbefürwortenden Aussagen eher ablehnend. Auch bzgl. der dreigestuften Gewaltakzeptanz-Skala (sehr geringe, eher ambivalente und sehr hohe Gewaltakzeptanz) zeigen sich keine signifikanten Anteilsunterschiede zwischen den Messungen im Referenzzeitraum. Die größte Verschiebung der Anteilswerte ergibt sich im Austausch der Jugendlichen mit deutlicher Ablehnung und eher ambivalenten Einstellungen gegenüber Gewalt, wobei tendenziell die Zahl der Gewalt ablehnenden Jugendlichen

auf der Insel Usedom zunimmt (+9,2%, 2002: 46,6%, 2006: 50,9%). Die Jugendlichen mit einem deutlich gewaltakzeptierenden Einstellungsmuster bilden demgegenüber, ohne statistisch bedeutsame Veränderungen im Referenzzeitraum, eine relativ konstant bleibende kleine Gruppe von 7,5% (2002: 6,8%, 2006: 7,8%). D. h., etwa jeder 13. Jugendliche auf der Insel Usedom im Alter von durchschnittlich 15 Jahren verfügt über ein Einstellungsmuster, für das ein ausgesprochen hohes Gewaltakzeptanzniveau charakteristisch ist. Dieser Befund korrespondiert mit den Gewalt-Täterraten. Das Gewalttäterrisiko bei Jugendlichen mit entsprechend hohen Gewaltakzeptanzwerten liegt um das 10- bis 16-fache höher als bei Jugendlichen mit niedrigen Werten. Erwartbar unterscheiden sich auch auf der Insel Usedom die Jungen und Mädchen signifikant in ihrer Gewaltakzeptanz. Unter den Usedomer Jungen sind in größerem Ausmaß gewaltaffine Einstellungen verbreitet. In beiden Erhebungen verfügt etwa jeder 10. Junge über eine besonders stark ausgeprägte Gewaltakzeptanz. Demgegenüber trifft dies nur für jedes 25. Mädchen (rd. 4% in beiden Erhebungen) zu.

- Im interregionalen Vergleich mit anderen Schülerbefragungen des KFN und diesbezüglich wiederum vergleichbar berechneten Gewaltakzeptanz-Gruppen auf der Basis von 11 identisch erhobenen Einstellungen ergeben sich für die Usedomer Jugendlichen stärker verbreitete Gewaltorientierungen: So liegt, bezogen auf die KFN-Vergleichswerte im Jahr 2005, der Anteil Usedomer Jugendlicher mit einer ausgeprägt hohen Gewaltakzeptanz von etwa 6,7% im Vergleich mit den anderen Studien um etwas mehr als 2%-Punkte höher. Zudem ist aber auch die Gruppe der ambivalent eingestellten Usedomer Jugendlichen um 13%-Punkte größer als in den KFN-Studien (39,3% gegenüber 26,3%), während dementsprechend der Anteil Usedomer Jugendlicher mit dezidiert Gewalt ablehnenden Einstellungen sogar um mehr als 15%-Punkte geringer ausfällt (54% gegenüber 69,3% im Jahr 2006 bzw. 2005). Auch wenn sich im Referenzzeitraum zwischen den Usedomer Alterskohorten eine schwach signifikante Anteilsverschiebung zwischen den Jugendlichen mit einer gegenüber Gewalt ambivalenten Einstellung zugunsten derjenigen, die eine sehr niedrige Gewaltaffinität aufweisen, abzeichnet, fallen die verbleibenden Unterschiede in der aktuellen Erhebung 2006 im Vergleich mit Jugendlichen aus anderen Städten und Landkreisen dennoch tendenziell zuungunsten der Jugendlichen auf der Insel Usedom aus.
- Gleichwohl bleibt auch für die Jugendlichen auf der Insel Usedom der Befund festzuhalten, dass mehr als drei Viertel der Jugendlichen gewaltakzeptierenden Aussagen eher ablehnend und etwas mehr als die Hälfte sogar mit besonders starker Ablehnung gegenübersteht.

### ***Fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen***

- Neben der Gewaltaffinität weisen unsere Analysen im Bereich von persönlichen Einstellungen hinsichtlich des Ausmaßes und der Verbreitung von *fremdenfeindlichen* und *rechtsextremen* Orientierungen sowie deren Korrelate auf eine quantitativ und qualitativ besonders herausragende und spezifische Problemlage unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom hin (vgl. Kapitel B.6).  
Im Vergleich mit gewaltaffinen Einstellungen ergeben sich für alle fremdenfeindlichen und rechtsextremen Orientierungen, aber auch für alle mit diesen Einstellungen korrespondierenden Indikatoren deutlich größere Akzeptanzwerte unter den befragten Usedomer Jugendlichen, die insgesamt auf ein sehr prekäres Welt- und Menschenbild einerseits sowie auf ein politisch defizitäres Demokratieverständnis andererseits hinweisen.
- Für die von uns verwendete Fremdenfeindlichkeit/Rechtsextremismus-Skala mit 13 Einstellungsfragen ergibt sich für die Gesamtskala bzgl. aller 13 Items ein leichter Anstieg des Skalenmittelwertes im Jahr 2006 (2,43) gegenüber der Erhebung 2002 (2,35), der allerdings – bei Kontrolle des Geschlechts, des Alters und der Bildung – statistisch nicht signifikant ausfällt. Dementsprechend kann nach wie vor von einem unverändert hohen Akzeptanzniveau bzgl. fremdenfeindlicher/rechtsextremer Einstellungen unter den Usedomer Jugendlichen ausgegangen werden. Einzelitem-Analysen ergaben allerdings insbesondere im Bereich von Aussagen, die sich auf Immigranten beziehen eine signifikante Zunahme der Ressentiments gegenüber Ausländern.
- Für die kategorisierten Skalenwerte mit zwei Einstellungsgruppen (überwiegende Zustimmung gegenüber überwiegende Ablehnung) und drei Einstellungsgruppen (deutliche Zustimmung, ambivalente Haltung und deutliche Ablehnung) ergeben sich beachtliche prozentuale Größenordnungen der Akzeptanzgruppen solcher Orientierungen unter Usedomer Jugendlichen. Bei dichotomer Gruppierung haben sich die Zustimmungsteile unter den Usedomer Jugendlichen gegenüber dem Ausgangswert im Jahr 2002 um rd. 7%-Punkte von 32,5% auf 39,4% erhöht (relativ: +21,2%). Bei trichotomer Betrachtung ergibt sich für die Usedomer Jugendlichen hinsichtlich der Extremgruppe mit einem stark ausgeprägten fremdenfeindlichen/rechtsextremen Einstellungsmuster im Referenzzeitraum eine stabile Größenordnung von im Mittel 12,5%. Der Zuwachs der eher zustimmenden Jugendlichen basiert nahezu ausschließlich auf der Gruppe mit mittleren (ambivalenten) Einstellungen (+7,5%-Punkte) im Austausch mit den Jugendlichen die eine dezidiert ablehnende Haltung gegenüber fremdenfeindlichen/rechtsextremen Aussagen zeigen (-7%-Punkte). Demnach ist davon auszugehen, dass



mindestens jeder dritte Jugendliche auf der Insel Usedom – mit steigender Tendenz – eine eher zustimmende Einstellung gegenüber rechtsextremen, insbesondere aber fremdenfeindlichen Aussagen aufweist und dass jeder 8. Jugendliche auf der Insel Usedom über eine besonders stark ausgeprägte Fremdenfeindlichkeit in Verbindung mit rechtsextremen Orientierungen verfügt.

- Hinsichtlich des *Geschlechterverhältnisses* bzgl. fremdenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom ergibt sich eine deutliche Veränderung der Akzeptanzraten zwischen den Jungen und Mädchen im Referenzzeitraum. In der Erhebung 2002 unterschieden sich die Jungen und Mädchen auf der Insel Usedom nicht signifikant in ihren Fremdenfeindlichkeit/Rechtsextremismus-Skalamittelwerten (Mädchen: 2,25; Jungen: 2,36). Der Anteil der stark fremdenfeindlich/rechtsextrem orientierten Jungen betrug 2002 rd. 15% und bei den Mädchen rd. 10%. In der Erhebung 2006 findet sich dagegen ein hoch signifikanter Geschlechtsunterschied. Der Skalenmittelwert bei den Mädchen verringerte sich gegenüber 2002 (2,23), während der bei den Jungen signifikant anstieg (2,53). Dementsprechend fallen auch die Anteile der besonders stark zustimmenden Jungen und Mädchen signifikant auseinander. Der Anteil der besonders ausgeprägt fremdenfeindlich und rechtsextrem orientierten Jungen stieg 2006 auf rd. 19% während der Anteil unter den Mädchen sich auf rd. 6% verringerte.
- Als herausragender differenzieller Faktor erweist sich in unseren Erhebungen die *Bildung*. Dies trifft für die Jugendlichen auf der Insel Usedom und in Greifswald gleichermaßen zu, wobei sich in allen Erhebungen durchgängig die Gymnasiasten mit den geringsten Akzeptanzwerten signifikant von den Schülern anderer Schulformen unterscheiden. Aber auch noch rd. 24% der auf der Insel Usedom befragten Gymnasiasten zeigen tendenziell zustimmende fremdenfeindliche/rechtsextreme Einstellungen in der aktuellen Erhebung 2006. Bei den Realschülern sind dies rd. 40% und bei den Hauptschülern mit rd. 51% mehr als die Hälfte. Die Gruppe mit einem besonders extrem ausgeprägten Einstellungsmuster umfasste noch rd. 6% der Gymnasiasten und jeweils rd. 15% der Haupt- und Realschüler gleichermaßen.
- Im *interregionalen* Vergleich mit anderen Studien des KFN in sieben westdeutschen Städten und zwei Landkreisen 2005 für Jugendliche mit zwei deutschen Elternteilen (!) wird die besondere Problematik der Ausländerfeindlichkeit und chauvinistischen Ansichten unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom nicht nur hinsichtlich der Zustimmung-, sondern auch hinsichtlich der Ablehnungsanteile besonders deutlich, wobei in der Vergleichspopulation auf Usedom Jugendliche mit Migrationshintergrund ( $n < 2\%$ )

nicht einmal herausgenommen wurden. So stimmen beispielsweise in der aktuellen Erhebung 2006 nahezu ein Viertel (24,1%) der Jugendlichen auf der Insel Usedom der Aussage zu „Deutsche sind anderen Völkern überlegen.“ In den Vergleichsstudien sind dies aber zusammen nur 10,7%. Noch extremer ist der Kontrast mit Blick auf diejenigen Jugendlichen, die dieser Aussage überhaupt nicht zustimmen, also dezidiert ablehnen: rd. 35% der Usedomer Jugendlichen gegenüber rd. 64% der westdeutschen Jugendlichen. Der Aussage „Die Ausländer haben Schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland“ wird von 44,4% der Usedomer Jugendlichen zugestimmt aber nur von 25% der westdeutschen Jugendlichen. Explizit verneint wird diese Aussage dagegen nur von 22% der Usedomer gegenüber 43,6% der anderen deutschen Jugendlichen.

Diese Problemlage wird auch in weiteren Vergleichsanalysen mit besonders „restriktiven“ Kriterien der Definition und Operationalisierung von „Rechtsextremismus“ mit einer Verknüpfung von Fremdenfeindlichkeit *und* Gewaltakzeptanz sichtbar. Diesbezüglich beträgt der Anteil Usedomer Jugendlicher mit extremen Zustimmungswerten knapp das 3-fache der westdeutschen Jugendlichen (3,4% gegenüber 1,2%) und derjenige Anteil Jugendlicher, der überwiegend zustimmt, das 2,7-fache (11,8% gegenüber 4,4%). Allerdings ist einschränkend festzuhalten, dass extrem fremdenfeindliche *und* zugleich gewaltaffine Jugendliche eine sehr kleine Gruppe unter den durchschnittlich 15-jährigen Schülern darstellen.

- Darüber hinaus erhobene Einstellungen gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen (Kapitel B.6.2) bestätigen die äußerst problematischen Ansichten und Haltungen bei Usedomer Jugendlichen, die sich nicht nur ausschließlich gegen Ausländer richten. Asylbewerber und Sinti/Roma („Zigeuner“), aber auch Juden, Homosexuelle und Obdachlose werden von jedem 5. Usedomer Jugendlichen als „unsympathisch“ beurteilt und dezidiert abgelehnt. Selbst Behinderte werden von fast jedem 10. Usedomer Jugendlichen abgelehnt.
- Im Hinblick auf jugendtypische *Szenen- und Gruppenorientierungen* (Kapitel B.6.2) sowie *allgemeine politische Einstellungen* (politisches Interesse und Parteipräferenz) (Kapitel B.6.3) ergeben sich gleichfalls deutliche Korrespondenzen mit fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen der befragten Jugendlichen. Auch wenn die Anzahl Usedomer Jugendlicher, die sich Skinheads oder Hooligans „zugehörig“ wähen (2006: zusammen 6,3%) oder diese jeweils „ganz gut“ finden (zusammen: 13,9%) relativ niedrig liegt, kann nicht verkannt werden, dass gerade diese subkulturellen Gruppierungen eine hohe Attraktivität für *gewaltbereite* Jugendliche mit fremdenfeindlichen und rechtsextremen Anschauungen besitzen. Diesbezüglich ist der Befund einer ausgesprochen starken Polarisierung unter den

Jugendlichen, die von diesen Szenen und Gruppierungen ausgeht, auffällig und weist auf eine besonders schwierige Konstellation hin, die einen intervenierenden Zugang und die präventiven Möglichkeiten, mit solchen Gruppen sozialpädagogisch zu arbeiten und sie „aufzubrechen“, sehr erschweren. Darüber hinaus zeigen die Analysen auch eine „konjunktur-“ bzw. wahlerfolgsabhängige *Präferenz* für verschiedene *rechtsextreme Parteien* wie die NPD oder die DVU. Ferner ergibt sich auch hinsichtlich des allgemeinen politischen Interesses, dass insbesondere bei männlichen Haupt- und Real- schülern – im deutlichen Gegensatz zu den Mädchen – ein bekundetes hohes allgemeines politisches Interesse überzufällig häufig mit fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen verknüpft ist.

- Einen Sonderfall bildet der Komplex von *Einstellungen gegenüber Polen* (Kapitel B.6.4), die auch und gerade im Hinblick auf das Verhältnis der von Polen und Deutschen gemeinsam bewohnten Insel Usedom und einer gemeinsamen Zukunft in der Europäischen Union begründeten Anlass zur Sorge geben. Diese Fragen wurden von uns erstmals in der Erhebung 2002 im Hinblick auf die seinerzeit bevorstehende EU-Mitgliedschaft Polens (zum 1. Mai 2004) gestellt, so dass diesbezüglich ein Vergleich zwischen 2006 und 2002 möglich ist.

Erwartbar zeigt sich bei den Jugendlichen auf der Insel Usedom, dass mit wachsender Fremdenfeindlichkeit auch eine zunehmende Ablehnung von Polen bzgl. aller im Fragebogen erfassten Indikatoren einhergeht. Besonders profiliert gilt dies für Jugendliche mit sehr ausgeprägten fremdenfeindlichen und rechtsextremen Orientierungen unabhängig vom Geschlecht und der Bildung.

Demgegenüber ergibt sich allerdings auch für eine erhebliche Zahl von nicht fremdenfeindlich und rechtsextrem eingestellten Jugendlichen eine größere Distanz und Ambivalenz in Verbindung mit entsprechenden Vorbehalten gegenüber den unmittelbaren polnischen Nachbarn.

So sind etwa von den im Jahr 2006 befragten Usedomer Jugendlichen, die vorwiegend als nicht fremdenfeindlich/rechtsextrem anzusehen sind (Rechtsextremismus-Skalenwerte  $< 2,5$ ; das sind 60,6% der Jugendlichen) noch 38% der Ansicht, dass eine EU-Mitgliedschaft Polens nicht wünschenswert ist. Von den eher rechtsorientierten Jugendlichen sind dies rd. 67%.

Die deutlichsten Vorbehalte werden hinsichtlich einer möglichen familiären Verbindung mit einem Polen bzw. einer Polin geäußert. Eine solche Beziehung wird von mehr als der Hälfte der nicht rechts orientierten Jugendlichen (51,1%) abgelehnt (83,2% der rechtsextrem Orientierten).

Die große Distanz gegenüber Polen zeigt sich auch darin, dass der Großteil der Jugendlichen keine direkten persönlichen oder mittelbar familiären Kontakte zu Polen hat. Allerdings ist diesbezüglich eine positive Entwicklung erkennbar: Wurden 2002 nur von jedem 8. befragten Usedomer Ju-

gendlichen persönliche Kontakte mit Polen berichtet (rd. 12%), hat sich 2006 dieser Anteil um beinahe das dreifache auf rd. 31% erhöht. Etwa ein Drittel dieser Kontakte besteht in Form von Einkaufsgelegenheiten (Tanken, Zigaretteneinkauf u. ä.), ein weiteres Drittel in Form von Bekanntschaften und Freundschaften, Urlauben und Ferienlagern sowie Sport-/Vereins-/Kulturkontakten (in wenigen Einzelfällen auch Kontakte durch Schüleraustausch und bilingualen Unterricht). Das übrige Drittel sind Kontakte aufgrund verwandtschaftlicher Beziehungen mit Polen. Dieses Ergebnis verdeutlicht die in den letzten Jahren verstärkten Bemühungen auf der Insel Usedom, die Nachbarschaft zu Polen durch Intensivierung von Kontakten auf Bürgerebene und in der Schule zu verbessern.

Hinsichtlich des Wunsches nach einem Kontakt bzw. mehr Kontakten mit Polen fallen die Aussagen in beiden Erhebungen gleichermaßen deutlich reserviert aus. Ein solcher Kontaktwunsch wird nur von etwa jedem 10. Usedomer Jugendlichen geäußert (9,6%). Nur ein Viertel der Usedomer Jugendlichen kann sich einen solchen Kontaktwunsch in der Zukunft vielleicht vorstellen (24,7%), während für zwei Drittel der Jugendlichen (rd. 66%) ein solcher Wunsch überhaupt nicht, auch zukünftig nicht, besteht.

- Trotz dieser großen Distanz der Usedomer Jugendlichen zeichnet sich auch im Sinne der klassischen Kontakthypothese eine optimistisch stimmende Tendenz ab: So finden sich in Abhängigkeit von bereits bestehenden Kontakten zu Polen bzgl. aller einbezogenen Fragen und Aussagen signifikant häufiger positivere Einstellungen gegenüber Polen. So sind Jugendliche mit persönlichen Kontakten zu Polen gegenüber einer Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union mehrheitlich aufgeschlossener als Befragte ohne persönlichen Kontakt (rd. 60% vs. 37%).

Die stärksten positiven Zusammenhänge ergeben sich bei den Fragen nach einer möglichen familiären Beziehung mit einem Polen oder einer Polin (Zustimmung bei vorhandenem persönlichen Kontakt: rd. 22% vs. 8% ohne persönlichen Kontakt) und einer privaten Wohnnachbarschaft (rd. 42% vs. 23%). Korrespondierend hierzu zeigt sich auch ein größeres Einverständnis dieser Jugendlichen mit bereits bestehenden Kontakten zu Polen hinsichtlich der grenznahen Mobilität und des Zuzugs von Polen: Dass Polen besuchsweise häufiger nach Vorpommern kommen (rd. 45% vs. 22%), in Vorpommern wohnen (30% vs. 19%) und hier auch arbeiten (26% vs. 19%). Auch hinsichtlich eines größeren Kontaktwunsches zu Polen zeigt sich eine um rd. 22% höhere Quote bei Jugendlichen mit bereits vorhandenen persönlichen Kontakten (rd. 50% vs. 28%).

Dieser durchgängig positive Zusammenhang trifft allerdings und einschränkend *nicht* für diejenigen Jugendlichen zu, deren negative Einstellungen gegenüber Polen Bestandteil ihrer eigenen fremdenfeindlichen und rechtsextremen Haltungen sind.

- Unsere Analysen der individuellen Einstellungen bei Jugendlichen auf der Insel Usedom zu *Gewaltaffinität, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sowie weiteren gesellschaftspolitischen Korrelaten* ergeben in stark verdichteter Zusammenfassung folgende zentralen Befunde:

- Etwa jeder 13. Jugendliche auf der Insel Usedom verfügt über ein ausgesprochen hohes Gewaltakzeptanzniveau. Statistisch ergibt sich keine Veränderung im Referenzzeitraum (2002: 6,8%, 2006: 7,8%; mittlere Rate = 7,5%).
- Erwartbar sind unter den Jungen in größerem Ausmaß gewaltaffine Einstellungen verbreitet. In beiden Erhebungen verfügt jeder 10. Junge über eine besonders stark ausgeprägte Gewaltakzeptanz. Bei den Mädchen trifft dies nur auf jedes 25. Mädchen (rd. 4%) zu. Gleichwohl ist die selbstberichtete Gewaltdelinquenz erheblich zurückgegangen (s. o.).
- Im Vergleich mit anderen Jugendstudien stellt Fremdenfeindlichkeit in Verbindung mit rechtsextremen und teilweise gewaltaffinen Einstellungen eine besonders akzentuierte Problemlage bei den Jugendlichen auf der Insel Usedom dar.
- Unverändert verfügt etwa jeder achte Jugendliche auf der Insel Usedom über eine besonders stark ausgeprägte fremdenfeindliche und rechtsextreme Orientierung (2002: 12,9%, 2006: 12,3%).
- Im Vergleich mit den Mädchen weisen die Jungen insgesamt höhere Fremdenfeindlichkeits-/Rechtsextremismus-Indizes auf, wobei sich der Unterschied in der jüngsten Erhebung zuungunsten der Jungen nochmals vergrößert hat.
- Nahezu jeder vierte männliche Jugendliche verfügt über ein ausgeprägtes fremdenfeindliches und rechtsextremes Einstellungsmuster. Der Anteil hat sich im Jahr 2006 gegenüber 2002 um 4%-Punkte auf rd. 19% erhöht.
- Demgegenüber hat sich der Anteil besonders stark fremdenfeindlich und rechtsextrem eingestellter Mädchen im Referenzzeitraum von rd. 10% um den gleichen Betrag auf rd. 6% verringert.
- Es besteht ein deutliches Gefälle zwischen den Gymnasiasten auf der einen und den Schülern der übrigen Bildungsgänge an Regionalschulen auf der anderen Seite. Aber noch rd. 7% der Gymnasiasten verfügen aktuell über besonders hohe Fremdenfeindlichkeits- und Rechtsextremismuswerte. Bei den Schülern an den Regionalschulen sind dies mit 14% doppelt so viele.

- Es gibt eine kleine Gruppe – überwiegend männliche – Usedomer Jugendlicher (3,4%), für die in besonders extremer Weise fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen zugleich mit einer sehr hohen Gewaltakzeptanz verknüpft sind. Unter den Jungen sind dies rd. 6% und unter den Mädchen rd. 1%.
- Die Verbreitung und das Ausmaß von rechtspopulistischen Ansichten, insbesondere aber fremdenfeindlichen Einstellungen und einer Reihe damit korrespondierender gesellschaftspolitischer Orientierungen (Einstellungen gegenüber Minderheiten, subkulturelle Orientierungen, Präferenzen für rechtsextreme Parteien, Einstellungen gegenüber Polen etc.) verdeutlichen u. E. einen erheblichen und dringenden Interventions- und Präventionsbedarf.

### ***Innerfamiliäre Gewalterfahrungen***

- Im Bereich der familiären Sozialisationsbedingungen haben wir die *innerfamiliären Gewaltopfererfahrungen* der Jugendlichen durch die Eltern oder Elternersatzpersonen untersucht, die im Hinblick für die Genese von Gewaltbereitschaft und späterer Gewaltdelinquenz im Jugendalter einen bedeutsamen Risikofaktor darstellen (Kapitel B.7). Diesbezüglich haben wir die Analysen in diesem Bericht beschränkt auf Erlebnisse mit elterlicher *körperlicher* Gewalt, die wir nach dem Schweregrad abgestuft operationalisiert haben: „nie geächtigt/misshandelt“, „leichte Züchtigung“, „selten misshandelt“ und „häufig misshandelt“. Ferner wurden die Erlebnisse differenziert für die Kindheit (bis zur Vollendung des 11. Lebensjahres) und für das Jugendalter (im rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum) erfasst.
- Hinsichtlich der Entwicklung von innerfamiliären Gewaltviktimsierungen in der *Kindheit* ergeben sich für die Jugendlichen auf der Insel Usedom im Referenzzeitraum statistisch unverändert hohe Anteile mit Opfererfahrungen. Rd. 59% der Jugendlichen haben in ihrer Kindheit keine elterliche Gewalt erfahren. Ein Fünftel der Jugendlichen wurden in der Kindheit nur leicht geächtigt. Schwerere Gewaltviktimsierungen erfuhren dagegen ein weiteres Fünftel. Dabei wurde etwa jeder 10. Jugendliche schwer geächtigt und ebenso viele Jugendliche wurden körperlich misshandelt. Die Usedomer Befunde weisen damit eine sehr hohe Übereinstimmung mit den herangezogenen KFN- und auch den Greifswalder-Vergleichsdaten auf. Auf der Grundlage von nahezu 40.000 befragten Jugendlichen kann demzufolge davon ausgegangen werden, dass etwa jeder 11. bis 10. Jugendliche in der Kindheit Opfer schwerer elterlicher Gewalt wurde.

- Auch für die *zeitnahen innerfamiliären Gewalterfahrungen* der Jugendlichen im rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum ergibt sich – auf erwartbar niedrigerem Niveau – ein sehr ähnliches Bild, das gleichfalls mit den Befunden der Greifswalder- und KFN-Vergleichserhebungen in Einklang steht: Auch hier findet sich ein relativ stabiles Niveau familiärer Gewalterfahrungen der Jugendlichen auf der Insel Usedom: Etwa zwei Drittel der Schüler waren aktuell nicht von elterlicher Gewalt betroffen und ca. ein Fünftel wurde allenfalls leicht gezüchtigt. Schwere Züchtigungen erfuhren etwa 7% und 5,7% wurden gelegentlich oder gehäuft misshandelt. Demnach ist jeder 8. Jugendliche auf der Insel Usedom auch noch im Jugendalter von schwerer elterlicher Gewalt betroffen und mindestens jeder 20. in besonders gravierender Weise.
- Entsprechend *gravierende* und *anhaltende* Gewalterfahrungen der Kinder und Jugendlichen, die auf ein gewaltgeprägtes Erziehungsklima hinweisen, sind in ihren Auswirkungen auf die psychosozialen Verarbeitungs- und Bewältigungsprozesse der Kinder *Risikofaktoren in mehrfacher Hinsicht*. Diesbezüglich ergeben sich für die von uns untersuchten gewaltbezogenen, aber auch fremdenfeindlichen Einstellungen, die Gewaltbereitschaft und andere delinquente Verhaltensweisen der Jugendlichen hochsignifikante und positiv gerichtete Zusammenhänge mit schweren innerfamiliären Gewalterfahrungen in der Kindheit und Jugend. Besonders gefährdet sind Jugendliche, die Misshandlungserfahrungen berichten, d. h. mit der Faust geschlagen und geprügelt oder getreten wurden. Für diese Jugendlichen ergeben sich durchgängig die höchsten Mehrfachtäterraten. So liegt etwa das Risiko der aktiven Gewalt-Mehrfachtäterschaft (mindestens fünf Gewaltdelikte im Jahreszeitraum) bei Jugendlichen auf der Insel Usedom, die in der Kindheit gehäuft misshandelt wurden, um nahezu das 3-fache höher als bei Jugendlichen, die nie oder allenfalls leicht gezüchtigt wurden.
- Unsere Analysen zu *innerfamiliären Gewalterfahrungen* der Jugendlichen auf der Insel Usedom bestätigen den in vielen Studien belegten Befund:

- Ein inadäquates Erziehungsverhalten der Eltern bzw. Elternersatzpersonen – im Extremfall verbunden mit massiven physischen Gewalttätigkeiten – gegenüber Kindern ist ein Hochrisikofaktor für die spätere Gewaltdelinquenz der Jugendlichen.
- Das Risiko der Gewalttäterschaft bei Jugendlichen, die von den Eltern körperlich misshandelt wurden, liegt um das 3-fache höher als bei Jugendlichen die keine Elterngewalt oder allenfalls nur leichte Züchtigungen erlebt haben.
- Etwa jeder 10. Usedomer Jugendliche wurde in der Kindheit schwer gezüchtigt und gleichfalls jeder 10. Jugendliche wurde körperlich misshandelt.

- Jeder 8. Jugendliche auf der Insel Usedom ist auch noch in der Adoleszenz von schwerer elterlicher Gewalt (schwere Züchtigungen und Misshandlungen) betroffen und mindestens jeder 20. in besonders gravierender Weise.

### ***Erste multivariate Analysen***

- In den abschließenden ersten *multivariaten Analysen* zur Relevanz der einzelnen im Bericht thematisierten Variablen und Faktoren für die aktive Gewalttäterschaft bei Jugendlichen auf der Insel Usedom bestätigt sich zunächst die besondere Bedeutung der Gewaltaffinität, die sich – aufgrund der hohen Konstruktspezifität erwartungsgemäß – als der stärkste erklärende Faktor (Prädiktor) für Gewaltdelinquenz erweist (Kapitel B.8). Gleichfalls erwartbar ist das Geschlecht für sich ein eigenständiger differenzieller Faktor für die Gewaltdelinquenz der Jugendlichen. Geschlechtsspezifische Sozialisation, verhaltensphysiologische und -psychologische Ursachen werden für die geringere Gewaltneigung der Frauen als wirksam erachtet. Etwa ähnlich stark in der Bedeutung wie das Geschlecht für die Gewalttäterschaft sind innerfamiliäre Gewalterfahrungen der Jugendlichen in der Kindheit und im Jugendalter. Allerdings trifft dies nur für die schweren Formen von Misshandlungen zu. Gleichfalls ähnlich stark ausgeprägt wie diese Viktimisierungsfolgen ergibt sich ein globaler Einfluss der Bildung auf die aktive Gewaltdelinquenz. Indes nur für das höchste Bildungsniveau, die Schüler an Gymnasien, findet sich eine im Vergleich mit den übrigen Schulformen signifikant geringere Gewalttäterrate, während demgegenüber die Unterschiede bei den deutlich höheren Raten der Jugendlichen anderer Schulformen statistisch nicht bedeutsam ausfallen. Demgegenüber zeigt sich für fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen kein signifikanter Einfluss auf die aktive Gewaltdelinquenz der Usedomer Jugendlichen. Selbst für die Gruppe mit den höchsten Fremdenfeindlichkeits-/Rechtsextremismusindizes ist ein eigenständiger signifikanter Einfluss für das aktive Gewalthandeln nicht vorhanden.
- Mit Blick auf die *Verursachungsstruktur* wurden unsere zentralen Annahmen in den Kausalanalysen im Wesentlichen bestätigt. Sowohl für die männlichen und noch sehr viel ausgeprägter bei den weiblichen Jugendlichen ergibt sich eine sehr enge Verknüpfung der familiären sozialen Herkunftslage mit dem Bildungsniveau der Jugendlichen. Dieser Zusammenhang ist bei den Mädchen mit die stärkste unter allen hier untersuchten Beziehungen. Die sozio-ökonomische Lage der Familie entfaltet – an sich und insbesondere in der Verzahnung mit den schulischen Bildungsaspirationen der Jugendlichen – als (distaler) Hintergrundfaktor eine beacht-



liche Wirkung auf der Ebene der fraglichen Einstellungen, Gewaltakzeptanz und Fremdenfeindlichkeit/Rechtsextremismus bei Jugendlichen auf der Insel Usedom.

Hinsichtlich der aktiven *Gewaltdelinquenz* ergeben sich für die soziale Herkunft erwartbar keine direkten, sondern nur mittelbare Effekte, die im Zusammenwirken mit der Bildung und den Einstellungen zwar nicht so stark wie für die (proximaleren) Einstellungen selbst, aber dennoch relativ deutlich und signifikant ausfallen. Dementsprechend ist der direkte kausale Effekt von gewaltaffinen Einstellungen aufgrund der hohen Spezifität für die Gewaltdelinquenz am stärksten.

Demgegenüber ist in allen Modellen ein eigenständiger direkter Effekt der fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen auf die Gewaltdelinquenz statistisch nicht vorhanden. Nur in der Verknüpfung mit gewaltaffinen Einstellungen, die einen starken Einfluss auf fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen besitzen, ergibt sich ein relativ hoher Erklärbeitrag für die Gewalttäterschaft. D. h., für die Gewaltdelinquenz ist eine entsprechend hohe Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft ausschlaggebend, nicht aber eine fremdenfeindliche und rechtsextreme Orientierung.

Im Hinblick auf die *Kontextwirkungen* in der Verknüpfung von sozialer Herkunft, Bildung und erlebten innerfamiliären Gewalterfahrungen ergeben sich die größten Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Jugendlichen. Der beschriebene problematische Hintergrund- und Sozialisationskontext wirkt sich bei den Jungen sehr viel unmittelbarer auf die gewaltaffinen Einstellungen und auch auf das Gewalthandeln aus. Insbesondere ergeben sich bei den Jungen bzgl. der innerfamiliären Gewaltviktimsierungen starke direkte Auswirkungen auf die Gewaltakzeptanz und die Gewaltdelinquenz. Bei den Mädchen scheinen diese Erfahrungen hinsichtlich ihrer psycho-sozialen Bewältigung eher mittelbar mit einstellungsrelevanten kognitiven und emotionalen Prozessen verknüpft zu sein, die in gewaltaffinen Einstellungen, aber auch in Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremen Orientierungen ihren Ausdruck finden. Diesbezüglich kann bei den Mädchen zudem von einer größeren Versatilität problematischer Verhaltensweisen ausgegangen werden (beispielsweise Auffälligkeiten wie Essstörungen, Autoaggressionen, verbale Aggressionen, aber auch andere sozial deviante und delinquente Verhaltensformen). Auf der anderen Seite ergeben sich bei den Mädchen sehr viel stärkere (protektive) Einflüsse der sozialen Herkunft in der Verbindung mit den Bildungsaspirationen als dies bei den Jungen der Fall ist. Die indirekten Einflüsse der sozialen Herkunft und die indirekten als auch direkten Einflüsse der Bildung sind bei den Mädchen insgesamt mehr als doppelt so stark in ihren Auswirkungen insbesondere auf gewaltaffine und fremdenfeindliche/rechtsextreme Einstellungen. D. h., eine bessere sozio-ökonomische Lage der Eltern ist bei den Mädchen sehr viel stärker als bei den Jungen mit einem besseren Bildungsniveau verbunden. Beide Fakto-

ren – vor allem aber die soziale Herkunft – bewirken bei den Mädchen eine deutlich größere Schutzwirkung gegenüber den genannten Einstellungen.

Für die berichteten innerfamiliären *Gewaltviktimisierungen* der Usedomer, aber auch der Greifswalder Jugendlichen durch die Eltern bzw. Erziehungspersonen, ergibt sich nur auf der Stufe von Misshandlungserfahrungen eine statistisch eher schwache Verknüpfung mit der sozio-ökonomischen Lage der Erziehenden. Inwieweit hier ein spezifisch ostdeutscher Kohorteneffekt (rd. 92% der befragten Jugendlichen auf der Insel Usedom und rd. 95% der Befragten in Greifswald sind ostdeutscher Herkunft) hinsichtlich erziehungsrelevanter Vorstellungen und Praktiken vorliegt, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Dieser Frage wird von uns in zusätzlichen und detaillierteren Analysen zur familiären Sozialisation, insbesondere zum Erziehungsklima, weiter nachgegangen.

- Im Ergebnis unserer Analysen können hinsichtlich der abhängigen Variable *selbstberichtete Gewaltdelinquenz* – trotz der hohen Komplexitätsreduktion der in den Analysen bislang einbezogenen geringen Zahl von Faktoren – immerhin 21% des von den Mädchen und beachtliche 36% des von den Jungen auf der Insel Usedom jeweils im rückwärtigen Jahreszeitraum berichteten Gewaltaufkommens durch die in den Modellen spezifizierten Beziehungen vorhergesagt werden.

Mit Blick auf die noch verbleibenden *nicht* aufgeklärten Varianzverhältnisse sind die Modellanalysen allerdings noch zu erweitern. Bei Orientierung am Forschungsstand sind weitere Persönlichkeitsvariablen der Jugendlichen einzubeziehen (so etwa Impulsivität, Selbstkontrolle, Selbstwert, Hostilität, Anomie, aber auch pro-soziale Orientierungen). Ferner sind in den Sozialisationsbereichen Familie, Schule und peer-groups detaillierter Strukturen und Beziehungen im Hinblick auf (Des-)Integrationspotenziale auszuleuchten (Erziehungsklima, schulische Integration/Schulklima, Freizeitorientierungen und Konsumstile sowie Gruppen- und Vereinsbindungen etc.).

Dessen ungeachtet ergeben sich mit den wenigen hier untersuchten Variablen und Faktoren deutliche Hinweise auf sozial-strukturelle Ungleichheitsverhältnisse, die in einer engen Verknüpfung zwischen der sozio-ökonomischen Lage der Familie und ihren Ressourcen sowie dem schulischen Bildungsniveau bei Jugendlichen auf der Insel Usedom einen differenziellen Hintergrund bilden, der insbesondere für die hier untersuchten Einstellungen und Orientierungen der Jugendlichen eine beachtliche Wirkung entfaltet.

- An den vorstehenden Punkt anknüpfend hatten wir eingangs des Berichts (vgl. Kapitel B.2) – in relativierender Absicht – darauf hingewiesen, dass in den Erhebungen für den gesamten Referenzzeitraum deutlich wird, dass bei allen Jugendlichen auf Gewalt bezogene Opferbefürchtungen im Vergleich mit anderen Bedrohungen von eher untergeordneter Bedeutung sind. Sehr

viel stärker – geradezu dominierend – sind demgegenüber unter den Jugendlichen familiäre Besorgnisse in Verbindung mit existentiellen Befürchtungen verbreitet, vor allem hinsichtlich gesellschaftlicher und ökonomischer Krisenentwicklungen, mit denen ein hohes Exklusions- bzw. Beeinträchtigungsrisiko der Eltern an der sozialen und ökonomischen Teilhabe, aber vor allem auch der eigenen beruflichen Zukunftschancen, verbunden sind.

Neben der Furcht einen nahen Familienangehörigen durch Tod oder Krankheit zu verlieren (rd. 68%) oder der Angst vor einer schweren Erkrankung der Eltern (rd. 53%) äußern gleichfalls (auf dem 2. Rangplatz) 53% der befragten Usedomer Jugendlichen Befürchtungen, nach der Schule keine Lehrstelle bzw. keinen Ausbildungsplatz zu erhalten. Damit wird ein gesellschaftspolitisch dringliches Problem angesprochen, denn ohne qualifizierte berufliche Ausbildung ist das Risiko der Arbeitslosigkeit bereits im Jugendalter besonders hoch, weil an der sog. ersten Schwelle des Überganges von der Schule in die Berufsausbildung bzw. den Arbeitsmarkt, die Weichen für die spätere Entwicklung im Erwerbsleben gestellt werden. Im Hinblick auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Arbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern in den vergangenen 10 Jahren haben die Jugendlichen – trotz gegenwärtig günstigeren Konjunkturdaten – auch eine begründete Sorge um den eigenen Ausbildungsplatz. Dieser zentrale und gesellschaftspolitisch äußerst bedenkliche Befund ist – hinsichtlich der Rahmenbedingungen – auch für die nachstehenden Folgerungen im Hinblick auf präventive Überlegungen gegen Gewalt, Rassismus und antidemokratisch-totalitäre Haltungen bei Jugendlichen (aber auch bei Eltern) von nicht unerheblicher Bedeutung.

- In einer knappen Zusammenfassung der *multivariaten Analysen* zur Jugendgewalt auf der Insel Usedom und ihrer Relevanz aus Sicht der befragten Jugendlichen lässt sich festhalten:

- Ungeachtet von noch ausstehenden erweiterten Analysen ergeben sich mit den wenigen hier untersuchten Faktoren deutliche Hinweise auf sozial-strukturelle Ungleichheitsverhältnisse, die in einer engen Verknüpfung zwischen den sozio-ökonomischen Ressourcen der Familien und den schulischen Bildungsaspirationen bei Jugendlichen einen differenziellen Kontext bilden. Als (distaler) Hintergrundfaktor entfaltet dieser eine beachtliche Wirkung auf der Ebene der untersuchten (proximalen) Einstellungen, insbesondere Gewaltakzeptanz und Fremdenfeindlichkeit/Rechtsextremismus sowie anderen damit korrespondierenden Orientierungen unter den Jugendlichen auf der Insel Usedom.
- In enger Beziehung damit stehend verdeutlichen die Antworten der Jugendlichen durchweg in allen Erhebungen, dass auf Gewalt bezo-

gene Opferbefürchtungen im Vergleich mit anderen Bedrohungen von eher untergeordneter Bedeutung sind. Geradezu dominierend sind demgegenüber unter den Jugendlichen auf die Familie bezogene Befürchtungen in Verbindung mit existentiellen Ängsten verbreitet, vor allem hinsichtlich gesellschaftlicher und ökonomischer Krisenentwicklungen, mit denen ein hohes Exklusions- bzw. Beeinträchtigungsrisiko der Familie an der sozialen und ökonomischen Teilhabe verbunden sind.

- In gleicher Weise trifft dies auf Befürchtungen der Jugendlichen hinsichtlich der eigenen beruflichen Zukunftschancen und der damit verbundenen unsicheren Lebensperspektive zu.

## C. Übergreifende Befunde und Folgerungen

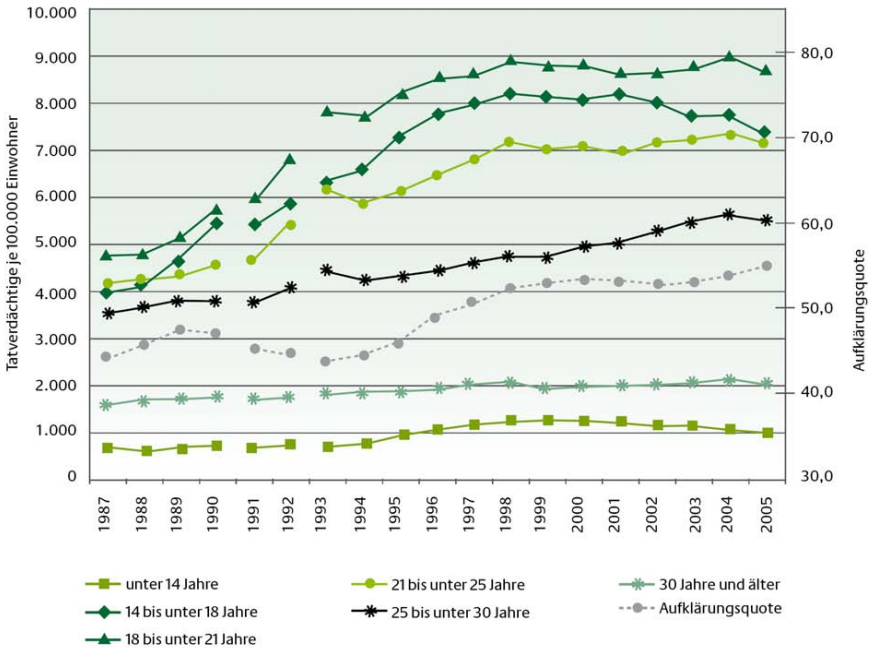
### 1. Veränderungen im Hell- und Dunkelfeld

In erweiterter Perspektive sind wir der bereits mehrfach erwähnten Diskrepanz zwischen einem Anstieg der Jugendgewalt in den vergangenen Jahren gestützt auf Hellfeldstatistiken der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) einerseits und einem geringeren Zuwachs bzw. seit 1998 relativ konstant hohen Anteilen der Abgeurteilten- und Verurteiltenraten in der Strafverfolgungsstatistik sowie den Befunden aus Dunkelfeldstudien mit gleichfalls eher stabilen bis rückläufigen Gewaltopfer- und Gewalttäterraten andererseits nachgegangen. D. h., dem Phänomen einer sich zunehmend öffnenden Schere zwischen den altersbezogenen Tatverdächtigenbelastungszahlen (TVBZ) auf der einen und entsprechenden Verurteiltenbelastungszahlen (VBZ) sowie Dunkelfeldbefunden auf der anderen Seite (vgl. Kapitel A.3 und A.4 bzw. B.3 und B.4).

Die Polizeiliche Kriminalstatistik ist bekanntermaßen in erster Line eine Tätigkeitsnachweisstatistik, in der alle der Polizei bekannt gewordenen Straftaten und ermittelten Tatverdächtigen registriert werden. Registrierungen betreffen damit die Veränderung der Relation von Hellfeld- und Dunkelfeld. Ein Anstieg in der Kriminalitätsstatistik muss damit nicht unbedingt auf einem Anstieg des realen Kriminalitätsaufkommens beruhen, sondern es reicht bereits aus, wenn durch die Polizei ein größerer Bestandteil der Gesamtkriminalität „aufgehellt“ wird. Diese Aufhellung wird von verschiedenen Umständen und Bedingungen beeinflusst: Erstens, auf der Ebene der informellen Sozialkontrolle durch eine Veränderung der gesellschaftlichen Bewertungsmaßstäbe gegenüber abweichenden Verhaltensformen und Kriminalität, die u. U. mit einer veränderten Anzeigebereitschaft in der Bevölkerung bzw. Bevölkerungsgruppen verknüpft sein kann. Zweitens, schließlich auf der Ebene der formellen strafrechtlichen Sozialkontrolle beispielsweise durch veränderte Kontrollstrategien und Ermittlungsaktivitäten der Strafverfolgungsbehörden bis hin zu Veränderungen der justiziellen Rahmenbedingungen (vgl. zusammenfassend *BMI/BMJ: 2. Periodischer Sicherheitsbericht 2006*, S. 10 ff.).

Mit Blick auf die Entwicklung der altersbezogenen Tatverdächtigenbelastungszahlen und der Aufklärungsquote sowie der Abgeurteilten- und Verurteiltenbelastungszahlen der letzten Jahre für Jugendliche und Heranwachsende lassen sich unterschiedliche Trends im Hellfeld erkennen, die auf mögliche Veränderungen der Dunkelfeld-Hellfeld-Relation zurückzuführen sind. So zeigt die Entwicklung der polizeilich registrierten Jugendkriminalität einen im Vergleich mit den Erwachsenen bis 1998 überproportionalen Anstieg insbesondere bei den jugendlichen und heranwachsenden Tatverdächtigen (vgl. nachstehende Abbildung 1.1).

Abb. 1.1: Entwicklung der polizeilich registrierten Tatverdächtigen (TVBZ) je 100.000 der jeweiligen Altersgruppe bezogen auf alle Delikte 1987 bis 2005



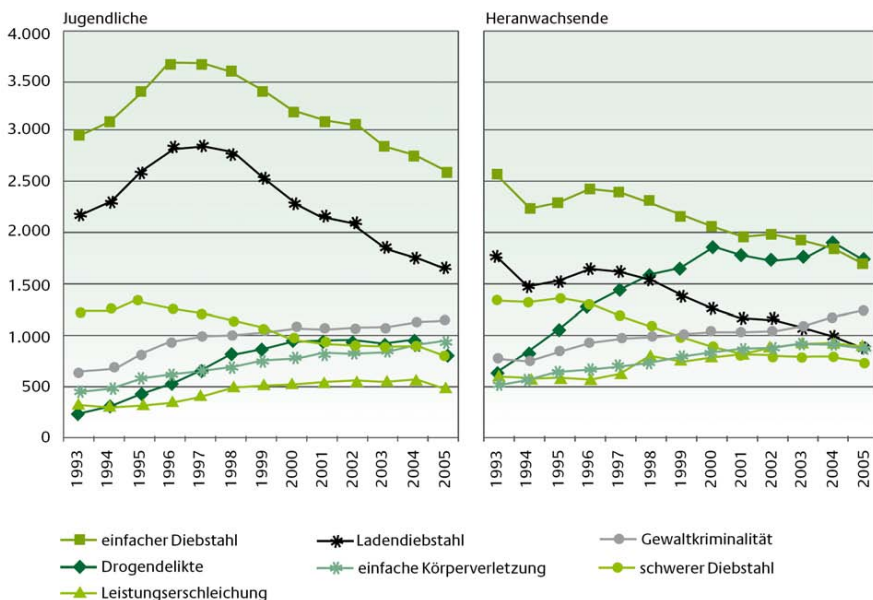
Datenquelle: Polizeiliche Kriminalstatistik; bis 1990 nur alte Länder und Westberlin; 1991, 1992 alte Länder und Gesamtberlin; ab 1993 Deutschland.

Sekundärquelle: *BMI/BMJ: 2. Periodischer Sicherheitsbericht 2006*, S. 376.

Bis zum Jahr 1998 sind bei den Jugendlichen und Heranwachsenden deutliche Zunahmen der Tatverdächtigenbelastungsziffern (TVBZ) erkennbar. Bei den Jugendlichen sind diese ab 2002 wieder rückläufig und sinken etwa auf das Niveau von 1995 ab. Bei den Heranwachsenden ist demgegenüber seit 1998 eine eher stabile Entwicklung feststellbar.

Innerhalb dieser Gesamtentwicklung zeigt sich bzgl. der zentralen Delikt-kategorien im Wesentlichen ein ähnliches Entwicklungsmuster wie das in den zuvor dargestellten Trends bei den befragten Jugendlichen in Greifswald, aber auch auf der Insel Usedom, mit der Abweichung einer auf der Insel Usedom rückläufigen Gewaltkriminalität (vgl. nachstehende Abbildung 1.2).

Abb. 1.2: Entwicklung der polizeilich registrierten jugendlichen und heranwachsenden Tatverdächtigen je 100.000 der Altersgruppe (TVBZ) nach verschiedenen Delikten 1993 bis 2005



Sekundärquelle: BMI/BMJ: 2. Periodischer Sicherheitsbericht 2006, S. 385.

So ergibt sich sowohl für den einfachen Diebstahl (darunter Ladendiebstahl) als auch für den schweren Diebstahl seit dem Höhepunkt 1996/97 ein kontinuierlicher Rückgang der Tatverdächtigenbelastungszahlen bei den Jugendlichen und Heranwachsenden, der zwischen -30% bis -45% je nach Delikt und Altersgruppe variiert. Demgegenüber ist ein Anstieg bei den (summarisch betrachteten) Gewaltdelikten seit 1993, dem Zeitpunkt einer einheitlichen bundesdeutschen PKS, um rd. 91% bei den Jugendlichen, also fast eine Verdoppelung und rd. 64% bei den Heranwachsenden zu verzeichnen ist.<sup>140</sup> Allerdings verläuft dieser Anstieg seit 1998 bei den jugendlichen Tatverdächtigen deutlich gebremster, die entsprechende Belastungsziffer bewegt sich seither in einem Bereich zwischen ca. 1.000 (1998) und 1.160 (2005, Zuwachsrate ca. +16%) auf beinahe

140 Der PKS-Summenschlüssel „Gewaltkriminalität“ (8920) umfasst folgende Delikte: Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen, Vergewaltigung und sexuelle Nötigung, Raub, räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraftfahrer, Körperverletzung mit Todesfolge, gefährliche und schwere Körperverletzung, erpresserischer Menschenraub, Geiselnahme und Angriff auf den Luft- und Seeverkehr. Die vorsätzliche einfache Körperverletzung ist darin nicht enthalten und daher in der Abbildung 1.2 gesondert ausgewiesen.

konstant hohem Niveau (was im Übrigen auch für die Greifswalder Entwicklung der Jugendgewalt im Unterschied zu der Abnahme auf der Insel Usedom zutrifft, s. o. Kapitel A.4 und B.4).

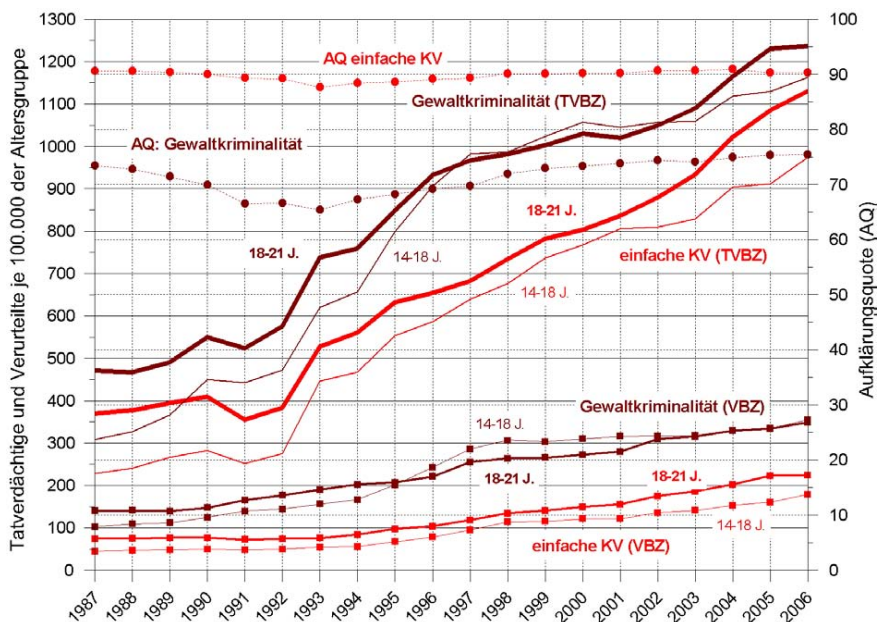
Im Bereich des Anstiegs der Gewaltkriminalität zeigen sich andererseits delikt spezifisch divergente Entwicklungen. Der größte Anstieg ergibt sich bei den qualifizierten Körperverletzungsdelikten, die den überwiegenden Anteil der Gewaltkriminalität in der PKS ausmachen. Hier stiegen die Belastungsraten zwischen 1993 und 2006 bei den Jugendlichen um mehr als das Doppelte (etwa +113%) und ähnlich stark bei den Heranwachsenden an (ca. 95%).

Auch bei den einfachen Körperverletzungsdelikten (diese sind allerdings nicht Teil der polizeilichen Definition des Summenschlüssels Gewaltkriminalität, s. o. Fußnote 140) ergibt sich bei den Jugendlichen fast eine Verdoppelung seit 1993 (+97%), bei den Heranwachsenden eine Steigerung um rd. 60%. Demgegenüber haben sich die Tatverdächtigenbelastungszahlen bei den Raubdelikten seit 1997 sowohl bei den Jugendlichen als auch bei den Heranwachsenden rückläufig entwickelt (ca. -32% bzw. -13%). In der allgemeinen Tendenz entsprechen diese Entwicklungslinien im Bereich der Nicht-Gewaltdelikte und der Gewaltdelikte (natürlich auf entsprechend niedrigerem Niveau und bei deutlich geringeren Zuwachsraten) den von uns ermittelten Trends bei den Greifswalder Jugendlichen: Rückgang bei den einfachen und schweren Diebstahlsdelikten einerseits und stabile Gewaltopfer- und Gewalttäterraten bei einem Anstieg der einfachen Körperverletzungen und einem Rückgang bei den Raubdelikten zwischen 1997 und 2006. Im Wesentlichen trifft dies auch für die Usedomer Jugendlichen zu, allerdings mit einer demgegenüber abnehmenden Gewaltbelastung im Referenzzeitraum (s. o. Kapitel B.4).

Vor diesem Hintergrund bleiben allerdings die sehr hohen Steigerungsraten in der PKS im Bereich der uns hier interessierenden Jugendgewalt, die damit eine starke Zunahme derselben suggeriert, erklärungsbedürftig, zumal sich auf der Ebene der justiziellen Aufarbeitung gleichfalls eine diskrepante Entwicklung gegenüber den PKS-Daten darstellt (vgl. nachstehende Abbildung 1.3). Obgleich sich die Schere zwischen den TVBZ bei Jugendlichen und den entsprechenden Belastungszahlen bei den abgeurteilten und verurteilten Jugendlichen bei Gewaltdelikten seit Ende der 1980er Jahre zunehmend vergrößert, fällt die Entwicklung schon seit 1998 noch weiter auseinander, da die Belastungszahlen im Bereich der formellen strafrechtlichen Aufarbeitung der Jugendgewalt seit 1998, trotz eines weiteren Anstiegs der polizeilich erfassten Tatverdächtigen, auf einem konstant hohen Niveau verbleiben. Dies ist ein Hinweis darauf, dass im Bereich der Gewaltdelikte eine Zunahme der Registrierung minderschwerer Gewalttaten – insbesondere der einfachen Körperverletzungen – erfolgte, die auf der Ebene der Strafverfolgung offenbar vermehrt zu Einstellungsentscheidungen führten.



Abb. 1.3: Entwicklung der polizeilich registrierten jugendlichen und heranwachsenden Tatverdächtigen (TVBZ) und Verurteilten (VBZ) je 100.000 der Altersgruppe bei Gewaltkriminalität und einfacher Körperverletzung, 1987 bis 2006



Quellen: Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS): Daten bis 1990 alte Bundesländer und West-Berlin, 1991, 1992 alte Bundesländer und Gesamt-Berlin; ab 1993 Deutschland. Strafverfolgungsstatistik: Daten bis 1990 alte Bundesländer und West-Berlin, ab 1993 alte Bundesländer und Gesamt-Berlin (eigene Berechnungen).<sup>141</sup>

141 Für die Strafverfolgungsstatistik liegen keine flächendeckenden Angaben für Deutschland vor. In Sachsen-Anhalt wird die Strafverfolgungsstatistik nicht erhoben. In den anderen neuen Bundesländern wurde sie sukzessive eingeführt. Die Daten der Strafverfolgung aus Thüringen sowie Mecklenburg-Vorpommern liegen erstmals für die Jahre 1998 beziehungsweise 2001 vor. Aus diesem Grund sind die Verurteiltenbelastungszahlen (VBZ) nur für das frühere Bundesgebiet einschließlich Gesamt-Berlin in der Grafik dargestellt. An der im Text beschriebenen Struktur und Entwicklung bzgl. der sich öffnenden Schere zwischen Tatverdächtigen- und Abgeurteilten- sowie Verurteilten-Belastungszahlen ändert sich grundlegend nichts. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind die Abgeurteiltenbelastungszahlen nicht ausgewiesen. Da die Verurteilten eine Teilmenge der Abgeurteilten sind, verlaufen die entsprechenden Abgeurteiltenbelastungszahlen darüberliegend sehr ähnlich.

Ferner ist auch zu berücksichtigen, dass die Aufklärungsquote bzgl. aller Straftaten seit 1993 deutlich angestiegen ist, von 43,8% auf 55,4% im Jahr 2006 (vgl. auch Abbildung 1.1, bis 2005), was etwa einer Steigerung der polizeilich ermittelten Tatverdächtigen um ca. 26% in diesem Zeitraum entspricht. Auch bei der Gewaltkriminalität hat sich ein Anstieg der Aufklärungsquote um rd. 15% ergeben (1993: 65,4%, 2006: 75,4%), wobei diese in den neuen Bundesländern um ca. 4% über der Quote in den alten Bundesländern liegt (ABL: 1993 = 66,5%, 2005 = 74,5%, ca. +12%; NBL: 60%, 78,2%, ca. +30%). Bei der einfachen Körperverletzung stieg die Aufklärungsquote nur gering (1993 min.: 87,6%, 2004 max.: 90,9% +3,8%) und verläuft seit 1998 auf konstant hohem Niveau knapp über 90%. Bemerkenswert ist, dass Mecklenburg-Vorpommern mit die höchsten Aufklärungsquoten im Ländervergleich erreicht (2006: alle Straftaten, 60,4%), bei den gefährlichen und schweren Körperverletzungsdelikten mit 88,1% sogar die höchste (vgl. *PKS* 2006).

Obwohl eine altersspezifische Aufklärungsquote nicht berechenbar ist, ergibt sich dennoch aufgrund polizeilicher Erfahrungsberichte eine vergleichsweise überproportional höhere Aufklärungsquote in Fällen mit jüngeren beteiligten Tatverdächtigen (vgl. *Pfeiffer/Wetzels* 2006). D. h., allein durch die Steigerung der Aufklärungsquoten insbesondere im Bereich der Gewaltdelikte verschiebt sich ein relativ großer Anteil des Dunkelfeldes in das Hellfeld. Hinzu kommt eine größere Zahl von polizeilichen Registrierungen bei weniger gravierenden Gewaltdelikten. Auch wenn für die Insel Usedom bzw. den Landkreis Ostvorpommern ebenso wie für Greifswald keine entsprechenden Zahlen – geschweige denn lange Reihen – innerhalb der polizeilichen Kriminalstatistik Mecklenburg-Vorpommerns vorliegen, kann aufgrund der spärlichen Informationen hierzu auch für die Insel Usedom und Greifswald in langfristiger Perspektive von recht ähnlichen Verhältnissen in den Hauptdeliktsbereichen wie den zuvor geschilderten ausgegangen werden.<sup>142</sup>

Vor diesem Hintergrund haben wir die Daten der Greifswalder und Usedomer Jugendlichen daraufhin untersucht, inwieweit innerhalb der beschriebenen Entwicklung der Jugendgewalt eine Verschiebung in der Dunkelfeld-Hellfeld-Relation stattgefunden hat. Als Indikatoren hierfür haben wir die Anzeigebereitschaft auf der Basis von Jahresinzidenz-Angaben der Opfer einerseits und der letzten Opfererfahrung der Jugendlichen sowie die sich darauf beziehende Entwicklung der Schadensfälle und deren Folgen andererseits zwischen 1998 und 2006 in Greifswald sowie zwischen 2002 und 2006 auf der Insel Usedom näher betrachtet. Aus Vergleichsgründen haben wir wiederum die Ergebnisse der

---

142 Entsprechende Analysen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für Mecklenburg-Vorpommern insgesamt sowie für Greifswald und Ost-Vorpommern stehen bisher noch aus, da hierfür entsprechende Sonderauswertungen des Landeskriminalamtes Mecklenburg-Vorpommern erforderlich sind.

KFN-Schülerbefragungen 1998 und 2005 in anderen Städten und Landkreisen hinzugezogen (s. o. Kapitel A.4 und B.4, vgl. *Baier u. a.* 2006).

In Anbetracht verschiedener Befunde aus anderen Studien gehen wir davon aus, dass es in den vergangenen Jahren aufgrund einer in vielen gesellschaftlichen Bereichen immer wieder geführten (meist medial angeheizten) Diskussion über das Thema Jugendgewalt zu einer größeren Sensibilisierung gegenüber dem Thema gekommen ist. Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen, die früher als „normal“ galten, werden heute von den Jugendlichen selbst, den erziehenden Eltern, Lehrern und im Allgemeinen von Erwachsenen eher dem Bereich von Gewalterlebnissen zugeordnet. So zeigte sich beispielsweise in unserer Greifswalder Erhebung 1998, dass jugendliche Opfer von einfachen Körperverletzungen diesbezüglich eine durchschnittliche Viktimisierungs-Inzidenz von rd. zwei Opfererfahrungen/Jahr berichteten. Dieser Wert stieg im Jahr 2006 auf drei Opfererlebnisse, während dies für alle anderen erhobenen Gewaltviktimisierungen nicht zutrifft.

Im Sinne der Ausgangsthese einer gestiegenen Sensibilisierung gegenüber Gewalt müsste sich dementsprechend eine veränderte Auffassung in Richtung einer Ausweitung auf bagatelhafte Gewaltformen zunächst in einer gestiegenen Anzeigebereitschaft der jugendlichen Opfer niederschlagen (vgl. nachstehende Abbildung 1.4).

Der Vergleich der entsprechenden Anzeigequoten auf der Basis der Jahresinzidenz-Angaben zwischen der Erhebung 2002 und 2006 auf der Insel Usedom und zwischen 1998 und 2006 in Greifswald unter Einbeziehung der Befunde aus den KFN-Erhebungen bestätigt zunächst die Annahme einer erhöhten Gewaltsensibilisierung in grundsätzlicher Weise. Noch ausgeprägter als in den KFN-Erhebungen zeigt sich insbesondere bei den Jugendlichen auf der Insel Usedom und in Greifswald, die Opfer eines Gewaltdeliktes geworden waren, eine gestiegene Anzeigebereitschaft. Für alle erfassten Gewaltviktimisierungen zusammen genommen beträgt dieser Zuwachs auf der Insel Usedom sogar rd. 86% und in Greifswald rd. 21%.

Wir haben die Jugendlichen auch nach ihrem *letzten* Gewaltopfererlebnis (nicht nur im rückwärtigen Ein-Jahreszeitraum) befragt, um daran vertiefende Fragen zu den Umständen der Viktimisierung, der Örtlichkeit, der Tatzeit, den Tätern sowie den physischen und materiellen Folgen für das Opfer anzuschließen. Auch in dieser Betrachtung ergeben die Veränderungen in den Anzeigequoten hinsichtlich der durch die jüngste Gewaltviktimisierung betroffenen Jugendlichen im Vergleich mit den auf die Jahresprävalenzraten bezogenen Anzeigeraten und der Studien untereinander ein sehr übereinstimmendes Bild (vgl. nachstehende Abbildung 1.5).

Abb. 1.4: Entwicklung der Anzeigebereitschaft auf der Basis von Jahresinzidenz-Angaben der Gewaltopfer (in Klammer): Insel Usedom, Greifswald und KFN-Erhebungen im Vergleich

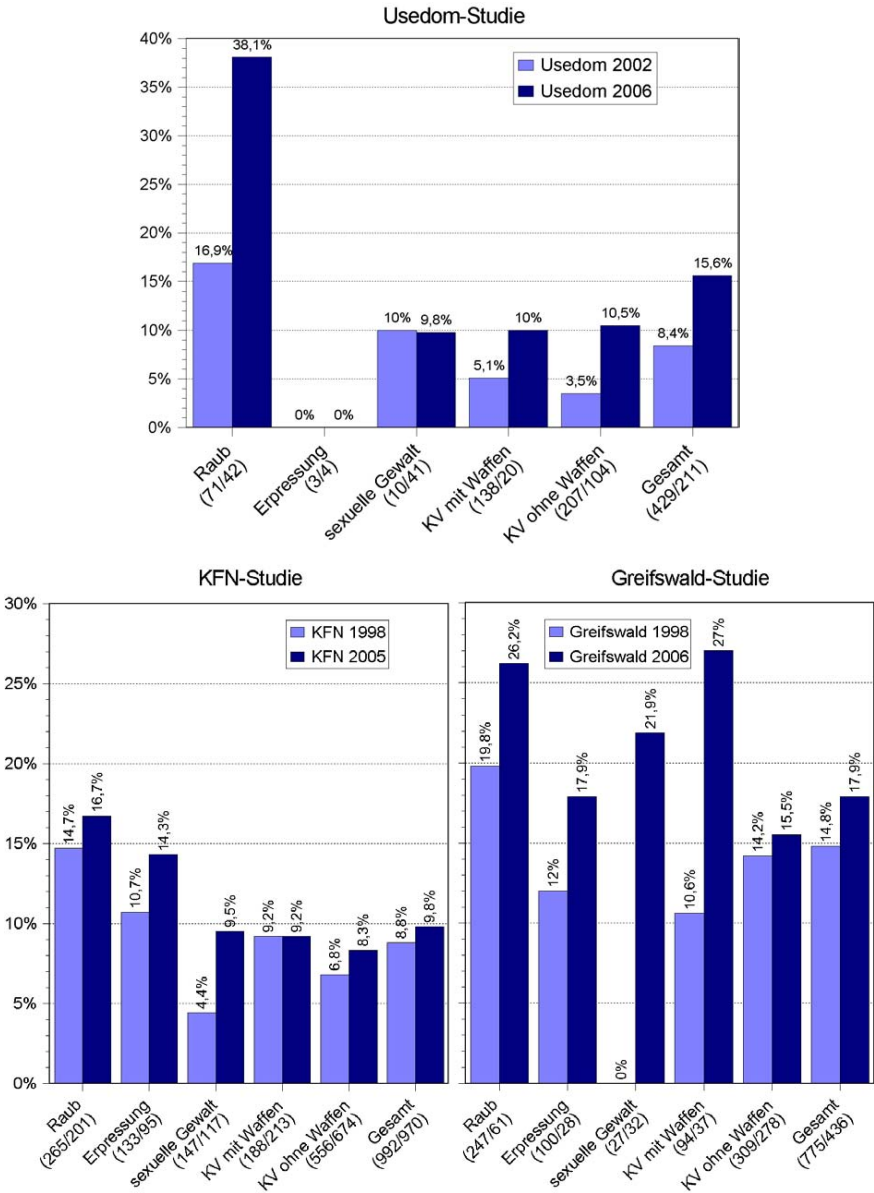
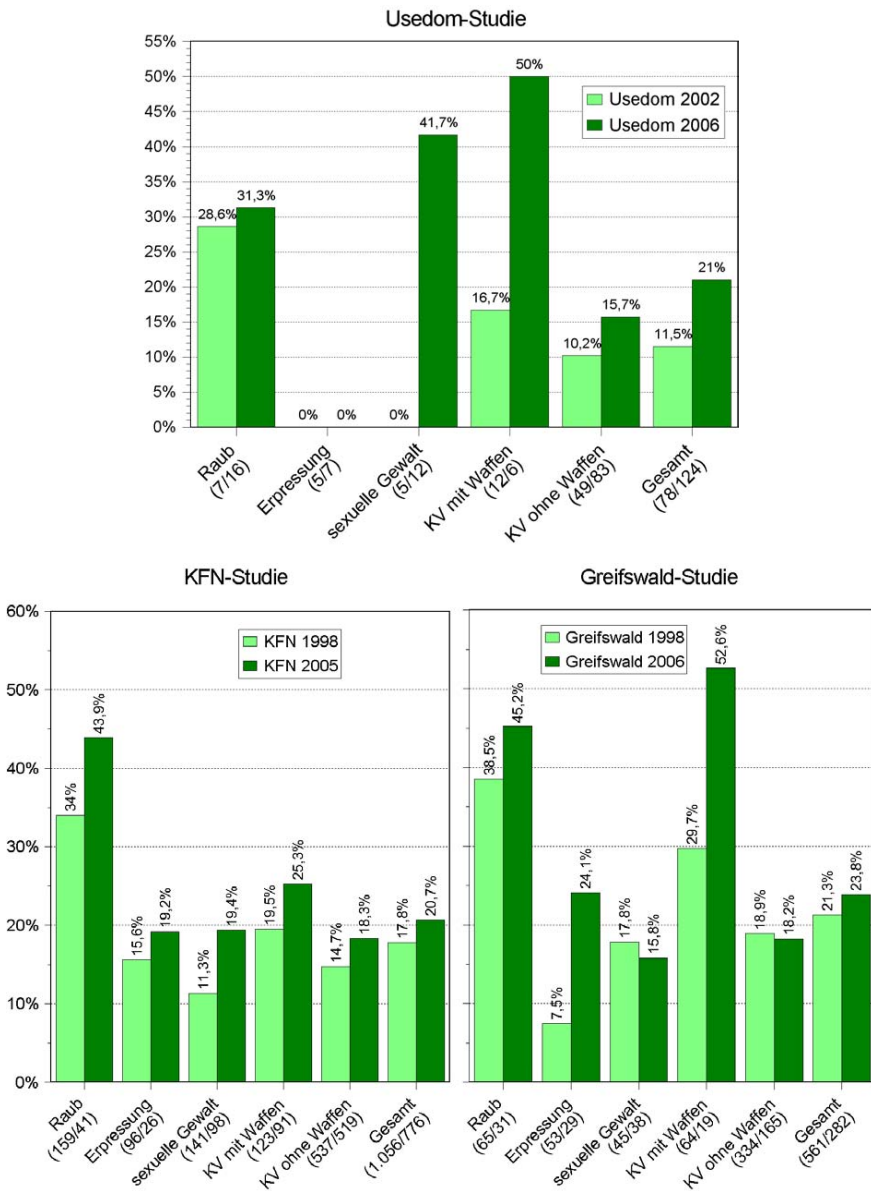


Abb. 1.5: Entwicklung der Anzeigebereitschaft auf der Basis der Angaben zur letzten Gewaltopfererfahrung: Insel Usedom, Greifswald und KFN-Erhebungen im Vergleich



Auch wenn die Fallzahlen für Usedom auf der Ebene der Einzeldelikte abgesehen von den einfachen Körperverletzungen relativ gering ausfallen, ergeben die Verhältnisse bei den Körperverletzungen und für alle Delikte zusammengenommen dennoch statistisch zuverlässig einen Anstieg der Anzeigequoten unter den jugendlichen Gewaltopfern. Für die zuletzt erlebten Gewaltviktimsierungen der Usedomer Jugendlichen ergibt sich nahezu eine Verdoppelung der Anzeigequote. In Greifswald fällt demgegenüber die Veränderung der Anzeigequote mit einer Zunahme von rd. 12% nicht so deutlich aus (KFN: +16,3%).

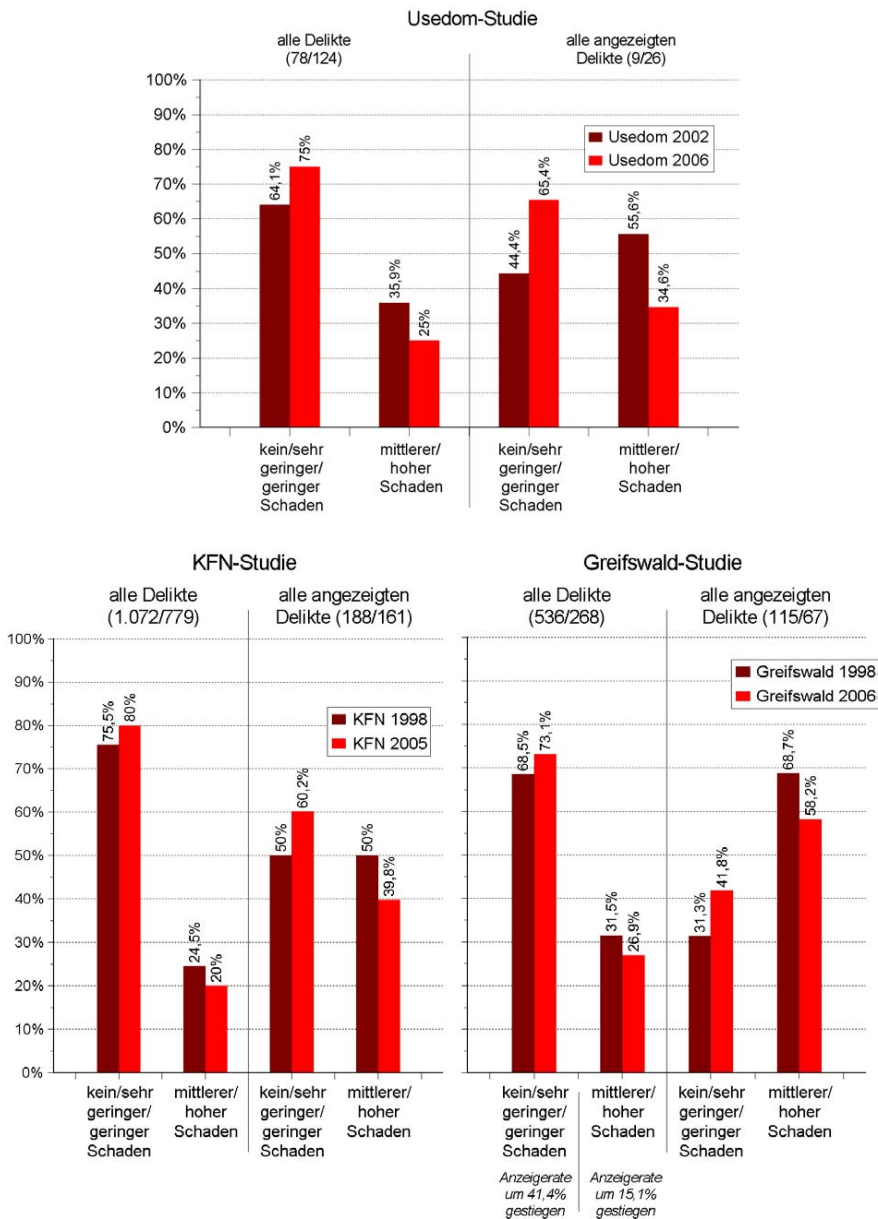
Interessant ist, dass sich auf der Insel Usedom auch die Anzeigequote bei den quantitativ bedeutsamen einfachen Körperverletzungen um etwa die Hälfte deutlich erhöht hat (von rd. 10% auf knapp 16%) – wie in den KFN-Daten auch, dort allerdings nicht so stark – während demgegenüber die Anzeigequote bei diesem Delikt in Greifswald unverändert niedrig liegt (rd. 18%). In allen Studien übereinstimmend ergeben sich besonders deutliche Zunahmen der Anzeigeraten bei den Körperverletzungen mit Waffenanwendung und dem Raub. Insgesamt gesehen bestätigt sich somit auch bzgl. der letzten Gewaltviktimsierung der Jugendlichen auf der Insel Usedom und in Greifswald die These einer gestiegenen Anzeigebereitschaft, die einen nicht unerheblichen Teil des Dunkelfelds in das Hellfeld verschiebt.

Im zweiten Teil der Gewalt-Sensibilisierungsthese wird darüber hinausgehend angenommen, dass diese Verschiebung in erster Linie auf minderschwere Formen der Gewaltanwendung zurückzuführen ist, mit dementsprechend geringeren *physischen* und *materiellen Folgen* für die Opfer. Diesbezüglich haben wir die Folgen entlang dieser beiden Dimensionen nach leichten und schweren Formen operationalisiert, so dass wir zwischen minderschweren und schwerwiegenden Gewaltdelikten unterscheiden können. Minderschwere Gewalt liegt nach dieser Kategorisierung dann vor, wenn der materielle Schaden maximal 50,- € betrug und/oder die Verletzung nicht so gravierend war und infolgedessen eine ärztliche Behandlung nicht notwendig wurde. Ein schwereres Gewaltdelikt liegt vor, wenn der materielle Schaden über 50,- € hinausgeht und/oder aufgrund der Verletzung mindestens eine ärztliche ambulante bzw. eine stationäre Behandlung erforderlich wurde. In Abbildung 1.6 sind die Ergebnisse dieser Schadensfall-Analysen in Beziehung zur Anzeigebereitschaft dargestellt. Wie aus der Grafik ersichtlich wird, hat sich – in allen Untersuchungen übereinstimmend – im jeweiligen Referenzzeitraum innerhalb der Schadensfälle tatsächlich eine Verschiebung von den schwereren hin zu den geringen Schadensfolgen ereignet. Diese Verschiebung fällt in der Usedom-Studie am größten aus.<sup>143</sup>

---

143 Die Anzeigerate bei schwereren Gewalt-Viktimsierungen liegt natürlich generell über derjenigen mit leichteren Folgen für die jugendlichen Opfer. Anzeigequoten für Usedom nach der Schadenshöhe 2002: kein oder geringer Schaden = 8% vs. höherer Schaden = 17,9%; Usedom 2006: 18,3% vs. 29%. Im Vergleich hierzu Greifswald 1998: 9,9% vs. 14%; Greifswald 2006: 47,1% vs. 54,2%.

Abb. 1.6: Entwicklung der Schadensfälle nach der Schadenshöhe und Anzeigebereitschaft auf der Basis der Angaben zur letzten Gewaltopfererfahrung: Insel Usedom, Greifswald und KFN-Erhebungen im Vergleich



Bzgl. aller Gewaltviktimsierungen hat sich der Anteil der leichten Schäden auf der Insel Usedom in der Erhebung 2006 gegenüber 2002 um rd. 11%-Punkte erhöht, was einer Zuwachsrate von +17% entspricht. In Greifswald beträgt diese Verschiebung rd. 5%-Punkte (Zuwachsrate: +6,7%), in den aggregierten KFN-Studien beträgt die Zuwachsrate rd. +6%.

Besonders ausgeprägt ist diese Verschiebung innerhalb der angezeigten Gewaltviktimsierungen. Auf der Insel Usedom ist der Anteil der angezeigten bagatellhaften Gewalterfahrungen im Jahr 2006 gegenüber 2002 um 21%-Punkte angestiegen, was einem Zuwachs von fast der Hälfte entspricht (+47%), während dementsprechend die angezeigten gravierenden Taten um den gleichen Anteil abgenommen haben. In Greifswald stieg der Anteil der angezeigten minderschweren Gewaltviktimsierungen im 8-Jahreszeitraum um rd. 11%-Punkte (+ 33,6%) und entspricht damit in der Prozentsatzdifferenz recht genau dem Resultat der aggregierten Daten mehrerer Städte der KFN-Erhebungen 1998 und 2005 (vgl. Abbildung 1.6, *Baier u. a.* 2006).

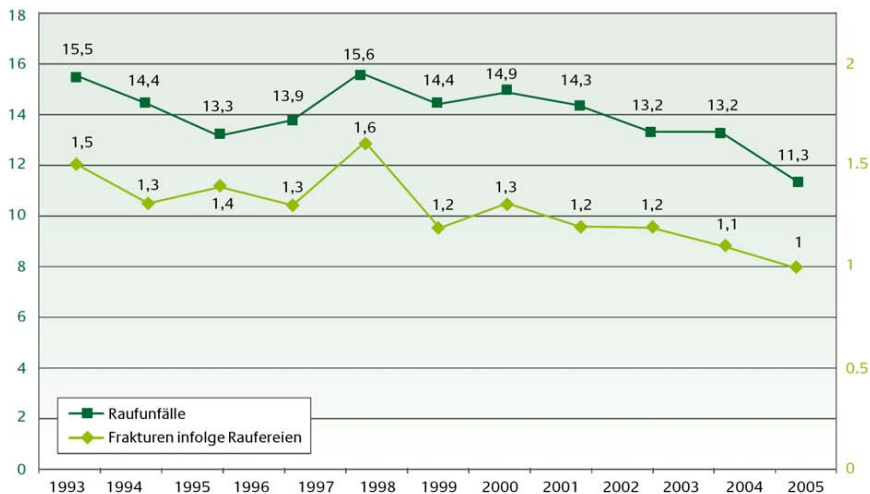
Auch wenn sich diese recht große Verschiebung zwischen den angezeigten schwereren und minderschweren Gewaltviktimsierungen der Jugendlichen auf der Insel Usedom auf der Basis von sehr geringen Fallzahlen ergibt, ist die Übereinstimmung der Studien-Befunde doch ein starker Beleg für die empirische Gültigkeit dieser Entwicklung.

Diese Entwicklung steht auch im Widerspruch zu der Annahme einer zunehmenden Brutalisierung der Gewaltdelinquenz junger Menschen. Diesbezüglich zeigen etwa Analysen des *Bundesverbandes der Unfallkassen* vom Mai 2005, dass die Zahl der gemeldeten Schadensfälle bei Gewaltvorkommnissen an Schulen (sogenannte „Raufunfälle“) seit 1999 kontinuierlich rückläufig sind (vgl. nachstehende Abbildung 1.7). Mit Blick auf die relativ „belastbaren“ Daten der Unfallkassen (bzgl. einer eventuell gegebenen Schadensersatzpflicht der Schulen) ergibt sich auch bei den Raufunfällen mit schwereren gesundheitlichen Folgen – gemessen an der Zahl der Frakturen – ein deutlicher Rückgang dieser gravierenderen Fälle im Referenzzeitraum. So hat sich der Anteil der Raufunfälle mit Frakturen an allen gemeldeten Raufunfällen von 10,3% im Jahr 1997 auf 8,8% im Jahr 2003 verringert (-14,6%, vgl. *BMI/BMJ: 2. Periodischer Sicherheitsbericht* 2006, S. 390).

Auch nach Schularten differenziert ergeben sich rückläufige Frakturenraten (vgl. Abbildung 1.8). Für die Hauptschulen mit den höchsten raufereibedingten Frakturenquoten ist ein rückläufiger Trend im Referenzzeitraum festzustellen. Für Sonderschulen gilt dies ab 2001. Bei den Realschulen sind die Frakturenquoten seit 1997 tendenziell abnehmend, an den Gymnasien und Grundschulen auf dem vergleichsweise niedrigsten Niveau nahezu konstant. Eine zunehmende Brutalisierung, insofern man diese auf die Frakturenquoten bezieht, ist demnach für keine der untersuchten Schularten erkennbar (vgl. *Bundesverband der Unfallkassen* 2005, S. 19).



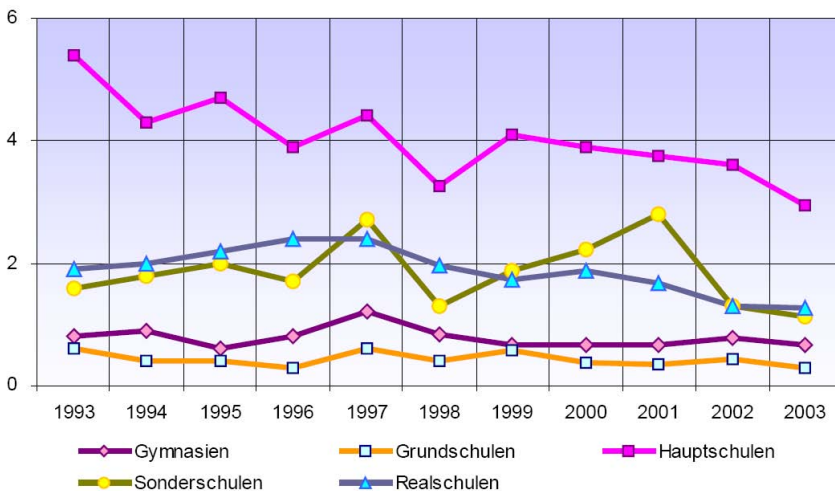
Abb. 1.7: Entwicklung der Raufunfälle und Frakturen infolge von Raufereien je 1.000 versicherte Schüler 1993-2005



Datenquelle: BUNDESVERBAND DER UNFALLKASSEN (Hg.), 2005.

Sekundärquelle: BMI/BMJ: 2. Periodischer Sicherheitsbericht 2006, S. 390.

Abb. 1.8: Entwicklung der Frakturen infolge von Raufereien je 1.000 versicherte Schüler nach Schulart 1993-2003



Quelle: Bundesverband der Unfallkassen 2005, S. 19.

Zusammenfassend ergibt sich in der Usedomer ebenso wie in der Greifswalder Studie der zentrale Befund, dass sich ein Wandel innerhalb der Bewertungen von Gewalt unter den befragten Jugendlichen vollzogen hat. Unsere Analysen des *Anzeigeverhaltens* und der physischen sowie materiellen *Opferfolgen* zeigen, dass sich vor allem im Bereich der minderschweren Gewaltviktimsierungen eine *veränderte Sensibilisierung* in der Bewertung der erlebten Viktimsierungen und deren Folgen ergeben hat, die sich in entsprechend höheren Anzeigeraten bei bagatellhaften Gewaltviktimsierungen niederschlägt. So ist der Anteil der angezeigten bagatellhaften Gewalterfahrungen auf der Insel Usedom im Jahr 2006 gegenüber 2002 um nahezu die Hälfte angestiegen (von 44,4% auf 65,4%: +47%), während sich demgegenüber der Anteil der angezeigten gravierenden Taten von 55,6% im Jahr 2002 auf 34,6% im Jahr 2006 verringert hat. Dieser Befund deckt sich mit den Greifswalder Ergebnissen (s. o.) und den Daten anderer Dunkelfeldstudien.<sup>144</sup>

D. h., einerseits ist Jugendgewalt heute sehr viel stärker durch bagatellhafte Gewaltformen gekennzeichnet und andererseits gelangt mehr dieser minderschweren Gewalt in das Hellfeld.<sup>145</sup> Mit einem Anteil von etwa drei Viertel stellen diese typischen Formen der Jugendgewalt innerhalb des Dunkelfeldes einen Großteil der Gewaltdelinquenz dar. Eine dementsprechend größere Aufhellung dieser leichten jugendtypischen Gewaltdelikte im Dunkelfeld ist damit für einen nicht unerheblichen Teil des Anstieges der Jugendgewalt in der polizeilichen Hellfeldstatistik mitursächlich. Darüber hinaus legen die Daten der Unfallversicherer – mit den Befunden der Dunkelfeldstudien weitgehend übereinstimmend – die Folgerung nahe, dass es in den vergangenen Jahren weder zu einem Anstieg noch zu einer Brutalisierung der Gewaltdelinquenz bei Jugendlichen – auch nicht auf der Insel Usedom und in der Hansestadt Greifswald – gekommen ist (vgl. *Bundesverband der Unfallkassen 2005; Baier u. a. 2006; Pfeiffer/Wetzels 2006*).<sup>146</sup>

---

144 vgl. *Oberwittler/Köllisch 2004; Fuchs u. a. 2005; Boers u. a. 2006; Baier u. a. 2006; 2006a; Pfeiffer/Wetzels 2006*; zusammenfassend *BMI/BMJ: 2. Periodischer Sicherheitsbericht 2006*, S. 399 ff.

145 Auf diese Umstände weist das Bundeskriminalamt in der PKS mittlerweile selbst hin: „Die schon seit langem festzustellende statistisch starke Zunahme bei Körperverletzung dürfte auf eine verbesserte Aufhellung des Dunkelfeldes, eine Intensivierung der polizeilichen Ermittlungstätigkeit und auf ein verändertes Anzeigeverhalten, zumal bei innerfamiliärer Gewalt und bei gewalttätigen Auseinandersetzungen unter Minderjährigen, zurückzuführen sein. Seit dem 01.04.1998 ist zudem keine Verweisung des Opfers auf den Privatklageweg mehr möglich“ (*PKS 2006*, S. 148).

146 Die Ergebnisse verdeutlichen wiederum den bekannten kriminologischen Befund, dass die Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik die Kriminalitätswirklichkeit nur unzureichend widerspiegeln. Einem Anstieg oder stabilen Entwicklungsdaten kann angesichts steigender Anzeigeraten – wie vorliegend der Fall – ein realer Rückgang der Jugendgewalt zugrunde liegen. Polizeiliche Registrierungen sind daher für die Kriminalitätsana-

Dementsprechend teilen wir die Folgerungen der Autoren des 2. Periodischen Sicherheitsberichtes: „Bei zusammenfassender Betrachtung von Hell- und Dunkelfeldbefunden lassen sich in der Summe keine Veränderungen der Kriminalität junger Menschen identifizieren, die aus wissenschaftlicher Sicht Anlass für eine Ausdehnung des strafrechtlichen Zugriffs oder Verschärfungen auf Ebene des jugendstrafrechtlichen Rechtsfolgensystems geben würden. Weder finden sich Zunahmen des Umfangs noch eine Erhöhung des durchschnittlichen Schweregrades. Nicht nur Umfang und Struktur der Delinquenz junger Menschen, sondern auch Befunde der empirischen Sanktionswirkungsforschung sprechen gegen solche Verschärfungen des Jugendstrafrechts in der gegenwärtigen Situation. Zahlreiche Studien zeigen weit überwiegend eher negative Auswirkungen formeller Sanktionierung auf eine spätere Legalbewährung. Strafschärfende Maßnahmen gehen mit einer nicht zu unterschätzenden Gefahr einer (nicht intendierten) justiziellen Förderung delinquenter Karrieren einher“ (*BMI/BMJ: 2. Periodischer Sicherheitsbericht 2006*, S. 401).

Allerdings bleibt auch der in unseren Erhebungen auf der Insel Usedom und in Greifswald festgestellte Befund einer über die Zeit recht stabilen kleinen Gruppe jugendlicher (überwiegend männliche) Gewalttäter, die gehäuft auffällig werden (s. o. Kapitel A.4 und B.4). Auf diese jungen Menschen sollte eine möglichst früh beginnende präventive Aufmerksamkeit in Verbindung mit einer adäquaten sozialpädagogischen und psychologischen Zuwendung gerichtet werden (vgl. Kapitel C.2).

## 2. Folgerungen für die Prävention

Im Hinblick auf die im Bericht dargestellten Ergebnisse der Analysen zur Jugendgewalt und damit korrespondierenden Einstellungen unter den Jugendlichen in der Hansestadt Greifswald (1998, 2002, 2006) und auf der Insel Usedom (2002, 2006) ergeben sich ungeachtet der noch ausstehenden vertiefenden Analysen einige spezifische Aspekte und Anknüpfungspunkte für die weitere Orientierung bzw. Ergänzung der kommunalen und schulischen Präventionsarbeit. Unsere Untersuchungsergebnisse zeigen hinsichtlich der teilweise positiven Veränderungen, aber insbesondere auch hinsichtlich der nach wie vor bestehenden besonderen Problemlagen, dass den präventiven Bemühungen eine wichtige Bedeutung in der schulischen und kommunalen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (aber auch mit Familien) zukommt.

Insbesondere ergeben sich bzgl. des Ausmaßes und der Verbreitung von fremdenfeindlichen und rechtsextremen Orientierungen sowie den zum Teil problematischen Einstellungen gegenüber dem Nachbarland Polen gewichtige präventive Themenstellungen, die in langfristiger Perspektive und unter weiter anhaltendem Druck von ungünstigen sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen eine permanente Herausforderung und schwierige Aufgabenstellung für die Präventionsarbeit auf der Insel Usedom, aber auch in Greifswald darstellen. Die nachfolgenden Ausführungen zu Möglichkeiten der Prävention und Intervention sind von allgemeiner Art und beschreiben weniger konkrete Einzelprojekte, Programme und Maßnahmen als vielmehr strategische Orientierungen, Konzeptionen und mögliche Schwerpunktsetzungen der kommunalen und schulischen Präventions- und Interventionsarbeit. In dieser Hinsicht sind wir der Auffassung, dass – bei sehr ähnlichen Problemkonstellationen der Jugendlichen auf der Insel Usedom und in Greifswald – die nachfolgenden Ausführungen für die Verhältnisse in beiden Regionen von Bedeutung sind.

Wir gehen von der Grundannahme aus, dass Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen zugleich in einem sehr allgemeinen Sinne auch Extremismusprävention ist. Aus unserer Sicht sind für eine erfolversprechende kommunale Präventionsarbeit zunächst die folgenden *allgemeinen Grundsätze* besonders relevant und leitend.<sup>147</sup>

---

147 Einen sehr guten, unsere Empfehlungen ergänzenden Überblick hierzu findet sich auch in einer aktuellen vom *Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen* in Zusammenarbeit mit der *Zentralen Geschäftsstelle Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes e. V.* erstellten Broschüre: „Gewalterfahrungen von Kindern und Jugendlichen. Ergebnisse von Schülerbefragungen im Jahr 2005 und Möglichkeiten erfolgversprechender Prävention. Eine Handreichung für Kommunalverantwortliche, Schule und Polizei“ (Schindler/Baier 2008). Ebenfalls empfehlenswert eine Expertise für die *Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention* (DKF) zu „Gelingensbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugendalter“ (Scheithauer/Rosenbach/Niebank 2008).

## 2.1 Allgemeine Grundsätze

- Prävention muss an den (unterschiedlichen) Lebensbedingungen und Entwicklungsphasen von Kindern und Jugendlichen anknüpfen und damit in *verschiedenen Sozialisations- bzw. Handlungsfeldern* ansetzen („Mehrebenen“-Strategie).<sup>148</sup>

Gewaltbereitschaft und die Äußerung von menschenverachtenden Einstellungen sind keine in der Adoleszenz spontan auftretenden Phänomene – auch wenn deren Manifestationen bei Jugendlichen – meist in Verbindung mit der Pubertät – besonders augenscheinlich hervortreten. Entsprechende Verhaltensweisen und Einstellungen besitzen einen längeren biografischen Entwicklungspfad, dessen negative Folgeerscheinungen (Stichwort: Jugendgewalt, Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus) in dem Maße wahrscheinlicher werden wie Kinder und Jugendliche in verschiedenen Sozialisationsfeldern (Familie, Wohnumfeld, Schule, Peers, Freizeit) besonders belastenden Umständen und Erfahrungen (i. d. R. über einen längeren Zeitraum und sich wechselseitig verstärkend) ausgesetzt sind. Die Bedeutung der verschiedenen Sozialisationsfelder und deren Einfluss verändern sich im Lebenslauf.<sup>149</sup> Im Säuglingsalter und der frühen Kindheit ist zunächst die Familie als zentrale Sozialisationsinstanz von entscheidender Bedeutung für die persönliche Entwicklung des Kindes. Auch im Grundschulalter besitzt die Familie einen herausragenden Einfluss, der aber bereits mehr und mehr durch den Einfluss der Gleichaltrigengruppe und der Schule relativiert und ergänzt wird. Im Jugendalter bis zum Ende der Schulzeit sind vor allem der „Lebensraum“ Schule und die Gleichaltrigengruppe in enger Verbindung mit den sozial-räumlichen Strukturen und Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und des Konsums von überwiegendem Einfluss. Eine erfolversprechende Gewalt- und Extremismusprävention darf sich daher nicht nur auf Jugendliche beschränken, sondern muss in mehreren Sozialisationsfeldern ansetzen und beispielsweise die Eltern, den Kindergarten und die Schule mit einbeziehen.

- Nach dem Erkenntnisstand der Psychologie, Pädagogik und der Kriminologie ist bei auftretenden problematischen Verhaltensweisen eine *frühzeitige Intervention* am wirksamsten.

---

148 Schindler/Baier 2008, S. 26, vgl. auch Scheithauer/Rosenbach/Niebank 2008, S. 66 ff., ferner u. a. Wahl 2003; Lösel/Bender 2003; Lösel/Bliesener 2003; Beelmann/Raabe 2007.

149 Vgl. hierzu etwa das „bio-psycho-soziale Entwicklungsmodell dissozialen Verhaltens“ von Beelmann/Raabe 2007, S. 111 (modifiziert nach Lösel/Bender 2003 und Beelmann 2000) in dem anschaulich die Belastungsfaktoren und Wechselwirkungen in Form eines kumulativen Entwicklungs- und Kettenreaktionsmodells im Lebensverlauf dargestellt werden.

Hier gilt der Grundsatz, dass gewalttätigem Handeln und damit verbundenen problematischen Einstellungen umso wirksamer begegnet werden kann, je jünger die Personen sind, an die sich die Präventionsbemühungen richten. Grundlegende Entwicklungsprozesse finden in den ersten Lebensjahren des Kindes statt. In dieser wichtigen Phase bilden sich neben elementaren Denk- und Problemlösungsfähigkeiten insbesondere auch emotionale und soziale Kompetenzen heraus, die bei einer gelingenden Sozialisation und Persönlichkeitsentwicklung einen protektiven Faktor gegenüber Gewalt und Extremismus darstellen. Auf der anderen Seite ist in diesen frühen Lebensjahren die psychische und physische Vulnerabilität der Kinder entwicklungsbedingt besonders hoch. So ist etwa aufgrund prekärer Lebenslagen der Familien und anderer belastender Umstände (Armut, Krankheit, schlechte Wohnverhältnisse, soziale Ausgrenzung usw.) die Wahrscheinlichkeit der Kindeswohlgefährdung erhöht (Vernachlässigung, Verwahrlosung oder Gewaltviktimisierungen durch die Eltern). Dementsprechend ist in mehrfacher Hinsicht eine frühe Intervention, Hilfestellung und Förderung bei Kindern vor allem aus besonders stark belasteten Familien außerordentlich wichtig und angeraten. Präventive Maßnahmen in späteren Lebensphasen sind per se nicht unwirksam. Aber bei längerfristig bestehenden Gefährdungslagen wächst das Risiko einer zunehmenden Verfestigung und Ausweitung problematischer Einstellungs- und Handlungsweisen bei jungen Menschen. Dies gestaltet eine wirksame Prävention besonders schwierig, weil der erforderliche Aufwand der Präventionsbemühungen zunimmt und damit auch die Gefahr des Scheiterns tendenziell wächst.

- Nach Maßgabe einer „Mehrebenen-Strategie“ ist für eine erfolgreiche kommunale Präventionsarbeit eine *Vernetzung der Akteure bzw. Institutionen* hinsichtlich ihrer jeweiligen Kompetenzen und Einflussmöglichkeiten unabdingbar.

„Dabei müssen die Projektziele von allen Beteiligten mitgetragen und die Maßnahmen der einzelnen Akteure aufeinander abgestimmt sein. Eine Vernetzung ist vor allem auch dort erforderlich, wo es zu einer „Übergabe“ bei der Betreuung der Zielgruppe kommt, z. B. beim Übergang vom Kindergarten zur Grundschule oder von der Grundschule zur weiterführenden Schule. Dabei ist die enge Zusammenarbeit von Kindergarten, Schule und Jugendhilfe auf örtlicher Ebene für eine kontinuierliche und problemorientierte Präventionsarbeit unerlässlich. Als sehr hilfreich hat sich der persönliche Kontakt zwischen den Beteiligten erwiesen. Ganz entscheidend kann auch die Einbindung der Jugendlichen sein, weil deren Engagement und der beträchtliche Einfluss, den Gleichaltrige haben, wesentlich zur Akzeptanz und zum Erfolg der Präventionsmaßnahmen bei Jugendlichen beitragen“ (*Schindler/Baier* 2008, S. 26).

Aus unserer Sicht ist hierzu ergänzend notwendig, dass eine kommunale Präventionsarbeit dann besonders erfolgreich umgesetzt werden kann, wenn diese von höchster Stelle (Bürgermeister und Dezernatsleiter) *aktiv* unterstützt und mitgetragen wird. Als besonders sinnvoll erweist sich diesbezüglich eine dauerhaft – entsprechend hoch angesiedelte – und kompetent besetzte Koordinierungs- und Netzwerkstelle für die kommunale Präventionsarbeit, die übergreifend die Vernetzung der Akteure und Institutionen befördert, mit diesen längerfristig präventive Konzeptionen erarbeitet, die Umsetzung der Initiativen und Maßnahmen begleitet, bei auftretenden Schwierigkeiten helfend interveniert und für die Nachhaltigkeit von Präventionsmaßnahmen mit Sorge trägt.

- Daran anknüpfend benötigt eine wirksame kommunale Präventionsarbeit eine *längerfristige Ausrichtung* der Präventionsziele und sollte auf eine *Nachhaltigkeit* der Präventionsmaßnahmen abstellen. Nach aller Erfahrung sind kurzfristig angelegte Präventionsprojekte oder einmalige Aktionen wirkungslos. Verhaltensänderungen herbeizuführen, Gewaltneigungen abzubauen und sozial adäquate Handlungsmuster zu entwickeln sind langwierige Prozesse. Sie erfordern u. a. eine Auseinandersetzung mit der eigenen Person, Veränderungen im Bewusstsein sowie das Einüben neuer Verhaltensweisen. Solche Entwicklungsprozesse benötigen viel Zeit und „müssen in der Regel von kompetenter Seite begleitet und unterstützt werden, wenn sie nicht nur kurzfristig Bestand haben, sondern mehr oder weniger dauerhafte Wirkungen (Nachhaltigkeit) erzielen sollen. Präventionsziele und -maßnahmen sind deshalb auf längere Sicht hin anzulegen“ (Schindler/Baier 2008, S. 27).
- Hinsichtlich der Zielgruppen sind die *Opfer stärker zu berücksichtigen*. Oftmals sind Maßnahmen der Gewaltprävention nur auf die Täter bezogen und berücksichtigen die Seite der Opfer zu wenig. Wie unsere Ergebnisse und die vieler anderer Studien zeigen, gibt es in der Mehrzahl der Fälle nicht zwei klar voneinander abgrenzbare Gruppen von Gewalttätern und Gewaltopfern. Insbesondere bei Jugendlichen sind in verschiedenen Situationen die Gewalterfahrungen und der Status als Täter oder Opfer häufig wechselnd. „Wenn sie wiederholt Opfer von Gewalt werden, resultiert dies häufig aus gewalthaltigen sozialen Beziehungen oder einem bestimmten Lebensstil. Durch eine Präventionsarbeit, die gezielt an den Risikofaktoren der Mehrfachopfer ansetzt, können die gefährdeten jungen Menschen nicht nur vor weiteren Angriffen und daraus entstehenden Belastungen geschützt werden. Vielmehr wird auch einem ‚Kreislauf der Gewalt‘ entgegengewirkt, wonach die Gewaltopfer von heute vielfach die Gewalttäter von morgen werden“ (Schindler/Baier 2008, S. 28).

Präventionsprojekte und Hilfeangebote für jugendliche Gewaltopfer sind häufig mit der Schwierigkeit des Zugangs konfrontiert, weil vor allem bei männlichen Jugendlichen der Gewaltopferstatus ein sehr negatives Image besitzt. Dieses erschwert den Jugendlichen, Hilfe von außen zu suchen und anzunehmen. Um die Betroffenen zu erreichen sind daher niedrigschwellige Angebote besonders geeignet, die die vorhandenen „Schambarrieren“ überwinden helfen können.

- Wirksame Maßnahmen der Gewalt- und Extremismusprävention müssen ferner die besonderen Erfahrungen und kulturellen Vorstellungen der jungen Menschen berücksichtigen, d. h. an welchen subkulturellen und sozialen Normen sich das eigene Verhalten und die Verhaltenserwartungen der anderen orientieren. Insbesondere Gewaltbereitschaft und Gewaltanwendung weisen diesbezüglich eine besondere Geschlechterdifferenz auf, die einen *geschlechtsspezifischen Zugang* und eine darauf bezogene stärkere Orientierung der Präventionsprojekte erforderlich machen.  
„Es zeigt sich die Notwendigkeit, Problemlagen gefährdeter und delinquenten junger Frauen und Männer geschlechtsspezifisch zu betrachten, um dem Einfluss kultureller Vorstellungen von ‚Männlichkeit‘ und ‚Weiblichkeit‘ auf die Begehung von Gewalttaten gerecht zu werden. Vorstellungen von ‚Männlichkeit‘ und ‚Weiblichkeit‘ gehören dabei nicht naturwüchsig zu den zwei Geschlechtern, sondern können von beiden Geschlechtern in unterschiedlicher Ausprägung und Intensität angeeignet werden. So kann es Teil eines geschlechtsspezifisch orientierten Trainings sein, z. B. manche ‚männliche‘ Verhaltensweisen abzulegen und manche ‚weibliche‘ zu erwerben. Bei Jungen kann z. B. die Entdeckung und das Erleben fürsorglicher Seiten, die Stärkung der Perspektivenübernahme oder die Stärkung körperlicher und nichtkörperlicher Ausdrucksformen von positiven ‚männlichen‘ Verhaltensweisen (z. B. ‚Ritterlichkeit‘, Fairness) in den Vordergrund rücken. Am besten erreichbar sind Jungen, die zu Gewalt neigen, in der Regel über körperbetonte Ansätze (z. B. sport- und erlebnispädagogische Ansätze)“ (*Schindler/Baier 2008, S. 28*).

Nach diesen vorangestellten allgemeinen Grundprinzipien einer aussichtsreichen (kommunalen) Präventionsarbeit, möchten wir im Folgenden für die verschiedenen Sozialisations- und Handlungsfelder im biografischen Entwicklungsverlauf präventive Interventionsstrategien und Konzepte darstellen und begründen. Ferner möchten wir auf einige besonders geeignete Projekte und Programme hinweisen, die wir in den jeweiligen Handlungsfeldern als Anregungen für die kommunale Präventionsarbeit auf der Insel Usedom und in der Hansestadt Greifswald verstehen.



## 2.2 Die Bedeutung von Frühprävention und -intervention

So verweisen unsere Befunde einer über die Zeit relativ stabilen Anzahl von Gewalttättern aber auch -opfern unter den Usedomer und Greifswalder Jugendlichen, die bereits auch häufiger innerfamiliäre Gewaltviktimisierungen in der Kindheit erlebten, auf eine besondere Gruppe Jugendlicher, die auch aufgrund ihrer (in der Adoleszenz) höheren Anfälligkeit für fremdenfeindliche und rechts-extreme Rationalisierungen hinsichtlich der biographischen Entwicklungspfade von Aggression und Delinquenz eine sehr *früh beginnende Prävention und Intervention erforderlich* machen. Unter dieser entwicklungspsychologischen Perspektive sollten präventive Konzepte „auf die *differenzierten Ausgangspunkte und Bedingungen* der Aggressionsgenese und -förderung eingehen und bereits in der *Kindheit* beginnen“ (Wahl 2003, S. 266).

Den Untersuchungen und Folgerungen Wahl's folgend, der insbesondere die Rolle der *emotionalen Sozialisation* betont (aber auch in Übereinstimmung mit Ergebnissen und Empfehlungen vieler anderer Studien),<sup>150</sup> stellen diesbezüglich frühe Präventions- und Interventionsmaßnahmen, die sich auf die Behandlung aggressionsförderlicher Faktoren beziehen, „gleichzeitig eine Art *Breitbandantibiotikum* gegen verschiedene spätere Auffälligkeiten und Delinquenztypen dar: gegen Gewalttätigkeit im allgemeinen wie gegen fremdenfeindliche und rechts-extremistische Gewalt im besonderen“ (Wahl 2003, S. 266). Ein Ansetzen an den grundlegenden emotionalen Bedingungen frühkindlicher und kindlicher Sozialisation, die auf eine Förderung von prosozialer Emotionalität gerichtet ist und die Entwicklung von sozialer Empathiefähigkeit, sozialer Offenheit, Neugier, des Gerechtigkeitsgefühls, von Altruismus, Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit, eines angemessenen Selbstwertgefühls usw. unterstützt, ist in vielfacher Hinsicht ein protektiver Faktor, der auch die Resilienz von Kindern und Jugendlichen steigert. Jugendliche mit entwickelten sozialen und emotionalen Kompetenzen verhalten sich nicht nur weniger dominant-aggressiv und deviant, sondern sie zeigen auch eine deutlich geringere Anfälligkeit für die Übernahme von menschenverachtenden rassistischen und totalitär-autoritären Einstellungen.

## 2.3 Familienorientierte Präventionsmaßnahmen

Unter dieser „Bottom-up“-Perspektive sind zunächst Strategien der Gewaltprävention im *Bereich der Familie* zu nennen, die sich auf das Kindeswohl und die Kindeswohlgefährdung beziehen. An dieser Stelle können wir allerdings nicht den gesamten Bereich der Kinder- und Jugendhilfe mit einer vielfältigen Praxislandschaft von Maßnahmen und Hilfen der öffentlichen und freien Träger

---

150 Vgl. etwa Beelmann/Raabe 2007; Gollwitzer u. a. 2007; Pfeiffer/Windzio/Baier 2006; Baier u. a. 2006 oder Lösel/Bliesener 2003.

sowie deren gesetzlichen Rahmenbestimmungen (insbesondere der *Hilfen zur Erziehung* nach §§ 27 ff. SGB VIII und insbesondere die *Sozialpädagogische Familienhilfe* nach § 31 SGB VIII) darstellen. Eine wissenschaftlich begleitete Bestandsaufnahme in Verbindung mit einer Praxis- und Bedarfsanalyse der Kinder und Jugendhilfe in den Kommunen der Insel Usedom bzw. in der Hansestadt Greifswald etwa auf Grundlage einer fundierten sozialräumlich differenzierten *familienanalytischen Studie* wäre sicherlich ein lohnendes Unterfangen.

Im Rahmen der Themenstellung und Ergebnisse der vorliegenden Studie können wir allerdings Problemlagen von Jugendlichen bzw. Kindern identifizieren und aus dieser Perspektive – mit aller gebotenen Vorsicht – einige Anhaltspunkte und Anregungen für präventive Überlegungen und Möglichkeiten in den jeweiligen Handlungsfeldern angeben.<sup>151</sup>

Im Bereich der *familiären Kinderbetreuung und -erziehung* kritisieren etwa nicht nur die Kinderschutz-Zentren, dass in der öffentlichen Debatte nur ungenügend beachtet wird, wie massiv Familien psychosozial belastet sind, in denen das Kindeswohl gefährdet ist und diesbezüglich kurzfristige und punktuelle Hilfen nicht ausreichen. „Psychosozial hoch belastete Familien benötigen *längerfristige, kontinuierliche Begleitung*, die unter Berücksichtigung der jeweils aktuellen Bedarfs- und Ressourcenlage positive Entwicklungs-

---

151 Eine systematische und differenzierte Gesamtdarstellung zum Thema findet sich im „Zwölften Kinder und Jugendbericht - Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder und Jugendhilfe in Deutschland“ (vgl. *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* 2005). In diesem Zusammenhang weist etwa *Wahl* (2003; 2006) auf die „*kategoriale Differenz*“ zwischen den Ebenen der Forschung und der Praxis hin, die häufig von der Politik, der Öffentlichkeit aber auch der Praxis nicht zureichend wahrgenommen wird: „Die Tatsache, dass das *Wissen* um die *Grundzüge der Entstehung eines Problems* noch nicht automatisch heißt, auch präzise Prozesse zu seiner Lösung aus dem Hut zaubern zu können. Ein Krebsforscher muss kein Krebschirurg sein, ein Erdbebenforscher kein Architekt für erdbebensichere Häuser. Von Sozialwissenschaftlern und psychologischen Forschern werden dagegen meist Praxisrezepte gleichsam als unmittelbare Gratisbeigabe ihrer Untersuchungen erwartet. Aber, wie gesagt, die Entstehung komplexer Phänomene wie Aggression und Fremdenfeindlichkeit kann nur in *langwieriger interdisziplinärer (biopsychosoziologischer und tiefensoziologischer) Grundlagenforschung* aufgeklärt werden. Therapien und Maßnahmen lassen sich daraus nicht einfach deduzieren. Als *notwendiges Bindeglied* zwischen *Grundlagenforschung* und *Praxisanwendung* ist *Transformationsforschung* nötig“ (*Wahl* 2003, S. 264). Aus der Kritik an einem anlassbezogenen, öffentlich wirksamen, kurzfristigen Aktionismus und einem Gießkannenprinzip ist unter der Berücksichtigung der jeweils aufeinanderbezogenen Kompetenzfelder durchaus eine nützliche und nachhaltige Perspektive möglich: „Dagegen haben Wissenschaftler, Pädagogen, Sozialarbeiter und andere Praktiker der Jugendhilfe durchaus weiterführende Hypothesen und Ideen, aus denen heraus mit ausreichend langer wissenschaftlicher Begleitung wirksame Maßnahmen entwickelt werden könnten – sogar vielleicht mit langfristigerem Spareffekt bei den teuren Folgekosten von Kriminalität“ (*Wahl* 2003, S. 265).

prozesse fördert und stabilisiert (...). Dabei erscheint eine reine Krisenorientierung bei der Begleitung nicht ausreichend aufgrund der eingeschränkten Fähigkeit der Eltern, Krisen sowie das Ausmaß von Krisen entsprechend einzuschätzen“ (Galm u. a. 2007, S. 50). Da bereits häufig Säuglinge und Kleinkinder von Geburt an vernachlässigt oder misshandelt werden, gilt es daher, die Früherkennung und frühe Hilfen auszubauen. „Für die Zusammenarbeit mit psychosozial hoch belasteten Familien eignen sich *aufsuchende, sozialraumorientierte Hilfeformen* (vgl. Schefold 2004), vor allem wenn diese Bestandteil eines *mehrdimensionalen, passgenauen, flexiblen und gut koordinierten Hilfearrangements* sind“ (Galm u. a. 2007, S. 50). Solche kontinuierlichen Hilfen sollten neben einer Förderung der positiven Eltern-Kind-Interaktionen und der elterlichen Fürsorge- und Erziehungsfähigkeit als zentrale Bestandteile auch die alltagspraktische Unterstützung der Erziehenden beinhalten (vgl. Galm u. a. 2007, S. 31 ff.). Im Hinblick auf diese schwierige Aufgabenstellung wird aber auch darauf hingewiesen, dass für eine nachhaltige Erreichbarkeit dieser belasteten Familien eine „hohe Fachlichkeit“ der betreuenden Personen eine grundlegende Voraussetzung darstellt und dass für eine längerfristige intensive Begleitung entsprechende personelle, zeitliche und damit auch finanzielle Ressourcen notwendig sind (vgl. zusammenfassend Galm u. a. 2007).

Unter der zuvor begründeten Annahme einer möglichst frühzeitigen Prävention von Gewalt, Fremdenfeindlichkeit, Autoritarismus und den genannten Anforderungen wären beispielsweise im Bereich der familiären Frühprävention Programme zu nennen, die noch früher, bereits in der pränatalen Phase ansetzen und Erstgebärende aus psychosozial stark belasteten Hochrisiko-Milieus hinsichtlich einer gesunden Lebensführung und einer positiv zugewandten Geburtsvorbereitung während der Schwangerschaft intensiv begleiten. Über die Geburt hinausgehend werden die Mütter bzw. Eltern des Kindes in verschiedenen aufeinander folgenden Phasen bis zum dritten Lebensjahr des Kindes bzw. bis zum Übergang in eine Kindertagesstätte weiter betreut und unterstützt.

In den USA wird ein solches Programm seit mehr als 25 Jahren hinsichtlich der Minderung von Dissozialität und Devianz der Kinder, aber auch der sozialen Integration der Eltern sehr erfolgreich praktiziert (vgl. zum „*Nurse-Family-Partnership Program*“, NFP, Olds u. a. 1998). Ein auf deutsche Verhältnisse übertragenes Programm wird in einem vom KFN und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (von der Leyen) initiierten Modellversuch durch die *Stiftung Pro Kind* seit November 2006 in fünf niedersächsischen Kommunen (Wolfsburg, Braunschweig, Stadt und Landkreis Celle, Göttingen und Hannover) und seit Mitte 2006 im Bundesland Bremen erprobt und wissenschaftlich evaluiert (vgl. Pfeiffer u. a. 2005; Baier 2006).<sup>152</sup>

---

152 Als zentrale Zielstellungen werden genannt: „Das Programm dient auf der Ebene des Kindes der Förderung der emotionalen, kognitiven und sozialen Entwicklung sowie der

Dieser vielleicht zunächst etwas befremdend anmutende Vorschlag hätte u. E. in der Hansestadt Greifswald – aber auch in der Region Vorpommern – durchaus gute Realisierungschancen, da hier neben der Psychologie, der Erziehungswissenschaft und der Kriminologie insbesondere mit der Medizinischen Fakultät und ihrem Schwerpunktbereich der „*Community Medicine*“ als einer bevölkerungsbezogenen medizinischen Wissenschaft mit starkem Praxisbezug, in deren Zentrum die Analyse, Intervention und Evaluation auf der regionalen Bevölkerungsebene steht, günstige Voraussetzungen vorhanden wären.<sup>153</sup>

Im Bereich der Frühprävention und -intervention möchten wir noch auf das aktuelle Aktionsprogramm „*Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme*“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hinweisen. Im Rahmen dieses Programms wurde in gemeinsamer Trägerschaft durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und das Deutsche Jugendinstitut (DJI) das multiprofessionelle „Nationale Zentrum Frühe Hilfen“ eingerichtet, das seit März 2007 die Arbeit aufgenommen hat (vgl. [www.fruehehilfen.de](http://www.fruehehilfen.de)). Das Zentrum unterstützt die Praxis dabei, Risiken früher und effektiver zu erkennen und adäquate Hilfen bereitzustellen.<sup>154</sup>

---

Prävention von Vernachlässigung, Misshandlung und Missbrauch, indem es die Eltern zu den primären Adressaten der Intervention macht: Gesundheitsbezogenes Verhalten wird bereits während der Schwangerschaft gefördert und die Bindung zum Kind wird über die Stärkung der elterlichen intuitiven Erziehungskompetenzen verbessert. Auf der Ebene der Mutter bzw. der Eltern wird auf den Auf- bzw. Ausbau der formellen und informellen Netzwerke hingewirkt. Darüber hinaus zielt das Projekt langfristig auch darauf ab, den Familien ökonomische Eigenständigkeit und damit Unabhängigkeit von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe zu ermöglichen, womit sich die Hoffnung verbindet, staatliche Unterstützungskosten reduzieren zu können“ (vgl.: [http://www.kfn.de/Forschungsbereiche\\_und\\_Projekte/Kriminalpraevention/Pro\\_Kind.htm](http://www.kfn.de/Forschungsbereiche_und_Projekte/Kriminalpraevention/Pro_Kind.htm)). Zur praktischen Umsetzung des Programms auch: <http://www.stiftung-pro-kind.de>.

153 Vgl. zum interdisziplinären Forschungsverbund „Community Medicine“ der Medizinischen Fakultät der Universität Greifswald: <http://www.medizin.uni-greifswald.de/cm/fv/index.html>.

154 „Das ‚Nationale Zentrum Frühe Hilfen‘ zielt auf eine wissenschaftlich fundierte Verbesserung der Praxis im Feld früher Hilfen und den Aufbau einer Präventionskette von der allgemeinen und frühzeitigen Information und Aufklärung über die Kindesentwicklung bei werdenden Eltern, über die Motivation zur Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen und die aktive Verweisung an spezielle Hilfen und Unterstützungen bis hin zur begleitenden Familienarbeit in schwierigen sozialen Lagen. Das in die Regelversorgung zu implementierende System muss auf die lückenlose Identifizierung von Kleinkindern in familialen Risikosituationen ausgerichtet sein, um deren Entwicklung durch Hilfen zu begleiten und zu unterstützen sowie gegebenenfalls - wenn zum Schutz des Kindes erforderlich - auch gegen den Elternwillen zu intervenieren. Im Mittelpunkt sollen Familien mit Kindern vom vorgeburtlichen Alter bis zum Alter von ca. drei Jahren stehen, deren Lebenssituationen durch hohe Belastungen und vielfältige und/oder schwerwiegende Risiken (zum Beispiel Armut, Gewalt oder Suchterkrankung im Elternhaus) gekennzeichnet sind“ ([www.fruehehilfen.de/1871.0.html](http://www.fruehehilfen.de/1871.0.html)).

Auf der angegebenen Internetseite findet sich auch eine Zusammenstellung aller wichtigen Modellprojekte, Programme und Netzwerke im Bereich der Frühprävention und -intervention in Deutschland.<sup>155</sup>

## 2.4 Präventionsmaßnahmen im Elementarbereich

Im Bereich der *Kindertageseinrichtungen*, der *Vorschulerziehung* und der *Grundschule* gibt es mittlerweile starke Tendenzen, diese Arbeitsfelder stärker aufeinander zu beziehen. Dies zeigen u. a. Bildungspläne der Bundesländer, vielfältige kooperative und curriculare Konzeptionen als auch Bestrebungen, die Inhalte und Qualität der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern durch akademische Ausbildungsgänge anzuheben.<sup>156</sup> Diese Entwicklung basiert auf der Einsicht, dass die Entwicklungsphasen der frühen und mittleren Kindheit weitgehend gemeinsame Frage- und Problemstellungen aufweisen.

Im Hinblick auf diesbezüglich konsistente Bildungs- und Entwicklungsverläufe von Kindern macht es daher wenig Sinn, Strategien und Konzepte der Prävention getrennt für die unterschiedlichen Einrichtungen der vorschulischen Erziehung und der Grundschule zu behandeln. Auch hinsichtlich einer heterogenen Trägerstruktur von Kindertagesstätten und der damit verbundenen Vielfalt von institutionellen Formen und pädagogischen Konzepten (und auch unter den Bedingungen sozialräumlicher Diversität) können wir für diesen Bereich nur auf einige allgemeine Strategien und pädagogische Konzepte hinweisen, die sich unter präventiven Gesichtspunkten besonders bewährt haben und auch für den schulischen Elementarbereich bedeutsam sind. Nach dem Stand der aktuellen Kindheitsforschung, in der mittlerweile eine interaktionistische Sichtweise überwiegt, wird der ‚Gewalt-Begriff‘ für das Verhalten von Kindern sehr viel differenzierter gesehen. Kinder gelten heute nicht mehr nur als Adressaten von ‚Sozialisationsbotschaften‘ der Erwachsenen, „sondern als Subjekte, die in Interaktionen ihre eigene Wirklichkeit konstruieren. (...) Die Interaktion von Kindern wird als Verständigungsprozess mit vielfältigen Zeichen und symbolischen Handlungen gesehen, der sich Erwachsenen nicht immer unmittelbar erschließt. Auch bei körperlichen oder verbalen Attacken kann es in den Augen der Kinder ein gegenseitiges Einverständnis, eine ‚aggressive Balance‘ (...) geben. Sieht man Kindheit dagegen primär als Vorstufe des Erwachsenseins, dann gelten kör-

---

155 Verweisen möchten wir auch auf den Abschlussbericht „Kurzevaluation von Programmen zu Frühen Hilfen für Eltern und Kinder und sozialen Frühwarnsystemen in den Bundesländern.“ Diese Evaluation basiert auf der Untersuchung von 19 Projekten in 11 Bundesländern (vgl. *Helming/Sandmeir/Sann/Walter* 2006, im Internet zugänglich unter: <http://www.fruehehilfen.de/1877.0.html>).

156 Vgl. *Tietze/Viernickel* 2002; *Bien* 2005; *Deutsches Jugendinstitut/Uni Dortmund* 2005; *Deutscher Bundestag* 2005; *BMFSFJ/BJM* 2003.

perliche Konfliktlösungsmuster lediglich als unreife und defizitäre Verhaltensweisen“ (Sommerfeld 2007, S. 80).

Hieraus ergibt sich eine besondere Herausforderung für das pädagogische Handeln im Elementarbereich, da sich mit einer zunehmenden Institutionalisierung und Pädagogisierung von Kindheit gleichzeitig auch die Möglichkeiten zu einem eigenständigen Kinderleben verringert haben. „Kinder brauchen aber ein Experimentierfeld für Kommunikation unter Gleichaltrigen, in dem sie Macht- und Interessendifferenzen erfahren und unterschiedliche Handlungsstrategien erproben können. ‚Gewalt‘ in Kind-Kind-Interaktionen ist somit nicht an festgelegten Verhaltensweisen festzumachen, sondern an der Asymmetrie einer Situation, die für einen Beteiligten keine Handlungsspielräume und Erfahrungsmöglichkeiten bereithält (...). Die Anerkennung der eigenständigen sozialen Welt der Kinder ist im Alltag der Tageseinrichtung für Erzieher und Erzieherinnen immer wieder eine Gratwanderung, bei der sie die Bedürfnisse und Perspektiven der Kinder mit den Anforderungen der Institution und den Erwartungen von Eltern abgleichen müssen“ (Sommerfeld 2007, S. 80).

Auf der anderen Seite benötigen Kinder aber auch verlässliche Bindungen zu Erwachsenen bzw. Erziehenden als „sichere Basis“ für die eigenaktiven Erkundungen der Umwelt und der Erprobung von Kommunikations- und Interaktionsformen mit Gleichaltrigen. Entsprechend sichere Bindungen bilden die Grundlage für die Entwicklung eines positiven Selbstwertgefühls und von sozial-emotionalen Kompetenzen. Dieser sehr verkürzte Aufriss lässt auch unter präventiven Gesichtspunkten erahnen, dass in diesem Spannungsfeld von Bindungs- und Autonomiebedürfnissen der Kinder, der personalen Kompetenz und der weiteren Professionalisierung der Erzieherinnen und Erzieher eine zentrale Bedeutung zukommt.

Im Folgenden möchten wir nur cursorisch auf eine Reihe von pädagogischen Programmen und Projekten im Elementarbereich hinweisen, die – unter präventiven Gesichtspunkten und wissenschaftlich evaluiert – mittlerweile eine hohe Anerkennung unter den Fachleuten und Praktikern erlangt haben. Insbesondere zu nennen sind hier die Programme „*Papilio*“ und „*Faustlos*“, für die inzwischen standardisierte und manualisierte Curricula vorliegen. Erwähnt sei auch das Programm „*EFFEKT*“, das nicht nur die Kinder sondern auch die Eltern einbezieht und für diese jeweils eigene Trainingseinheiten vorsieht.

Ohne auf die einzelnen Programme an dieser Stelle im Detail eingehen zu können,<sup>157</sup> basieren diese Programme auf fundierten Erkenntnissen der Lern-

---

157 Siehe jeweils ausführlich: [www.papilio.de](http://www.papilio.de); [www.faustlos.de](http://www.faustlos.de); [www.oeffekt-training.de](http://www.oeffekt-training.de). Unter diesen Adressen finden sich neben den detaillierten Programmbeschreibungen auch wissenschaftliche Evaluationsberichte und Hinweise zu finanziellen Unterstüt-

theorie und der Kommunikationspsychologie und zielen darauf ab, *prosoziales* Verhalten und *gewaltfreie* Konfliktlösungen zu fördern und zu trainieren oder dissozialen Verhaltensweisen entgegenzuwirken und sie zu modifizieren.

Neben geschlechtsbezogenen Ansätzen, die auf die Unterschiede von Jungen und Mädchen eingehen, sind auch Programme vorhanden, die aus einer umfassenderen Perspektive den Umgang mit Differenz in Form von „*vorurteilsbewusster Erziehung und Bildung*“ thematisieren. Aufgrund von vielfältigen Erfahrungen mit *Gleichheit und Differenz* entwickeln Kinder bereits früh „Vorurteile“, die eine Basis für spätere Einstellungen und damit Vorurteilsbildungen darstellen. Die Erfahrung von unterschiedlichen Familienkulturen und interkultureller Differenz ist ein wichtiges präventives Element in der Früherziehung der Kinder. Diesbezüglich möchten wir das Projekt „*Kinderwelten*“ (vgl. [www.kinderwelten.net](http://www.kinderwelten.net)) erwähnen, das gleichfalls eine hohe Wertschätzung von den Experten erfährt (vgl. *Wagner u. a.* 2006; *Sommerfeld* 2007).<sup>158</sup>

Hinsichtlich einer *risikogruppenorientierten* Elementarpädagogik in Kindertagesstätten, Horten und Grundschulen sind auch (aber nicht nur) *sozialraumbezogene* Präventionsstrategien von Bedeutung. Befunde der Resilienzforschung

---

zungsmöglichkeiten für an diesen Programmen interessierte Kindertageseinrichtungen und Grundschulen. Einen guten Überblick findet man bei *Rieker* 2004. Dieser Bericht wurde von der „Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ im DJI herausgegeben (im Internet zugänglich unter: [http://www.dji.de/bibs/rechts%20und%20fremd\\_buch.pdf](http://www.dji.de/bibs/rechts%20und%20fremd_buch.pdf)). Zum Programm „EFFEKT“ vgl. vertiefend *Lösel/Beermann/Stemmler/Jaursch* 2006; *Beermann/Raabe* 2007.

- 158 In der zusammenfassenden Beschreibung des Projekts heißt es: „KINDERWELTEN sind die vielen Welten, in denen Kinder aufwachsen. Es sind die jeweils spezifischen Ausschnitte von Lebenswirklichkeit mit großen Unterschieden der Familienkulturen, der Auswirkungen sozialer Ungleichheit, der Verfügung über Ressourcen, der gesellschaftlichen Anerkennung und der Zukunftsperspektiven. KINDERWELTEN sind auch die eigensinnigen Bilder von der Welt, von sich selbst und von anderen in dieser Welt, die Kinder in einem aktiven Aneignungs- und Lernprozess konstruieren. In diesem Prozess verarbeiten sie auf kreative Weise auch die bewertenden Botschaften über sich und andere Menschen, die sie aus ihrem Umfeld erhalten. KINDERWELTEN ist ein Projekt zur vorurteilsbewussten Bildung und Erziehung in Kitas. Es macht aufmerksam auf Einseitigkeiten in Kitas und wie sie Bildungsprozesse von Kindern behindern. Es bietet Kitageams und Trägern ein erprobtes Konzept zur vorurteilsbewussten Praxisentwicklung, das auf dem Situationsansatz und dem Anti-Bias Ansatz (Kalifornien) beruht. KINDERWELTEN ist ein Projekt des Instituts für den Situationsansatz/Internationale Akademie gGmbH an der Freien Universität Berlin. Es entstand als Initiative engagierter Pädagoginnen in Berlin-Kreuzberg. Das 8-köpfige Projektteam hat seinen Sitz in Berlin. KINDERWELTEN begann mit einem Entwicklungsprojekt in Berlin (2000 bis 2003) und wird mit einem Verbreitungsprojekt in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Thüringen fortgesetzt (2004-2008). Es wird mit Unterstützung der *Bernard van Leer Foundation* realisiert“ (vgl. [www.kinderwelten.net](http://www.kinderwelten.net)).

zeigen, dass Kinder aus psychosozial belasteten Familien Coping-Strategien entwickeln können, wenn sie eine positiv zugewandte und verlässliche Person als Entwicklungsbegleiter an ihrer Seite wissen, zu der sie eine belastbare Bindung aufgebaut haben. Solche Bindungen können teilweise sogar weniger verlässliche Beziehungen in der Herkunftsfamilie ausgleichen (vgl. *Schneider* 2004). Allerdings stellen Kinder hinsichtlich ihrer familiären Belastungen, die meist mit negativen Erwartungen an die Umwelt verknüpft sind, sehr häufig gerade die Tragfähigkeit solcher Beziehungen durch entsprechend auffälliges Verhalten auf die Probe, so dass diese Kompensationsleistung nicht immer gelingt.

Gerade Kindertageseinrichtungen in sozial belasteten Stadtteilen oder Wohnquartieren sind aufgrund der gehäuften Konfrontation mit psychosozial belasteten Kindern daher in mehrfacher Weise besonders gefordert und benötigen zusätzliche fachliche Unterstützung und strukturelle Hilfen. In diesem Kontext könnten Kindertageseinrichtungen eine wichtige Rolle als „soziales Frühwarnsystem“ übernehmen. Sinnvolle präventive Konzepte versuchen deshalb auch die Familien der zu betreuenden Kinder mit einzubeziehen. Allerdings gestaltet sich die Einbindung von Eltern als schwierig und die Einrichtungen verfügen bei auffälligen Problemkindern unter den gegenwärtigen strukturellen Bedingungen nur über eingeschränkte Handlungsspielräume. Zwar können die Einrichtungen den Eltern empfehlen, eine Integrationshilfe zu beantragen, die eine zusätzliche personale Unterstützung und therapeutische Hilfe in der Tageseinrichtung oder den Besuch einer integrativen Einrichtung ermöglicht, aber nicht selten werden von den Eltern bzw. Erziehungsberechtigten solche Beratungen oder Behandlungen in Anspruch zu nehmen, abgelehnt. „In diesem Fall oder bei anderen Verhaltensauffälligkeiten sind Fachkräfte selbst mit dauerhaft problematischem Verhalten eines Kindes weitgehend alleingelassen. Zwar sind Kooperationspartner wie der Allgemeine Soziale Dienst, Erziehungs- und Familienberatungsstellen, Frühförderstellen u. a. m. grundsätzlich bereit, Erzieherinnen und Erzieher zu beraten, dies hat jedoch Grenzen, weil allgemeine Beratung im Vorfeld von Fallübernahmen nicht finanziert werden. So kommt es oft nur einzelfallorientiert bei der Zuspitzung von Krisen zu verbindlicheren Formen der Zusammenarbeit“ (*Sommerfeld* 2007, S. 98).

Auch bezüglich dieser besonderen Problemkonstellationen gibt es mittlerweile verschiedene Modellprojekte, die dazu wirksame Strategien erprobt haben. Verweisen möchten wir an dieser Stelle auf die Abschlussdokumentation „*Soziale Frühwarnsysteme* in NRW – Ergebnisse und Perspektiven eines Modellprojekts“ ([www.soziale-fruehwarnsysteme.de](http://www.soziale-fruehwarnsysteme.de)) und auf die „*Frankfurter Präventionsstudie* in Kindergärten zur Verhinderung psychosozialer Desintegration“ sowie das Folgeprojekt „*Starthilfe*“ (vgl. [www.sigmond-freud-institut.de](http://www.sigmond-freud-institut.de)).

Gemeinsame Merkmale dieser Projekte sind: (1.) eine starke sozialräumliche Vernetzung der verschiedenen Dienste auf einer gemeinsamen Arbeitsgrundlage, (2.) die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses multiprofes-



sioneller Kooperation mit gemeinsamen Kriterien für die Wahrnehmung von Problemlagen, u. a. auch durch kooperative Weiterbildungen, (3.) der Ausbau von arbeitsplatznaher Beratung und Supervision, (4.) die Entwicklung von Instrumenten zur Beobachtung von Verhaltensauffälligkeiten und (5.) Arbeitshilfen, die konkrete Schritte und Maßnahmen der Fachkräfte festlegen, wenn ein Kind auffälliges Verhalten zeigt, sowie die Angabe von Ansprechpartnern für Hilfen außerhalb der Tageseinrichtung, so dass pädagogische Fachkräfte eine Art „Lotsenfunktion für die Eltern“ einnehmen können (vgl. *Sommerfeld* 2007).

Zur Verbesserung der *sozialräumlichen* Vernetzung und der vermehrten *Einbeziehung von Eltern bzw. Familien* werden in Nordrhein-Westfalen unter dem Label „*Vom Kindergarten zum Familienzentrum*“ seit Anfang 2006 Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren ausgebaut, womit u. a. auch explizit die Zielstellung einer Erweiterung des kommunalen Präventionsnetzes formuliert wird. Mit Stand vom 4. Juni 2007 sind in Nordrhein-Westfalen mittlerweile 248 Familienzentren mit dem Gütesiegel „Familienzentrum NRW“ zertifiziert und ist damit die Pilotphase erfolgreich abgeschlossen worden.<sup>159</sup>

Die positive Bilanz der Pilotprojekte hat die Landesregierung NRW dazu bewogen, in den nächsten Jahren (bis 2012) etwa 3.000 Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren umzustrukturieren.<sup>160</sup>

Diese Konzeption zielt auch darauf ab, die präventive Arbeit auf die vorhandenen Ressourcen und Kompetenzen der Eltern auszurichten und an diesen anzuknüpfen. Dabei wird versucht, durch integrierte Konzepte mit Betreuungs-, Beratungs- und Hilfsangeboten „unter einem Dach“ diese Zielstellung zu erreichen. Hierzu gehören sowohl feste als auch offene Gruppen für Kinder verschiedenen Alters, Eltern-Kind-Gruppen sowie diverse Freizeitangebote und Angebote zur materiellen Unterstützung (z. B. Kleiderläden, Möbelkammern, Mittagstisch).

Vorbilder für diese Projekte sind u. a. die „*Sure Start*“-Programme in englischen Armutsregionen (vgl. [www.surestart.gov.uk](http://www.surestart.gov.uk)). Diese Programme sehen vor, dass die Eltern in vielfältiger Weise in Kooperation mit den Fachkräften an der Erziehung und Bildung ihrer Kinder teilnehmen und dabei *Elternkompetenz* entwickeln. Durch die Gestaltung von umfangreichen *Partizipationsmöglichkeiten* der Eltern („jede Mutter und jeder Vater kann auf irgendeinem Gebiet Lehrer sein“) soll gleichzeitig der sozialen Isolation von benachteiligten und oft arbeitslosen Eltern entgegen gewirkt werden. Auch für diese „*Sure Start*“-

---

159 Die wissenschaftliche Begleitforschung und Zertifizierung wurde bzw. wird federführend durchgeführt von PädQUIS (Pädagogische Qualitäts-Informationssysteme gGmbH), einem Kooperationsinstitut der Freien Universität Berlin, Fachbereich Erziehungswissenschaft und Psychologie, Arbeitsbereich Kleinkindpädagogik, Geschäftsführer: Prof. Dr. *Wolfgang Tietze* (vgl. <http://www.paedquis.de/>).

160 Vgl. [www.mgffi.nrw.de/kinder-und-jugend/kinder-nrw](http://www.mgffi.nrw.de/kinder-und-jugend/kinder-nrw) und [www.familienzentrum.nrw.de](http://www.familienzentrum.nrw.de).

*Programme* liegen mittlerweile umfangreiche kommunale Evaluationsstudien über die bisher 524 implementierten Programme vor.<sup>161</sup>

Für den Bereich der Vorschul- und Elementarerziehung in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen möchten wir abschließend auf die Datenbank „ProKiTa“ des *Deutschen Jugendinstituts* (DJI, München und Leipzig) hinweisen, in der eine Vielzahl von evaluierten Modellprojekten aufgeführt sind. Das Ziel der Datenbank *ProKiTa* ist es, „Ergebnisse des Forschungsfeldes Kindertagesstätten und Tagespflege systematisch darzustellen, um auf dieser Basis neue Erkenntnisse zu Gemeinsamkeiten und Unterschieden von Forschungsergebnissen zu ermöglichen, Forschungslücken zu identifizieren sowie neue Projektvorhaben anzuregen. Neben der Darstellung der Projekte befinden sich zu ausgesuchten Themen Querauswertungen in der Datenbank, die einen Überblick über die Forschungslandschaft geben. In die Datenbank werden Projekte aufgenommen, die seit Januar 1998 im deutschsprachigen Raum durchgeführt und wissenschaftlich begleitet wurden bzw. werden. Die Förderung des Projektes durch das BMFSFJ endete zum 31.08.2006. Die Datenbank wurde aber bis zum 31.08.2007 durch das DJI weitergeführt. Zurzeit können ca. 200 Forschungs- und Modellprojekte abgerufen werden. Neueinträge wurden bis zum Sommer 2007 vorgenommen“ (vgl. [www.dji.de/prokita](http://www.dji.de/prokita)).

## 2.5 Präventionsstrategien in der Schule

Der Institution *Schule* kommt als einer *zentralen Sozialisationsinstanz* eine außerordentlich wichtige Rolle für die Prävention von Gewalt, Rassismus, Autoritarismus, Intoleranz usw. zu. Dies deshalb, weil gerade auch im Unterschied zu Kindertageseinrichtungen prinzipiell alle Kinder in Deutschland die Schule durchlaufen müssen. Damit stellt die Schule die breiteste Möglichkeit dar, junge Menschen zu erreichen. „Aber das System deutsche Schule steckt in einer noch größeren Krise, als es die PISA-Studien (...) für die mangelnde Vermittlung kognitiver Kompetenzen anzeigen. Denn die Schule sollte nicht nur den Kanon kognitiver Fähigkeiten, nicht nur die tradierten Fächer von Deutsch bis Mathematik, von Naturwissenschaften bis zur Kunst und Sport lehren. Sie sollte ihre Chance zu *sozialem Lernen* und zur *emotionalen Sozialisation* viel breiter nutzen als bisher, wo dies nur nach dem guten Willen einzelner begabter und motivierter Lehrerinnen und Lehrer geschieht. Dazu gehört das Einüben in einen so-

---

161 Vgl. ausführlich die Internetrepräsentanz der „*National Evaluation of Sure Start*“-Organisation (NESS): [www.ness.bbk.ac.uk](http://www.ness.bbk.ac.uk). Hier findet sich eine Vielzahl kommunaler Evaluationsberichte zu einzelnen Sure-Start-Programmen. Einen guten Überblick findet sich im Synthesbericht zu den Lokalen Programmen in „*Sure Start*“ (SSLP) im Auftrag der Europäische Kommission – GD Beschäftigung, Soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit (Deven 2006). Im Internet zugänglich unter: [http://ec.europa.eu/employment\\_social/spsi/docs/social\\_inclusion/2006/pr\\_uk\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/employment_social/spsi/docs/social_inclusion/2006/pr_uk_de.pdf).

zialen Umgang zwischen Kindern und Jugendlichen, der Interessengegensätze und Konflikte friedlich bewältigt und das Auskommen mit kulturell, ethnisch und religiös heterogenen Menschen erfahrbar macht“ (*Wahl* 2003, S. 271 f.).

Gerade unter den Bedingungen eines sich zunehmend beschleunigenden sozialen Wandels mit veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen kommt der Schule (zumal in der Gesamtschulorientierung) eine herausragende Bedeutung für die Sozialisation der Kinder und Jugendlichen jenseits der kognitiven Kompetenzvermittlung zu. „Die Schule bleibt ein zentraler Lebens- und Erfahrungsraum, in dem soziale Kompetenzen im Umgang von Kindern und Erwachsenen und insbesondere auch zwischen Kindern außerhalb der Familie erstmals dauerhaft erfahren und erworben werden können“ (*Richter* 1999, S. 74).

An dieser Stelle können wir nicht auf spezifische Programme und Projekte der Gewalt- und Rechtsextremismusprävention in der Schule eingehen, hierzu gibt es mittlerweile eine kaum mehr überschaubare Vielfalt von Angeboten,<sup>162</sup> allenfalls möchten wir auf einzelne besonders bewährte Projekte hinweisen. Für den schulischen Primarbereich haben wir in Verbindung mit der Darstellung von Konzepten und Programmen in Kindertageseinrichtungen bereits auf entsprechende Möglichkeiten hingewiesen (s. o.).

Allerdings ergeben sich aus dem dargestellten prinzipiellen Verständnis von Schule als einer wichtigen *Sozialisationsinstitution* und als einem zentralen *Lebens- und Erfahrungsraum* einige grundlegende *Bedingungen* und *Strategien*, die für die Schule als Ganzes Prävention in den hier thematisierten Bereichen in grundsätzlicher Weise begünstigen und fördern.

Zu nennen sind hier vor allem schuleigene Initiativen und Konzeptionen, die durch die Schulleitung gemeinsam mit dem Kollegium (und auch unter Einbeziehung der Eltern sowie externer Kooperationspartner, s. u.) im Rahmen der *Schulentwicklung* verbindlich erarbeitet werden und auf ein *gutes Schulklima* abstellen. Aus der schulbezogenen Gewaltforschung ist bekannt, dass der Zusammenhang von Schulentwicklung und Prävention in einer sehr elementaren und grundsätzlichen Form von praktischer Bedeutung ist: Eine *gute Schule* wirkt von Hause aus gewaltpräventiv, auch wenn das *im engeren Sinne* keine Gewaltprävention ist (!). „Dies bedeutet für eine Schule – egal ob sie Prävention oder Intervention will – Schulentwicklung im Sinne von Unterrichts-, Organisations- und Personalentwicklung zu betreiben. So sorgt sie beispielsweise für eine gute Lehrer-Schüler-Interaktion, gewährleistet ein gutes Klima in den Klassen und an der ganzen Schule, steigert die Professionalität der Lehrkräfte, öffnet sich der Zusammenarbeit mit außerschulischen Trägern usw. Eine gute Schul- und Lernkultur hat viele gewaltpräventive Potenziale z. B. im Umgang mit Konflikten im

---

162 Vgl. *Olweus* 1995; *Lösel/Bliesener* 2003; *Melzer/Schubarth/Ehninger* 2006; *Hurrelmann/Bründel* 2007; *Beelmann/Raabe* 2007; *Gollwitzer u. a.* 2007.

Unterricht, beim Einhalten von Regeln oder einem wertschätzenden Umgang miteinander. Ebenso wie die gelingende Gewaltprävention bezieht die Schulentwicklung dabei alle Ebenen bzw. Zielgruppen an einer Schule mit ein: Die individuelle, die Klassen- und die Schulebene. So lässt sich ein großes Überschneidungsfeld von Gewaltprävention und Schulentwicklung konstatieren: Will man dauerhaft gelingende Gewaltprävention, braucht man Schulentwicklung, eine *gute Schule* wiederum baut auf Aktivitäten und Kompetenzen in den Bereichen Konfliktbearbeitung und Gewaltprävention bei allen schulischen Akteuren. (...) Schulentwicklung ist nicht mit gelingender Gewaltprävention gleichzusetzen, gewaltpräventive Einzelmaßnahmen entfalten ihre Wirkung jedoch dann am besten, wenn Schule als System mit einbezogen und Gewaltprävention in einen Prozess der Schulentwicklung integriert wird. Erfolgreiche gewaltpräventive Programme und Aktivitäten können so auch Schulentwicklungsprogramme anstoßen, die dann ihrerseits wiederum positive Bedingungen für die Verankerung gewaltpräventiver Maßnahmen veranlassen“ (Hanke 2007, S. 127 f.).<sup>163</sup> In dieser Hinsicht sind auch Mediations- bzw. Streitschlichterprogramme an Schulen von besonderer Bedeutung (vgl. Behn/Kügler/Lembeck u. a. 2006).<sup>164</sup>

Dementsprechend sind wir der Auffassung, dass diese Strategie nicht nur für Gewaltprävention eine wichtige Voraussetzung darstellt, sondern dass eine entsprechend orientierte *Schulentwicklung* auch und in besonderer Weise für die Prävention von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (zunächst unabhängig von spezifischen Programmen) grundlegend ist.

Unter dieser Maßgabe, dass Programme und Projekte der Gewalt- und Rechtsextremismusprävention nicht isolierte Maßnahmen darstellen, sondern, dass diese in ein (strategisches) Gesamtkonzept von Schule eingebunden sein sollten, die ein friedliches und ziviles Zusammenleben und Lernen auf allen Ebenen unterstützt, möchten wir an dieser Stelle lediglich auf einige grundlegende Quellen hinweisen und diejenigen hervorheben, in denen das *System und Handlungsfeld Schule*<sup>165</sup> von Bildungsexperten unter Berücksichtigung der Fra-

---

163 vgl. auch Schubarth 2000; Scherr 2004; Gollwitzer u. a. 2007; Hurrelmann/Bründel 2007.

164 Vgl. ausführlich hierzu: [www.evaluation-schulmediation.de](http://www.evaluation-schulmediation.de).

165 Zum Bildungssystem in Deutschland vgl. ausführlich den ersten Bericht über „Bildung in Deutschland“ vom 26. 10. 2006 im Auftrag der *Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder* in der Bundesrepublik Deutschland und des *Bundesministeriums für Bildung und Forschung*. Der periodisch angelegte Bericht enthält umfassende indikatorengestützte international und länderspezifisch vergleichende Analysen zur Bildung und Migration in Deutschland (vergleichbar mit dem „Zweiten Periodischen Sicherheitsbericht“ des *BMI/BJM* 2006). Erarbeitet wurde der Bildungsbericht durch das „Konsortium Bildungsberichterstattung“ [Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), Deutsches Jugendinstitut (DJI), Hochschul-Informations-System GmbH (HIS), Soziologisches Forschungsinstitut an der Universität Göttingen (SOFI),

gestellung bzgl. einer geeigneten schulbezogenen Prävention von Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus ausführlich und handlungsorientiert (etwa im Hinblick auf Schulentwicklungskonzepte zur *Verbesserung der Schulqualität* und *des Schulklimas*) dargestellt wird.

Diesbezüglich möchten wir auf das Schulentwicklungsprogramm „*Demokratie lernen & leben*“ hinweisen, bei dem Bund und Länder im Rahmen der BLK (Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung) zusammenwirken. Bis 2007 beteiligten sich in 13 Bundesländern insgesamt rund 200 allgemeinbildende und berufliche Schulen. Das Programm soll vor allem durch die Demokratisierung von Unterricht und Schulleben die Bereitschaft junger Menschen zur aktiven Mitwirkung an der Zivilgesellschaft fördern. Es ist auch eine Antwort auf Gewalt, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen und auf die seit Jahren zunehmende Politik(er)-Verdrossenheit und Politikdistanz (vgl. <http://www.blk-demokratie.de>). Unter dieser Adresse findet sich eine Reihe ausgezeichneten Informationen und Materialien für die Schulentwicklung sowie zahlreiche Downloads und kommentierte Literatur-, Materialtipps und Internet-Links zu wesentlichen Aspekten von *Demokratiepädagogik* und *demokratischer Schulkultur*.

Grundlage des Programms ist das Gutachten „*Demokratie lernen und leben*“ (Oktober 2001) der renommierten Bildungsexperten *Wolfgang Edelstein* (Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin) und *Peter Fauser* (Friedrich-Schiller-Universität, Jena). Da diese Expertise aus unserer Sicht in ausführlicher Form alle wesentlichen Erkenntnisse und Ableitungen zum hier erörterten Thema enthält, möchten wir darauf verweisen und an dieser Stelle den einleitenden Problemaufriss wiedergeben.<sup>166</sup>

„Der folgende Text skizziert Grundlagen, Ziele und Arbeitsrahmen für ein Schulentwicklungsprogramm der BLK unter dem Titel "Demokratie lernen und leben". Das Programm soll auf die gravierend veränderte jugendpsychologische und jugendpolitische Lage in Deutschland eine pädagogische Antwort geben, die durch die spezifischen Möglichkeiten der Schule begründet ist. Die Schule erreicht potentiell alle Jugendlichen und verfügt damit über besondere Möglichkeiten, Jugendliche zu beeinflussen und zu prägen. Insofern kann die Schule mehr als andere Institutionen in der Adoleszenz zur demokratischen Erziehung beitragen und demokratisches Engagement von Jugendlichen mit ihren Mitteln pflegen und fördern.

Es besteht Einigkeit, dass es sich hierbei um eine grundlegende Aufgabe der Schule handelt, und dass es an bewährten Konzepten und Ansätzen für diese Aufgabe zwar nicht fehlt, dass diese aber qualitativ und

---

Statistisches Bundesamt (StBA) und Statistische Ämter der Bundesländer (StLÄ)]. Im Internet zugänglich unter: <http://www.bildungsbericht.de/daten/gesamtbericht.pdf>.

166 Zugänglich unter: <http://www.blk-demokratie.de/fileadmin/public/dokumente/Expertise.pdf>, vgl. auch *Schäfer/Schack/Rahn/Uhl* 2006.

quantitativ weder im Handlungsrepertoire der Lehrerinnen und Lehrer noch in der pädagogischen Kultur der Schule allgemein hinreichend verankert sind und wahrgenommen werden. Es ist deshalb folgerichtig, "Demokratie lernen und leben" als Programm für die Schulentwicklung zu begreifen. Das Ziel des Programms muss es sein, die professionelle und institutionelle Entwicklung der Schule im Blick auf ihre demokratie- und jugendpolitischen Handlungs- und Erziehungsspielräume systematisch voranzutreiben. Wenn wir am Anfang unseres Gutachtens die besondere demokratiepädagogische Stellung und Verpflichtung der Schule nachdrücklich hervorheben, so wollen wir mit derselben Deutlichkeit die zwiespältige, ja prekäre Lage ansprechen, in der sie sich als Institution der modernen Gesellschaft aufgrund ihrer strukturellen und systemischen Eigenschaften befindet. Einerseits gehört die Schule als staatliche Institution zu dem Autoritätskontext, den Jugendliche häufig als zu Opposition provozierend oder auch Handlungspotentiale lähmend und Lernen demotivierend erleben. Als Instanz, die Leistungsanforderungen repräsentiert und durchsetzt, die von vielen, besonders von bildungsfern aufwachsenden Jugendlichen aus objektiven und subjektiven Gründen in Frage gestellt, als sinnlos erfahren oder nur widerstrebend hingenommen werden, ist die Schule Teil des Problemzusammenhangs, der zu Demokratieverdrossenheit und jugendkultureller Rebellion ursächlich beiträgt. Andererseits bietet Schule jedoch wegen ihrer Universalität, wegen der pädagogischen Verpflichtung, sich jedem Einzelnen zuzuwenden, schließlich wegen ihrer Aufgabe, Kompetenzen zur Lebensbewältigung und Sozialfähigkeit zu vermitteln, besondere Ressourcen und Chancen einer Erziehung zur Demokratie.

Man muss sehen, dass die unterschiedlichen fachlichen und überfachlichen Funktionen, Ziele, Aufgaben und Wirkungen der Schule nicht in einem spannungsfreien Verhältnis zueinander stehen, sondern teilweise auf konkurrierenden und sogar widersprüchlichen Zielen beruhen. So muss die Schule beispielsweise auf eine von Konkurrenz und Leistungswettbewerb bestimmte, zugleich aber auf Solidarität und demokratisches Miteinander angewiesene und verpflichtete Gesellschaft vorbereiten und dabei den ganz unterschiedlichen individuellen Erfahrungen und Möglichkeiten von Kindern und Jugendlichen gerecht werden. Hier im beschleunigten Wandel der Moderne stets aufs Neue eine vernünftige Balance zu suchen, bildet eine wesentliche Zielsetzung der professionellen und institutionellen Entwicklung der Schulqualität, zu der auch das vorliegende Modellprogramm beitragen soll. Besondere Bedeutung für das Modellprogramm hat das Verhältnis zwischen der grundlegenden Aufgabe der Schule, die mit dem Titel "Demokratie lernen und leben" angesprochen wird, und den krisenhaften aktuellen jugendpädagogischen und jugendpolitischen Entwicklungen – der Zunahme von Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit –, die seit dem vergangenen Jahr fachlich und öffentlich intensiv diskutiert werden. Das Modellprogramm der BLK bezieht sich ausdrücklich auf diese aktuelle Entwicklung. Es ist nicht zuletzt auch als Antwort auf diese Entwicklung zu verstehen. Wie in diesem Gutachten ausgeführt wird, wäre es dabei unangemessen, die Aufgabe, zur Demokratie zu erziehen, auf Prävention oder Intervention im Kontext dieser aktuellen Problemlage zu beschränken. Vielmehr kann "Demokratie lernen

und leben" als das beste Mittel und das eigentliche Ziel bei der Auseinandersetzung mit diesen demokratiefeindlichen Erscheinungen aufgefasst werden. Den Vorgaben der BLK folgend setzt daher unser Gutachten bei einer Analyse der gegenwärtigen Krisenerscheinungen an und führt von dieser aktuellen und spezifischen Ausgangslage aus schrittweise zu einer mehr systematischen und umfassenden Perspektive der mit "Demokratie lernen und leben" bezeichneten grundlegenden Aufgabe der Schule und ihrer Entwicklung." (*Edelstein/Fauser* 2001, S. 6 ff.).

An dem Programm „*Demokratie lernen & leben*“ beteiligte sich das Land Mecklenburg-Vorpommern<sup>167</sup> mit 15 Schulen, die in drei Verbänden organisiert, zu folgenden Schwerpunkten bis Anfang 2007 gearbeitet haben: „Meine Gemeinde in Zeiten der Diktaturen“, „Facetten demokratischer Schulentwicklung“ und „Ethik für die Schulentwicklung“.

Von den Greifswalder Schulen nahm das Friedrich-Ludwig-Jahn-Gymnasium an dem Programm teil (vgl. <http://www.blk-demokratie-mv.de/>). Allerdings ist der Ertrag des Programms in Deutschland insgesamt wie auch in Mecklenburg-Vorpommern bis auf wenige Ausnahmen<sup>168</sup> eher enttäuschend. Einerseits weil die Länder mit diesem Programm zum Teil eigene Interessen verfolgt und teilweise bereits laufende Programme mit diesem BLK-Programm verknüpft und alimentiert haben. Andererseits weil das Programm zergliedert und auf kleine Module heruntergebrochen wurde (siehe M.-V.), die der eigentlichen Intention und Zielstellung des BLK-Programms gänzlich zuwiderlaufen.<sup>169</sup>

Mittlerweile liegen auch auf Länderebene eine ganze Reihe von durch die Kultusministerien bzw. Landesinstitute erstellten Konzeptionen und Konkretisierungen der Schulentwicklung mit der Zielstellung „*gute Schule*“ vor: Exemplarisch zu nennen wäre hier beispielweise der „*Orientierungsrahmen Schulqualität in Niedersachsen*“. In der dritten überarbeiteten Fassung (vom Juli

167 Verantwortlich für das Projekt in Mecklenburg-Vorpommern war die Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie Mecklenburg-Vorpommern e.V. (RAA M.-V.) sowie die Evangelisch-lutherische Landeskirche Mecklenburgs in Zusammenarbeit mit Vertretern des Bildungsministeriums.

168 Besonders erwähnt seien das Ernst-Moritz-Arndt Gymnasium (Bergen) und die Regionale Schule Heinrich-Heine (Karlsruhe). Letztere ist uns im Rahmen der Schülerbefragung auf der Insel Usedom in mehrfacher Hinsicht, insbesondere auch was das „Schulklima“ anbelangt, besonders positiv aufgefallen (vgl. <http://www.heinrich-heine-schule-karlsruhe.de/>). Diesbezüglich haben wir auch von den anderen Schulen auf der Insel Usedom, den Regionalen Schulen in Ahlbeck, Ückeritz und Usedom sowie dem Maxim-Gorki-Gymnasium in Heringsdorf, einen durchweg positiven Eindruck erhalten.

169 Vgl. hierzu die Stellungnahmen der Expertenautoren *Peter Fauser* vom 19. Juli 2007 während der Thüringer Sommerakademie „Demokratie lernen & leben“ in Weimar ([http://www.forumbildung.de/templates/imfokus\\_inhalt.php?artid=622](http://www.forumbildung.de/templates/imfokus_inhalt.php?artid=622)) und *Wolfgang Edelstein* in einem Interview vom 6. Februar 2006 ([http://www.forumbildung.de/templates/imfokus\\_inhalt.php?artid=495](http://www.forumbildung.de/templates/imfokus_inhalt.php?artid=495)) ferner *de Haan/Edelstein/Eikel* 2007.

2006) wird den Schulen in Niedersachsen ein Orientierungsrahmen vorgestellt, wie ‚gute Schule‘ aussehen kann. Dieser Orientierungsrahmen wurde auch von einigen anderen Bundesländern übernommen oder diente der dortigen Konzeptentwicklung als nachahmenswertes Modell.<sup>170</sup>

Umfangreiche Informationen zur Schulentwicklung sind bei den einschlägigen Instituten abrufbar. Hingewiesen sei beispielsweise auf das Landesinstitut für Schulentwicklung des Landes Baden-Württemberg (vgl. [http://www.ls-bw.de/allg/ab2\\_schulentwicklung](http://www.ls-bw.de/allg/ab2_schulentwicklung)), die Internetseite des Thüringer Institutes für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien „Schulentwicklung konkret“ (vgl. <http://www.eqs.ef.th.schule.de/>) oder auf das Landesinstitut für Schule und Ausbildung Mecklenburg-Vorpommern (vgl. <http://www.bildungsserver-mv.de>). Dort findet sich eine Reihe von konkreten Empfehlungen, wie Schulen entsprechende Maßnahmen im Rahmen der Schulentwicklung umsetzen können.

Darüber hinausgehend sind zum Teil auf den Internetseiten der jeweiligen Landesinstitute für die Lehrerfortbildung bzw. Landesbildungsserver (allesamt zugänglich über den Deutschen Bildungsserver: <http://www.bildungsserver.de>) entsprechende Links eingerichtet, unter denen – neben Fortbildungsveranstaltungen – auch Projekte und Unterrichtseinheiten im Bereich der schulischen Gewalt- und Rechtsextremismusprävention nach unterschiedlichen Schularten und Jahrgangsstufen für die praktische Unterrichtsgestaltung zu finden sind.

Schließlich möchten wir auch auf die Sammlung von Materialien und Medien des „*Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung e. V.*“ (IDA) hinweisen, das für den Unterricht informatives Material und Projektberichte zugänglich macht. Im Rahmen des Aktionsprogramms „Jugend für Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ wurde durch das IDA eine *Mediathek* im Internet aufgebaut, in der alle Print- und audiovisuellen Medien der drei Teilprogramme „ENTIMON – gemeinsam gegen Rechtsextremismus und Gewalt“, „CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ sowie „XENOS – Leben und Arbeiten in Vielfalt“ dokumentiert wurden. In dieser Mediathek finden sich zahlreiche Bücher, Broschüren, Arbeitshilfen für den Unterricht, Kurz- und Dokumentarfilme über Projekte oder lokale Netzwerke, die durch die drei Programme 2001 bis 2006 gefördert wurden. Diese Online-Mediathek bietet einen kostenlosen Medienverleih und besitzt zudem einen Vernetzungscharakter mit Angaben zu den jeweiligen Projektträgern, die eine Kooperation für zukünftige Projekte und Initiativen erleichtern (vgl. <http://www.idaev.de/mediathek>).

Als Ergänzung sei auch auf die Datenbank „*Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt*“ (MaReG) des Deutschen Jugendinstituts (DJI) hingewiesen (vgl. <http://www.dji.de/>). „MaReG“ ist ein *Infopool* für Fachkräfte in der

---

170 Vgl. [http://www.mk.niedersachsen.de/master/C26688\\_N12360\\_L20\\_D0\\_I579.html](http://www.mk.niedersachsen.de/master/C26688_N12360_L20_D0_I579.html).



Praxis sowie für Politik und Verwaltung. Die Datenbank enthält Kontaktadressen zu den Projekten, was gleichfalls die Kontaktaufnahme zu und unter den Projekten ermöglicht, jeweils eine Kurzbeschreibung der Projekte, Links zu vorhandenen Projekt-Homepages und gibt einen Überblick über die Projekttypen, methodischen Ansätze, Zielgruppen, Trägerschaft und den Zeitrahmen.

Ferner möchten wir die „*Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*“, gleichfalls am Deutschen Jugendinstitut angesiedelt, erwähnen. Die Aufgaben der Arbeitsstelle konzentrieren sich auf die Erhebung, Dokumentation und fachliche Bewertung der vorhandenen Ansätze der Prävention und der pädagogischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Kindern und Jugendlichen von der politischen Bildung bis hin zu den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe. Zu den bisher bearbeiteten Schwerpunkten gehören die sozialpädagogische Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen, schulbezogene Ansätze interkulturellen Lernens und Möglichkeiten der Prävention im Elementarbereich (vgl. <http://www.dji.de>).<sup>171</sup>

Den Bereich schulbezogene Gewalt- und Extremismusprävention mit spezifischen Projekthinweisen abschließend, möchten wir an dieser Stelle auf ein u. E. besonders interessantes Projekt hinweisen: „*Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*“ (SOR-SMC). Dies ist ein Projekt, das von und für Schülerinnen und Schüler konzipiert wurde und von diesen in der Schule umgesetzt und aktiv getragen wird. Die Schüler wenden sich dabei gegen alle Formen von Diskriminierung, insbesondere Rassismus und wollen dadurch einen Beitrag zu einer gewaltfreien, demokratischen Gesellschaft leisten (vgl. <http://www.schule-ohne-rassismus.org/>).

Dieses Projekt wurde bereits mit zahlreichen Auszeichnungen gewürdigt.<sup>172</sup> Von europaweit mittlerweile mehr als 600 Schulen, davon rd. 300 in Deutschland, wurden bisher drei Schulen in Mecklenburg-Vorpommern, Ernst-Barlach-Gymnasium Schönberg (2002), Gymnasium Boizenburg (2003) und das Oskar-

171 Darüber hinaus gibt es eine ganze Reihe von Internetadressen, die sich zu übergeordneten Plattformen und Foren gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus entwickelt haben und neben einer Vielzahl von aktuellen Informationen zum Thema auch Links und Materialien zu Programmen und Projekten – auch für die schulische Unterrichtspraxis – bereitstellen (vgl. beispielsweise: <http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/>; <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/>; <http://www.annefrank.de/>; <http://www.zentrum-demokratische-kultur.de/>).

172 So erhielt es den Jugendkulturpreis NRW (1996 und 1998), den Förderpreis „*Demokratie leben*“ des Deutschen Bundestages (1997 und 1999), den *Aachener Friedenspreis* (1997), den *Civis-Preis* des WDR Köln (1997), den *Heinrich-Bußman-Preis* der SPD Lünen (1997), die *Buber-Rosenzweig-Medaille* vom Deutschen Koordinierungsrat der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (2001) und 2004 wurde das Projekt vom „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ als „*Botschafter der Toleranz*“ ausgezeichnet.

Picht-Gymnasium in Pasewalk (2007) mit dem Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ausgezeichnet. Ein Blick auf die Liste der beteiligten Schulen zeigt auch, dass nicht nur Gymnasien zu den ausgezeichneten Schulen gehören.

## **2.6 Äußere Schulentwicklung und sozialraumverankerte Kooperation mit außerschulischen Akteuren**

Unter strategischen Gesichtspunkten einer *schulbezogenen „ganzheitlichen“ Prävention* sind im Rahmen der äußeren Schulentwicklung konsequenterweise verstärkte Kooperationen mit außerschulischen Akteuren, vor allem mit öffentlichen und freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, der kommunalen Jugendarbeit aber beispielsweise auch mit Vereinen, der Polizei und Firmen, besonders wichtig, die insgesamt *eine Öffnung der Schulen* hin zum Gemeinwesen erforderlich macht. Waren solche Kooperationen vor noch nicht allzu langer Zeit vorrangig fall- und anlassbezogen angelegt, so ist heute insbesondere im Zuge des Ausbaus der Schulen zu ganztägigen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungseinrichtungen (Stichwort Ganztagschulen) eine strukturelle Verankerung von entsprechenden stabilen und verlässlichen Kooperationen und Netzwerken unerlässlich.

Dies betrifft nicht nur die Schule im Sekundarbereich sondern, wie wir bereits erörtert haben, auch die Erziehungs- und Bildungseinrichtungen im Elementarbereich (insbesondere Kindertagesstätten und Grundschulen, „lokale Familienzentren“). Im bereits erwähnten 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung (BMFSFJ 2005) wurde diesbezüglich vom Aufbau *lokaler Bildungslandschaften* als Infrastruktur für Kinder und Jugendliche als einer zukünftigen Herausforderung gesprochen und gefordert: „...

### **2. Das Zusammenspiel unterschiedlicher Bildungsakteure und -gelegenheiten ist sozialräumlich auszugestalten und in kommunaler Verantwortung zu organisieren.**

Ziel ist der Aufbau einer kommunalen Bildungslandschaft als Infrastruktur für Kinder und Jugendliche, die getragen wird von Leistungen und Einrichtungen der Schule, der Kinder- und Jugendhilfe, von kulturellen Einrichtungen, Verbänden und Vereinen, Institutionen der Gesundheitsförderung sowie privaten und gewerblichen Akteuren vor Ort. Ein vernetztes und verbindliches Zusammenspiel unterschiedlicher Bildungsakteure erfordert größere Selbständigkeit und mehr Handlungsmöglichkeiten der einzelnen Institutionen, insbesondere auch der Einzelschule.

### **3. Kommunale Bildungsplanung ist als integrierte Fachplanung aufzubauen.**

Erforderlich ist eine kommunale Bildungsplanung, die geeignet ist, die Verengungen und Begrenzungen der Teilsysteme Kinder- und Jugendhilfe

sowie Schule zu überwinden und ein konsistentes Gesamtsystem für Bildung, Betreuung und Erziehung im kommunalen Raum zu entwickeln. Dazu sind kommunale Jugendhilfeplanung und Schulentwicklungsplanung zu integrieren sowie mit der Sozialplanung und der Stadtentwicklungsplanung abzustimmen. Zentraler Akteur einer solchen Bildungsplanung muss die Kommune sein. Vieles spricht dafür, dass für die Planung und die Gestaltung kommunaler Bildungslandschaften partizipative Verfahren – auch unter Einbeziehung privater Anbieter – hilfreich sind. Zu prüfen ist, inwieweit sich Modelle der Jugendhilfeplanung auf diese integrierten Formen der Planung übertragen lassen. Erprobte Instrumente der Beteiligung aus der Kinder- und Jugendhilfe wie Kinder- und Jugendforen bzw. Kinder- und Jugendparlamente oder die Kinder- und Familienverträglichkeitsprüfungen sind für diese Aufgabe gegebenenfalls weiterzuentwickeln.

#### **4. Kommunale Bildungslandschaften erfordern eine neue Abstimmung und eine neue Justierung der rechtlichen Regelungen.**

Kommunen müssen als zentrale Akteure kommunaler Bildungsplanung auch stärker bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Schulen beteiligt werden. Auf Länder- und Bundesebene ist eine stärkere Kooperation zwischen Bildungs- und Jugendministerien erforderlich.

#### **5. Der Ausbau ganztägiger Angebote erfordert zusätzliche finanzielle Anstrengungen und eine Anpassung der Finanzierungsstrukturen.**

Der Ausbau ganztägiger Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebote ist ohne weitere finanzielle Anstrengungen nicht zu realisieren. Der Ausbau von Ganztagsplätzen in der Kindertagesbetreuung sowie von Ganztagschulen erfordert höhere Personalkosten und zusätzliche Mittel für Infrastrukturmaßnahmen. Die höheren Kosten für ganztägige Angebote im Schulalter können durch die Einbeziehung von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe nur bedingt kompensiert werden. Da das außerunterrichtliche Angebot kein Freizeit-, sondern ein erweitertes Bildungsangebot sein soll, gehört es auch zur öffentlich verantworteten Bildung und darf nicht durch Elternbeiträge finanziert werden. Lediglich eine Refinanzierung des Mittagessens durch die Eltern ist angemessen. Kommunen sind in die Lage zu versetzen, ein qualitativ gutes Angebot zu finanzieren. Angesichts der prekären Finanzlage vieler Kommunen sind Möglichkeiten des finanziellen Ausgleichs zu schaffen und Angebote der Jugendhilfe als Teil einer kommunalen Bildungslandschaft stärker einzubeziehen und unter Beteiligung der Länder und, wo dies verfassungsrechtlich möglich ist, auch des Bundes zu finanzieren.

#### **6. Die Aus- und Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte muss reformiert werden.**

Die Stärkung der Bildungsaufgaben in öffentlichen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche setzt insgesamt eine Ausbildung auf Hochschulniveau voraus. Das bedeutet für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern, wie in anderen europäischen Ländern üblich, eine Anhebung auf

Hochschulniveau. Aber auch die Aus- und Weiterbildung von Sozialpädagogen bzw. Sozialpädagoginnen und Lehrkräften an Hochschulen muss reformiert werden mit dem Ziel, den Bildungsbezug generell zu stärken, auf die Kooperation mit anderen Berufsgruppen vorzubereiten sowie interdisziplinäre und institutionenübergreifende Perspektiven aufzunehmen. Deshalb sind gemeinsame Studienanteile für das Lehramts- und das Sozialpädagogikstudium erforderlich; in sozialpädagogischen Studiengängen ist ein stärkerer Schulbezug, im Lehramtsstudium eine Stärkung sozialpädagogischer Anteile erforderlich“ (BMFSFJ 2005, S. 351 f.).

Schritte in diese Richtung wurden in der Hansestadt Greifswald bereits mit Formen der *schulbezogenen Jugendsozialarbeit* bzw. der *Schulsozialarbeit* seit Mitte der 1990er Jahre unternommen.<sup>173</sup> Zu nennen ist hier exemplarisch die Arbeit des Vereins „Öffnung der Schulen“ (ÖdS). Dieser Verein ist an den Schulen in der Hansestadt Greifswald mittlerweile etabliert und betreut Schulclubs an sechs Greifswalder Schulen. Zum Angebot gehören vielfältige Aktivitäten, die vom Fitnessstraining über gemeinsames Basteln oder Backen bis hin zur Anleitung im Fotolabor u. a. reichen. Teilweise werden auch die Schulbibliotheken durch Vereinsmitarbeiterinnen betreut. Aber auch hier ergeben sich mittlerweile Probleme, da die Rekrutierung bzw. Zuweisung und Finanzierung der Mitarbeiter/innen teilweise über die Arbeitsagentur mit halbjährlich befristeten Halbtags-Beschäftigungsverhältnissen erfolgt, was nach den Kriterien und Anforderungen einer sinnvollen schulbezogenen Jugendsozialarbeit, die neben

---

173 In allen Bundesländern wurde in den letzten Jahren die *Schulsozialarbeit* ausgebaut. Zum Teil haben sich – vor allem im Zusammenhang mit dem wachsenden Bedarf an Ganztagesbetreuungsplätzen – fließende Übergänge zur kommunalen Jugendarbeit einerseits und zur traditionellen Hortarbeit entwickelt. Im Zuge der Ganztagschulentwicklung an allgemeinbildenden Schulen und Förderschulen aber auch an beruflichen Schulen ist die *Kooperation von Schule und Jugendhilfe* eine wichtige Aufgabe, die mit entsprechenden Angeboten und Leistungen zur erfolgreichen Lebensbewältigung von Jugendlichen beitragen kann. Allerdings bedarf dies der „Entwicklung einer ‚Kultur des Kooperierens‘. Sie wird gegenwärtig immer noch dadurch erschwert, dass Isolation das Arbeitsmuster statt Kooperation ist. Wenn diese Kooperation jedoch innerhalb der Kollegien schon außerordentlich schwierig ist, dann sind im Allgemeinen auch nicht die Voraussetzungen für eine Kooperation mit nichtschulischen Personen und Institutionen gegeben. Die Addition der einzelnen Institutionen bzw. der Professionen in der Schule bestimmt nach wie vor die Arbeit. Aus dieser Problemperspektive ergibt sich notgedrungen die Schaffung einer verbindlichen Kommunikations- und Kooperationsstruktur in der Schule, damit aus der tradierten Addition eine konstruktive Zusammenarbeit mit neuen Dimensionen werden kann. Eine Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe ist es dann, - wenn an einer gemeinsamen Zielstellung gearbeitet wird, - wenn jeder arbeitsteilig seine und nicht die Aufgaben des anderen erfüllt, - durch Zusammenwirken ein neues, besseres Ergebnis entsteht, - eine Organisationseinheit geschaffen wird, die die Interessen der Beteiligten vertritt und produktiv umsetzt (vgl. *Priß/Maykus* 2000). Sofern diese Voraussetzungen nicht gegeben sind, bleibt es bei einer Ergänzung von Schule durch Addition“ (*Priß/Binder/Helbig* 2004b, S. 113 f.).

einer hohen Fachlichkeit auch eine personelle Kontinuität voraussetzt, kein zufriedenstellender Zustand sein kann.<sup>174</sup>

Im Wege der weiteren organisatorischen Umstellung und Ausgestaltung der Schulen auf der Insel Usedom und in der Hansestadt Greifswald zu *Ganztagschulen* (in offener und teilweise gebundener Form, eine voll gebundene Form ist weder in Greifswald noch auf der Insel Usedom vorgesehen)<sup>175</sup> sind – hinsichtlich der vorgenannten Empfehlungen der Bildungs- und Sozialexperten des 12. Kinder- und Jugendberichts (s. o. Punkt 2. ff.) – allerdings bei Weitem nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft (vgl. auch *Bettmer/Maykus/Prüß/Richter* 2007).

Im Zusammenhang mit der Passung von innerer und äußerer Schulentwicklung von *Ganztagschulen* im Hinblick auf eine möglichst sozialraumverankerte Zusammenarbeit mit außerschulischen Akteuren der Jugendarbeit u. a., möchten wir auf die DJI-Datenbank „*Schule & Partner - schulische Kooperationspraxis auf einen Klick*“ hinweisen, die vom BMBF – im Kontext des *Investitionsprogramms „Zukunft Bildung und Betreuung“* (IZBB) – sowie dem Euro-

174 Vgl. hierzu u. a. etwa *Olk/Bathke/Hartnuß* 2000; *Prüß/Bettmer/Maykus/Hartnuß* 2001; *Bolay/Flad/Gutbrod* 2003; *Prüß/Binder/Helbig* 2004a; *Schumann/Sack/Schumann* 2006; *Oelerich* 2007.

175 Eine Besonderheit in der Greifswalder Schullandschaft ist die *Integrierte Gesamtschule „Erwin-Fischer“*, die seit 1998 als erste und bisher einzige Gesamtschule mit Ganztagsbetreuung in Greifswald besteht. Diese Schulform wurde bereits im Zuge der Bildungsreformbewegung Ende der 1960er Jahre als Gegenentwurf zum dreigliedrigen (Selektions-) Schulsystem zuerst in Berlin und Hessen u. a. mit dem Ziel entwickelt, die bestehenden Bildungs(zugangs)barrieren aufgrund bestehender struktureller und funktionaler sozialer Ungleichheit zu überwinden. (Von den 1980 insgesamt vorhandenen 180 integrierten Gesamtschulen waren rd. 90% in sozialdemokratisch bzw. sozialliberal regierten Bundesländern eingerichtet.) Neben einer Ganztagsbetreuung ist in der integrierten Variante der gemeinsame Unterricht von Schülern mit Haupt-, Real- und Gymnasialempfehlung charakteristisch. Eine der individuellen Leistungsfähigkeit entsprechende Differenzierung findet in einer Reihe von Fächern durch Förder-, Grund- und Erweiterungskurse statt. Ziel der Integrierten Gesamtschule ist es, dass die Schüler das gemeinsame Lernen und den sozialen Umgang miteinander erleben und gleichzeitig auch entsprechend ihrem individuellen Leistungsvermögen unterrichtet und vor allem gefördert werden. Bekannte Beispiele sind etwa die *Laborschule* in Bielefeld, die im Jahre 1974 nach den Ideen des Pädagogen *Hartmut von Hentig* zusammen mit dem benachbarten Oberstufen-Kolleg Bielefeld gegründet wurde, die *Helene-Lange-Schule* in Wiesbaden, Integrierte Gesamtschule *Bonn-Beul*, IGS *Georg-Christoph-Lichtenberg* in Göttingen, die *Max-Brauer-Gesamtschule* in Hamburg oder (aus eigener Kenntnis und Erfahrung, *B. Geng*) die *Staudinger-Gesamtschule* (seit 1970) in Freiburg/Brsg. Im Grunde wurde in den Gesamtschulkonzepten der 1970/80er Jahre, jenseits aller ideologischen Grabenkämpfe, bereits all das thematisiert und seither in der schulischen Praxis erprobt, was wir in diesem Bericht unter präventiven Gesichtspunkten (Erziehung zur Gemeinschafts-, Demokratie- und Friedfähigkeit, interkulturellen Toleranz usw.) erörtert haben und von den Bildungsexperten heute wieder im Rahmen der (Ganztags-) Schulentwicklung gefordert wird.

päischen Sozialfonds (ESF) gefördert wird. Darin werden in Form einschlägiger Praxisbeispiele Erfahrungen der *Kooperation von Schule mit außerschulischen Partnern* identifiziert, beschrieben und dokumentiert, um daraus Anregungen und Hinweise für die Gestaltung ähnlicher Kooperationsvorhaben im Rahmen der *Ganztagsschule* zu gewinnen. Die Datenbank basiert auf einer bundesweiten Erhebung an Ganztagsschulen im Bereich Primarstufe/Sekundarstufe I. Sie bietet Informationen über die inhaltlich-konzeptionelle Ausrichtung der Kooperation, die beteiligten Partner, die Finanzierungsmodelle, die erzielten Effekte sowie über die *Gelingensbedingungen der Kooperation*. In der ersten Phase des Datenbankprojektes (2004-2006) wurden rund 1.000 Schulen schriftlich und davon 200 Schulleitungen vertiefend befragt. Bis Ende 2009 soll die Datenbank durch weitere Recherchen und Erhebungen einen Bestand von insgesamt 330 Kooperationsbeispielen umfassen.<sup>176</sup>

Im Rahmen des genannten Investitionsprogramms „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB) des BMBF sei auch auf die „*Studie zur Entwicklung von Ganztagsschulen*“ (StEG), ein länderübergreifendes Forschungsprogramm zur Entwicklung von Ganztagsschulen und Ganztagsangeboten, hingewiesen. In einem Forschungskonsortium des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (verantwortlich Prof. Dr. E. *Klieme*), des Instituts für Schulentwicklungsforschung (verantwortlich Prof. Dr. H. G. *Holtappels*) und des Deutschen Jugendinstituts (verantwortlich Prof. Dr. Th. *Rauschenbach*) untersucht das Projekt dabei größere Stichproben von Schulen in drei Erhebungswellen (Längsschnitt). Dem Stand der Schul- und der Jugendforschung entsprechend werden hierzu eine große Zahl von Schulleitungen, Schülerinnen und Schülern, Eltern, Lehrkräften sowie weiterem pädagogisch tätigen Personal und außerschulischen Kooperationspartnern systematisch befragt. Auf der Basis der relativ breiten Eingangserhebung (Mai bis Juli 2005) umfassen die Untersuchungen und Analysen eine Reihe von unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten. Gestützt auf dieser breiten empirischen Grundlage sind damit fundierte Aussagen über Gestaltung und Entwicklung ganztägiger Angebote möglich. Erste Ergebnisse liegen mittlerweile vor.<sup>177</sup>

---

176 Vgl. <http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=578>.

177 Vgl. *Holtappels/Klieme/Rauschenbach/Stecher* 2007; <http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=332>. Diesbezüglich sei auch die Untersuchung „Analyse beispielhafter Schulkonzepte von Schulen in Ganztagsform“ von *Holtappels/Schnetzer* 2003 genannt. Diese Studie bietet einen guten Überblick über Strukturmerkmale, pädagogische Ansätze, Lehrangebote und Fördermöglichkeiten. Alle vorgestellten Konzepte haben sich in der Praxis bewährt und stellen anschaulich bereits bestehende Erfahrungen in und mit Ganztagsschulen dar. Sie geben zudem eine Orientierungshilfe für die Schulentwicklung. Details zu den pädagogischen Konzepten der einzelnen Schulen finden sich in einem Schulprofil-Dossier. Es enthält eine Zusammenstellung von Struktur- und Organisationsmerkmalen (Träger, Schulgröße, Zeitkonzept, Raumorganisation, Per-

Schließlich möchten wir auf das laufende Projekt „*Lokale Bildungslandschaften in Kooperation von Ganztagsschule und Jugendhilfe*“ des Deutschen Jugendinstituts hinweisen. In dem vom BMBF geförderten Projekt werden unter Zuhilfenahme des politikwissenschaftlichen Ansatzes der ‚local governance‘ in vier Modellregionen unterschiedliche Strategien und Entwicklungen einer *genuin kommunalen Bildungspolitik* mit dem Ziel des Abbaues *herkunftsbedingter Bildungsbenachteiligungen* rekonstruiert.<sup>178</sup>

Hinsichtlich der vielen vorhandenen Konzeptionen und Programme ist aber davor zu warnen sich in die Methoden „zu verlieben“: Die Methoden alleine schaffen keine demokratische Schule. Es kommt auf die *Intention* und den *Willen* der Schulleitung und des Kollegiums, der Kommune und Kooperationspartner an, aus der Schule einen Lebens- und Sozialraum zu machen, der demokratisches Handeln fördert, in dem *Schule als Ganzes* als ein *Lernort* für *demokratisches Handeln* zu verstehen ist. Dies setzt nicht nur die Akzeptanz der Schulleitung, des Kollegiums und der verantwortlichen (kommunalen und schulpolitischen) Akteure voraus, sondern benötigt auch einen offiziellen Status (vgl. diesbezüglich das neue Berliner Schulgesetz von 2004).<sup>179</sup>

---

sonalorganisation, Qualifizierung des Personals und Zielprogrammatis) und pädagogischen Gestaltungsformen (Förderung und Lernchancen, Unterricht und Lernkultur, Gemeinschaft und soziales Lernen, Partizipation, Öffnung der Schule und Freizeit). Diese Studie ist zugänglich unter: [http://www.ganztagsschulen.org/\\_downloads/IFS\\_Analyse\\_Gesamt.pdf](http://www.ganztagsschulen.org/_downloads/IFS_Analyse_Gesamt.pdf). Auf dieser Internetplattform des BMBF (<http://www.ganztagsschulen.org>) finden sich darüber hinaus eine Vielzahl von Informationen und Programmen zur Schulentwicklung von („guten“) Ganztagsschulen.

178 Vgl. <http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=596>.

179 Im Internet zugänglich unter: <http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bildung/rechtsvorschriften/schulgesetz.pdf>. In einer schulrechtspolitischen Sichtweise wären allerdings, anders als man zunächst erwarten würde, wesentlich grundsätzlichere schulpolitische Strukturreformen notwendig: „Es besteht jedoch nicht nur ein Zusammenhang zwischen der auf die ökonomische Vereinnahmung der Schule zurückzuführenden Leistungsorientierung des Schulsystems und der Gewaltbereitschaft der Schüler. Diese ist vielmehr auch auf die kolonialisierende Wirkung der weitreichenden Verrechtlichung der Schule zurückzuführen. ... Die rechtliche Überformung der Schule als Handlungskontext, der auf Verständigung als Mechanismus der Handlungs koordinierung angewiesen ist, und die mit dieser Verrechtlichung einhergehende Formalisierung der Beziehungen, führen wie die ökonomische Vereinnahmung der Schulen, zu einer Objektivierung des schulischen Zusammenlebens, in deren Folge Funktionsstörungen auftreten. ... Denn das Medium des Rechts bzw. die rechtsförmige Formalisierung innerschulischer Interaktionsmuster kollidieren mit der Form pädagogischen Handelns als einer spezifischen Form des kommunikativen Handelns.“ Dementsprechend müssten schulpolitische Strukturreformen, „die rechtsförmig normative Überformung des kommunikativ strukturierten Handlungsbereichs Schule rückgängig machen. Der pädagogische Prozess muss entjustizialisiert und vor allem entbürokratisiert werden, und Verfahren der Konfliktregelung, die den Strukturen verständigungsorientierten Handelns angemessen sind, müssen wirklich an die Stelle der durch mediales Recht institutionalisierten“

In der Zusammenschau der vorliegenden umfangreichen Konzeptionen und Handlungsanleitungen zur *Verbesserung der Schulqualität* und *präventiven Strategien* im Rahmen von *innerer und äußerer Schulentwicklung* wird u. E. deutlich, dass diesbezüglich kein Mangel an geeigneten Vorstellungen, Konzeptionen und Programmen herrscht. Bis auf wenige Ausnahmen erscheint uns aber in der kommunalen Schulentwicklung einiger Handlungsbedarf zu bestehen, der mit teilweise problematischen Verhältnissen an den öffentlichen Schulen in der Hansestadt Greifswald verknüpft ist.

Diese unbefriedigende Situation hängt mit den bereits angesprochenen ungünstigen sächlichen Rahmenbedingungen und den organisatorischen Umstellungsprozessen im Wege der Ganztagsschulentwicklung einerseits sowie der (wie wir aus verschiedenen Gesprächen erfuhren) teilweise misslichen Personalsituation in Verbindung mit unbefriedigenden Stellenkonditionen und Arbeitsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer andererseits zusammen, die insgesamt die Motivation und Bereitschaft zur Umsetzung der vielfältig und vielgestaltig vorhandenen Möglichkeiten und Maßnahmen im Sinne einer aktiven und engagierten Gestaltung von „*guter Schule*“ deutlich mindern.

Unter den gegebenen Bedingungen kann und muss aber gleichwohl das vorhandene Engagement der Lehrer/innen, Schulsozialarbeiter/innen und der anderen schulischen Mitarbeiter/innen sowie der sich einbringenden Eltern nicht hoch genug eingeschätzt und gewürdigt werden.

Inwieweit allerdings deren Belastbarkeit weiterhin tragfähig sein wird, um – jenseits einer basalen Bildungsversorgung – die vorhandene Kluft zwischen „*konzeptionellem Anspruch*“ und „*schulischer Wirklichkeit*“ im Hinblick auf eine zukunftsorientierte Schulentwicklung und -gestaltung zu verringern, wie wir diese – und im Anschluss an übereinstimmende Empfehlungen und Forderungen von Bildungsexperten – für die *präventiven Potenziale einer „guten Schule“* unter Berücksichtigung von differenzierten entwicklungspsychologischen Bedingungen und psychosozialen Belastungen von Kindern und Jugendlichen erörtert haben, muss allerdings bezweifelt werden. Es wundert daher nicht, dass in der Hansestadt Greifswald in den vergangenen 10 Jahren die Zahl der

---

sierten administrativen oder justiziellen Verfahren treten. Nur unter dieser Voraussetzung werden die am pädagogischen Prozess Beteiligten für mündig gehalten, ihre Interessen zu vertreten und ihre Angelegenheiten selber zu regeln. ... Die Forderung nach einer stärkeren Pädagogisierung des Unterrichts und nach einer Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen, wird allerdings auf Widerstände stoßen. Denn sie ist nicht ohne Weiteres mit der Neutralisierung der Staatsbürgerrolle vereinbar und noch weniger mit dem ökonomischen Systemimperativ, das Schulsystem vom Grundrecht auf Bildung zu entkoppeln und mit dem Beschäftigungssystem kurzzuschließen. Der Streit um Grundorientierungen der Schulpolitik lässt sich daher gesellschaftspolitisch als Kampf für oder gegen die Kolonialisierung der Lebenswelt begreifen“ (*Schäfer-Vogel* 2007, S. 528 ff.). Aus juristisch kritischer Sicht und mit Bezug auf *Habermas'* Theorie des kommunikativen Handelns (1981) vgl. ausführlich *Schäfer-Vogel* 2007.



Schulen in freier Trägerschaft zugenommen hat und die Nachfrage nach Plätzen an diesen Schulen ständig wächst.

So kommen auch die Experten des Deutschen Jugendinstituts in einer aktuellen Zwischenbilanz zum hier erörterten Thema zum Ergebnis, dass trotz der vorhandenen Mannigfaltigkeit von geeigneten gewaltpräventiven Strategien in der Schule (dies gilt für schulische Präventionsstrategien gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus gleichermaßen) in diesem Handlungsfeld gleichwohl Defizite und Mängelagen in der Praxis vorhanden sind:

„Dieser positive Eindruck von der Fachpraxis der Gewaltprävention *must jedoch relativiert* werden, wenn man erstens die Verbreitung dieser Strategien in der Fachpraxis betrachtet. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass die jeweils notwendigen Ansätze und Konzepte überall dort, wo einschlägiger Bedarf besteht, bekannt sind, geschweige denn zur Verfügung stehen und umgesetzt werden können. Zweitens fehlt es immer wieder an der Bereitschaft der Politik, der Öffentlichkeit sowie der Fachpraxis, die entsprechenden Probleme sachgerecht wahrzunehmen, sich damit offensiv auseinander zu setzen und sie konstruktiv als Aufgabe für das eigene Handeln zu verstehen. Denn in vielen Fällen würde dies bedeuten, mindestens sich selbst und den unmittelbar Beteiligten einzugestehen, dass man der Gewalt unter Kindern bzw. Jugendlichen mit seinen bisher probaten Mitteln nicht mehr Herr wird. Drittens zeigt sich mancherorts, dass die *institutionellen Voraussetzungen* sowie die *kooperativen Strukturen* nur unzureichend vorhanden, ausgebildet bzw. erwünscht sind. Ebenso zeigt sich, dass die erforderliche Fachkompetenz nur begrenzt abrufbar und die *notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen nicht verfügbar sind*, z. B. weil Lizenzen erworben oder teure Kurseinheiten absolviert werden müssen, oder weil *nicht genug Personal* für zusätzliche Aktivitäten vorhanden ist“ (DJI, *Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention 2007*, S. 286).

## 2.7 Kommunale Präventionsstrategien

Wir hatten im Greifswald-Bericht in der Diskussion der Ergebnisse zur Jugendgewalt und der Befunde zu anderen fraglichen Einstellungen auf der Grundlage eines längeren Referenzzeitraums mit drei Erhebungszeiträumen hervorgehoben, dass die insgesamt positive Entwicklung auch und gerade auf einer beharrlichen und nachhaltigen kommunalen Präventionstätigkeit in der Hansestadt Greifswald beruht, die auch erkennbar werden lässt, dass sich die Hansestadt weiterhin auf „einem guten Weg“ befindet (vgl. Kapitel A.9.1).

Diese positive Einschätzung beruht u. E. insbesondere auch auf der vorhandenen strukturellen Verankerung, der konzeptionellen Orientierung und Organisation der kommunalen Präventionsarbeit in der Hansestadt, wie diese als Voraussetzung einer erfolversprechenden kommunalen Präventionsstrategie beispielsweise vom „*Deutschen Forum Kriminalprävention*“ (DFK) empfohlen

wird.<sup>180</sup> In dieser Hinsicht sind wir der Auffassung, dass das Greifswalder „Präventions-Modell“ auch für die kommunale Präventionsarbeit in größeren Gemeinden bzw. in Gemeindeverbänden auf der Insel Usedom zu empfehlen ist.

Neben Präventionsvereinen und Bürgerinitiativen bildet vor allem der kommunale Präventionsrat unter Leitung des Oberbürgermeisters<sup>181</sup> und Beteiligung anderer Schlüsselakteure aus der Verwaltung, Polizei, Wirtschaft, Kirche, Schule und Universität eine zentrale und wichtige Voraussetzung für die kommunale Präventionsarbeit.

Insbesondere die Einrichtung einer dauerhaften Koordinierungsstelle, mit struktureller Anbindung an den kommunalen Präventionsrat, ist als eine zentrale Funktions- und Netzwerkstelle für eine wirksame und nachhaltige kommunale Präventionsarbeit von herausragender Bedeutung.<sup>182</sup> Diesbezüglich umfangreiche Kenntnisse der lokalen und sozialräumlichen Gegebenheiten, langfristige Kon-

---

180 Vgl. *Deutsches Forum Kriminalprävention: Impulse für das Kommunale Präventionsmanagement. Erkenntnisse und Empfehlungen zu Organisation und Arbeit kriminalpräventiver Gremien auf kommunaler Ebene – Ein Leitfaden für die kommunale Praxis* vom 30.11.2005, zugänglich unter den Internetseiten des DFK (<http://www.kriminalpraevention.de>). Vgl. auch *Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern* (LfK M.-V.) 2005: *Impulse – Aus der Mitte der Gesellschaft. Handlungsansätze für die kommunale Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin* (<http://www.kriminalpraevention-mv.de/>); *Zentrale Geschäftsstelle Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes e. V.* 2008.

181 In diesem Zusammenhang möchten wir auf den sehr empfehlenswerten „Offenen Brief an einen Oberbürgermeister“ des Geschäftsführers der Freudenberg-Stiftung (Weinheim), *Christian Petry*, hinweisen: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister – ein Schnellkurs über Zivilgesellschaft für Lokalpolitiker“ (vgl. *Heitmeyer* 2006, S. 273 ff.). In diesem Text wird in bemerkenswert anschaulicher Weise aufgrund von Beobachtungen und Erfahrungen des Autors beschrieben, was Kommunalpolitiker beachten sollten, wenn sie eine aktive Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus und Rassismus bilden wollen. Im Internet zugänglich unter: [http://www.bpb.de/themen/CXU25J,0,Schwerpunkt:\\_Rezepte\\_gegen\\_Rechtsextremismus.html](http://www.bpb.de/themen/CXU25J,0,Schwerpunkt:_Rezepte_gegen_Rechtsextremismus.html).

182 Dies wird auch durch den jüngsten Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung zur Evaluierung von CIVITAS-Projekten in kommunalen Kontexten bestätigt. Dort heißt es u. a.: „Dadurch erscheint eine an den Problemlagen und Interessen der Kommune orientierte Vernetzung auf der Akteurebene möglich, ohne dass diese als ein Konstrukt „von außen“ an die Akteure herangetragen wird. Zwar erwartet man von der Netzwerkstelle auch ganz konkrete Dienstleistungen, dennoch scheint sie bei den örtlichen Akteuren auf eine stärkere Resonanz und Motivation zu stoßen als früher das MBT [Mobiles Beratungs-Team]. Gleichwohl wird auch auf die Netzwerkstelle die Aufgabe zukommen, immer wieder Impulse für eine Aktivierung zu geben und die angesprochenen Prozesse kontinuierlich zu begleiten. Dafür bietet ihre ständige Präsenz und Ansprechbarkeit eine weit bessere Voraussetzung als im Falle des nur punktuell vor Ort anwesenden MBT, das darüber hinaus einen eher politisch fokussierten Ansatz (Beratung gegen Rechtsextremismus bzw. für Demokratie) verfolgte und dadurch bestimmte Bedarfe und Problemlagen nicht in den Blick bekam“ (*Lynen von Berg/Palloks/Steil* 2006, S. 162).

takte und Erfahrungen mit den öffentlichen und freien Trägern, die dauerhafte Präsenz und Ansprechbarkeit sowie kurze „Wege“ zwischen den Akteuren sind von besonderem Vorteil für die Initiierung oder Unterstützung von präventiven Projekten und Maßnahmen in den Stadtteilen und Schulen sowie deren sozialraumbezogene Vernetzung.

Ähnlich wird dies auch in den Evaluationsberichten zum Bundesprogramm „CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus“ beurteilt, das zwischen 2001 und 2006 eine Vielzahl von Projekten zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern gefördert hat. Unterstützt wurde in diesem Programm vor allem die Entwicklung *kommunaler zivilgesellschaftlicher Projekte und Initiativen*. Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung des CIVITAS-Programms wurde in mehr als vier Jahren vom bereits erwähnten Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG, Bielefeld) eine Vielzahl von Projekten begleitet, Einschätzungen von Experten aus Wissenschaft und Praxis aufbereitet und die Resonanz von Adressaten der Projektarbeit eingeholt und analysiert. Das Kernstück dieser Evaluationsstudien bildeten die *kommunalen Kontextanalysen*, die nicht nur die Wirkungschancen und Grenzen der Projektarbeit in spezifischen Arbeitsfeldern beschreiben, sondern auch das Handlungsfeld Kleinstadt und die strukturellen Bedingungen des ländlichen Raumes einbeziehen.<sup>183</sup>

Die Erkenntnisse dieser Evaluationsstudien zusammenfassend kann gesagt werden, dass Aktivitäten gegen Rechtsextremismus dann erfolgreich sein können, wenn es den Projektakteuren gelingt, die kommunalen Bedarfs- und Problemlagen aufzugreifen und an den Kommunikationsstrukturen und -inhalten der lokalen Akteure anschlussfähig zu bleiben. Die Ergebnisse machen aber grundsätzlich deutlich, dass ohne funktionierende Regelstrukturen insbesondere der Jugend- und Sozialarbeit und deren Verzahnung mit zivilgesellschaftlichem Engagement nur von einer geringen Nachhaltigkeit der Arbeit gegen Rechtsextremismus auszugehen ist. Es wird von den Evaluationsexperten eine kommunal (sozialräumlich) verstetigte und kontextualisierte Förderstrategie empfohlen, die unterschiedliche Projektformate bündelt und so in stärkerem Maße der Komplexität der Problemlagen in den Kommunen (und kommunalen Sozialräumen) gerecht werden kann (vgl. *Lynen von Berg/Palloks/Steil* 2007).

Diesbezüglich wird von den Experten hervorgehoben und betont, dass politische und soziale Präventions- und Interventionsmaßnahmen sehr viel stärker *sozialräumlich* auszurichten sind. Dies kann, wie wir bereits dargestellt haben, am ehesten über sozialräumlich verankerte kommunale Netzwerkstellen gelingen, in einem Rahmen, „den die Menschen noch ansatzweise in ihren Zuständen, Wirkungszusammenhängen, wichtigen Akteuren, mobilisierbaren

---

183 Vgl. *Lynen von Berg/Palloks/Steil* 2007; *Dünkel* 2005; *Strobel/Würz/Klem* 2003; *Wagner/Christ/van Dick* 2002.

Gruppen etc. überschauen – und wo sie am ehesten noch Selbstwirksamkeitserfahrungen machen können“ (*Heitmeyer* 2006, S. 272).

Dementsprechend denkbar wären etwa Kooperationen und Verbände von Kindertagesstätten, Schulen und Jugendeinrichtungen in den Gemeinden bzw. in größeren Kommunen im jeweiligen Stadtteil, die sich beispielsweise als „Familien- oder Stadtteilzentren“ strukturieren und organisieren, in denen neben den genannten Kooperationspartnern (Kinder- und Jugendhilfe, Vereine etc.) auch die Eltern einzubeziehen wären. Als sozialräumliche Kristallisationskerne und Standorte böten sich etwa Ganztagschulen an, die entsprechend zu organisieren und auszubauen wären (s. o.).

In dieser Hinsicht sind zielführende Kooperationen im kommunalen Bereich, wie wir sie hier für den Bereich der Gewalt- und Rechtsextremismusprävention im Kindes- und Jugendalter thematisiert haben, von zentraler Bedeutung, die durch den kommunalen Präventionsrat unter Einbeziehung der lokalen Hauptakteure (beispielsweise eine entsprechende Arbeitsgruppe in den Greifswalder Stadtteilen Schönwalde I/II, Ostseeviertel) geplant und koordiniert werden könnten und über das Lenkungsremium zu administrieren wären.

Auch wenn wir unter der Eingangs eingenommenen „Bottom-up-Perspektive“ – zunächst ungeachtet der Rahmenbedingungen – gemäß dem präventiven Grundsatz „je früher um so besser“ dem Pfad Kleinkind/Eltern, Kindheit und Jugend und ihren wichtigsten institutionellen Sozialisationskontexten (Familie, Kindertageseinrichtungen, Schule) gefolgt sind, landet man am Ende aller psychologischen und pädagogischen Einsichten und den daraus resultierenden präventiven Konzeptionen schließlich doch – ob man will oder nicht – bei den Rahmenbedingungen und damit letztlich bei einer gesellschaftspolitischen „Top-down-Perspektive“.

Denn solche Kooperationen und Verbände „sind nicht zum Nulltarif zu bekommen. Es bedarf der entsprechenden Ressourcen und des politischen Willens. Die in den letzten Jahren gewachsenen Strukturen aufrecht zu erhalten, sie bedarfsgerecht weiterzuentwickeln und zu fördern, bleibt eine Aufgabe der Politik. Damit Gewalt- [und Rechtsextremismus-] Prävention gelingt, muss sie von einer nachhaltig wirksamen Sozialpolitik begleitet und unterstützt werden. Kindern und Jugendlichen reale Zukunftschancen zu ermöglichen, ihre Bildung und Qualifikation [die mehr als Unterricht ist] zu unterstützen, ihnen Teilhabe- und Beteiligungsmöglichkeiten zu eröffnen und der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft in den Städten und zwischen den Regionen entgegenzuwirken, bleiben – neben der Anerkennung und Wertschätzung ihrer Person – deshalb unverzichtbare Herausforderungen auch im Zusammenhang mit Gewalt- [und Rechtsextremismus-] Prävention im Kindes- und Jugendalter“ (*Heitkötter u. a.* 2007, S. 312). Mit anderen Worten und inhaltlich übereinstimmend hatten wir dies bereits in unserem letzten Forschungsbericht zu den Schülerbefragungen im

Jahr 2002 auf der Insel Usedom und in Greifswald hinsichtlich der erforderlichen Rahmenbedingungen formuliert (vgl. *Dünkel/ Geng* 2003, S. 207 f.).

Es ist allerdings mit Blick auf die öffentlichen insbesondere kommunalen Kassen geradezu ein Paradoxon und schwer erträglich, dass eines der reichsten Länder der Erde (wenn man die ökonomischen Indizes heranzieht) „politisch“ und „ökonomisch“ durch ein Gesellschaftssystem gekennzeichnet ist, in dem ein kleiner Teil der Bevölkerung über einen hohen Besitz- und Wohlstand verfügt, während immer größere Teile der Bevölkerung in prekären Lagen unterhalb oder knapp über der Armutsgrenze leben.<sup>184</sup>

---

184 Nach dem 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung vom März 2005 hat sich der Anteil derjenigen, die mit einem Einkommen unterhalb der von der EU definierten Armutsgrenze auskommen müssen, seit 1998 von damals 12,1% auf 13,5% im Jahr 2003 erhöht. Von den Familien sind sogar 13,9% von Armut betroffen. Gleichzeitig wuchs dem Bericht zufolge der Besitzanteil der Reichsten am gesamten privaten Nettovermögen von fünf Billionen Euro. Den vermögendsten 10% der Haushalte gehören davon 47% - zwei Prozentpunkte mehr als im Jahr 1998. Der Anteil der unteren 50% aller Haushalte am Gesamtvermögen hat sich hingegen von 4,4% auf nun 4% verringert. „Soziale Ungleichheit ist eine Tatsache“, heißt es in dem Bericht, „und in manchen Bereichen ist sie in den letzten Jahren gewachsen.“ So habe sich die Zahl der überschuldeten Haushalte seit 1999 von 2,77 Millionen auf 3,13 Millionen im Jahr 2003 erhöht. 1,1 Millionen Kinder seien auf Sozialhilfe angewiesen - die „mit Abstand größte Gruppe“. Bildungschancen würden „vererbt“. So seien die Chancen eines Kindes aus einem Elternhaus mit hohem sozialem Status, eine Gymnasialempfehlung zu bekommen, fast dreimal so hoch wie die eines Facharbeiterkindes. Seine „Chance, ein Studium aufzunehmen“, heißt es im Bericht, „ist sogar 7,4-fach größer als die eines Kindes aus einem Elternhaus mit niedrigem sozialen Status“ (vgl. 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, März 2005, S. 16 ff., als Bundestagsdrucksache 15/5015 vom 3. März 2005 zugänglich unter: <http://dip.bundestag.de/btd/15/050/1505015.pdf>).

**Literaturverzeichnis**

- Adorno, Th. W.* (1995): Studien zum autoritären Charakter. 5. Aufl., Frankfurt am Main.
- Adorno, Th. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D. J., Sanford, N. R.* (1950): The Authoritarian Personality. New York.
- Allport, G. W.* (1971): Die Natur des Vorurteils (englisches Original 1954). Köln.
- Archer, J., Côté, S.* (2005): Sex differences and aggressive behavior. In: Tremplay, R. E., Hartup, W. W., Archer, J. (Hrsg.): Developmental origins of aggression. New York, S. 425-443.
- Babka von Gostomski, Ch., Küpper, B., Heitmeyer W.* (2006): Internetpublikation: „Fremdenfeindlichkeit in den Bundesländern“, [www.uni-bielefeld.de/ikg/Feindseligkeit/Ergebnisse\\_Fremdenfeindlichkeit\\_Ost\\_2006.pdf](http://www.uni-bielefeld.de/ikg/Feindseligkeit/Ergebnisse_Fremdenfeindlichkeit_Ost_2006.pdf).
- Babka von Gostomski, Ch., Küpper, B., Heitmeyer, W.* (2007): Fremdenfeindlichkeit in den Bundesländern. Die schwierige Lage in Ostdeutschland. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 5. Frankfurt am Main, S. 102-128.
- Baier, D.* (2005): Abweichendes Verhalten im Jugendalter. Ein empirischer Vergleich verschiedener Erklärungsansätze. Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 25, S. 381-398.
- Baier, D., Hadjar, A.* (2006): Alter Wein in neuen Schläuchen? Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Autoritarismus, Sozialer Dominanzorientierung und Hierarchischem Selbstinteresse. Zeitschrift für Politische Psychologie, 13, S. 7-29.
- Baier, D., Pfeiffer, Ch.* (2007): Gewalttätigkeit bei deutschen und nichtdeutschen Jugendlichen - Befunde der Schülerbefragung 2005 und Folgerungen für die Prävention. KFN-Forschungsbericht 100. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e. V. Internetpublikation: <http://www.kfn.de/versions/kfn/assets/fb100.pdf>.
- Baier, D., Pfeiffer, Ch., Windzio, M., Rabold, S.* (2006): Schülerbefragung 2005: Gewalterfahrungen, Schulabsentismus und Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen. Abschlussbericht über eine repräsentative Befragung von Schülerinnen und Schülern der 4. und 9. Jahrgangsstufe. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e. V. Internetpublikation: <http://www.kfn.de/versions/kfn/assets/schuelerbefragung.pdf>.
- Baier, D., Rabold, S., Pfeiffer, Ch., Windzio, M.* (2006a): Schülerbefragung 2005: Gewalterfahrungen, Schulabsentismus und Medienkonsum von Kindern

- und Jugendlichen in Thüringen. Abschlussbericht über eine repräsentative Befragung von Schülerinnen und Schülern der 4. und 9. Jahrgangsstufe. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e. V. Internetpublikation: <http://www.kfn.de/versions/kfn/assets/schuelerthueringen.pdf>.
- Baier, D., Windzio, M.* (2007): Zur Entwicklung der Jugendgewalt seit 1998 in den Städten München, Stuttgart, Hannover und Schwäbisch Gmünd. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e. V. Internetpublikation: [http://www.kfn.de/versions/kfn/assets/baier\\_windzio.pdf](http://www.kfn.de/versions/kfn/assets/baier_windzio.pdf).
- Baker, L.* (2002): Das Anlage Umwelt-Problem im Zusammenhang mit Gewalt. In: Heitmeyer, W., Hagan, J. (Hrsg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden, S. 735-760.
- Barkow, B.* (2007): Die Berichterstattung über die NPD in der regionalen Presse Mecklenburg-Vorpommerns. DemokratiePolitik – Politikwissenschaftliche Arbeitspapiere aus dem Arbeitsbereich Politische Theorie und Ideengeschichte, Heft 3, Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte, Universität Greifswald.
- Becker, R.* (2004): Soziale Ungleichheit von Bildungschancen und Chancengleichheit. In: Becker, R., Lauterbach, W. (Hrsg.): Bildung als Privileg?, Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit. Wiesbaden, S. 161-194.
- Becker, R., Lauterbach, W.* (2004): Dauerhafte Bildungsungleichheiten – Ursachen, Mechanismen, Prozesse und Wirkungen. In: Becker, R., Lauterbach, W. (Hrsg.): Bildung als Privileg?, Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit. Wiesbaden, S. 9-40.
- Becker, R., Lauterbach, W.* (Hrsg.) (2004): Bildung als Privileg? Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit. Wiesbaden.
- Beilmann, A.* (2000): Prävention dissozialer Entwicklungen: Psychologische Grundlagen und Evaluation früher kind- und familienbezogener Interventionsmaßnahmen. Habilitationsschrift, Institut für Psychologie, Universität Erlangen-Nürnberg.
- Beilmann, A., Raabe, T.* (2007): Dissoziales Verhalten von Kindern und Jugendlichen: Erscheinungsformen, Entwicklung, Prävention und Intervention. Göttingen.
- Behn, S., Kügler, N., Lembeck, H.-J. u. a.* (2006): Mediation an Schulen – eine bundesdeutsche Evaluation. Wiesbaden. Siehe auch: [www.evaluation-schulmediation.de](http://www.evaluation-schulmediation.de).
- Beier, K., Bogitzky, J., Buchstein, H., Feike, K., Fischer, B., Freyber, P., Strüwing, M., Wiedemann, T.* (2006): Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns. Greifswald.

- Bettmer, F., Maykus, S., Prüß, F., Richter, A.* (Hrsg.) (2007): Ganztagschule als Forschungsfeld. Theoretische Klärungen, Forschungsdesigns und Konsequenzen für die Praxisentwicklung. Wiesbaden.
- Bettmer, F., Prüß, F.* (2001): Schule und Jugendhilfe. In: Otto, H.-U., Thiersch, H. (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Neuwied, S. 1532-1539.
- Bien, W.* (Hrsg.) (2005): DJI Kinderbetreuungsstudie. Erste Ergebnisse. Internetpublikation: [www.dji.de/bibs/390\\_1\\_Ergebnisse\\_Kinderbetreuungsstudie-korr5TR.pdf](http://www.dji.de/bibs/390_1_Ergebnisse_Kinderbetreuungsstudie-korr5TR.pdf).
- Bilden, H.* (1991): Geschlechtsspezifische Sozialisation. In: Hurrelmann, K., Ulich, D. (Hrsg.): Neues Handbuch Sozialisationsforschung. 4. Aufl., München, Weinheim, S. 279-301.
- Bilden, H., Dausien, B.* (Hrsg.) (2006): Sozialisation und Geschlecht. Theoretische und methodologische Aspekte. Leverkusen.
- Bolay, E., Flad, C., Gutbrod, H.* (2003): Sozialraumverankerte Schulsozialarbeit. Eine empirische Studie zur Kooperation von Jugendhilfe und Schule. Stuttgart.
- Boers, K.* (2007): Hauptlinien der kriminologischen Längsschnittforschung. In: Boers, K., Reinecke, J. (Hrsg.): Delinquenz im Jugendalter. Erkenntnisse einer Münsteraner Längsschnittstudie. Münster, S. 5-40.
- Boers, K., Reinecke, J.* (Hrsg.) (2007): Delinquenz im Jugendalter. Erkenntnisse einer Münsteraner Längsschnittstudie. Münster.
- Boers, K., Walburg, C.* (2007): Verbreitung und Entwicklung delinquenten und abweichenden Verhaltens unter Jugendlichen. In: Boers, K., Reinecke, J. (Hrsg.): Delinquenz im Jugendalter. Erkenntnisse einer Münsteraner Längsschnittstudie. Münster, S. 79-95.
- Boers, K., Walburg, C., Reinecke, J.* (2006): Jugendkriminalität - Keine Zunahme im Dunkelfeld, kaum Unterschiede zwischen Einheimischen und Migranten. Befunde aus Duisburger und Münsteraner Längsschnittstudien. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 87, S. 63-87.
- Böttger, A.* (1998): Gewalt und Biographie. Eine qualitative Analyse rekonstruierter Lebensgeschichten von 100 Jugendlichen. Baden-Baden.
- Bos, W., Hornberg, S., Arnold, K.-H., Faust, G., Fried, L., Lankes, E.-M., Schwippert, K., Valtin, R.* (Hrsg.) (2007): IGLU 2006. Lesekompetenzen von Grundschulkindern in Deutschland im internationalen Vergleich. Münster.



- Bos, W., Lankes, E.-M., Prenzel, M., Schwippert, K., Walther, G., Valtin, R.* (Hrsg.) (2003): Erste Ergebnisse aus IGLU. Schülerleistungen am Ende der vierten Jahrgangsstufe im internationalen Vergleich. Münster.
- Bos, W., Lankes, E.-M., Prenzel, M., Schwippert, K., Valtin, R. & Walther, G.* (Hrsg.) (2004): IGLU. Einige Länder der Bundesrepublik Deutschland im nationalen und internationalen Vergleich. Münster.
- Bosch, G., Kalina, T.* (2007): Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland – Zahlen, Fakten, Ursachen. In: Bosch, G., Weinkopf, C. (Hrsg.): Arbeiten für wenig Geld: Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland. Frankfurt am Main, S. 20-105.
- Bosch, G., Weinkopf, C.* (Hrsg.) (2007): Arbeiten für wenig Geld: Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland. Frankfurt am Main.
- Bourdieu, P.* (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main.
- Bourdieu, P.* (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, R. (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderheft 2, S. 183-198.
- Bourdieu, P.* (1985): Sozialer Raum und ‚Klassen‘. Frankfurt am Main.
- Bourdieu, P.* (2005): Das Elend der Welt. Stuttgart.
- Bressan S.* (2005): Rechtsextremismus-Studie: Differenzierte Ausländerfeindlichkeit? Anmerkungen zu: Klaus Schroeder, Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland: Ein Ost-West-Vergleich, erschienen im Verlag Ferdinand Schoeningh, 2004. Internetpublikation: <http://www.hagalil.com/archiv/2004/05/schroeder.htm>.
- Breymann, K.* (1993): Gewalttaten rechtsorientierter Skinheads in Ostdeutschland. In: Merten, R., Otto, H. (Hrsg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Opladen.
- Brodkorb, M.* (2008): Provokation als Prinzip. In: Brodkorb, M., Schlotmann, V. (Hrsg.): Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin, S. 41-61.
- Brodkorb, M., Schmidt, Th.* (2002): Gibt es einen modernen Rechtsextremismus? Das Fallbeispiel Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin.
- Bruhns, K., Wittmann, S.* (2002): „Ich meine, mit Gewalt kannst du dir Respekt verschaffen.“ Mädchen und junge Frauen in gewaltbereiten Jugendgruppen. Opladen.
- Bruhns, K., Wittmann, S.* (2006): Umstände und Hintergründe der Einstellungen von Mädchen zur Gewalt. In: Heitmeyer, W., Schröttle, M. (Hrsg.): Gewalt. Beschreibungen, Analysen, Prävention. Bonn, S. 294-317.

- Bundeskriminalamt* (Hrsg.) (2006): Polizeiliche Kriminalstatistik (mehrere Jahrgänge). Wiesbaden
- Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz* (2006): Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht. Berlin.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales* (2005): Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht. Berlin. Bundestagsdrucksache 15/5015 vom 3.3.2005. Internetpublikation: <http://dip.bundestag.de/btd/15/050/1505015.pdf>.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (2006): Abschlussbericht zur Umsetzung des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“, Stand: 31.10.2006. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (2005): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin. Internetpublikation: [http://www.bmfsfj.de/doku/kjb/data/download/kjb\\_060228\\_ak3.pdf](http://www.bmfsfj.de/doku/kjb/data/download/kjb_060228_ak3.pdf).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend/Bundesministerium der Justiz* (2003): Gewaltfreie Erziehung. Eine Bilanz nach Einführung des Rechts auf gewaltfreie Erziehung. Berlin.
- Bundesverband der Unfallkassen* (Hrsg.) (2005): Gewalt an Schulen. Ein empirischer Beitrag zum gewaltverursachten Verletzungsgeschehen an Schulen in Deutschland 1993-2003. München.
- Bussmann, K.* (2002): Studie zu den Auswirkungen des Gesetzes zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung und der begleitenden Kampagne „Mehr Recht vor Kindern“ - Elternstudie. Internetpublikation: <http://bussmann2.jura.uni-halle.de/www2//famgewalt01.pd>.
- Bussmann, K.* (2005): Familiengewaltreport. Internetpublikation: [http://bussmann2.jura.uni-halle.de/FamG/Bussmann\\_FamilienGewaltReport.pdf](http://bussmann2.jura.uni-halle.de/FamG/Bussmann_FamilienGewaltReport.pdf).
- Bussmann, K., Erthal, C., Beier, A.* (2003): Studie zu den Auswirkungen des Gesetzes zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung und der begleitenden Kampagne „Mehr Respekt vor Kindern“ - Jugendstudie. Halle u. a.
- Christ, O., Wagner, U.* (2008): Interkulturelle Kontakte und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 6. Frankfurt am Main, S. 154-168.
- Cohen, J., Cohen, P., West, S. G., Aiken, L. S.* (2003): Applied Multiple Regression. Correlation Analysis for the Behavioral Sciences. 3. Aufl., Mahwah, NJ.

- Cook, St. W.* (1985): Experimenting on Social Issues: The Case of School Desegregation. *American Psychologist*, 40, S. 452-460.
- Dahrendorf, R.* (1965): *Bildung ist Bürgerrecht*. Hamburg.
- Dahrendorf, R.* (1965): *Arbeiterkinder an deutschen Universitäten*. Tübingen.
- Daly, M., Wilson, M.* (1988): *Homicide*. Hawthorne, NY.
- Daly, M., Wilson, M.* (2002): Tödliche interpersonale Gewalt aus Sicht der Evolutionspsychologie. In: Heitmeyer, W., Hagan, J. (Hrsg.): *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*. Wiesbaden, S. 709-734.
- Decker, O., Brähler, E., Geißler, N.* (2006): *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin.
- de Haan, G., Edelstein, W., Eikel, A.* (Hrsg.) (2007): *Qualitätsrahmen Demokratiepädagogik. Demokratische Handlungskompetenz fördern, demokratische Schulqualität entwickeln*. Weinheim, Basel.
- Dembowski, G.* (2007): Rassismus: Brennglas Fußball. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): *Deutsche Zustände. Folge 5*. Frankfurt am Main, S. 217-225.
- Dembski, Ch.* (2003): Möglichkeiten kommunaler Prävention in der Auseinandersetzung mit Gewalt und Rechtsextremismus am Beispiel der Hansestadt Greifswald. In: Dünkel, F., Geng, B. (Hrsg.): *Jugendgewalt und Kriminalprävention*. Mönchengladbach, S. 57-72.
- Deutscher Bundestag* (2005): *Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule. Zwölfter Kinder- und Jugendbericht*. Berlin. BT 15/6014 vom 10.10.2005.
- Deutsches Forum Kriminalprävention* (2005): *Impulse für das Kommunale Präventionsmanagement. Erkenntnisse und Empfehlungen zu Organisation und Arbeit kriminalpräventiver Gremien auf kommunaler Ebene – Ein Leitfaden für die kommunale Praxis*. Internetpublikation: [www.kriminalpraevention.de](http://www.kriminalpraevention.de).
- Deutsches Jugendinstitut, Arbeitsstelle Kinder und Jugendkriminalitätsprävention* (2007): *Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter. Eine Zwischenbilanz in sechs Handlungsfeldern*. München.
- Deutsches Jugendinstitut/Universität Dortmund* (Hrsg.) (2005): *Zahlenspiegel 2005. Kindertagesbetreuung im Spiegel der Statistik*. Internetpublikation: [www.bmfsfj.de/Publikationen/zahlenspiegel2005/root.html](http://www.bmfsfj.de/Publikationen/zahlenspiegel2005/root.html).
- Deutsches Jugendinstitut/Universität Dortmund* (Hrsg.) (2005): *Zahlenspiegel 2005. Kindertagesbetreuung im Spiegel der Statistik*. Internetpublikation: [www.bmfsfj.de/Publikationen/zahlenspiegel2005/root.html](http://www.bmfsfj.de/Publikationen/zahlenspiegel2005/root.html).
- Deven F.* (2006): „Sure Start“ Synthesebericht. Großbritannien 2006. Im Auftrag der Europäischen Kommission – GD Beschäftigung, Soziale Ange-

- legenheiten und Chancengleichheit. Internetpublikation: [http://ec.europa.eu/employment\\_social/spsi/docs/social\\_inclusion/2006/pr\\_uk\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/employment_social/spsi/docs/social_inclusion/2006/pr_uk_de.pdf).
- Diekmann, A.* (2006): Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. 16. Aufl., Reinbek.
- Ditton, H.* (2004): Der Beitrag von Schule und Lehrern zur Reproduktion von Bildungsungleichheit. In: Becker, R., Lauterbach, W. (Hrsg.): Bildung als Privileg?, Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit. Wiesbaden, S. 251-280.
- Dünkel, F.* (2005): Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Was hat sich bewährt? Eine Bestandsaufnahme. In: Arnold, J. u. a. (Hrsg.): Menschengerechtes Strafrecht. Festschrift für Albin Eser zum 70. Geburtstag. München, S. 1293-1309.
- Dünkel, F., Geng, B.* (1999): Schlussfolgerungen. In: Dünkel, F., Geng, B. (Hrsg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Bestandsaufnahme und Interventionsstrategien. Mönchengladbach, S. 367-400.
- Dünkel, F., Geng, B.* (2003): Gewalterfahrungen, gesellschaftliche Orientierungen und Risikofaktoren bei Jugendlichen in der Hansestadt Greifswald 1998-2002. In: Dünkel, F., Geng, B. (Hrsg.): Jugendgewalt und Kriminalprävention. Mönchengladbach, S. 1-55.
- Eckert, R., Reis, C., Wetzstein, Th. A.* (2000): „Ich will halt anders sein wie die anderen“. Abgrenzung, Gewalt und Kreativität bei Gruppen Jugendlicher. Opladen.
- Edelstein, W., Fauser, P.* (2001): Demokratie lernen und leben. Gutachten für ein Modellversuchsprogramm der BLK. Bonn. Internetpublikation: <http://www.blk-demokratie.de/fileadmin/public/dokumente/Expertise.pdf>.
- Elias, P., Birch, M.* (1993): ISCO 88 (COM). Fassung der Internationalen Standardklassifikation der Berufe 1988 zur Verwendung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Universität Warwick. Institut für Beschäftigungsforschung. Warwick.
- Elias, P., Birch, M.* (1994): Errichtung einer EG-weiten Statistik der Berufe. ISCO 88 (COM). Fassung der Internationalen Standardklassifikation der Berufe 1988 zur Verwendung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Universität Warwick. Institut für Beschäftigungsforschung. Internetpublikation: <http://www.warwick.ac.uk/ier/isco/isco88.html>.
- Endrikat, K.* (2006): Jüngere Menschen. Größere Ängste, geringere Feindseligkeit. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 4. Frankfurt am Main, S. 101-114.
- Enzmann, D., Brettfeld, K., Wetzels, P.* (2003): Männlichkeitsnormen und die Kultur der Ehre. Empirische Prüfung eines theoretischen Modells zur

- Erklärung erhöhter Delinquenzraten jugendlicher Migranten. In: Oberwittler, D., Karstedt, S. (Hrsg.): *Soziologie der Kriminalität*. Wiesbaden. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 43/2003, S. 264-287.
- Falter, J. W., Schoen, H.* (Hrsg.) (2005): *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden.
- Farin, K., Seidel-Pielen, E.* (1993): „Ohne Gewalt läuft nichts“ – Jugend und Gewalt in Deutschland. Köln.
- Fischer, B.* (2006): *Ueckermünde – ein Refugium des Rechtsextremismus? DemokratiePolitik – Politikwissenschaftliche Arbeitspapiere aus dem Arbeitsbereich Politische Theorie und Ideengeschichte*, Heft 2, Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte, Universität Greifswald.
- Freyhold, M. von* (1971): *Autoritarismus und politische Apathie – Analyse einer Skala zur Ermittlung autoritätsgebundener Verhaltensweisen*. Frankfurt am Main.
- Fuchs, M., Lamnek, S., Luedtke, J., Baur, N.* (2005): *Gewalt an Schulen. 1994-1999-2004*. Wiesbaden.
- Galm, B., Herzig, S., Lillig, S., Stötzel, M.* (2007): *Kindeswohl und Kindeswohlgefährdung*. In: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (Hrsg.): *Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter. Eine Zwischenbilanz in sechs Handlungsfeldern*. München, S. 31-59.
- Ganzeboom, H. B. G., de Graaf, P. M., Treiman, D. J.* (1992): *A Standard International Socio-Economic Index of Occupational Status*. *Social Science Research*, 21, S. 1-56.
- Ganzeboom, H. B. G., Treiman, D. J.* (1996): *Internationally Comparable Measures of Occupational Status for the 1988 International Standard Classification of Occupations*. *Social Science Research*, 25, S. 201-239.
- Ganzeboom, H. B. G., de Graaf, P. M., Treiman, D. J.* (2003): *Three Internationally Standardized Measures for Comparative Research on Occupational Status*. In: Hoffmeyer-Zlotnik, J. H.-P., Wolf, C. (Hrsg.): *Advances in Cross-National Comparison. A European Working Book for Demographic and Socio-Economic Variables*. New York, Appendix: S. 176-193. Vgl. auch *Ganzeboom, H. B. G.* (Homepage): *Tools for deriving status measures from ISCO-88*. <http://home.scw.vu.nl/~ganzeboom/ismf/scaleapp.htm>.
- Gaßebner, M.* (2003): *Gruppen, Szenen, Parteien*. In: Wahl, K. (Hrsg.): *Skinheads, Neonazis, Mitläufer. Täterstudien und Prävention*. Opladen, S. 177-200.

- Geißler, R.* (2006): Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung. 4. überarbeitete und aktualisierte Auflage, Wiesbaden.
- Geng, B.* (1999): Fremdenfeindliche und rechtsextreme Orientierungen, Gewaltakzeptanz und Gewalterfahrungen – Befunde einer Schülerstudie in der Hansestadt Greifswald. In: Dünkel, F., Geng, B. (Hrsg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Bestandsaufnahme und Interventionsstrategien. Mönchengladbach, S. 237-264.
- Gessenharter, W., Fröchling, H., Krupp, B.* (1978): Rechtsextremismus als normativ-praktisches Forschungsproblem. Weinheim, Basel.
- Gollwitzer, M., Pfetsch, J., Schneider, V., Schulz, A., Steffke, T., Ulrich, C.* (Hrsg.) (2007): Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen. Aktuelle Erkenntnisse aus Forschung und Praxis. Göttingen u. a.
- Grasmick, H. G., Tittle, C. R., Bursik, R. J., Arneklev B. J.* (1993): Testing the Core Empirical Implications of Gottfredson and Hirschi's General Theory of Crime. *Journal of Research in Crime and Delinquency*, 30, S. 5-29.
- Habermas, J.* (1987): Theorie des kommunikativen Handelns. Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung. Band I, 4. durchgesehene Aufl., Frankfurt am Main.
- Habermas, J.* (1987): Theorie des kommunikativen Handelns. Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Band II, 4. Aufl., Frankfurt am Main.
- Habermas, J.* (1990): Gewaltmonopol, Rechtsbewußtsein und demokratischer Prozeß. Erste Eindrücke bei der Lektüre des „Erstgutachtens“ der Gewaltkommission. In: Albrecht, P.-A. (Hrsg.): Verdeckte Gewalt. Frankfurt am Main, S. 180-188.
- Habermas, J.* (1992): Faktizität und Geltung, 2. Aufl., Frankfurt am Main.
- Hadjar, A.* (2004): Ellenbogenmentalität und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen. Die Rolle des hierarchischen Selbstinteresses. Wiesbaden.
- Hanke, O.* (2007): Strategien der Gewaltprävention an Schulen. In: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitsstelle Kinder und Jugendkriminalitätsprävention (Hrsg.): Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter. Eine Zwischenbilanz in sechs Handlungsfeldern. München, S. 104-130.
- Heinrich, G.,* (Hrsg.) (2005): Beiträge zu Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus. Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Heft 25. Rostock.
- Heinrich, G., Lehmann A.* (2006): Zwischen Provokation und Systemfeindschaft – die NPD. In: Schoon, S., Werz, N. (Hrsg.): Die Landtagswahl in

- Mecklenburg-Vorpommern 2006 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler. Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Heft 27. Rostock, S. 67-77.
- Heinrich, G., Werz, N.* (Hrsg.) (2003): Forschungen in Mecklenburg-Vorpommern zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Heft 18. Rostock.
- Heitkötter, M., Holthusen, B., Laux, V., Lüders, Ch., Schäfer, H.* (2007): Unterstützende Rahmenbedingungen gewaltpräventiver Strategien. In: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitsstelle Kinder und Jugendkriminalitätsprävention (Hrsg.): Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter. Eine Zwischenbilanz in sechs Handlungsfeldern. München, S. 248-318.
- Heitmeyer, W.* (1995): Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. 5. Aufl., Weinheim, München.
- Heitmeyer, W.* (Hrsg.) (1996): Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen und fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus. 3. Aufl., Frankfurt am Main.
- Heitmeyer, W.* (Hrsg.) (2002): Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt am Main.
- Heitmeyer, W.* (Hrsg.) (2003): Deutsche Zustände. Folge 2. Frankfurt am Main.
- Heitmeyer, W.* (Hrsg.) (2005): Deutsche Zustände. Folge 3. Frankfurt am Main.
- Heitmeyer, W.* (Hrsg.) (2006): Deutsche Zustände. Folge 4. Frankfurt am Main.
- Heitmeyer, W.* (Hrsg.) (2007): Deutsche Zustände. Folge 5. Frankfurt am Main.
- Heitmeyer, W.* (Hrsg.) (2008): Deutsche Zustände. Folge 6. Frankfurt am Main.
- Heitmeyer, W.* (zus. m. Forschungsgruppe) (Hrsg.) (1998): Gewalt. Schattenseiten von Individualisierungsprozessen bei Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus. 3. Aufl., Weinheim, München.
- Heitmeyer, W.* (zus. m. Forschungsgruppe) (Hrsg.) (1995): Die Bielefelder Rechtsextremismusstudie. Erste Langzeituntersuchung. 2. Aufl., Weinheim, München.
- Heitmeyer, W., Hagan, J.* (Hrsg.) (2003): The International Handbook of Violence Research. Dordrecht.
- Heitmeyer, W., Müller, J.* (1995): Fremdenfeindliche Gewalt junger Menschen, Bonn.
- Heitmeyer, W., Schröttle, M.* (Hrsg.) (2006): Gewalt. Beschreibungen, Analysen, Prävention. Bonn.

- Helming, E., Sandmeir, G., Sann, A., Walter, M.* (2006): Kurzevaluation von Programmen zu Frühen Hilfen für Eltern und Kinder und sozialen Frühwarnsystemen in den Bundesländern – Abschlussbericht. München.
- Henning, E.* (1980): Regionale Unterschiede bei der Entstehung des deutschen Faschismus – Ein Plädoyer für ‚mikroanalytische Studien‘ zur Erforschung der NSDAP. Politische Vierteljahresschrift, 21, S. 152-173.
- Holtappels, G., Schnetzer, Th.* (2003): Analyse beispielhafter Schulkonzepte von Schulen in Ganztagsform. Dortmund. Internetpublikation: [http://www.ganztagsschulen.org/\\_downloads/IFS\\_Analyse\\_Gesamt.pdf](http://www.ganztagsschulen.org/_downloads/IFS_Analyse_Gesamt.pdf).
- Holtappels, H. G., Klieme, E., Rauschenbach, Th., Stecher, L.* (Hrsg.) (2007): Ganztagschule in Deutschland. Ergebnisse der Ausgangserhebung der „Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen“ (StEG). Weinheim.
- Holz, G., Puhlmann, A.* (2005): „Alles schon entschieden? Wege und Lebenssituation armer und nicht-armer Kinder zwischen Kindergarten und weiterführender Schule“ Zwischenergebnisse der 3. AWO-ISS-Studie mit Analysen zur aktuellen Lebenssituation der zehnjährigen Kinder und ihrer Entwicklung seit 1999. ISS-Pontifex 4/2005. Frankfurt am Main.
- Holz, G., Richter, A., Wüstendörfer, W., Giering, D.* (2005): Zukunftschancen für Kinder!?! – Wirkung von Armut bis zum Ende der Grundschulzeit Zusammenfassung des Endberichts der 3. Phase der AWO-ISS-Studie. Internetpublikation: [http://www.awo.org/pub/soz\\_pol/armut/isskinderarm05/caarticle\\_file\\_download/elem0/EndZusammenfassung12-2005.pdf](http://www.awo.org/pub/soz_pol/armut/isskinderarm05/caarticle_file_download/elem0/EndZusammenfassung12-2005.pdf).
- Hurrelmann, K., Bründel, H.* (2007): Gewalt an Schulen. Pädagogische Antworten auf eine soziale Krise. Weinheim.
- Hurrelmann, K., Grundmann, M., Walper, S.* (Hrsg.) (2007): Handbuch der Sozialisationsforschung. 6. Aufl., Weinheim.
- International Labour Office* (1990): ISCO-88: International Standard Classification of Occupations. Genf.
- Kalina, T., Weinkopf, C.* (2008): Weitere Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung: 2006 bereits rund 6,5 Millionen Beschäftigte betroffen. Aktuelle Forschungsergebnisse aus dem Institut für Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg. IAQ-Report 2008-01. Internetpublikation: <http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/>.
- Kanz, K.-M.* (2007): Mediengewalt und familiäre Gewalterfahrungen. In: Boers, K., Reinecke, J. (Hrsg.): Delinquenz im Jugendalter. Erkenntnisse einer Münsteraner Längsschnittstudie. Münster, S. 269-298.
- Klieme, E., Beck, B.* (Hrsg.) (2007): Sprachliche Kompetenzen - Konzepte und Messung. DESI-Studie (Deutsch-Englisch Schülerleistungen International). Weinheim.



- Kohlberg, L., Wasserman, E., Richardson, N.* (1978): Die Gerechte Schul-Kooperative. Ihre Theorie und das Experiment der Cambridge Cluster School. In: Portele, G. (Hrsg.): Sozialisation und Moral. Weinheim, S. 215-259.
- Köllisch, T., Oberwittler D.* (2004): Sozialer Wandel und Risikomanagement bei Kindern und Jugendlichen. Eine Replikationsstudie zur langfristigen Zunahme des Anzeigeverhaltens. Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 24, S. 49-72
- Krüger, C.* (2008): Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen allgemeiner Gewaltbereitschaft und rechtsextremen Einstellungen. Eine kriminologische Studie zum Phänomen jugendlicher rechter Gewaltstraftäter. Mönchengladbach.
- Kühnel, W.* (2007): Gruppen, Konflikte und Gewalt im Jugendstrafvollzug. Aus Politik und Zeitgeschichte, 37, S. 24-31.
- Küpper, B., Zick, A.* (2008): Soziale Dominanz, Anerkennung und Gewalt. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 6. Frankfurt am Main, S. 116-134.
- Konsortium Bildungsberichterstattung* (Hrsg.) (2006): Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Internetpublikation: <http://www.bildungsbericht.de/daten/gesamtbericht.pdf>.
- Lamnek, S., Boatca, M.* (Hrsg.) (2003): Geschlecht, Gewalt, Gesellschaft. Opladen.
- Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern* (2005): Impulse: Aus der Mitte der Gesellschaft. Handlungsansätze für die kommunale Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin.
- Lehmann, R. H., Peek, R., Gänsfuß, R., Husfeldt, V.* (2002): Aspekte der Lernausgangslage und der Lernentwicklung – Klassenstufe 9. Ergebnisse einer Längsschnittsuntersuchung in Hamburg. Hamburg.
- Lehmann, R. H., Hunger, S., Ivanov, S., Gänsfuß, R., Hoffmann, E.* (2004): Aspekte der Lernausgangslage und der Lernentwicklung – Klassenstufe 11. Ergebnisse einer Längsschnittsuntersuchung in Hamburg. Hamburg.
- Lehmann R. H., Ivanov, S., Hunger, S., Gänsfuß, R.* (2005): Untersuchung der Leistungen, Motivation und Einstellungen zu Beginn der beruflichen Ausbildung. Hamburg.
- Lind, G.* (2003): Moral ist lehrbar. Handbuch zur Theorie und Praxis moralischer und demokratischer Bildung. München.

- Löber, R., Farrington, D. P.* (2001): *Child Delinquents: Development, Intervention and Service Needs*. Thousand Oaks, CA.
- Loch, D., Heitmeyer, W.* (2001): *Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und Regionalismus in Westeuropa*. Frankfurt am Main.
- Lösel, F., Beelmann, A., Stemmler, M., Jaurisch, S.* (2006): *Prävention von Problemen des Sozialverhaltens im Vorschulalter. Evaluation des Eltern- und Kindertrainings EFFEKT*. *Zeitschrift für Klinische Psychologie und Psychotherapie*, 35, S. 127-139.
- Lösel, F., Bender, D.* (2003): *Resilience and protective factors*. In: Farrington, D. P., Coid, W. (Hrsg.): *Early prevention of adult antisocial behaviour*. Cambridge, S. 130-204.
- Lösel, F., Bliesener, Th.* (2003): *Aggression und Delinquenz unter Jugendlichen. Untersuchungen von kognitiven und sozialen Bedingungen*. München, Neuwied.
- Lynen von Berg, H., Palloks, K., Steil, A.* (2007): *Interventionsfeld Gemeinwesen. Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus*. Weinheim.
- Lynen von Berg, H., Palloks, K., Steil, A.* (2006): *Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung zur Evaluierung von CIVITAS-Projekten in kommunalen Kontexten*. Berlin.
- Lynen von Berg, H., Palloks, K., Steil, A.* (2004): *Pädagogische Handlungsansätze und zivilgesellschaftliches Engagement im kommunalen Raum. Kontextanalysen von Projekten zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Rahmen des CIVITAS-Programms*. Berlin.
- Mansel, J.* (2000): *Determinanten für Gewaltbereitschaft und Gewalt im Jugendalter*. *Journal für Gewalt- und Konfliktforschung*, 2, S. 70-93.
- Marneros, A.* (2002): *Hitlers Urenkel. Rechtsradikale Gewalttäter – Erfahrungen eines wahldeutschen Gerichtsgutachters*. Bern u. a.
- Marneros, A.* (2005): *Blinde Gewalt. Rechtsradikale Gewalttäter und ihre zufälligen Opfer*. Frankfurt am Main.
- Marneros, A., Steil, B., Galvao, A.* (2003): *Der soziobiographische Hintergrund rechtsextremistischer Gewalttäter*. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 86, S. 364-372.
- Mehnhorn, Ch.* (2001): *Skinheads: Portrait einer Subkultur*. Baden-Baden.
- Melzer, W., Schubarth, W., Ehninger, F.* (2006): *Positives Sozialverhalten von Schülerinnen und Schülern ist ein Bildungswert*. *Prävention und Inter-*

- vention. In: Heitmeyer, W., Schröttle, M. (Hrsg.): Gewalt. Beschreibungen, Analysen, Prävention. Bonn, S. 217-236.
- Micus, Ch.* (2002): Friedfertige Frauen und wütende Männer? Theorien und Ergebnisse zum Umgang der Geschlechter mit Aggression. Weinheim.
- Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen* (Hrsg.) (2005): Abschlussdokumentation. Soziale Frühwarnsysteme in NRW – Ergebnisse und Perspektiven eines Modellprojekts. Institut für soziale Arbeit e. V. Münster.
- Minkenberg, M., Sucker, D., Wenninger, A.* (Hrsg.) (2006): Radikale Rechte und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland und Polen. Nationale und europäische Perspektiven. Bonn.
- Möller, K.* (2001): Coole Hauer und brave Engelein. Gewaltakzeptanz und Gewaltdistanzierung im Verlauf des frühen Jugendalters. Opladen.
- Müller, Th.* (2006): „Exekutive Führerschaft“ in der Gemeinde? Das Beispiel der Stadtvertretung Wolgast zwischen gleichgültiger Gefolgschaft und wohlüberlegtem Folgen. DemokratiePolitik – Politikwissenschaftliche Arbeitspapiere aus dem Arbeitsbereich Politische Theorie und Ideengeschichte, Heft 1, Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte, Universität Greifswald.
- Niedermayer, O., Stöss, R.* (2005): Rechtsextreme Einstellungen in Berlin und Brandenburg. Berlin.
- Niemann, L.* (2008): Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Ihre Parlamentsarbeit im ersten Jahr. DemokratiePolitik – Politikwissenschaftliche Arbeitspapiere aus dem Arbeitsbereich Politische Theorie und Ideengeschichte, Heft 4, Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte, Universität Greifswald.
- Oelerich, G.* (2007): Ganztagschulen und Ganztagsangebote in Deutschland – Schwerpunkte, Entwicklungen und Diskurse. In: Bettmer, F., Maykus, S., Pruß, F., Richter, A. (Hrsg.): Ganztagschule als Forschungsfeld. Theoretische Klärungen, Forschungsdesigns und Konsequenzen für die Praxisentwicklung. Wiesbaden, S. 13-42.
- Olds, D., Henderson, C. R. Jr., Cole, R., Eckenrode, J., Kitzman, H., Luckey, D., Pettitt, L., Sidora, K., Morris, P., Powers, J.* (1997): Long-term effects of nurse home visitation on children's criminal and antisocial behavior: 15-year follow-up of a randomized controlled trial. *Journal of the American Medical Association*, 280, S. 1238-1244.
- Olk, T., Bathke, G.-W., Hartnuß, B.* (2000): Jugendhilfe und Schule. Empirische Befunde und theoretische Reflexionen zur Schulsozialarbeit. Weinheim, München.

- Olweus, D.* (1995): Gewalt in der Schule. Was Lehrer und Eltern wissen sollten – und tun können. Bern.
- Petersen, L.-E., Six, B.* (Hrsg.) (2008): Stereotype, Vorurteile und soziale Diskriminierung. Theorien, Befunde und Interventionen. Weinheim.
- Petry, Ch.* (2006): „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister...“. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 4. Frankfurt am Main, S. 273-291.
- Pettigrew, T. F.* (1986): The intergroup contact hypothesis reconsidered. In: Hewstone, M., Brown, R. (Hrsg.): Contact and conflict in intergroup encounters. Cambridge, MA, S. 169-195.
- Pettigrew, T. F.* (1998): Intergroup contact theory. Annual Review of Psychology, 49, S. 65-85.
- Pettigrew, T. F., Tropp, L. R.* (2006): A meta-analytic test of intergroup contact theory. Journal of Personality and Social Psychology, 90, S. 751-783.
- Pfahl-Traughber, A.* (2006): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. München.
- Pfeiffer, Ch., Hosser, D., Maier-Pfeiffer, A., Jungmann, T.* (2005): Prävention durch Frühförderung. Modellversuch zur Prävention von Krankheit, Armut und Kriminalität für Kinder aus sozial benachteiligten Familien. IKK-Nachrichten, 1-2, S. 52-54.
- Pfeiffer, Ch., Wetzels, P.* (2006): Kriminalitätsentwicklung und Kriminalpolitik: Das Beispiel Jugendgewalt. In: Feltes, Th., Pfeiffer, Ch., Steinhilper, G. (Hrsg.): Kriminalpolitik und ihre wissenschaftlichen Grundlagen. Festschrift für Professor Dr. Hans-Dieter Schwind zum 70. Geburtstag. Heidelberg, S. 1095-1127.
- Pfeiffer, Ch., Windzio, M., Baier, D.* (2006): Elf Vorschläge zur Gewaltvermeidung und sozialen Integration. In: Heitmeyer, W., Schröttle, M. (Hrsg.): Gewalt. Beschreibungen, Analysen, Prävention. Bonn, S. 276-290.
- Picht, G.* (1965): Die deutsche Bildungskatastrophe. München.
- PISA-Konsortium Deutschland* (Hrsg.) (2002): PISA 2000. Die Länder der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. Opladen.
- PISA-Konsortium Deutschland* (Hrsg.) (2001): PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen.
- PISA-Konsortium Deutschland* (Hrsg.) (2004): PISA 2003. Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs – Zusammenfassung. Internetpublikation: <http://www.ipn.uni-kiel.de/aktuell/publikationen.html>.

- PISA-Konsortium Deutschland* (Hrsg.) (2005): PISA 2003. Ergebnisse des zweiten Ländervergleichs – Zusammenfassung. Internetpublikation: <http://www.ipn.uni-kiel.de/aktuell/publikationen.html>.
- PISA-Konsortium Deutschland* (Hrsg.) (2007): PISA 2006. Die Ergebnisse der dritten internationalen Vergleichsstudie. Zusammenfassung. Internetpublikation: <http://www.ipn.uni-kiel.de/aktuell/publikationen.html>.
- Pöge, A.* (2007): Soziale Jugendmilieus und Delinquenz. In: Boers, K., Reinecke, J. (Hrsg.): Delinquenz im Jugendalter. Erkenntnisse einer Münsteraner Längsschnittstudie. Münster, S. 201-239.
- Popitz, H.* (1965): Die Ungleichheit der Chancen im Zugang zur höheren Schulbildung. In: von Friedeburg, L. (Hrsg.): Jugend in der modernen Gesellschaft. Köln, Berlin, S. 392-408. Zuerst erschienen als Sonderdruck aus Arbeit en Samenleving, Rotterdam 1964, S. 121-141.
- Prüß, F.* (2004): Schulbezogene Jugendhilfe als Kooperationsansatz „Chancen und Risiken“. In: Hartnuß, B., Maykus, S. (Hrsg.): Handbuch Kooperation von Jugendhilfe und Schule. Ein Leitfaden für Praxisreflexionen, theoretische Verortungen und Forschungsfragen. Berlin, S. 102-125.
- Prüß, F., Bettmer, F., Maykus, St., Hartnuß, B.* (2001): Kooperation von Jugendhilfe und Schule in Mecklenburg-Vorpommern. Empirische Analysen zur Entwicklung eines innovativen Handlungsfeldes. Schwerin.
- Prüß, F., Binder, H., Helbig, E.* (2004a): Forschungsbericht: Wissenschaftliche Begleitung der Schulsozialarbeit an Beruflichen Schulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern unter besonderer Berücksichtigung des Modellprojektes „Schulsozialarbeit an Beruflichen Schulen mit sonderpädagogischer Aufgabenstellung“. Greifswald.
- Prüß, F., Binder, H., Helbig, E.* (2004b): Lebensbedingungen junger Heranwachsender an Beruflichen Schulen in Mecklenburg-Vorpommern. Empirische Analysen zur Weiterentwicklung der Schulbezogenen Jugendhilfe. Landesinitiative Jugend- und Schulsozialarbeit. Internetpublikation: <http://www.mv-regierung.de/lajusa/>.
- Raithel, J., Mansel, J.* (2003): Delinquenzbegünstigende Bedingungen in der Entwicklung Jugendlicher. In: Raithel, J. (Hrsg.): Kriminalität und Gewalt im Jugendalter. Hell- und Dunkelfeldbefunde im Vergleich. Weinheim, S. 25-40.
- Richter, I.* (1999): Die sieben Todsünden der Bildungspolitik. München, Wien.
- Rieker, P.* (2004): Der frühe Vogel fängt den Wurm!?! Soziales Lernen und Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Kindergarten und Grundschule. München.

- Rieker, P.* (2007): Fremdenfeindlichkeit und Bedingungen der Sozialisation. Aus Politik und Zeitgeschichte, 37, S. 31-38.
- Rippl, S., Kindervater, A., Seipel, Ch.* (2000): Die autoritäre Persönlichkeit – Konzept, Kritik und neuere Forschungsansätze. In: Rippl, S., Seipel, Ch., Kindervater, A. (Hrsg.): Autoritarismus – Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung. Opladen, S. 13-30.
- Rommelspacher, B.* (2000): Das Geschlechterverhältnis im Rechtsextremismus. In: Schubarth, W., Stöss, R. (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn, S. 199-219.
- Rommelspacher, B.* (2006): Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland im Vergleich. In: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin (Hrsg.): Gegen Rechtsextremismus in Ost und West. Andere Ursachen – Andere Gegenstrategien. Dokumentation einer Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung am 18. Oktober 2006 in Berlin, S. 6-21.
- Röpke, A., Speit, A.* (Hrsg.) (2005): Braune Kameradschaften. Die militanten Neonazis im Schatten der NPD. Berlin.
- Schäfer, E., Schack, S., Rahn, P., Uhl, S.* (2006): „Wer sich selbst versteht, versteht auch andere besser“. Eine Längsschnittstudie zu Wirkungen eines Projektes der politischen Jugendbildung zum Demokratie-Lernen. Jena.
- Schäfer-Vogel, G.* (2007): Gewalttätige Jugendkulturen – Symptom der Erosion kommunikativer Strukturen. Berlin.
- Schefold, W.* (2004): Erziehungshilfen im gesellschaftlichen Kontext. Zur Entgrenzung der Kinder- und Jugendhilfe. In: Lenz, K., Schefold, W., Schröer, W. (Hrsg.): Entgrenzte Lebensbewältigung. Weinheim, S. 159-237.
- Scheithauer, H., Rosenbach, C., Niebank, K.* (2008): Gelingensbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugendalter. Expertise zur Vorlage bei der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DKF). Bonn. Broschüre zugänglich unter: <http://www.kriminalpraevention.de>
- Schelsky, H.* (1957): Schule und Erziehung in der industriellen Gesellschaft. Würzburg.
- Schelsky, H.* (1965): Auf der Suche nach der Wirklichkeit. Düsseldorf.
- Scherr, A.* (2004): Pädagogische Interventionen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Eine Handreichung für die politische Bildungsarbeit in Schulen und der außerschulischen Jugendarbeit. Internetpublikation: [http://home.ph-freiburg.de/scherrfr/paed\\_interv\\_scherr](http://home.ph-freiburg.de/scherrfr/paed_interv_scherr).

- Scheuch, E. K., Klingemann, H. D.* (1967): Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpolitik, 12, S. 11-19.
- Schindler, V., Baier, D.* (2008): Gewalterfahrungen von Kindern und Jugendlichen. Ergebnisse von Schülerbefragungen im Jahr 2005 und Möglichkeiten erfolgversprechender Prävention. Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes. Stuttgart. Broschüre zugänglich unter: <http://www.polizei-beratung.de/mediathek/kommunikationsmittel/broschueren/>
- Schneider, K.* (2004): Qualitätskriterien zur Förderung sozialer und kognitiver Kompetenz von Kindern unter drei Jahren. Vortrag 12.11.2004. Internetpublikation: [www.beta-diakonie.de/cms/041112\\_Schneider.pdf](http://www.beta-diakonie.de/cms/041112_Schneider.pdf).
- Schoon S., Werz, N.* (Hrsg.) (2006): Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler. Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Heft 27. Rostock.
- Schroeder, K.* (2004): Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland: Ein Ost-West-Vergleich. Paderborn.
- Schubarth, W.* (2000): Gewaltprävention in Schule und Jugendhilfe. Theoretische Grundlagen, empirische Ergebnisse, Praxismodelle. Neuwied.
- Schultheis, F., Schulz, K.* (Hrsg.) (2005): Gesellschaft mit begrenzter Haftung. Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag. Konstanz.
- Schumann, M., Sack, A., Schumann, T.* (2006): Schulsozialarbeit im Urteil der Nutzer. Evaluation der Ziele, Leistungen und Wirkungen am Beispiel der Ernst-Reuter-Schule II. Weinheim, München.
- Shell Deutschland* (Hrsg.) (2002): Jugend 2002. „Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus.“ Frankfurt am Main.
- Shell Deutschland* (Hrsg.) (2006): Jugend 2006. „Eine pragmatische Generation unter Druck.“ Frankfurt am Main.
- Silkenbeumer, M.* (2000): Im Spiegel ihrer Lebensgeschichten – Gewalttätiges Verhalten Jugendlicher und Geschlechtszugehörigkeit. Stuttgart.
- Silkenbeumer, M.* (2006): Entwicklungswege weiblicher Jugendlicher in die Gewaltbereitschaft. In: Heitmeyer, W., Schröttle, M. (Hrsg.): Gewalt. Beschreibungen, Analysen, Prävention. Bonn, S. 318-324.
- Silkenbeumer, M.* (2007): Biografische Selbstentwürfe und Weiblichkeitskonzepte aggressiver Mädchen und junger Frauen. Münster.
- SINUS-Institut* (1981): 5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben ...“. Reinbek.
- Sitzer, P., Heitmeyer, W.* (2007): Rechtsextremistische Gewalt von Jugendlichen. Aus Politik und Zeitgeschichte, 37, S. 3-10.

- Sommerfeld, V.* (2007): Strategien der Gewaltprävention im Bereich der Kindertageseinrichtungen. In: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitsstelle Kinder und Jugendkriminalitätsprävention (Hrsg.): Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter. Eine Zwischenbilanz in sechs Handlungsfeldern. München, S. 74-103.
- Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern* (2006): Allgemeinbildende Schulen in Mecklenburg-Vorpommern, Schuljahr 2005/06. B113 2005 00.
- Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern* (2007): Ausländische Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern 2006 (Ausländerzentralregister). A143 2006 00.
- Statistisches Bundesamt* (1992): Klassifizierung der Berufe – Systematisches und alphabetisches Verzeichnis der Berufsbenennungen. Ausgabe 1992. Stuttgart.
- Stöss, R.* (2005): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin.
- Straus, M. A.* (1979): Measuring intrafamily conflict and violence: The Conflict Tactics (CT) Scales. *Journal of Marriage and the Family*, 41, S. 75-88.
- Straus, M. A., Gelles, R. J.* (1992): Physical violence in American families. Risk factors and adaptations to violence in 8,145 families. New Brunswick.
- Straus, M. A., Hamby, S. L., Boney-McCoy, S., Sugarman, D. B.* (1996): The Revised Conflict Tactics Scales (CTS2). Development and Preliminary Psychometric Data. *Journal of Family Issues*, 17, S. 283-316.
- Strobel, R., Würtz, S., Klemm, J.* (2003): Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Weinheim, München.
- Stroebe, W., Jonas, K., Hewstone, M.* (Hrsg.) (2002): Sozialpsychologie. Eine Einführung. 4. Aufl., Berlin.
- Tajfel, H., Turner, J.* (1986): The Social Identity Theory of intergroup behavior. In: Worchel, S., Austin, W. G. (Hrsg.): *Psychology of Intergroup Relations*. Chicago, S. 7-24.
- Tajfel, H.* (Hrsg.) (1978): Differentiation between social groups: Studies in the social psychology of intergroup relations. London.
- Tietze, W., Viernickel, S.* (Hrsg.) (2002): Pädagogische Qualität in Tageseinrichtungen für Kinder. Ein Nationaler Kriterienkatalog. Berlin.
- Vester, M., Hofmann, M., Zierke, I.* (Hrsg.) (1995): Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung. Köln.
- Vester, M., von Oertzen, P., Geiling, H., Hermann, Th., Müller, D.* (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung. Frankfurt am Main.



- Wagner, P., Hahn, S., Enßlin, U.* (Hrsg.) (2006): Macker, Zicke, Trampeltier. Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung in Kitas. Berlin.
- Wagner, M., Dunkake, I., Weiß, B.* (2004): Schulverweigerung. Empirische Analysen zum abweichenden Verhalten von Schülern. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 56, S. 457-489.
- Wagner, U., Christ, O., van Dick, R.* (2002): Die empirische Evaluation von Präventionsprogrammen gegen Fremdenfeindlichkeit. Journal für Konflikt- und Gewaltforschung, 4, S. 101-117.
- Wagner, U., Fahrhan, T.* (2008): Programme zur Prävention und Veränderung von Vorurteilen gegenüber Minderheiten. In: Petersen, L.-E., Six, B. (Hrsg.): Stereotype, Vorurteile und soziale Diskriminierung. Theorien, Befunde und Interventionen. Weinheim, S. 125-142.
- Wagner, U., van Dick, R., Endrikat, K.* (2002): Interkulturelle Kontakte. Die Ergebnisse lassen hoffen. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt am Main, S. 96-109.
- Wahl, K.* (Hrsg.) (2003): Skinheads, Neonazis, Mitläufer. Täterstudien und Prävention. Opladen.
- Wahl, K.* (2006): Rechtsextreme und fremdenfeindliche Vorstellungen und Verhaltensweisen in Deutschland. Ergebnisse der Jugendforschung. In: Minkenberg, M., Sucker, D., Wenninger, A. (Hrsg.): Radikale Rechte und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland und Polen. Nationale und europäische Perspektiven. Bonn, S. 152-169.
- Wahl, K.* (2007): Vertragen oder schlagen? Biografien jugendlicher Gewalttäter als Schlüssel für eine Erziehung zur Toleranz in Familie, Kindergarten und Schule. Berlin.
- Wahl, K., Tramitz, Ch., Blumtritt, J.* (2001): Fremdenfeindlichkeit. Auf den Spuren extremer Emotionen. Opladen.
- Wetzels, P.* (1997): Gewalterfahrungen in der Kindheit. Sexueller Missbrauch, körperliche Misshandlung und deren langfristige Folgen. Baden-Baden.
- Wetzels, P., Enzmann, D., Mecklenburg, E., Pfeiffer, Ch.* (2001): Jugend und Gewalt. Eine repräsentative Dunkelfeldanalyse in München und acht anderen deutschen Städten. Baden-Baden.
- Wetzels, P., Fabian, T., Danner, S.* (2001): Fremdenfeindliche Einstellungen unter Jugendlichen in Leipzig. Münster.
- Wetzels, P., Wilmers, N., Mecklenburg, E., Enzmann, D., Pfeiffer, Ch.* (2000): Gewalterfahrungen, Schulschwänzen und delinquentes Verhalten Jugendlicher in Rostock. Abschlussbericht über die Ergebnisse einer re-

präsentativen Befragung von Schülerinnen und Schülern der 9. Jahrgangsstufe. Hannover.

*Willems, H., Eckert, R., Würtz, S., Steinmetz, L.* (1993): Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalation. Opladen.

*Wilmers, N., Enzmann, D., Schaefer, D., Herbers, K., Greve, W., Wetzels, P.* (2002): Jugendliche in Deutschland zur Jahrtausendwende: Gefährlich oder gefährdet? Ergebnisse wiederholter, repräsentativer Dunkelfelduntersuchungen zu Gewalt und Kriminalität im Leben junger Menschen 1998 - 2000. (Unter Mitarbeit von Brettfeld, K., Mecklenburg, E. und Lange, T.). Baden-Baden.

*Wright, S. C., Aron, A., McLaughlin-Volpe, T., Ropp, S. A.* (1997): The extended contact effect: Knowledge of cross-group friendships and prejudice. *Journal of Personality and Social Psychology*, 73, S. 73-90.

*Zentrale Geschäftsstelle Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes in Zusammenarbeit mit dem Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e. V.* (Hrsg.) (2008): Gewalterfahrungen von Kindern und Jugendlichen. Ergebnisse von Schülerbefragungen im Jahr 2005 und Möglichkeiten erfolgversprechender Prävention. Eine Handreichung für Kommunalverantwortliche, Schule und Polizei. Broschüre zugänglich unter: <http://www.polizei-beratung.de/mediathek/kommunikationsmittel/broschueren/>

# Reihenübersicht

## Schriften zum Strafvollzug, Jugendstrafrecht und zur Kriminologie

Hrsg. von Prof. Dr. Frieder Dünkel,

Lehrstuhl für Kriminologie an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

Bisher erschienen:

### Band 1

Dünkel, Frieder: Empirische Forschung im Strafvollzug. Bestandsaufnahme und Perspektiven. Bonn 1996. ISBN 3-927066-96-6.

### Band 2

Dünkel, Frieder; van Kalmthout, Anton; Schüler-Springorum, Horst (Hrsg.): Entwicklungstendenzen und Reformstrategien im Jugendstrafrecht im europäischen Vergleich. Mönchengladbach 1997. ISBN 3-930982-20-X.

### Band 3

Gescher, Norbert: Boot Camp-Programme in den USA. Ein Fallbeispiel zum Formenwandel in der amerikanischen Kriminalpolitik. Mönchengladbach 1998. ISBN 3-930982-30-7.

### Band 4

Steffens, Rainer: Wiedergutmachung und Täter-Opfer-Ausgleich im Jugend- und Erwachsenenstrafrecht in den neuen Bundesländern. Mönchengladbach 1999. ISBN 3-930982-34-X.

### Band 5

Koepfel, Thordis: Kontrolle des Strafvollzuges. Individueller Rechtsschutz und generelle Aufsicht. Ein Rechtsvergleich. Mönchengladbach 1999. ISBN 3-930982-35-8.

### Band 6

Dünkel, Frieder; Geng, Bernd (Hrsg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Bestandsaufnahme und Interventionsstrategien. Mönchengladbach 1999. ISBN 3-930982-49-8.

### Band 7

Tiffer-Sotomayor, Carlos: Jugendstrafrecht in Lateinamerika unter besonderer Berücksichtigung von Costa Rica. Mönchengladbach 2000. ISBN 3-930982-36-6.

### Band 8

Skepenat, Marcus: Jugendliche und Heranwachsende als Tatverdächtige und Opfer von Gewalt. Eine vergleichende Analyse jugendlicher Gewaltkriminalität in Mecklenburg-Vorpommern anhand der Polizeilichen Kriminalstatistik unter besonderer Berücksichtigung tatsituativer Aspekte. Mönchengladbach 2000. ISBN 3-930982-56-0.

### Band 9

Pergataia, Anna: Jugendstrafrecht in Russland und den baltischen Staaten. Mönchengladbach 2001. ISBN 3-930982-50-1.

### Band 10

Kröplin, Mathias: Die Sanktionspraxis im Jugendstrafrecht in Deutschland im Jahr 1997. Ein Bundesländervergleich. Mönchengladbach 2002. ISBN 3-930982-74-9.

### Band 11

Morgenstern, Christine: Internationale Mindeststandards für ambulante Strafen und Maßnahmen. Mönchengladbach 2002. ISBN 3-930982-76-5.

### Band 12

Kunkat, Angela: Junge Mehrfachauffällige und Mehrfachtäter in Mecklenburg-Vorpommern. Eine empirische Analyse. Mönchengladbach 2002. ISBN 3-930982-79-X.

**Band 13**

Schwerin-Witkowski, Kathleen: Entwicklung der ambulanten Maßnahmen nach dem JGG in Mecklenburg-Vorpommern. Mönchengladbach 2003. ISBN 3-930982-75-7.

**Band 14**

Dünkel, Frieder; Geng, Bernd (Hrsg.): Jugendgewalt und Kriminalprävention. Empirische Befunde zu Gewalterfahrungen von Jugendlichen in Greifswald und Usedom/Vorpommern und ihre Auswirkungen für die Kriminalprävention. Mönchengladbach 2003. ISBN 3-930982-95-1.

**Band 15**

Dünkel, Frieder; Drenkhahn, Kirstin (Hrsg.): Youth violence: new patterns and local responses – Experiences in East and West. Conference of the International Association for Research into Juvenile Criminology. Violence juvénile: nouvelles formes et stratégies locales – Expériences à l'Est et à l'Ouest. Conférence de l'Association Internationale pour la Recherche en Criminologie Juvénile. Mönchengladbach 2003. ISBN 3-930982-81-1.

**Band 16**

Kunz, Christoph: Auswirkungen von Freiheitsentzug in einer Zeit des Umbruchs. Zugleich eine Bestandsaufnahme des Männererwachsenenvollzugs in Mecklenburg-Vorpommern und in der JVA Brandenburg/Havel in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung. Mönchengladbach 2003. ISBN 3-930982-89-7.

**Band 17**

Glitsch, Edzard: Alkoholkonsum und Straßenverkehrsdelinquenz. Eine Anwendung der Theorie des geplanten Verhaltens auf das Problem des Fahrens unter Alkohol unter besonderer Berücksichtigung des Einflusses von verminderter Selbstkontrolle. Mönchengladbach 2003. ISBN 3-930982-97-8.

**Band 18**

Stump, Brigitte: „Adult time for adult crime“ – Jugendliche zwischen Jugend- und Erwachsenenstrafrecht. Eine rechtshistorische und rechtsvergleichende Untersuchung zur Sanktionierung junger Straftäter. Mönchengladbach 2003. ISBN 3-930982-98-6.

**Band 19**

Wenzel, Frank: Die Anrechnung vorläufiger Freiheitsentziehungen auf strafrechtliche Rechtsfolgen. Mönchengladbach 2004. ISBN 3-930982-99-4.

**Band 20**

Fleck, Volker: Neue Verwaltungssteuerung und gesetzliche Regelung des Jugendstrafvollzuges. Mönchengladbach 2004. ISBN 3-936999-00-7.

**Band 21**

Ludwig, Heike; Kräupl, Günther: Viktimisierung, Sanktionen und Strafverfolgung. Jenaer Kriminalitätsbefragung über ein Jahrzehnt gesellschaftlicher Transformation. Mönchengladbach 2005. ISBN 3-936999-08-2.

**Band 22**

Fritsche, Mareike: Vollzugslockerungen und bedingte Entlassung im deutschen und französischen Strafvollzug. Mönchengladbach 2005. ISBN 3-936999-11-2.

**Band 23**

Dünkel, Frieder; Scheel, Jens: Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen durch gemeinnützige Arbeit: das Projekt „Ausweg“ in Mecklenburg-Vorpommern. Mönchengladbach 2006. ISBN 3-936999-10-4.

**Band 24**

Sakalauskas, Gintautas: Strafvollzug in Litauen. Kriminalpolitische Hintergründe, rechtliche Regelungen, Reformen, Praxis und Perspektiven. Mönchengladbach 2006. ISBN 978-3-936999-19-8.

**Band 25**

Drenkhahn, Kirstin: **Sozialtherapeutischer** Strafvollzug in Deutschland. Mönchengladbach 2007. ISBN 978-3-936999-18-1.

**Band 26**

Pruin, Ineke Regina: Die Heranwachsendenregelung im deutschen Jugendstrafrecht. Jugendkriminalologische, entwicklungspsychologische, jugendsoziologische und rechtsvergleichende Aspekte. Mönchengladbach 2007. ISBN 978-3-936999-31-0.

**Band 27**

Lang, Sabine: Die Entwicklung des Jugendstrafvollzugs in Mecklenburg-Vorpommern in den 90er Jahren. Eine Dokumentation der Aufbausituation des Jugendstrafvollzugs sowie eine Rückfallanalyse nach Entlassung aus dem Jugendstrafvollzug. Mönchengladbach 2007. ISBN 978-3-936999-34-1.

**Band 28**

Zolondek, Juliane: Lebens- und Haftbedingungen im deutschen und europäischen Frauenstrafvollzug. Mönchengladbach 2007. ISBN 978-3-936999-36-5.

**Band 29**

Dünkel, Frieder; Gebauer, Dirk; Geng, Bernd; Kestermann, Claudia: Mare-Balticum-Youth-Survey – Gewalterfahrungen von Jugendlichen im Ostseeraum. Mönchengladbach 2007. ISBN 978-3-936999-38-9.

**Band 30**

Kowalzyck, Markus: Untersuchungshaft, Untersuchungshaftvermeidung und geschlossene Unterbringung bei Jugendlichen und Heranwachsenden in Mecklenburg-Vorpommern. Mönchengladbach 2008. ISBN 978-3-936999-41-9.

**Band 31**

Frieder Dünkel, Dirk Gebauer, Bernd Geng: Jugendgewalt und Möglichkeiten der Prävention. Gewalterfahrungen, Risikofaktoren und gesellschaftliche Orientierungen von Jugendlichen in der Hansestadt Greifswald und auf der Insel Usedom. Ergebnisse einer Langzeitstudie 1998 bis 2006. Mönchengladbach 2008. ISBN 978-3-936999-48-8.